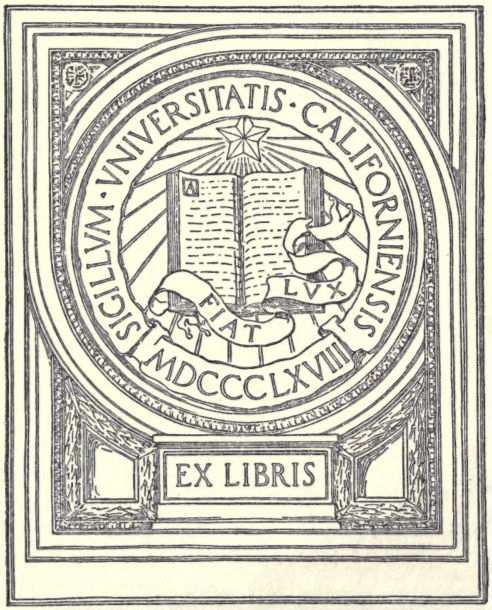
UC-NRLF
B 4 517 744


SIGILLVM · VNIVERSITATIS · CALIFORNIENSIS
LVX
FIAT
MDCCCLXVIII
EX LIBRIS

Die Amerikaner

Von

Hugo Münsterberg

Professor an der Harvard-Universität

Erste bis dritte Auflage

Erster Band

Das politische und wirtschaftliche Leben

Berlin 1904

Ernst Siegfried Mittler und Sohn

Königliche Hofbuchhandlung

Kochstraße 68–71

Copyright 1904 by Hugo Münsterberg
under the act of January 7th 1904.

Alle Rechte aus dem Gesetz vom 19. Juni 1901
sowie das Übersetzungsrecht sind vorbehalten.

E168
M959
v.1

Vorwort.

Dieses Buch will von dem heutigen amerikanischen Menschen sprechen, von seinem Wollen und seinem Können, von seinen Anschauungen und seinen Idealen, von seinen Lebensformen und seinen Errungenschaften. Auch wo der Blick rückwärts gerichtet ist, gilt es nur, die heutigen Einrichtungen und Gegensätze aus der Vergangenheit zu verstehen. Solch ein Buch wird erschöpfend erst dann geschrieben werden, wenn sich ein Landeskundiger findet, der Historiker und Politiker, Nationalökonom und Jurist, Soziologe und Techniker ist. Von all den Titeln steht mir keiner zu. Meine Wissenschaft ist die Philosophie, und nur als frohe Ferienarbeit schiebe ich dieses Amerikabuch zwischen den ersten und den zweiten Band meiner Psychologie. Wenn ich trotzdem das Wagnis des notwendig unvollkommenen Versuches unternahm, so ermutigte mich dabei nur der eine Umstand, daß ich zufälligerweise mit dem innern Leben und den wirkenden Kräften in der Nation eindringlicher in Berührung gekommen bin als mancher andre, der die Neue Welt für das deutsche Volk beschrieben hat.

Das Buch selbst gibt von diesen persönlichen Erfahrungen im Lande keine Kunde. Nicht ein einziges Wort berührt eigne Erlebnisse; bis ich beginne, meine Erinnerungen aufzutischen und meine Niederschriften auszukramen, wird dieses Buch längst veraltet sein. Aber wenn so sechs-

M5160078

undzwanzig Kapitel nur unpersönlichen Bericht erstatten, so wird hier im Vorwort das Persönliche unerläßlich: ich muß Ausweis geben über meine Berechtigung, das Wort zu ergreifen, und Auskunft über den Standpunkt, von dem ich die Dinge überschaut. Solch ein persönlicher Rechenschaftsbericht des Autors ist bei einem Buche, das viel mehr Urteile als Zahlen bringt, doch eigentlich das Wichtigste. Dasselbe Urteil ist ein andres, wenn es der Tourist fällt, der in ein paar Monaten das Land durcheilt, ein andres, wenn es Ergebnis vieljähriger Mitarbeit ist; und dieselbe Kritik oder dasselbe Lob bedeutet so ganz Verschiedenes, wenn es einmal von einem europamüden Amerikaschwärmer, ein andermal von einem Deutschen kommt, der auch in der Neuen Welt Reichsdeutscher geblieben ist.

Zehn Jahre amerikanischer Erfahrung liegen nun bald hinter mir. Ich bin kein amerikanischer Bürger geworden und wahrlich keine Deutschlandmüdigkeit führte mich über den Ozean. Ich war Professor an der Universität Freiburg im Breisgau und stand noch in den Zwanzigern, als die Harvard-Universität in Boston mich herüberrief, um das psychologische Laboratorium zu leiten. Unter keinen Umständen hätte ich dem Rufe Folge geleistet, wenn das bedeutet hätte, die heimatliche Stellung aufzugeben. Aber die Regierung gewährte mir dreijährigen Urlaub, Zeit genug, das neue Institut auszugestalten und ein interessantes Stück Welt kennen zu lernen, und so zog ich gerne aus, da ich wußte, daß ich keine Brücken hinter mir abzubrechen habe. Ich zog aus mit allen Vorurteilen des Durchschnittsdeutschen, und überdies noch mit all den besondern Vorurteilen des deutschen Universitätslehrers, der auf die Wissenschaft der Neuen Welt patronisierend herabblickt. Alles aber fand ich so ganz anders, als ich es mir vorgestellt. Der unvergleichliche Wirkungskreis von Harvard, der soziale Reiz von Boston, das wissenschaftliche Leben des Landes, die innere Fülle dieser mir neuen Welt zogen mich täglich fester an, und nach wenigen Jahren entschloß ich mich, die Brücken dennoch unbenutzt zu lassen und zunächst einmal auf dem

fremden Boden weiter mitzuarbeiten, wenn ich auch immer wieder für lange Sommerferien in die Heimat zurückgekehrt bin.

Aber ein andres kam hinzu, mich in diesem Entschluß zu bestärken, ja, vielleicht wurde es im tiefsten Seelenspiel der entscheidendste Antrieb. Die Professur an der größten Universität des Landes hatte mir von vornherein guten Einblick in das innere Leben der Nation gewährt; dabei reiste ich viel zwischen Boston und Kalifornien hin und her, und vor allem kam ich schnell in enge Berührung mit wissenschaftlichen und politischen, wirtschaftlichen und sozialen Kreisen, mit denen der Fremde nur selten Fühlung gewinnt. Da empfand ich denn bald, mit wie verzerrten Zügen das Bild amerikanischer Kultur vor den Augen der Deutschen steht und wie — ich spreche von einer Zeit, die nun manches Jahr hinter uns liegt — diese Unkenntnis über das wahre Amerika, diese leichtfertige Unterschätzung seiner wahren Kräfte dem deutschen Volk gefährlich werden müsse. Daneben aber fühlte ich schmerzlich, wie ebenso auf amerikanischer Seite das Unverständnis für das Beste im Deutschtum nicht nur die Massen, sondern auch die führenden Kreise im Urteil trübte. Immer lebhafter ergriff es mich, wieviel die zwei herrlichen Kulturkraftzentren gewinnen müßten, wenn sie innerlich mehr aufeinander einwirken könnten, wenn die beiden Nationen nicht so verständnislos einander gegenüberständen. An dieser Vermittlung mitzuarbeiten, den wechselseitigen befruchtenden Austausch der Ideale mitanzuregen, erschien mir da wie eine Pflicht, und wie nichts andres hielt mich diese Aufgabe auf dem neuen Boden fest.

* * *

Vielerlei Wege zu diesem Ziel standen offen. Eines interessierte mich zunächst besonders. Ich sah deutlich, wie die amerikanischen Verhältnisse es mit sich brachten, daß das Beste des Landes sich nicht in der Politik verkörperte, daß die wirklich führenden Kräfte von Jahr zu Jahr mehr

aus den akademischen Schichten entstanden und daher alles darauf ankam, Sympathie für das politische Deutschland nicht nur in den berufspolitischen Gruppen, sondern in denjenigen Kreisen zu erwecken, die um die großen Universitäten gelagert sind. Hier sah ich daher meine nächste Aufgabe. Es galt, das politische Deutschland mit dem akademischen Amerika in Fühlung zu bringen.

Der offizielle Vertreter des Deutschen Reichs ging mit feinstem Verständnis auf die gewagten Pläne ein. Nicht nur im Osten des Landes gingen wir vor. Bald verkündete die führende Geistesmacht des Westens, die Universität von Chicago, einen deutsch-amerikanischen Feiertag, an dem der deutsche Botschafter zum Mittelpunkt der Feier ward; und als im Osten die Harvard-Universität Herrn von Holleben zum Ehrendoktor ernannte und die Tausende der Alten Herren, unter der Führung des greisen Senators Hoar, an jenem Tage ein Fest feierten, bei dem die dauernde Freundschaft mit Deutschland das Grundthema war, und der prächtigste aller alten Harvardstudenten, Theodore Roosevelt, begeistert das Wort ergriff, da bekundete sich das deutschfreundliche Gefühl mit einer Wärme, wie es sich noch nie in den Neu-Englandstaaten gezeigt hatte. Bald folgten andre Universitäten in demselben Gleise, und in vielen Richtungen wirkte das alles und wirkt noch heute aufs günstigste weiter.

Ein andrer Weg zu meinem Ziele war, mit dem freien Wort und mit der Feder die Mißverständnisse zu beseitigen, die der Tag brachte, und die dauernden Wesenszüge des Deutschen den Angelsachsen zu erleuchten. Hier lag mein Hauptbemühen Jahr für Jahr. In diesem Sinne schrieb ich auch mein Buch „American Traits", das die Schwächen der amerikanischen Kultur scharf kritisierte und ihnen das Tiefe und Schöne der deutschen Kultur gegenüberstellte. Und dieses Verteidigungswort deutscher Staatsauffassung und deutscher Lebensformen drang im angelsächsischen Leserkreis unerwartet schnell in die Weite.

Nicht minder wichtig aber blieb mir die Gegenseite. Es galt dahin zu wirken, daß Deutschlands leitende

Kreise in lebendigere Berührung mit dem neuen Amerika kamen. Die Zeit hat diesen Wunsch von Jahr zu Jahr mehr erfüllt. Jeder Tag brachte uns neue Gäste, und schon rüstet sich zur Reise über den Ozean eine Gesandtschaft willkommenster Art. Die Gelehrtenwelt Deutschlands sendet eine Reihe der glänzendsten Vertreter aller Wissenschaften zum internationalen Kongreß der Weltausstellung, für den ich gerade unter diesem Gesichtspunkt die Pläne entwarf. Ich strebte danach, daß der Kongreß in gleichem Maße der Verbindung der zersplitterten Wissenschaften wie der Verbindung der durch den Ozean getrennten Nationen dienen möge. Alle Völker werden im Mississippital durch führende Gelehrte vertreten sein, aber den Hochschulen Deutschlands durfte ich den Löwenanteil der Einladungen bringen.

Trotz alledem empfand ich bei jedem neuen Deutschlandbesuch, daß man im Deutschen Reich noch immer das Wesen des Amerikanertums arg mißdeutet, vor allem die Willensantriebe und Willensziele des Amerikaners falsch konstruiert. Im Nachrichtendienst hat sich vieles verbessert, beide Länder erfahren heute mehr voneinander als vor zehn Jahren, aber den innern Menschen versteht man noch immer schlecht, und das bleibt doch schließlich die Hauptsache, wenn Konflikte vermieden werden sollen und ein freundschaftliches Zusammenarbeiten in beiderseitigem Interesse angestrebt wird. Das, was not tat, schien mir eine Darlegung der amerikanischen Motive und Ideale zu sein, wie sie den Amerikanern selbst erscheinen und wie sie nur der nachempfinden kann, der mit ihnen lebt und mitarbeitet. Im Dienste dieser Überzeugung schrieb ich das vorliegende Buch. Seit ich an die Arbeit ging, ist von deutscher Seite manches feinsinnige Wort über das heutige Amerika gesagt worden; vor allem haben Polenz und Goldberger viel Vortreffliches, der eine über das soziale, der andre über das wirtschaftliche Leben des Landes geschrieben. Aber in diesem Buche gilt es, den amerikanischen Menschen in der Gesamtheit seiner Tendenzen darzustellen.

Diesem Zwecke gemäß ist das Buch, das für weitere

Kreise bestimmt ist, in leichter Form niedergeschrieben. Wenn ich auch gerne überall auf die Quellen zurückging, so ist es doch durchaus nicht auf die Bedürfnisse des wissenschaftlichen Spezialforschers zugeschnitten. An Informationsquellen für die Einzelheiten in der amerikanischen Entwicklung ist ja kein Mangel; hier ist das eigentliche Ziel, das Eigenartige der neuweltlichen Zivilisation von innen heraus verständlich zu machen und so ein gerechtes Urteil anzubahnen. Die Hauptaufgabe kommt daher durchaus jenen vier Kapiteln zu, welche den amerikanischen Menschen analysieren, den vier Kapiteln über den Geist der Selbstbestimmung, der Selbstbetätigung, der Selbstvervollkommnung und der Selbstbehauptung.

* * *

Verständnis für den andern wecken, heißt nicht, sein Verhalten stets entschuldigen oder gar beschönigen. Nichts liegt mir ferner. Gewiß betone ich die wertvollen Seiten der amerikanischen Kultur, weil ich zu Lesern spreche, die mit allen Vorurteilen Europas ausgerüstet sind, aber das hindert mich nicht, auch die Schwächen und Gefahren schonungslos darzulegen, denn nur wirkliche Kenntnis, keine Vertuschung kann dem dienen, was ich ein Jahrzehnt hindurch angebahnt: Freundschaft zwischen den beiden kraftvollsten Kulturnationen der Welt.

Ja, wollte ich dem Buche, da es nun den Schreibtisch hier verlassen soll, ein Motto auf den Weg mitgeben, so würde ich ein Wort wählen, das an dieser Stelle erklang. Hier in meinem Arbeitszimmer stand der Bruder des Kaisers und überreichte im Kreise seines Stabes dem Präsidenten der Harvard-Universität das kaiserliche Geschenk für das Germanische Museum. Und als die offiziellen Reden ausgetauscht waren und die geplante Feier beendet war, da trat plötzlich Prinz Heinrich in lebhafter Bewegung noch einmal vor und rief: „Mag alles dauernd der aufrichtigen Freundschaft zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland dienen."

Vor mir aber liegt ein Brief, in dem Präsident Roosevelt drei Tage, nachdem er die Zügel der Regierung in Washington ergriffen, an mich schrieb: „Seien Sie versichert, daß es wenige Dinge gibt, die mir so am Herzen liegen als die aufrichtige Freundschaft zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten."

Das Präsidentenwort und das Hohenzollernwort klingen gut zusammen; sie wurden zum Grundton für mein Buch, und des Buches beste Aufgabe ist, das Echo dieser Freundschaftsworte weiterklingen zu lassen.

Cambridge bei Boston, April 1904.

Hugo Münsterberg.

Inhaltsübersicht.

Seite

Einleitung: Die Amerikaner und die Deutschen . . 1—51

Erster Teil:

Das politische Leben.

Erstes Kapitel: Der Geist der Selbstbestimmung . 52—92

Zweites Kapitel: Die Parteien . . . . . 92—130

Drittes Kapitel: Der Präsident . . . . . 130—156

Viertes Kapitel: Der Kongreß . . . . . 156—175

Fünftes Kapitel: Die Justiz . . . . . 175—192

Sechstes Kapitel: Staat und Stadt . . . . . 192—220

Siebentes Kapitel: Die Öffentliche Meinung . . . 220—245

Achtes Kapitel: Bevölkerungsprobleme . . . . 246—282

Neuntes Kapitel: Probleme der innern Politik . . 282—303

Zehntes Kapitel: Probleme der äußern Politik . . 303—335

Zweiter Teil:

Das wirtschaftliche Leben.

Seite

ELFTES KAPITEL: Der Geist der Selbstbetätigung . . 336—369

ZWÖLFTES KAPITEL: Der wirtschaftliche Aufschwung 369—404

DREIZEHNTES KAPITEL: Die Silberfrage . . . . . 404—420

VIERZEHNTES KAPITEL: Die Schutzzollfrage . . . . 420—437

FÜNFZEHNTES KAPITEL: Die Trustfrage . . . . . 437—459

SECHZEHNTES KAPITEL: Die Arbeiterfrage . . . . 459—494

Der zweite (Schluſs-) Band behandelt das geistige und soziale Leben.

☞ **Sachregister für beide Bände folgt am Schlusse des zweiten Bandes.**

Einleitung.

Die Amerikaner und die Deutschen.

Der Deutsche, der Berichte über amerikanische Kulturerscheinungen hört, wird leicht durch vorschnelle Verallgemeinerung in die Irre geführt, weil er das Land der Vereinigten Staaten unwillkürlich mit einem einzelnen Lande in Europa vergleicht, etwa mit Deutschland, das in allen seinen Teilen im wesentlichen auf gleichem Kulturniveau steht. So meint er denn, daß auch da drüben, was in einem Landesteil vorkommt, im andern nicht unmöglich wäre, und wenn „echt amerikanische" Geschichten aus Texas und Arizona in die Zeitung gelangen, so verallgemeinert sich der Eindruck und färbt das Urteil auch über die östlichen Staaten. Die reife Kultur des Ostens aber überragt die Wildernis mancher westlichen Gegend weit mehr, als Deutschlands Gesittung die von Serbien oder Bulgarien.

Der rechte Vergleichsmaßstab für Bildung, Gesittung und innere Werte wird in der Tat erst dann gewonnen, wenn die Vereinigten Staaten von Amerika nicht mit einem einzelnen europäischen Lande, sondern mit den veruneinigten Staaten von ganz Europa verglichen werden. Gewaltig wie die Gegensätze in der Natur des Landes, das ewigen Schnee und tropische Palmen trägt, sind die Verschiedenheiten der Lebensformen und Lebensbedürfnisse, von Staat zu Staat, von Gegend zu Gegend, und kein anderes Land der Welt bietet dem Kulturforscher solche fesselnde Möglichkeit, hart nebeneinander alle die Kulturformen zu beobachten, die in

der alten Welt die Geschichte langsam und sorgsam übereinander aufgeschichtet hat.

Das Seltsamste, das Überraschendste, das Bedeutsamste ist aber, daß inmitten dieses Kulturgewirres der amerikanische Mensch vom Atlantischen bis zum Stillen Ozean doch überall ein und derselbe ist. Die Unterschiede der Kultur sind weit größer als die auf deutschem Boden; die Unterschiede der Menschen aber sind viel geringer als die in den Grenzen Deutschlands. Der Mecklenburger und der Bayer, ja selbst der Schlesier und der Rheinländer wollen im Grunde Verschiedenes; ihre innersten Triebe und Wesenszüge sind kaum weniger verschieden als die verschiedener Nationen. Die achtzig Millionen unter dem Sternenbanner sind ihrem Wollen und Wesen nach im Grunde ein Menschenschlag. Dieselben Kräfte treiben sie überall, dieselben Wünsche heben sie, dieselben Fehler hemmen sie, aus denselben Augen blicken sie in die Welt, mit demselben Herzen gehen sie an die Welt, und die bunten Verschiedenheiten der Kultur erscheinen plötzlich dann wie übergeworfene Gewänder, — der rohe Bauernmantel hier, das juwelenbesetzte Prunkkleid dort. In Unkultur und in Überkultur steht dann als seelische Einheit überall derselbe Mensch da, ein neuer Mensch in der Weltgeschichte: der Amerikaner.

Die seelische Gleichheit dieser neuen Menschen sollte denen zu denken geben, die alle Geschichte auf Rassenkunde zurückführen wollen und die Vorstellungen und Handlungen der Nationen aus ihren naturwissenschaftlichen Ursachen ableiten möchten. Das hatte ja freilich von jeher im Glaubensbekenntnis des Positivismus gestanden, aber erst als die große naturwissenschaftliche Bewegung des neunzehnten Jahrhunderts in ihrem Triumphzug vom Leblosen zum Lebenden, von der Physik zur darwinistischen Biologie, dann von der Naturwissenschaft des Körperlichen zu der des Seelischen, zur Psychologie und von dort, als letzte Konsequenz des realistischen Geistes, zur Soziologie voranschritt, erst dann konnte der Begriff der Rasse völlig in den Vordergrund treten. Gobineau erwachte wieder, Chamberlain wurde vielen

Deutschen zum Wortführer und man vergaß, daß alle die Rassenkunde, die Geschichte sein will, und all die „Hirnfaltenlehre", die uns vorschreiben will, was wir tun sollen, doch nur eine andre Spielart des Materialismus sei; nur ein dürftiges Surrogat einer Weltanschauung, die letzte Konsequenz eines antiphilosophischen Zeitalters.

Aber die Unphilosophie neigt sich dem Ende zu. Die große realistische Welle sinkt und eine neue idealistische flutet empor. Die technische Kultur, welche der Realismus uns brachte, beginnt uns zu ernüchtern; rings um uns beginnt man zu fühlen, daß all dieser realistische Fortschritt das Leben nicht wertvoller, nicht besser, nicht mehr des Lebens wert gestaltete. Die Zeit ist wieder gekommen, in der das Aufeinanderhäufen trockener Tatsachen anfängt, uns gleichgültig zu lassen und alles wieder zu einer einheitlichen Weltanschauung hindrängt. Und wie vor sechzig Jahren der Positivismus einsetzen mußte, weil der vorangehende Idealismus seine Grenzen willkürlich überschritt, so künden hundert Symptome heute, daß der Wechsel von Realismus und Idealismus, der die Bedingung für den Fortschritt der Weltgeschichte ist, nun morgen aufs neue einsetzen will. Der Realismus hat seine Mission erfüllt und seine „Vernunft wird Unsinn", wenn sie nicht durch die idealistische Wahrheit ergänzt wird.

Eines vor allem wird täglich in wachsendem Maße fühlbar: die wirklichen Werte des historischen Lebens sind verflüchtigt, wenn das Völkergeschehen mit rassenphysiologischen Begriffen aus naturwissenschaftlichen Gesetzen erklärt wird, ja, wenn überhaupt das „Erklären" grundsätzlich als die einzige Betrachtungsweise anerkannt wird. Die historische Wirklichkeit, in der wir leben, kommt uns ja zunächst gar nicht in Frage als eine Kette von Prozessen, die wir erklären wollen, sondern als eine Welt von Handlungen, die wir verstehen wollen. Stehen wir doch auch selber im historischen Zusammenhange nur dadurch, daß wir wollende Persönlichkeiten sind, die den andern gegenüber mitwollen oder entgegenwollen, nachahmen oder bekämpfen, mag unser Wollen staatlich oder rechtlich, wissenschaftlich oder künstlerisch,

sittlich oder religiös sein. Gewiß gibt es keinen Winkel in der sozialen Welt, in dem nicht alles auch einmal als Erscheinung, als bloßes Objekt betrachtet werden könnte, so daß Beschreibung und Erklärung durchaus am Platze sind; aber der tiefste Sinn des Menschlichen ist doch erst dann erfaßt, wenn eine ganz andre Betrachtungsweise zur Geltung kommt, wenn es nicht als Erscheinung, die wahrgenommen wird, sondern als Entscheidung, die gewollt und verstanden wird, unser Interesse erregt, und so die Menschen nicht aus ihren Ursachen erklärt, sondern aus ihren Zwecken begriffen werden. Erst dann kann neben dem Sein wieder der Sinn des Lebens zur Geltung kommen, neben der an sich wertlosen Tatsache der Wert, neben der kausalen Wirkung das Ideal, neben dem neuaufgeputzten Rassenmaterialismus der ethische Idealismus von Kant und Fichte.

Winzig und unwirklich bleibt das Ergebnis, wenn wir das nur erklärende Begriffsschema der naturwissenschaftlich denkenden Soziologie auf das Volk der Amerikaner anwenden wollten. Was der Soziologe da zu erklären weiß, ist ja durchaus richtig. Er kann uns erzählen, wie drei Jahrhunderte hindurch alle Völker Europas Menschenmassen in die weiten Territorien Amerikas ergossen haben, wie sich Afrikaner dazugesellt, wie die verschiedenen Rassen sich durcheinandergemischt und doch sich genügend getrennt hielten, um alle Rassenmerkmale weiter zu züchten und auch, wo Mischung eintrat, sie noch viel zu kurze Zeit währte, um eine neue Rasse zu bilden; wie die Verschiedenheiten des Klimas, des Berufes, der Ernährung, der ganzen wirtschaftlichen Bedingungen, immer neue Verschiedenheiten ausgemodelt, und doch: wenn alles das und mehr gesagt ist, die einzige Hauptsache bliebe doch unbemerkt, daß eben alle diese Menschen ihrem innersten Wesen nach dieselben sind. Alle die englischen Amerikaner und die schwedischen Amerikaner, die irischen Amerikaner und die russischen Amerikaner, die französischen Amerikaner und die deutschen Amerikaner, sie sind eben doch alle durchaus Amerikaner, durch tausend Schienenstränge des Empfindens miteinander verbunden und durch

einen Ozean des Gefühls von den Engländern und Schweden, von den Iren und Deutschen Europas gesondert.

Gewiß würde im letzten Grunde auch diese Einheit und Übereinstimmung irgendwie biologisch erklärbar sein, wenn wir kausale Allwissenheit besäßen, aber in der Welt der biologischen Ursachen sind diese Faktoren der Gemeinsamkeit zunächst unscheinbar und unbemerkt; für die naturwissenschaftliche Betrachtungsweise liegt kein Anlaß vor, sie aufzusuchen. Erst wenn wir den Standpunkt wechseln, nicht erklären, sondern verstehen wollen und den neuen Menschen nicht aus seinem Rassengehirn heraus, sondern aus seinen Zielsetzungen begreifen wollen, dann bricht das Einheitliche entscheidend hervor. So wie der Missionar hinauszieht zu den Völkerschaften, das Evangelium zu predigen, im Glauben sieghaft, weil er nur danach ausschaut, was jene Menschen als wollende Persönlichkeiten sollen und nicht sich darum kümmert, was nach sozialbiologischen Begriffen von den Gehirnwindungen des Wilden zu erwarten ist, so mahnt die überraschende Gleichheit aller Amerikaner uns sofort an der Schwelle der Betrachtung, daß wir das Wesen dieses Menschenschlages nur dann erfassen, wenn wir sie nicht mit unsichern, einseitigen Erklärungsversuchen aus ihrer Abstammung, sondern aus ihrem Wollen und ihren Ideen begreifen.

Wir müssen verstehen lernen, welche Antriebe den Amerikaner beherrschen, was er will und wie er dieses Wollen in seinem geschichtlichen Entwicklungsgang frei herausgearbeitet hat, ohne zu warten, bis auch die Rassenkunde und die physiologische Psychologie uns einstens werden erklären können, was denn eigentlich in den Nervenzentren des Europäers sich verwandelt, sobald er an der Freiheitsstatue des Newyorker Hafens vorbeifährt und beim Betreten der neuen Welt mit einem Schlage ein „Amerikaner" wird. Gewiß ist es wahr, was das rassenkundige Sprichwort sagt: Blut ist dicker als Wasser; das Volk der Amerikaner in seiner Geisteseinheit versteht aber der nur, der begreift, daß Druckerschwärze noch dicker ist als Blut.

Von diesen neuen Menschen sollen die folgenden Betrachtungen handeln. Wer diese kennt, findet sich leicht auch in dem Gewirre der äußern Kulturformen zurecht, wer die nicht versteht, fährt, wie so mancher, vergeblich von den Neuengland-Staaten bis Kalifornien, von der kanadischen bis zur mexikanischen Grenze. Er mag aus dem Hotelfenster und aus dem Eisenbahnwagen viel Neues und Ungewöhnliches, viel Häßliches und viel Interessantes, viel zu Tadelndes und viel Nachzuahmendes erblicken, aber das wirkliche Amerika sieht er nicht. Deutschland, Europa überhaupt, kennt in der Tat Amerika zu wenig, gerade weil es die Neue Welt zu wenig unter dem Gesichtswinkel des neuen Menschen betrachtet und an Äußerlichkeiten das Urteil anheftet, statt auf das Wesen zu blicken.

Die Klage, daß Europas Kenntnis der Lande jenseits des Ozeans aus Oberflächlichkeiten und Mißverständnissen, aus Unwichtigkeiten und Vorurteilen zusammengestoppelt sei, ist eine alte.

Im Jahre 1765 schrieb Benjamin Franklin einen offenen Brief an die Londoner Presse. Es hieß darin: „Ich möchte doch entschieden darauf hinweisen, daß die Zeitungsneuigkeiten aus Amerika, die auf den ersten Blick unwahrscheinlich aussehen, deshalb durchaus noch nicht Erfindungen sein müssen. So wird in allen Zeitungen der letzten Woche berichtet, daß die Einwohner von Kanada Vorbereitungen treffen, um nächsten Sommer einen großen Kabeljau- und Walfischfang in den Oberen Seen zu veranstalten. Ignoranten möchten da einwenden, daß die Oberen Seen Süßwasserseen sind, während Kabeljau und Walfisch im Salzwasser leben. Aber man sollte doch wirklich bedenken, daß Kabeljaus, sobald sie verfolgt werden, vermutlich in irgend ein beliebiges Gewässer entfliehen und daß die Walfische, wenn sie es sich einmal in den Kopf gesetzt, den Kabeljau zu verzehren, ihm dann unbedingt folgen würden. Ja, der in diesem Fall notwendige Sprung der Walfische den Niagarafall aufwärts gilt allen, die ihn gesehen haben, als eines der überraschendsten Naturschauspiele."

Hat sich die Kenntnis seitdem wirklich sehr vertieft? Müssen nicht unter und über dem Strich der Zeitungen die Walfische immer noch den Niagara aufwärts springen, und, hat im Zeitalter des Kabels die Sachkenntnis auch zugenommen, das Unverständnis für die Personen wird durch keinen Kabelkodex gebessert. Wie immer sind aber die Leser mehr schuld als die Schreiber. Die Zeitung muß sich mit einem Zerrbild der Wirklichkeit begnügen, wenn das Publikum darauf besteht, daß bezüglich Amerika das Unwahrscheinlichste allein wahrscheinlich ist, und auch das Sympathische aus unsympathischen Motiven erklärt werden müsse.

Was insbesondere Amerika und Deutschland betrifft, so läßt sich nun zunächst nicht leugnen, daß dieses lange herrschende Unverständnis durchaus auf Wechselseitigkeit beruhte. Auch in den Zeitungen Amerikas stieß man alltäglich auf so gründliche Mißverständnisse deutscher Einrichtungen und deutscher Vorgänge, wie keine Phantasie sie absichtlich erfinden konnte. Vor allem aber drängte sich auch hier zu oft die Neigung hervor, selbst die schlichteste Aktion auf seelische Motive zurückzuführen, die dem Amerikaner als unangenehm und vielleicht als verächtlich gelten. Dabei ist diese wechselseitige Verdächtigung des Volkscharakters erst das Geschenk der letzten Jahrzehnte. In frühern Zeiten wußten die Deutschen und die Amerikaner nicht viel voneinander, die Amerikaner nicht, weil sie überhaupt nicht viel wußten, und die Deutschen nicht, weil es bei den Amerikanern noch nicht viel Wissenswertes gab. Im allgemeinen galt Amerika den Deutschen als das Land, wo das Gold auf den Straßen lag und keine Gesetze die Menschen beengten, und den Amerikanern galt Deutschland als das Land der Dichter und Denker. Gerade dadurch aber erschien jedem der beiden Länder das andre so völlig ungleichartig, daß nichts zum Vergleich herausforderte. Die beiden Völker empfanden, daß sie sich in ganz verschiedenen Dimensionen bewegten. In den letzten Jahrzehnten aber ist das vollkommen anders geworden. Deutschland ist mächtig und reich geworden, Industrie und Welthandel sind erstarkt, die wirtschaftlichen Interessen sind

in den Vordergrund getreten. In Amerika dagegen hat sich die Pionierkultur verfeinert und vergeistigt; sobald das Land wirtschaftlich erschlossen war, siedelten sich immer dichter die höhern Interessen an. Die Lebensformen und die äußern Ziele der beiden Völker sind dadurch einander ähnlicher geworden, sie sind Mitarbeiter in der Kultur, Rivalen auf dem Markt und in der Politik geworden: da drängt dann alles darauf hin, daß sie einander vergleichen, einander abschätzen, einander auf ihre Motive hin beurteilen und so sich ein Durchschnittsbild von den Menschen des andern Landes machen.

Dieses Bild, das sich im Volksbewußtsein formte, war auf beiden Seiten des Ozeans eine unsympathische Karikatur, die überdies von englischen Pinseln retouchiert und dadurch nicht liebenswürdiger wurde. Fast verschwand die Grenzlinie zwischen dem bewußten Spott der Witzblätter und der unbeabsichtigten Verzerrung im Massengefühl.

Dem Amerikaner war der Deutsche ein schlecht angezogener, unsauberer, manierloser Philister, ein schwerfälliger und engherziger Pedant, der Freude nur an Pfeife, Bier und Skat hat, Parademarsch übt und im Bureaukratismus verknöchert, um des Geldes wegen heiratet, die Frauen als Dienstmagd oder als Spielzeug mißbraucht, nach oben servil, nach unten brutal ist, den Schutzmann fürchtet, mit seinem Nächsten im Zank lebt und jeden Fortschritt haßt. Dem Deutschen aber war der Yankee ein flegelhafter Geselle, der im öffentlichen Leben die Korruption, im wirtschaftlichen Leben jeden Schwindel gutheißt, dem Dollar und der Sensation nachjagt, ein Barbar in Wissenschaft und Kunst, ein bigotter Heuchler, der Tabak kaut und sein Hauptvergnügen an Lynchgerichten findet. Im Grunde kam es auf beiden Seiten auf dasselbe hinaus. Der stumpfsinnige, brutale Feigling in der alten Welt und der barbarische, korrupte Flegel der neuen Welt: in beiden hatte das Volksbewußtsein das widrige Gegenbild seiner Vorstellung vom Ehrenmann gezeichnet: auf beiden Seiten herrschte ein natürlich hundert-

fach schattiertes Gefühl, daß der andre im Grunde kein Gentleman sei.

Wer sich aber vergegenwärtigt, wieviel in der Politik vom Ton abhängt und wie sehr der Ton durch den Resonanzboden bestimmt wird, der wird die latente Gefahr solcher Volkskarikaturen nicht unterschätzen. Man hat zu oft gepredigt, daß die politischen Wendungen von wirtschaftlichen Notwendigkeiten beherrscht würden; im Zeitalter der Zeitungsdepeschen ist die Stimmung wichtiger als der Marktpreis. Zwischen Völkern, deren Massen sich wechselseitig achten, wird auch der schwerste Konflikt sich friedlich und ehrenvoll entscheiden lassen; bei Völkern, deren Massen einander sittlich gering schätzen, kann auch der winzigste Anlaß zum Ausgangspunkt der schwersten Kämpfe werden, und auch ohne Waffen können auf beiden Seiten tiefe Wunden geschlagen werden. Der winzigste Zwischenfall kann die Leidenschaften aufstacheln, wenn ein latenter Glaube herrscht, daß auf der andern Seite von vornherein nur niedrige Motive vorauszusetzen sind.

Seltsamerweise gesellte sich nun aber auf beiden Seiten zu der breiten Masse der gehässigen Nichtkenner auch noch ein freundliches Nichtkennertum, das mit günstigen Augen über den Ozean blickte und doch im letzten Grunde dem wechselseitigen Verständnis viel Hindernisse bereitete. Am behaglichen Kaminfeuer hört man in Amerika oft solch gutmütiges, freundliches Urteil über die Deutschen: es sei ja allerdings eine ganz veraltete Kultur, aber dieses moderne Mittelalter sei doch unvergleichlich malerisch und pikant, die rückständigen Menschen seien in ihrer altmodischen Vielscheckigkeit doch gar so amüsant, in ihrem Kastengeist so putzig, in ihren Uniformen so hübsch farbig, es gäbe kein netteres Land, um ein paar Ferienwochen hinzubringen. Und dem entspricht das satte Wohlwollen auf deutscher Seite. Da drüben, heißt es da, ist ja freilich alles noch chaotisch und nervenbeleidigend, aber es ist doch äußerst fesselnd, aus dem Fenster unsrer reifen Kultur auf jenes hastige Gewirre hinzublicken und zuzusehen, wie diese frische, unreife

Energie auf frischem Boden Leistungen hervorbringt, die äußerlich immerhin erstaunlich sind.

Neben solchem freundlichen und unfreundlichen Ignorantentum fehlt natürlich auch auf beiden Seiten die kleine Zahl der Kenner nicht. Daß auch bei ihnen zuweilen ehrlicher Haß das Wort führt, ist nicht zu leugnen. Der gebildete Amerikaner, der sein Deutschland gut kennt, mag dennoch in deutschem Klassengeist und deutscher Disziplin, in deutscher Bureaukratie und deutscher Aristokratie, in der Stellung der deutschen Frau oder in den Sexual- und Trinksitten des Landes Kulturbedrohungen seiner Ideale sehen, die ihn zu zornigem Widerstand reizen. Und ebenso mag der Deutsche die großen und guten Seiten der Neuen Welt vollkommen verstehen lernen und trotzdem mit der ganzen Wucht seiner Überzeugung sich gegen die blinde Mehrheitsherrschaft und die Autoritätslosigkeit, gegen die Schäden der wirtschaftlichen Freiheit und der demokratischen Prinzipien wenden.

Trotzdem bleibt kein Zweifel, daß unter den wirklichen Kennern auf beiden Seiten die aufrichtige Bewunderung überwiegt, die deshalb nicht blind für Schwächen und Fehler wird und die deshalb vor allem nicht aufhört, das Eigene zu lieben und für das Eigene einzustehen. Dann schwärmt der Amerikaner wohl für die vertiefte, durchgeistigte Kultur des alten Landes, von seiner Schönheitsfülle, von seinem Wissensreichtum, von seiner Schöpferkraft und seiner originellen Begabung. Der Deutsche aber fühlt sich überwältigt von dem Ernst und der Kraft, mit der die Neue Welt ihre Cyklopenmauern auftürmt und in sittlicher Zucht mit schöpferischer Phantasie und optimistischem Enthusiasmus eine Volkskultur schafft, mit neuen, kaum geahnten Menschheitswerten.

Weder der eine noch der andre wird sich von seiner Bewunderung dahin irreführen lassen, daß er daheim eine blinde Nachahmung des Fremden predigt; er weiß, daß Kulturen organisch wachsen müssen und Willensziele nicht willkürlich übertragen werden dürfen, aber nie wieder verläßt ihn der Glaube, daß jene Nichtkenntnis ein Unrecht

am eigenen Lande ist, daß ein klares Erfassen der Wesenszüge jener andern Menschen ein unvergleichlicher Gewinn für die Genossen der Heimat sei. Wer aber je das stolze Wollen und Können beider Länder ernsthaft verstanden hat, der weiß, daß ohne jede äußere Nachahmung beide unvergleichlich viel voneinander lernen können und sollen, und gerne gibt er sich dem Glauben hin, daß sie immer mehr einander wechselseitig ein Vorbild werden und sich immer mehr innerlich nähern und ergänzen; denn tiefinnerlich weiß er, daß diesem Zweibund die Zukunft der Welt gehört.

Wie kam es, daß der Kreis dieser Kenner so lange hüben und drüben gar so klein blieb, während die Dampfschiffe hin und zurück überfüllt sind? Aber wer wüßte nicht, daß der Reisende überall im Grunde nur das sieht, was er erwartet. Der Amerikaner mag im deutschen Lande von Ort zu Ort reisen: kam er mit der Überzeugung hin, daß der Deutsche unter obrigkeitlichem Terrorismus seufze, so vergißt er später schnell die tausend Fälle, in denen er Dinge sah oder sehen konnte, die in seiner puritanischen Heimat nicht erlaubt sein würden, unauslöschlich aber prägen sich in seine Seele die paar Gegenfälle, in denen deutsche Bureaukratie ihn in ungewohnter Weise störte. Während selbst der Knüppel in der Hand des amerikanischen Schutzmannes ihm stets wie eine harmlose Selbstverständlichkeit erschien, sieht er im Helm des deutschen Polizisten an jeder Straßenecke ein Symbol des Schreckens. Landet der Deutsche aber in Newyork mit der traditionellen Überzeugung, daß der Amerikaner immer in Hast sei, so bleibt sein Auge blind für die Tausende, die gemächlich ihre Straße schlendern, und unauslöschlich prägt sich ihm das Bild der wenigen ein, die gerade in Eile sind.

Aber es sind nicht nur Vorurteile, die den Eindruck von vornherein beeinflussen; es gibt zu viele, die außerstande sind, sich in das Empfinden einer andersartigen Kultur hineinzuversetzen. Den Amerikaner ließ sein Optimismus von jeher glauben, daß alles Ungewohnte eine Schattierung schlechter sein müsse als das, was er zu Hause gewohnt ist.

Der Deutsche stand früher mit Recht unter dem entgegengesetzten Verdacht; zu kritiklos bewunderte er das Fremde. Mit dem Erstarken des Nationalbewußtseins ist diese Untugend in das andre Extrem umgeschlagen; das Andersgestaltete gilt zunächst als minderwertig.

Dazu gesellen sich Mißverständnisse; das einzelne wird beurteilt ohne den notwendigen Zusammenhang mit andern Faktoren. Der erste Eindruck bezieht sich ja immer auf Einzelheiten, die der Betrachtende künstlich herauslöst; man sieht zunächst nur die Mittel und nicht die Ziele. Nur wer ernsthaft mitlebt, begreift wirklich die Zusammenhänge und lernt verstehen, wie dasselbe Problem in verschiedenen Ländern auf ganz verschiedene Weise gelöst werden kann, ein verschiedenes Verfahren somit noch durchaus nicht besagt, daß wirklich verschiedene Ziele angestrebt werden.

Aber wie selten führt der Besuch in der Fremde über die Anfangskenntnisse hinaus, wie selten bringt er auch nur wirkliche Berührung mit typischen Menschen des andern Landes. Der Amerikaner, der die tiefere Interpretation der deutschen Kultur den Hotelportiers, den Pensionswirtinnen und eignen Landsleuten überläßt, die er auf der Reise trifft, kommt heute selten als Freund des deutschen Reiches heim, auch wenn er noch so aufrichtig für Nürnberg und Bayreuth, für Heidelberg und Weimar schwärmt. Und wie soll der Deutsche das Land der Sterne und Streifen sympathisch verstehen, wenn seine Empfehlungsbriefe ihn nur an deutsch-amerikanische Stammtische verweisen, an denen vielleicht keiner im Rat sitzt, der je die Schwelle eines englisch-amerikanischen Salons überschritten hat. Alles dieses beginnt natürlich bereits auf dem niedrigsten Niveau, im Kreise der kleinen Gewohnheiten, der technischen Einrichtungen, der Manieren und Gesellschaftssitten, und es ist oft lehrreich, die Natur der wechselseitigen Beobachtung schon auf diesem Niveau der Trivialitäten zu verfolgen, da die Prinzipien der vorschnellen, mißverständlichen, ungerechten Auffassung bei den großen Fragen schließlich dieselben sind, wie bei den winzigen, und die Methode dadurch hier am schnellsten hervortritt.

Unser deutscher Freund hat sich vielleicht für die große Reise, um auf den weiten Strecken Amerikas nicht gar zu viel für Überfracht zahlen zu müssen, aufs reichlichste mit neuem Handgepäck versehen. Er fährt in Newyork mit einem halben Dutzend Taschen und Köfferchen zur Bahn und nach ein paar Tagen seiner Wanderschaft steht es bei ihm fest, daß die Gepäckeinrichtungen kläglich sind, die Reiserei eine Qual ist. Nirgends fand er, wie in Deutschland, die breiten geräumigen Netze für seine Handkoffer und auf keiner Station die hilfsbereiten Dienstmänner; alles hatte er selber beim Umsteigen von Zug zu Zug schleppen müssen, das Urteil ist fertig. Da rät ihm ein Freund, sich einen großen, metallbeschlagenen Koffer zu kaufen, der seine Handgepäckschätze, alle die Taschen und Köfferchen in seiner Tiefe aufnimmt. Und von dem Tage an ist er strahlend glücklich; er reist durchs ganze Land, ohne je einen Cent für sein Gepäck zu zahlen, in den Hotels schon gibt er seine Koffer auf, im Zuge schon schickt er sie an sein nächstes Hotel, mit sich führt er nur ein kleines Täschchen mit ein paar Büchern für die Fahrt, und er begreift, daß die amerikanische Methode die unvergleichlich bequemere und behaglichere ist. Er begreift aber vor allem, daß eben alles zusammengehört und die Beurteilung eines einzelnen Faktors sinnlos ist. In einem Lande, das dem Reisenden nahezu unbegrenzt Freigepäck gewährt, wäre es lächerlich, sich mit viel Handgepäck zu belasten, und wiederum, wo es kein Handgepäck gibt, wäre der Dienstmann des deutschen Bahnhofs eine überflüssige Erfindung. Genau nach dem Typus dieser Unwichtigkeit urteilt der Reisende über das Wichtigste, über amerikanisches Beamtenwesen und Parteileben, über Justiz und Gesetzgebung, über Unterricht und Kirche. Stets wird die einzelne Erscheinung mit heimischen Verhältnissen verglichen, ehe sie in den Zusammenhang der Erscheinungen eingeordnet ist. Immer wieder werden wir gerade das zu verfolgen haben, wenn wir vom politischen und wirtschaftlichen, vom geistigen und sozialen Getriebe Amerikas hier sprechen werden.

Unser Reisender stellt natürlich am ersten Abend seine

staubigen Stiefel vor die Tür. Da er sie am nächsten Morgen noch in voller Bestaubtheit wieder vorfindet, ist er sicher, daß die Bedienung in Amerika alles zu wünschen übrig läßt. Er entdeckt zwar vielleicht, wenn er ein Weilchen später zum Frühstück im Hotelsaal erscheint, daß man ihn sehr viel mehr bedient, als er's zu Hause gewohnt war. Im Vorzimmer nimmt der Neger seinen Hut in Empfang, um ihn beim Hinausgehen bereits entgegen zu bringen. Beim Eintritt in den Saal führt ihn ein besonderer Adjutant zu dem besten Platze; will er sich niedersetzen, so schiebt ein dienstbarer Geist den Stuhl in seine Kniekehlen hinein und ein andrer Kellner besteht darauf, mit der Zange den Zucker feierlich in seine Tasse hineinzulegen. Aber trotz aller dieser Überbedienung kann er nicht vergessen, daß seine Stiefel noch immer bestaubt sind. Daß der Amerikaner dieses Problem anders löst, hat er noch nicht begriffen, und sofort naht ihm die nächste Enttäuschung. Die zwei weichen Eier beim Frühstück erscheinen ohne Eierbecher. Der Amerikaner ist gewohnt, die Eier in ein besonderes Glas zu entleeren. Genau solche Grausamkeiten bedrohen natürlich auch den Amerikaner, der in Deutschland reist. Er glaubt ja, unter Barbaren geraten zu sein, wenn er im Hotel kein Schlafzimmer mit Badestube mieten kann; ist er doch gewöhnt, daß auch das bescheidene Gasthaus jedem Gast, der es will, sein eignes Badezimmer bieten kann. Und setzt er sich zum Frühstück, um es in gewohnter Weise mit Apfelsinen anzufangen, so muß er es erleben, daß der Kellner die Südfrüchte ohne Teelöffel heranbringt. Und doch, welcher Amerikaner könnte die Apfelsine ohne Löffel essen. Die Verwunderung, der Unwille, die Absprecherei, die bei allen solchen Gleichgültigkeiten so putzig wirkt, nimmt nun aber lediglich pathetischeren Charakter an, wenn es sich nicht um Stiefelreinigung, sondern um Städtereinigung und Staatenreinigung handelt, oder wenn die Entdeckung gemacht wird, daß auf irgend einem intellektuellen oder künstlerischen oder moralischen Gebiet die Eierbecher und die Apfelsinenlöffel nicht üblich sind, obgleich auch nach der andern Methode die Apfelsinen nicht

weniger schmackhaft und die Eier nicht weniger nahrhaft sind.

Am tragikomischsten ist es, wenn die wechselseitige Unkenntnis der Sitten zur Verkennung der Absichten führt. Unser Freund, der in der neuen Welt seinen ersten Besuch macht, hat sich wunderschöne englische Visitenkarten anfertigen lassen, mit allen seinen Titeln und Würden, in korrektestem Englisch; auch hat er sich, um die Dame zu ehren, feinste Besuchshandschuhe angelegt, und als er später mit ihr zusammen über die Straße ging, hat er bei jeder Straßenwendung ängstlich gesorgt, die Dame zu seiner Rechten zu lassen. Er ahnte nicht, daß man die Visitenkarte vielleicht als drolliges Kuriosum unter Glas und Rahmen bringen würde; der Amerikaner kennt es nun einmal nicht, daß eine Besuchskarte der bessern Gesellschaft mehr als lediglich den Namen ohne jeden Titel und Amtsbezeichnung enthält. Er ahnte auch nicht, daß die junge Dame über die Manierenlosigkeit empört war, mit der er ihr die Hand reichte, ohne vorher den Handschuh auszuziehen und auf dem Trottoir an ihrer linken Seite ging, statt, wie es dem gebildeten Amerikaner selbstverständlich, die Dame stets an der Häuserseite, niemals an der Wagenseite gehen zu lassen.

Auch gute Manieren haben eben ihre lange, nationale Geschichte, und es mag wohl begegnen, daß, wenn man im Restaurant mit einem deutschen Bekannten sitzt, der Neuankömmling, der dieses und jenes mißversteht, mit Eifer auseinandersetzt, daß die Amerikaner keine feinen Manieren hätten, und während er sich ereifert, verstummt vielleicht an allen Nachbartischen das Gespräch, und man blickt entsetzt auf den manierenlosen Fremden, der die fein abgetönte Ruhe des stillen Geplauders durch den Lärm seines Stimmengetöses unterbricht. Nimmt doch der Amerikaner von vornherein an, daß, wo es lärmend hergeht, Deutsche dabei sein müssen. Und wieder soll man nicht glauben, daß solche Mißverständnisse der Intentionen im Grunde andre seien, wenn die Höflichkeiten, die gut gemeint sind, aber nun einmal nicht den in der Heimat üblichen entsprechen, sich im großpolitischen

statt im kleinhäuslichen Rahmen abspielen. Auch Diplomaten und Fürsten und ganze Nationen können mit bestgemeinten Visitenkarten komisch wirken und mit den feinsten Besuchshandschuhen ahnungslos Verstimmung erwecken.

Auf beiden Seiten fehlt aber auch für das Urteil der wirklichen Kenner zu oft der rechte Maßstab. Den Amerikanern sind am besten Schilderungen deutscher Geisteskultur gelungen; viel weniger verstand man Deutschlands politisches Leben. Erst neuerdings beginnt man auf der Höhe nicht nur Weimar, sondern auch Berlin zu begreifen, und zwar führt der Übergang dabei direkt von Goethe zu Wilhelm II.; dagegen hat man zu Bismarck und seiner Zeit niemals ein inneres Verhältnis gewonnen, und während über die neue Weltmacht Deutschlands viel Eigenartiges und Wahres gesagt wurde, ist der deutsche Mensch von heute niemals in seiner ganzen Eigenart vom Amerikaner gezeichnet worden.

Die deutsche Literatur über Amerika anderseits besitzt in erster Linie eine Reihe hervorragender Monographien über einzelne volkswirtschaftliche Fragen. Dann aber haben vornehmlich Ratzel, der Geograph, und v. Holst, der Historiker, v. Halle, der Nationalökonom, und Barth, der Politiker, Goldberger, der Industrielle, A. B. Meyer, der Ethnologe, und mit klaren Poetenaugen vor allem der unvergeßliche v. Polenz in die Seele des neuen Volkes geblickt. Sie alle haben neben manchen andern wie Wäntig, Paasche, Hötzsch, Salomonsohn, Alberti, Diercks, Graf Moltke, viel feine und tiefe Beobachtungen über amerikanische Kultur ausgesprochen, wenn auch das Werk des Engländers Bryce von keinem Deutschen erreicht ist. Und dennoch bleibt auch beim Besten ein Rest Willkürlichkeit; immer wieder spricht ein Zuschauer, der als Außenstehender die Vorgänge in einer Perspektive sieht, in der sie für die Mithandelnden nicht in Frage kommen. Solche Kritik von außen her ist von höchstem Werte; aber es bleibt dabei doch die andre Aufgabe berechtigt, das Wesen und Wirken des Amerikaners so zum Ausdruck zu bringen, wie es sich in seinem eignen Bewußtsein entfaltet.

* * *

Wenn der Reichsdeutsche, der in der Neuen Welt von Ort zu Ort eilt, wenig vom wahren Amerika sieht, und der Yankee, der seine Ferien einmal auf deutschem Boden verbringt, nicht gar viel Kenntnis des wirklichen Deutschtums nach Hause bringt, so ist damit noch nicht gesagt, daß er nicht in anderer Richtung der wechselseitigen Bekanntschaft dient. Der Amerikaner könnte in Deutschland und der Deutsche drüben Verständnis für sein Heimatvolk wecken.

In der Tat könnte es überraschend erscheinen, daß jährlich hunderttausend Amerikaner sich in Europa tummeln und doch so wenig tun, um außerhalb der Oberkellnerkreise ihr Land beliebt zu machen. Aber wer geht denn auf Ferienreisen, um Propaganda auszuüben? Gerade der feiner geschliffene Amerikaner klettert nicht auf Aussichtspunkte, um den Hotelgästen oben eine Parteirede über die Kulturvorzüge seines Vaterlandes zu halten. Unbemerkt geht er seines Weges oder betrachtet es wohl just als einen Teil des Ferienvergnügens, mitzutun wie es die andern machen, sein Münchener Bier zu trinken, obgleich es ihm nicht schmeckt, Ansichtspostkarten auszusenden, obgleich er es eigentlich für unmanierlich hält, andre als geschäftliche Mitteilungen auf offener Postkarte zu senden und sich lachend im Rauchzimmer pikante Scherze erzählen zu lassen, die den Erzähler in Amerika verächtlich und unmöglich machen würden. Er fällt nicht auf; aber kommt da irgend ein aufgeblasener Parvenü aus den wilden Präriestaaten, der in Amerika gar nicht versuchen würde, sich in bessere Kreise einzudrängen, kaut Tabak und legt die Füße auf die Stühle, so bemerkt alle Welt „den Amerikaner" und formt nach seinen Unmanieren die mißratenen Vorstellungen.

Oft gibt es auch da fast ein Versteckspielen bezüglich der Absichten. Der Amerikaner will sich den deutschen Sitten anpassen und gerät gerade dadurch in die Irre. So war ihm bis vor kurzem alles Trinkgelderwesen fremd; widerspricht doch das Trinkgeld durchaus den wirtschaftlichen Ideen des Amerikaners. Kommt er nach Deutschland, so will er sich der Unsitte fügen, und, um

nichts zu versäumen, mißt er die Trinkgelder so reichlich ab, daß überall über die Protzen gezetert wird, die solche geschmacklos großen Trinkgelder über den Ozean bringen. Noch komischer wirkt es, wenn eine ausgesprochene Absicht in ihr Gegenteil mißdeutet wird. Mit wieviel Spott beispielsweise amüsiert sich etwa Europas Diplomatie darüber, daß die amerikanischen Diplomaten kein Französisch können und so genötigt sind, dem internationalen Herkommen entgegen, auch die kürzeste Mitteilung in Englisch zu formulieren. In Wahrheit aber betrachtet Amerika es gerade als Stolz seiner Staatskunst, daß es seine Sprache der Welt aufzwingt und seinen Beamten streng verbietet, je ein anderes Idiom als Englisch zu benutzen, so daß der amerikanische Diplomat, auch wenn er fließend französisch spricht, schriftlich nur das Englische benutzen darf. Am ehesten haben die zahlreichen amerikanischen Studenten an deutschen Universitäten dazu beigetragen, das wahre Wesen des Amerikanertums im deutschen Lande verständlich zu machen. Aber der Kreis, in dem sie sich bewegen, ist meistens eng, ihre Weltkenntnis und ihre Sprachkenntnis so gering und ihre Stellung so abhängig, daß sie dem vermeintlichen Besserwissen ihrer Dozenten nur selten ein freimütiges Wort über die Vorurteile entgegenhalten, mit denen gerade die akademischen Kreise in Deutschland, wenn es sich um Amerika handelt, zum Überströmen voll sind.

Ganz anders aber, so scheint es, muß es nun auf der andern Seite liegen. Die Deutschen, die nach Amerika kommen, sind durch die Zahl und durch die Dauer ihres Aufenthaltes ja gar nicht zu vergleichen mit den Ferienreisenden und Studierenden, die von Amerika nach Deutschland gehen. Jahr für Jahr strömten hunderttausend gute Deutsche in die Neue Welt, nicht zu flüchtiger Umschau, sondern zu stetiger Mitarbeit, nicht um zum nächsten Herbst zurückzukehren, sondern um Kinder und Kindeskinder aufzuziehen: ein Fünftel der amerikanischen Bevölkerung ist heute von deutscher Abstammung, die großen amerikanischen Städte enthalten mehr Deutsche als die mittelgroßen Städte

des Deutschen Reiches. War es nicht die natürlichste Wirkung und zugleich die vornehmste Aufgabe dieser deutsch-amerikanischen Millionen, sieghaft zu zeigen, was das Deutschtum und das deutsche Vaterland bedeuten? Waren hier nicht fast in bedrückender Fülle die besten Vermittler der beiden Nationen immer zur Hand, mußten sie nicht auf Schritt und Tritt Verständnis für alles Deutsche in ihrer neuen Heimat wecken und durch unzählige Familienbeziehungen zur alten Heimat in Deutschland wiederum Verständnis für das wahre Amerika großziehen? Es muß sich lohnen, etwas eindringlicher in die Welt des Deutsch-Amerikanertums hineinzuschauen.

Die Geschichte der Deutsch-Amerikaner ist selbstverständlich scharf von der Geschichte der deutsch-amerikanischen Beziehungen zu trennen. Die beiden Völker können einander freundschaftlichst nahe stehen, während das Deutsch-Amerikanertum daniederliegt, und tatsächlich erfolgte sein reichster Aufschwung, als von einer Wechselbeziehung der Nationen nur wenig die Rede war. In reichsdeutscher Betrachtung werden die beiden Problemgruppen zu oft durcheinandergewirrt. Rein politisch hat Deutschlands Stellung zu Amerika nichts mit der Stellung der Deutschen in Amerika zu tun, und das verschwommene Gefühl, als solle das Reich amerikafreundliche Politik treiben, damit es den deutschen Brüdern jenseits des Ozeans gut ergehe, entspricht der politischen Wirklichkeit nicht. Das Gefühl der amerikanischen Nation überspringt gewissermaßen das Deutsch-Amerikanertum, wenn es sich Deutschland zuwendet, und die realen Faktoren der deutschen Politik tun im wesentlichen das Gleiche von der andern Seite. Diese unmittelbaren Beziehungen von Volk zu Volk sind ja nun durch die Jahrhunderte der Geschichte meistens freundliche gewesen; nur selten schwang das Gefühlspendel überhaupt weit von der Ruhelage fort. Bei Festreden hört man ja wohl oft ein schwungvolles Wort, wie das amerikanische Volk sich der gemeinsamen Abstammung mit dem deutschen treulich bewußt geblieben ist, wie Amerika in England die Mutter, in

Deutschland die Mutter der Mutter verehrt, wie der teutonische Ursprung sich in Volkssitten und politischen Einrichtungen verrät, wie die Landeinteilung auf die altgermanischen Marken hinweist und die Bürgervertretung der Neuengland-Städte auf die altgermanischen Freimännerversammlungen. Immer wieder muß bei festlichen Anlässen der alte Fritz aufmarschieren, der sich im Revolutionskrieg rückhaltlos auf die Seite der Kolonisten stellte, wenn auch den lächelnden Hörern dabei regelmäßig eine ganz andere Schulreminiszenz aufsteigt: die von den hessischen Söldnern, die ein deutscher Fürst zum Kampf gegen die Kolonien an England verkaufte.

Das Jahrhundert, das folgte, war eine Zeit korrekter Beziehungen, ohne Feindschaft, ohne Freundschaft; die politischen Verträge und wirtschaftlichen Abmachungen waren für Amerika nicht ungünstig. Während Deutschland in seiner politischen Schwäche als Bundesgenosse oder Gegner aber dem losgelösten Staatenbunde kaum von Bedeutung war, wuchsen stetig die geistigen Beziehungen. Seit den dreißiger Jahren pilgerten die Besten der amerikanischen Jugend zu den Hochstätten der deutschen Wissenschaft und brachten aus Göttingen und Heidelberg und Gießen, später aus Leipzig und Berlin ernstes Verständnis für deutsche Geistesarbeit. Deutsche Musik flutete über die Neue Welt, deutsche Dichtung und deutsche Philosophie beeinflußten ihr eignes Fühlen. Longfellow kam von Goethe her, Emerson kam von Fichte.

Dann entbrannte der Bürgerkrieg, und Deutschlands öffentliche Meinung stand, als ganz Europa zweifelte und schwankte, mit sicherem moralischem Instinkt auf der siegenden Seite der Sklavenbefreier. Schnell folgte der Tag, an dem das Deutsche Reich geschmiedet wurde: der Amerikaner aber fühlt stets ehrliche Freude, wo ein Zerrissenes sich eint, Zersplittertes sich zusammenfügt, gesunde Kraft sich eindrucksvoll auslebt und Neues schafft. Nicht alles, was folgte, schien sympathisch; aber deutscher Handel und deutsche Industrie erstarkten, und da der Amerikaner gewohnt

ist, mit dem geschäftlichen Rivalen persönlich freundschaftlich zu verkehren und ihn zu respektieren und von allen menschlichen Gemütsbewegungen der Neid seiner Seele am fremdesten ist, so ward auch hier zunächst freudig das neue Gemeinsame empfunden. Mit neuer Kraft drangen jetzt deutsches Unterrichtswesen und deutsche Wissenschaft ins Land, Richard Wagner trat seinen Triumphzug an und weckte den Sinn für deutsche Vergangenheit, der junge Kaiser zeigte die Züge, die der Amerikaner an sich selbst so liebt, schnelle Initiative, trotzige Selbständigkeit, Vielseitigkeit und Wagemut, optimistisches Selbstvertrauen und den Sinn in die Weite: er wurde die eine faszinierende Erscheinung auf der europäischen Bühne; dann kam der spanische Krieg, und damit stehen wir in der Gegenwart.

Wie Deutschlands öffentliche Meinung sich damals aufhetzen ließ und in kläglicher Unwissenheit die amerikanischen Motive mißdeutete, das hat tief verstimmt; aber in der Siegesfreude ward auch das vergessen, und als dann Deutschland sich schnell der neuen Weltsituation anpaßte und mit bedeutsamen Ehrungen Amerikas neue Weltmachtstellung anerkannte, als amerikanische Kultur und Technik, amerikanisches Land und amerikanische Leute ganz offenkundig den Löwenanteil an den neudeutschen auswärtigen Interessen davontrugen, da konnten sich die offiziellen Beziehungen leicht wieder zu freundschaftlichen gestalten, auch wenn durch Zollplänkeleien und Marinezwischenfälle der Pulsschlag der Freundschaft hier und da aussetzte. Es ist unwahrscheinlich, daß in dieser Entwicklung der deutsch-amerikanischen Beziehungen viel anders gewesen wäre, wenn es eine deutsch-amerikanische Bevölkerung überhaupt nicht gegeben hätte.

Der Deutsche kann die Geschichte des Deutsch-Amerikanertums nicht verfolgen, ohne sich zunächst schmerzlich bewußt zu werden, welch ein ungeheurer Verlust an gesunder Kraft da das deutsche Vaterland verloren hat. Wenn Jahrzehnte hindurch durchschnittlich hunderttausend Deutsche jährlich die Heimat verließen, um in der neuen Welt sich

anzusiedeln, so kann der Deutsche nicht vergessen, daß diese Auswanderer und ihre Nachkommen heute fünfzehn Millionen auf amerikanischem Boden darstellen, während Deutschlands Gesamtbevölkerung sich in den letzten hundert Jahren im Verhältnisse zur weißen Bevölkerung des britischen, des russischen und des amerikanischen Weltreiches stetig vermindert hat und der weite Spielraum amerikanischer, russischer und britischer Lande dieses Verhältnis zu Ungunsten Deutschlands in der Zukunft noch weiter verschieben muß. Inzwischen breitet sich das Polentum immer stärker aus, und wehmütig empfindet der Deutsche, wie anders es hätte sein können, wenn Deutschland es verstanden hätte, diese Kinder der deutschen Erde an die eigne Scholle zu fesseln. Waren es doch die schlechtesten nicht; ja was Charakter und Energie, Unternehmungslust und Selbstbewußtsein betrifft, muß die natürliche Auslese fortdauernd die kräftigsten Individuen über den Ozean geführt haben. Die paar mißratenen Söhne, die es vorziehen, sich durch das Weltmeer von der deutschen Justiz zu trennen, spielen diesen Millionen gegenüber tatsächlich überhaupt keine Rolle.

Deutschland zeigt in dieser Beziehung denn auch neuerdings ein schlechtes Kulturgewissen, aber nichts kann törichter sein, als wenn sich das Unbehagen in die phantastische Idee umsetzt, daß es jemals möglich sein könnte, auch nur ein Tröpfchen des leichtsinnig verspritzten Blutes dem Organismus wiederzugewinnen. Ignoranten haben ja mit dem Gedanken gespielt, daß sich einige der westlichen Staaten, in denen sich die deutschen Einwanderer vornehmlich angesammelt, langsam zu selbständigen deutschen Staatengebilden entwickeln könnten, die dann, ihrer eignen Neigung folgend, sich aus dem Staatenbunde herauslösen und dem deutschen Reiche anschließen würden. Amerikanische Hetzer haben hier und da sekundiert mit der Verdächtigung, daß deutsche Sondergefühle auf amerikanischem Boden wucherten.

Die Verdächtigungen und die Hoffnungen sind aber gleichermaßen wahnwitzig. Gleichviel, wie man die Deutsch-

Amerikaner beurteilen will, an ihrem amerikanischen Patriotismus ist auch nicht der geringste Zweifel möglich, und mag die sentimentale Liebe zu deutschen Kindheitserinnerungen noch so lebhaft sein, kein Zweifel schleicht sich an den Enthusiasmus für das politische Amerika: der Deutsch-Amerikaner ist Amerikaner mit Herz und Seele, und wenn es je zu einer blutigen Entscheidung käme, mit schwerem Herzen würde er auch selbst gegen die schwarz-weiß-rote Flagge, für die Sterne und Streifen kämpfen. Zu viele haben die deutsche Heimat verlassen, um unerträglichem Druck zu entfliehen, religiöser Intoleranz und wirtschaftlicher Beengtheit, militärischem Dienst, sozialem Klassengeist und politischer Verfolgung. Dort ist ihr Vaterland, wo sie Freiheit und Achtung, Erwerb und Anerkennung fanden. Und eines vor allem: sie nahmen vom deutschen Boden die deutsche Treue mit, die das Gelöbnis für den neuen Herrn in Freud und Leid unverbrüchlich zu halten gewillt ist. Ja, auch hier sind die Fremden päpstlicher als der Papst. Fast sieht es aus, als empfänden die deutsch-amerikanischen Amerikaner, zumal die zweite Generation, das Bedürfnis, ihren Patriotismus zu unterstreichen, obgleich der Verdacht des Gegenteils auf keiner wirklich ernsthaften Seite besteht. So haben Deutsch-Amerikaner, die Konsuln in deutschen Städten sind, den Ruf, am energischsten die amerikanischen Interessen dem deutschen Handel gegenüber zu vertreten; deutsch-amerikanische Marineoffiziere gelten als die für Deutschland unfreundlichsten Elemente der amerikanischen Flotte, und sicherlich gibt es keine widerwärtigere Sorte von Deutschlandverächtern, als einen gewissen Typus von Söhnen wohlhabend gewordener deutscher Einwanderer, die sich des Landes ihrer Väter schämen, nach jedem Deutschlandbesuch ohne jedes Verständnis für deutsche Kultur mit übertriebenen Anklagen gegen deutsche Kleinlichkeit, Bevormundung und Zurückgebliebenheit lospoltern und sich erst wieder in menschenwürdiger Umgebung fühlen, wenn sie im Rauchsalon des Schiffs, bei amerikanischem Cocktail und Pokerspiel die Rückreise genießen.

Die deutsche Einwanderung ist so alt wie die Besiedlung Amerikas. Selbst in dem Wikingerboot der Urzeit, das zur Küste von „Weinland" fuhr, soll schon ein weinesfroher Rheinländer dabei gewesen sein, und in die holländische und englische Besiedlung mischten sich allezeit vereinzelte Deutsche. Es war ein Deutscher aus Wesel, der 1626 die Insel Manhattan von den Indianern kaufte. Wenn die Deutschen im ganzen Lande aber seit dem Jahre 1883 den 6. Oktober als „Deutschen Tag" feiern, und zwar in Erinnerung an die 200 Jahre vorher in Philadelphia angelangten Krefelder, so wird mit Recht gerade diese Einwanderung herausgehoben. Es war die erste organisierte deutsche Kolonisation. Die Deutschen, die vor 1683 landeten, waren vereinzelte Arbeiter, Handwerker und Kaufleute, die einflußlos in den bestehenden Ansiedlungen aufgingen; von jenem Tage an beginnt das Deutschtum seine selbständige, wenn auch zunächst bescheidene Rolle, und gerne hat man diese erste Landung eines deutschen Trupps unter Pastorius in der Kolonie von William Penn mit der Landung der englischen Puritaner an der Neuenglandküste verglichen.

Vom Ende des siebzehnten bis zum Ende des achtzehnten Jahrhunderts zeigt die Einwanderung einen verhältnismäßig einheitlichen Charakter. Im Vordergrunde stehen religiöse Motive; immer neue Scharen verließen die Heimat, um ihren Glauben betätigen zu können. Es war eine Zeit reicher Sektenbildungen; William Penn war Missionar der Quäker gewesen und die Krefelder Familien, die ihm folgten, fanden schnell zahlreichen Nachschub. Mennoniten, Mystiker und viele andre gesellten sich dazu, und jede religiöse Bedrückung in deutschen Landen brachte als unmittelbare Wirkung das Anschwellen der jungen Kolonien. Zu den kirchlichen aber gesellten sich stets die wirtschaftlichen Antriebe; die Not der Zeiten trieb ganze Gemeinden aus der Pfalz und aus Schwaben und aus mancher andern Gegend zu der beschwerlichen Reise über den Ozean. Oft wurden schon damals übertriebene Hoffnungen bei denen geweckt, die in dumpfer wirtschaft-

licher Hoffnungslosigkeit auf ihrer Scholle dahinlebten. Von Karolina im Süden bis hinauf in die Neuengland-Staaten bildeten sich die verstreuten kleineren und größeren Niederlassungen, wenn auch keine an Bedeutung denen in Pennsland, Pennsylvanien, glichen.

In den unruhigen Jahrzehnten, die der französischen Revolution folgten, war die Einwanderung nahezu unterbrochen; aber wenn um 1780 etwa hunderttausend Deutsche allein in Pennsylvanien lebten mit deutschen Kirchen und Schulen und Druckereien, so war das Deutschtum Amerikas stark genug geworden, um auch in den 40 Jahren, die keinen neuen Zufluß brachten, sich zu erhalten, so daß, als etwa um 1817 die deutsche Einwanderung aufs neue einsetzte, das flüchtende Deutschtum sich sofort wieder an das Erhaltene anfügen konnte und die Kontinuität somit erhalten blieb.

Jetzt aber handelte es sich nicht mehr um religiöse, sondern vornehmlich um politische Motive, die sich zu den wirtschaftlichen gesellten, und diese politische Auswanderung füllt wieder Jahrzehnte. Verschiedene zeitliche Schichten lassen sich dabei unterscheiden. Im Rückblick sind wir gewohnt, die Hauptbedeutung jenen zuzuschreiben, die in den Kämpfen von achtundvierzig die Heimat verließen. Professoren und Journalisten, Ärzte und Juristen waren die Führer, und breite Volksmassen, besonders aus dem Süden und Westen Deutschlands, folgten ihnen und drängten sofort als enthusiastische Pioniere in die unermeßlichen Ebenen und die reichen Täler des mittlern Westens. Und dieser mächtige Strom floß weiter, auch als die Zeit der politischen Verfolgung lange vorüber; immer neue Massen verließen die heimatliche Küste, auch als sie nicht mehr ein zerrissenes Vaterland hinter sich lassen mußten, ja als sie mit Stolz auf das geeinte Reich blicken konnten. Die wirtschaftlichen Bedingungen der Neuen Welt waren zu verlockend, die sozialen Verhältnisse versprachen zu reiche Möglichkeiten. Schon waren in St. Louis und Chicago, in Milwaukee und Cincinnati mächtige Zentren des Deutschtums entstanden und

ganze Staaten wurden vor allem von deutschen Ackerbauern besiedelt.

Erst in den achtziger Jahren erreichte die deutsche Auswanderung ihren Höhepunkt. Während in der deutschen Heimat damals Handel und Gewerbe im schnellen Aufblühen waren, wurde in der Neuen Welt der noch nicht in Beschlag genommene landwirtschaftlich ergiebige Boden immer knapper, und so nahm denn langsam die Auswanderung wieder ab, und heute ist sie gering. Die Hunderttausende, die aus deutschen Häfen nunmehr der Neuen Welt zuströmen, sind in ihrer überwältigenden Mehrheit durch Deutschland nur quer durchgefahren; sie kommen von Österreich, Rußland und der Türkei. Daraus zu schließen, daß die Geschichte der deutschen Einwanderung beendet sei, wäre vielleicht vorschnell, auch wenn der religiöse oder der politische, der soziale oder der wirtschaftliche Druck genau in den Formen der Vergangenheit nicht wiederkehren mag.

Fragt man, ob es den Deutschen in der neuen Heimat gut ergangen sei, so ist kein Nein oder Ja am Platze. Das achtzehnte Jahrhundert war ihnen doch wohl im wesentlichen eine Leidenszeit; vielfach bedrückt und ausgenutzt führten sie ein kärgliches Dasein und nur zu oft wurden ihre zerstreuten Niederlassungen von den Verhältnissen wieder aufgerieben.

Im verflossenen Jahrhundert dagegen hob sich das Durchschnittsniveau zu einer gewissen Behäbigkeit und materiellen Behaglichkeit, wie sie sich gern in Sang- und Turn-, in Spiel- und Vortragsvereinen bekunden. Gewiß hatte auch jetzt der einzelne es oft unsäglich schwer, sich in der Neuen Welt emporzuarbeiten. Unbekannt mit der Landessprache, ungewöhnt an die intensive Arbeitsweise, unvertraut mit den Sitten des Landes, glaubte so mancher zunächst, sein Los bei der Auswanderung verschlimmert zu haben; dieser und jener kehrte selbst verbittert heim. Nicht wenige gelangten zu erträglicher Existenz erst, nachdem sie sich auf vielen Wegen vergeblich herumgeschlagen und von Beruf

zu Beruf getrieben waren. Auch jene Führer der politischen Auswanderergeneration trugen oft einen viel zu schweren Schulsack über der Schulter, um unter den neuen Verhältnissen leicht fortzukommen; die Freiheit mußte oft mit unsäglicher Mühsal erkauft werden. Aber im Grunde fand der Deutsche, der arbeiten wollte, für sich und die Seinen mit Sicherheit ein behagliches Heim. Vor allem wuchs schnell die Zahl derer, die es zu Wohlstand und schließlich zu Reichtum brachten; nirgends zu dem beängstigenden Milliardenreichtum der wirtschaftlich Ersten, aber doch weit über alles hinaus, was sie in der Heimat erhoffen konnten. In den meisten Großstädten sind Deutsch-Amerikaner heute an zahlreichen leitenden Stellen im Bankwesen und in der Industrie, im Großhandel und im Anwaltsstand.

Das Deutschtum im Lande fühlt sich somit im wesentlichen zufrieden. Nicht alles, was der Deutsche findet, ist ihm willkommen. Der Kampf mit dem ihm muckerisch erscheinenden Puritanertum hat seiner trunkfreudigen Lebenslust manchen schweren Ärger bereitet; aber daß er im Lande des Majoritätenglaubens sich nach der Mehrheit richten muß, auch wenn sie über Sonntagsheiligung und Temperenz anders denkt als er, das wird er im Prinzip nie bestreiten. Daß er als Deutscher irgendwie ungerechte Zurücksetzung erführe, ist sicherlich nicht der Fall. Aber der Deutsch-Amerikaner ist nicht nur mit Amerika zufrieden, Amerika ist auch mit ihm zufrieden; er hat sich von jeher willig den Zielen des amerikanischen Volkes angepaßt; er hat am Werktag mitgearbeitet und in schweren Stunden opferbereit mitgekämpft. Um die paar politischen Pedanten, die vor Jahrzehnten alles umgestalten wollten, oder um die paar anarchistischen Feuerbrände kümmert man sich nicht; mit gerechter Würdigung blickt man vielmehr auf die treue Mithilfe der deutschen Mitbürger.

Unvergessen bleibt die glänzende Wirksamkeit des Generals Steuben, der die Miliz des Befreiungskrieges in eine Armee umschuf. Unvergessen bleibt vor allem der begeisterte Kampf der Deutschen für die Erhaltung der Union, als der

Bürgerkrieg tobte. Nord und Süd standen sich gegenüber und die entscheidende Frage war, auf welche Seite der gewaltige Westen sich werfen würde. Durch zahllose Beziehungen war der Westen mit dem Süden verknüpft. Da bäumte sich das Deutschtum auf und deutscher Zorn und Haß gegen alle Sklaverei trieben den Westen in den Kampf gegen den Süden, und Deutsche standen, wo der Kampf am schwersten war. Illinois, Wisconsin, Missouri wurden durch die Entscheidung des Deutschtums für die Partei der einigen Union gewonnen; die Deutschen hatten ihr zerrissenes Vaterland nicht aufgegeben, um die neuerwählte Heimat auch in Fetzen zu zerreißen. Sie kämpften und starben für die Einheit und die Reinheit des Landes, und die Namen v. Sigel und Schurz, v. Kapp, Stallo, Körner und vieler andern Deutschen nehmen einen Ehrenplatz in den Blättern der amerikanischen Geschichte ein.

Aber die Stunde des Kampfes kam dem glückreichen Lande selten, seine Grundgeschichte ist die Geschichte friedlicher Arbeit, die unermüdlich den neuen Weltteil eröffnet und sich dienstbar macht. Und wieder weiß der Amerikaner wohl, daß es Deutsche waren, deutsche Arbeiter und deutsche Handwerker, deutsche Kleinbürger und deutsche Schullehrer, vor allem aber deutsche Bauern, die unermüdlich und gewissenhaft die stille Pionierarbeit verrichteten. Mit deutscher Geduld haben sie die Wildnis in Ackerland verwandelt, mit deutscher Liebe zur bebauten Scholle die neugewählte Heimat wirtschaftlich fortentwickelt, und so manches Gewerbe in der Neuen Welt führt ganz auf deutsche Anregung und mitgebrachtes deutsches Können zurück. Deutsche brachten den Buchdruck und den Holzschnitt, chemische Fabriken und Eisenhütten, Gewehrfabriken und Glockengießereien, die Klavierindustrie und die Brauereien; deutsch-amerikanische Ingenieure halfen wacker an den technischen Großleistungen der Neuen Welt, schufen Riesenbrücken und Tunnels, und deutsch-amerikanischer Reichtum half bei den gigantischen Unternehmungen des Verkehrswesens und der Industrie.

Daneben wirkten leise die deutschen Pädagogen. Deutsche

brachten den Kindergarten und Deutsche vor allem brachten die Hausmusik und das Oratorium und die Symphonie. Deutsche brachten heitere Lebenslust und die burschikose Spielart der Gemütlichkeit und manches Zarte und Sinnige. Der Deutsche brachte den Weihnachtsbaum, der Deutsche liebte die Blumen; noch heute sind die Musiker und Gärtner fast überall im Lande Deutsche. Vor allem mißbilligte die große Masse des Deutschtums jederzeit die Korruption der Stadtverwaltung, die von dem politischen Einfluß der eingewanderten Irländer untrennbar schien. Deutsche sympathisierten lebhaft mit den Bemühungen für Verwaltungsreform und öffentlichen Fortschritt. Der unparteiische Amerikaner muß gestehen, und oft ist es von leitender Stelle gesagt, daß die deutsche Einwanderung immerdar dem amerikanischen Volk im besten Sinn gesunde Nationalelemente zugeführt. —

Und gerade heute wird sich Amerika so recht bewußt, wieviel das bedeutet; auch heute wie vor zwanzig Jahren fließt ein breiter Strom europäischen Volkstums in die Neue Welt. Ja, der Strom ist noch breiter geworden, aber einst war er rein, jetzt trägt er Schlamm und Unrat und jedermann muß seine Miasmen fürchten. Deutsche, Schweden, Irländer, Schotten, das war damals fast die gesamte Einwanderung; heute liefert Nordeuropa nur spärlichen Beitrag, während Südeuropa und Osteuropa ihre Arbeitslosen und Elenden in Haufen senden. Im Monat Juli 1903 beispielsweise landeten 67 000 europäische Zuzügler; aber Irland schickte davon nur etwa zweitausend, England und Schweden je dreitausend und Deutschland kaum viertausend. Dagegen kamen über zehntausend Italiener, fast vierzehntausend Russen und über dreißigtausend aus Österreich-Ungarn. Daß diese russischen, sizilischen und galizischen Massen eine gefährliche Verschlechterung der Einwanderung bedeuten, darüber ist sich keiner im unklaren. Man weiß, daß diese Massen nicht nur kulturlos anlangen, sondern für lange Zeit auch kulturunfähig bleiben und daß, wenn früher oft gerade die Stärksten sich herauswagten, weil sie die Unternehmungslustigen waren, es

nunmehr gerade die Schwächsten sind, die Ausgestoßenen, die in der Heimat zur Verzweiflung getrieben waren; durch diese Verschlechterung der Immigranten ist als Kontrastwirkung der Wert des gesunden deutschen Volkstums im Massenbewußtsein gestiegen. Früher präsentierte er der britischen Einwanderung gegenüber seiner Sprachunkenntnis wegen die niedere Klasse, heute stellt er der südeuropäischen Kulturlosigkeit gegenüber die höhere Schicht der Einwanderung dar. Kurz, zu allen Zeiten und heute mehr als je galt und gilt der deutsche Abkömmling als ein wünschenswerter und zuverlässiger Bestandteil des amerikanischen Volkes.

Wenn es gälte, den Deutsch-Amerikaner gegen die törichten Angriffe der Nativisten zu verteidigen, die alles Nichtenglische als unamerikanisch brandmarken möchten, so könnte die Verteidigungsrede hier schließen; aber wenn der Deutsche, der zu Deutschen spricht, sich die Kulturleistungen des Deutsch-Amerikaners tendenzlos vergegenwärtigen will, so drängt sich doch manche weitere Frage und schließlich mancher Zweifel auf: haben sie wirklich ihr Bestes geleistet, haben sie ihre höchste Kulturaufgabe erfüllt, bleibt das Lob uneingeschränkt, auch wenn ein höherer Maßstab gewählt wird, wenn sie nicht nur mit skrupellosen Irländern und kulturlosen Galiziern verglichen werden, sondern mit den Deutschen im Vaterland?

Die nächstliegende Frage würde vielleicht sein: wie haben sie die deutsche Muttersprache gehütet? Es sollen heute noch fast achthundert deutsche Zeitungen und Wochenblätter auf amerikanischem Boden gedruckt werden; von den meisten Eingewanderten wird deutsch gesprochen, deutscher Schulunterricht ist über das ganze Land verbreitet, die verschiedensten Großstädte haben ihr deutsches Theater, deutsch ist die lutherische Predigt, jede Wahlkampagne hat ihre deutschen politischen Versammlungen, und deutsche Worte tragen das deutsche Lied.

Das mag auch eine Zeitlang noch so bleiben, selbst wenn die deutsche Einwanderung nicht wieder anschwellen sollte.

Aber dennoch ist darüber keine Täuschung möglich: die deutsche Sprache hat auf amerikanischem Boden keine innere Fruchtbarkeit, sie stirbt ab mit denen, die sie ins Land getragen und wird den Abkömmlingen der Deutschen zu schnell das, was sie den englischen Amerikanern ist, eine fremde Sprache, die man aus den verschiedensten Gründen lernen mag, aber doch eine fremde Sprache. Die Eltern ziehen im täglichen Gebrauch das Deutsche noch dem Englischen vor, den Kindern wird es schon schwer, beide Sprachen gleichmäßig nebeneinander zu pflegen, die Enkel sprechen nur englisch. Die treueste Pflegerin der Sprache bleibt die Kirche, die siegreichste Gegnerin ist die Politik. Zahllose Eingewanderte, welche die Volksschule noch in Deutschland besucht haben, können die Politik des Tages nur in der englischen Sprache diskutieren, die ihnen die technischen Ausdrücke und die Schlagworte der Stunde liefert, auch wenn sie dem Gottesdienst lieber in der Muttersprache folgen. So hat denn auch die deutsche Presse mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen und die Reichsdeutschen, die den Untergang der deutschen Sprache in den Vereinigten Staaten beklagen, sind recht kurzsichtig, wenn sie gleichzeitig immer darüber zetern, daß die amerikanischen Bestimmungen über das literarische Eigentumsrecht der Ausländer die deutschen Literaturwerke fast ungeschützt lassen.

Gerade hierin liegt die einzige Möglichkeit, die deutsche Sprache unter den Millionen deutscher Abstammung eine Weile länger aufrecht zu erhalten. Könnten jene Hunderte deutscher Zeitungen ihre Spalten nicht mit der Freikost deutscher Artikel und deutscher Romane füllen, so würden sie überhaupt nicht bestehen können und weitaus die meisten müßten aufhören, den Samen der deutschen Sprache auszustreuen. Die klagenden Verleger Deutschlands wären die ersten, welche davon Schaden trügen, denn, wenn der Deutsch-Amerikaner es sich abgewöhnt, eine deutsche Zeitung zu lesen, so würde er bald noch weniger geneigt werden, deutsche Bücher zu kaufen, die heute noch in großen Massen zu ihm eingeführt werden. Im großen ganzen ist

die deutsch-amerikanische Presse besser als ihr Ruf, und wer ihre besonderen Schwierigkeiten berücksichtigt, wird gerne zugeben, daß sie ihre Pflicht getan hat, wacker unterstützt auch vom deutschen Theater, das in Newyork zum Beispiel geradezu vorbildlich auf die Bühnenkunst eingewirkt hat.

Aber alles das kann den Verfall der deutschen Gebrauchssprache nicht aufhalten, die selbst in leidlich gebildeten Familien oft aufs geschmackloseste korrumpiert wird. Nicht nur, daß das Gespräch mit englischen Worten und mit undeutschen Nachahmungen englischer Konstruktionen durchsetzt wird, sondern deutsche Worte werden anglisiert und englische Worte mit deutschen Vor- oder Nachsilben verunstaltet. Trotz alledem sind die Vorwürfe, mit denen der Reichsdeutsche, der seine Sprache liebt, da schnell zur Hand ist, doch wohl ungerecht und unbegründet. Ungerecht sind sie, weil der Außenstehende sich keine rechte Vorstellung von der Schwierigkeit macht, die junge Generation zur natürlichen Beherrschung der Großmuttersprache heranzuziehen, wenn die Mitschüler englisch sprechen und die umgebende öffentliche Kultur nur die englische Ausdrucksform kennt. Da wird die Pflege des Deutschen ein Luxus, den sich nur die Bemittelten leisten können.

Aber der Vorwurf ist auch unbegründet, denn hier liegt doch eigentlich nicht die Pflicht und die Aufgabe der Deutschen in der Neuen Welt. Der Deutsche, der amerikanischer Bürger geworden ist — wir paar Reichsdeutsche, die wir als Bürger des deutschen Vaterlandes in der Neuen Welt wirken, stehen so vereinzelt, daß wir für die allgemeine Betrachtung des Deutschtums in Amerika natürlich überhaupt nicht in Frage kommen — der will und soll keinen Staat im Staate formen, er will und soll zunächst Amerikaner sein, und alles, was den Verdacht erweckt, daß er sich absondern und den gemeinsamen Nationalaufgaben selbstische Sonderbestrebungen entgegensetzen will, ist für seine Entwicklung schädlich.

Wenn neulich in einer deutsch-amerikanischen poli-

tischen Versammlung, als der bekannte Redner in deutscher Sprache begann, ein junger Bursche unter allgemeinem Beifall dazwischenrief: „Speak United States" und der Redner ins Englische übergehen mußte, so war damit nur das instinktive Gefühl formuliert, daß es sich nicht um die deutsche oder englische Sprache als solche handele, sondern um die einheitliche Ausdrucksform der Vereinigten Staaten als politischer Nation. Daß das Deutsche jemals die öffentliche Sprache eines amerikanischen Staates werden würde, ist ausgeschlossen, wenn es auch in der Vergangenheit einmal für Pennsylvanien nicht unmöglich schien. Will der Deutsche ganz Amerikaner sein, so ist er also gezwungen, dieses Handwerkszeug der politischen Arbeit fest anzufassen und sicher zu führen. Ein Kompromiß zwischen deutschem und englischem Idiom würde da auf keiner Seite dienlich sein. Man darf die Mission des Deutschtums in den Vereinigten Staaten nicht darin suchen, daß das deutsche Sprachtum erhalten und gegenüber dem Engländertum der Mehrheit in Kampfposition gestellt wird.

Es gibt einen sehr viel höheren Standpunkt, der eine ganz andere Perspektive erlaubt. Das amerikanische Volk, so dürfen wir sagen, ist nicht deutsch und nicht schwedisch, aber auch durchaus nicht englisch. Alle teutonischen Nationen haben zusammengewirkt, um ein ganz neues Volk zu schaffen, das zuerst nur durch sein Hoffen und Streben, jetzt längst auch durch sein Erinnern, seinen Stolz und sein Selbstvertrauen zu einer unlöslichen Einheit verbunden ward. Daß dieses einheitliche Volk nur eine Sprache sprechen muß, ist klar, und daß diese eine Sprache die ist, welche mit dem Hauptstrom der frühern Einwanderung von Engländern, Schotten und Irländern ins Land getragen wurde, ergibt sich als historische Notwendigkeit. Ein deutscher Sonderehrgeiz hätte auf diesem sprachlichen Gebiete keinen Sinn; denn gerade der Deutsche muß es wollen, daß das neue Volk, dem er angehört, sich selbst als ein vollkommen einheitliches empfindet. Wird nämlich die Vielheit der Stämme anerkannt, so ist der Deutsche in der Minderheit neben dem Briten, und

dadurch würde er notwendig degradiert zum Bürger zweiter Klasse.

Ist das aus allen Völkern neuerwachsene Volk aber ein einheitliches, so gibt es keine Minderheit und Mehrheit, kein herrschendes Engländertum, kein unterdrücktes Deutschtum, sondern nur ein einziges Amerikanertum, in dem der Deutsch-Amerikaner dem Angelsachsen vollkommen ebenbürtig zur Seite steht. Die wahre Kulturaufgabe des Deutschen kann somit nur darin liegen, diesem neuen einheitlichen amerikanischen Volke die besten deutschen Wesenszüge aufzuprägen, den echtesten deutschen Geist zur amerikanischen Kultur beizutragen. Während in der Sprache kein Kompromiß möglich ist, das neue Volk nur eine Verfassung, nur ein öffentliches Recht und nur eine öffentliche Sprache haben kann, können und sollen in der Seele des neuen Volkes, das das Volk der Zukunft sein will, die besten Kräfte und Triebe der verschiedensten Menschenarten sich vereinigen. Zu diesem großen Werdenden ein Schönes, ein Bedeutungsvolles, ein Echtdeutsches beizutragen, das ist ein wahres Kulturziel, des höchsten Ehrgeizes wert. Der Deutsche wäre erniedrigt, wenn er das Deutsche aufgäbe, um englisch zu sprechen, aber er darf den Kopf hoch tragen, wenn er sich bewußt ist, daß er es aufgibt, um amerikanisch zu sprechen, die Sprache des neuen Volkes, dem er Treue gelobt und das er selbst schaffen hilft, indem er seine beste Kraft für sein Gedeihen einsetzt.

Von diesem Standpunkt gesehen erscheint es denn nun doch, als wenn der Deutsch-Amerikaner seine Gründe zur Selbstzufriedenheit zeitweilig überschätzt. Wer die Ziffern der deutschen Abstammung und des deutschen Wohlstandes würdigt, muß doch enttäuscht sein, wie verhältnismäßig gering schließlich der Einfluß des Deutschtums auf den Nationalcharakter des neuen Volkes gewesen ist, und wie die charakteristischsten Wesenszüge des Deutschen dem neuen Volksbewußtsein doch eigentlich ziemlich oberflächlich eingeprägt wurden. Und diese Enttäuschung wächst, wenn man erkennt, wie vieles Deutsche etwa in Wissenschaft

und Philosophie, in Pädagogik und Religion, in Literatur und Kunst der amerikanischen Nation direkt von Deutschland her zuging, ohne eine wesentliche Vermittlerrolle des Deutsch-Amerikanertums.

Deutschlands Ruhm war stets das hohe Niveau der geistigen Produktion gewesen; auf allen Gebieten des Geisteslebens drängen sich die Namen starker Individualitäten. Schon kann die amerikanische Nation anfangen, selbst auf vergleichbare Geistesschöpfungen in Wissenschaft und Literatur und auf allen Gebieten hinzuweisen: aber wie ärmlich ist bei alledem der Beitrag der Deutsch-Amerikaner. Sie hätten der geistige Sauerteig werden sollen für dieses neue Volk, aber sie sind es nicht geworden. Sie hätten auf die geistigen Güter hindrängen sollen und haben sich statt dessen bei den reichlichen materiellen Gütern wohl sein lassen; was sie geistig produziert haben, übersteigt die Mittelmäßigkeit nur in verschwindenden Ausnahmen. Ihre Literatur in deutscher Sprache ist im Grunde trivial; nicht einmal ein Lied, das der Erinnerung an die alte Heimat oder der Freude an der neuen Freiheit klassischen Ausdruck gibt, nirgends eine Dichtung, nirgends eine musikalische Komposition im großen Stil. Und kaum minder bescheiden waren die Beiträge zur Wissenschaft, gleichviel, ob in deutscher oder in englischer Sprache.

Das schließt selbstverständlich nicht aus, daß in den zweihundert Jahren deutsch-amerikanischer Geschichte manches Erfreuliche geleistet wurde. Man kennt die Romane von Sealsfield, Möllenhausen und Gerstäcker, die Gedichte von Solger, Knortz, Nies, Castelhun, Krez und andern, die Essays von Karl Schurz, Münch, Stallo, Kapp, Körner, Rattermann, die wissenschaftlichen Leistungen des Astronomen Rittenhouse oder des Ethnologen Gatschet, der Juristen Roselius und Lieber, und eine Reihe tüchtiger deutscher Gelehrter wirkt heute an amerikanischen Hochschulen.

Aber selbst unter diesen sind die wenigsten aus den Reihen des Deutsch-Amerikanertums emporgewachsen: Wer schon mit fertigen Leistungen über den Ozean geht, darf

nicht dazugerechnet werden, und wird die Betrachtung auf die beschränkt, die in der Neuen Welt geboren sind, so liegt ein Mangel an geistiger Produktion vor, der geradezu bedrückt. Statt vorbildlich zu wirken, ahmte man zunächst die Fehler der andern nach und übertrieb sie; der verträumte Deutsche wurde plötzlich nur auf den Erwerb erpicht.

Man darf dem nicht entgegenhalten, daß ja die große Masse der Einwanderer den niedern Volksschichten angehört. In Deutschland bringen diese niedern Schichten es zwar fast nie zu Wohlstand, wohl aber drängen sie geistig aufwärts, lassen gern ihre Söhne etwas Besseres lernen, und deren Söhne stehen bereits oft in der ersten Reihe. Der Deutsch-Amerikaner aber bringt es sehr oft zu Wohlstand, läßt seinen Jungen aber dann so früh wie möglich ins Geschäft eintreten. Die Zahl der Deutschen unter der Studentenschaft der führenden amerikanischen Universitäten ist viel zu gering, unter den Dozenten noch geringer, und während in der alten Heimat noch der Kastengeist die Kinder der niedern Schichten herabdrücken könnte, steigen sie im Lande der vollkommensten Berufsfreiheit doch fast immer nur diejenigen Stiegen an, die zum Erwerb hinführen. Selbständige Geister sind nur wenige, große Geister niemals in jenem Kreis entstanden; höhere geistige Regsamkeit, der alte Vorzug deutscher Kultur, hat das Deutsch-Amerikanertum dem neuen Volke viel weniger gebracht als vorgefunden: von Massachusetts und Connecticut kam sie, aber nicht von Wisconsin.

Nicht wesentlich besser sieht es auf politischem Gebiete aus: im Grunde eine laue Mittelmäßigkeit ohne große sieghafte Impulse, ohne überragende Führer, ohne fortreißende Begeisterung, seit vielen Jahren ohne entscheidenden Einfluß bei großen Fragen. Selbstverständlich hat es unter den Millionen der Deutsch-Amerikaner stets viele gegeben, die sich um Politik kümmerten und manche, die sich hervortaten; aber die Zahl der Deutschen im Kongreß und in den führenden politischen Stellungen war immer verschwindend klein und das kleine Häuflein der führenden Achtundvierziger, die deutsch im vollsten Sinne des Wortes waren, hatten keinen

Nachwuchs gefunden; als der Bedeutendste unter ihnen, Karl Schurz, emporstieg, da waren es zunächst gerade die Deutschen, die ihn herabziehen wollten. Gegen den einzelnen Deutschen ist da ja kein Vorwurf zu erheben; er tut ja nichts Unrechtes, er gibt doch gewissenhaft seinen Stimmzettel ab und stimmt oft für die richtige Seite; daß er sich im übrigen um Politik so wenig kümmert wie um höhere Geisteskultur, das ist seine Privatsache. Aber wenn solche Einzelnen zusammenaddiert werden und die Summe des politischen Urteils sich dann ebenso gering erweist wie die der geistigen Produktion, dann kann der Gesamtheit doch der Vorwurf nicht erspart werden, daß die Weltgeschichte mehr von ihr verlangen durfte. Die deutsch-amerikanischen Vereinsredner berauschen sich gern an der Tatsache, daß die Deutschen stets die Korruption in der Städteverwaltung und das politische Beutesystem mißbilligt haben und daß sie mit der Reform sympathisieren. Solch Lob gilt aber nicht viel, solange nicht hinzugefügt werden kann, daß die Mißbilligung sich in flammenden Zorn und der Zorn sich in energische, heilende Tat umgesetzt hat, und daß die Sympathie bereit war, auch schwere Opfer zu tragen. Mißbilligung von Mißbräuchen und Sympathie für Reformen hat in der amerikanischen Politik überhaupt jede Partei und jede Gruppe gezeigt, die nicht in der Macht war und somit nicht in der Lage war, die Macht zu mißbrauchen.

Um deutschen Idealismus zu bekunden, hätte das Deutschtum zunächst mit eiserner Energie seinen Anteil an der Verwaltung erzwingen müssen und hätte nicht, weil die unsaubern Praktiken irischer Bosse und Drahtzieher ihm antipathisch schienen, mit der Hand im Schoße zuschauen dürfen, wie sie das amerikanische Volk und selbst seine deutschesten Teile terrorisieren. Wenn in einer kleinen westlichen Stadt neun Zehntel Deutsche und ein Zehntel Irländer zusammenwohnen, so blüht das deutsche Geschäft, aber die Iren regieren die Stadt vom Bürgermeister bis hinunter zum Schutzmann.

Wer näher zuschaut, entdeckt sogar leider, daß selbst

die traditionelle Ehrbarkeit zuviel auf Mythe beruht. In der Nationalpolitik hat die deutsche Energie selten einen Platz erobert, in der Lokalpolitik aber haben die Deutsch-Amerikaner, soweit sie zu Einfluß kamen, an ihrem Mißbrauch durchaus nicht selten mitgeholfen. Am Sündenregister von Tammany Hall hat das Deutschtum seinen wackern Anteil, und wenn einmal der Staatsanwalt dazwischenfährt, wie kürzlich bei den Skandalen in St. Louis, dann pflegen neben Irländern auch Deutsche auf der Anklagebank zu sitzen.

Aber das Verbrechertum, das schließlich überall nur die vereinzelte Ausnahme macht, spricht gegen die politische Tätigkeit der Deutschen viel weniger als diese schlaffe Gleichgültigkeit der Massen. Zur Energie hat sich das Deutschtum als solches seit Jahrzehnten eigentlich nur dann aufgerafft, wenn es galt, die puritanische Prohibition zu bekämpfen. Nun mag man den Kampf berechtigt finden, mag in den Abstinenzgelüsten eine übertriebene öffentliche Einmischung in die Lebensgewohnheiten weiter Kreise erblicken und wird doch nicht zugeben wollen, daß es eine für den Glauben an den deutschen Idealismus erhebende Erscheinung sei, zu sehen, daß sich das politische Deutschtum nur dann mannhaft aufrafft, wenn es gilt, den Sonntagstrunk zu verteidigen. Und noch weniger dünkt es wie deutscher Idealismus, wenn die städtischen Reformparteien von deutschem Widerstand zu Boden gerannt werden, sobald sie, um der Wirtshauskorruption zu steuern, die Temperenzvorschriften, wo sie einmal Gesetz sind, auch den Buchstaben des Gesetzes gemäß durchführen wollen.

Gesunder war die deutsche Massenbewegung, als zur Zeit des spanischen Krieges das westliche Deutschtum gegen die Verbrüderung Amerikas und Englands auftrat. Der Grundgedanke, daß Amerika sich von allen verpflichtenden Bündnissen fernhalten solle, war sicherlich politisch gerechtfertigt. Aber trotzdem konnte die Bewegung niemanden erwärmen, der da wünschte, daß das Deutschtum sich zu staatsmännischer Aktion und nicht zu selbstischer Kirchturmspolitik erheben sollte. Man fühlte durch die ganze Bewegung

zu deutlich, daß es sich eigentlich nicht um Politik handle, sondern um die soziale Furcht, daß das Erstarken der Sympathiebeziehungen zu England den Deutschen im Lande hinunterdrücken könnte. Es wäre weitsichtiger gewesen, dafür zu sorgen, daß der Zweibund sich in einen Dreibund verwandelte, und Deutschland anzuziehen, statt England abzustoßen. In den Augen der Amerikaner jedenfalls stand auch diese einzige deutsche Massenbewegung der letzten Jahre nicht als Ausbruch des politischen Idealismus da, und so hatte sie denn auch nicht das moralische Gewicht, dem Deutschtum im Lande zu größerem politischen Einfluß zu verhelfen. Es bleibt eine fast führerlose Masse, deren behäbige Solidität die leitenden Männer durchaus schätzen und die auch im Grunde das Rechte will, die aber den Dingen gleichgültig zusieht, daher bald hierhin, bald dorthin geschoben wird und somit unfähig bleibt, der großen Politik des neuen Volkes charakteristisch deutsche Züge aufzuzwingen.

Auch politisch hätten deutscher Idealismus, deutsche Tiefe und Gründlichkeit, deutsche Treue und Opferbereitschaft der Sauerteig des aus dem Bürgerkrieg neu geeint entstandenen Landes werden sollen. Statt dessen gestalteten englische und irische Tugenden und Untugenden den neuen Tag und das Deutschtum machte einfach mit oder blieb lässig. Daß auf republikanischer wie auf demokratischer Seite ein paar schlagfertige Politiker und glänzende Journalisten stehen, kann an der Gesamtlage nicht viel ändern. Der eine Deutsch-Amerikaner, der berufen gewesen wäre, wirklich in führende Stellung zu treten und dem ganzen Deutschtum, wie einst Karl Schurz, neuen Stolz zu bringen, ist an der Schwelle der Laufbahn in der Blüte der Jahre dahingerafft; es war Friedrich Wilhelm Holls, der wie kein andrer das Haager Schiedsgericht lebensfähig machte und wie kein andrer die freundlichen Beziehungen der letzten Jahre in Deutschland und Amerika hinter den Kulissen günstig beeinflußte.

Was von der geistigen Produktion und der politischen Vertiefung gilt, gilt schließlich auch von der sozialen Ver-

feinerung des Lebens. Auch der gesellschaftliche Deutsche ist für das Land Mittelware, nicht besonders schlecht und nicht besonders gut und ohne entscheidenden Einfluß auf das tiefere Wesen des neuen Volkes. Das schwerfällige Philistertum der zehntausend Gesang- und Turn- und Skatvereine beherrscht die soziale Stimmung und der geistlose Geist der Kleinstadtstammtische beherrscht die Interessen. Charakteristisch Deutsches dringt kaum irgendwo in die obersten sozialen Schichten, und vom bloßen Wohlstand zu wirklich sozialer Position emporsteigen heißt im wesentlichen, die spezifisch angelsächsischen Gesellschaftsformen nachahmen und beherrschen. Gewiß findet man in Newyork und Philadelphia, in Chicago und St. Louis und anderswo prächtige deutsche Häuslichkeiten; aber wer sich viel in englischen und deutschen Gesellschaftskreisen bewegt, empfindet doch, daß in den englischen Kreisen eine unvergleichlich größere Sicherheit der Form herrscht; sie geben ihr Eignes, die andern geben ein Nachgeahmtes, nicht immer mit Anmut und Natürlichkeit.

Obgleich das Wirtschaftsleben die angelsächsischen und die deutschen Menschen vollständig durcheinander mischt, hält das soziale Leben sie denn auch im großen und ganzen getrennt, und ohne Zweifel spielt das Deutschtum dabei die zweite Rolle, etwa wie in einer deutschen Kleinstadt ein bürgerlicher Kreis neben dem adligen. So mancher Deutsche in Newyork hat es zu Wohlstand gebracht seit Jahrzehnten und hat doch nie am gastlichen Tisch eines englischen Amerikaners gesessen, und der unvergleichliche soziale Reiz des vornehmsten Amerikanertums — das überfashionable Luxustreiben der Newporter Clique gehört nicht dahin — spiegelt sich doch nur in verschwindend wenigen deutschen Häusern wieder. Die amerikanischen breiten Massen haben manchen erfreulichen Zug vom deutschen Volksleben aufgenommen, etwa die Gartenwirtschaften vor der Stadt, die in rein englischen Städten wie Boston gänzlich fehlen, in allen Städten mit deutscher Bevölkerung aber üblich und allbeliebt sind, vor allem die Hausmusik und die Weih-

nachtsfeier; aber die feinere Ausgestaltung des sozialen Lebens, die eigentliche gesellschaftliche Kultur, hat der Deutsche den Abkömmlingen des Inselreiches überlassen. Auch da steckt wieder nirgends ein Vorwurf gegen den einzelnen; aber vom Standpunkt des Ganzen hat doch auch da das Deutschtum einen Teil seiner Mission versäumt.

Im ganzen gestaltet sich denn also die Rolle des Deutschen doch so, daß er sich ehrenhaft, bieder, gesund, fleißig und zuverlässig erwiesen hat, daß es ihm gut ging, daß er sich wohlfühlte und daß er als Mitarbeiter wie als Mitbürger mit gutem Grund willkommen geheißen wurde. Mit Bedauern muß nur eben hinzugefügt werden, daß seine Tugenden außerhalb des wirtschaftlichen Gebietes sich im wesentlichen passiv bekundeten; er ließ die richtige geistige Regsamkeit, die energische sittliche Tatkraft, die politische Rührigkeit und Geschlossenheit, die höheren sozialen und ästhetischen Interessen vermissen und war dadurch bisher nur wenig imstande, dem neu sich bildenden Volke zu den angelsächsischen auch die besten deutschen Wesensmerkmale mitzugeben. Um dieser negativen Eigenschaften willen war er denn auch nur im bescheidenen Maße befähigt, die geistige Vermittlerrolle zwischen der deutschen und der amerikanischen Nation zu übernehmen. Er zeigte dem Amerikaner im wesentlichen den deutschen Spießbürger mit allen seinen schätzenswerten Eigenschaften, aber das Edeldeutschtum, das in einzigen Persönlichkeiten aus der Tiefe heraus deutsche Großkultur geschaffen hat, das brachte er dem Amerikaner nicht näher.

Nicht ganz ohne Folgen war auch die natürliche Rückwirkung nach Deutschland hin. Die soziale Trennung und der geringe Anteil am geistigen Leben des Landes mußte es dahin bringen, daß das Deutschtum im gewissen Sinne nur die oberflächlichen und materiellen Eigenschaften des Landes näher kennen lernte, und da in Millionen Familienbriefen und Wirtshausgesprächen diese Halbkenntnis des Landes nach Deutschland zurückfließen mußte, so ist es ge-

kommen, daß das Deutsch-Amerikanertum auch eigentlich wenig dazu beigetragen hat, die vornehmsten und innerlichsten Züge des neuen Amerikanertums in Deutschland bekannt zu machen. Der Deutsche, dem es in der alten Heimat vielleicht schlecht erging und der jenseits des Weltmeers zu Wohlstand kam, blickt naturgemäß mit Begeisterung auf die glänzende materielle Kultur und poltert im übrigen über die ihm zunächst ungewohnten Sitten; er schwärmt für die amerikanischen Bauten und Eisenbahnen, die Brücken und Hotels, aber was etwa in den Universitäten oder in den Bibliotheken vor sich geht, liegt ihm fern, und die wirklichen Sitten des bessern Amerikanertums kennt er nicht. So kommt denn ein Sammelurteil zustande, das den Schein einer rein materialistischen, gemütlosen Kultur entwirft und das doch durchaus irreführend und ungerecht ist, gleichmäßig unsympathisch durch das, was es lobt, und das, was es tadelt.

Im höchsten Sinne haben die Deutsch-Amerikaner somit ihre Vermittlerrolle nicht völlig erfüllt, aber wer wollte deshalb bestreiten, daß auch ihre Vermittlung von Wert war. Was sie im höchsten Sinne ungetan ließen, haben sie im Alltagssinne reichlich vollbracht; millionenfach haben sie das Massenbewußtsein des amerikanischen Volkes mit deutschen Lebenssitten, mit deutschen Erinnerungen, mit deutscher Sprache in Berührung gebracht. Und eines vor allem: ihre bloße Existenz diente dem Frieden zwischen beiden Völkern. Wo ein Riß zwischen zwei Nationen durch Hunderttausende von Familien mitten hindurchgehen müßte, da wird die Volkserregung stets vor dem Letzten zurückschrecken, solange der Friede überhaupt möglich ist, und in der Stunde solcher Gefahr würde das bessere amerikanische Deutschtum, das kann man durch alle seine Lauheit durchfühlen, einmütig und mit bezwingender Kraft sich gegen die Gegner des deutschen Reichs erheben, solange der Krieg noch nicht erklärt ist. Würde aber je die schreckliche Stunde kommen, ein Krieg entstehen, so würden die Deutsch-Amerikaner bis auf den letzten Mann die zuverlässigsten Truppen gegen Deutsch-

land bilden; das weiß man in Washington, und darüber sollte niemand in Berlin sich täuschen.

* * *

Wenn wir vom Deutsch-Amerikanertum nun wieder absehen, so stellt sich die Entwicklung der deutschländisch-amerikanischen Beziehungen also so dar, daß die offiziellen Verbindungen stets korrekt, nicht besonders eng, aber im ganzen stets freundlich waren, daß die ernsten Kenner die wechselseitigen Dienste voll würdigten, im Massenbewußtsein aber eine latente wechselseitige Abneigung herrschte, in der sich soziale, politische, ethische und ästhetische Faktoren mischten, eine leichte wechselseitige Antipathie, an der auch das Deutsch-Amerikanertum weder im Schlechten noch im Guten wesentliches änderte und die durch die Verschärfung der kleinen, niemals vermeidbaren politischen Zwischenfälle gefährlich werden konnte. An solchen Zwischenfällen hat es ja auch in den letzten Jahren nicht gefehlt. Die gelbe Presse Amerikas fand reichliches Material für die Hetzversuche, als das Kabel von deutschen Drohungen bei Manila Nachricht brachte, als amerikanisches Obst und amerikanisches Fleisch durch deutsche Zollbehandlung zurückgestoßen wurde, als deutsche Kanonen vor Venezuela donnerten, und die deutschen Blätter fanden ihrerseits manchen ähnlichen Anlaß zur Klage. Trotzdem haben nun gerade die letzten Jahre eine wärmere Stimmung der beiden Nationen fühlen lassen; die unfreundlichen Zwischenfälle wurden schnell erledigt, die Zeichen freundlicher Beziehungen mehrten sich, und die unerquickliche Massenstimmung hat sich auf beiden Seiten wesentlich aufgeklärt: ein wechselseitiges Verständnis für die feinern und tiefern Kräfte im Volksbewußtsein konnte sich entwickeln. Die jüngste Zeit brachte unbedingt eine stetig wachsende innere Annäherung, die während des spanischen Krieges zwar für ein paar Monate jäh unterbrochen wurde, dann aber schnell desto lebhafter einsetzte und vielverheißend heute weiter wirkt.

Gerade die neue Weltmachtstellung, welche der kurze Krieg der Union gebracht hat, lenkte die Blicke des amerikanischen Volkes mehr als früher zu den europäischen Nationen hinüber; man hat jetzt täglich mit ihnen zu tun und muß Stellung nehmen. Hört man die lauten Worte nur, so möchte man ja freilich meinen, daß die neue Zeit nur den Engländern zugute kam, aber das ist nicht wahr. Gewiß, als im spanischen Kriege die deutsche öffentliche Meinung kurzsichtig und unwissend Amerika verdächtigte und Spanien zujubelte, während England nicht aus Sentimentalität, aber auch nicht aus Berechnung, sondern mit staatsmännischem Instinkt ernsthaft zu den Sternen und Streifen stand, da hat sich in der amerikanischen Stimmung England gegenüber vieles geändert. Der ein Jahrhundert alte Groll, der jedem Schuljungen anerzogen wurde, verflüchtigte sich, man toastete viel auf die festen Bande des Blutes, und die Cousins gingen Arm in Arm. Aber der überlauten Tonart der Freundschaftsversicherungen konnte man von Anfang an anhören, daß die Beteuerungen die innere Stimme beschwichtigen sollten. Es war die Freundschaft nach dem Streit mit dem leisen Gefühl, daß an der nächsten Straßenecke der Streit wieder beginnen könne. Die englandfreundliche starke Diplomatenkunst des amerikanischen Staatssekretärs hat ihr Bestes getan, englisch-amerikanische Streitfälle aus der Welt zu schaffen. Aber keine Diplomatengeschicklichkeit kann den englischen Koloß vor Amerikas Grenzen beseitigen, die kanadische Frage steht drohend zwischen den beiden Ländern und wird von Jahr zu Jahr mehr das öffentliche Interesse beherrschen. Die wirtschaftlichen Verschiebungen in Kanada während der letzten Jahre sprechen eine beredte Sprache. Aber auch sonst sind trotz besten Willens Engländer und Amerikaner einander durchaus nicht rückhaltlos freundlich gesinnt; bedroht doch in viel höherm Maße als den deutschen Handel Amerikas wirtschaftlicher Aufschwung den englischen. Vor allem aber sind trotz der Stammesgemeinschaft die Menschen selbst in vielem und vielleicht gerade in dem, was dem Amerikaner am wichtigsten ist, durchaus ungleich. Der behäbige, etwas

plumpe John Bull gleicht nicht mehr dem frischen unternehmenden Engländer aus dem Zeitalter der Königin Elisabeth, und gerade diese alten Wesenszüge haben sich in dem neuen Amerikaner erhalten und entwickelt. So wie es zu den beliebtesten Vergnügungen des Yankee gehört, die Humorlosigkeit des Engländers zu verspotten, so sind sie im Grunde in hundert Wesenszügen einander unverständlich geworden, und der Amerikaner weiß wohl, daß trotz aller politischen Demokratie der soziale Aristokratismus Englands von den gesellschaftlichen Lebensanschauungen der Neuen Welt sehr viel weiter absteht als der irgend eines andern Landes, vornehmlich Deutschlands. Daß die Beziehungen Englands und Amerikas sich im letzten Jahrzehnt gebessert haben, ist zweifellos und jedem Freunde des Weltfriedens erfreulich; daß aber eine solche Intimität vorläge, welche jeden Dritten fernhält, davon kann nicht die Rede sein.

Noch weniger kann Frankreich den Vereinigten Staaten wirklich nähertreten. Die Beziehungen sind ungetrübt, und französische Kunst wird aufrichtig bewundert. Schon französische Literatur aber kann sich durch ihren antiamerikanischen Sittlichkeitston gar nicht einbürgern; der Einfluß französischen Geschmacks und französischer Mode schwindet stetig, seit die Amerikanerin weiß, daß sie von der Französin nichts mehr zu lernen hat, und die schüchternen Versuche, amerikanische und französische Wissenschaft einander näher zu bringen, sind trotz geschickter Inszenierung nicht von nachhaltigem Erfolg gewesen. Vor allem aber empfindet der Amerikaner deutlich, daß der französische Mensch den Gegenpol seines Wesens darstellt. Die amerikanische Energie und die französische Stimmung, die amerikanische Disziplin und die französische Laune, der amerikanische Optimismus und der französische Skeptizismus, der amerikanische Enthusiasmus und die französische Decadence, das amerikanische Puritanertum und die französische Frivolität, die lassen sich nicht zusammenmischen. Der Franzose weiß es ja selbst, daß er nicht der Mann für das Zeitalter der Maschine ist, und der Amerikaner weiß, daß ihm ein Leben im hellen Sonnen-

schein und nicht in der zarten französischen Dämmerung taugt: die beiden können nie so recht zusammenkommen, und das alles gilt noch mehr für die südeuropäischen Völker.

Vor Rußland dagegen hat der Amerikaner ernsten Respekt, er fühlt instinktiv die Größe der slavischen Rasse; es ist ihm, als stände dort der Gegner des einundzwanzigsten Jahrhunderts. Aber über bloßen Instinkt geht Amerikas Kenntnis des Russentums kaum hinaus; es ist eine fremde, ferne Welt, von der man verschwindend wenig weiß, und in diesen Instinkt mischt sich neben einem dunklen Respektsgefühl eine unsägliche Verachtung für den Absolutismus mit seiner Rechtlosigkeit, den Judenmorden und den Schrecken Sibiriens. Man bewundert die sichere Kraft, mit der die russische Weltmacht sich vorwärtsschiebt, aber empfindet die Regierungsform als so kulturwidrig, daß jedes Verständnis behindert ist und von einem innern Verhältnis keine Rede sein kann. Englands Aristokratie ist der soziale Gegenpol, Frankreichs Literatur der geistige Gegenpol, Rußlands Autokratie der politische Gegenpol des Amerikanertums.

Demgegenüber steht die deutsche Nation als die eine da, bei der ein inneres Verständnis auf sozialem, auf geistigem und politischem Gebiete möglich ist und bei der Verschiedenheiten nicht wie Gegensätze, sondern wie verschiedene Spielarten desselben Wollens erscheinen. Und die innere Ähnlichkeit der nationalen Struktur, das empfindet der Amerikaner deutlich, nimmt stetig zu. Man mag es schätzen oder bedauern, Amerika europäisiert sich, und Deutschland amerikanisiert sich. Immer mächtiger treten in Deutschland die wirtschaftlichen Berufe hervor; nicht nur, daß Handel und Gewerbe blühen, sondern mit ihnen wächst die Bedeutung und die soziale Stellung der wirtschaftlichen Kräfte, und dadurch wieder vermindert sich die Spannung des Kastengeistes. In Amerika dagegen drängen mit ungeahnter Kraft die geistigen Bestrebungen in den Vordergrund, die akademischen Kreise treten die stille Herrschaft im Lande an,

die wirtschaftliche Erschließung hat ihren ersten Abschnitt vollendet, und die Energien der Nation sammeln sich zu feinster Kulturarbeit, mit der unvermeidlich eine aristokratische Sozialauslese einsetzt. Deutschland wird demokratischer, Amerika aristokratischer; in verschiedenen historisch gegebenen Formen wollen beide immer mehr das Gleiche.

Auch die äußern Interessen werden einander ähnlicher, so daß ein wechselseitiges Mitempfinden sich stärker Bahn bricht. Amerika ist mit voller Wucht in die internationale Weltpolitik eingetreten, kümmert sich um China und um die Türkei, entwickelt Kolonien, beteiligt sich an politischen Besuchen, kurz, macht es immer mehr wie es das europäische Konzert macht. Deutschland dagegen sucht seine Zukunft auf dem Ozean und entwickelt eine überseeische Politik, deren Flottenfreudigkeit dem seeliebenden Amerikaner mit seiner Expansionslust nur sympathisch sein kann, und während die Länder einander immer ähnlicher wurden, sorgte die wachsende Technik dafür, daß sie einander besser kennen lernten. Direkte Kabel verbinden endlich seit wenigen Jahren die beiden Reiche, das Zeitungsinteresse hat sich auf beiden Seiten vertieft, auf beiden Seiten sind die überseeischen Nachrichten in den letzten zehn Jahren wohl um das Zehnfache angeschwollen. Die großen Blätter haben hier wie dort nun erfahrene Berichterstatter, die Arizona-Exzentrizitäten in deutschen Blättern und die Schildbürgerscherze in amerikanischen beginnen zu verschwinden, und wenn man auch noch ein bißchen viel in deutschen Blättern von amerikanischen Lynchgerichten und auf der andern Seite von deutschen Soldatenmißhandlungen zu lesen erhält, so kann sich doch heute im wesentlichen jeder, der da will, über die Vorgänge im andern Lande ernsthaft orientieren.

Wenn so in sicherm Kulturfortschritt die beiden Edelnationen einander ähnlich werden und einander verstehen lernen, so steht damit in vollstem Einklang das bewußte unabhängige Bemühen der beiden Regierungen und ihrer kraftvollen Leiter.

Als Präsident Roosevelt die Zügel der Regierung in Washington ergriff, betonte er sofort die Notwendigkeit aufrichtiger Freundschaft zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland. Jahre sind seitdem vergangen, aber jeder Tag hat aufs neue die Aufrichtigkeit des Präsidentenwortes und die sichere Kraft, die dahinter stand, erwiesen. Das feinste Verständnis für deutsche Kultur war mit ihm emporgewachsen; er liebt das Nibelungenlied und die deutschen Dichter, gern liest er die deutschen Historiker, und alles Vornehme in der deutschen Kultur findet Widerhall in seiner Seele. Mit welcher Energie und mit welchem Taktgefühl er unablässig im Weißen Hause daran gearbeitet hat, die Beziehungen der beiden stammverwandten Nationen herzlich zu gestalten, das wird die Geschichte der Zukunft besser wissen als der Zeitungsleser von heute. Man hat bis zur Übertreibung häufig den Präsidenten mit dem deutschen Kaiser verglichen; man sagt, daß beide den Vergleich nicht ungern hören. Daß sie in dem Glauben an die deutsch-amerikanische Freundschaft sich gleichen, daran ist kein Zweifel möglich. So wie der Präsident den meisten seiner Landsleute vorangeht in der Würdigung deutscher Geisteswelt, so zeigte der Kaiser immer den Weg für das Verständnis und die Würdigung amerikanischer Kultur. Und die Welt kennt die stolzen Symbole, in denen seine Amerikafreundschaft sich bekundete.

Die Ängstlichen hüben und drüben wollen nun freilich trotzdem dunkle Wolken am Horizonte aufziehen sehen. Die Deutschen, so wähnt man oft in den Vereinigten Staaten, wollen ein deutsches Land in Südamerika schaffen und dadurch die Monroedoktrin verletzen; das müsse notwendig zum Konflikte führen. Die Deutschen aber raunen sich mit unheimlichen Befürchtungen zu, was alles von dem gigantischen Anwachsen der amerikanischen Industrie für Deutschland zu erwarten sei. In Wirklichkeit besteht weder die wirtschaftliche „amerikanische Gefahr" noch die politische „deutsche Gefahr". Der südamerikanische Konflikt wird aus-

bleiben, nicht nur, weil Deutschland gar nicht an politische Gründungen dort denkt, sondern vor allem auch deshalb, weil für die Monroedoktrin bald die letzte Stunde geschlagen haben wird.

Die berühmte Doktrin wird fallen, nicht weil eine europäische Nation sie bestreitet, sondern weil sie schon morgen dem amerikanischen Volke eine lästige Fessel sein wird. Man hat mit Recht behauptet, daß die Monroeforderung erst in den letzten Jahren aus der Stellung einer einseitigen amerikanischen Doktrin zu einer international anerkannten völkerrechtlichen Abmachung erhoben wurde. Aber man hat zu wenig beachtet, daß sie in der Stunde, in der sie endlich durch die Anpassung Europas widerspruchslos anerkannt wurde, auch anfing, innerlich überflüssig und hemmend zu werden.

Seit Amerika Weltpolitik treibt, mitten drin in den Händeln der Welt steht und den unhistorischen Jugendwahn aufgegeben hat, daß für jedes Volk die Republik die beste Staatsform sei, hat es gar kein Interesse mehr daran, wer in Südamerika regiert. Interesse hat es vielmehr nur an dem einen, daß Südamerika kulturell gehoben, wirtschaftlich geordnet wird, daß die Unruhen aufhören und der Handel gedeiht und daß romanische Unordnung dort durch germanische Emsigkeit, Tüchtigkeit und Ordnung ersetzt wird. Für die Beziehungen der Vereinigten Staaten zu Südamerika kann der staatsmännische Amerikaner nur den einen Wunsch haben, daß die Monroedoktrin endlich abgeschüttelt wird und daß es Deutschland gelingt, das Deutschtum immer fester und stärker im südlichen Erdteil Wurzel fassen zu lassen.

Nicht minder unbegründet aber sind die wirtschaftlichen Befürchtungen Deutschlands. Das gesunde Wachstum der überseeischen Industrie ist für Deutschland nur ein Gewinn, auch wenn es vorübergehend unbequem ist. Ihr Fortschritt zwingt da auch dem deutschen Konkurrenten neue Methoden auf, die ihm nützlich sind. Auf der deutschen Industrie lastete noch zuviel von der Vergangenheit; die Un-

mündigkeit der Arbeiter, der wechselseitige Neid und die kleinliche Konkurrenz der Unternehmer, die Launenhaftigkeit und Schwerfälligkeit, mit der jede Fabrik ihre Sonderwünsche für die Maschinen hatte, die Unbereitschaft zur einheitlichen Organisation, die falsche kleinliche Sparsamkeit, der Mangel an sozialer Wertung des kommerziellen Berufs, der Unwille, Provinzen zu industrialisieren, die an die Landwirtschaft gewöhnt waren, der Bureaukratismus des Staatseisenbahnbetriebs und so vieles andre hat da im Wege gestanden und wird heute niedergerissen durch das anspornende Vorbild des industriellen Yankeegenies. Der Übergang ist oft hart, aber er ist im letzten Grunde nicht anders als der vom Segelschiff zum Dampfschiff, von der Handwerkerarbeit zur Fabrikarbeit gewesen war, ein Fortschritt, der ja auch zunächst nur Störung brachte.

Hat die deutsche Industrie die Übergangszeit zur neuen Organisation, die in erster Linie eine Neuorganisation der beteiligten Menschen sein muß, überstanden, so sind die Bedingungen ihres Erfolges sehr viel günstiger als der oberflächliche Vergleich mit den Schöpfungen der amerikanischen Milliardäre zunächst glauben läßt. Die deutsche Arbeit ist so viel billiger, daß der Unterschied vieles ausgleicht, und diese Differenz wird wachsen, da die soziale Organisation Amerikas sehr viel mehr als die Deutschlands die Wirkung haben muß, daß mit dem Gedeihen der Industrie die Ansprüche der Arbeiter sich heben. Und ist der amerikanische Boden reicher, so ist dafür das deutsche Volk durch jahrhundertelange Zucht an eine Sparsamkeit mit wirtschaftlichen Kräften gewöhnt, die in der Zukunft mehr als bisher sich lohnen wird, während die amerikanische sorglose Verschleuderung mehr als bisher sich in der Zukunft rächen muß. Die deutschen Talsperren treiben die Räder so gut wie die amerikanischen Wasserfälle, und auf einziger Höhe steht heute noch hinter der Industrie die deutsche technische Wissenschaft. Vor allem darf die Zukunftserwartung bezüglich der amerikanischen Industrie nicht nur nach der ausnahmsweise günstigen Gestaltung des letzten

Jahrzehnts berechnet werden; da lagen Verhältnisse vor, die nicht wiederkommen können.

Wir werden die Einwandrerfrage, die Monroefrage und die Industriefrage später ausführlich erörtern müssen; hier sollte nur sofort darauf hingewiesen werden, daß drei der wichtigsten Fragen der amerikanischen Politik im Ausblick auf die Zukunft für die Beziehungen zwischen Deutschland und Amerika durchaus günstig liegen. Das eine, was not tut, ist, daß die objektiven guten Beziehungen durch subjektiven guten Willen stetig ergänzt werden, daß jene Stimmung entsteht, die auf beiden Seiten die unvermeidlichen kleinen Zwischenfälle leicht überwindet. Wer aber beide Länder kennt, der weiß, daß es nicht not tut, da rosarot zu malen, sondern nur der Wahrheit die Ehre zu geben und vor allem dafür zu sorgen, daß die Dinge nicht nur bemerkt, sondern aus ihren Motiven verstanden werden: es gilt, der andern Seite den Menschen in seinem Fühlen und Wollen nahe zu bringen. Nichts anderes versuchen die folgenden Betrachtungen. Wenn sie den Amerikaner in seinem politischen, in seinem wirtschaftlichen, in seinem sozialen und vor allem in seinem geistigen Leben verfolgen, so streben sie nur das eine an, die Mannigfaltigkeit der oft fremdartigen Erscheinungen aus dem tiefsten Wesen des neuen Menschenschlages verständlich zu machen. Nur aus den Motiven kann man die Handlungen verstehen, und nur wer versteht, kann, gleichviel ob er übereinstimmt oder nicht, dem Handelnden gerecht werden und ihm nachempfinden. Jene vier Grundrichtungen des Lebens werden für uns dadurch auf Grundrichtungen der amerikanischen Seele hinweisen; in Amerikas öffentlichem Leben wird es der Geist der Selbstbestimmung sein, im wirtschaftlichen der Geist der Selbstbetätigung, im sozialen der Geist der Selbstbehauptung und im intellektuellen der Geist der Selbstvervollkommnung. Der Deutsche aber, der diese individualistischen Grundtendenzen ernst erfaßt hat, wird das Spiel der amerikanischen Kultur leicht überblicken und sich bald zurechtfinden in dem Gewirr fremdartiger Erscheinungen.

Erster Teil.

Das politische Leben.

Erstes Kapitel.

Der Geist der Selbstbestimmung.

Wer das politische Leben der Amerikaner von außen her schildern will, kann von den verschiedensten Punkten ausgehen. Am einfachsten wird er vielleicht damit anfangen, die Verfassungsurkunde zu erläutern, die dem amerikanischen Gemeinwesen die feste Form gegeben hat; oder er wird den Weg der Geschichte wandern und verfolgen, wie aus den winzigen Kolonien das Weltreich emporgewachsen ist; oder er wird die Mannigfaltigkeit der Vorgänge darstellen, die heute das öffentliche Interesse erwecken: von den Parteikämpfen und den Präsidentenwahlen, von den Kongreßverhandlungen und dem Gerichtsverfahren, von staatlichen und städtischen Freuden und Sorgen mag da die Rede sein. Wer aber dieses wirre Treiben von innen heraus verstehen will, wer für alle die historisch und politisch wirksamen Kräfte die innere treibende Seelenkraft suchen will, der kann nur einen Ausgangspunkt nehmen: es ist das Verlangen nach Selbstbestimmung, aus dem alles andre zu begreifen ist.

Der Amerikaner ist im sozialen Verkehr gern bereit, sich dem Willen des andern unterzuordnen; mit natürlicher Liebenswürdigkeit fügt er sich vielleicht oft zu willig auch unbequemen Bestimmungen im sozialen Leben, und sein Gast fühlt sich leicht als Herr im Hause, da der Wille des

Wirtes so völlig in den Wünschen des Gastes aufgeht. Das öffentliche Leben dagegen ist die Sphäre, in der der einzelne oder die Gruppe, der enge oder der weite Verband unbedingt selbst entscheiden und sich selbst bestimmen muß, oder die Tat verliert für den Amerikaner jeden Wert und jede Bedeutung. Keine andre seelische Regung darf da als Ersatz eintreten: weder die Treue und Dankbarkeit, die den eignen Willen zum Opfer bringt, noch die ästhetische Heroenverehrung, die den eignen Willen vergißt; auch nicht die Erkenntnis, daß ein wünschenswertes Ziel glatter erreicht werden kann, wenn andre die Entscheidung und damit die Verantwortung übernehmen. In Rußland, sagte ein bekannter Amerikaner, da konnte die Leibeigenschaft durch einen Federstrich des Zaren beseitigt werden; ohne Verlust an Gut und Blut wurden Millionen aus russischer Sklaverei befreit. Wir Amerikaner mußten eine halbe Million Menschenleben und viele Milliarden an Besitz opfern, um unsre Sklaven zu befreien, und dennoch durfte kein andrer Weg für uns in Frage kommen; wir mußten das Übel aus uns selbst heraus überwinden; durch eignes Ringen mußten wir das Ziel erreichen, und keine Macht der Welt konnte uns die Leiden ersparen, weil wir eben Amerikaner und nicht Russen sind.

Wenn in einem Volke das Verlangen nach Selbstbestimmung alle andern psychischen Regungen beherrscht, so muß die Staatsform eine Republik sein, aber daraus folgt nicht, daß jede Republik von diesem Geiste der Selbstbestimmung getragen wird. Die Republik der Vereinigten Staaten ist völlig verschieden von allen andern Republiken, denn in keinem andern Volke ist der Drang nach Selbstbestimmung so durchaus die treibende Kraft. Die Republiken von Mittel- und Südamerika oder Frankreich entstammen so gänzlich andrer Seelenlage, während diejenigen neuern Republiken, die vielleicht in der Grundstimmung eine leichte Ähnlichkeit aufweisen, wie die Schweiz, schon durch die Kleinheit der Verhältnisse unvergleichbar sind. Die französische Republik hat eine rationalistische Grundlage; die Philosophie des achtzehnten Jahrhunderts mit ihrer kritischen

Zersetzung des Bestehenden lieferte die Argumente, und aus der Erkenntnis wuchsen damals und wachsen jetzt die praktischen Forderungen. Das öffentliche Leben der Vereinigten Staaten ist nicht aus Argumenten, sondern aus Forderungen hervorgegangen; es ist nicht Sache der Einsicht, sondern des Willens, es hat keine logische, sondern eine moralische Grundlage, und während in Frankreich die praktischen Verfassungsprinzipien aus der Theorie folgen, sind die zweifelhaften theoretischen Argumente der Unabhängigkeitserklärung nur ein Anhängsel an dem System sittlicher Forderungen, das mit dem amerikanischen Charakter notwendig gegeben ist.

Die Frage ist jetzt nicht, ob dieser Charakter nur Ursache und nicht auch Wirkung des amerikanischen Systems sei, aber das steht fest, daß jenes System von Lebensbeziehungen, das aus dieser sittlichen Forderung hervorgeht, das eigentliche Wesen des politischen Amerikas ausmacht. Das ist das Amerika, in das der Einwandrer aufgenommen wird und das ihn so vollkommen umarbeitet, bis das Verlangen nach Selbstbestimmung zum tiefsten Triebe seiner Seele wird. Das ist das Amerika, auf welches sich des Amerikaners ernster stolzer Patriotismus bezieht. Der Amerikaner hat wenig sentimentale Liebe zu dem Grund und Boden, auf dem sein Weltreich aufgebaut ist; der Fortschritt Amerikas war ja in erster Linie eine Verschiebung der Grenzen, ein unablässiges Sichausdehnen über neue und neue Landgebiete. Die Beziehung zu einem bestimmten Streifen Landes hat da nur persönlichen Wert, nicht nationalen Charakter; der Patriotismus ist von der Scholle losgelöst. Auch auf das Volk kann das Vaterlandsgefühl nicht gerichtet sein. Das Volk, das in jedem Jahrzehnt Millionen stammesfremder Elemente in sich aufgenommen und dessen historische Vergangenheit überall zu fremden Völkern hinüberführt, kann mit seinem bunten Rassengemisch nicht dieses tiefe Gefühl der unlösbaren Zusammengehörigkeit erwecken. Und doch ist dieses Gefühl mit einer Kraft vorhanden, die in deutschen Landen nicht ihresgleichen findet. Der amerikanische Patriotismus

richtet sich nicht auf Land und Leute, sondern auf ein System von Ideen über öffentliches Leben, zusammengehalten durch das Verlangen nach Selbstbestimmung, und Amerikaner sein heißt Träger dieses Systems sein. Nicht Rasse und nicht Geschichte, überhaupt nicht eigentlich die Vergangenheit bindet ihn mit seinem Landsmann zusammen, sondern die Zukunft, an der sie gemeinsam arbeiten; es ist eine Willensgemeinschaft, die tiefer wirkt als jede Erinnerung, weil sie den ganzen Menschen im Innersten ergreift. Es ist eine gemeinsame Aufgabe, die das Volk zusammenhält, und doch nicht eine Aufgabe, die sich ein bestimmtes äußeres Ziel setzt, einen bestimmten äußern Erfolg und Triumph anstrebt; nein, eine Aufgabe, die sich in jeder Stunde erfüllt, eine Aufgabe, die ihren Sinn nicht im Lohn, sondern in der Tat selbst sucht und die daher durch keine äußern Zufälle, sondern nur durch Willenshingabe gelöst werden kann. Amerikaner sein heißt mitarbeiten, daß das Gemeinwesen mit dem Geiste der Selbstbestimmung erfüllt wird, und wer das nicht nachfühlt und in sich neu erlebt, der mag ein naturalisierter Bürger des Landes werden, aber ein Fremdling bleibt er allezeit.

Wenn der Einwandrer gemeinhin leicht in dieser Gemeinschaft aufgeht, so darf nicht übersehen werden, daß die, welche über den Ozean ziehn, nicht vom Zufall zusammengelesen sind. Gerade die Willensstarken suchen den neuen Schaffenskreis; gerade die, denen der Druck der kleinen Verhältnisse und der Abhängigkeit die Freude am Leben vergällt, haben von jeher das Sehnen nach der Neuen Welt gespürt. Die innern Kämpfe, die jeder durchgemacht, der sich dauernd von der Heimat loslöst, wirkten als Vorschule für den Geist der Neuen Welt; nur wer vom Trieb der Selbstbestimmung beherrscht ist, hat die Kraft gehabt, die Bande des Gewohnten zu zerreißen. So kommt es denn auch, daß die germanischen Volksangehörigen sich so viel rascher und sicherer dem öffentlichen Geist einordnen als die romanischen Einwanderer. Die romanischen Völker sind in höherm Maße der Suggestion unterlegen; in leichter Erregbarkeit sind sie nachahmend und dadurch individuell unselbständig. Der

Franzose, der Italiener, der Spanier ist oft ein sympathisches Glied im sozialen Leben Amerikas, aber in das öffentliche Leben bringt er einen falschen Ton; sein Republikanertum ist nicht amerikanisch, der Geist der Selbstbestimmung als moralische Forderung kümmert ihn nicht.

Nicht davon kann daher die Rede sein, daß das amerikanische System des öffentlichen Lebens ein Idealsystem von allgemeiner Gültigkeit ist: es ist der Ausdruck eines bestimmten Charakters, die notwendige Lebensform eines bestimmten Menschenschlages, den eine historisch verfolgbare Naturauslese zusammengefügt hat und in dem wiederum durch die äußern Lebensformen die gemeinsame bestimmte Geistesform stetig verstärkt wird. Andre Nationen, in denen andre, nicht minder bedeutsame, nicht minder folgenschwere, nicht minder wertvolle Faktoren des Seelenlebens im Vordergrunde stehn, müssen notwendig sich in andern Formen ausleben; eine äußerliche Nachahmung könnte da niemals ein Gewinn sein, da sie stets nur dazu führen würde, daß die natürlichen ursprünglichen Volksenergien leiden und verkrüppelt werden.

Der gebildete Amerikaner fühlt das denn auch heute instinktiv. Aus der Masse heraus klingt ja wohl noch hier und da die alte Melodie von der Allüberlegenheit der amerikanischen Ideale und in Volksversammlungen wird es immer zum notwendigen Rüstzeug gehören, darauf zu bestehen, daß es die Aufgabe des Amerikaners sei, seinem Regierungssystem zum Siege über den Erdkreis zu verhelfen; die Nationen werden dann abgestuft nach dem Grade, in dem sie reif sind für das System, und die Weltgeschichte erscheint dann wie eine Erziehung des Menschengeschlechtes zur Höhe der amerikanischen Verfassung. Solche Übereilung ist unvermeidlich und ehrenwert und muß notwendig dem amerikanischen Bürger näher liegen als Angehörigen andrer Staaten, da in seinem Lande ja alles darauf ankommt, daß jeder einzelne seine ganze Kraft zur Mitarbeit einsetzt, und diese Mitarbeit am besten gedeihen muß, wenn sie von einem unprüfenden, blindvertrauenden Glauben getragen wird. Mit

dem Glauben aber erwacht der eifernde Missionsgeist, der das erleuchtete Staatsrecht zu allen Heiden der Politik tragen will. Der Ausländer ist leicht geneigt, solche Stimmen zu überschätzen; der gebildete Amerikaner hört ihnen lächelnd zu. Er versteht sehr wohl, daß die verschiedenen Lebensformen der Nationen nicht einfach mit gut oder schlecht, nicht einmal mit besser oder schlechter zu zensieren sind, und daß das amerikanische System für Deutschland etwa gerade so unmöglich wäre wie das deutsche System für Amerika.

Überall sind ja heute die Zeiten dahin, in denen man über das beste Regierungssystem philosophierte. In dem Widerspiel der antagonistischen Volkskräfte, der realistischen und idealistischen, der demokratischen und der aristokratischen sozialen Energien wiederholt sich ja freilich immer wieder der alte Gegensatz, aber neue und neue Probleme drängen heran; ein gewisser Ausgleich eines Gegensatzpaares wird erreicht, das Problem wird dadurch historisch erledigt und die Streitkräfte ordnen sich dann auf neuem Gebiete. Die politischen Gegensätze, die zur französischen Revolution führten, sind in der Mitte des neunzehnten Jahrhunderts innerlich überwunden worden; sie sind durch Kompromiß erledigt: die ganze Wucht des Streites hat sich auf die sozialen Probleme geworfen, und niemand diskutiert heute ernsthaft mehr, ob Republik oder Monarchie die bessere Staatsform sei. Die geistige Physiognomie des Volkes und seine Geschichte muß entscheiden, welche äußere Gestaltung das Gemeinwesen annimmt: Licht und Schatten, so wird heute stillschweigend vorausgesetzt, sind auf beiden Seiten gegeben.

Die Schattenseiten der Demokratie wie jeden auf vollkommener Selbstbestimmung aufgebauten Systems können nun in der Tat niemandem verborgen bleiben, und auch wer Amerika liebt und bewundert, wäre ein Tor, wenn er leugnen wollte, daß die Schwächen und Gefahren, die offenen und überdeckten Schäden auch dort reichlich zu finden sind. Konstruktionen, die sich weniger auf eine Erkenntnis der demokratischen Kräfte als auf naheliegende soziale Vorurteile

ästhetischer Art stützen, führen freilich leicht dahin, die Gefahren in falscher Richtung zu suchen; der Deutsche denkt leicht an Pöbelherrschaft und Demagogentum, an die zügellose Masse und an den Redner, der den Feuerbrand schwingt, an Zuchtlosigkeit und Roheit. Die wahre Demokratie hat für derlei keinen Raum; das Volk, das zum Pöbel wird oder sich von Männern ohne Verantwortlichkeitsgefühl verführen läßt, ist unfähig, sich wirklich selbst zu bestimmen. Selbstbestimmung verlangt nationale Erziehung des Volkes: nirgends ist der bloße Demagoge so ohnmächtig, und nirgends hält sich die Masse in so mustergültiger Ordnung und Selbstzucht.

Der organische Fehler solcher Demokratie ist das Übergewicht der Durchschnittsmenschen mit ihren bald schlecht, bald gut gemeinten Trivialitäten, mit ihrer Verständnislosigkeit für erlesene Werte, mit ihrem selbstgefälligen Dilettantismus und ihrem Behagen an der geistigen Schablone. Das gilt natürlich nur in ganz schwachem Maße von einer skeptisch geistreichen Demokratie wie der französischen, die, voll von ästhetischen Traditionen, auf dem Boden eines Kaiserreichs aufbaut; da sind eben die geistigen Bedingungen vollkommen andre. In der ethischen Demokratie aber, die es mit der Selbstbestimmung ernst nimmt, ist die Herrschaft des Massenbewußtseins zunächst unvermeidlich. Für wahrhaft große Männer ist kein freier Raum; groß erscheint da zunächst, wer die Strömungen des Tages ausnutzt. Für die Leistungen, die nur die wenigen angehn, fehlt es an den großen entscheidenden Prämien, durch welche die besten Kräfte zu den größten Leistungen angespornt werden. Der Ehrgeiz muß sich notwendig in erster Linie auf diejenigen Leistungen richten, für die jedermann Verständnis besitzt und bei denen jedermann wetteifern kann: Reichtum und körperliche Leistung. Der Geist des Sportes und der wirtschaftlichen Kultur wird daher solche Bevölkerung unmittelbarer ergreifen als etwa der Geist der Kunst und Wissenschaft, und selbst in der Politik wird die Alleinherrschaft der Mehrheit leicht diejenigen aus der Arena verdrängen, deren

Vorzüge nicht an den Durchschnittsgeschmack appellieren. Je mehr aber die Reifsten und Besten sich vom öffentlichen Leben fernhalten, desto leichter wird die gutmeinende Menge sich von geschickten selbstsüchtigen Berufspolitikern mißleiten lassen, und das öffentliche Leben wird den niedern Instinkten schmeicheln. Kurz, nicht der rohe Pöbel ist die Gefahr, sondern die triviale Philistermasse, nicht der aufreizende Demagoge, der an die Leidenschaften appelliert, sondern der stille politische Regisseur, der den Bequemlichkeitsdrang und die Gleichgültigkeit der Menge ausnutzt, nicht die niedrige Gesinnung, sondern der Dilettantismus, nicht der unruhige Geist, sondern die Sorte Menschenverstand, die sich selbst als „gesund" preist.

Nun steht das ja aber von vornherein fest, daß, wenn es überhaupt erst dazu kommt, die Schwächen und theoretischen Gefahren auf beiden Seiten mißtrauisch zu vergleichen, der Amerikaner keine Mühe hat, das Sündenregister für die Gegenseite zu erheblicher Länge zu bringen. Er kennt, übertreibt auch wohl und verabscheut deshalb die Symptome des Klassengeistes, die Schranken, welche mit ungerechten Vorurteilen den einzelnen hindern, sich auszuleben, die unverdienten Vorrechte der andern, vor allem den Bureaukratismus und den Militarismus. Der Gedanke, daß die höchste Macht in der Hand eines Mannes ruht, der nicht um seiner individuellen Eigenschaften wegen auserwählt ist, widerstreitet seinem ganzen Gedankensystem, und sein moralisches Gefühl kennt keine verächtlichere Menschengattung als den würdelosen Streber, der nach oben servil, nach unten brutal ist, und gerade dieser Typus scheint ihm für die europäischen Systeme charakteristisch. Werden demgegenüber aber die historischen Vorzüge der Monarchie, der Aristokratie, des Klassengeistes hervorgehoben, wird der Führer gepriesen, der über dem Streite der Parteien steht, das System der Symbole, in denen die geschichtliche Vergangenheit des Volkes wirksam lebendig bleibt, der äußere Schutz für alle die idealen Kräfte, die dem Urteil der Masse unverständlich sind, die hohe Leistungsfähigkeit, die nur aus der

festen Gebundenheit des Staatslebens mit seiner straffen Organisation entsteht: — so bäumt sich der Stolz des amerikanischen Bürgers. Was gilt ihm alles das neben dem einen unermeßlichen und unerschöpflichen Gewinn, daß jeder einzelne im Staate selbsttätig eingreift, sich verantwortlich weiß und nach dem Höchsten ringt. Was ist ihm die äußere Glätte der Leistung neben dem sittlichen Wert des Mitwirkens, der Initiative, der Selbstzucht, der Verantwortlichkeit im Ärmsten und Niedrigsten des Volkes. Dafür, daß jeder am Sonntag sein Huhn im Topf hat, dafür mögen auch aufgeklärte, wohlmeinende Monarchen sorgen; aber daß jeder am Wochentag wie am Sonntag sich selbst für sein Dorf, für seinen Bezirk, für seinen Staat, für sein Reich, für die Menschheit verantwortlich fühlt und aus freier Initiative mitwirkt, daß alles besser werde, dafür hat Gott die Vereinigten Staaten als Vorbild für alle Lande eingesetzt. Besser der Streit der Parteien, als daß auch nur ein einziger gleichgültig bleibt gegenüber der Wohlfahrt seines Landes; besser ein Verzicht auf aristokratischen Luxus, als daß nur ein einziger verhindert ist, nach dem Höchsten zu eifern.

Solch spekulatives Abwägen verschiedener Verfassungsformen führt eben, solange es von der historischen Wirklichkeit abgelöst bleibt, zu keiner Entscheidung: Vorzüge und Gefahren sind auf jeder Seite. Und solche Erörterung ist um so weniger fördernd, als sie notwendig außer acht lassen muß, ob die Vorzüge im einzelnen Falle auch wirklich ausgenutzt sind, und ob die Gefahren nicht irgendwie umgangen wurden. In der Tat scheint beispielsweise für die gegenwärtigen Bewegungen in Amerika nichts charakteristischer als die aristokratische Nebenströmung, durch welche so manche Gefahr der Demokratie vermieden wird. Die offizielle Republik muß natürlich grundsätzlich demokratisch bleiben, sonst gibt sie sich selbst verloren, aber wir werden sehen, daß die Entwicklung des sozialen Lebens nicht einfach der des öffentlichen Lebens folgt, sondern in vielen Beziehungen ihr entgegengerichtet ist. Gilt doch dasselbe auch für Deutschland. Das offizielle Deutschland ist durch und durch aristokratisch und monar-

chisch; das innere Leben Deutschlands aber wird täglich demokratischer, und in unaufhaltbarer sozialer Gegenbewegung werden die natürlichen Schwächen der Aristokratie so ausgeglichen. War es der wachsende Reichtum Deutschlands, der das Lebensniveau der mittlern Stände hob, war es die schwellende Industrie, die dem Handel und dem Verkehr, dem Fabrikanten und dem Kaufmann größere Bedeutung gab, war es die überseeische Entwicklung, die den Horizont erweiterte, gebundene Kräfte freimachte und die Enge der Vorurteile löste, war es das verstärkte Andrängen derer, die sich unterdrückt fühlten, der Arbeiter und vor allem der Frauen: gleichviel wie die Welle sich erhob, sie flutet über das Land, die politische Aristokratie ergänzt sich innerlich durch demokratischen Fortschritt.

In Amerika aber, wir werden noch oft davon sprechen, läßt sich die Aristokratie nirgends mehr ernsthaft unterdrücken; der Einfluß der geistig Führenden ist im stetigen Wachsen, die Kunst und Wissenschaft, die Ideale der höhern Klassen erfüllen die neue Zeit, soziale Sonderungen und gesellschaftliches Gruppenwesen wird immer fühlbarer, imperialistisch-militaristische Wallungen beherrschen die Volksseele, und während man einst die Ketten der Sklaven brach, gilt es heut als „des weißen Mannes Bürde", die niedern Völkerschaften zu unterjochen, und selbst die Einwanderung wird immer mehr beschränkt. Von der politischen Demokratie soll dadurch nichts abgebröckelt werden; es ist eine innerliche aristokratische Ergänzung zum herrschenden Systeme.

Das Vorhandensein, ja die bloße Möglichkeit solcher Nebenströmungen macht es noch deutlicher, wie aussichtslos die theoretische Abschätzung eines isolierten, von allen andern Faktoren des Volkslebens losgelösten Staatsrechts ist. Die amerikanische Form der Demokratie, so sieht es der gebildete Amerikaner heute selbst, ist nicht etwas an sich Überlegenes, nicht ein System, das etwa der Deutsche nur loben könnte, wenn er selbst zum Republikaner würde, nein, es ist die notwendige ideale Form für diese Menschenart unter diesen Verhältnissen. Nicht aus abstrakter Erwägung, sondern aus

historischem Verständnis muß die Entscheidung gefällt werden, was für das eine, was für das andre Land taugt, und selbst wenn die Geschichte für zwei Völker so ganz verschieden entscheidet, wie für Deutschland und Amerika, so ist, wie jene Nebenströmungen hüben und drüben zeigen, noch durchaus nicht entschieden, daß die Volkswesen einander unähnlich werden müssen. Amerika und Deutschland nähern sich einander innerlich immer mehr, obgleich die Republik dort und die Monarchie hier immer fester wurzeln.

Die Entscheidung der Geschichte für Amerika war unzweideutig; ihre Sprache war schlicht, klar und zwingend. Die Regierung des amerikanischen Volkes muß, wie Lincoln es nannte, eine Regierung „des Volkes für das Volk durch das Volk" sein. Als die Verfassung der Vereinigten Staaten ins Leben trat, träumte ja freilich noch niemand, daß sie mit ihrer demokratischen Formel dereinst das ungeheure Weltreich von Maine bis Kalifornien zusammenhalten würde; ja, die territoriale Ausdehnung hätte notwendig den einheitlichen Rahmen der Konstitution zerstören müssen, wenn nicht inzwischen der Weg von Boston bis San Franzisko kürzer geworden wäre, als es damals der Weg von Boston bis Virginien war. Daß aber die Verfassung innerlich sich dem ungeahnten Wachstum der Verhältnisse stetig anpassen konnte, daß sie fortfuhr, festen Halt dem Lande zu geben, als es durch Tausch und Kauf, durch Eroberung und Vertrag die ursprüngliche Größe vervielfachte, und daß in allen Kämpfen und Stürmen sich niemals eine Partei, ja niemals ein Abenteurer erhob, die Volksrechte zu verstümmeln, das lehrt überzeugend, daß die Staatsform nicht künstlich ersonnen ist, sondern die historisch notwendige Gestaltung war.

* * *

Der Geist dieses Staatswesens ist denn auch nicht erst im Jahre 1787 erdacht; er war stark und gereift lange ehe, unter Washingtons Vorsitz, die Delegierten der Staaten in der Unabhängigkeitshalle von Philadelphia zusammentraten.

Die Geschichte der Kolonien an der atlantischen Küste weist seit den Tagen ihrer ersten Anfänge auf die Pflichten und die Rechte der Selbstbestimmung und damit auf das notwendige Ende, die Ablösung vom Mutterland, die endgültige Unabhängigkeitserklärung hin. Vergegenwärtigen wir uns die verschiedenen Typen der Entwicklung, die mit dem Beginn des siebzehnten Jahrhunderts einsetzt; die spärlichen Ansiedlungsversuche der Engländer, Franzosen und Spanier in der zweiten Hälfte des sechzehnten Jahrhunderts waren Fehlschläge, die keine sozialen Spuren hinterließen. Erfolgreich waren die Franzosen erst nach 1605, aber im wesentlichen beschränkten sie sich auf Kanada und Nova Scotia. Nach 1609 begann das Eindringen der Holländer, aber ihre Kolonie am Hudson River, das heutige Newyork, ging schon bald in englischen Besitz über. Die Entwicklung der spanischen Kolonien am Golf von Mexiko vollzog sich außerhalb der Sphäre, in der die Vereinigten Staaten wuchsen; und so sind es denn die englischen Kolonien, deren Entwicklung die kargen Lehrjahre des heutigen Amerika ausfüllt.

Ihre Anfänge waren ungleichartig, aber allmählich mußten sie einander ähnlicher werden. Kein größerer Gegensatz ist denkbar als etwa eine Niederlassung eigenwilliger Männer, die ihre Heimat verlassen, um in unabhängiger Freiheit ihrem puritanischen Glauben zu leben, und die zur Regelung ihrer kleinen Gemeinschaft schlichte Formen der Selbstverwaltung suchen, und auf der andern Seite die Niederlassung einer reichen Handelsgesellschaft, die, mit königlichem Freibrief ausgerüstet, von England aus geleitet wird oder gar die Kolonien der Krone unter englischer Regierung. Aber die Gegensätze mußten sich ausgleichen: die kleinen unabhängigen Staatswesen mußten bei dem wachsenden Reichtum der Beziehungen Schutz und Deckung bei einem mächtigen suchen, und die Schutzmacht konnte nur England sein. Die kräftigeren großen Kolonien dagegen mußten rasch empfinden, daß ihren wahren Interessen nicht gedient ist, wenn in ihrer Verwaltung jede Frage und Antwort erst von langsamen Segelschiffen über den Ozean getragen werden

muß. Sie fühlten es als Bedingung des innern Wachstums, trotz der amtlichen Oberleitung von England aus, doch tatsächlich die innern Angelegenheiten in die eigne Hand zu nehmen. Äußere Abhängigkeit von der englischen Krone und innerliche Selbstbestimmung mit reifer Schulung der Bürgerschaft waren somit das gleichförmige Ergebnis auf allen Seiten.

Der Selbstregierungsfaktor dieser Gestaltung läßt sich dabei überall deutlich verfolgen; schwerer würde es sein zu entscheiden, wie weit der Werdegang durch utilitarische, wie weit durch moralische Impulse bestimmt war. Virginia ging voran. Die erste Ansiedlung dort 1606 blieb in vollkommener Abhängigkeit vom König, der den Ansiedlern Wohnsitz bot, alle Rechte aber sich selber vorbehielt. Es war ein schwaches, lebloses Unternehmen, bis 1609 die Verwaltung geändert wurde: die Leitung der Kolonie wurde in die Hände derer gelegt, die an dem materiellen Erfolg des Unternehmens interessiert waren. Jetzt war das Ganze ein Geschäftsunternehmen, das alle Aussichten für sich hatte. Eine Londoner Gesellschaft stand an der Spitze; ein Landstrich, vierhundert englische Meilen breit und im Innern des Kontinents unbegrenzt, ging gegen geringe Entschädigung in den Besitz der Gesellschaft über. Das Land enthielt unermeßliche natürliche Reichtümer; Arbeitskräfte waren nötig, sie auszunutzen. Jedermann konnte durch Kauf oder Dienstleistung einen Anteil erwerben. Der wirtschaftliche Druck, der daheim auf den niedern Klassen lastete, und die wirtschaftlichen Vorteile, welche die Gesellschaft jedem Ansiedler versprechen konnte, wirkten zusammen, ein schnelles Wachstum der Kolonie zu sichern.

Die äußere Organisation glich einer militärischen Despotie mit dem Sitz des Despoten dreitausend Meilen entfernt. Die Interessen der Gesellschaft mußten somit durch Beamte vertreten sein, die den Interessen der Ansiedler gegenüberstanden. Als treulose Beamte ihre Stellung mißbrauchten, war das natürliche Ergebnis, daß, während die Kolonie als solche gedieh, die Handelsgesellschaft an den Rand des

Abgrunds gelangte. Nur ein Ausweg war möglich: man mußte dem Drängen der Ansiedler nachgeben, ihre Interessen mit denen der Gesellschaft harmonisieren und die Bewohner des Landes selbst zu Verwaltern ihrer Angelegenheiten machen. Jedes Dorf oder Städtchen sollte als Einheit gelten und sollte zwei Vertreter zu einer Versammlung entsenden, der die Beratung der gemeinsamen Angelegenheiten zukommt. Sie tagte zum erstenmal 1619. Bald freilich kam es, wie es kommen mußte: die lokale Vertretung fühlte sich mächtiger als die ferne Handelsgesellschaft, Zwistigkeiten entstanden, und schon fünf Jahre später hatte die Londoner Kompagnie ausgespielt, Virginia wurde eine königliche Provinz. Der Kernpunkt aber bleibt, daß so im Jahre 1619 zum erstenmal auf amerikanischem Boden eine aus Volkswahlen hervorgegangene Volksvertretung zu Beratungen zusammentrat: der erste Schritt auf dem Wege zum Kapitol von Washington, der erste Schritt auf dem Wege zur Freiheit. Und mit ihrer feinen graziösen Ironie sorgte die Weltgeschichte dafür, daß in demselben Jahre des Heils ein holländisches Schiff die erste Ladung afrikanischer Neger als Sklaven zur selben Kolonie hinbrachte.

Die andre staatliche Entwicklungsform, die von der freien Übereinkunft unabhängiger Männer ausgeht, fand ihren frühesten Ausdruck in dem Vertrag der hundertundzwei Puritaner, die 1620 Plymouth auf der Mayflower verließen, um in der Neuen Welt die religiöse Freiheit zu suchen, die England ihnen versagte. Der Sturm warf sie bei Cape Cod ans Land. Dort blieben sie und unter Leiden entwickelten sie ihre kleine Ansiedlung. Von keiner andern ist ein solcher Quell moralischer Kraft emporgesprungen, und an dem sittlichen Mut und dem Lebensernst jener „Pilger" richten sich heute noch die besten Männer des Landes auf. Noch ehe sie aber landeten, unterzeichneten sie ein Schriftstück, in dem es hieß, daß sie die Reise „zum Ruhme Gottes und zum Besten des christlichen Glaubens, zur Ehre des Königs und des Heimatlandes" angetreten, und daß sie sich nun im Angesicht Gottes „zu einer bürgerlichen politischen Körperschaft zu-

sammentun, zur bessern Ordnung, Schutz und Förderung jener Ziele", und daß sie deshalb „von Zeit zu Zeit solche billigen und gerechten Gesetze, Verordnungen, Beschlüsse, Verfassungsbestimmungen und Ernennungen beschließen und ausführen wollen, wie es für das allgemeine Beste der Kolonie am zuträglichsten erscheint". Die Verwaltung wurde einem jährlich aus ihrer Mitte erwählten Gouverneur nebst Gehilfen anvertraut, die gesetzgebende Gewalt aber sollte der Gesamtheit der männlichen Kirchenmitglieder zukommen. Und so blieb es achtzehn Jahre lang, bis die Ausdehnung der Kolonie das persönliche Zusammentreten aller Mitglieder erschwerte und ein schlichtes System der Volksvertretung durch Wahlen zur Einführung kam. Die Ansiedlung verschmolz dann später mit der blühenden Niederlassung einer Handelsgesellschaft, die sich um Salem herum kristallisierte; sie bildeten zusammen die Kolonie von Massachusetts, die um 1640 herum schon zwanzigtausend Seelen zählte.

Der an Bord der Mayflower unterzeichnete Vertrag kann als das erste freiwillige Übereinkommen unabhängiger Amerikaner im Interesse geordneter Regierung gelten; die erste schriftliche Verfassung aber kam in der Kolonie von Connecticut zustande. Die Ansiedlung dort war im wesentlichen eine Wiederholung des erfolgreichen Experiments in Neu-Plymouth; landwirtschaftliche Ansiedlungen und kleine Stationen für den Handel mit den Indianern in Windsor, Hartford und andern Plätzen im Connecticut-Tal bildeten die Ausgangspunkte für das neue Wachstum. Von gemeinsamen Interessen zusammengeführt und zusammengehalten, nahmen sie 1638 eine formelle Verfassung an, in deren Einleitung es heißt: „Wir wissen wohl, daß, wo Bevölkerung sich zusammentut, das Wort Gottes es verlangt, daß, um Frieden und Einigkeit aufrechtzuerhalten, eine ordnungsgemäße und gesittete Regierung eingesetzt werden müsse."

Noch ein andrer Typus des Ansiedlungsrechts spielte eine bedeutsame Rolle; er scheint durchaus aristokratisch, durchaus englisch, und doch wird er innerlich schnell amerikanisiert. Der König verleiht vornehmen Männern gegen

geringen Tribut fast monarchische Rechte über weite Gebiete. Der erste war Lord Baltimore, der 1632 die Herrschaft über Maryland, das Gebiet an der Chesapeake Bay, erhielt mit weitestgehendem Fürstenrecht, verpflichtet lediglich, den fünften Teil des in seinem Lande gewonnenen Goldes und Silbers der Krone zu geben. 1664 gab Karl der Zweite seinem Bruder, dem Herzog von York, große Territorien, die sich bald zerspalteten; das spätere Vermont, New-Jersey und Delaware lagen in ihren Grenzen. Die weiten Gebiete von Georgia und Carolina — das später in Nord- und Süd-Carolina zerlegt wurde — waren desselben Königs Lohn für Dienste, die einige seiner Parteigänger ihm geleistet, und als 1680 der Admiral der Flotte, Sir William Penn, starb und sein Sohn die sechzehntausend Pfund forderte, die der Vater dem König geliehen, war der König froh, als Penn sich bereit erklärte, das Besitzrecht an dem Küstenland zwischen dem vierzigsten und dreiundvierzigsten Breitengrade als Ersatz zu nehmen.

Ausgedehnte Ländereien waren so der Laune weniger Kavaliere überlassen, aber überall trieb sofort der Geist der Selbstbestimmung Wurzel, ja überall war sozialpolitischer Enthusiasmus sofort bereit, ein den neuen Idealen entsprechendes Musterland einzurichten. Carolina holte sich für sein Experiment beim Philosophen Locke Rat; Maryland, das zweihundert begüterte Männer von Rang mit ihrem großen Gefolge aufnahm, vornehmlich Katholiken, begann mit allgemeinen Volksversammlungen und ging bald zum Repräsentativsystem über, und Penns Schöpfung schließlich, der Quäkerstaat Pennsylvania, sollte von Anfang an „ein heiliges Experiment" sein. Penn selbst erklärte, daß er durch die Bestimmungen, die für die Kolonie gelten sollten, dafür Sorge tragen wollte, „daß weder er noch seine Nachfolger die Möglichkeit besitzen würden, Unheil anzurichten". „Die Nationen müssen endlich ein Beispiel einer wahrhaft gerechten Regierung vor sich sehen — hier ist kein Platz für solch ein heiliges Experiment, wohl aber drüben." In der Einleitung zu dem Regierungsplan aber hieß es: „Ich kenne die Argu-

mente derer, welche die Monarchie, die Aristokratie oder die Demokratie bewundern. Wahrheit ist, daß ein Volk unter jeder Regierungsform frei ist, wenn nur das Gesetz herrscht und das Volk selbst an der Gesetzgebung Anteil hat; alles andre aber ist Tyrannei, Oligarchie und Verwirrung. Freiheit ohne Gehorsam ist Unordnung, Gehorsam ohne Freiheit ist Sklaverei." Sein Enthusiasmus erweckte Widerhall auch auf dem europäischen Kontinent. Penn selbst gründete die Stadt der Bruderliebe, Philadelphia, 1683; Franz Daniel Pastorius führte seiner Kolonie die erste deutsche Niederlassung zu, die Mennoniten, die sich in Germantown ansiedelten.

So war unter den verschiedensten Bedingungen derselbe Geist der Selbstverwaltung, des Selbstvertrauens, der Selbstbehauptung emporgewachsen. Was die Kolonien nun aber zusammenführte, war nicht das gleichartige Fühlen und Streben, sondern der gemeinsame Feind und die gemeinsamen Gefahren. War doch im Innern trotz der politischen Ähnlichkeit kein Mangel an tiefen entscheidenden Gegensätzen; vor allem die Kluft zwischen den südlichen Kolonien mit ihrem erschlaffenden Klima, wo der Pflanzer die Arbeit den Sklaven überließ, und den mittlern und nördlichen Gebieten, in denen die Bürger in der Arbeit den Sinn des Lebens suchten. Die Gegner, die alle diese mannigfaltigen Elemente zusammenbanden, waren die Indianer, die Franzosen, die Spanier und schließlich das englische Muttervolk.

Der Indianer war Herr des Landes, bis die Kolonisten ihn in seinen Jagdgründen zurückdrängten. Immer von neuem versuchten die kriegerischen Stämme die weißen Eindringlinge zu vernichten. Es war eine dauernde Gefahr, der die vereinzelte Ansiedlung nicht gewachsen war. Schon bald nach dem ersten ernsthaften Kampfe, dem Pequot-Krieg von 1636, schlug Rhode Island eine kleine aus zufälligen Ansiedlungen herangewachsene Kolonie den größern Nachbarn vor, ein Schutzbündnis einzugehen; Massachusetts, Plymouth, New-Haven und Connecticut traten bei und bildeten die „Vereinigten Kolonien von Neu-England". Die Union war praktisch von geringer Wichtigkeit, aber sie lehrte die eifer-

süchtelnden Kolonien zum ersten Male, daß für gewisse äußere Zwecke ein engerer Zusammenschluß möglich war und daß der Zusammentritt zu gemeinsamer Aktion durchaus nicht die vollkommene Selbständigkeit der einzelnen Bundesglieder ausschloß.

Folgenschwerer waren die Kriege mit den französischen Kolonien. Der Franzose war der natürliche Feind für sämtliche englischen Ansiedlungen. Ursprünglich hatte Frankreich Ansiedlungen nur im hohen Norden; 1608 ward Quebeck gegründet. In jenen Jahrzehnten aber, in denen englische Ansiedler sich Heimatstätten an der atlantischen Küste schufen, drangen die Franzosen vom Norden her durch das Tal des St. Lawrence-Stromes an den großen Seen entlang zum Mississippi vor, verfolgten den Strom bis zur Mündung und beanspruchten ungeheure Gebiete, die sie durchquert, für die französische Krone. Nach Ludwig XIV. nannten sie das Land Louisiana. Sie waren nicht als Kolonisten gekommen; kaufmännische Pläne lockten sie, es galt den Wildreichtum für den kanadischen Pelzhandel auszubeuten, und auf den Spuren des Händlers folgte der katholische Priester. Das Hinterland der englischen Kolonien war somit in französischen Händen, und doch waren die Landanweisungen der englischen Krone stets so gefaßt, daß nur der Stille Ozean die westliche Grenze sein sollte. Der Zusammenprall war somit unvermeidlich, wenn auch Gebirge und Urwälder den besiedelten Landstrich an der Küste von dem Hinterlande am Mississippi trennten, das die Franzosen durch befestigte Handelsstationen beherrschten.

Als 1689 der Krieg zwischen England und Frankreich in Europa entbrannte, begann auch der furchtbare Kampf zwischen den Gegnern in der Neuen Welt. Jetzt waren es nicht nur wie beim Indianerkampf die paar Kolonien von Neu-England, sondern sämtliche Kolonien die Küste entlang, die der gemeinsame Feind bedrohte. Im April 1690 trat in Newyork ein Kongreß von Delegierten zusammen, zu dem zum erstenmal sämtliche Kolonien geladen waren. Es folgten mit wechselndem Glück drei lange Kriege. Der größte Vorteil

für die Franzosen war, daß sie sich von Anfang an mit den Indianern gut gestellt und diese somit auf französischer Seite kämpften; ihr größter Nachteil war ihre numerische Schwäche, da die Heimat nur geringen Nachschub sandte. Als 1756 der letzte große Krieg begann, hatten die englischen Kolonien eine Bevölkerung von fünfviertel Millionen, die französischen nur den zehnten Teil. Und eines vor allem: die englischen Kolonien trugen Ansiedler, die für ihre Heimstätte kämpften und die in der Schule der Selbstverwaltung gereift und gestählt waren; in den französischen Kolonien saßen Händler und Söldner. Der Geist der Selbstverwaltung sollte auf diesem Kontinent siegen. Der junge Washington war Führer im Kampf, William Pitt, der englische Staatssekretär, setzte seine ganze Kraft ein, der englische Triumph war ein vollständiger. Im Frieden von 1763 gingen Frankreichs sämtliche amerikanischen Besitzungen östlich vom Mississippi an England über mit Ausnahme von Neu-Orleans, das Spanien zufiel, während Spanien seinerseits Florida an England abtrat. Alle französischen Besitzungen westlich vom Mississsippi wurden spanisch, der ganze Kontinent war somit zwischen England und Spanien geteilt.

Aber der siebenjährige Krieg hatte nicht nur die Landkarte umgestaltet; im Bewußtsein der Kolonisten war keine geringere Umwandlung vorgegangen. Sie hatten gelernt. Einmal hatten sie gelernt, daß sie zusammengehörten; zum zweiten hatten sie gelernt, daß ihre eignen Truppen und Heerführer nicht schlechter waren als die, welche England über den Ozean senden konnte; zum dritten, daß man im Mutterlande die Vorgänge in den Kolonien doch schließlich nur selbstisch unter dem Gesichtswinkel Englands ansah. Und dazu kam der neue Ausblick in die Zukunft; die Franzosen waren keine Drohung mehr, das Land bis zum Mississippi stand ihnen mit seinen ungeheuren Reichtümern offen: was bedurften sie jetzt noch der Anlehnung an die englische Krone? Der Geist der Selbstbestimmung wollte konsequent das Schlußwort sprechen.

Freilich noch waren die Koloniebewohner getreue eng-

lische Untertanen; so hoch auch ihre Selbstverwaltung ausgebildet war, es galt doch als selbstverständlich, daß die äußere Politik von England geleitet wurde, daß England ihren Gesetzen ein Veto gegenüberstellen konnte, daß die englischen Gouverneure die offizielle Macht behielten und daß es für die Zukunft so bleiben würde. Den ersten Anlaß zu Streitigkeiten gaben Besteuerungspläne des englischen Parlaments. Die dreizehn Kolonien, deren Bevölkerung inzwischen auf zwei Millionen angewachsen, hatten durch ihre reichen Kriegsausgaben den tief verschuldeten Briten klar gemacht, wie herrlich dort Handel und Wandel gedieh; es lag nahe, einen Teil der öffentlichen Steuern auf die Amerikaner abzuwälzen.

Das Verlangen, daß die Kolonien an den öffentlichen Lasten mittrügen, war an sich nicht ungebührlich, da viele der Ausgaben ihnen selbst zugute kamen, und dennoch mußte es ungeheuerlich denen erscheinen, die, in der Schule der Selbstverwaltung erzogen, das Dogma der Selbstbestimmung für unantastbar hielten. Ein Parlament, in dem sie selber nicht vertreten waren, durfte ihnen keine Steuern auflegen: Besteuerung ohne Vertretung ist Tyrannei, so klang der Schlachtruf des Tages. Das für Amerika geschaffene Steuergesetz, das Steuermarken für jede Urkunde und jede Zeitung vorschrieb, ward mit Entrüstung aufgenommen; im ganzen Lande bildeten sich Vereinigungen, die „Söhne der Freiheit", um die Erregung durch Agitation wach zu halten; der Steuermarken-Kongreß, der 1765 in Newyork zusammentrat, wies das Gesetz mit markigen Worten zurück.

Und es blieb nicht bei Deklamationen: der Geist der Selbstbestimmung sollte nicht ungestraft beleidigt werden. Dem Entschluß, das Gesetz unbeachtet zu lassen, folgte das Übereinkommen, keine Erzeugnisse Englands zu kaufen. England mußte in dem einen Punkte nachgeben, aber nun folgte ein unablässiges Nörgeln und Belästigen, das die Erbitterung steigerte. Beide Seiten stürmten dem Kriege zu. 1770 erläßt England Vorschriften, durch die der in den Kolonien ein-

geführte Tee besteuert bleibt. Die gereizten Bostoner schütten die englische Schiffsladung Tee in den Hafen. England ist wütend und beschließt Strafmaßregeln, durch die der Handel von Boston und ganz Massachusetts zerstört werden muß. Die dreizehn Kolonien machen die Sache von Massachusetts zu ihrer eignen Sache. Man fühlt das Gewitter in der Luft. Die nördlichen Kolonien beginnen heimlich, Waffen und Kriegsvorräte aufzuspeichern und die Bauern für den Kampf einzudrillen. General Gage, der königliche Gouverneur, will sich der Munition bemächtigen, die man in der Nähe von Boston in Vorrat hält; am 19. April 1775 fällt der erste Schuß; bei Lexington, bei Bunker Hill sind die Aufständischen siegreich, Washington übernimmt das Kommando der vereinigten Streitkräfte, und während England gegen die Rebellen eifert, den Handel mit allen Kolonien verbietet und in Deutschland Truppen wirbt, zersprengen die Kolonien ihre Fesseln. Am 1. Januar 1776 wird in Boston die Flagge gehißt, die als Symbol der Selbstbestimmung der dreizehn Kolonien dreizehn weiße und rote Streifen flattern läßt, und am 4. Juli wird die Unabhängigkeit erklärt: es gibt keine Kolonien mehr, sondern in Zukunft dreizehn freie Staaten, und über der Halle in Philadelphia, in welcher der Kongreß der Vertreter tagt, läutet die Glocke mit der Inschrift: „Verkünde die Freiheit durch alle Lande".

Es war ein denkwürdiges Schriftstück, jene Unabhängigkeitserklärung, die Jefferson von Virginia entworfen hatte. So lautete sein Anfang: „Wenn es im Laufe der menschlichen Ereignisse für ein Volk notwendig wird, die politischen Bande zu zerreißen, die es mit einem andern verknüpften und somit unter den Mächten der Erde die besondere und gleichberechtigte Stellung einzunehmen, zu welcher die Gesetze der Welt und der Schöpfer der Welt berechtigen, so verlangt ein gesitteter Respekt für die Auffassungen der Mitmenschen, daß die Gründe dargelegt werden, um derentwillen die Trennung unvermeidlich geworden ist. Wir halten es für selbstverständliche Wahrheiten, daß alle Menschen von Natur gleich sind, daß sie vom Schöpfer gewisse unveräußer-

liche Rechte erhalten haben und daß zu diesen Leben, Freiheit und Anspruch auf Glück gehören; daß, um diese Rechte zu sichern, Regierungen unter den Menschen eingesetzt sind, die ihre gerechte Macht von der Zustimmung der Regierten ableiten, und daß, sobald eine Regierungsform diesen Zwecken entgegenwirkt, es das Recht des Volkes ist, die Form zu verändern oder abzuschaffen und eine neue Regierung einzusetzen." Und dann folgt das lange Sündenregister der englischen Krone und des englischen Volkes, und schließlich mit feierlichen Worten die Erklärung der Unabhängigkeit und Freiheit der Vereinigten Staaten von Amerika, künftig den Engländern „wie für den Rest der Menschheit Feinde im Kriege, im Frieden Freunde".

Es gab keine englischen Gouverneure mehr, sie waren durch selbstgewählte ersetzt, der Geist der Selbstbestimmung hatte triumphiert; aber die Gefahren waren noch nicht beseitigt. England war zurückgedrängt, aber dachte noch nicht daran, das Spiel aufzugeben. Und nun rollten die Würfel. Fünf Jahre lang schien die Entscheidung ungewiß, bis 1781 Cornwallis sich und sein Heer ergab: da wußte England, daß alles vorüber sei. Noch wollte der König den Krieg in die Länge ziehn, aber das Volk war des Kampfes müde; das Ministerium mußte zurücktreten und im April 1783 ward endlich der Friede erklärt. Aber auch damit war die Zukunft nicht gesichert. Kaum ließ der Druck nach, den der gemeinsame Feind ausgeübt, da traten im Innen der neuen Union die Gegensätze und Eifersüchteleien hervor; die Union als solche hatte keine gesetzliche Macht über die Einzelstaaten, und während der Krieg die Verhältnisse des Landes zerrüttet hatte, fehlten der Union alle Mittel, den auswärtigen Handel zu leiten und Zölle zu erheben.

Es war keine Verleugnung des Selbstbestimmungsgeistes, wenn weite Kreise abgeneigt schienen, die neue Union zu stärken. Selbstbestimmung fängt im engsten Kreise an. Die wahre Selbstbestimmung der größern Gemeinschaft darf nicht die Selbstbestimmung der Einzelglieder beeinträchtigen, und gerade hier fürchtete man die Gefahr. Der einzelne Staat mit

seinem besondern Wollen und Können wollte nicht das Recht seiner individuellen Selbstbestimmung zugunsten einer abstrakten Zentralgewalt hingeben, die gar zu leicht wieder dem Einzelstaat gegenüber Tyrannengewalt ausüben könnte, nicht anders als die der verhaßten englischen Krone. Und doch, die Besten des Landes stellten sich täglich überzeugter auf die andre Seite; eine starke Zentralgewalt, in der die Selbstbestimmung der Staatengesamtheit ihre innere Vollendung findet, erschien als historische Notwendigkeit. Wieder traten in der Unabhängigkeitshalle von Philadelphia Vertreter aller Staaten zum Kongreß zusammen, eine Versammlung ungewöhnlich erlesener Männer, um in monatelanger Beratung nach Wegen zu suchen, auf denen die entgegenstehenden Forderungen, die föderalistischen und die antiföderalistischen, in einer einheitlichen Bundesverfassung vereinigt werden könnten.

Es stand fest, Kompromisse waren notwendig: welch ein Zugeständnis an die Rechte der kleinen Staaten, daß der kleinste Staat zum Senat ebenso zwei Vertreter schicken durfte wie der größte, und wie antiföderalistisch die Fülle der Rechte, die den Einzelstaaten verbleiben sollten. Aber auf der andern Seite stand auch das fest: an der Spitze der Verwaltung muß ein einzelner Mann, ein einziger sicherer Wille stehn, und dieser muß vom ganzen Volke immer aufs neue gewählt sein. Von vereinzelten Seiten hatte man mit dem Gedanken gespielt, Washington zum König zu ernennen; mit Entrüstung hatte er es zurückgewiesen. Die republikanische Staatsform war da kein erklügeltes System und nicht um ihrer theoretischen Vorzüge willen wurde sie vorgezogen: es war geschichtliche Notwendigkeit, es war der Abschluß der ganzen Bewegung, es war so zwingend notwendig, wie es mehr als achtzig Jahre später notwendig war, daß sich die deutschen Staaten unter der Kaiserkrone zur Einheit verbanden. Der Verfassungsentwurf des Kongresses wurde den Legislaturen der Einzelstaaten zur glatten Annahme oder Ablehnung vorgelegt. Noch einmal spannten die Antiföderalisten ihre Kräfte an, aber die Föderalisten

siegten auf der ganzen Linie: die Verfassung ward angenommen und 1789 wurde George Washington zum ersten Präsidenten der Vereinigten Staaten gewählt.

Nur Schwärmer konnten, wie es so oft geschah, die amerikanische Verfassung als das größte Werk des Menschengeistes preisen, aber auch strenge Kritiker haben anerkannt, daß staatsmännischer Genius aus ihren Worten sprach. In einer Zeit, die sich an bombastischen Deklamationen berauschte, hat sie mit bewundernswerter Klarheit und Einfachheit die Grundlinien des neuen Staatslebens gezeichnet. „Wir, das Volk der Vereinigten Staaten, beschließen und verfügen die folgende Verfassung, um dadurch eine vollkommnere Einigung herbeizuführen, Gerechtigkeit durchzuführen, Ruhe im Innern zu sichern, für die gemeinsame Verteidigung zu sorgen, die allgemeine Wohlfahrt zu fördern und die Segnungen der Freiheit uns und unsern Nachkommen zu sichern."

Das ist die ganze Einleitung. In sieben Artikeln gliedert sich der Inhalt der Bestimmungen. Der erste handelt von der gesetzgebenden Gewalt, die dem Kongreß der Vereinigten Staaten zustehn soll, von der Zusammensetzung des Kongresses, der aus Senat und Repräsentantenhaus besteht, von seinen Aufgaben und seinem Geschäftsgang, von seinen Pflichten und seinen Rechten. Der zweite Artikel handelt von der Exekutivgewalt, die dem auf vier Jahre gewählten Präsidenten zukommt, der dritte von der richterlichen Gewalt, der vierte von dem wechselseitigen Verhältnis der Einzelstaaten, und die drei letzten kurz von der Ergänzung und Einführung der Verfassung.

Die Zufügung von Ergänzungen und Änderungen war von der Verfassung vorgesehn und nicht schwer gemacht. Wie tief das ursprüngliche Werk den Genius des amerikanischen Volkes erfaßte und zum Ausdruck brachte, bekundet sich deutlich in der Tatsache, daß ein Jahrhundert, welches ein beispielloses Wachstum des Landes und eine ungeträumte Umwandlung der äußern Verhältnisse sah, doch kein einziges Grundprinzip der Verfassung umgestaltet hat. Ein einziger

Grundsatz wurde siebenundsiebzig Jahre später hinzugefügt: in den Vereinigten Staaten soll es keine Sklaverei geben, und der Weg dorthin führte durch Ströme von Blut. Die wenigen übrigen Amendements waren teils geringfügige Zweckmäßigkeitsbestimmungen oder vor allem Formulierungen dessen, was dem amerikanischen Bewußtsein als die natürlichen Rechte des Individuums erschien. Wenn diese feierliche Verkündigung der Religionsfreiheit und Redefreiheit, der Preßfreiheit und Versammlungsfreiheit, des Rechts auf geordneten Gerichtsprozeß und ähnliches zunächst in der Verfassung fehlte, so war es nicht, weil die Unterzeichner der Verfassung andrer Ansicht waren, sondern weil sie die Verfassung der Union weder zum Lehrbuch der Ethik noch zum Gesetzbuch machen wollten. Aber schon 1789 bestanden die Staaten darauf, daß alle jene den Nationalanschauungen angepaßten Menschenrechte den Artikeln zugefügt würden. Im Jahre 1870 kam noch ein später Nachzügler der Menschenrechte, das letzte Amendement zu Ehren: niemand soll seiner Rasse, seiner Hautfarbe oder frühern Sklavenverhältnisses wegen in seinem Wahlrecht beeinträchtigt werden.

Zugleich mit den Freiheitsverkündigungen vom ersten Jahre der Republik wurde das zehnte Amendement angenommen: alle Gewalten, welche die Verfassung nicht ausdrücklich den Vereinigten Staaten überträgt oder ausdrücklich den Einzelstaaten entzieht, bleiben den Einzelstaaten oder dem Volke vorbehalten. Auch dieser Grundsatz war sicherlich nicht im Gegensatz zum ganzen Geist der ursprünglichen Urkunde. Das war ja gerade der Hebel für die unvergleichliche Wirksamkeit der Verfassung, daß sie die zentrifugalen Kräfte nirgends durch die zentripetalen zerstörte, daß sie ein Gleichgewicht zwischen Einheitsdrang und Partikularismus herstellte, bei dem die vollste Machtentfaltung des Ganzen mit der freiesten und lebendigsten Initiative der Teile zugleich ermöglicht war. Nach jeder Richtung wäre ein Mehr hier schließlich ein Weniger geworden; weder das äußere Wachstum noch die innere Überwindung der Gegensätze wäre möglich geworden, wenn eine straffere Zentralgewalt die innere

Beweglichkeit geschwächt oder eine losere Gesamtregierung den Zusammenhang vermindert hätte. Der fortwährende Ausgleich der alten Kräfte und die fortwährende Anregung neuer Kräfte, das war das Geheimnis der verbrieften Macht, und doch war es alles nur der vollendete Ausdruck für den Geist der Selbstbestimmung, der immer verlangen muß, daß die Gesamtheit sich selbst bestimmt, ohne die Freiheit des einzelnen aufzuheben, und daß der einzelne sich selbst bestimmt, ohne die Gesamtheit ihres selbstbestimmenden Willens zu berauben.

Unter dem Schutze dieser Verfassung wuchs und wuchs das Land. Schon 1803 war das Landgebiet verdoppelt, als die weiten Ländereien von Louisiana, die von Spanien an Frankreich abgetreten waren, für fünfzehn Millionen Dollars Napoleon abgekauft wurden; ein Ereignis von ungeheurer Tragweite, zu dessen Jahrhundertfeier St. Louis mit berechtigtem Stolz die Völker des Erdenrunds zur Weltausstellung einlud.

1845 wurde Texas in die Vereinigten Staaten aufgenommen, nachdem es kurz zuvor sich von Mexiko losgelöst und als unabhängiger Staat konstituiert hatte; 1846 fiel das weite Oregongebiet am Stillen Ozean durch Vertrag mit England den Staaten zu, und als dann 1848 in dem Kriege mit Mexiko Neu-Mexiko und Kalifornien die Beute des Stärkern wurden und Rußland 1867 Alaska abtrat, da war das ursprüngliche Gebiet von 324 000 auf 3 600 000 Quadratmeilen angewachsen: aus den dreizehn Staaten wurden fünfundvierzig, da die großen neuerworbenen Ländereien zerlegt werden mußten; aber kein Wachstum erschütterte oder veränderte die Verfassung: ihr Geist der Selbstbestimmung gab der gewaltigen Entwicklung die wunderbare Stetigkeit und Sicherheit, die triumphierende Stärke und Ruhe. Und unter der Zucht dieser Verfassung wuchs die Bevölkerung auf. Millionen strömten herbei, auf dem neuen unerschöpflichen Boden ihr Glück zu suchen, ihr Glück zu finden; auf dem verzehnfachten Gebiete hat die Bevölkerung sich verzwanzigfacht, und jeder ist,

unter der Disziplin des sich selbst bestimmenden Gemeinwesens geschult, zum amerikanischen Bürger erzogen worden.

* * *

Vergegenwärtigen wir uns den seelischen Typus, der aus dieser Schule hervorgehen muß. Es kann sich dabei sicherlich nicht um eine Schablone handeln, die auf jeden paßt; der eingeborne Yankee und der zugewanderte Europäer, der Irländer und der Deutsch-Amerikaner, der Farmer und der Städter, der Neuengländer und der Virginier, der Sohn des Ostens und des Westens bleiben durchaus verschieden voneinander, und die millionenfachen Nuancen der Persönlichkeit, des Charakters, der Anlagen, des Temperamentes, welche die Natur verteilt, werden sicherlich nicht ausgelöscht. Und doch, so wie der amerikanische Menschenschlag anfängt, anthropologisch einen besondern Typus darzustellen, den offenbar das gemeinsame Klima beeinflußt, da er nicht wenige Merkmale mit dem eingeborenen Indianer gemein hat, — so bildet sich tatsächlich im moralischen Klima dieses Gemeinwesens ein seelischer Menschenschlag von besonderer Art aus, und überraschend bleibt es, wie wenig die andern großen Scheidungen des sozialen Lebens, wie arm und reich, Volksschüler und Akademiker, Neuankömmling oder aus altem Stock, Handarbeiter oder Kopfarbeiter, den amerikanischen Bürger, den Träger des öffentlichen Lebens, abschattieren.

Nur von diesem öffentlichen Leben soll ja hier die Rede sein; wie sich im wirtschaftlichen, im geistigen, im sozialen Leben neue und neue Gliederungen formen, soll uns hier noch nicht beschäftigen. Im einzelnen Individuum mag es nicht immer leicht sein, in dem Gewebe der psychischen Regungen so sauber die Fäden zu trennen; in dem abstrakten und schematischen Bilde des Typus lassen sie sich unschwer sondern.

Was also hat der Amerikaner in dieser Zucht gelernt? In der Schule der Selbstbestimmung werden viele, scheinbar voneinander unabhängige Lektionen gelehrt, und vielleicht ist keine dabei, die nicht auch Gefahren mit sich bringt. Es

handelt sich ja nicht um theoretisches Wissen, das behalten oder vergessen, gut oder schlecht ausgewählt werden mag, in sich aber keine Grade besitzt und somit keine Abstufung, keine Einschränkung verlangt; das theoretisch Gelernte kann durch kein Zuviel ins Unwahre umschlagen. Hier gilt es, praktisches Verhalten, vorbildliche Handlungsweisen zu erlernen, und damit ist in der Tat notwendig die Gefahr verknüpft, nicht nur daß die Lehre schlecht ausgewählt ist oder daß sie vergessen wird, sondern vor allem daß ihre Anwendung übertrieben wird, daß sie einseitiges Übergewicht über wertvolle Gegentendenzen erlangt, daß sie durch ihre Maßlosigkeit sich selbst zerstört. In diesem Sinne darf es nicht bestritten werden, daß die Lehre der amerikanischen Demokratie selbst an schweren Mißgriffen schuld ist und daß der amerikanische Bürger als solcher sicherlich nicht frei von den Fehlern seiner Vorzüge ist. Mit flüchtigen Strichen wollen wir die wesentlichsten Eigenschaften zeichnen und aus der angestrebten Tugend die Untugend zu verstehen suchen, zu der sie führen mag.

Die erste Gruppe eng zusammengehöriger Impulse entspringt aus dem lebhaften Glauben an die eigne Kraft. Das muß ja doch schließlich der Anfang und das Ende aller Selbstbestimmungsdogmen sein: warte nicht, bis andre für dich sorgen, dich bevormunden, deine Interessen wahrnehmen, nein, verlasse dich auf dein eignes Urteil, auf deine eigne Kraft; du kannst es, wenn du dir nur Mühe gibst, gerade so gut, und kein Ziel ist für dich zu hoch. Es gibt keinen wahren Amerikaner, der nicht von diesem Geiste einen Hauch verspürt hat. Von frühester Jugend an hat jeder Tag es ihm suggeriert, und jede Einrichtung seines Landes hat es bekräftigt.

Die unmittelbarste Wirkung ist ein Geist der Initiative, wie ihn kein andres Volk der Erde kennt, und gleichzeitig ein Optimismus, ein Vertrauen in die eigne Kraft, ein Sicherheitsgefühl, das mehr als die Hälfte zum Erfolge beiträgt. Verzagtheit steht nicht im Wörterbuch des Amerikaners. Der einzelne, die Gruppe, das ganze Land mag

streiten und zweifeln, ob ein bestimmtes Ziel wünschenswert sei oder ob ein bestimmter Weg zu dem Ziel der beste sei, aber daß die eigne Kraft ausreicht, den Weg zu gehn und das Ziel zu erreichen, das tritt nie in den Kreis des Zweifels ein und lähmt so niemals die Tat. Es spannt sich dadurch aber auch gleichzeitig die Kraft bis zum äußersten an. Hier berührt sich der Sinn für Selbstbestimmung mit dem Drange zur Selbstbetätigung, der allem wirtschaftlichen Leben Amerikas zugrunde liegt. Die Initiative und das optimistische Streben im öffentlichen Leben ist aber dem Fremden viel überraschender als die ähnliche Wesensart auf wirtschaftlichem Gebiete. Es bekundet sich schon in dem Eifer, mit dem auch der schlichteste Mann seine Zeitung liest und so den Zeitungsabsatz und den Verkauf politischer Magazine zu Ziffern bringt, die dem Deutschen unglaublich klingen. Es bekundet sich in der Ausbildung der Redegabe, durch die sich jeglicher am sichersten und am wirksamsten Geltung verschafft. Es bekundet sich in dem unentwegten Verlangen, daß jede öffentliche Stellung auch dem Geringsten offen bleibt. Es bekundet sich in dem Mut, mit dem Tausende und Tausende ohne fachmännische Vorbildung und ohne technische Vorkenntnis sich auf die schwierigsten Verwaltungsposten stellten, Posthalter und Bürgermeister, Minister und Botschafter geworden und vor keiner Verantwortlichkeit zurückgewichen sind. Es bekundet sich vor allem auch in dem ganzen System der Institutionen, das überall, im Großen wie im Kleinen, nach dem Prinzip der gleitenden Übergänge ohne scharfe Absätze und Stufen gestaltet ist und so ein stetes Vorwärtsdringen ermöglicht.

Das wird uns in der Tat überall noch begegnen: das System der gleitenden Skala ist das spezifisch amerikanische System. Alles soll die Möglichkeit haben, sich aus eigner Kraft zu entwickeln; kein gesunder Ansatz soll durch eine Schranke gehindert werden, zum Größten auszuwachsen. Keine Anregung soll verloren gehn, keine Bewegung, und mag sie an der äußersten Peripherie entstehn, soll verhindert werden, bis zur Mitte des Kreises vorzudringen. In der

Peripherie liegt die wahre Kraft dieser Nation: die amerikanische Regierung wäre nie mit so sicherer Kraft von Erfolg zu Erfolg geschritten, wenn nicht jeder Bauernbursche im Dorf und jeder Zeitungsjunge in der Stadt so stolz es wüßte, daß es nur auf ihn selbst ankommt, ob er einst Präsident der Vereinigten Staaten werden wird.

Aber gleitend und ohne scharfe Grenze ist auch der Übergang von solcher Kraft zur gefährlichsten Schwäche, vom Geist der Initiative und des Optimismus zur unentschuldbaren Überschätzung des eignen Könnens, zur Mißachtung der fachmännischen Schulung. Der Dilettantismus ist meistens liebenswürdig, oft erfolgreich, manchmal bewundernswert, aber immer gefährlich, und wenn biedere Handwerker im Schulkomitee sitzen, wackere Kaufleute die Postdirektion ihrer Stadt übernehmen, Bankiers als Oberpräsidenten eintreten und Zeitungsleute umsatteln und Minister werden, so bleibt es doch oft nur ein dürftiger Trost, daß solch ein Beamtentum dem praktischen Leben nicht entfremdet ist und nicht juristisch verknöchert sein kann. Daß Amerika heute seine ganze Kraft einsetzt, die Übel des Amateurwesens zu beseitigen und nach Möglichkeit den Fachmann zu vollerer Geltung zu bringen, ist unzweifelhaft, aber hier handelt es sich ja zunächst nur um die psychologischen Eigenschaften des Amerikaners, und das bleibt unbestreitbar, daß in seiner Seele eine leichtsinnige Überschätzung der eignen Kraft und der Hang zum Dilettantismus mit seinem prächtigen optimistischen Selbstvertrauen und seinem Geist der Initiative zusammengehören.

Aber noch eine andre psychologische Wirkung scheint unvermeidlich. Ein Volk, in dem jeder einzelne sich berufen fühlt, alles selbst zu beurteilen, mag dahin gelangen, das Urteil der Masse zu einem ungewöhnlich hohen Durchschnittsmaß zu erheben, aber es wird verurteilt sein, die größten Geister zu dem Durchschnittsniveau herabzuziehn. Das Genie, das der Masse zunächst immer unverständlich sein muß, muß da verkümmern; wer Zielen zustrebt, die jenseits des gewohnten Horizontes liegen, wird einsam bleiben: die großen Erfolge

werden nur dem zufallen, dessen Leistung dem Urteil der Millionen imponiert, und die notwendige Rückwirkung ist, daß auch in der Seele des Aufstrebenden jede Regung sich unbewußt nach dem Geschmack der Vielen, und nicht nach dem der Besten richtet. Wo der Geist der Initiative alle gleichmäßig ergreift, da wird kein wahrhaft großes Individuum geduldet; der große Fortschritt muß da Gesamtwirkung sein, die besten Kräfte werden da tyrannisch von der Masse verbraucht: es ist kein Zufall, daß Amerika noch kein eigentliches Weltgenie zur Entwicklung gebracht hat. Es ist nur die Kehrseite des nicht minder gewissen Tatbestandes, daß, wenn in irgend einer Neu-Englandstadt eine Frage zur öffentlichen Diskussion steht, die Zahl derer, die einen lebhaften, ernsthaften, geschulten und intelligenten Anteil an der Diskussion nehmen, im Verhältnis zur Einwohnerzahl größer sein wird als in irgend einem Winkel Europas.

Das führt uns zu einer zweiten Wirkungsart des Selbstbestimmungsgedankens. Nicht nur Initiative und Selbstvertrauen sind gesteigert, sondern vor allem auch das Bewußtsein der eignen Pflichten. Wer da ernsthaft will, daß der Regierte zugleich der Regierende ist, kann die Verantwortung auf keinen andern abschieben und muß sich selber bemühen, vor allem sich selber Schranken auferlegen. Hat der Klub oder die Gemeinde, das Dorf oder die Stadt, der Staat oder das Reich eine Aufgabe vor sich, so wartet der Amerikaner auf keine hohe Obrigkeit, die für ihn denkt, denn er selbst ist die Obrigkeit, seine Wahlstimme entscheidet über jeden, der in der Angelegenheit mitzusprechen hat; das Resultat ist, daß er durch das ganze System zu einer ernsten, sachlichen, keine Mühe scheuenden Einarbeitung in die Fragen genötigt wird.

Das ist nicht die oberflächliche Bierbankpolitik verantwortlichkeitsloser Jasager oder Neinsager. Minister Long sagte kürzlich, daß, wenn das Ministerium in Washington bei der Beratung sei, jeder Einzelne sicherlich sehr viel mehr von den Verhältnissen wisse als dem Durchschnittsbürger

zugänglich sei, daß aber, wenn irgendwo im nördlichen Maine in irgend einer Kleinstadt ein Dutzend Bürger beisammen ist und unter dem Einfluß ihrer Newyorker und Bostoner Zeitungen die Lage besprechen, gerade so viel Intelligenz und Erfassung der springenden Punkte zutage tritt als bei irgend einer Kabinettsbesprechung. Das sollte kein Spott über die Ministerkollegen sein, sondern die offne Anerkennung für einen Zug des amerikanischen Lebens, der jeden Fremden stetig überrascht. Man muß sich der Debatten entsinnen, die der letzten und viel mehr noch der vorletzten Präsidentenwahl vorangingen. Die Silberfrage stand auf der Tagesordnung, und Hunderttausende hörten Abend für Abend finanztechnische Erörterungen, die kein deutscher Redner wagen würde vor eine Volksversammlung zu bringen. Stundenlange Vorträge über die schwierigsten nationalökonomischen Punkte der Währungsfrage wurden in Riesenauditorien mit gespanntester Aufmerksamkeit verfolgt. Und diesem intellektuellen Ernst entspricht das Verantwortlichkeitsgefühl im persönlichen Verhalten. Der Deutsche ist stets überrascht, wie musterhaft sich die amerikanische Masse benimmt, wie die größten Menschenmengen bei öffentlichen Anlässen ohne jede fühlbare Polizeieinwirkung sich selber leiten, wie die Verkehrsgesellschaften fast ohne jede Kontrolle auskommen, vertrauend, daß jedermann seine Pflicht tut, ja, wie überhaupt das ganze Zusammenleben in einer Weise auf wechselseitigem Vertrauen aufgebaut ist, wie es kein europäisches Land kennt. Dieses Gefühl, daß Regierende und Regierte ein und dasselbe sind, durchdringt die gesamten Verhältnisse, und die Folgen werden weit über das politische Gebiet hinaus empfunden. Es macht vor allem auch in der sozialen Sphäre die niedern Klassen frei; sie ordnen sich willig der Disziplin unter, weil sie sich gleichzeitig als Herren empfinden, und ihre Mündigkeit wirkt als zuverlässigstes Mittel zur Ordnung.

Lehrer, die an deutschen und amerikanischen Schulen unterrichten, haben oft versichert, daß in gleicher Weise schon beim Schuljungen eine Verschiedenheit des Verhaltens

bemerkbar sei. Der deutsche Schüler, behaupten sie, fühlt sich im Gegensatz zum Lehrer und bildet mit den Klassengenossen gewissermaßen eine Partei gegen den Lehrer; der amerikanische Schuljunge kennt keinen Gegensatz zwischen Regierung und Regierten. Er fühlt sich ebensosehr als ein notwendiger Teil der Schule, wie es der Lehrer ist, sie arbeiten zusammen, nicht gegeneinander, und der Appell an das Ehrgefühl ist ausreichend, wo in Deutschland der Appell an das Furchtgefühl hinzukommen muß.

Aber auch hier muß nun das Vortreffliche ins Unverzeihliche umschlagen; wo das Bewußtsein der Identität zwischen politischer Autorität und Untertan so lebhaft den Einzelnen erfüllt, da wird es schwer halten, das Gefühl des Respekts für irgend ein Individuum einwurzeln zu lassen. Das Gefühl der Gleichheit wird sich auch da vordrängen, wo die Natur nicht Gleichheit gewollt hat, vor allem zwischen der Jugend und dem Alter. Eine gewisse Respektlosigkeit wird sich in der Familie ausbilden und wird ungestraft bleiben, weil sie oberflächlich dem politischen System des Landes zu entsprechen scheint; die Eltern werden es selbst zur Theorie erheben, daß Kinder gebeten und überredet werden müssen, und daß es falsch sei, sie zu zwingen oder zu strafen, und daß die Schule im selben Geiste vorgehn müsse. Und so wird eine Jugend aufwachsen, die niemals die Segnungen eines äußern Zwanges, einer strafenden Zucht empfunden und erlebt hat.

Wir haben bisher nur von denjenigen seelischen Momenten gesprochen, die sich aus dem Geist der Selbstbestimmung in bezug auf das eigne Können, die eignen Rechte und die eignen Pflichten ergeben; sie sind unlösbar mit andern Regungen verbunden, die sich auf die Rechte und Ansprüche der andern beziehen. Nur die Hauptpunkte seien markiert.

Tief wie das Bewußtsein der eignen Rechte ist jedem Amerikaner vor allem das Gefühl eingewurzelt, daß auch der Nachbar in seinen Rechten nicht beeinträchtigt werden darf, daß auch er freie Bahn für seine Entwicklung

und seinen Interessenkampf haben muß, daß auch er seine eignen Angelegenheiten allein besorgen darf, daß in den gemeinsamen Angelegenheiten sein Einfluß und seine Stimme genau so viel gelten müsse wie die eigne, und daß schließlich auch der andre zunächst als ebenso pflichtbewußt und pflichtgetreu zu gelten habe als er selbst. Das alles nimmt natürlich im praktischen Leben die verschiedensten Formen an. Es beginnt mit der absoluten Unterordnung unter die Majorität. Die Abstimmungsdisziplin der Amerikaner ist geradezu bewundernswert; hat die Mehrheit ordnungsmäßig gesprochen, so gibt es kein Murren und Zanken mehr, es mag beim flüchtigsten Spiel der Knaben oder beim gewaltigsten Kampfe der Männer sein. Die Selbstzucht und gute Laune, mit der die unterliegende Minderheit sofort zur gemeinsamen Mitarbeit bereit ist, gehört zu den direktesten Wirkungen des amerikanischen Systems und zu den besten Zügen des amerikanischen Charakters.

Es reiht sich enge jener andre Zug an, der dem amerikanischen Leben so viel innere Vornehmheit verleiht: das unbedingte Verlangen nach gleichen Kampfbedingungen für beide Seiten im Wettstreit. Das Einstehn für „fair play" beherrscht das ganze amerikanische Volk und modelt die öffentliche Meinung in den größten wie in den kleinsten öffentlichen Fragen.

Nahe damit verwandt schließlich ist der Glaube an das selbstbewußte Ehrgefühl der andern. Der Amerikaner begreift gar nicht, wie die Deutschen so häufig ihre Versicherungen durch ein Ehrenwort bekräftigen, als wenn zunächst ihrem Wort mißtraut werden müßte, und amerikanische Kinder sind oft verwundert, wenn sie sehn, wie europäische Kinder sich beim Spiel zanken und die andern verdächtigen; auch bei den kleinsten Jungen ist das bloße Wort über jeden Zweifel der Mitspielenden erhaben: das amerikanische System wartet mit seinem Einfluß niemals, bis die Jahre des Wahlrechts kommen; schon in der Kinderstube ist es emsig bei der Arbeit.

Daß aber auch hier nun wieder der Schatten mit dem

Lichte gegeben ist, verkennt der verständige Amerikaner heute selbst nicht. Daß ein Mehrheitsvotum nur eine äußerliche und keine innere Lösung der Probleme ist, ist auch dem Amerikaner nicht unbekannt, und daß der Mehrheitsglaube geradezu zum Widersinn wird, wenn es gilt, theoretische Fragen zu beantworten, das fühlt er doch häufiger als er es zu gestehn wagt; es ist ein System, das ihn zwingt, überall, wo ein Genie nötig wäre, statt dessen ein Komitee einzusetzen und sich der Mehrheit der Komiteemitglieder zu fügen.

Selbst die Theorie vom freien Spielraum der andern hat seine offenkundigen Gefahren, die hier wie überall aus der Übertreibung des Prinzips, aus der Maßlosigkeit des Gefühls entspringen. Die Anerkennung des fremden Rechts wird zunächst zur Sympathie mit dem Schwächern, die an sich schon oft genug nicht gerechtfertigt ist, und artet dann leicht zur Sentimentalität, nicht selten beinahe Hysterie aus, ein Wesenszug der öffentlichen Meinung, der in seltsamem Kontrast zur strotzenden Kraft des Landes steht. Schlimmer aber ist eine andre Folgeerscheinung. Wer sich überängstlich hütet, in die Rechte des andern einzugreifen, wird leicht dahin kommen, den andern tun zu lassen, was er will, die Augen zuzudrücken, wenn er Unrecht tut, und so öffentliche Verhältnisse schaffen, welche den Ehrlosen, der sich bereichern will, geradezu anlocken.

Von jeher galt ja, besonders in den Augen deutscher Beurteiler, als der schlimmste Schandfleck des amerikanischen Lebens, daß die Verwaltung, besonders die Stadtverwaltung, von Korruption besudelt sei. Die Tatsachen selbst beschäftigen uns hier noch nicht; nur darauf muß schon hier hingewiesen werden, daß der Vergleich etwa mit deutschen Zuständen völlig in die Irre führt, sobald Schlüsse in bezug auf den moralischen Charakter des Amerikaners gewonnen werden sollen. Ehrlose, die sich skrupellos bereichern wollen, gibt es überall; die Bedingungen, unter denen das deutsche Berufsbeamtentum sich ausbildet und ergänzt, machen es fast unmöglich, daß jener Menschenschlag dunkler Ehren-

männer da seinen Einlaß findet, und wenn ein deutscher Beamter auf unsaubern Wegen entdeckt würde, so wäre es in der Tat eine Schmach für die Seele des Volkes.

In Amerika liegen die Verhältnisse beinahe umgekehrt. Die Bedingungen, unter denen die niedern Beamten, besonders in der Stadtverwaltung, unter dem amerikanischen System in ihre Stellungen gelangen, die mannigfaltigen Möglichkeiten, in solchen Stellungen sich ungesetzlich und dennoch in ungreifbarer Weise zu bereichern, während die gesetzlichen Einnahmen und vor allem die sozialen Ehren der Stellung unverhältnismäßig klein sind, alles das muß die bessern Elemente abstoßen und die zweifelhaften Elemente anziehn. Die Anklage gegen den Amerikaner sollte daher nicht dahin formuliert werden, daß seine Beamten sich ungesetzlich bereichern, sondern dahin, daß er es Leuten, die sich ungesetzlich bereichern wollen, möglich macht, hier und da in Beamtenstellungen einzudringen. Gewiß ist auch das ein schwerer Vorwurf, aber die Anklage lautet jetzt nicht mehr auf ein verächtliches Verbrechen, sondern nur auf unentschuldbare Leichtfertigkeit, und diese wiederum rührt nicht zum geringsten Teil von jener übertriebenen Nachsicht gegen den andern her, jenem Nationalfehler, der so nahe an eine demokratische Grundtugend angrenzt. Daß überdies die ganze Nation ernsthaft an der Überwindung der Mißstände arbeitet und mit Erfolg arbeitet, kann keiner verkennen. Man darf den Maßstab nur nicht in den Denunziationen einer zügellosen Presse suchen, die jeden ungeprüften Verdacht zum Tummelplatz sensationeller Anklagen macht. Wer in den letzten Jahren die Protokolle einwandsfreier gerichtlicher Untersuchungen mit den zuvor in den Blättern erhobenen Anklagen verglichen hat, der muß dem Lärm sehr skeptisch gegenüberstehn; selbst die Stadtverwaltungen sind unendlich besser als ihr Ruf.

Der kürzeste Weg, alle Übel zu beseitigen, die Verbarrikadierung des Beamtentums gegen die Einflüsse der Massen und der Parteien, steht natürlich nicht offen, wenn

nicht die wertvollsten Güter der Selbstbestimmung gefährdet werden sollen. Der Amerikaner fühlt sich dabei auch deshalb beruhigt, weil er weiß, daß gerade diese unmittelbare Einwirkung des ganzen Volkes zugleich der zuverlässigste Weg ist, die Mißstände von der Wurzel aus zu beseitigen, wenn sie wirklich bedrohlich werden. Er hat zu lange Nachsicht und Geduld; ist die Geduld aber erst einmal am Ende angelangt, so gibt ihm gerade sein System die stärksten Mittel an die Hand, die Verwaltung von heute radikal zu zerstören und morgen eine ganz neue einzusetzen, und wenn es irgendwo zu arg getrieben wurde, so ist noch immer eine „Erziehungscampagne" zur rechten Zeit eingetreten. James Bryce, der gründlichste europäische Kenner amerikanischen Parteilebens, faßt sein Urteil dahin zusammen: „Die große Masse der Zivilbeamten des amerikanischen Reichs steht in bezug auf Unbestechlichkeit auf demselben hohen Niveau wie die englischen und deutschen" — der Amerikaner würde nur noch hinzufügen, daß sie den europäischen Kollegen an Gutmütigkeit, Liebenswürdigkeit und Hilfsbereitschaft überlegen sind.

Die Situation kompliziert sich aber noch durch eine andre Tendenz, die ebenfalls den Kampf gegen den Mißbrauch der Politik für selbstische Zwecke erschwert. Der Geist der Selbstbestimmung führt zu individualistischer Philosophie. Die Rechte der einzelnen Individuen bilden den eigentlichen Sinn des ganzen Gemeinwesens, und jede Handlung muß ihren eigentlichen Wert aus ihrer Bedeutung für einzelne Individuen ableiten. Auch der Staat ist somit eine Anzahl einzelner Menschen und das Gesetz eine Verpflichtung zwischen ungezählten einzelnen Individuen. Die Ehre des Staates, die Majestät des Gesetzes bezieht sich daher nicht auf einen über dem Individuum stehenden Gesamtwillen von besonderer Art; das dünkt dem Individualisten eine leere Abstraktion: Staat und Gesetz leben nur in den Rechten und Pflichten der einzelnen Träger. Aus solcher mehr oder weniger bewußten Auffassung des öffentlichen Lebens müssen sich wiederum Vorteile und Gefahren ergeben. Die Vorteile

sind klar: das „Vernunft wird Unsinn, Wohltat Plage" ist hier nicht mehr denkbar, die Abstraktion wird dauernd an den lebendigen Interessen der Individuen geprüft und jede Sinnwidrigkeit, jede offenbare Ungerechtigkeit wird sich beseitigen lassen, denn über dem Allgemeinen steht die Totalität der Einzelnen, durch die und für die Staat und Gesetz gemacht sind.

Aber die Nachteile folgen unmittelbar: existieren Staat und Gesetz nur durch die wechselseitige Bindung von Einzelwesen, so wird das Gefühl des Gebundenseins desto lebhafter, je mehr die konkreten, einzelnen, aufzeigbaren Individuen in Frage sind, und desto blasser, je mehr die Verbindlichkeit sich auf eine unbekannte, ungreifbare Vielheit von Individuen bezieht. Das Rechtsgefühl wird daher seinen Höhepunkt dort erreichen, wo eine Verpflichtung gegen einen einzelnen, etwa ein Vertrag, vorliegt und sein psychisches Minimum dort finden, wo die Verpflichtung sich auf den Staat bezieht.

In keinem Volke Europas durchdringt das individuelle Rechtsbewußtsein so alle Schichten der Bevölkerung, und die Tendenz, Verpflichtungen rechtlicher Art gegen Staat und Stadt zu leicht zu nehmen, steht damit durchaus nicht im Widerspruch. Männer, die im Interesse ihrer Korporation die Berufspolitiker der Legislatur durch zweifelhafte Mittel zu beeinflussen versuchen, bekunden im Privatleben das starrste und strengste Rechtsbewußtsein, und mancher, dem alle Witwen und Waisen seiner Stadt ihre ganze Habe ungeprüft anvertrauen mögen, mag bei der Selbsteinschätzung auf dem Steuerbogen der Stadt die Wahrheit beugen.

Ein paralleler Fall findet sich in der Sphäre des Strafrechts. Vielleicht noch mehr als die Sünden der Stadtverwaltung haben die Verbrechen des Lynchgerichts das Verdammungsurteil der zivilisierten Welt herausgefordert; Korruption und Lynchjustiz gelten als die beiden Schandflecke der Nation, und immer wieder wird von den Fernstehenden ein vernichtendes Urteil über das Rechtsbewußtsein des Amerikaners daraus abgeleitet. Wir lehnten diesen

Schluß bezüglich der Korruption ab, bezüglich der Lynchjustiz irrt er vielleicht noch weiter von der Wahrheit ab.

Zu entschuldigen gibt es da natürlich gar nichts; das Verbrechen bleibt ein Verbrechen; das Interesse des Sozialpsychologen bezieht sich nur darauf, in welche Rubrik die Tat einzureihen ist.

Nun zeigt die ganze Entwicklung der Lynchjustiz, daß es sich durchaus nicht um die Gewaltakte von Männern ohne Rechtsgefühl handelt, sondern um eine wahnwitzige Übertreibung dessen, was wir als individualistische Rechtsauffassung bezeichneten. Der typische Fall ist bekanntlich der, daß in den Südstaaten mit dichter Negerbevölkerung weiße Frauen tierischer Negergier zum Opfer fallen und daß weiße Männer dann, überzeugt, daß der Verbrecher unter dem Schutz seiner Rassegenossen nicht zur vollen Strafe verurteilt wird, oder daß selbst die normale Bestrafung nicht ausreicht, um andre abzuschrecken, den Schuldigen der Justiz entreißen und nach formlosem Volksgericht aufhängen. Aber das sind nicht Männer, deren ehrlose Mordlust sich ein Opfer sucht. Man muß die Schilderungen lesen, wie sie oft, wenn das scheußliche Verbrechen aufs scheußlichste gesühnt, fast feierlich still einander die Hand reichen, als wenn sie eine ernste, heilige Bürgerpflicht erfüllt, und dann sich in Ruhe und Ordnung trennen. Das sind Männer, die mit individualistischer Weltanschauung empfinden, daß das Recht nicht etwas sei, was über ihnen steht, sondern etwas, was sie selbst in freier Selbstbestimmung sich gegeben und das sie deshalb aufheben und mißachten dürfen, ja müssen, sobald die Bedingungen wegfallen, die ihnen notwendig scheinen. Daß solche Eigenmacht in allen zivilisierteren Staaten der Nation und auch unter den bessern Elementen der Südstaaten mit Abscheu verurteilt und verwünscht wird, ist selbstverständlich, und daß der Lyncher offiziell als Mörder gilt, ist notwendig; psychologisch aber darf seine Tat sicherlich nicht auf mangelhaftes Rechtsbewußtsein zurückgeführt werden. Die Grundlage des Rechtsbewußtseins, der Abscheu gegen die Verletzung des individuellen Rechtes

und der Glaube an die Zusammengehörigkeit von Schuld und Sühne ist nur zu lebhaft und zu ungezügelt in seiner Seele.

Wir verweilten bei diesen zwei Auswüchsen des individuellen Rechtsgefühls, weil sie immer wieder benutzt werden, das wahre Bild des amerikanischen Charakters zu verzerren. Psychologisch richtig verstanden, lösen sich die Erscheinungen in häßliche Vorkommnisse auf, die mit dem Rechts- und Ehrgefühl im Nationalcharakter wenig zu tun haben; sie ergeben sich als bedauerliche Begleiterscheinungen des übertriebenen Individualismus, der selbst wieder organisch aus dem Geist der Selbstbestimmungslehre hervorwächst. Jeder Amerikaner weiß, daß der Kampf gegen diese Schäden zu den heiligsten Aufgaben des Landes gehört, aber der Außenstehende soll sich nur darüber nicht täuschen, daß auch jetzt schon, obgleich noch jedes Jahr so und so viele Schwarze aufgeknüpft werden, und noch jedes Jahr die Politiker in Philadelphia und Chicago sich in gesetzlich ungreifbarer Weise die Taschen füllen, der Amerikaner dennoch durch und durch von Rechtsbewußtsein getragen wird. Er ist nicht umsonst in die Schule des Selbstbestimmungssystems gegangen, und der Deutsche, der den Geist des öffentlichen Lebens in Amerika nach dem Korruptions- und Lynchklatsch der Zeitungen beurteilt, steht auf gleichem Boden mit dem Amerikaner, der, wie es nicht selten vorkommt, den Geist des deutschen Heeres nach den sozialdemokratischen Reden über Soldatenmißhandlungen oder nach Skandalprozessen aus kleinen Grenzgarnisonen beurteilt.

Zum Schlusse nur noch einen einzigen Zug, der für jedes sich selbst bestimmende Gemeinwesen charakteristisch ist und der, durch das amerikanische System dem einzelnen beigebracht, nun seinerseits wieder viel dazu beigetragen hat, das System auszubilden. Der Amerikaner besitzt eine überraschende Gabe der schnellen Organisation. So wie seine größten Talente in erster Linie Organisationstalente sind, so hat jeder einzelne einen sichern Instinkt, sich am rechten Platz einer Organisation einzuordnen.

Das gilt im kleinsten wie im größten. Bei jeder zufälligen Gelegenheit, bei einer gemeinsamen Arbeit, bei einem Unglücksfall, einem Auflauf kann man es deutlich wahrnehmen. Man beachte nur, wie schnell und sicher etwa vor einem Schalter die Schlangenlinien des Publikums sich bilden und weiterschieben. Dieser sichere organisierende Instinkt, der den Geist der Initiative so prächtig ergänzt, ein Instinkt, der dem Deutschen so arg fehlt und nur äußerlich durch stramme Disziplin ersetzt werden kann, ein Instinkt, der den amerikanischen Arbeiter so hoch über den europäischen erhebt, hat nun seine vollste Wirksamkeit in der politischen Sphäre. Das ist der Instinkt, der die Parteien aufbaut, die Parlamente wirksam macht, dem ganzen Staatsleben die feste innere Disziplin gibt und den Selbstbestimmungsgeist zum stärksten Ausdruck bringt. Aber wir sahen, daß keine Tugend des Selbstbestimmungssystems ganz ohne Fehler ist. Auch der Organisationsinstinkt hat seine Gefahren; er schafft die Parteien, aber die Partei kann zur Maschine, der Parteiführer zum „Boß" werden — und damit stehen wir schon mitten im Kreis der politischen Institutionen, die uns nun im einzelnen beschäftigen sollen.

Zweites Kapitel.

Die Parteien.

Den weithin sichtbaren Höhepunkt der öffentlichen Institutionen bildet das Präsidentenamt; es scheint naturgemäß, dorthin den Blick zuerst zu lenken. An der Spitze der Union stehen aber drei einander nebengeordnete Faktoren: die Legislative und das oberste Gericht stehen gleichberechtigt neben der Exekutive. Es wäre also am einfachsten, wenn wir vom Präsidenten und seinem Kabinett zum Kongreß und zur Justiz übergingen. Wir könnten aber mit nicht geringerem Recht auch eine ganz andre Richtung einschlagen. Der Präsident steht an der Spitze des Staatenbundes: die ganze

architektonische Schönheit der amerikanischen Verwaltung beruht nun darauf, daß die Verhältnisse des Ganzen in jedem seiner Teile und die des Teiles wieder in jedem Teil des Teiles sich wiederholen. Das Regierungsgefüge, das sich über dem Staatenbund aufbaut, erhebt sich im verkleinerten Maßstab über jedem einzelnen der fünfundvierzig Staaten und in jedem Staate wieder über jedem einzelnen Bezirk. Der Gouverneur des Staates hat im engern Kreise die Funktionen des Präsidenten und so im engsten Kreise der Mayor jeder Stadt; die Legislaturen, die zur Seite stehn, das Wahlverfahren, die Justiz, alles wiederholt sich im verkleinerten Maßstab. Wir könnten somit leicht vom großen Präsidenten zu den vielen kleineren Präsidenten an der Spitze der Staaten und schließlich zu den Miniaturpräsidenten im Stadtbezirk vorwärtsschreiten.

Der wichtigste Zusammenhang wäre aber auch damit noch nicht berührt. Man mag den Präsidenten ohne Rücksicht auf die Leiter der Einzelstaaten oder selbst auf den Kongreß verstehn, aber nicht ohne Rücksicht auf die Parteien. Die Partei wählt den Kandidaten aus, die Partei erwählt ihn zu seinem Amte und die Partei erwartet Parteiunterstützung und Parteipolitik von dem Präsidenten im Amte. Das alles gilt überdies auch vom Kongreß und von der Staatspolitik in gleicher Weise; auch dort ist das Parteiwesen der natürliche Hintergrund, auf den alles und jedes bezogen werden muß, und jede Darstellung, die wie die Verfassungsurkunde vom Präsidenten, dem Kongreß und dem Gerichtshof spricht, ohne die Parteien zu erwähnen, entbehrt heute der anschaulichen Wirklichkeit und der historischen Perspektive. Wir werden daher keine Loslösung dieser Art versuchen und vor der offiziellen Regierung die inoffizielle Parteigestaltung beschreiben; sie ergänzen sich, sie weisen aufeinander hin, sie geben einander Sinn und Bedeutung. Auf dem Hintergrunde des Parteilebens können wir dann Präsident und Kongreß und Justiz, Bund, Staat und Staatspolitik leichter begreifen.

Müssen wir uns doch klar bleiben, daß wir ohnehin mit

künstlichen Abstraktionen arbeiten, wenn wir auch nur irgend einen dieser Faktoren von den übrigen trennen; die Beschreibung muß da fortwährend Beziehungen vernachlässigen und Fäden, die hinüber- und herüberführen, zerschneiden. So zeigt jede Seite der amerikanischen Präsidentengeschichte den tatsächlichen Zusammenhang mit all den andern Faktoren. Der Präsident mag wie Mac Kinley mit der Partei oder wie sein Vorgänger Cleveland gegen die Partei arbeiten, stets bleibt es unnatürlich, sein Wirken ohne Rücksicht auf die Parteipolitiker zu schildern. Kein Vertrag, ja keine Ernennung des Präsidenten ist gültig ohne die Zustimmung des Senats, und jedem Gesetz des Kongresses kann der Präsident sein Veto entgegenstellen. Selbst der Oberste Gerichtshof ist kaum vom Präsidenten zu trennen; wenn die Finanzpolitik der Clevelandschen Ära in einem Einkommensteuergesetz gipfelt, das der Oberste Gerichtshof für verfassungswidrig erklärt und somit aufhebt; oder wenn Mac Kinleys Kolonialpolitik durch die Entscheidung des Obersten Gerichtshofs triumphiert, so liegt der Zusammenhang auf der Oberfläche.

In nicht geringerem Maße hängt nun aber auch die Parteipolitik in Staat und Stadt durchaus mit der Bundesregierung und dem Präsidentenamte zusammen. Auch hier laufen die Fäden in beiden Richtungen. Die lokale Politik bereitet für die nationale vor und die nationale Politik beherrscht die lokale. Ein Mann wie Cleveland hatte überhaupt nie eine Rolle in der nationalen Politik gespielt, bis er das Haupt der Nation wurde. In der Stadtverwaltung als Bürgermeister von Buffalo hatte er das Augenmerk des ganzen Staates Newyork so auf sich gelenkt, daß er Gouverneur vom Staate Newyork wurde, und in der lokalen Staatspolitik als Gouverneur hatte er das Vertrauen der Partei so voll gewonnen, daß er zum Kandidaten für das höchste nationale Amt erwählt wurde und siegte. Mac Kinley dagegen war zwar auch Staatsgouverneur von Ohio, das Vertrauen der Partei aber hatte er sich in seiner langen Kongreßtätigkeit erworben.

Wie für den Präsidenten mag es aber für jede nationale Stellung, für jeden Senatoren- und Repräsentantenposten gelten, daß die lokale Politik die natürliche Hinführung zur nationalen ist. Und umgekehrt spielen nun die großen Bundesprobleme mit entscheidendem Einfluß in die gesamte Staatenpolitik hinein, in der sie praktisch nie entschieden, ja kaum berührt werden können. Die Gegensätze der Unionspolitik beherrschen die kleinste Staatslegislatur, ja selbst die städtischen Wahlen. So sinnlos es scheinen mag, tatsächlich sind es die großen nationalen Probleme der Expansion, des Schutzzolls, der Goldwährung und ähnlicher Fragen, nach denen die Geister sich scheiden, wenn es zur Entscheidung kommt, wer in Krähwinkel über die Straßenreinigung, die Polizei und die Beleuchtung herrschen soll. Es handelt sich also nirgends um ein mechanisches Nebeneinanderstehn der verschiedenen Glieder, sondern um eine organische Zusammengehörigkeit, und jeder einzelne Teil der Union ist sowohl von der einheitlichen Bundesregierung wie von dem einheitlichen Parteileben durchdrungen.

Wer die üblichen Vergleiche politischer Organisationen mit einem körperlichen Organismus liebt, kann hier besser als in andern Ländern die Anhaltspunkte für den Vergleich gewinnen. Die Bundesregierung gleicht dem Nervensystem und das Parteiwesen dem Blutgefäßsystem, die beide auch den kleinsten Teil des ganzen Organismus durchdringen und die Glieder in wechselseitige Beziehung setzen, während die Glieder selbst, die einzelnen Staaten, voneinander unabhängig sind wie die einzelnen Muskelgruppen des Körpers. In solchem sozialen Nervensystem spielt der Präsident die Rolle des Großhirns, der Senat die des Mittelhirns, das Repräsentantenhaus die des Rückenmarks, der Oberste Gerichtshof die des Kleinhirns und die hunderttausend Beamten die Rolle des peripheren Nervensystems. In der Blutzirkulation des Parteilebens aber würde die herrschende Partei das arterielle System, die Oppositionspartei den venösen Blutstrom darstellen, — beide gleichermaßen notwendig, beide gleichermaßen in jedem Gliedteil vertreten,

beide notwendig für das Funktionieren des Nervensystems.

Parteien gibt es im politischen Leben jedes Landes; die amerikanischen Parteien sind aber doch von allen übrigen wesentlich verschieden. Selbst mit der englischen Politik, deren Zweiparteiensystem ihr am nächsten zu kommen scheint, besteht doch nur eine äußere Ähnlichkeit, während die Vergleichbarkeit für wesentliche Punkte versagt. Auch beim Vergleich zwischen Amerika und Deutschland ist es nicht die Vielfältigkeit der deutschen Parteien, welche den charakteristischsten Unterschied bietet. Für den Deutschen ist die Partei im engern Sinne eine Gruppe von Parlamentariern, und im weitern Sinne diese Parlamentarier zusammen mit der ungegliederten Masse ihrer Wähler. Die Partei hat ihre konkrete Wirklichkeit gewissermaßen nur in der Ausübung des Wahlrechts und in der parlamentarischen Vertretung gewisser Prinzipien. Natürlich steht auch in Deutschland zwischen der Fraktion im Reichstag und der breiten unbegrenzten Wählermasse eine gewisse Organisation. Parteivorstände, die mehr oder weniger mit der Fraktion identisch sind, Zentralkomitees und lokale Vorstände, Bezirksvereine und Parteiversammlungen sind notwendig, um die Formalitäten vorzubereiten und um die Wähler aufzurütteln; niemand aber träumt da von einem Heere von Berufspolitikern, die nicht Parlamentarier sind, von Parteiführern, die größer sind als die Volksvertreter, von Organisationen, die mächtiger sind als die Fraktionen, von Parteien, die stärker sind als das Volk. Die amerikanische Partei ist in erster Linie eine festgefügte Organisation mit ungeheurem Apparat und strammster Zucht; ihre Vertretung im Parlament ist nur eine ihrer vielen Aufgaben.

Das alles ist kein Zufall. Man muß sich nur ein paar notwendige Faktoren des amerikanischen Parteilebens vergegenwärtigen, um die unvergleichliche Maschinerie der Parteien und ihre unüberwindliche Kraft und Macht zu verstehn. Obenan steht natürlich die weite Ausdehnung des Gebiets, in dem der Stimmzettel des Bürgers direkt oder indirekt

entscheidet. Würde es sich nur wie in Deutschland um Parlamentswahlen handeln, so wäre die Parteiorganisation niemals geworden, was sie ist. Zu den Kongreßwahlen und den Wahlen für die staatliche Legislatur und die Distriktvertretung kommt aber die direkte Wahl des Präsidenten und Vizepräsidenten, des Staatsgouverneurs, der obersten Staatsbeamten, der Appellationsrichter, der obersten Staatsanwälte, des Bürgermeisters und der obern städtischen Beamten und vieler andrer. Dabei fällt nun aber immer die ganze Verantwortung auf das wählende Volk, da der Geist der Selbstbestimmung fordert, daß für den staatlichen Beamten nur die Staatsbevölkerung, für den städtischen nur die Stadtbevölkerung die Verantwortung trägt. Der Gouverneur wird nicht wie ein Oberpräsident von der allgemeinen Landesregierung eingesetzt und ein Bürgermeister wird nicht von oben her bestätigt: der Wähler kann von keiner Seite aus politisch entlastet werden; sein Votum allein entscheidet. Mit all diesen direkten Wahlen ist aber doch nur erst ein Teil der Wirkungssphäre bezeichnet. Fast jeder der Erwählten hat seinerseits wieder weitere Wahlen und Ernennungen zu vollziehn. Die Mitglieder der Staatslegislaturen erwählen die Senatoren für den Bundessenat, die Gouverneure und Bürgermeister ernennen Beamte, vor allem aber hat der Präsident die Ämter vom Botschafter und Minister bis zum Dorfposthalter und dem Leuchtturmwächter zu vergeben, und damit öffnet sich ein neues weites Feld, Vertreter der Parteiprinzipien an einflußreiche Stellen zu bringen. Die Funktion des Urwählers gewinnt so eine Tragweite, die mit der Wirkung deutscher Wahlen unvergleichbar ist.

Aber auch damit ist die politische, vom Parteigeist erfüllte Aufgabe des amerikanischen Bürgers noch lange nicht erschöpft. Der Geist der Selbstbestimmung verlangt die Durchführung eines Prinzips, das dem deutschen Politiker unbekannt ist: die Auswahl und Aufstellung eines Wahlkandidaten muß ebenso durch den Urwähler erfolgen wie die Wahl selbst und muß ebenso durch regelmäßige parlamentarische Verhandlungen und strenge Majoritätsent-

scheidungen gewonnen werden. Da gibt es theoretisch keine Zentralvorstände, die gemütlich die Rollen verteilen, ohne sich um die Wählermassen zu kümmern, und keine Komitees, die dem Bürger die Mühe abnehmen, und wenn innerhalb der Parteien Gegensätze auftauchen, so können nicht mehrere Kandidaten derselben Partei um die Gunst der Wähler werben: so wie nur ein Präsident im Lande, nur ein Gouverneur im Staate, nur ein Bürgermeister in der Stadt schließlich erwählt sein kann, so kann auch nur ein offizieller Parteikandidat für ein bestimmtes Amt aus den Abstimmungen für die Kandidatenernennung hervorgehn. So viel Wahlen zu vollziehn sind, so viele Ernennungsprozesse müssen innerhalb der Partei erledigt werden. Da muß der Bürger abstimmen, um auf Grund der verschiedenen Vorschläge den Parteikandidaten fürs Bürgermeisteramt auszuwählen oder für den Posten des Staatsanwalts oder des Stadtschatzmeisters, und die Erregung und der Kampf zwischen den einzelnen Gruppen innerhalb der Partei mag dabei lebhafter sein als der schließliche Kampf zwischen den ganzen Parteien.

Für einen größern Bezirk kann solche Verhandlung und Wahl nicht mehr direkt sein. Gilt es den rechten Kandidaten der Partei etwa für das Amt des Staatsgouverneurs zu bestimmen, so können nicht alle Bürger des Staates zusammenkommen. Auch für diesen Zweck also müssen Wahlmänner erwählt werden, jeder einzige durch unangreifbare Mehrheitsentscheidung, und diese Wahlmänner müssen dann ihrerseits zusammentreten, um über den schließlichen Kandidaten abzustimmen. Und handelt es sich gar um den Präsidenten des Landes, so wird der Urwähler nur den ersten Wahlmann, der Kongreß der ersten Wahlmänner im engern Kreise dann aber wieder Wahlmänner höherer Potenz erwählen, bis schließlich diese zweifach ausgesiebten Vertreter zu einer Nationalkonvention zusammentreten, um den Präsidentschaftskandidaten für den Parteienkampf auszusuchen. Durch dieses strenge Ernennungsverfahren sind die parteipolitischen Wähleraufgaben genau verdoppelt. Sich in dieser fortlaufen-

den Kette von Wahlprozessen zurechtzufinden, wird dadurch zu einer Kunst, welcher der Durchschnittsbürger ohne Anleitung und äußere Hilfe nicht gewachsen sein kann. Nur eine feste, überallhin verzweigte Organisation, welche die Versammlungen vorbereitet und leitet und mit genau erwogenen Vorschlägen versieht, kann solch unendlich kompliziertes und dennoch unvermeidliches Verfahren im Gange halten.

Dazu kommt schließlich aber noch ein andres Moment, das dem öffentlichen Geist in Deutschland auch eigentlich fern liegt. Jegliche amerikanische Wahl muß streng lokal sein; der Kandidat muß aus der Mitte der Wähler entnommen sein. Wenn in Deutschland eine Provinzstadt etwa ihre Vertreter in den Reichstag schicken will, so empfindet die Majoritätspartei es als Grund zu besonderer Befriedigung und als Anlaß zu besonderer Siegeshoffnung, wenn die Kandidaten nicht gewöhnliche städtische Mitbürger sind, die als Propheten im eignen Vaterlande nichts gelten würden, sondern wenn große Parteilichter von irgendwoher im Reich auf den Stimmzettel kommen. Und wenn Berlin etwa einen Bürgermeister wählt, so ist man gern bereit, ihn in Breslau oder Königsberg zu suchen.

Dem Amerikaner ist das undenkbar. Der Geist der Selbstbestimmung verlangt unbedingt, daß, wenn eine politische Gruppe, es mag ein Dorf oder eine Stadt sein, irgend einen Vertreter wählt, die Bürger nicht nur selber die Wahl vollziehn und nicht nur selber den Kandidaten auswählen, sondern daß sie ihn unbedingt auch aus ihrer eignen Mitte wählen. Der Amerikaner versteht kaum, wie es anders sein kann.

Damit ist aber denn auch sofort gesagt, daß in jedem Winkel und in jedem Flecken des Reiches die Partei ihre Organisation besitzen muß; eine Zentrale, welche die Provinz freundlichst mit Kandidaten versorgt, ist ausgeschlossen. Überall muß die Parteiorganisation lebendig wirksam sein, nach dem Rechten schauen und das vorhandene Menschenmaterial vom Parteistandpunkt prüfen. Es ist einleuchtend, daß nur eine starke und kunstvoll gefügte Organi-

sation solch ungeheurer und solch vielverästelter Aufgabe gerecht werden kann. Wäre sie schwach, locker, sentimental, disziplinlos, so würde sie durch die sachlichen und persönlichen Gegensätze in ihrer Mitte zertrümmert werden; wäre sie weniger verzweigt und weniger maschinenmäßig mit unendlich zusammengesetztem Räderwerk ausgebildet, so würde trotz aller großen Prinzipien die stetige tägliche Arbeit, die Auswahl der Kandidaten, die Wahl an der Peripherie, die Vorberatung der Urwähler, die Auswahl der Vertrauensmänner, die lokale Tätigkeit in Unordnung geraten, geschwächt werden und dadurch zur Niederlage verurteilt sein. Das eigentliche Wesen der amerikanischen Partei ist daher ihre selbständige Organisation.

Mit solch unzerbrechlicher Organisierung des Parteiwesens sind notwendig zwei Schäden verbunden, die beide eigenartig sind, beide unzweifelhaft in den Vereinigten Staaten ihre Opfer fordern, beide daher auch selbst dem oberflächlichsten Beobachter und besonders dem Ausländer sofort auffallen und die bei näherer Betrachtung sich doch als sehr viel unwichtiger erweisen, als es dem Europäer scheinen mag. Eine politische Partei ist gewachsen und organisiert, um gewisse Prinzipien des öffentlichen Lebens zu vertreten, sie zu verteidigen und zu verbreiten; ist aber die Organisation als solche in unnatürlicher Weise erstarkt, so ist damit leicht die Gefahr gegeben, daß sie aufhört, nur Mittel zum Zweck zu sein, und sich zum Selbstzweck erhebt. Es wird dann die Aufgabe, die Partei zu stärken und zum Sieg zu bringen, auch wenn sie ihre Prinzipien verleugnet oder über Bord wirft. Anderseits muß eine solche Organisation eine Unsumme von Arbeit erheischen, die in irgend einer Form durch Ehren oder Einnahmen belohnt werden muß, und sie wird auf die Staatsmaschine und die Ämterbesetzung einen Einfluß ausüben, der an sich, unabhängig von allen politischen Parteiidealen, erstrebenswert scheint; das Resultat wird sein, daß jene Ehren, Löhne und Einflüsse notwendig Männer in den Parteidienst ziehn, denen wenig an den Ideen und viel an den Prämien gelegen ist. Und so kommen die beiden Übel

zusammen in die Welt: die Parteien verlieren ihre Prinzipien und in den Parteidienst drängen sich Berufspolitiker, die überhaupt keine Prinzipien zu verlieren haben. Wir müssen uns mit beiden Faktoren, den Parteiideen und den Berufspolitikern, näher beschäftigen.

Amerika hat zwei große Parteien, die heute am Ruder stehende republikanische Partei und die demokratische. Für die Präsidentenwahl kommen andre Parteien nicht ernsthaft in Frage. Für die Lokalvertretung im Kongreß kann sich eine Zeitlang eine lokale Gruppe von besonderer Parteifärbung zur Geltung bringen, wie es die kleine Populistenpartei ist; bei der Präsidentenwahl kann solch begrenztes Sondergebilde keine Aussicht auf Erfolg verlangen. Das hindert nicht, daß beliebige Fanatikergruppen wie die Bodenreformer oder die Temperenzler diese vom Standpunkt praktischer Politik ziemlich unpassende Gelegenheit wahrnehmen, einen besondern Präsidentschaftskandidaten als Zählpuppe aufzustellen. Tritt gar ein politischer Amateur, der in den offiziellen Parteien nicht Platz findet, mit ein paar Freunden hervor, um unter neuem Banner eine neue freie Partei für die Präsidentschaftswahl zu erwecken, so platzt die Seifenblase nach ein paar Tagen, und selbst wenn es Admiral Dewey ist und er als Parteibanner die Flagge wählt, unter der er die Flotte des Feindes in den Grund gebohrt, so kann er es doch nicht über einen Heiterkeitserfolg hinausbringen; für die ernsthafte Politik können nur die organisierten Parteien in Frage kommen.

Wenn aber ein paar Monate vor der Kandidatenwahl ein Kreis politisch und wirtschaftlich bedeutsamer Männer zusammentritt, um die Gründung einer dritten Partei zu diskutieren, so bleibt als praktisches Ziel auch da nur, eine kleinere Organisation zu formen, deren Unterstützung jeder der beiden Parteien erwünscht ist und so wenigstens eine, vielleicht beide großen Parteien zu wichtigen Zugeständnissen an die Prinzipien der Gruppe zu nötigen. Denn das ist der wesentliche Umstand in dem Verhältnis der Republikaner und Demokraten, daß sie sich nahezu die Wage halten und

somit auch ein geringes Zusatzgewicht auf einer Seite das Übergewicht verschaffen kann.

Bei den Wahlen der letzten Jahre sind Mac Kinley, der Republikaner, und Cleveland, der Demokrat, je zweimal vom Volk durch die Majorität der Urwähler zum Oberhaupt der Union erhoben, und niemand vermag mit Bestimmtheit vorauszusehn, ob die nächste Majorität republikanisch oder demokratisch sein wird. Bei Clevelands zweiter Wahl hatten die Demokraten 5 556 918 Stimmen, die Republikaner 5 176 108, eine Million Stimmen war für die Demonstration der Volkspartei; doch schon vier Jahre später hatte sich das Blatt wieder gewendet, der Republikaner Mac Kinley erhielt 7 106 199, der Demokrat Bryan 6 502 685 Stimmen. Das ist also klar, keine der beiden Parteien hat zu fürchten, daß eine dritte Partei ihrem Kandidaten zum Siege verhelfen kann, aber gleichzeitig darf keine von beiden siegesgewiß, nachlässig oder leichtsinnig sein, sonst ist der Sieg der andern gewiß, und jede dritte Partei wird nur dadurch gefährlich, daß sie eine Absplitterung von der Hauptpartei bedeutet und somit eine Schwächung für eine der fast balancierenden Organisationen zustande bringt.

Was wollen nun die Republikaner und was die Demokraten? Die Namen der Parteien sollen natürlich kein Programm andeuten, denn kein Republikaner will die politische Demokratie Amerikas erschüttern und kein Demokrat will die republikanische Staatsform abschaffen. Im Anfange des neunzehnten Jahrhunderts nannten die heutigen Demokraten sich „Demokratische Republikaner", und dieser längst aufgegebene Name könnte ebensogut für alle übrigen Parteien verwendet werden. Aristokratie oder Monarchie, oder vielleicht Plutokratie oder Anarchie ist noch niemals im Parteiprogramm aufgetaucht, und wie heiß auch der Kampf zwischen den Demokraten und Republikanern toben mag, das eine steht fest, daß beide Gegner tatsächlich Demokraten und Republikaner zugleich sind. Was scheidet denn nun also die beiden Lager?

Der richtige Parteipolitiker in Amerika philosophiert

nicht viel über die Parteien; es genügt ihm, daß die eine Partei diese und die andre Partei jene Stellung zu den schwebenden Fragen nehmen wird oder genommen hat, und sein ganzes Interesse wird nun von den speziellen Problemen absorbiert. An das heiklere Thema, die besondere Stellungnahme in der praktischen Einzelfrage aus den allgemeinsten Prinzipien seiner Partei logisch abzuleiten, begibt er sich nur ungern; eher noch liegt es ihm nahe, negativ zu zeigen, daß die Stellungnahme des Gegners die heiligsten Grundsätze der gegnerischen Partei verleugnet. Diejenigen, die zu philosophieren anfangen, sind gewöhnlich die Außenstehenden, die entweder Gäste im Lande oder eingeborene Kritiker der Parteien sind, Kritiker, die von den unvermeidlichen Übelständen des Parteiwesens mehr beeinflußt sind als von den Vorzügen, gleichviel ob sie über oder zwischen oder unter den Parteien stehn.

Von solchen Parteigegnern und von Ausländern hört man und liest man nun immer und immer wieder, daß die Parteien eigentlich heute überhaupt keine allgemeinen Prinzipien besitzen, daß ihre Sonderung allen tiefern politischen Sinn verloren hätte und daß sie heute nur noch in zwei äußerlichen Organisationen beständen, die zu den Problemen des Tages diejenige Stellung nehmen, mit der sie die größte Stimmenzahl zu gewinnen hoffen, um ihren Anhängern so die Früchte des Sieges zu sichern. Die heutigen Parteien, so sagt man uns, formten sich in dem Kampf der Geister, der das dritte Viertel des vergangenen Jahrhunderts im politischen Amerika beherrschte: es war der Kampf, der zu dem furchtbaren Bürgerkrieg führte, der Kampf um die Sklaverei. Die republikanische Partei war die Partei der gegen die Sklaverei eifernden Nordstaaten, die demokratische Partei war die Partei der sklavenhaltenden Südstaaten, und dieser Gegensatz behielt seinen politischen Sinn, solange, auch nach dem Kriege, die Wirkungen des Kampfes fühlbar blieben, solange es galt, den unterlegenen Süden neu dem Lande einzugliedern. Das alles ist heute aber längst überwunden. Harrison und Cleveland und Blaine und Bryan und

Mac Kinley und Roosevelt wurden zu Bannerträgern ihrer Partei, als die Kriegswunden des Landes längst vernarbt waren. Daß nun die Sklavereipartei für Freihandel und Silberwährung und Antiimperialismus eintritt und die Antisklavereipartei sich für Goldwährung, Schutzzoll und Expansion begeistert, hat mit den Prinzipien, die zur Scheidung führten, gar nichts zu tun.

Ja, es scheint sogar, als wenn sich die Prinzipien umgekehrt hätten. Die Partei, welche gegen die Sklaverei war, trat damit für die individuelle Freiheit ein; wie kommt sie plötzlich dazu, die Freiheit im Handel aufs bitterste zu bekämpfen, und wie kommen die Freunde der Sklaverei dazu, sowohl den Freihandel ins Programm zu schreiben als auch vor allem heute gegen die Unterdrückung der Philippinenbevölkerung sich so leidenschaftlich zu ereifern? Und was hat das alles mit der Währungsfrage zu tun? Es sieht aus, als wenn die Organisation zu einem Körper ohne Seele geworden ist. Sie hat durch historische Traditionen ihre Gefolgschaft und paßt sich nun bei jeder auftauchenden Frage nach Kräften den Interessen und Vorurteilen ihrer angestammten Wählerschaft an und sucht durch populäre Angriffe gegen bestehende Mißbräuche und Schäden oder durch neue Schlagworte und Pläne die andre Partei zu überwinden, aber von einem einheitlichen Prinzipiengehalt ist hier keine Rede mehr. Das unorganische Wachstum der Parteiprogramme bekundet sich schon in der Tatsache, daß die Parteien in fast jeder Frage zunächst gespalten sind und nur durch die eiserne Disziplin die Minoritätsansicht unterdrückt und die Majoritätsauffassung zur Parteiparole erhoben wird. Die Republikaner siegten unter dem Banner des Imperialismus, aber kein schärferer Antiimperialist erhob seine Stimme, als der Republikaner Hoar; die Demokraten jubelten Bryans Silberplänen zu, aber der Flügel der Golddemokraten umfaßte doch eigentlich die besten Männer der Partei.

In andern Hauptfragen wiederum wollen beide Parteien dasselbe, sobald sie einsehn, daß die Massen es wirklich wollen.

So wagt es keine Partei, für die Trusts einzutreten, wenn auch beide sich rühmen, den Trusts zu Leibe zu gehn, und beide Parteien sind wenigstens auf der Oberfläche für die Reform des Beamtenwesens. Ja, man hat oft bemerkt, daß sich die Programme der einander bekämpfenden Parteien in weiten Grenzen eigentlich gar nicht widersprechen. Die eine Partei preist, was die andre gar nicht tadelt, und nur durch das emphatische Lob im Kampfeston erscheint es, als wenn der Gegner es bestritte. Und mit derselben Wut kommt die andre Partei und greift etwas an, was die erste Partei gar nicht zu verteidigen gedachte. Das Fazit ist, daß es heute überhaupt keine Parteien, sondern nur gewaltige Wahlorganisationen gibt, die kein andres Ziel haben, als um jeden Preis für sich selbst die Macht zu sichern. Das beste, so scheint es, wäre, die veralteten Gegensätze ganz preiszugeben und unabhängige Wähler zu haben, die sich ohne Parteizwang jedesmal nach ihrer Stellungnahme zu den Hauptproblemen des Tages gruppieren.

Aber wenn so das Schlimmste gesagt ist, so stehen wir schließlich doch noch vor der bloßen Außenseite der Dinge. Jede einzelne Behauptung mag da richtig sein und das Ganze doch falsch und ungerecht, selbst wenn so mancher Parteianhänger sich bei solcher Darstellung zufrieden erklärt und zugibt, daß die Partei sich von Fall zu Fall entscheiden müsse und Prinzipienreiterei die verderblichste Politik sei. Trotz alledem bestehen solche Prinzipien, bestanden allezeit und beherrschen mit wuchtiger Kraft das gigantische Widerspiel der Parteimassen. So wie es immer Leute gab, die alle großen historischen Vorgänge in Europa auf kleinliche Hofintrigen und Liebeshändel und Fürsteneifersüchteleien zurückführten, so wird es auch in Amerika immer Besserwisser geben, die alle Parteivorgänge durchschauen und alles auf Börsenspekulationen von ein paar Bankhäusern oder auf die Privatwünsche von Zuckerkönigen oder Silberminenfürsten zurückführen. Bei dem weitgehenden menschlichen Bedürfnis für die Enthüllung von Niedrigkeiten fehlt es solchen Erklärungen niemals an gläubigem Publikum im Ausland. Es heißt,

daß es für den Kammerdiener keinen Helden gibt. Auch die Nationen haben ihre Kammerdiener und auch da liegt es nicht daran, daß die Helden keine Helden sind, sondern daran, daß die Kammerdiener nur mit den Augen eines Kammerdieners zu sehn vermögen.

Es ist wahr, daß sich die heutige Parteibildung aus den Gegensätzen des Sklavenkrieges entwickelt hat. Aber das prinzipielle Mißverständnis, durch das die Einsicht in die tiefern Zusammenhänge völlig verschlossen wird, setzt dort schon ein, sobald man die Antisklavereipartei als die Partei auffaßt, der das individuelle Schicksal der Neger, die Freiheit des Einzelnen der eigentliche Parteisporn war. Wir müssen uns an die Tatsachen der Geschichte erinnern. Die Sklavenfrage tauchte ja nicht erst 1860 auf, als die republikanische Partei gebildet wurde. Der Gegensatz zwischen der Plantagenwirtschaft des Südens, die Sklavenarbeit zu erheischen schien, und der Industrie und dem Handel des Nordens, der für Sklaven keine Verwendung hatte, bestand durch das ganze Jahrhundert und hat an sich keinen Anlaß zu politischer Parteibildung gegeben. Es war eine wirtschaftliche Frage, die mit manchen andern Faktoren dahin führte, einen weitgehenden Gegensatz zwischen den Neu-Englandstaaten und dem Süden zu erwecken und die durch moralische Bedenken des puritanischen Nordens sicherlich verschärft war; aber die frühern Parteien deckten sich durchaus nicht mit der Scheidung von Nord und Süd, und an ethischer Sympathie mit dem einzelnen Neger fehlte es auch dem Südländer sicherlich nicht. In die Politik drang die Frage erst auf Umwegen ein. Es waren die Jahrzehnte, als die ursprünglich kleine Union sich nach dem Westen zu ausdehnte und neue und neue Territorien erwarb und sie durch den Kongreß verfassungsmäßig zu Staaten erhob. Im Jahre 1819 sollte Missouri als Staat in die Union aufgenommen werden, und zum ersten Male stand der Kongreß vor dem Problem, ob Sklaverei in dem neuen Staate erlaubt sein solle; der Süden war dafür, der Norden dagegen. Man gelangte zu einem Kompromiß; der Kongreß entschied, daß Missouri zwar als Sklavenstaat zugelassen

werden soll, in allen Staaten nördlich einer bestimmten Grenzlinie die Sklaverei aber verboten sein soll. Es war damit anerkannt, daß Sklaverei oder Nichtsklaverei eine Frage ist, für die der Bundeskongreß zuständig ist. Wäre eine erhebliche Majorität des Kongresses gegen Sklaverei, so könnte sie mithin auch in allen Südstaaten vom Kongreß verboten werden, was wirtschaftlichen Ruin für sie bedeuten würde.

Das Interesse der Südstaaten, welche noch die Majorität besaßen, ging also dahin, dafür zu sorgen, daß, wenn neue Staaten künftig zur Union zugelassen werden, jedem neuen sklavenfreien Staat ein neuer Sklavenstaat entspräche, damit sie ihr Übergewicht im Kongreß bewahren. Das ging eine Zeitlang. Als es aber immer klarer wurde, daß die nächsten Staatenbildungen alle nördlich von der vereinbarten Grenzlinie liegen würden und somit eine Majorität der Sklavereigegner zu erwarten sei, da bildete sich bei den Sklavenhaltern der Südstaaten die Theorie aus, daß der Kongreß überhaupt nicht für solche Fragen zuständig sei, daß der Kongreß sich damit in die Rechte der Einzelstaaten eingedrängt, und 1857 stellte sich in einer berühmten Entscheidung der Oberste Gerichtshof auf die Seite dieser neuen Theorie. Der Kongreß, also die Regierung der Union, hatte kein Recht, die Sklaverei irgendwo zu verbieten; das müsse Sache der Einzelstaaten bleiben. Hier war der politische Streitpunkt gegeben. Jetzt sammelten sich die Kräfte, die für die Rechte der Unionsregierung gegenüber der Einzelstaatsregierung eintraten, die zentralistischen Geister gegenüber den partikularistischen. Die Gruppe der Männer, die da voraussahen, daß die ganze Union bedroht sei, wenn den einzelnen Gliedern solch weitreichende Freiheiten gewährt würden: das war die republikanische Partei. Sie erhob sich, um trotzig für die Macht und das Recht des Reichs einzustehn und nicht zu dulden, daß eine der wichtigsten sozialökonomischen Fragen der Zentralregierung entrissen und den Lokalregierungen überlassen bleibt. Es war durchaus nicht zufällig, daß gerade die Sklavereifrage den Anlaß zu dieser Gegenüberstellung bot; die politische Frage von der Macht

der Bundesregierung war aber das eigentliche Prinzip der Scheidung.

Und die zentralistische Partei siegte; unter der Führung des Mannes, der zweifellos den größten Staatsmännern des neunzehnten Jahrhunderts zugezählt werden muß: Abraham Lincoln. Seine Wahl war das Signal für die Losreißung der Sklavenstaaten. Süd-Carolina machte den Anfang, die andern folgten, im Februar 1861 traten sie als Bund der Konföderierten zusammen, die Union war zerrissen. Mit festen Worten verlangte im März Lincolns Antrittsrede, daß die Union um jeden Preis einheitlich erhalten bleiben müsse, und im April brach der Krieg aus, der nach furchtbaren Kämpfen die Abtrünnigen in den Bund zurückzwang, die Sklaverei beseitigte und die Südstaaten nach den Ideen der republikanischen Partei rekonstruierte. Die Partei der Gegner, die demokratische, war somit die Partei der zentrifugalen Kräfte, die Organisation des Partikularismus; ihr Programm war die Freiheit der Einzelstaaten und nicht etwa die Knechtung des Individuums in Sklaverei.

Werden die Gegensätze so gefaßt, so sind nicht die Republikaner die, welche für die Freiheit, und die Demokraten die, welche für Knechtung eintreten, sondern die Republikaner treten für den Zwang der Staaten unter die einheitliche Macht des Reichs, die Demokraten für die Freiheit der Staaten ein. Damit verändert sich natürlich die gesamte Perspektive, und vieles, was vorher und nachher mit der Stellung der Parteien in der Sklavenfrage fast unvereinbar erscheint, ergibt sich als ein notwendiger historischer Zusammenhang.

Werfen wir zunächst den Blick auf die vorangegangene Zeit. Von der Geburtsstunde der Republik an gab es kaum eine Spanne, in der nicht diese Zweiheit der Kräfte, diese zentralistische und diese zentrifugale Tendenz in Wirksamkeit war. Das liegt ja tief im Wesen der teutonischen Völker, daß sie zentrifugal auseinanderstreben, und doch liegt es wieder in der Natur des Kampfes um das historische Dasein, daß nur die starke, einheitliche Organisation zum Siege führt. So

ist denn dieses Gegenspiel der Funktionen auch keinem teutonischen Volke erspart geblieben. Die Entstehung der Verfassung selbst war ja nur aus diesen antagonistischen Kräften zu verstehn. Aus dem Bundestagselend, das nach der Unabhängigkeitserklärung eingesetzt hatte mit aller Zerrissenheit und äußern Schwäche, sehnte man sich heraus; man wollte die Stärke der Einheit, und doch wachte jeder Einzelstaat eifersüchtig auf seine Rechte, mißtraute dem andern und verlangte Sicherheit gegen die Übergriffe der starken Zentralgewalt.

Gerade so war die Verfassung mit ihren komplizierten Vorkehrungen für das Gleichgewicht der Kräfte entstanden. Und in Washingtons Kabinett waren beide Tendenzen sofort aufs deutlichste und zugleich aufs glänzendste vertreten. Da saß der geniale Hamilton, sein Finanzminister, der Verfasser der Verfassung, der unermüdliche Förderer des zentralistischen Gedankens, und neben ihm Jefferson, der Staatsminister, der die Bundestätigkeit am liebsten auf die äußere Politik beschränkt hätte und im übrigen meinte, daß es dem Volke desto besser ginge, je weniger regiert würde. Die Anhänger der Hamiltonschen Politik bildeten die Partei der „Föderalisten", und Jeffersons Partei waren die „demokratischen Republikaner". Die Namen haben gewechselt, die Einzelforderungen haben sich dem Wandel der Verhältnisse angepaßt, äußerlich ist die zentralistische Partei sogar zweimal ganz von der Bildfläche verschwunden, aber im Grunde war die zentralistische Partei, die Lincoln führte, immer noch die alte Föderalistenpartei, die als Organisation freilich früh, schon 1815, an ihren Fehlern starb, dann als Whigpartei etwa 1830 mit ganz denselben Tendenzen wieder auflebte, in der Mitte des Jahrhunderts sich durch Kompromisse kompromittierte, sich schließlich zugrunde richtete, bis sie unter den Vorwehen des Bürgerkrieges aufs neue als republikanische Partei erstand. Jeffersons Partei dagegen war trotz des Namenswechsels auch als Organisation nie untergegangen; die Demokraten, welche 1860 die Sklavenfrage den Einzelstaaten überlassen wollten, waren die un-

mittelbaren Erben der Antiföderalisten, die 1800 zum erstenmal die Präsidentschaft erhielten.

Nur wenn der zentralistische und zentrifugale Charakter der beiden Parteien betont wird, läßt sich nun aber vor allem ihre Weiterentwicklung bis zum heutigen Tage begreifen, eine Entwicklung, die sprunghaft, unzusammenhängend, zufällig und widerspruchsvoll erscheint, wenn die Sklavenfrage als solche in den Mittelpunkt gerückt wird und die Republikaner als die Freiheitsbringer, die Demokraten als die Sklavenknechter betrachtet werden. Selbst Bryce, dessen Darstellung des amerikanischen Parteiwesens bei weitem die beste ist, wird in dieser Beziehung der innern Kontinuität der Parteien doch wohl nicht gerecht. Auch er meint, daß die Aufgabe der republikanischen Partei im wesentlichen die Abschaffung der Sklaverei und die Rekonstruktion der Südstaaten gewesen sei und daß, als Mitte der siebziger Jahre diese Aufgabe erfüllt war, sich neue Parteien hätten bilden sollen. Da statt dessen einfach die alten Organisationen bestehen blieben, so sei in beiden Parteien gleichermaßen „eine gewisse Unwirklichkeit und Mangel an rechter Lebenskraft" spürbar. Bei solcher Auffassung wäre es aber doch wohl Schlimmeres als nur Unwirklichkeit, wenn die, welche ausgingen, die Sklaverei in der Welt zu beseitigen, nun weiterziehn, um Philippinenstämme zu unterjochen und den armen Mann zu verhindern, die Waren dort einzukaufen, wo sie am billigsten sind.

Wir betrachteten die Demokraten als diejenige Partei, die Jeffersonschen Prinzipien getreu das Recht und die Freiheit der Einzelstaaten, die eignen Angelegenheiten unbehelligt zu entscheiden, gegenüber den Anhängern der Kongreßmacht verlangten; Republikaner aber waren uns die, welche die Autorität der einheitlichen Regierung obenan stellen wollten. Von hier aus gesehn kam alles, wie es kommen mußte. Drei Parteiprobleme standen bei den letzten Präsidentenwahlen im Vordergrund: die Tariffrage, die Währungsfrage, die Expansionsfrage. In allen dreien haben sich die Parteien ihren alten Prinzipien gemäß geschieden. Freihandel und Schutz-

zoll war zunächst keine neue Streitfrage. Jeffersons Partei hatte schon am Anfang des Jahrhunderts freien Handel mit allen Völkern der Erde als Forderung aufgestellt; wer politisch zentrifugal denkt, wer da will, daß so wenig wie möglich von oben herab regiert und patronisiert wird, der will jedem die Freiheit geben, die Mittel zur Lebensführung dort einzukaufen, wo sie am wenigsten kosten. Die Demokraten widersprachen nicht den Einfuhrzöllen, deren Erträgnis die öffentlichen Ausgaben bestreiten sollte, aber was darüber hinausging, was den Waren auferlegt wurde, um die heimischen Preise in die Höhe zu treiben und so die heimische Industrie zu schützen, mußte ihnen grundsätzlich unannehmbar bleiben. Die Zentralisten, die Whigs, die Republikaner dagegen mußten durch ihren Glauben an die Allmacht des Staates von jeher dazu geführt werden, vom Staat den bewußten Schutz für die nationalen Produkte und eine regulierende Einmischung in den wirtschaftlichen Kampf ums Dasein zu verlangen. Schutzzoll gehörte schon im ersten Drittel des Jahrhunderts zu ihren Hauptforderungen.

Auch das ist klar, daß, wer antizentralistisch denkt und fühlt, eine natürliche und unmittelbare Anteilnahme an den Interessen des kleinen Mannes, des wirtschaftlich Schwachen, des Beladenen hat; jedes Glied der Gesellschaft soll das gleiche Recht haben und die gleiche Möglichkeit, sein Glück zu finden. Daß die Demokraten an der Sklaverei festhielten, steht damit nicht im Widerspruch; durch die jahrhundertelange Gewöhnung der Südstaaten war man dahin gelangt, den Neger als Eigentum, als Sache zu betrachten, für die somit ganz andre Gesichtspunkte in Frage kamen, und das persönliche Verhältnis ihrer Fürsorge war ein patriarchalisches, nicht ein rechtlich politisches. Das spezifisch Demokratische der Behandlung war eben das Verlangen, die Frage in die Hand der Einzelstaaten zu legen. Wenn aber Mitbürger in Betracht kamen, so blieb die antizentralistische Partei immer, ihrem Prinzip getreu, die Fürsorgerin für die sozialen Glieder an der Peripherie. In diesem Sinne verlangte die Partei die progressive Einkommensteuer,

und wenn irgendwo ein Plan auftauchte und Anhänger fand, der den Arbeiter gegen die Übermacht des staatlich begünstigten Kapitals oder den kleinen Bauer gegen die Macht der Börse schützen könnte, so war es notwendig, daß die demokratische Partei den Plan in ihr Programm aufnahm.

So hatten die übertriebenen Silberwährungsideen sich zunächst außerhalb der demokratischen Partei herausgebildet; an sich haben sie nichts mit der Demokratie zu tun. Als aber, gleichviel durch welche Einflüsse, ein wachsender Teil der Bevölkerung wirklich zu glauben begann, daß nur so der Notlage des kleinen Mannes und des Bauern abgeholfen werden könnte, da war es innerlich notwendig, daß die Partei der zentrifugalen Kräfte auch dieses Allheilmittel aufnahm, wie unsinnig es auch den besonneneren Elementen der Partei erscheinen mochte. Nicht minder notwendig aber war es, daß die Partei der kraftvollen Staatsautorität dort keine Konzessionen kannte und alles bekämpfte, was die Währung und den Kredit des Reiches schädigen konnte. Das Eintreten für die Goldwährung ist an sich auch nicht republikanisch; als Ausdruck der Abwehr aller bimetallistischen Experimente hat es vollkommen republikanische Prägung.

In der neuerlichen imperialistischen Bewegung dagegen kam die Abwehraufgabe den Demokraten zu. Wer partikularistisch denkt, muß einen instinktiven Widerwillen gegen den Militarismus empfinden, der die Zentralmacht stärkt, gegen aggressive Landannektierungen, bei denen die Besiegten um ihr natürliches Recht kommen, die eignen Angelegenheiten selbst zu leiten, ja, gegen alle Einmischung in die Weltpolitik, die der Zentralregierung notwendig erweiterte diskretionäre Vollmacht einbringt. Die Demokraten wollen nicht weniger für die Größe des Vaterlandes einstehn, aber der Hurrapatriotismus, der die Traditionen des Landes verleugnet und Völker unterjocht, dünkt ihnen verächtlich. Es sind die Zentralisten, denen es zukommt, der neuen Aufgabe ins Gesicht zu schauen, die neuen Verantwortlichkeiten zu übernehmen und das Land zu überzeugen, daß das Reich

mannhaft geworden und stark genug sei, eine entscheidende Rolle in der großen Weltpolitik zu spielen. Die beiden großen Parteien sind somit durchaus keine steuerlosen Wracks, die seit den Bürgerkriegszeiten bald hierhin bald dorthin von den Strömungen getragen werden, sondern seetüchtige Fahrzeuge, die ihren festen vorgezeichneten Kurs verfolgen.

Man hat die Parteien, wohl mehr in Erinnerung an europäische Gegensätze, als konservativ und liberal unterschieden, aber das deutet nur einen leise mitklingenden Oberton, sicherlich nicht den Grundton an. Konservativ sind eigentlich beide Parteien; das liegt sowohl in der Natur des Amerikaners als auch in der Natur der Parteiorganisation. Auch in der radikalsten demokratischen Versammlung ist das entscheidende Moment eigentlich nie, daß die Parteinahme ein großer Fortschritt oder eine glänzende Neuerung ist, sondern vielmehr, daß sie die alten bewährten, beinahe geheiligten Parteiprinzipien betätigt. Und sicherlich weicht die Politik der als konservativ geltenden republikanischen Partei mehr von der Vergangenheit heute ab als die ihrer Gegner.

Dennoch steckt auch darin ein Körnchen Wahrheit. Die Zentralisten müssen ihrem Prinzip gemäß in höherm Maße darüber wachen, daß die angestammte Autorität erhalten bleibt, während die demokratische Partei eher geneigt sein wird, unruhigen Geistern, genialen Neuerern, phantastischen Reformern Gehör zu schenken, damit keine zentrifugale Kraft unterdrückt wird. Die republikanische Partei gewinnt dadurch als Grundton eine behagliche Zufriedenheit mit dem Bestehenden, während die Demokratie, auch wenn sie in der Macht ist, niemals zur innern Ruhe kommt. Es ist nicht der Gegensatz von reich und arm: auch die demokratische Partei hat ihren Millionärsflügel und die republikanische Partei hat beispielsweise durch das Negergefolge auch unter den Ärmsten des Landes ihre Anhängerschaft. Aber ein Bewußtsein des Erfolges, der Macht, des Gesättigtseins beherrscht die republikanische Partei als solche, während die Demokraten das Bestehende stets an einem theoretischen

Ideale messen, das nie erreicht werden kann. Die Republikaner sind wie alle Zentralisten daher im Grunde Opportunisten und Realpolitiker, die Demokraten wie alle zentrifugalen Politiker im Grunde Idealisten und Schwärmer. Man hat mit Recht daher gesagt, daß es in einem demokratischen Komitee wie in einem Debattierklub zugehe, in einem republikanischen dagegen wie in einer Versammlung von Aktionären.

Das alles deutet schon auf einen gewissen persönlichen Faktor in der Zugehörigkeit zu der einen oder der andern Partei. Gewiß mag man sich oft dabei täuschen, aber man hat doch, wenn man einen Fremden auf Reisen trifft, ziemlich bald eine Vorstellung, zu welcher Partei er gehört, auch wenn kein Wort Politik gesprochen wurde. Entscheidender aber als die persönliche Gleichung ist die Gruppierung, die sich aus historischen Gründen für ganze Klassen und Gebiete ergeben hat. Die bessere Klasse der Bevölkerung ist im Norden und Westen vorwiegend republikanisch, im Süden vorwiegend demokratisch, während im Süden die Negerbevölkerung mit den republikanischen Sklavenbefreiern geht und dadurch um so einmütiger die Weißen des Südens bei der Demokratie verharren läßt. Die niedern Klassen werden durch Einflüsse gruppiert, die sich mischen und kreuzen. Der Bauer neigt mehr zu den Republikanern, der städtische Arbeiter mehr zu den Demokraten. Die Protestanten stehen der republikanischen Partei näher, die Katholiken der demokratischen, eine Teilung, bei der die historische Verbindung der republikanischen Partei mit dem puritanischen Klerus der Neu-Englandstaaten offenbar primär war und die Allianz zwischen Katholizismus und Demokratie die sekundäre Erscheinung. Damit hängt dann aber wieder eine sehr wichtige, besonders für die Stadtpolitik maßgebende Scheidung zusammen: die Irländer, die durchweg Katholiken sind, schwören meistens zur demokratischen Partei. Die Deutschen und Schweden, besonders die des Westens, sind meistens Republikaner. So entstehn die kompliziertesten Kombinationen und so bleiben vor allem gerade die großen Mittel-

staaten unberechenbar. Im Staat Newyork wechselte bei den Präsidentenwahlen fast regelmäßig die republikanische und die demokratische Majorität ab. Anderseits mag innerhalb des Staates die Großstadt sich vom Lande trennen. So ist kein Staat sicherer für die Republikaner als Massachusetts, aber seine Hauptstadt Boston ist durch irländischen Masseneinfluß demokratisch.

* * *

Der Ausblick auf die Gruppierung der Parteiträger führt uns unmittelbar zu unsrer zweiten Frage: wer sind die Parteipolitiker? Die erste Behauptung, daß die Parteien selbst ohne Prinzipien sind, versuchten wir zu widerlegen — steht es besser mit der Behauptung, daß die Politiker Männer ohne Prinzipien seien? Wer sich die Frage vorlegt, ob die Politik wirklich in den Händen unlauterer Individuen liege, wird sich zunächst umsehen müssen, ob es an ehrenhaften Motiven fehlt, die Parteipolitik zu unterstützen. Im Gegenteil, nirgends gibt es so viel kräftige Antriebe, Parteipolitik mit gutem Gewissen zu treiben. Obenan steht natürlich das reinste und beste Motiv, der Wunsch, das Vaterland gemäß den eignen Ideen von Recht und Fortschritt verwaltet zu sehn und so für die Ehre, die Sicherheit und das Glück der Nation zu wirken. Wer die amerikanischen Präsidentenwahlen auch nur ein paarmal miterlebt, der kann nicht zweifeln, daß die überwältigende Majorität der Wähler mit solchem mehr oder weniger bewußten sozialethischen Triebe an die Wahlurne geht. Daß die moralische Erregung bald tiefer, bald oberflächlicher sein muß, versteht sich von selbst. In Zeiten, in denen im wesentlichen nur technische Fragen auf der Tagesordnung stehn und nur Zweckmäßigkeitsentscheidungen zu treffen sind, da wird der Enthusiasmus für den Sieg der Partei durch andre Motive ergänzt werden müssen, um stark zu wirken; kommt aber die Stunde, da Fragen der nationalen Ehre und Einheit, des Rechts und der Freiheit entschieden werden sollen, da wird die lauterste sittliche Leidenschaft alles beherrschen, und alle übrigen politischen Motive werden

überflüssig. Ja, der Amerikaner ist so sehr Parteimann, daß er eher der Gefahr ausgesetzt ist, den sittlichen Zorn gegen die Gegenpartei auch da zu empfinden, wo eigentlich nur technische Probleme vorliegen; die andre Partei erscheint ihm auch bei der nüchternsten Angelegenheit frivol, unheilvoll, verbrecherisch, und so fehlt es denn eigentlich nie an sittlicher Strömung, um das politische Mühlrad in Bewegung zu halten.

Zu dem politischen Enthusiasmus kommt das wirtschaftliche oder soziale Interesse. Dieses als ein unlauteres Motiv in der Politik hinzustellen, kommt heute wohl auch den schwärmerischsten Idealisten nicht in den Sinn. Daß jede Bevölkerungsgruppe, jeder Stand, jeder Beruf, jeder Landesteil in der Politik seine besondern Interessen zur Diskussion bringt, ist nicht nur berechtigt, sondern ist ein wesentlicher Zweck der Politik. Nur dann kann das Gleichgewicht aller Kräfte erreicht werden, wenn jeder gleichermaßen die Gelegenheit wahrnimmt, sich zur Geltung zu bringen. Es wäre nichts gewonnen, wenn die Landwirtschaft sich zur politischen Vertreterin der industriellen Interessen und die Industrie sich zur Vertreterin der Landwirtschaft aufschwingen wollte; eine gesunde, maßvolle Betonung der Bedürfnisse und Forderungen in der engern Gruppe wird stets ein ehrenhafter, für das Allgemeinwohl nützlicher Antrieb zur politischen Wirksamkeit bleiben. Zweifellos hat in dieser Art die amerikanische Politik jederzeit die Millionen zur regsten Teilnahme angetrieben. Wir sahen, daß Freihandel und Schutzzoll aus den prinzipiellen Forderungen der beiden Parteien hervorgehn; das schließt aber nicht aus, daß der Gegensatz zugleich den verschiedenartigen und zum Teil geradezu gegensätzlichen Interessen der nördlichen Industriestaaten und der südlichen Plantagenstaaten entspricht, so daß ein unmittelbares Interesse in Handel und Wandel die Parteien belebt. In ähnlicher Weise sind die bimetallistischen Pläne mit den praktischen Interessen des Westens verbunden, die Goldwährung dagegen für den Osten eine Lebensfrage. Die Trustgesetzgebung, die Bankpolitik, selbst die Expansion berühren

die tiefsten wirtschaftlichen Probleme und fordern die Anteilnahme der Beteiligten heraus. Und für die sozialen Interessen gilt das gleiche. Der Neger, der sich gegen Ausnahmegesetze sträubt, wird in der republikanischen Partei sozialen Schutz suchen, und in engern Grenzen werden die Irländer, die Deutschen, die Schweden, die Russen ihre besondern sozialen Interessen durch die Politik zur Anerkennung bringen.

Zum moralischen Enthusiasmus und dem ökonomisch-sozialen Interesse, Motiven, die in jedem Lande den Bürger zur Politik hintreiben, kommen nun aber noch andre Motive, die beispielsweise in Deutschland geringern Einfluß haben und doch nicht weniger ehrenhaft sind. Obenan steht da die Treue für die angestammte Partei. Der Sohn tritt in die Partei des Vaters und bleibt ihr sein Leben lang treu. Dadurch werden auch diejenigen im Parteinetz festgehalten, die mit den Entscheidungen der Partei im einzelnen disharmonieren mögen. Wo ein Land viele Parteien mit kleinen Übergängen ausbildet, wo etwa der Nationalliberale nur durch kleine Abstände vom Freisinnigen oder vom Freikonservativen getrennt ist, da appelliert jeder neue Wahltermin mehr oder weniger neu an die freie Entscheidung des Wählers. Wo aber nur zwei Heerlager existieren, da muß sich eine Parteiloyalität entwickeln, die der persönlichen Willkür engere Grenzen zieht und eine feste Parteidisziplin ermöglicht. Wie vom Vaterlande gilt es da dann auch von der Partei: meine Partei mag im Recht oder im Unrecht sein, es bleibt meine Partei. Ein Mann wie Hoar mag mit der ganzen Wucht seiner Rhetorik den Imperialismus verdammen und als Verbrechen brandmarken und alle Hebel in Bewegung setzen, damit seine republikanische Partei die imperialistische Politik aufgibt: hat die Partei ihn ordnungsmäßig überstimmt, so wird er nicht müde werden, dennoch für den offiziellen imperialistischen Kandidaten seiner Partei gegen den antiimperialistischen Demokraten aufzutreten. Für den rechten Amerikaner kann die Besserung eines Schadens, den er erkennt, doch immer nur von seiner eignen Partei be-

werkstelligt werden, auch wenn die Gegenpartei seine Reform längst im Programm hat und die eigne Partei sich dagegen sträubt.

Gewiß fehlt es nicht an Männern, die solchen Standpunkt für engherzig, für frivol, ja für verbrecherisch halten und das Recht fordern, immer von neuem selbständig zu prüfen, die Parteiprogramme beider Parteien unabhängig abzuwägen und bald mit dieser, bald mit jener Partei zu gehn. Es ist in frischer Erinnerung, wie beispielsweise Karl Schurz 1896 mit glänzenden Reden für Mac Kinley gegen Bryan und 1900 für Bryan gegen Mac Kinley eintrat. Das erste Mal unterstützte er die Republikaner, weil damals die Währungsfrage im Vordergrund stand und er es für das wichtigste hielt, die Goldwährung zu sichern; das zweite Mal wandte er sich gegen die Republikaner, weil damals die Expansionsfrage ihm wichtiger schien als die Silberfrage und er lieber die kurzsichtige Währungspolitik als die verbrecherische Unterjochungspolitik mitmachen wollte.

Die Zahl solcher selbständigen Politiker ist nicht klein, und in ihren Reihen sind nicht wenige der edelsten Charaktere des Landes; hinter ihnen stehen die nicht unbeträchtlichen Massen derer, die durch die augenblickliche Wirtschaftslage, durch allgemeine Stimmungen und Aufwallungen des Volkes, durch Agitation und Diskussion, durch Unzufriedenheit mit dem herrschenden System, durch persönliche Sympathien und Antipathien für die eine oder die andre Partei neu gewonnen werden. Würde nicht ein erheblicher Teil der Bevölkerung in dieser Weise zwischen den Parteien hin- und herpendeln, so würde die Wahl natürlich beinahe von Jahr zu Jahr unveränderte Ergebnisse bringen, das Resultat wäre im voraus bestimmbar, und die Wachsamkeit der Parteien, ihr Eifer und ihr Ehrgeiz würde einschlafen und das politische Leben würde ermatten. Die Parteilosen, die bei jeder neuen Problemstellung über ihre Parteiangehörigkeit neu entscheiden, mögen so praktisch einflußreich werden und in gewissem Sinne das Gewissen des Volkes darstellen, aber neun Zehnteln der Bevölkerung wird

ihre Maxime doch bedenklich, nicht wenigen sogar verächtlich erscheinen. Die meisten werden daran festhalten, daß das amerikanische System starke große Parteien verlangt und daß Parteien ohne Disziplin in der Organisation und ohne Bereitwilligkeit der Minorität, sich der Parteimajorität ohne Murren unterzuordnen, nicht praktisch wirksam sein können. Wer bessern will, soll seine ganze Kraft einsetzen, seine Partei zu bessern; wer aber bei jeder Verschiedenheit der Ansichten ins feindliche Heerlager übergeht, zerstört den Respekt für das Mehrheitsurteil und damit das Fundament der Demokratie; mit derselben Logik müßte die unterliegende Partei im Lande Revolution gutheißen, während es der Stolz des Amerikaners ist, zu sehn, mit welcher Ruhe das Volk bei der Präsidentenwahl die Entscheidung der Mehrheit hinnimmt. Parteitreue gilt daher geradezu als Ausdruck politischer Reife, und die Männer, die sich über die Parteien stellen, haben wohl durch ihre Wahlstimmen, aber nicht durch ihre Argumente im Kampf entscheidende Bedeutung: das Volksbewußtsein mißtraut ihnen.

Zu alledem kommt, daß der Amerikaner ein geborener Politiker ist. Einerseits hat die bloße Technik des Politisierens für ihn etwas Faszinierendes; jeder Junge ist mit den parlamentarischen Formen vertraut, und Amendements zu stellen und Abstimmungen mitzumachen ist ihm an und für sich eine Freude, für die er den Geschmack ererbt. Sein Leben in der politischen Partei ist aber anderseits auch zugleich die abwechslungsreichste soziale Ausgestaltung seines Daseins. Der Bauer und der Kleinstädter hat außer in der Kirche fast nur in der Partei gesellschaftliche Anregung und Kontakt mit Gleichgesinnten, und nur seine politischen Versammlungen geben ihm das anschauliche Bewußtsein, daß er ein gleichberechtigter Teil des gewaltigen Getriebes ist. Überdies lassen sich die Lokalinteressen nicht von denen des Staates, und die Politik des Staates nicht von der des Reichs trennen; die Parteispaltung, die bis in das kleinste Gemeinwesen herabdringt, beherrscht die öffentlichen Erörterungen für den engsten wie für den weitesten Kreis. Auch wer sich

für nationale Fragen nicht erwärmt, sondern nur mit lokalen Verbesserungen beschäftigt ist, vielleicht das Schulwesen oder Gesundheitswesen oder Polizeitätigkeit seiner Stadt im Sinne hat, wird dadurch in das Getriebe der großen nationalen Parteien hineingezogen.

Noch ein andres Motiv kann keinem Beobachter entgehn; es ist nicht erhebend, aber auch nicht entehrend. Die Parteipolitik nimmt für viele einen Zug des Sportmäßigen an, einen Zug, der sich leicht erklärt, wenn man die Freude des Anglosaxonen am Wettstreit und gleichzeitig die beinahe gleiche Stärke der beiden Parteien berücksichtigt. Alle die wunderlichen Folgeerscheinungen der Sportaufregung sind zur Stelle mit den täglichen Berechnungen und den unsinnigen Wetten und auch mit dem populären Wunsch, auf der Seite des Siegers zu stehn; nur so erklären sich die Paraden und Fackelzüge und all die andern Entfaltungen, welche den Gleichgültigen mit fortreißen sollen und dem Schwankenden den Eindruck geben sollen, daß nur bei dieser Partei die Mehrheit und der Sieg zu finden sei. An Motiven, das Parteitreiben mitzumachen, vom höchsten sittlichen Enthusiasmus bis herab zur sportsmäßigen Aufregung, fehlt es somit dem Amerikaner wirklich nicht, und zweifellos sind es diese Antriebe, die das große Schwungrad der Parteien in Bewegung halten und die eine unermeßliche und unerschöpfliche Summe von Energie in die Politik des Landes bringen. Sie allein sorgen dafür, daß die Massen unermüdlich in die politische Arbeit eintreten und so ein Niveau der politischen Schulung erreichen, wie es kein andres Land besitzt.

Aber Politik im Dienste der Partei treiben heißt, wie wir sahen, denn doch noch mehr als nur gewissenhaft diskutieren, beraten, stimmen, in Komitees mitarbeiten oder zum Parteifonds beisteuern. Von der Stadtverordnetenwahl bis zur Präsidentenwahl ist da täglich und stündlich in jedem Winkel des Landes alles durch die Parteiorganisation zu bearbeiten und vorzubereiten. Ganz besonders durch die Erwählung der Kandidaten für jede Wahl durch die Parteimitglieder selbst

wird die Organisations- und Agitationsarbeit geradezu zu einer Wissenschaft, welche weitgehende Spezialisierung verlangt und in der bloße Dilettantenarbeit sich immer rächt.

Man muß nicht vergessen: in Majoritätssachen hört beim Amerikaner die Gemütlichkeit auf. Die parteipolitischen Vorbereitungsversammlungen und Ernennungen werden mit solcher Technik der Geschäftsordnung geführt, daß selbst in den stürmischsten Debatten die allerschwierigsten Punkte der Geschäftsordnung berücksichtigt werden. Wenn da die verschiedenen Interessen nicht ebenso sachkundig vertreten werden, wie etwa ein Anwalt die Sache eines Klienten vor Gericht vertritt, so hat die Gegenseite gewonnenes Spiel; die allergenaueste Kenntnis der Details, die eingehendste Bekanntschaft mit den persönlichen und lokalen Verhältnissen, die Beziehungen zur Presse, zu den Beamten, zu der Parteileitung, alles muß aufs gründlichste studiert sein. Diejenigen Glieder der Organisation aber, die den größern Verbandsteilen vorstehn und somit nicht nur rein lokale Verhältnisse zu beurteilen haben, müssen Anwälte und Finanzleute, Generale und Diplomaten in einer Person sein. Weitausschauende Kombinationen, in denen städtische, staatliche und nationale Fragen aufs engste verkoppelt werden, in denen Partei-, Personen- und Rechtsfragen ineinander spielen, müssen mit Sachkenntnis, mit Energie und mit Geschicklichkeit konstruiert und durchgeführt werden, und das bedeutet ein Maß von Arbeit, das durchaus zur Hauptarbeit dessen werden muß, der es erfolgreich durchführen will. Die Agitation und die Organisation im kleinen wie im großen erheischt somit unter den amerikanischen Verhältnissen eine Hingabe an Kraft, wie sie nirgends in der Welt unter gewöhnlichen Verhältnissen in ruhigen Zeiten erwartet werden kann, wenn nicht zu all den unpersönlichen Motiven auch noch rein persönliche Antriebe hinzutreten: Prämien und Vorteile also den Einzelnen erwarten, der sich der unentbehrlichen Arbeit hingibt.

Die Lockmittel dieser Art können zunächst Ehren sein. Die persönlichen Ehren, die durch Politik zu erwerben sind,

lassen sich nicht ganz leicht nach deutschen Maßstäben beurteilen. Das Konto hat Aktiva, aber auch Passiva, die der Deutsche nicht kennt. Zu den erstern gehört vor allem, daß auch die höchsten Ämter nur auf dem Wege der Parteipolitik erlangt werden können; und diese werden wirklich um der Ehre willen gesucht. Die Stellungen des Präsidenten, der Botschafter, der Senatoren, der Gouverneure, der Minister usw. sind zwar mit Gehältern ausgestattet, aber die Einkünfte sind so unbedeutend, ja so unzureichend und außer Verhältnis zu der erwarteten Lebensführung, daß sicherlich niemand ein solches Amt um des Gehaltes wegen sucht oder annimmt; in den meisten Fällen verlangt es ein wirtschaftliches Opfer, da es sich ja niemals um den Eintritt in eine gesicherte Lebenskarriere handelt, sondern um eine vielleicht kurze Unterbrechung des privaten Berufes; auch das ist nicht außer acht zu lassen, daß ein solches Amt niemals mit Pension verbunden.

Es ist daher auch gar nichts Ungewöhnliches, daß ein Mann seine politische Karriere aufgibt, weil seine Mittel es nicht mehr gestatten, oder er es für seine Pflicht hält, seine Existenz wirtschaftlich sicherzustellen. So gab Reed, in gewissem Sinne der bedeutendste Führer der Republikaner, seine Stellung als Vorsitzender des Repräsentantenhauses auf und zog sich gänzlich von der Politik zurück, um in eine Rechtsanwaltsfirma einzutreten. Auch Harrison nahm, als er vom Präsidentenamt zurücktrat, die Anwaltspraxis wieder auf, und Day trat als Staatssekretär zurück, weil seine Verhältnisse es ihm nicht mehr erlaubten. Ein Botschafter rechnet kaum, daß sein Gehalt mehr als einen Bruchteil seiner Ausgaben deckt.

Nun braucht das alles kein Mitleid zu erwecken, denn an reichen Leuten ist ja kein Mangel in Amerika, und der Senat trägt längst den Beinamen des Millionärklubs. Aber das ist aus alledem klar, daß wirklich Ehre, Ruhm und Einfluß in das öffentliche Leben locken und nicht, wie mißtrauische Amerikaverächter es gern darstellen, der berühmte „allmächtige Dollar“. Gewiß gibt es auch Leute,

die Geld haben, weil sie in der Politik sind, aber sehr viel wichtiger sind die, welche in der Politik sind, weil sie Geld haben. Die ganz großen Ehrenpreise der Politik sind in Amerika jedenfalls zahlreicher und bedeutender als etwa in Deutschland, wo die Beamtenkarriere von der Politik getrennt ist, die Regierung von der erblichen Monarchie beherrscht und von der erblichen Aristokratie stark beeinflußt ist und selbst der kleinste Bürgermeister oder Stadtrat von der Regierung bestätigt werden muß.

Sind die sozialen Prämien der politischen Laufbahn so groß und zahlreich, so mag es beinahe überraschend erscheinen, daß sie nicht sozusagen alle besten Kräfte der Nation anziehn, ja daß die Parteien fortwährend unter Mangel an Männern großen Stils zu leiden haben. Die Gründe scheinen dafür besonders in folgendem zu liegen. Erstens in einem demokratischen Lande haben Ehrungen, die aus der bloßen Stellung als solcher stammen, überhaupt nicht die absondernde und heraushebende Kraft, die sie in aristokratischen Ländern haben. Das Gefühl der sozialen Gleichheit ist doch sehr viel stärker; die Verehrung, das Abstandsgefühl, die Bewunderung bezieht sich nur auf die Qualitäten des Mannes, nicht auf die der Stellung. Ein Land, das keinen Adel, keinen Titel, keine Orden anerkennt, entbehrt der Schulung für solche künstlichen Differenzierungen: jeder sucht im Nachbar den Gentleman und kümmert sich weniger darum, welche Stellung er in seinen Bureaustunden einnimmt. Das soll nicht sagen, daß die soziale Abhebung fehlt, nur ist sie unvergleichlich schwächer als etwa in Deutschland.

Viel bedeutsamer und auch viel fühlbarer als die aus der Stellung stammende Ehre ist der in der politischen Tätigkeit erworbene Einfluß und Ruhm. Aber hier setzt nun ein zweiter retardierender Faktor ein: die Organisation der amerikanischen Politik begünstigt durchaus nicht das Berühmtwerden. In Deutschland sind die Parteiführer dauernd vor den Augen des Publikums. Sie halten die großen Reden im Reichstag oder Landtag, und ihre oratorischen

Leistungen werden in jedem Hause gelesen. In Amerika werden die Debatten im Kongreß wenig, die in den Staatslegislaturen fast gar nicht beachtet: die ganze parlamentarische Arbeit geht in den Komitees vor sich. Am ehesten finden die Reden im Senat Beachtung, aber berühmt wird in Amerika niemand durch Reden im Parlament, und die öffentliche Meinung wird selten durch oratorische Paraden in Washington beeinflußt.

Dazu kommt nun drittens, daß die amerikanische Politik im allgemeinen von jedem Parteioffizier verlangt, daß er von der Pike auf gedient hat. Es ist nicht jedermanns Sache, seine Zeit mit der dürren Kleinarbeit in den lokalen Parteiorganisationen hinzubringen und selbst, wer die Arbeit nicht scheut, mag die Gesellschaft scheuen, mit der er in den niedern Regionen der Politik da zusammen wirtschaften muß. Das führt aber schon zu einem vierten, vielleicht dem Hauptpunkt: die Politik kann in den tiefern Sphären auch pekuniären Gewinn bringen und zieht dadurch häufig unerfreuliche, nicht selten sogar unsaubere Elemente an, deren Mitwirkung ausreicht, manchen Bessern abzuschrecken und die politische Karriere als solche im öffentlichen Ansehn nicht so hoch zu stellen, wie es in einem so durch und durch politischen Gemeinwesen erwartet werden sollte.

Wie sieht es also mit den pekuniären Einkünften in den niedern Sphären der Politik aus? Es scheint, daß dieses ganze Thema auch von Amerikanern nur selten gerecht beurteilt wird. Drei Einnahmequellen kommen als möglich in Betracht. Erstens sind die Volksvertreter als solche honoriert. Zweitens kann ein Politiker ein besoldetes Bundesamt, Staatsamt oder Stadtamt erhalten, und drittens kann er seinen politischen Einfluß oder sein durch die Politik erhaltenes Amt verbrecherisch zu strafbarer Bereicherung mißbrauchen. Es ist bedauerlich, aber unbestreitbar, daß die erste Einnahmequelle so manchen in die Politik zieht. Für den Kongreß kommt sie nicht in Frage, aber in der lokalen Staatslegislatur sitzt so mancher, dem es darauf ankommt, die Diäten zu erhalten, und während der Sinn dieser Einnahmen offenbar der ist,

daß niemand durch die Diätenlosigkeit an der Volksvertretung verhindert werden soll, wirkt sie tatsächlich dahin, gewisse Leute anzulocken, denen im übrigen nichts an der Politik gelegen ist. Da die Gehälter anderseits klein sind, so wird dadurch niemand verlockt, der die Fähigkeit besitzt, in regulärem Beruf bessere Einnahmen zu erzielen, und so ist es nicht selten eine üble Sorte gescheiterter oder erfolgloser Existenzen, die sich in die Lokalpolitik drängt und das Ihrige tut, das Amt in üblen Ruf zu bringen. Dennoch handelt es sich dabei im ganzen doch um einen so kleinen Bruchteil der Politiker, daß er kaum wesentliche Beachtung verdient: die Abschaffung der Diäten würde allerseits als das größere Übel empfunden werden.

Die dritte Kategorie der Einnahmen, die verbrecherischen, fließen ebenfalls nicht selten in die Tasche des Politikers. Eine Verschiedenheit der Auffassung gibt es da nicht, und daß die Gelegenheiten zum Betrug, zum Diebstahl, zur Korruption in Stadt und Land vielfache sein müssen, ist selbstverständlich. Wie leicht kann ein Mitglied des Schulkomitees für das nächste Volksschulhaus ein Terrain erwerben, von dessen Ankauf er persönlichen Vorteil hat, oder ein Bürgermeister Stadtbahnlinien bewilligen, die seinen heimlichen Partnern Reichtümer bringen, ein Polizeihauptmann von verbotenen Spielplätzen Schweigegelder erpressen, ein Abgeordneter Anträge einbringen, die eine Industrie bedrohen und die er zurückzieht, wenn die Fabrikanten in die Tasche greifen, oder seine offizielle Kenntnis geheimer Tatsachen zu Börsenspekulationen benutzen. Jedermann weiß, daß derlei möglich ist, daß es verhältnismäßig schwer ist, die Tatsachen festzustellen, daß es auch sicherlich zeitweilig vorkommt und daß, wenn es erwiesen wird, der Schuldige ins Zuchthaus kommt. Zur Darstellung der politischen Organisation gehört derlei nicht. Wer etwa das Bankwesen schildern will, wird zunächst davon absehn können, daß zeitweilig ein Kassierer die Bücher fälscht oder mit der Kasse durchgeht; das gehört nicht zum Wesen der Sache. Auch wenn jede unbewiesene Verdächtigung der

gegnerischen Presse schon eine bewiesene Anklage wäre, würde es sich ja doch wieder bei dieser dritten Einnahmequelle genau wie bei der ersten nur um vereinzelte Ausnahmen handeln. Wir werden später auch ausführlich von diesen Auswüchsen sprechen.

Es bleibt mithin zunächst nur die zweite Quelle der politischen Einkünfte: die Belohnung des Politikers mit öffentlichen besoldeten Ämtern. Es ist die größte, sicherste, stetig fließende Quelle, die Hunderttausende beglückt und die der Parteiorganisation das unentbehrliche Heer von Parteiarbeitern zuführt und festhält. Und hier setzt nun die übliche Ungerechtigkeit ein, die in Deutschland zu oft nachgesprochen wird. Der amerikanische Reformer läßt bei seiner Kritik der Parteizustände die zweite und dritte Form der Einnahmen geradezu ineinanderfließen; die Verleihung von Ämtern an Berufspolitiker sondert er kaum von der Korruption im Amt, und sobald ein Politiker zu Einnahmen aus dem öffentlichen Säckel kommt, ruft er schon: Haltet den Dieb! Das sogenannte „Beutesystem", demzufolge die Bundesämter, die der Präsident zu vergeben hat, in erster Linie denjenigen zukommen, die sich um die Partei des Siegers verdient gemacht haben, soll uns erst später beschäftigen. Erst wenn wir bei den politischen Problemen des Tages zur Frage der Zivildienstreform gelangen, werden wir die Nachteile und Vorteile des Systems erörtern können und verfolgen, wie sich das Prinzip entwickelt hat und wie es in den letzten Jahrzehnten in wachsendem Maße eingeschränkt worden ist. Aber das muß doch schon hier gesagt sein, daß, so wertvoll auch solche Reformbestrebungen unter den verschiedensten Gesichtspunkten sein mögen und so sehr ganz besonders auch die praktische Wirksamkeit des Beamtendienstes gewinnen muß, wenn er von den Wechselfällen der Politik losgelöst wird: unehrenhaft und verächtlich ist das „Beutesystem" nicht, und niemand hat ein Recht, die Berufspolitiker als charakterlos und prinzipienlos zu verdammen, weil sie bereit sind, von der Partei, für die sie gearbeitet, lohnende Staatsstellungen anzunehmen.

Mit Korruption und Amtsmißbrauch hat ein solches Herkommen nicht das geringste zu tun, und wer aus dem Bestehen dieser Verhältnisse das beliebte Verdammungsurteil des öffentlichen Lebens in den Vereinigten Staaten ableitet, der soll nur nicht glauben, daß er damit die Konsequenzen deutschen Beamtengeistes zieht. Im Gegenteil. Zunächst erwartet kein Mensch in Deutschland, daß die Regierung Ämter und Titel und Orden an die Vertreter der politischen Opposition verteilt, daß ein Freisinniger zum Landrat gemacht wird, daß ein Sozialdemokrat auch nur als Stadtrat bestätigt wird, daß Förderung der Regierungspolitik ohne Anerkennung bleibt. Vor allem aber sieht der Deutsche in einem Staatsgehalt niemals eine Art Geschenk aus öffentlichen Mitteln, sondern ein selbstverständliches Äquivalent seiner Arbeit.

Im Amerikaner hat sich in der Beziehung ein eigenartiges Empfinden ausgebildet, das dem Deutschen ganz fern liegt und das doch eigentlich dieser ganzen sittlichen Verachtung für das „Beutesystem" zugrunde liegt. Um es an einem Beispiel kurz zu illustrieren: ein Oberstaatsanwalt, der lange vom Volke immer wieder für das Amt gewählt war, sollte neulich wieder für den Posten kandidieren. Er lehnte es aber ab mit der öffentlichen Motivierung, daß er nun schon zwanzig Jahre lang aus den öffentlichen Mitteln gefüttert sei und er das nicht für berechtigt halte; es sei daher Zeit, daß er sich jetzt als Rechtsanwalt auf eigne Füße stelle und sich selbst sein Brot verdiene. Der Deutsche kann sich kaum in den Gedankengang, der natürlich historisch begründet ist, innerlich hineinfinden. Aber das ist klar, daß, wer solche Auffassung von den öffentlichen Mitteln hat, es leicht als eine unehrenhafte Bereicherung deuten kann, wenn die Partei, die politisch am Steuer sitzt, die besten Staatsposten an ihre Anhänger verteilt.

Wäre der Vorwurf der, daß die Politiker, die in die Ämter eintreten, sachlich und technisch unvorbereitet sind, oder daß sie im Amte nicht fleißig arbeiten, so wäre es ja etwas andres, aber das berührt nicht das wesentliche Prinzip.

Hat sich der Deutsche heute daran gewöhnt, daß ein General oder ein Kaufmann Minister werden kann, so ist das dem Amerikaner von vornherein selbstverständlich; ein tüchtiger Mensch ist jedem Amt gewachsen und arbeitet sich mit technisch geschickten Unterbeamten in jede Arbeit ein. Und daß die Politiker im ganzen fleißig sind, bestreiten die Gegner auch nicht. Es bleibt eben immer nur der seltsame Einwand, daß, wer ein Amt erhält, damit ein Geschenk aus öffentlichen Mitteln annimmt.

Mit alledem soll nicht das geringste gegen die neuern Reformbestrebungen gesagt sein, die ja von den besten Männern in beiden Parteien, wenn auch naturgemäß nicht von den eifrigsten Parteifanatikern, unterstützt werden; abgewiesen soll nur die oberflächliche Behauptung sein, daß das Beutesystem ein Symptom der Prinzipienlosigkeit und Charakterlosigkeit in der Parteipolitik wäre. Gewiß widmen sich Viele der anstrengenden und in vielen Beziehungen unerfreulichen Parteiarbeit mit all der mühsamen Vorbereitung und Agitation in der Absicht, sich dadurch eine einträgliche Stellung im Staatsdienst zu erringen; wer das vorurteilslos anblickt, kann da auch nicht den geringsten sittlichen Defekt entdecken; der Vorwurf der Charakterlosigkeit könnte vom amerikanischen Vorurteilsstandpunkt dann ebensogut gegen den deutschen Beamten erhoben werden, der in der Regierungskarriere emporsteigt.

Grover Cleveland, der wie kein andrer auf dem Präsidentenstuhl für die Reform des Beamtentums gewirkt hat, gewährt denn auch dem „Beutesystem" volle Gerechtigkeit. In einem vortrefflichen Aufsatz über die Unabhängigkeit der Exekutive sagt er: „Ich bin durch meine Amtsführung gegen den Verdacht gesichert, daß ich glatte Beamtenenthauptung für Parteizwecke begünstige, aber ich habe anderseits durchaus keine Sympathie mit den unduldsamen Kritikern, die ohne jedes Verständnis für den Sinn der Parteiarbeit und des Parteidienstes so tun, als wenn sie jeden Parteigänger, der sich um ein Amt bewirbt, wie einen ertappten Missetäter verachten müßten. Gewiß wird es ein glücklicher Tag sein, wenn

dereinst der Sieg der Parteiprinzipien überall als genügende Belohnung für den einzelnen Parteiarbeiter betrachtet wird, und bereits jetzt ist viel geschehn, um die Parteitür als Eingangspforte zu den öffentlichen Ämtern geschlossen zu halten . . . aber liegt wirklich ein Grund vor, bis dahin alle zu hassen, die sich um Ämter bewerben? Gewiß haben sie sich noch nicht hinlänglich von dem Glauben emanzipiert, daß die Beamtenposten der siegenden Partei gehören, aber in jeder andern Beziehung sind jene Leute im wesentlichen gerade so ehrenhaft, gerade so fähig und gerade so intelligent wie irgend einer von uns."

Für die Ablösung des Beamtentums von dem Parteidienst sprechen so wichtige Gründe, daß jeder Befürworter solcher Reform wohl entschuldigt ist, wenn er für esoterische Zwecke den bestehenden Gebrauch als Mißbrauch und für Agitationszwecke wohl gar als Verbrechen schildert und mit der Korruption zusammenwirft; wer aber für exoterischen Gebrauch die Verhältnisse so darstellt, als seien die Berufspolitiker verworfene charakterlose Gesellen, weil sie für ihre Parteidienste von der siegenden Partei eine Bevorzugung bei der Besetzung der öffentlichen Ämter erwarten, der vertraut auf scheinheilige und ungerechte Argumente. Das soll natürlich nicht heißen, daß es richtiger wäre, mit Pathos zu verkünden: Dies Kind — kein Engel ist so rein. Sicherlich bedingt es die ganze Situation, daß sie Schwärme minderwertiger Persönlichkeiten anzieht. Handelt es sich doch in den obern Regionen der berufspolitischen Tätigkeit meist viel weniger um große staatsmännische Gesichtspunkte, als um geschicktes Kalkulieren und Kompromissemachen, ein kluges Ausnutzen gegnerischer Blößen, ein Appellieren an Volkslaunen und Vorurteile; wer da mit kleinen Methoden arbeitet, wird oft erfolgreicher sein, als wer an breite Pinselführung gewöhnt ist; die geschickten Leute werden daher größere Chancen haben, als die vornehmen. Und in den untern Regionen, wo es gilt, das großstädtische Proletariat für die Partei zu ködern, da wird es oft unvermeidlich sein, auch fragwürdige Dienste anzunehmen und abzulohnen, aber un-

sittlich ist die Verbindung von Partei und Beamtentum nicht.

In die gleiche Kategorie der ungerechten Vorwürfe gehört schließlich das Gerede über die Geldzeichnungen zum Besten der Parteien. Daß die Wahlen, die großen und die kleinen, unsinnige Summen verschlingen, steht fest. Die Berge von Agitationsliteratur, die Extrazüge der Kandidaten, die von Platz zu Platz reisen, um auf jeder ländlichen Station vom Balkon des Eisenbahnwagens die Menge zu bearbeiten — Roosevelt soll bei der letzten Wahl zu drei Millionen Menschen gesprochen haben —, die Festhallen und Musikkapellen und die tausend andern Requisiten des Sieges sind nicht umsonst zu haben. Daß die Parteiangehörigen besteuert werden, und ganz besonders diejenigen sich beteiligen, die von dem Siege auch wieder materiellen Vorteil erwarten, daß also die großen Industrien die Schutzzollpartei in ihrer Agitation unterstützen, daß die Silberminenbesitzer freigebig für die Bimetallisten sind, daß die Bierbrauer Geld ausgeben, wenn es gilt, den Temperenzlern entgegenzutreten, das alles scheint selbstverständlich und verwandelt sich nur durch das Bemühen, die andre Partei zu schädigen, in eine verdächtigende Nachrede. Wer wirklich vorurteilslos nachprüft, der weiß nicht nur, daß die amerikanische Parteipolitik notwendig ist, sondern auch, daß sie unendlich besser und lauterer ist, als der deutsche Zeitungsleser es sich träumen läßt.

Drittes Kapitel.

Der Präsident.

Der Präsident wird auf vier Jahre vom ganzen Volke gewählt: er ist wiederwählbar und die Verfassung setzt keine Grenze, verbietet also nicht, daß er bis zum Lebensende immer wieder für vier Jahre an die Spitze des Landes gestellt wird. Das auf Tradition gestützte ungeschriebene Gesetz verbietet

aber einen dritten Amtstermin. Zum zweiten Male wiedererwählt wurden George Washington, Thomas Jefferson, James Madison, James Monroe, Andrew Jackson, Abraham Lincoln, Ulysses Grant, Grover Cleveland und William Mac Kinley, also neun von zwanzig Präsidenten; zum dritten Male aber hat noch kein Präsident gedient. Seit Washington es ablehnte, zum dritten Male aufgestellt zu werden, gilt es dem konservativen Sinn des Amerikaners als Dogma, daß kein Mann länger als acht Jahre an der Spitze des Landes stehn soll.

Von mancher Seite wird heute für eine Veränderung der bezüglichen Verfassungsbestimmung plaidiert. Man sagt, daß die so häufige Wiederholung der Präsidentenwahl mit ihrer monatelangen Aufregung eine zu empfindliche Störung des wirtschaftlichen Lebens sei, und daß die traditionelle Möglichkeit einer zweiten Erwählung gar zu leicht dahin wirkt, daß der Präsident im ersten Wahltermin auf die Chancen der Wiederwahl Rücksicht nimmt. Man schlägt deshalb vor, daß jeder Präsident für sechs Jahre gewählt werden sollte, Wiederwahl aber von der Verfassung verboten werden müßte. Die geschichtliche Erfahrung scheint aber nicht für die Theorie zu sprechen; die Neigung, der Partei und der Volksstimmung nachzugeben, war sicherlich sehr verschieden bei verschiedenen Präsidenten, aber sie war im Durchschnitt nicht wesentlich verschieden für den ersten und den zweiten Termin. Vor allem aber werden die Schäden der Wahlunruhe weit durch den sittlichen Gewinn überwogen, den trotz mancher Auswüchse die Wahl dem Volke bringt. Die Präsidentenwahl ist die große Selbstbesinnung und Selbstprüfung, bei der alle Geister aufgerüttelt werden; je schneller die Zeit fortstürmt und neue und neue Probleme antrifft auf ihrem Wege, desto weniger sollte daran gedacht werden, die entscheidenden öffentlichen Wahlen mit ihren monatelangen Diskussionen durch noch größere Zwischenräume zu trennen.

Die wichtigsten Rechte und Pflichten des Präsidenten beziehen sich sowohl auf die äußern wie auf die innern Angelegen-

heiten, und bei den innern kommt ihm der bedeutsamste Anteil bei der Verwaltung, ein geringerer, wenn auch durchaus nicht unwichtiger, bei der Gesetzgebung zu. Er ist oberster Befehlshaber des Heeres und der Flotte, er stellt mit Zustimmung der Senatsmajorität die Botschafter, Konsuln, Richter des Obersten Gerichtshofs und alle höhern Bundesbeamten an; er schließt mit Zustimmung einer Zweidrittel-Mehrheit des Senats die Verträge mit fremden Mächten und empfängt ihre Vertreter. Er hat das Recht, ein Gesetz, das im Kongreß angenommen wurde, innerhalb zehn Tagen mit seinem Veto zurückzuschicken; in diesem Falle kann das Gesetz nur dann Rechtskraft erhalten, wenn es, trotz des Vetos, in jedem der beiden Häuser des Kongresses, also sowohl im Senat wie im Repräsentantenhaus, mit Zweidrittel-Mehrheit angenommen wird. Er kann beide Häuser zu außerordentlichen Sitzungen einberufen und er ist verpflichtet, beiden Häusern Botschaften zukommen zu lassen, in denen er die politische Situation des Landes darlegt und neue Maßregeln empfiehlt. Es kommt dazu das Gnadenrecht und das praktisch nur selten in Frage kommende Recht, den Einzelstaaten Schutz zu gewähren gegen Gewalttätigkeiten, deren sie nicht selbst Herr werden können.

Sind damit die wesentlichsten Züge des Präsidentenamtes genannt, so ist es klar, daß auch hier wie überall im amerikanischen Staatsrecht jener Geist der Vorsicht gewaltet hat, der von vornherein alle Möglichkeiten des Mißbrauchs einschränkt. Der Präsident ist der Führer der Truppen im Kriege: den Krieg zu erklären hat er aber nicht das Recht; das steht allein dem Kongreß zu. Der Präsident verhandelt mit den auswärtigen Vertretern und macht die Verträge; damit diese gültig werden, muß aber der Senat, und zwar mit Zweidrittel-Mehrheit, zustimmen. Der Präsident vollzieht die Ernennungen, aber die Mehrheit der Senatoren muß seine Vorschläge unterstützen. Der Präsident beruft den Kongreß und empfiehlt ihm Maßnahmen, aber der Präsident kann nicht, etwa wie eine deutsche Regierung, dem Hause Gesetze zur Beratung vorlegen. Der Präsident sendet dem Kongreß

Botschaften, aber seine Minister haben nicht, wie in Deutschland, einen Platz im Parlament und können somit nicht für die Regierungspolitik bei den Verhandlungen eintreten. Der Präsident kann bei jedem Gesetze des Hauses ein Veto einlegen, aber sein Veto allein kann kein Gesetz vernichten; noch bleibt dem Kongreß die Möglichkeit, bei weitgehender Einmütigkeit das Veto unwirksam zu machen. Für eine launenhafte, eigenmächtige, alsolutistische Präsidentenpolitik ist somit nirgends Raum gelassen, solange der Präsident seine Pflicht tut; sobald er aber seine Pflicht vernachlässigen sollte, erwartet ihn das „Impeachment", die aus altenglischem Recht stammende Beamtenanklage. Das Repräsentantenhaus kann solche Anklage jederzeit gegen den Präsidenten erheben, wenn der Verdacht auf Hochverrat, Bestechung oder andre Verbrechen vorliegt; der Senat unter dem Vorsitz des Obersten Richters bildet dann den Gerichtshof und kann auf Amtsentsetzung verurteilen. Bisher ist freilich nur ein einziger Präsident, Andrew Johnson, angeklagt gewesen, und auch er wurde freigesprochen. Aufrührerischer Ehrgeiz, dem es nach Staatsstreichen gelüstet, der die Verfassung umstürzt und an der Spitze des Heeres, des Pöbels oder, was am nächsten läge, an der Spitze der Millionäre die Monarchie proklamiert, hat hier also keine Gelegenheiten; weder Napoleons noch Boulangers würden Gefolgschaft finden.

Und nun trotz alledem welch ungeheure Gewalt in der Hand dieses einen Mannes! Tausende und Tausende von Beamten, die sein Vorgänger angestellt, kann er mit einem Federstrich beseitigen, und keiner kann an ihre Stelle treten, den er nicht auserwählt. Für jedes Gesetz kann er Barrieren errichten, die der Kongreß nur ausnahmsweise niederreißen kann; so hat Cleveland, der darin allerdings unerreicht ist, mehr als dreihundertmal von seinem Vetorecht Gebrauch gemacht, und nur zweimal hat der Kongreß sich über das Veto des Präsidenten hinweggesetzt. Verhandlungen mit auswärtigen Mächten kann er bis zu einem Punkte führen, von dem aus für ein patriotisches Parlament keine zwei Wege mehr offen stehn; der Kongreß kann so durch den

Präsidenten zur Kriegserklärung geradezu genötigt werden. Brechen im Einzelstaat Kämpfe aus, so kann er nach freier Entschließung die Bundesmacht für die eine der streitenden Parteien verwenden. Und ist gar ein Krieg im Gange, so schwillt seine Macht mit jeder Stunde. Heer und Flotte stehen unter seinem Befehl, und da die Verfassung von ihm verlangt, daß er für die Gesetzlichkeit der öffentlichen Zustände Sorge trägt, so kann und muß er bei innerer kriegerischer Erregung zum Diktator werden. Mit Recht sagt Bryce, daß Abraham Lincoln mehr Macht ausübte, als irgend ein einzelner Mann in England seit Oliver Cromwell, und in den antiimperialistischen Blättern wurde immer wieder behauptet, daß Mac Kinley und Roosevelt in ihrer Philippinenpolitik sich mehr Machtbefugnisse angeeignet hätten als irgend ein europäischer Monarch außerhalb Rußlands besitzt.

In zwei Beziehungen steht er gegenüber der Volksvertretung selbst in Friedenszeiten fester als etwa der König von England oder der Präsident von Frankreich. Einmal ist sein Ministerium gänzlich unabhängig von der Stimmung des Parlaments. Die Majorität des Kongresses mag, wie es nicht selten geschah, der Parteirichtung des Präsidenten scharf opponieren, aber das hat nicht die geringste Wirkung auf die Zusammensetzung des Kabinetts. Die Minister sind die Vertreter der Präsidentenpolitik; sie sind nicht einmal an den Verhandlungen des Parlaments persönlich beteiligt; ein Regierungstisch ist weder im Senat noch im Repräsentantenhaus.

Zweitens aber ist er nicht etwa weniger, sondern in noch höherm Maße als der Kongreß ein Vertreter des Volkes. Ein Monarch, der in einen Gegensatz zum Parlament tritt, entzweit sich dadurch mit seinem Volke; der Präsident von Frankreich ist freilich ein Produkt des Volkes, aber nur durch die Vermittlung der parlamentarischen Volksvertreter; die Kammern wählen ihn, eine direkte, unabhängige Macht stellt er somit nicht dar. Der Präsident der Vereinigten Staaten dagegen ist das einheitliche Symbol des gesamten Volkswillens gegenüber der zersplitterten, von Sonderinteressen beeinfluß-

ten Kongreßvertretung: die moralische Macht ist deshalb auf seiner Seite, er ist der wahre Volkswille und sein Veto ist das Gewissen des Landes. Es erscheint beinahe überraschend, daß eine republikanische Demokratie solch ungeheure Macht in die Hände eines einzelnen Mannes zu legen bereit war; es scheint um so auffallender, als die Unabhängigkeitserklärung das volle Sündenregister des englischen Königstums aufzählte. Aber man muß bedenken, daß die Berater der Verfassung vor einem neuen gefährlichen Experimente standen, bei dem sie viel mehr den noch unberechenbaren unbekannten Faktor, die Massenherrschaft, fürchteten, als die Macht des Einzelnen, für dessen administrative Wirksamkeit die Gouverneure der Einzelstaaten in der Kolonialzeit im wesentlichen ermutigende Vorbilder, wenn auch im engern Rahmen, geboten hatten. Und eines vor allem: die Verhandlungen, in denen die Verfassung beraten wurde, leitete George Washington, der Einzige, der Unvergleichliche, der tapfer und doch ruhevoll, vornehm und doch gewinnend jedem das Idealbild eines Präsidenten vor die Seele führte.

Mit gewaltigster Macht steht so der Präsident an der Spitze des Volkes. Wer hat ihn für die Stelle ausgewählt unter den Hunderttausenden, deren sehnsüchtiger Ehrgeiz von der Präsidentenwürde träumt, wer hat ihn erwählt und eingesetzt in dieses höchste Wahlamt auf dem Erdenrund? Für die Auswahl des Kandidaten macht die Verfassung keine andern Vorschriften, als daß er im Lande geboren ist, mindestens fünfunddreißig Jahre zählt und mindestens vierzehn Jahre lang seinen Wohnsitz in den Vereinigten Staaten gehabt hat. Dagegen sind die Verfassungsvorschriften für die Wahl recht kompliziert, viel komplizierter als es die wirklichen Verhältnisse verlangen; ja, während die Wahlvorgänge sich auf das genaueste an den Wortlaut der unveränderten Verfassung halten, haben die wirklichen Verhältnisse sich seit der Gründung der Union so umgeformt und ausgestaltet, daß der vorgeschriebene Wahlmechanismus nicht nur zum Teil überflüssig geworden ist, sondern in gewissen Grenzen den ursprünglichen Absichten zuwiderläuft und innerlich wider-

spruchsvoll wird. Das Gesetz verlangt, um die Hauptpunkte hervorzuheben, daß jeder Staat durch Volksabstimmung eine Anzahl Wählmänner, die Elektoren, wählt, und daß diese Wahlmänner durch Majoritätsentscheidung den Präsidenten wählen. Die Zahl der Elektoren ist für jeden Einzelstaat gleich der Zahl der Vertreter, die der Staat zu beiden Häusern des Kongresses schickt und somit abhängig von der Zahl der Einwohner. Von den 447 Wahlmännern kommen 36 dem Staat Newyork, 32 Pennsylvania, 24 Illinois, 23 Ohio, 15 Massachusetts, doch nur 4 Colorado oder Florida oder New-Hampshire, nur 3 Delaware, Idaho, North Dakota, Utah und andern zu. Sollte bei der Abstimmung der Elektoren kein Kandidat die absolute Majorität der abgegebenen Stimmen erreichen, so wählt das Repräsentantenhaus den Präsidenten aus denjenigen drei Kandidaten, welche die größte Stimmenzahl erhielten.

Was die Väter der Verfassung mit diesem umständlichen indirekten Wahlverfahren bezweckten, ist klar. Die Wahl sollte nicht eine direkte Volkswahl sein. Als bei der Verfassungsberatung die Möglichkeit erörtert wurde, den Präsidenten unmittelbar vom Volke wählen zu lassen, da nannte der eine es chimärisch, der andre unpraktisch; ein dritter zweifelte, ob das Volk befähigt sein würde, auch selbst nur Wahlmänner zu erwählen, da das Volk doch zu wenig über persönliche Charaktere informiert und überdies der Täuschung zugänglich sei. Das Mißtrauen ging so weit, daß man erklärte, die Wahl des obersten Beamten dem Volk zu überlassen sei nicht natürlicher, als wenn man eine Farbenprüfung einem Blinden überließe. Der erste Plan, den die Versammlung guthieß, ging denn auch dahin, den Präsidenten vom Kongreß wählen zu lassen, und erst später einigte man sich auf das Wahlmännersystem. Das Volk würde, so dachte man es sich, für die Wahlmännerversammlung die besten, erfahrensten und umsichtigsten Männer des Landes auswählen, und diese sollten dann nach bestem Wissen und Gewissen in freier persönlicher Entscheidung das Oberhaupt des Staates erwählen. So war es in der Tat, als zum

ersten Male die Elektoren gewählt wurden und sich einstimmig für Washington entschieden.

Wie ist es heute? So wie es seit hundert Jahren ist: die Elektoren sind durch unerschütterliches Herkommen jeder freien Entscheidung beraubt; sie sind genau so passiv wie ein bedruckter Stimmzettel; sie werden nicht gewählt, damit sie entscheiden, sondern damit sie für einen bestimmten Kandidaten die Stimme abgeben, und seit hundert Jahren hat noch niemals ein Wahlmann das Vertrauen mißbraucht. Die Wahl des Präsidenten ist somit praktisch an dem Tage im November vollzogen, an dem die Elektoren erwählt sind; Mac Kinley siegte und Bryan unterlag am 9. November 1900, obgleich kein Wähler seine Stimme offiziell für Bryan oder Mac Kinley abgab, an jenem Tage vielmehr nur gleichgültige Wahlmänner gewählt wurden, die erst im Januar in mechanischer Weise ihr offizielles Votum für den Präsidentschaftskandidaten selbst abgaben.

Die indirekte Wahl, welche die Verfassung vorschreibt, ist ihrem Geiste nach also längst zur direkten geworden, und der ganze Wahlmännermechanismus ist überflüssig. Aber wir gingen weiter und behaupteten, daß er nicht nur zwecklos, sondern auch sinnwidrig geworden sei.

Seit die ursprüngliche Absicht, in den Elektoren ein Wahlkollegium der Besten zu schaffen, durch den Selbstbestimmungsdrang des ganzen Volkes vereitelt wurde, hat der Wahlapparat doch offenbar nur den einen Sinn, den Willen der Volksmehrheit zum Ausdruck zu bringen. Gerade das kann aber durch das Elektorensystem vollkommen zerstört werden. Nehmen wir an, nur zwei Kandidaten seien im Spiel. Bei direkter Wahl würde dann natürlich der gewinnen, für den die meisten Stimmen abgegeben werden. Bei dem Wahlmännersystem ist das durchaus nicht notwendig. Die Zahl der Wahlmänner für die beiden Kandidaten entspricht ja durchaus nicht der Zahl der für jede Seite abgegebenen Stimmen. Wenn im Staate Newyork drei Fünftel der Stimmen für den einen, zwei Fünftel für den andern Kandidaten abgegeben werden, so würde durch die

Drei-Fünftel-Majorität die ganze Liste von 36 Elektoren für den ersten Kandidaten und kein Elektor für den andern gewählt sein. Nun kann es sich sehr wohl ereignen, daß ein Kandidat in den Staaten, in denen er alle Wahlmänner gewinnt, nur kleine Majoritäten hat, sein Gegner also dort große Minoritäten erlangt, der Gegner aber in den Staaten, die für ihn stimmen, überwältigende Majoritäten findet, und somit kann die Majorität der Elektoren für denjenigen Kandidaten sein, für den die Minorität der Wähler gestimmt hat. Tatsächlich ist sowohl Hayes 1877 als auch Harrison 1889 durch die Minorität der Stimmen verfassungsgemäß zum Präsidenten erwählt.

Wenn also auch der Form nach der Urwähler nur die Wahlmänner seines Staates wählt, so bedeutet seine Stimme doch tatsächlich die Entscheidung für einen bestimmten Präsidenten. Bei der letzten Wahl stimmten 292 Elektoren für Mac Kinley und 155 für Bryan; für die Mac Kinley-Elektoren waren 832 280 Stimmen mehr als für die Bryan-Elektoren abgegeben. Die Fragen aber: wie kam es, daß heute nicht wie zu Washingtons Zeit der geeignetste Mann ohne Widerspruch vom ganzen Volke gewählt wird, oder die andre: wie kam es, daß, obgleich ein einheitliches Volksvotum seit Washingtons Rücktritt nicht vorgekommen, dennoch niemals mehr als zwei Kandidaten praktisch in Frage sind, diese Fragen haben sich für uns schon längst beantwortet. Deshalb hatten wir ja zunächst ausführlich von den Parteien gesprochen, um sofort den Hintergrund zu beachten. Es sind die Parteien, die es unmöglich machen, daß ein Präsident ohne Kampf gewählt wird und die schon 1797, als es galt, einen Nachfolger für Washington zu ernennen, das Volk in die Anhänger von Jefferson und die Anhänger von Adams zerspalteten. Es sind aber auch zugleich die Parteien, die dafür sorgen, daß keine Zersplitterung möglich wird, daß sich zur Präsidentenwahl die gesamten Millionen einheitlich hinter zwei Bannern organisieren und somit zwar niemals weniger als zwei, aber auch niemals mehr als zwei Kandidaten ernsthaft in die Arena treten.

Ja für die beiden großen Parteien mit ihren Zentral- und Lokal-Komitees, mit ihren Berufs- und ihren Ehrenpolitikern, mit ihren Führern und ihren Massen, für alle, denen es Interesse oder Erwerb, Ideal oder Sport ist, für alle kommt der große Tag, wenn es gilt, den Präsidenten zu wählen. Jahrelang haben die Parteileiter im voraus kombiniert und intrigiert und spekuliert. Jahrelang haben die Freunde der denkbaren Kandidaten in den Zeitungen Stimmung gemacht. Aber auch hier kommt natürlich nicht nur die Wahl, sondern auch die Kandidatenauslese dem Volke selbst zu. Im November ist die Wahl, im Juni etwa tagen die National-Konvente, die den Parteikandidaten wählen. Jeder Staat sendet seine Delegation, deren Mitgliederzahl die doppelte Zahl der Kongreßmitglieder sein muß. Und jede Delegation ist wieder ordnungsmäßig von Vertreterversammlungen gewählt, die ihrerseits von den in den Parteilisten gebuchten Urwählern delegiert wurden. In diesen Nationalkonventionen werden die großen Schlachten innerhalb der Partei geschlagen und die Richtung der Nationalpolitik festgelegt; es ist die große Prüfungsstunde der Partei und ihrer Helden. Im letzten Wahlkampf standen sich Mac Kinley und Bryan gegenüber. Es ist interessant, in ihrer Erwählung durch die Konventionen zwei große Typen der Parteientscheidung zu verfolgen.

Mac Kinley war in der Sonne der Parteigunst stetig gewachsen. Er war der geschickte Politiker, der interessante Kongreßführer, der sympathische Mensch, der keine Feinde hatte. Als 1888 die republikanische National-Konvention in Chicago tagte, war er ein Mitglied der Delegation von Ohio, die verpflichtet war, das Ihrige für die Aufstellung John Shermans zu tun. Fünf Wahlgänge erfolgten, und noch war keine Majorität für einen Kandidaten gewonnen. Beim sechsten Wahlgang wurde eine Stimme für Mac Kinley abgegeben, und die Verkündigung dieser Stimme wurde mit Jubel begrüßt. Ein plötzlicher Umschwung schien nahe, unter lautem Jubel gingen die Delegationen zu ihm über; da sprang er auf einen Stuhl und rief in den Saal, daß niemand für ihn

stimmen dürfe, der ihn nicht beleidigen wolle, denn es sei seine Ehrenpflicht, für Sherman einzutreten. Schließlich einigte man sich auf Benjamin Harrison. Vier Jahre später bei der Konvention in Minneapolis war Mac Kinley Vorsitzender der Versammlung, und wieder nahte die Versuchung; die Gegner von Harrison wollten seine Neuernennung dadurch verhindern, daß sie sich auf den Staatsmann von Ohio einigten, und wieder war es Mac Kinley selbst, der die Stimmung zugunsten Harrisons beeinflußte. Erst 1896 war seine Stunde gekommen; bei der Nationalkonvention von St. Louis wurden schon beim ersten Wahlgang 661 Stimmen für Mac Kinley abgegeben, während 84 auf Thomas Reed, 61 auf Quay, 58 auf Morton und 35 auf Allison fielen, und als 1900 die Nationalkonvention in Philadelphia tagte, da waren sofort 926 Stimmen für ihn und keine gegen ihn. Es war der stetige, sichere, verdiente Aufstieg von Stufe zu Stufe in unermüdlicher Arbeit für die Partei und das Land.

Bryan war ein unbekannter junger Rechtsanwalt, der ein paar Jahre als unbeachteter Durchschnittsabgeordneter im Repräsentantenhause gesessen und für Bimetallismus geschwärmt hatte. Als die Nationalkonvention der Demokraten 1896 in Chicago tagte, kannten ihn die wenigsten. Aber es war eine seltsame Zeit für die Demokratie. Vier Jahre zuvor hatte sie triumphiert, Cleveland hatte über Harrison gesiegt, aber die Partei als solche hatte keine rechte Freude am Siege gewonnen. Der starrnackige, eigenwillige Cleveland, der systematisch den Kongreß vor den Kopf stieß, hatte die Fühlung mit der Partei verloren; nirgends zeigte sich am Horizont ein neuer Führer, und nachdem ein wirklicher Staatsmann wie Cleveland abgewirtschaftet hatte, schien der Tag völlig den kleinen Intrigenpolitikern ohne Ideen und ohne Programm zu gehören. Man sehnte sich nach einer Individualität. Und da trat Bryan auf, um der Partei sein Silberprogramm ans Herz zu legen. Seine Argumente waren nicht neu, seine Schlagworte waren studiert, und doch, da stand endlich eine faszinierende Persönlichkeit mit einer Leidenschaft, die alles zu versengen schien, mit einer Stimme,

die wie Orgelklang tönte, und als er es ausrief: Man soll die Menschheit nicht an ein Kreuz von Gold annageln, da war es, als wenn ein Ungeheures geschehn war; er wurde der Kandidat, und sechs Monate später stimmten sechs und eine halbe Million Wähler für Bryan gegenüber den sieben Millionen für Mac Kinley. Und der Silberrausch verflog auch nach der ersten Niederlage nicht. Als 1900 die Demokraten wieder tagten, war alles Mühen der Golddemokraten vergebens; noch einmal wurde der silberzüngige Nebraskaer auf den Schild gehoben, und erst nach der zweiten Niederlage sind die demokratischen Massen erwacht, Bryan hat ausgespielt, und das ganze Programm der Demokratie wird vor der nächsten Präsidentenwahl vollständige Umgestaltung erfahren.

So wachsen die Präsidenten der Nation organisch aus dem Parteiwesen hervor, und die Parteien wiederum finden ihre höchste Aufgabe und Erfüllung in der Einsetzung des Präsidenten. Das in den Parteien organisierte Volk und das einheitliche Oberhaupt der Nation gehören notwendig zusammen: die breite Basis und die Spitze der Pyramide. Nur der Tod kann die Entscheidung des Volkes umstoßen; er hat die letzte Wahl der Nation schon nach wenigen Monaten vernichtet. Schon im September 1901 hat das feige Attentat des polnischen Anarchisten Czolgosz Mac Kinleys Regierung beendet und in das Weiße Haus, in den Präsidentenpalast, zog der Verfassung gemäß der Mann ein, den das Volk für das unauffällige zweite Amt, die Vizepräsidentschaft, gewählt hatte.

Die Vizepräsidentschaft ist vom Standpunkt der politischen Logik der am wenigsten befriedigende Teil der amerikanischen Politik. Schon früh in der Geschichte der Vereinigten Staaten gab die Besetzung Anlaß zu Schwierigkeiten, und schon früh wurden die bezüglichen Verfassungsbestimmungen vollkommen umgestaltet. In ihrer ursprünglichen Form verlangte die Verfassung, daß derjenige zum Vizepräsidenten erklärt würde, der die zweitgrößte Stimmenzahl für das Präsidentenamt erhält. Das war im Geiste jener Zeit gedacht, die noch nichts vom Zweiparteiensystem wußte

und die annahm, daß die Wahlmänner ohne Vorschrift von ihren Wählern nur bemüht sein werden, die schlechthin besten Männer auszufinden. Sobald aber der Parteigegensatz auftrat, mußte die notwendige Folge jener Bestimmung sein, daß zum Vizepräsidenten jedesmal der Präsidentschaftskandidat der unterliegenden Partei gewählt werden würde und somit Präsident und Vizepräsident stets entgegengerichtete Parteitendenzen vertreten würden. Eine Verfassungsänderung beseitigte diese politische Sinnlosigkeit: jeder Wahlmann sollte für Präsidenten und Vizepräsidenten gesonderte Stimmen abgeben und als zum Vizepräsidenten gewählt gilt der, welcher die meisten Stimmen für dieses besondere Amt erhält. Seitdem sind beide Ämter ausnahmslos von den Kandidaten derselben Partei besetzt gewesen.

Trotzdem war die Entwicklung keine recht befriedigende, und der Grund liegt nahe. Die Verfassung verurteilt den Vizepräsidenten, solange der Präsident im Amt ist, zu dekorativer Untätigkeit. Seine Aufgabe ist es, den Senatssitzungen zu präsidieren, eine Aufgabe, die schweigend ausgeübt wird und durch die besondern Verhältnisse des Senats auch nicht annähernd die politische Bedeutung mit sich bringt, die etwa dem „Sprecher" des Repräsentantenhauses zukommt. Da anderseits zum Präsidentenamt fast stets Männer in der Vollkraft ihrer besten Jahre erkoren werden, so bleibt die Möglichkeit, daß der Präsident vor Ablauf seines vierjährigen Termins sterben könne, völlig außerhalb des Gesichtskreises. Das Resultat war, daß man für die unbedeutende passive Rolle mit Vorliebe um die Partei verdiente Männer zweiten Ranges wählte, für welche das Amt eine Ehrung und ein Trost sein sollte, oder deren Kandidatur aus irgend welchen Nebengründen die Siegesaussichten der Partei verstärkte. Es ist kein Zufall, daß, während in den Einzelstaaten der Vizegouverneur oft der nächste Gouverneur wird, noch niemals ein Vizepräsident durch Wahl zum Präsidenten aufgerückt ist.

Tritt aber dann doch die unbeachtet gelassene Möglichkeit ein, daß der Präsident stirbt, so steht am Steuer ein Mann, den niemand eigentlich dort gewollt hat. Fünfmal

ist das Oberhaupt der Nation im Amt gestorben, viermal sogar wenige Monate nach dem Amtsantritt, so daß der Vizepräsident fast vier ganze Jahre die Geschicke des Landes zu leiten hatte. Als 1841 Tyler an die Stelle von Harrison trat, ergaben sich sofort unwürdige Konflikte mit der Whigpartei, die ihn erwählt hatte; als nach der Ermordung Lincolns 1865 Johnson die Zügel ergriff, da war es seine republikanische Partei, die es bedauern mußte, den Jähzornigen zum Vizepräsidenten erhoben zu haben, und wenn 1881 nach der Ermordung Garfields sein Nachfolger Arthur sich schließlich nicht schlecht mit dem Amte abfand, so ging doch auch zunächst ein Schrecken durchs Land, als man sah, daß ein so gewöhnlicher Berufspolitiker an die Stelle Garfields treten sollte, mit dessen Wahl so viele Hoffnungen verknüpft gewesen waren.

Bei Mac Kinleys Tode trat an die Spitze ein Vizepräsident, mit dem es in einer Beziehung ganz anders stand: war je ein Mann aus dem echten Präsidentenholz geschnitzt gewesen, so war es Theodore Roosevelt. Trotzdem war auch er so wenig unter dem Gesichtspunkt des Präsidentenpostens gewählt, daß das ganze Land zunächst wieder die Empfindung hatte, als sei ein Fall eingetreten, der außerhalb jeder möglichen Vorerwägung lag. Seine Freunde hatten von Roosevelt das Opfer verlangt, das undankbare Vertreteramt zu übernehmen, weil sie wußten, daß sein Name auf dem Stimmzettel der republikanischen Partei mit dem frischen Kriegsruhm des Rauhreiterführers, am sichersten der Mac Kinleypartei den Sieg erringen würde. Die Gegner des energisch-eigenwilligen Mannes hatten ihn anderseits gegen sein hartnäckiges Sträuben mit allen Mitteln der Parteimaschine in die Kandidatur hineingedrängt, erstens weil sie ihn als Gouverneur des Staates Newyork los sein wollten, wo er den Schablonenpolitikern das Leben schwer machte, und zweitens, weil sie ihn durch die Tradition, die den Vizepräsidenten zum stillen Manne macht, als Präsidentschaftskandidaten für 1904 unmöglich machen wollten. An den Tod Mac Kinleys dachten weder Freunde noch Feinde. Die Freunde hatten richtig

spekuliert; der Held von San Juan brachte der Partei den Sieg. Die Gegner hatten sich dagegen nicht nur im Endergebnis, sondern von vornherein vollkommen verrechnet. Gouverneur von Newyork wurde Odell, der unerwarteterweise dem Ränkespiel der Politiker noch schärfer entgegentrat, und anderseits wußte Roosevelts impulsive Natur schnell Wege zu finden, um auch als Vizepräsident das herkömmliche Schweigen zu brechen und stetig vor den Augen der Welt zu bleiben. Kein Zweifel, trotz aller Traditionen wäre diesmal das Amt die Vorbereitung für die nächste Präsidentschaftskandidatur geworden. Und wie dann durch das Verbrechen von Buffalo alles so ganz anders kam, als die Politiker es berechnet, da wirkte es auf Roosevelts Verehrer fast wie ein tragisches Geschick: er hatte sein Bestes eingesetzt, um die Präsidentschaft durch eigne Kraft zu erringen und nun kam sie ihm fast wie ein Zufallsgeschenk zu. Erst die nächste Wahl kann ihm volle Gerechtigkeit bringen.

Die Umrisse seiner schnellen Laufbahn sind allgemein bekannt. Roosevelt ist 1858 in Newyork geboren; sein Vater, ein begüterter Kaufmann, war als Philanthrop bekannt; die Familie ist vom alten Knickerbocker-Stamm. Auf Privatschulen vorgebildet, studierte er in Harvard vornehmlich Nationalökonomie und Geschichte, reiste in Europa und, kaum vierundzwanzig Jahre alt, warf er sich in die Arme der Politik. Bald eroberte er einen republikanischen Sitz in der Newyorker Staatslegislatur, und damit begann sein unermüdlicher Kampf für städtische und staatliche Verwaltungsreformen. 1889 ernannte Präsident Harrison ihn zum Kommissar für den nationalen Zivildienst, 1895 resignierte er, um Polizeidirektor von Newyork zu werden; aber schon zwei Jahre später wurde er wieder aus städtischem in nationalen Wirkungskreis berufen: er wurde zum Unterstaatssekretär der Flotte ernannt. Jederzeit war seine Verwaltungstätigkeit von literarischer und wissenschaftlich historischer Arbeit begleitet gewesen. Mit flottengeschichtlichen Studien und mit hervorragenden Biographien amerikanischer Staatsmänner hatte er seine schriftstellerische Laufbahn begonnen. Mit

dreißig Jahren schrieb er den ersten Teil seines Hauptwerks: die Eroberung des Westens, und immer wieder schob er zwischen die wissenschaftlichen Werke flotte Weidmannsbücher, die von seinen Jagden in den Urwäldern plauderten. Später gesellten sich dazu Bände, in denen soziale und politische Essays gesammelt waren.

Dann kam der spanische Krieg, und der Unterstaatssekretär wollte nicht länger am Pulte weilen, wenn andre zum Schlachtfeld stürmten. Um ihn sammelte sich ein freiwilliges Reiterregiment, in das die tollkühnen Bauernburschen der Prärie, die waghalsigsten Reiter und gleichzeitig die Söhne der vornehmsten Newyorker und Bostoner Familien eintraten. Roosevelts Freund Wood von der stehenden Armee wurde Oberst des schnell berühmten Regiments, er selbst Oberstleutnant. Bei San Juan erstürmten sie die Hügel, und wenige Tage später wurde Wood General und Roosevelt Oberst.

Sein Heimatstaat Newyork empfing den Heimkehrenden mit Jubel, und wenige Monate später zog er als Gouverneur des Staates in Albany ein. Mit furchtloser Energie führte er dort unpopuläre Reformen durch und kämpfte gegen die Übergriffe der wirtschaftlichen Korporationen. Es war sein persönlicher Wunsch gewesen, das Gouverneuramt noch für zwei weitere Jahre festzuhalten: da wurde ihm durch das geschickte Spiel östlicher Gegner und westlicher Bewunderer auf der Philadelphiaer Nationalkonvention vom Juni 1900 die Kandidatur für den Vizepräsidentenposten aufgezwungen. Am 14. September 1901 leistete er in Buffalo den Eid als Präsident.

In die aufrichtige Trauer um Mac Kinley, die das ganze Land erfüllte, mischte sich damals stille Besorgnis für die Zukunft. Die Nation sonnte sich im Frieden, und plötzlich stand an der Spitze ein impulsiver Reiterführer, der die Kriegsfahne in der Faust hielt. Die Nation stand in der Mitte wirtschaftlicher Bewegungen, die vor allem das eine erheischten, daß ein gereifter, besonnener, von dem persönlichen Vertrauen aller Kreise geehrter Führer ausgleichend

einwirkte, und plötzlich trat an die Stelle des konservativsten Staatsmanns ein jugendlicher Feuerkopf, der dem wirtschaftlichen Leben fernstand, der bei den Parteipolitikern sich längst unbeliebt gemacht hatte, und dem selbst seine Bewunderer im Lande jede hastige, eigenwillige Übereilung zuzutrauen schienen. Die Phantasie der Masse hatte Roosevelt zu oft im Kinematoskop der Presse mit dem Schlapphut in der Khakiuniform gesehn, wie er den Hügel des Feindes erstürmte. Man vergaß, wie lange er stille, stetige Arbeit als Polizeidirektor der größten Stadt des Landes verrichtet hatte; man vergaß, wie vom ersten Semester seiner Studentenzeit in Harvard an jeder Tag der Vorbereitung für den öffentlichen Dienst, dem Einleben in die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Probleme des Landes gewidmet gewesen; man vergaß, daß er das Schwert nur ein paar Monate, die Feder des Historikers aber durch zwei Jahrzehnte geführt hatte. Wohl war Roosevelts erstes feierliches Wort ein Gelübde, seines Vorgängers Politik für den Frieden, den Wohlstand und die Ehre der Nation unverändert fortzuführen, aber man empfand zu lebhaft, daß Mac Kinleys Erfahrung, Reife und Parteieinfluß keinem Nachfolger zu Gebote standen.

Kämpfe sind nicht ausgeblieben. Angriffe und Vorwürfe aus der Mitte der eignen Partei kamen immer wieder zum Vorschein: das konnte nicht anders sein und durfte nicht anders sein. Wer aber den Blick auf das Ganze richtet, der weiß, daß Roosevelt in den ersten Jahren seiner Regierung einen Sieg erfochten, der schwieriger und deshalb glänzender war als der über spanische Truppen. Gleichviel, was die Parteien dachten, er errang und er hielt fest das Vertrauen des ganzen Volkes.

Drei Eigenschaften waren es vor allem, die jeden kleinlichen Widerstand zu Boden warfen. Das Volk empfand, daß hier eine sittliche Kraft im Werk war, die mächtiger sich durchsetzte als alles politische Klügeln und diplomatische Lavieren. Hier wirkte eine unmittelbare ethische Potenz, für die das Ideal mehr ist als die Partei, der innere Wert mehr als der äußere Triumph. Dazu kam

zweitens Roosevelts Mut. Das über alle Gegensätze Erhabne, das schlechthin Sittliche war für ihn nicht nur der Kernpunkt persönlichen Glaubens, sondern Antrieb zur Tat, ohne jegliche Rücksicht auf eigne Gefahren. Das war der Grundton seiner Reden: es genügt nicht, das Rechte zu würdigen, es tut nicht weniger not, für das Rechte furchtlos und rücksichtslos einzustehn. Da ging er voran, und mußte sich der Präsident auch oft beim politischen Zusammenspiel durch Zugeständnisse das Erreichbare sichern, so empfand die Nation doch mit wachsendem Vertrauen, daß er in ernster Stunde keine Handbreit von der Grundlinie seiner Überzeugung abwich und den Mut hatte, rücksichtslos für seine Auffassung einzutreten. Und dazu kam drittens die alles überwindende Aufrichtigkeit.

Das Rechte gewollt hatte auch Mac Kinley. Viel Mut zu zeigen lag für ihn kaum Veranlassung vor, denn der unvergleichlich geschickte Politiker konnte jeden Konflikt mit den eignen Leuten umgehn und war stets Führer auf Wegen, auf die ohnehin die Masse hindrängte; die Masse empfand daher nicht, daß er im Grunde mutlos war und die Verantwortlichkeit stets auf andre abschob. Daß Mac Kinleys kluge glatte Worte aber nicht immer aufrichtig waren, das empfand die Masse instinktiv; die Worte waren da, um zu verbergen, was hinter der napoleonischen Stirn vorging. Und da kam nun ein Enthusiast, der überströmte von allem, was ihn erfüllte, und dessen Worte so überzeugend ehrlich, so rückhaltlos klar waren, daß jedermann das Gefühl hatte, der Präsident hätte ihn persönlich ins Vertrauen gezogen.

Aber zu dem sittlichen Ernst, dem Mut und der Aufrichtigkeit gesellte sich so vieles andre, das zum Sieg auf der ganzen Linie mithalf. Seine Vorurteilslosigkeit gewann die niedersten Schichten, seine aristokratische Bildung die obersten, seine Sportfreude schließlich die mittlern Schichten. Vorurteilsloser und demokratischer war in der Tat kein Präsident gewesen: die Bergwerksarbeiter behandelte er auf gleichem Fuße wie die Bergwerksbesitzer, den Neger lud er

ins Weiße Haus ein, mit den Cowboys setzte er sich gemeinsam zu Tische, und wenn er reiste, so schüttelte er bei der Ankunft stets zunächst die rußige Hand des Lokomotivführers, ehe er die versammelten Zylinderhut-Herren begrüßte. Und doch war er seit Jahrzehnten der erste wirkliche Aristokrat im Präsidentenamt. Die Wandlung des Weißen Hauses selbst schien typisch. Die angestammte Präsidentenwohnung war bis zu Roosevelts Regierung in ihrer innern Einrichtung ein langweiliges Gemisch von kahlem Amtslokal, philisterhafter Privatwohnung und kalten Empfangsräumen gewesen; heute ist es ein schmucker Palast mit mancher feinen künstlerischen Wirkung, und die Ämterjäger haben keinen Zutritt mehr zu den innern Hallen. Ehrbare Philister waren in der Tat seine Vorgänger gewesen, die Mac Kinleys und Harrisons und Clevelands. Sie entstammten der zweiten Schicht des Landes, innerlich durchaus verschieden von der besten Schicht, in der man sich bis vor kurzem noch wenig um praktische Politik bekümmerte und mehr um innere Kultur und Kritik, um Literatur und Kunst, um großzügige Wirtschaftsentwicklung und verfeinerte Geselligkeit. Spät begann man endlich auch in diesen Kreisen zu empfinden, daß es nicht genügt, politische Mißbräuche mit Verachtung zu behandeln und ihnen weit aus dem Wege zu gehn, sondern daß es not tut, selbst mitzukämpfen: die Vornehmen hatten zu lange an ein politisches Söldnerheer geglaubt.

Der Erste, der aus diesen Reihen sich zum Führer aufschwang, war Roosevelt. Nicht nur der Adel des Charakters, sondern auch der Adel der Kulturtradition durchdringt ihn, und niemals hat er in seinen Reden oder Schriften die nivellierende Unabhängigkeitserklärung zitiert. Und wenn seine Reden im engern Kreise, bei Banketten und ernsten Versammlungen, so unvergleichlich faszinieren — in viel höherm Maße als die von der Volkstribüne in die Wahlmännermassen geschleuderten Kraftreden — so ist es oft nicht so sehr die Originalität des Gedankens und nicht einmal das elektrische Fluidum seiner einzigartigen Sprechweise, sondern vor allem doch der reife Kulturgehalt, der hier das

politische Denken durchdrungen hat. Daher gewinnt er um so mehr, je enger der Kreis, und wer ihm im ernsten Zwiegespräch begegnet, empfindet, daß sich die Vornehmheit der Gesinnung, die Weite des historischen Ausblicks und die Sicherheit der Kraft geeinigt haben, eine Persönlichkeit im großen Stil zu schaffen.

Tief wie die Wirkung auf das eigne Volk war die auf den Weltkreis der Nationen. In der Stunde, da die Vereinigten Staaten durch territoriale und wirtschaftliche Expansion in die Weltmachtstellung einrückten, trat an die Spitze ein Präsident, dessen Persönlichkeit seit Jahrzehnten zum erstenmal einen charakteristischen und bedeutenden, vor allem aber einen dramatisch fesselnden Eindruck auf die Völker Europas ausüben konnte. Und sollte die Stunde voll ausgenutzt werden, so genügte es nicht, daß der Führer durch seine Impulsivität und seine Eigenwilligkeit, durch seine malerischen Gesten und seine packenden Reden die Aufmerksamkeit der Massen fesselte und den Zeitungsleser prickelnd anregte, sondern die Sympathie der Feinsten und Berufensten, ja, das Gleichwertigkeitsgefühl der monarchischen Führer mußte anklingen. Ein zweiter Lincoln hätte das nicht erweckt, und doch gerade dies war das Neue, das nötig war. Die internationale politische Stellung mußte ihre soziale Ergänzung finden; die Völker mußten den neuen Kameraden nicht nur in der Amtsstube, sondern im Salon willkommen heißen. Da war der junge Präsident der rechte Mann; ein graziöses Wort, ein taktvoller Einfall, eine vornehme Gastlichkeit standen ihm zu Gebote.

Wer so kraftvoll einsetzt, muß manchen verletzen; wer sich um so vieles kümmert, muß manches aufstören, das in Ruhe gelassen sein will; wer immer aufrichtig ist, muß Gegner haben. Daß auch Roosevelt die Fehler seiner Vorzüge hat, kann niemand bestreiten, und auch die Folgen sind nicht ausgeblieben. Manche Gefahr, die Männern vom Rooseveltypus naheliegt, wird freilich von vornherein durch die demokratischen Gewohnheiten des Landes verringert. So lebt er in einer Umgebung, die sich sicherlich nicht fürchtet, ihm

die ganze Wahrheit zu sagen; jede Kritik erreicht sein Ohr. Und nicht minder wichtig ein anderes: die Demokratie zwingt jedermann in den Kreis von Befugnissen, für den die Nation ihn auserkoren. Ein überreger Geist wie der seine formt Urteile über vielerlei Probleme und die Ausnahmestellung, die er politisch errungen, verführte ihn zunächst, seinem Urteil auf den Nebengebieten ebenfalls Ausnahmswert beizumessen. Da aber ist die Tradition des Landes zwingend gewesen; sie kennt kein allgemeines Kulturpräsidententum, sondern nur einen politischen Leiter, dessen nichtpolitische Ansichten Privatmeinungen ohne Einfluß bleiben. Wieder in andern Beziehungen hat er selber durch Erfahrungen zugelernt. Kein Zweifel, er unterschätzte die Macht der Parteiführer und der Senatoren, als er in das Weiße Haus einzog; der stille Widerstand, den er hinter den Kulissen fand, hat ihm wohl manche schmerzliche Lektion gelehrt. War doch bei der Verwirklichung so manchen Herzenswunsches eine künstliche Opposition geschaffen, nur um den eigenwilligen neuen Herrn fühlen zu lassen, daß man ihm Hindernisse in den Weg legen kann, wenn er nicht zu weitgehenden Rücksichten bereit ist. Aber auch diese Warnungen waren im Grunde kein Schaden; Roosevelt war nicht der Mann, durch sie in jene Parteiabhängigkeit zu geraten, mit der Mac Kinley sich zufrieden gab; sie hielt ihn nur zurück von jener, dem amerikanischen Parteigeist fremdartigen rücksichtslosen Eigenmächtigkeit, welche die späteren Jahre der Clevelandschen Verwaltung so arg schädigte. Fast könnte man sagen, daß das Ergebnis eine ideale Synthese Clevelandscher Konsequenz und Mac Kinleyscher Anpassungsfähigkeit wurde.

Den Parteifanatikern war er somit natürlich zu selbständig und den Parteigegnern zu nachgiebig. Und diese Angriffe der Extremen auf beiden Seiten wiederholten sich in jedem andern Gebiete, denn überall stand er auf höherer Warte als auf der Zinne der Partei. Nahm er in den Kämpfen zwischen Kapital und Arbeit ernsthafte Rücksicht auf die gerechten Beschwerden der Arbeiter, so wurde er als Sozialist denunziert, und bot er seine Hand nicht sofort, um die großen

wirtschaftlichen Korporationen zu zerstören, so hieß es, daß er am Gängelband der Börse sei. Stellte er im Süden Beamte ohne Rücksicht auf die Parteizugehörigkeit an, so zeterten die Republikaner; nahm er nicht an den südlichen Ungerechtigkeiten gegen die Neger teil, so wüteten die Demokraten. Alles in allem aber bewährte sich doch das Wort des Präsidenten Hayes: Der dient der Partei am besten, der dem Lande am besten dient. Seine Partei, die republikanische, ist unter Roosevelt, gerade weil er nicht gedankenlos willfährig war, zu tieferer Selbsteinschau gelangt und steht sittlicher, höher da als zuvor; das Land aber als Ganzes hatte niemals fähigere, pflichtbewußtere, besser vorgebildete Beamte.

Hierzu wirkte eines wesentlich mit: Roosevelt hatte vielleicht nicht Mac Kinleys breite Erfahrung in Fragen der Legislative; die Riffe und Sandbänke im Fahrwasser des Kongresses kannte er nicht. Für die Exekutive aber, für die Verwaltung von Zivildienst und Armee und Flotte, für die Probleme, die Einzelstaat und Stadt und Land darbieten, waren seine Lehr- und Wanderjahre eine ideale Vorbereitungszeit, und hinter der praktischen Schulung stand das sichere Wissen des Historikers. Amerika hatte sein herkömmliches Glück, als die Mephistophelesse der republikanischen Partei den gefürchteten Gouverneur von Newyork zwangen, das undankbare Amt des Vizepräsidenten anzunehmen; wäre es nach dem Wunsch der Bessern gegangen, so wäre nach dem Attentat ein Schablonenpolitiker ans Steuer gelangt und nicht der beste Präsident, den das Land seit langen Jahren im Weißen Hause sah.

Unmittelbar um den Präsidenten gruppiert sich das Kabinett; mit voller Freiheit kann er sich seine Berater wählen. Von dem englischen oder französischen Majoritäteneinfluß auf die Zusammensetzung des Ministeriums ist keine Rede. So hatte Cleveland bei seinem zweiten Termin gewissermaßen schon durch die Auswahl seiner Minister angekündigt, daß er seine eignen Wege wandeln würde, unbekümmert um die Wortführer und Drahtzieher der Partei. Das Kriegsministerium gab er

seinem frühern Privatsekretär, das Postministerium seinem frühern Sozius in der Anwaltsfirma, das Justizministerium einem Juristen, der sich überhaupt nicht um Politik gekümmert hatte, das Landwirtschaftsministerium einem persönlichen Freunde und das Ministerium der äußern Angelegenheiten einem Manne, der erst kurz zuvor aus den Reihen der Republikaner zur Clevelandschen Demokratie übergetreten war. Marine- und Finanzministerium waren die einzigen Kabinettstellen, die an bekannte Parteiführer vergeben wurden. Von Mac Kinleys Natur war das entgegengesetzte Verhalten zu erwarten: auch an der Spitze des Landes blieb er der erste Diener der Partei, und wie er seinen Erfolg in hohem Maße seinen sympathischen Beziehungen zu allen maßgebenden Faktoren im Kongreß verdankte, so stützte sich der Erfolg seines Kabinetts darauf, daß er nur Männer wählte, die seit langem das Vertrauen der Partei genossen. Roosevelt erfüllte in erster Linie einen Akt von politischer Pietät, wenn er zunächst das Ministerium unverändert beibehielt; es war zugleich ein wichtiger Schritt zur Beruhigung der öffentlichen Meinung, die von seinem Temperament unerhörte Überraschungen befürchtete. Langsam sind aber doch charakteristische Verschiebungen eingetreten, und gleichzeitig ist unter seiner Verwaltung ein neuer Ministerposten hinzugefügt, das Ministerium des Handels und der Arbeit; es wurde Cortelyou übertragen, der als Sekretär zweier Präsidenten durch liebenswürdige Gewandtheit, Umsicht und Fleiß nicht weniges zu den Erfolgen des Weißen Hauses beigetragen hatte. Vermutlich wird bald auch ein Ministerium für die Inselgebiete geschaffen werden müssen.

Als oberster Minister in der Rangordnung gilt der Staatssekretär, der Minister des Auswärtigen, der, falls sowohl der Präsident als der Vizepräsident an der Ausübung der Regierung verhindert sind, das Präsidium zu übernehmen hat. Er hat die Verantwortung für die diplomatische und konsulare Vertretung der Vereinigten Staaten, sowie er allein mit den Vertretern der fremden Mächte in Washington unterhandelt. Durch ihn verhandelt der Präsident aber auch mit den Re-

gierungen der Einzelstaaten der Union. Er veröffentlicht die Gesetze des Kongresses, und ihm kommt es zu, die Verordnungen des Präsidenten mit zu unterzeichnen. Er ist nächst dem Präsidenten so durchaus der leitende Geist der Regierung, daß es kaum irreführt, wenn er mit dem Kanzler des Deutschen Reichs verglichen wird. Und vielleicht würde der Vergleich noch weniger irren, wenn John Hay, der heutige Leiter der Auswärtigen Politik, mit dem Grafen Bülow verglichen würde. Beide waren in frühern Jahren den Nationalheroen des Jahrhunderts nahe, beide haben in mannigfaltigen Diplomatenstellungen ihre Erfahrung erworben, beide sind gewandte, entgegenkommende und glänzende Staatsmänner, und beide haben eine durchaus moderne Nuance, eine geistreiche Unabhängigkeit von der Schablone, eine freie Weltanschauung, ein pointiertes Wort, ein reiches literarisches Feingefühl. Hay war Präsident Lincolns Hilfssekretär bis zu Lincolns Tode, war Gesandtschaftssekretär in Frankreich, Österreich und Spanien, nahm hervorragenden Anteil an der Parteipolitik, wurde Unterstaatssekretär, schließlich Botschafter in England und 1898 Leiter der Auswärtigen Politik. Seine „Balladen", seine „Castilischen Tage", sein „Leben Lincolns" sichern seinen literarischen Ruf.

Wie weit die Auswärtige Politik wirklich vom Staatssekretär und wie weit vom Präsidenten geleitet wird, läßt sich naturgemäß schwer beurteilen. Jedenfalls verhandeln die Vertreter der fremden Staaten offiziell stets nur mit dem Minister, der seinen regelmäßigen diplomatischen Tag hat, während ihre Beziehungen zum Präsidenten nach der offiziellen Einführung lediglich soziale bleiben. Wichtigere Schritte werden aber stets im Einverständnis mit dem Präsidenten unternommen, und bei entscheidenden Fragen der äußern Politik tritt das ganze Kabinett zusammen. Im Volksbewußtsein empfand man Hays persönlichen Einfluß am deutlichsten bei den Verhandlungen über den mittelamerikanischen Kanal und bei der Behandlung der russischen und asiatischen Probleme; besonders nach den chinesischen Wirren feierte man ihn gerne als den geschicktesten und

erfolgreichsten Staatsmann der Zeit. Im allgemeinen wird man vermutlich nicht fehlgehn, wenn die englandfreundliche Tendenz der amerikanischen Politik im wesentlichen seinem Einfluß zugeschrieben wird. Dagegen dürfte er nach Deutschland hin keine tieferen Neigungen empfinden.

Im Range am nächsten steht der Finanzminister, der Chef des Schatzamts, der die Verwaltung der Bundesfinanzen im Grunde wie ein großer Bankier leitet; gleichsam ein Bankpräsident, dem der Kongreß als Aufsichtsrat zur Seite steht. Da Zölle und Innensteuern nur vom Bund und nicht von den Einzelstaaten auferlegt werden können, anderseits die Ausgaben für Heer und Flotte, für Post und Bundesverwaltung nur der Union zufallen, die Staatsschuld und die Münze unter Bundesverwaltung stehen, so handelt es sich um Finanzoperationen, die durch ihren Umfang maßgebenden Einfluß auf das Bankwesen des ganzen Landes ausüben.

Dritter in der offiziellen Rangordnung ist der Kriegsminister, während der Flottenminister erst an sechster Stelle kommt; Justiz- und Postministerium schieben sich dazwischen. Der erst 1903 organisierte Generalstab des Kriegsministeriums setzt sich aus hohen Offizieren zusammen, doch an der Spitze des Kriegsdepartements steht ein Zivilist. Dabei gehen beim Heere sowohl wie bei der Flotte die Funktionen der Minister entschieden über die etwa eines preußischen Ministers hinaus; sie haben es nicht nur mit der Verwaltung zu tun, sondern üben im Kriegsfall einen entscheidenden Einfluß auf die Bewegungen der Streitkräfte aus, da durch sie der Präsident als oberster Kriegsherr handelt. Fast fünf Jahre hindurch stand an der Spitze des Kriegsministeriums Elihu Root, bei dessen Rücktritt im Januar 1904 Roosevelt erklärte: „Root ist der größte Mann, der in unsrer Zeit im öffentlichen Leben in irgend einem Lande der neuen oder der alten Welt erschienen ist."

Die Stellung des Justizministers darf noch weniger mit der entsprechenden Stellung in einem deutschen Staate verglichen

werden. Auf die Besetzung und Verwaltung der Gerichte hat das Ministerium des Präsidenten keinen Einfluß: der offizielle Justizvertreter im Kabinett ist im wesentlichen ein oberster Staatsanwalt und zugleich juristischer Ratgeber für alle politischen Akte des Präsidenten. Soweit die Besetzung der Stellen in Frage kommt, ist auch der Einfluß des Postministers auf die ihm unterstehende Verwaltung praktisch eigentlich kein großer, da der ungeheure Beamtenapparat der Post für alle wichtigen Stellungen die Bestätigung des Senats erheischt und die Besetzungsgewalt dadurch tatsächlich in die Hände der Senatoren übergegangen ist. Der gesamte Postdienst steht dagegen unter seiner Leitung; nur ist nicht zu vergessen, daß sowohl die Eisenbahnen als auch, was dem Deutschen meist seltsamer erscheint, der Telegraph in Amerika nicht im Besitze des Staates sind.

Das Ministerium des Innern ist ein einheitlicher Name für vielerlei unzusammenhängende Regierungsarbeiten. In der langen Liste der Aufgaben kommen auch Erziehung und Unterricht vor, aber dieses scheinbar größte Pflichtengebiet ist tatsächlich ziemlich klein, da alle Unterrichtsfragen Sache der Einzelstaaten sind und der Nationalregierung nichts übrig bleibt, als Statistiken und Informationen zu verbreiten, Material zu sammeln und Ratschläge zu erteilen: praktische Änderungen anzuordnen ist das nationale Erziehungsbureau nicht befugt. Praktisch viel bedeutsamere Abteilungen des Ministeriums des Innern sind das Pensionsbureau — Amerika zahlt jährlich etwa 138 Millionen Dollars Kriegspensionen —, das Patentbureau, das jährlich fast 30000 Patente erteilt, daneben das Eisenbahnbureau, das Indianerbureau, die geologische Landesaufnahme und ähnliches. Das Landwirtschaftsministerium umfaßt ebenfalls nicht nur rein landwirtschaftliche Abteilungen, sondern auch das Wetterbureau, zoologische, botanische, chemische Institute, vor allem eine große Zahl wissenschaftlicher Abteilungen, die indirekt der Landwirtschaft zugute kommen. Letztes in der Rangordnung ist das junge Handels- und Arbeitsministerium, dem das Korporationsbureau, das Arbeitsbureau, das Zensusbureau,

das Statistische Bureau, das Einwanderungsbureau, das Fischereibureau und andre zugehören.

Diesen Ministerien untergeordnet sind ungefähr 240 000 Beamte, die alle, vom Botschafter bis zum Postboten, direkt unter dem Präsidenten im Nationaldienst stehen und von der Verwaltung der Einzelstaaten, in denen sie ihr Amt ausfüllen, vollkommen unabhängig sind.

Viertes Kapitel.

Der Kongreſs.

Vom Weißen Hause führt eine kerzengerade Avenue hinüber zum Kapitole, das die Stadt architektonisch beherrscht. Wer da die breitgelagerten Terrassen emporsteigt, gelangt zunächst in die gewaltige Mittelhalle, über der sich die Kuppel aufbaut. Wer von hier aus sich zur Rechten wendet, durchschreitet die Ruhmeshalle und gelangt schließlich in den erdrückend großen Parlamentssaal, in dem 386 Repräsentanten als direkte Vertreter des Volkes tagen. Wer sich aber von der Mittelhalle zur Linken wendet, gelangt am Sitze des Bundesobergerichts vorbei schließlich zu dem schmucken Saal, in dem die 90 Vertreter der Staaten ihre Sitzungen halten. Rechts tagt das „Haus", links der „Senat"; beide zusammen bilden den Kongreß, die gesetzgebende Körperschaft der Nation.

Als die ursprünglichen vereinigten dreizehn Staaten im Jahre 1778 Bundesartikel festlegten, war der „Kongreß" als ein einziges Haus geplant, in dem jeder Staat zwar durch eine verschiedene Anzahl von Mitgliedern vertreten sein dürfte, jeder Staat aber durch seine Vertreter nur Anrecht auf eine Stimme hatte. Wenn aber die schließliche Verfassung der Vereinigten Staaten neun Jahre später dieses Einkammersystem beseitigte und den Kongreß in Senat und Repräsentantenhaus spaltete, so schloß sie sich einfach den Traditionen der einzelnen Staaten an. Nur Pennsylvania hatte sich mit

einer Kammer begnügt; die andern Einzelstaaten hatten die Doppelvertretung von England her übernommen und hatten die englische Tradition durchgeführt, obgleich ihnen wahrlich nichts ferner gelegen hatte, als die Lords von den Gemeinen zu trennen.

Für die Vereinigten Staaten aber mußte die Zweiteilung als der sicherste Weg zum Ausgleich der entgegengesetzten Kräfte gelten. Auf der einen Seite sollte jeder Staat, auch der kleinste, das gleiche Anrecht und den gleichen Einfluß haben; auf der andern Seite muß jeder Bürger dem andern als gleichwertig gelten, die Vertretung also der Einwohnerzahl entsprechen. Es galt mithin, eine Kammer zu schaffen, in der jeder Staat gleich viele Vertreter besitzt, und eine andre, in der jeder Abgeordnete die gleiche Zahl Wähler zu vertreten hat. Des weitern soll auf der einen Seite eine feste konservative Tradition herangebildet werden, auf der andern Seite die wechselnde Stimmung des Volkes sich spiegeln. Es galt daher, die eine Kammer der Volkswahl zu entziehn und der Wahl durch die einzelstaatlichen Legislaturen zu überlassen, überdies die Altersgrenze für die Wahl hochzulegen und vor allem die Wahl für lange Termine anzusetzen und sie schließlich so zu gestalten, daß stets nur ein Bruchteil ausscheidet und die Mehrheit von Wahlen ungestört ihre Arbeit fortsetzen kann. Die andre Kammer aber muß dann durch häufige direkte Volkswahlen vollständig erneuert werden. So kamen denn die beiden Abteilungen des Kongresses zustande, die den Gegensatz ihres Wesens überall in den großen Zügen wie in den kleinsten Nebensächlichkeiten bekunden. Der Vergleich mit den europäischen Zweikammersystemen liegt natürlich nahe, und doch ist der Senat weder ein Bundestag, noch ein Herrenhaus, noch ein Haus der Lords, und das „Haus" ist grundsätzlich verschieden vom Reichstag. Wer das amerikanische System verstehen will, muß die Erinnerung an die europäischen Verhältnisse zunächst beiseite schieben, und nur die Betonung der Verschiedenheiten kann dazu beitragen, die Verhältnisse von Washington klarzustellen.

Die Senatoren sind also Vertreter der Einzelstaaten; jeder Staat sendet zwei: der Staat Newyork mit sieben Millionen Einwohnern hat nicht mehr Vertreter im Senat als der Staat Wyoming mit weniger als hunderttausend Einwohnern. Jeder Senator ist auf sechs Jahre gewählt, und zwar von der gesetzgebenden Körperschaft des Einzelstaates. Alle zwei Jahre scheidet ein Drittel der Senatoren aus; der Senat hat daher seit der Gründung der Union ununterbrochen existiert. Seltsamerweise ist übrigens die Stimmabgabe persönlich und nicht nach Staaten; es tritt daher häufig der Fall ein, daß die zwei Vertreter eines Staates verschieden stimmen. Das passive Wahlrecht für den Senat beginnt mit dreißig Jahren.

Die Mitglieder des „Hauses" werden vollständig jedes zweite Jahr neugewählt, und zwar durch direkte Volkswahl. Die Zahl der Abgeordneten ist dabei von der Verfassung nicht vorgeschrieben; sie wird immer aufs neue bestimmt, und auf der Basis der zehnjährigen Volkszählung werden jedem Staate so viele Volksvertreter bewilligt, wie seinem Bevölkerungsanteil entspricht. Solange es Sklaven gab, konnten diese selbstverständlich nicht wählen, dagegen sträubten sich die Sklavenstaaten gegen die Schmälerung ihrer Vertreterzahl durch den Abstrich der Neger von der Einwohnerzahl, und der Sklave wurde daher verfassungsgemäß als drei Fünftel eines Menschen in Anrechnung gesetzt. Heute kann Farbe oder Rasse das Wahlrecht nicht berühren. Dagegen kümmert sich die Nation als solche nicht darum, wer zur Wahl zugelassen wird, sondern überläßt das völlig den Einzelstaaten; die Nation verlangt nur, daß für die Nationalwahl in jedem Staate dieselben Bedingungen maßgebend sind, die für die einzelstaatliche Landtagswahl vorgeschrieben sind. Im übrigen bleibt es jedem Staate überlassen, wie er die ihm zugewiesene Zahl von Vertretern für Washington gewinnt. So haben denn beispielsweise in den vier westlichen Staaten, in denen die Frauen Stimmrecht für die Lokallegislatur haben, die Frauen auch das Recht, für den Kongreß zu wählen. Daß der Abgeordnete nicht nur dem Staate, der ihn schickt, sondern auch dem engern Wahlbezirk, der ihn wählt, durch seinen Wohn-

sitz angehört, gilt im wesentlichen als selbstverständlich; übrigens steht dabei die Wahlgeometrie der Gouverneure in vollster Blüte. Das erste Repräsentantenhaus hatte 65 Mitglieder, das von 1902 hatte 357, und so hat sich der politische Schwerpunkt des Landes verschoben, daß die Staaten, die im ersten Kongreß vertreten waren, nur 137 Mitglieder dazu beitragen. Jetzt ist die Zahl der Mitglieder sogar auf 386 vermehrt. Die passive Wählbarkeit beginnt mit dem fünfundzwanzigsten Jahre, und während ein Senator wenigstens neun Jahre im Lande leben muß, genügen für den Repräsentanten sieben Jahre.

Schon diese Verschiedenheiten der Wahlbedingungen bringen es mit sich, daß der Personenbestand in den beiden Häusern, der ursprünglichen Absicht gemäß, durchaus verschiedenen Eindruck hervorruft. Die Senatorwürde, die nur wenigen, und diesen auf lange Zeit angeboten wird und die von dem engen Kreise der einzelstaatlichen Gesetzgeber verliehen wird, muß als die höchste politische Ehre gelten, nach der die erfolgreichsten Führer des öffentlichen Lebens und die angesehensten Männer der Einzelstaaten sich sehnen. Das Ideal wird ja freilich dadurch etwas beeinträchtigt, daß in Wirklichkeit die Mitglieder der einzelstaatlichen Legislatur vom Wählerhaufen meistens schon mit der Verpflichtung gewählt werden, einen bestimmten Kandidaten für die Senatorenstelle zu unterstützen, die große Masse ihren Einfluß also schließlich doch ziemlich direkt ausübt, und überdies das Ansehn in den westlichen und besonders in den dünnbevölkerten Staaten sich nicht selten im wesentlichen auf ungewöhnlichen Reichtum bezieht. Da aber gerade in diesen Fällen es sich meist um Reichtum handelt, der durch überlegne Energie und Phantasie gewonnen ist, so kommen doch auch auf diesem Wege Männer nach Washington, welche über der Durchschnittsmasse der Wähler stehn und die bedeutendsten Kräfte des amerikanischen Volkslebens mit Ernst, mit Würde und mit Sachkunde vertreten.

Im letzten Senat war das Durchschnittsalter der neunzig Senatoren sechzig Jahre, siebzehn waren über siebzig.

Einundsechzig von ihnen waren Juristen, achtzehn Geschäftsleute, drei Landwirte, zwei frühere Journalisten. Nur muß man beim Juristen nicht an Männer denken, die noch heute in anwaltlicher oder richterlicher Tätigkeit begriffen sind; meistens handelt es sich um Männer, die bald aus der Anwaltstätigkeit in die Politik übergegangen sind und ganz in der Politik leben. Nicht wenige dieser juristischen Gesetzesmacher stehen auch seit Jahren im wirtschaftlichen Leben als führende Geister großer Industrien und Eisenbahnen oder ähnlicher Korporationen, so daß die juristische Majorität in keiner Weise den Gedanken an juristische Verknöcherung nahelegen darf. Alle Seiten des amerikanischen Lebens sind vertreten, und nur Berufe wie die des Universitätsgelehrten oder des Predigers sind nahezu ausgeschlossen, weil die Verhältnisse es geradezu verlangen, daß der Senator sechs Winter in Washington zubringt. Daß die Politik für die meisten Lebensberuf geworden, ergibt sich, wenn wir sehen, wie viele zum vierten oder fünften Mal in den Senat gewählt sind. Unter den bekanntesten Senatoren sind etwa Allison, Hoar, Cockrell, Platt, Morgan, Teller und andre über fünfundzwanzig Jahre im Senat. Durch solche häufigen Wiederwahlen wird die konservative Tradition natürlich noch mehr gesichert als durch irgend eine äußere Bestimmung.

Charakteristisch für die Zusammensetzung ist auch, daß mit einer einzigen Ausnahme kein Senator auf dem europäischen Kontinent geboren ist; nur Nelson, der Senator von Minnesota, kam aus Norwegen, aber bereits als kleiner Junge. Von einer Vertretung der zugewanderten Millionen kann in diesem konservativen Kreise nicht die Rede sein. In den von den Senatoren selbst geschriebenen Biographien geben zwei an, daß sie, obgleich in den Staaten geboren, von deutscher Abstammung seien: Wellington, der Senator von Maryland, und Dietrich, der Senator von Nebraska. Weit verbreitet ist der Beiname des Senats: Millionärklub. Daß die Mehrheit der Senatoren reiche Leute sind, ist natürlich. Aber dabei darf nicht an die großen Reichtümer der wirtschaftlichen Magnaten gedacht werden. Senator Clark von Montana, dessen

Vermögen auf hundert Millionen Dollars geschätzt wird, ist der einzige, der nach amerikanischen Begriffen reich ist; die meisten andern haben just ein paar bescheidene Millionen, manchen aber legt der kostspielige Aufenthalt in Washington sehr empfindliche Opfer auf. Und vor allem steht es fest, daß gerade die unbemittelten Senatoren zu den angesehensten und einflußreichsten gehören. Der feinstgebildete Geist des Senats dürfte der jüngere Vertreter von Massachusetts, der Historiker Lodge sein, der intimste Freund des Präsidenten. Die würdigste Erscheinung aber ist der ältere Senator von Massachusetts, der redegewaltige Hoar.

Es ist selbstverständlich, daß das Niveau des Repräsentantenhauses erheblich tiefer liegt. Hier soll das Volk sich spiegeln mit allen seinen zersplitterten Interessen und Begehrlichkeiten. Die juristische Zweidrittelmehrheit fehlt freilich auch hier nicht: von den 357 Mitgliedern des letzten Hauses waren 236 Rechtsbeflissene, 63 Geschäftsleute, 17 Landwirte. Auch darin ist das Haus dem Senate ähnlich, daß es trotz der vollständigen Neuwahlen sich doch in hohem Maße selbst erhält: der gegenwärtige achtundfünfzigste Kongreß enthält 250 Mitglieder, die schon im siebenundfünfzigsten saßen. Ungefähr der zehnte Teil der Repräsentanten ist seit zehn Jahren bei der Arbeit. Die Gesamtphysiognomie ist aber eine andre; jugendlicher, unruhiger, weniger vornehm, mehr geschäftsmäßig. Das Durchschnittsalter ist hier 48 Jahre; Männer unter dreißig fehlen nicht, und der Gesamteindruck suggeriert, trotz zahlreicher Ausnahmen, daß es sich um Männer aus sozialer Mittelschicht handelt. Gerade aus dieser Schicht erwachsen aber in Amerika die merkwürdig scharfgeschnittenen Persönlichkeiten: kein Zweifel, daß die Zahl der auffallenden Charakterköpfe im Hause viel größer ist als etwa im deutschen Reichstag. Die Repräsentanten wie die Senatoren beziehen ein Jahresgehalt von $ 5000 und freie Reise.

In welchen äußern Formen arbeiten nun die beiden Kammern des Kongresses, und was ist ihr eigentliches Arbeitsgebiet? Völlig trennen läßt sich da freilich Form und Inhalt

nicht. Vielleicht ließe sich das Wesentlichste ihrer charakteristischen Aufgabe und ihrer einzigartigen Methode so zusammenfassen: der Kongreß entscheidet auf der Grundlage von Komiteeberatungen über die Annahme von Gesetzen, welche Kongreßmitglieder vorschlagen. In der Tat sind damit die wesentlichsten Punkte markiert. Der Kongreß entscheidet über Gesetzesvorlagen; er hat also rein legislative, nicht exekutive Funktion. Anderseits müssen die Gesetze von Mitgliedern des Kongresses vorgeschlagen sein; sie können nicht von Mitgliedern des Kabinetts oder vom Präsidenten ausgehn: die Exekutive hat also keinen Einfluß auf die gesetzgebende Körperschaft. Die Methode aber besteht darin, daß der Schwerpunkt auf der notwendigen Komiteeberatung liegt und dort das Geschick jeder einzelnen Vorlage im wesentlichen entschieden wird; vor allem hängt es somit von dem Komitee ab, ob die Gesetzesvorlage überhaupt je das Licht des Plenums erblickt. Der ganze Kongreß, also sowohl Haus wie Senat, haben schließlich über die Annahme zu entscheiden. Jeder dieser Punkte verlangt Kommentar.

Was zunächst die Trennung der Legislative und Exekutive betrifft, so ist es offenbar eine Übertreibung, sie, wie es in oberflächlicher Diskussion zu oft geschieht, als eine absolute darzustellen. Gewiß ist sie schärfer als in Deutschland etwa, wo die Regierungsvorlagen den Hauptstoff der legislativen Tätigkeit bilden. Immerhin ist aber auch in den Vereinigten Staaten das Schicksal jeden Gesetzes von der Stellungnahme des Präsidenten abhängig. Wir sahen, daß eine vom Kongreß angenommene Vorlage vom Präsidenten mit seinem Veto zurückgeschickt werden kann und in solchem Falle Gesetzeskraft nur dann erlangt, wenn sie bei erneuter Abstimmung in jeder der beiden Kammern mit Zweidrittel-Mehrheit beschlossen wird. Ein Gesetz, für das sich in einem der Häuser nur eine schwache Mehrheit finden läßt, kann also leicht vom Haupt der Exekutive beseitigt werden.

Anderseits hat nun aber auch der Kongreß, und zwar durch den Senat, einen sehr energischen Anteil an der Exekutive, insofern als alle Anstellungen von Bundes-

beamten und die Abschließung internationaler Verträge stets der Zustimmung des Senats bedürfen. Die auswärtige Politik macht es daher nötig, daß der Präsident zum mindesten enge Fühlung mit dem Senat behält, und in den internen Anstellungsfragen ist das Entscheidungsrecht der Senatoren so bedeutungsvoll, daß für eine große Zahl der lokalen Stellungen die Auswahl tatsächlich ganz den Senatsvertretern des Landesteils überlassen bleibt. Die Verfassung gibt dem Kongreß sogar auch richterliche Funktion, und zwar im Falle der Amtsverletzung von seiten der obersten Bundesbeamten. Tritt ein solcher Verdacht auf, so hat das Repräsentantenhaus die Anklage zu erheben, und der Senat hat den Gerichtshof zu bilden. Zum letzten Male trat der gewaltige Apparat 1876 in Bewegung, als der Kriegsminister Belknap angeklagt war und freigesprochen wurde. Seit achtundzwanzig Jahren ist also auf keinen höhern Beamten ein Verdacht gefallen.

Die Trennung von Legislative und Exekutive bekundet sich am auffälligsten dadurch, daß kein Kabinettsmitglied einen Platz im Kongreß hat. Zum Beginn der Session sendet der Präsident dem Kongreß eine Botschaft, in der er sein ganzes politisches Herz ausschütten kann, aber auch dann darf er nur Hoffnungen aussprechen, nicht Entwürfe vorlegen. Die Minister aber sind überhaupt nur dem Präsidenten, nicht dem Parlament verantwortlich. Sie haben im Kongreß nichts zu verteidigen, nichts zu diskutieren und nichts anzuklagen; es gibt da gar keine Berührungspunkte: gewissermaßen der extremste Gegensatz zu England, wo die Minister Führer der parlamentarischen Partei sind. Der Amerikaner sieht hierin die Stärke der amerikanischen Politik, und selbst ein Mann wie der frühere Botschafter Andrew D. White, der so vieles an Deutschland bewundert, hält es für eine Tatsache, daß das System des europäischen Kontinents, die Ministerbank im deutschen oder französischen Volksvertretungshause, ein Fehlgriff sei. Die Folge sei ein Herumzanken zwischen Volksvertretern und Ministern, das der Arbeit der Parlamentarier die geschäftsmäßige Ruhe und

Sachlichkeit raubt. Die legislative Arbeit soll in sich selbst ruhn; die Volksvertreter sollen sich nur umeinander kümmern.

Nun muß aber auch das nicht so mißverstanden werden, als wenn praktisch keine Beziehungen zwischen dem Kongreß und den Ministern beständen. Ein wesentlicher Teil der zu beratenden Gesetze sind selbstverständlich die Geldbewilligungen für die öffentlichen Ausgaben, soweit es sich um Ausgaben des Bundes und nicht der Einzelstaaten handelt. Diese Bewilligungen umfaßten das letzte Mal 139 Millionen Dollars für Pensionen, 138 Millionen für die Post, 91 Millionen für die Armee, 78 Millionen für die Marine, 26 Millionen für Flüsse und Häfen usw., insgesamt 800 Millionen Jahresbewilligungen, und dazu kamen 253 Millionen für gesetzliche Kontrakte: die Gesamtsumme der Bewilligungen in einer Kongreßsession betrug also über eintausend Millionen Dollars, eine Summe, die übrigens in Amerika nicht eine Milliarde, sondern eine Billion genannt wird. Diese gesetzliche Bewilligung muß auf Grund von Vorschlägen erfolgen, die von Kongreßmitgliedern ausgehn, aber es ist selbstverständlich, daß jede einzige Ziffer des Voranschlags aus den Staatsämtern der Armee, der Marine, der Post, des Auswärtigen, des Innern usw. stammen muß, wenn sie wirklich zur Grundlage der Erörterung dienen soll. Die Regierung legt also zwar dem Kongreß keinen Budgetvoranschlag vor, aber liefert den befugten Kongreßmitgliedern das gesamte Material, was sachlich kaum von der europäischen Praxis erheblich verschieden ist. Nur bei der Durchberatung des Budgets ist freilich jede Regierungsvertretung ausgeschlossen. Die Kongreßmitglieder, welche durch die Vermittlung des Schatzamts die ministeriellen Voranschläge empfangen, müssen dem Hause angehören: es ist eines der wenigen Vorrechte des Repräsentantenhauses vor dem Senat, daß alle Geldbewilligungsgesetze aus seiner Mitte ausgehn müssen. Es handelt sich da um die alte Grundidee, daß jede Anregung für öffentliche Ausgaben von den Steuerzahlern selbst ausgehn soll, das direkt gewählte Haus somit dazu berufener ist als das indirekt gewählte. Dieses einzige Vorrecht schrumpft freilich

wieder arg dadurch zusammen, daß der Senat jedes vom Haus angenommene Bewilligungsgesetz beliebig amendieren kann.

Ausgehn muß also jeder Vorschlag, der einmal zum Gesetz erhoben werden soll, von Mitgliedern des Kongresses. Daß dieses Recht, Vorlagen einzubringen, nach Möglichkeit ausgenutzt wird, ergibt sich aus der einfachen Ziffer, daß jede Session etwa fünfzehntausend Gesetzesvorlagen einlaufen sieht. Vergegenwärtigen wir uns zunächst die Arbeitsweise des Repräsentantenhauses. Eines ist klar: wenn mehr als dreihundert redegewandte Politiker vor der Aufgabe stehn, in wenigen Monaten fünfzehntausend Gesetze, einschließlich der gesamten Budgetvorlagen, zu beraten, so ist ein Redechaos zu erwarten, das zu keiner wirklich fruchtbaren Tätigkeit führen kann, falls nicht strenge Regeln, sichere Traditionen, stramme Disziplin und autokratische Machtvollkommenheiten das Ungeformte in feste Formen fügen. Der Organisationsinstinkt des Amerikaners hat daher längst diese Hilfsmittel der Ordnung eingeführt. Hier setzt nun das ein, was wir als das Komiteesystem bezeichneten, das im Hause seine Ergänzung in der einzigartigen Institution des „Sprechers" findet. Und nur eines muß dabei noch stets im Auge behalten werden: der gesamte Hintergrund der amerikanischen Kongreßarbeit ist das Zweiparteiensystem. Würde das Haus oder der Senat in der Regenbogenmannigfaltigkeit deutscher Reichstagsparteien schillern, so würde kein Sprecher und kein Komiteesystem diesen Stoff bewältigen können. Es ist schließlich doch die Majoritätspartei als solche, welche die Ordnung verbürgt, die Komitees zu wirklichen Arbeitsmaschinen gestaltet und dem Sprecher die unvergleichliche Macht verleiht.

Das Wesen des Gesamtapparates besteht darin, daß eine Vorlage erst dann vor das Haus gelangt, wenn sie in einem Komitee durchberaten ist. Der Vertreter des Komitees bringt sie persönlich vor das Plenum. Der Vorsitzende, der sogenannte Sprecher, hat nun aber einen dreifachen Einfluß auf diesen Prozeß. Erstens ernennt er die Mitglieder sämtlicher

Komitees; der letzte Kongreß hatte dreiundsechzig. Die wichtigsten und deshalb mitgliederreichsten sind die für Bewilligungen, Landwirtschaft, Bankwesen, Münze, Auswärtige Angelegenheiten, Indianerangelegenheiten, Zwischenhandel und Auswärtigen Handel, Pensionen, Post, Flotte, Eisenbahnen, Flüsse und Häfen, Patente, Finanzen. In jedem ist die Majoritäts- und Minoritätspartei vertreten; in jedem hat der Vorsitzende fast unbedingte Gewalt über die Führung der Geschäfte, und nur die erfahreneren Mitglieder, die in den Traditionen des Hauses geschult, rücken in die wichtigeren Komitees ein. Zweitens aber hat der Sprecher nun auch die Entscheidung, welchem Komitee eine bestimmte Vorlage zugewiesen wird. In vielen Fällen scheint die Zuweisung selbstverständlich, in nicht seltenen sind verschiedene Möglichkeiten offen, und die Entscheidung bestimmt oft das Schicksal des Gesetzes. Drittens aber ist es der Sprecher, der als Vorsitzender des Geschäftsordnungskomitees für jede Sitzung feststellt, welche angemeldeten Komiteeberichte zur Verhandlung kommen. Sobald nämlich ein Komitee eine Vorlage beraten hat, so gelangt sie auf den Kalender; ob sie aber deshalb auch zur Beratung des Hauses gelangt, hängt noch von mancherlei Faktoren ab. Zunächst haben notwendigerweise viele Vorlagen unbedingten Vorrang; so kann beispielsweise der Vorsitzende der Budgetkommission jederzeit das Wort erhalten. Es gibt da auf der Kongreßeisenbahn Schnellzüge, die auf dem Gleise das Vorrecht vor den Lokalzügen haben, und schließlich Extrazüge, für die alle Gleise geräumt werden müssen. Sobald aber die privilegierten Angelegenheiten erledigt sind, ist noch Auslese unter vielen Möglichkeiten geboten.

Hier setzt nun die geradezu unbeschränkte Machtvollkommenheit des Sprechers ein. Der Sprecher hat nicht die geringste Verpflichtung, demjenigen, der zuerst um das Wort bittet, auch zuerst das Wort zu erteilen. Das Wort kommt dem zu, den der Sprecher zuerst aufruft; wer vom Sprecher nicht „bemerkt" wird, ist hilflos. Selbstverständlich erfolgt dieses Bemerktwerden auf Grund

genauer Abmachungen. Und kommt eine Gesetzesvorlage endlich ans Haus, so kann sich nicht etwa ein ungedämmter Redestrom ergießen; wieder ist es der Sprecher, der den Schluß der Debatte auf bestimmten Zeitpunkt festsetzen und somit jede Obstruktionspolitik unmöglich machen kann. Will aber die Minorität sich dadurch bemerkbar machen, daß sie die Vollzähligkeit bezweifelt, so werden nicht etwa nur die Stimmenden, sondern alle im Hause wirklich Anwesenden gezählt, und reichen sie nicht aus, so können die Säumigen zwangsweise zusammengebracht werden. In den weitaus meisten Fällen gibt es aber überhaupt keine Debatte; die Beschlüsse des Komitees werden geräuschlos vom Hause angenommen. Nur bei gewissen, besonders wichtigen Bewilligungs- oder Besteuerungsfragen konstituiert sich das ganze Haus als sogenanntes „Komitee des Ganzen"; da wird dann unter besonderm Vorsitzenden wirklich diskutiert wie in einer richtigen Komiteesitzung. Aber selbst da ist es kaum Sitte, lange Reden zu halten; oft begnügt sich der Redner mit kurzer Stichprobe seiner Argumente und erbittet die Erlaubnis, das übrige im Kongreßbericht drucken zu lassen: die nie gehaltene Rede wird dann in gedruckter Form in ungezählten Exemplaren im Wahlkreis des Redners und außerhalb desselben verbreitet.

Kommt also ein Dutzendabgeordneter mit einem Antrag, der vielleicht die Lokalwünsche seiner Wähler zum Ausdruck bringt, in Washington an, so ist der Weg seiner Vorlage kurz der, daß sie durch den Sekretär an den Sprecher geht. Dieser läßt sie einem bestimmten Komitee zugehn, und gleichzeitig geht sie jedem Abgeordneten in gedruckter Form zu. Das Komitee entscheidet, ob es überhaupt lohnt, den Antrag zu beraten. Hat die Vorlage das Glück, zur Komiteeberatung vorzudringen, so wird sie dort vielleicht so amendiert, daß von der ursprünglichen Vorlage nur wenig übrig bleibt. Hat sie das weitere Glück, dort angenommen zu sein, so gelangt sie auf den Kalender des Hauses und wartet, bis das Geschäftsordnungskomitee sie auf die Tagesordnung gelangen läßt. Hat sie das Ausnahmeglück, dann wirklich vor das

Plenum zu kommen, so ist eine gewisse Aussicht, daß sie auch da zur Annahme gelangt.

Selbstverständlich ist damit aber der Leidensweg nicht beendet: nun wandert sie erst an den Senat, und dort beginnt in andern Formen dieselbe Behandlung; auch da erst Komitee, dann Plenum. Gelangt sie dort nicht vor das Plenum, so ist sie trotz alledem verloren. Hat sie aber schließlich das Glück, auch da alle Hindernisse zu passieren, so fragt es sich noch, ob sie nicht inzwischen im Senat neu amendiert ist. Ist das, wie wahrscheinlich, geschehen, so beginnt die Beratung aufs neue; ein gemischtes Komitee beider Häuser berät die Amendements, und kommt keine Einigung zustande, so ist ihr Schicksal aufs neue besiegelt. Einigt sich aber das Komitee, und die Vorlage gefällt allen Teilen, so mag der Schluß der Session dazwischenkommen, ehe die letzte Annahme im Hause erfolgt ist: dann fängt im nächsten Kongreß wieder alles von neuem an. Ist aber auch diese Gefahr vorübergegangen, die Vorlage von beiden Häusern genehmigt, dann ist der Zeitpunkt gekommen, in dem das Veto des Präsidenten sie wieder auslöschen kann.

So kommt es, daß kaum der zehnte Teil der jährlich eingebrachten Vorlagen wirklich Gesetz wird und daß das Aussieben und Umgestalten mit ungewöhnlicher Sicherheit und Schnelligkeit erfolgt. Ja, es dürfte kaum zweifelhaft sein, daß ein großer Teil der fünfzehntausend „Bills" lediglich aus persönlichen Rücksichten auf die Wähler oder aus noch minderwertigern Gründen eingebracht wird, ohne irgend einen Gedanken an die Möglichkeit der Annahme. In dieser Weise erlauben sich die Volkstribunen des Hauses auch vielerlei übertriebene Sparsamkeiten, weil sie genau wissen, daß der Senat ihre Vorlagen amendieren wird, und der Senat ergeht sich in überflüssigen Freundlichkeitsbewilligungen, weil er sich darauf verläßt, daß das Haus Abstriche macht.

Der Senat arbeitet im Grunde nach demselben Schema. Bringt ein Senator seine Vorlage ein, so geht sie ebenfalls

an das entsprechende Komitee, dann erst ans Plenum und von dort an das andre Haus. Trotzdem ist nun hier alles so gänzlich anders. Das Haus wirkt wie eine unruhige Volksversammlung, der Senat wie eine Diplomatenkonferenz. Dort eine Riesenhalle, in der selbst die besten Redner sich schwer verständlich machen und Hunderte schreiben und Zeitungen lesen, ohne auf den Redner zu achten; hier ein parlamentarischer Salon, in dem eine etwas wortreiche Überhöflichkeit die Formen beherrscht. Im Kongreß muß stramme Zucht herrschen, um die Masse zu organisieren, im Senate kann die äußere Zucht wegfallen, da der kleine Kreis älterer Herren die Geschäfte friedlich erledigen wird. Der Senat kann also über sich keinen Sprecher dulden, keinen Präsidenten, der unbedingte Vollmachten hat. Im Senat ist es daher Recht der beiden Parteien, die Mitglieder zu den Komitees zu ernennen. Im Senat darf der Vorsitzende aber auch keinen, der sich zum Wort meldet, unbemerkt lassen; jeder, der zu sprechen wünscht, hat somit vollste Gelegenheit, und diese Freiheit verlangt nun schließlich, daß der Vorsitzende keinen Schluß der Debatte herbeiführen kann, Schluß der Debatte überhaupt nur bei einstimmigem Verlangen vorausbestimmt werden darf. Die Macht des Senats-Vorsitzenden ist daher nur ein Schatten von der Macht des Sprechers. Ja, da der Vorsitzende nicht vom Senat selbst gewählt wird, sondern in der Person des Vizepräsidenten der Vereinigten Staaten vom Volke direkt erkoren ist, so kann es vorkommen, daß er der Minoritätspartei angehört und dann praktisch überhaupt keinen Einfluß besitzt. Dieser Politik der wechselseitigen Höflichkeit in der äußern Form entspricht es denn auch, daß Vollzähligkeit nur auf Grund der abgegebenen Stimmen konstatiert werden kann, nicht wie im Hause durch Zählung der wirklich Anwesenden. Übrigens gilt es für beide Häuser, daß die Abwesenden sich vorher abpaaren können und somit die Stimmen zweier Abwesender, von denen der eine für, der andre gegen die Vorlage ist, bei vorheriger Anmeldung mitgezählt werden dürfen.

Was aus diesem unbegrenzten Höflichkeitsgetriebe folgen

muß, ist klar: das Entgegenkommen in der äußern Form muß unmittelbar zu fortwährenden Kompromissen und Zugeständnissen in der Sache führen. Man vergegenwärtige sich, was es bedeutet, daß der Schluß der Debatte Einstimmigkeit verlangt. Ein einziger widerspenstiger Politiker kann die Gesetzgebungsmaschine zum Stillstand bringen. Eine Handvoll Opponenten kann wochenlang das Rednerpult in Anspruch nehmen und den ganzen Senat lahmlegen. Solche Obstruktionspolitik muß um jeden Preis verhindert werden, und deshalb muß auf jeder Seite und in jedem Winkel gute Stimmung erhalten bleiben. Die Parteigegensätze können natürlich nicht beseitigt werden; um so mehr gilt es, durch persönliche Gefälligkeiten jeden an jeden zu binden und jedem das Bewußtsein zu sichern, daß er in seinem besondern Interessenkreise freie Hand hat, wenn er nur allen übrigen in ihren Kreisen Freiheit läßt. So werden denn aus bloßem Bedürfnis für gegenseitiges Wohlwollen allzuoft die Augen zugedrückt, wenn irgend eine lokale Begehrlichkeit, irgend eine habgierige Industrie, irgend ein unwichtiges Gewerbe, irgend eine ehrgeizige Persönlichkeit durch einen bereitwilligen Senator ihre Sonderwünsche in die Form einer Gesetzesvorlage bringen.

Den Höhepunkt erreicht diese „senatorielle Höflichkeit" in der Sphäre der Beamtenernennung, wo alles nur deshalb so glatt läuft, weil es dahin gekommen ist, daß überhaupt keine Vorschläge gemacht werden, die nicht den Beifall der Senatoren des betreffenden Staates besitzen. Jeder weiß, daß, wenn heute der eine Lokalpapst überstimmt würde, die Rebellion sich morgen gegen den andern richten könnte, und so wird denn manche bedenkliche Protektionsernennung, manche Abzahlung für niedrige politische Dienste mit innerm Grimm von den höflichen Kollegen angenommen, nur um das Prinzip der individuellen Allmacht zu retten. Kein Zweifel, daß auf diese Weise die einzelne Senatorenpersönlichkeit sehr viel mehr Bedeutung besitzt als das einzelne Mitglied des Repräsentantenhauses. Dieses ist nur Mitglied der Partei, ohne erheb-

liche Gelegenheit, seine individuellen Wünsche zur Geltung zu bringen; der Senator ist mit seinen persönlichen Auffassungen wirklich ein selbständiger Faktor.

Wenn tatsächlich der Senat heute, ganz im Gegensatz zu den Erwartungen einer vergangenen Zeit, eine sehr viel erheblichere Rolle im öffentlichen Leben spielt als das Haus, so liegt es vielleicht in der Tat nicht daran, daß der Senat wichtigere Funktionen hat, sondern daran, daß er sich aus Einzelpersönlichkeiten zusammensetzt, deren jede im Gesamtgefüge der politischen Situation eine selbständige Bedeutung hat, während der Kongreß nur eine Masse mit ein paar Führern ist. Dieses gesteigerte Ansehn im Volksbewußtsein wirkt nun natürlich wieder rückwärts auf den eignen Glauben der Senatoren, und das notwendige Ergebnis ist eine stetige Steigerung der senatoriellen Ansprüche mit stetem Wachstum ihrer Rechte. Vielleicht am charakteristischsten ist die allgemeine Wandlung in dem Anteil des Senats bei internationalen Verträgen. Die Verfassung verlangt die Zustimmung des Senats, und die ursprüngliche Auffassung war die, daß die Regierung einen fertigen Vertrag vorlegt, der nach Senatsverhandlung bei geschlossenen Türen angenommen oder verworfen wird. Immer mehr aber beanspruchte der Senat das Recht, den Vertrag auch amendieren zu dürfen; bald kam es dahin, daß der Senat überhaupt keinen Vertrag annahm, ohne einige Tropfen der eignen staatsmännischen Weisheit hineinzumischen, und seien es auch nur ein paar Änderungen im sprachlichen Ausdruck, um den Präsidenten die senatorielle Macht fühlen zu lassen. Das Endergebnis ist, daß nach heutiger Auffassung Verträge, die dem Senat zugehn, überhaupt nur „Vorschläge für Verträge" sind.

Blickt man hinter die Kulissen, so täuscht man sich freilich darüber nicht, daß im Grunde auch im Senat nur sehr wenige etwas Entscheidendes zu sagen haben. Die Senatoren von kurzer Dienstzeit verdienen sich ihre Sporen in unwichtigen Komitees, und selbst wenn sie in bedeutendere Komitees gelangen, zwingt die Tradition sie in die Gefolg-

schaft der ältesten Komiteemitglieder. Im Hause ist es ein halbes Dutzend, im Senat vielleicht ein Dutzend Männer, die nach eignem Willen die Politik des Landes machen. Hier wie in allen praktischen Gebieten ordnet der Amerikaner sich gern dem oligarchischen System unter, solange er nur weiß, daß die Wenigen ihre Machtfülle durch die Selbstbestimmung der Vielen erhalten haben; nur die Oligarchie kann das tiefe konservative Gefühl des Amerikaners voll befriedigen. Hinter den Kulissen empfindet man aber auch das bald, daß die senatorielle Höflichkeit zwar den Parteifanatismus mildert und Kompromisse wie Pilze aus dem Boden schießen läßt, daß aber die Ränke und Intrigen bei all der öligen Höflichkeit besser gedeihen als bei den rauhern Formen des untern Hauses. Der geheiligte Kreis der Alten, Männer wie Allison, Frye, Platt, Aldrich, Hale, wissen schon ihre Hebel anzusetzen, um jede Widerspenstigkeit zu überwinden; allenfalls Hanna, Mac Kinleys Freund, der größte Virtuose in der republikanischen Parteitechnik, konnte gegen dieses politische Ränkespiel aufkommen, aber selbst Lodge, der Freund Roosevelts, hat es zuweilen merken müssen, daß die nach Willkür zugestutzten Traditionen der Alten wichtiger sind als die zwingendsten Argumente der Jüngern.

Das moralische Niveau des Kongresses ist nach dem Urteil der gründlichsten Kenner ein hohes. Wer sich vergegenwärtigt, daß für jede der vielen tausend Gesetzesvorlagen im wesentlichen das Schicksal in einem kleinen Komitee entschieden wird, und somit tausendmal das Wohl und Wehe ganzer Distrikte oder ganzer Industrien oder großer Interessengruppen von ein oder zwei Stimmen im Komitee abhängen, der begreift, daß die mögliche Angriffsfläche für etwaige Korruption im amerikanischen Kongreß außerordentlich viel größer ist als in irgend einem andern Parlament, da kein andres das Komiteesystem so grundsätzlich durchführt. In frühern Jahrzehnten trieben sich denn auch in den Wandelgängen des Kapitols und in den Hotels von Washington massenhaft politische Zuhälter herum, die mit

allen Mitteln der Bestechung Abstimmungen zu beeinflussen suchten. Gewiß ist es schwer, bei geheimen Sünden den negativen Nachweis zu führen, aber es gilt als die ernste Überzeugung der Berufensten, daß davon heute nicht mehr die Rede sein kann. Gewiß gibt es auch heute noch „Lobbyisten" in Washington, welche geschäftsmäßig für oder gegen vorliegende Gesetzentwürfe zu wirken suchen, aber direkte Bestechung ist da nicht mehr in Frage. Bei dem leisesten Gerücht verfolgt sofort das Haus selbst die Spur, setzt Kommissionen zur Prüfung ein, die das Recht haben, eidliche Aussagen zu fordern, und immer wieder haben sich solche Verdächtigungen als unwahr erwiesen.

Ganz anders freilich muß das Verdikt lauten, wenn man als sittlich reines Motiv eines Volksvertreters nur das eine ansieht, jede Frage unter dem Gesichtspunkt des Wohles der ganzen Nation zu betrachten. Dann allerdings wäre die Reinheit des Kongresses durchaus nicht zweifelsfrei. Aber kein Amerikaner würde solchen Maßstab für die politischen Motive des Kongresses anerkennen. Kommen große nationale Fragen zur Verhandlung, so hat der Kongreß sich stets auf der Höhe der Situation gezeigt; wenn die nationale Ehre in Frage ist, gibt es — das zeigte der spanische Krieg — in Washington keine Parteien. Wenn aber das politische Tagewerk abzuarbeiten ist, dann wird alles am besten gedeihen, wenn jeder so hartnäckig wie möglich die besondern Interessen vertritt, für deren Verteidigung sein Wahlkreis ihn zur Hauptstadt gesandt hat. So gilt es denn zunächst, die Interessen der Partei wahrzunehmen. Es ist zweifellos, daß, von einem höhern Standpunkt aus gesehn, in dieser Richtung viel gesündigt wird. So manches wird von der einen Partei zu Fall gebracht, nicht, weil man sachlich dagegen ist, sondern weil man der andern Partei unbequem werden will, ihre Administration in unvorteilhafte Lage bringen will und dadurch die Aussichten der gegnerischen Partei für die nächsten Wahlen zu schwächen hofft. Parteitaktik hat in den letzten Jahren wiederholt bei beiden Parteien über sachliche Einsicht gesiegt. Vor allem aber greift die gegenwärtige Minoritätspartei, die demo-

kratische, unter ihrem Senatsführer Gorman, zu dieser Verzweiflungstaktik, auch die besonnensten Vorlagen der Republikaner anzugreifen, nur, weil sie dem republikanischen Kredit im Lande nützen würden.

Anderseits werden nun die Parteigrenzen fortwährend durch andre, besonders lokale, Sonderinteressen durchkreuzt, und wer die Abstimmungen besonders im Hause beobachtet, sieht deutlich, wie sehr oft die Parteien sich vermengen und die Landesteile sich sondern. Ist Oleomargarin auf der Tagesordnung, so stehn etwa die Vertreter der Weidedistrikte gegen die der Industriedistrikte; gilt es, die großen Berieselungsanlagen durch den Kongreß zu bewilligen, so vergessen die Demokraten in ganzen Scharen, daß, solch ein Unternehmen dem Bundesstaat und nicht den Einzelstaaten zuzuweisen, ein Verbrechen an den demokratischen Grundsätzen sein sollte: die Vertreter aller demokratischen Staaten, die von der Berieselungsanlage Nutzen haben, stimmen glatt mit den Republikanern. So verschwinden die Parteigegensätze fortwährend, und es scheint, daß diese Lockerung der Parteibande in stetem Zunehmen begriffen ist. Durch die Vertretung der Parteigrundsätze hilft der Einzelne zum nächsten Siege seiner Partei, aber durch die Vertretung der Lokalinteressen sichert er aufs neue seine persönliche Kandidatur. Die Forderung, daß der zu Wählende im Bezirk der Wähler seinen Wohnsitz haben muß, bestärkt natürlich diese Rücksicht auf den Egoismus der Wähler. Nur in bedeutenden Stunden stellt sich der Volksvertreter somit über die Parteien, in der gewöhnlichen Arbeit steht er in den Parteien, und wenn die Wähler winken, steigt er hinab in die Sphäre unterhalb der Parteien.

Wer aber den Blick auf das Ganze richtet, hat doch vor allem den Eindruck einer ungeheuren Arbeitsleistung und einer nüchternen, geschäftsmäßigen, sachlichen Arbeitsmethode, und das in höherm Maße als bei irgend einem andern Parlament der Welt. Es wird weniger zum Fenster hinaus gesprochen, es wird überhaupt weniger gesprochen, und durch die gänzliche Abwesenheit von Regierungsvertretern weniger

gekämpft. Das Ende ist daher weniger aufregend, der Einzelne hat weniger Aussicht, persönlich berühmt zu werden, aber kein Amerikaner würde wünschen, daß im Kapitol Ministerbänke gebaut werden und französische, englische, österreichische oder deutsche Methoden in den nächsten Kongreß einzögen.

Fünftes Kapitel.

Die Justiz.

Wer im Kapitol von der Kuppelhalle in der Mitte links hin zum Senate schreitet, der gelangt auf halbem Wege zu einem seltsamen Saal, zu dem sich die Menge zu drängen pflegt. Zwischen griechischen Säulen sitzen da im schwarzen Talar die neun Richter des Bundesobergerichts, des Obersten Gerichtshofs der Vereinigten Staaten. Präsident und Kabinett, Senat und Haus erfüllen die Amerikaner mit Stolz, aber überall mischt sich in die Zufriedenheit ein kritisches Bedenken gegen dies und das, und die Parteigegnerschaft mag zu lebhaftem Unmut führen. Auf den Obersten Gerichtshof aber blickt jeder Amerikaner, der zum Urteil berufen ist, mit ungemischtem Hochgefühl; er weiß zu wohl, daß keine Kraft mehr dazu beigetragen hat, den Frieden, das Gedeihen, die Größe der Vereinigten Staaten zu sichern. Als dritter Faktor der verfassungsmäßigen Bundesregierung steht der Oberste Gerichtshof neben der Legislatur und der Exekutive.

Das Rechtsleben einer Nation ist ein einheitliches Ganzes; es will nicht angehen, von dem Werke der neun Männer im Kapitol zu sprechen, ohne einen schnellen, flüchtigen Blick auf das gesamte Justizwesen des Riesenreiches zu werfen. Weniges wirkt so verwirrend auf den Europäer, und wenn der Engländer wenigstens vielfache Anhaltspunkte in seinen eignen Erfahrungen findet, so steht der Deutsche meist ratlos und verständnislos den Erscheinungen gegenüber; und nicht nur die unendliche Mannigfaltigkeit der Erscheinungen be-

unruhigt ihn, sondern vor allem die Verschiedenheit der Methode. Von alledem hier auch nur mit den oberflächlichsten Strichen ein Bild zu entwerfen, ist gänzlich ausgeschlossen. Ein paar Andeutungen müssen genügen, und auf manches werden wir in andern Zusammenhängen, vor allem bei den sozialen Problemen, eingehn.

Das Recht, das in den Vereinigten Staaten herrscht, fließt aus drei ungleichartigen Quellen. Fragt man den Durchschnitts-Amerikaner, welches Recht im Lande gültig sei, so ist die übliche Antwort: das „common law". Sehen wir vom Staate Louisiana ab, in dem noch der Code Napoléon heimisch ist, so genügt die Antwort in der Tat für die erste Orientierung. Fragt dann der Deutsche vielleicht in lebhafter Erinnerung an das deutsche Strafgesetzbuch und das deutsche Bürgerliche Gesetzbuch, die sich beide so bequem in die Tasche stecken ließen, nach dem Gesetzbuch des „common law", so zeigt ihm sein Anwalt ein paar mächtige Regale mit vielhundert dickleibigen Bänden. Das „common law" ist eben kein Gesetzbuch, ist kein System abstrakter Formulierungen und keine Codifikation bestehender Rechtsideen. Es ist im Grunde die Summe der richterlichen Vorentscheidungen. Die Herrschaft des „common law" bedeutet, daß jeder neu auftretende Fall gemäß früherer Entscheidung beurteilt werden soll. Die frühere Entscheidung mag schlecht sein, sie mag das Rechtsbewußtsein verletzen, aber wenn nicht eine höhere Instanz sie aufgehoben hat, ist sie historisches Recht, das allein den Ausschlag gibt. Die Wurzeln dieses amerikanischen Rechts sind in englischem Boden. Ursprünglich brachten die englischen Kolonien die Anschauungen der englischen Richter aus dem Mutterlande über den Ozean, und dann nahmen die neugeschaffenen amerikanischen Staaten sie ihrerseits wieder aus den dreizehn ursprünglichen Staaten mit. Wenn heute in Boston oder in San Franzisko jemand ein Schmuckstück auf der Straße findet, und ein andrer entwendet es ihm, so kann er den Dieb verklagen, obgleich das Fundobjekt ihm nicht gehört. Der Richter wird entscheiden, daß er Besitzrecht an dem gefundenen Dinge hat, bis der ursprüng-

liche Besitzer festgestellt ist. Und warum wird der Richter so entscheiden? Weil im Jahre 1722 ein Schornsteinfeger in den Straßen von London ein Schmuckstück fand, aus dem ein Juwelier ihm den Edelstein entwendete, und damals der Londoner Richter zugunsten des Schornsteinfegers entschied.

Der scheinbare Widersinn solchen Systems drängt sich jedem auf. Statt eines Gesetzbuchs, das den Willen der Nation feststellt, sollen die willkürlichen Entscheidungen einzelner, unbedeutender, in der Welt zerstreuter Richter, Entscheidungen, die vielleicht aus ganz andern Kulturzuständen und andern Anschauungen stammen, noch immer zwingende Gewalt besitzen. Immer wieder muß der Richter sich alten Entscheidungen fügen, gegen die sich sein Rechtsbewußtsein im moralischen Sinne sträubt. Aber auch der tiefe sittliche Sinn des Systems spricht eine deutliche Sprache. Was Recht ist, würde der Angelsachse sagen, läßt sich nicht theoretisch ausdenken. Es hat seine einzige Quelle in den sittlichen verantwortlichen Entscheidungen, die von den berufensten Vertretern des öffentlichen Willens in den konkreten Fällen wirklicher Willenskonflikte gefällt sind. Es gibt kein Recht, so würde er sagen, bis nicht zwei Willenssubjekte uneinig sind und eine Entscheidung anrufen. Der entscheidende Richter schafft somit erst das Recht aus seinem eigensten Gewissen, aber sobald die Entscheidung durch ihn gefällt ist und durch keine höhere Instanz umgestoßen worden ist, so ist es, als eine prinzipielle Schlichtung, bestehendes Recht für alle Zeiten geworden. Jeder Tag schafft neues Recht, weil immer neue Willensgegensätze eine Entscheidung verlangen, doch bis zu dem Augenblicke der Entscheidung kann in dem neu entwickelten Interessenkreis nur Wunsch und Gegenwunsch, aber kein Recht bestehn.

Wenn es auf den ersten Blick erscheint, als wenn ein Recht, das sich aus Vorentscheidungen zusammensetzt, fortwährend veralten und verknöchern müsse, würde der Angelsachse im Gegenteil mit vollster Überzeugung betonen, daß nur ein solches Recht lebendige Wirklichkeit darstelle, weil es nicht aus rationalistischen Konstruktionen,

sondern aus wirklichen Erlebnissen entstanden ist. Historische Anschaulichkeit, beinahe malerische Wirklichkeit erfüllt das gesamte angelsächsische Rechtsleben. Es ist ein Recht, das organisch gewachsen ist wie die Sprache, und das jedem bloßen Gesetzbuch, so würde der Angelsachse sagen, so unendlich weit überlegen ist, wie die wirkliche Sprache eines Volkes trotz all ihrer historischen Schrullen einer künstlich konstruierten Volapük-Sprache überlegen bleiben muß. Und manches andre wird er gerne hinzufügen. Es ist klar, so würde er sagen, daß nur eine solche Rechtsordnung jedem Manne auf dem Richterstuhl das vollste Bewußtsein der richterlichen Verantwortlichkeit auferlegt, denn der Richter weiß, daß in dem einen Falle, den er entscheidet, er nicht nur das Schicksal von Hinz und Kunz, die vor ihm stehn, beeinflussen wird, sondern daß er für alle Zeiten durch seine Entscheidung das Rechtsbewußtsein der ganzen Nation bereichert. Vor allem aber fühlt er, daß die bindende Kraft der frühern Entscheidungen dem gesamten Rechtsbewußtsein eine Sicherheit gewährt und eine Beständigkeit, die durch die weiten Begriffskonstruktionen allgemeiner Gesetzesparagraphen niemals gewährleistet werden kann.

Dazu gesellt sich ein anderes. Eine richterliche Entscheidung, die so schnell verhallt wie die Stimme des Richters, kann auf das Volksbewußtsein niemals eine so bedeutsame Wirkung ausüben, wie eine Entscheidung, welche selber Recht schafft. Gewiß hat man auch vom deutschen Richter zuweilen gesagt, daß er mithilft, das Recht zu schaffen. Wenn etwa das Strafgesetzbuch weite Grenzen für die Bestrafung eines Verbrechers vorschlägt, und nun der Richter in diesen Grenzen eine bestimmte Strafe wählt, so erzeugt auch er in gewissem Sinne das Recht für diesen einzelnen Fall. Aber selbst wenn das zugegeben wird, bleibt es doch dabei, daß kein andrer Fall im deutschen Reich durch diese Entscheidung gebunden ist. Der deutsche Richter findet das Recht vor und ist sein Diener; der amerikanische Richter gestaltet das Recht und ist sein Herr. Das gibt dem Richterspruche eine historische Kraft und eine fortwirkende Be-

deutung, die unendlich dazu beiträgt, das Rechtsleben in den Brennpunkt des öffentlichen Bewußtseins zu bringen.

Das Gleiche wird noch auf anderm Wege erreicht. Wenn die Entscheidung des Richters an die Vorentscheidung gebunden ist, so wird das Schicksal der Parteien im Prozeß davon abhängen, ob sie imstande sind, auf Vorentscheidungen hinzuweisen, die ihrer Seite günstig sind. Der Laie kann das natürlich nicht; es ist das Amt des Rechtsanwalts. Damit eröffnet sich aber für den Rechtsanwalt ein Wirkungskreis, der unvergleichlich größer ist als der etwa des deutschen Anwalts. Er hat sich gar nicht nur mit dem vorliegenden Einzelfall zu befassen, sondern er hat dieses Zufällige und Vereinzelte mit der ganzen historischen Vergangenheit zu verbinden. Dadurch gewinnt der Anwaltsberuf eine innere Bedeutung, die der Deutsche überhaupt nicht kennt und die notwendig in vielen Fällen die Bedeutung des Richters überragen muß, da der Richter gebunden ist, sich an die Vorentscheidungen zu halten, die von den Anwälten der beiden Seiten herangezogen sind. Die Richter werden aber ihrerseits wieder aus den Rechtsanwälten erwählt, sind also völlig selbst in der Anschauung aufgegangen, daß die Entscheidungen der Vergangenheit das Recht sind, und daß die neuen Entscheidungen der Richterbank nur dann wertvoll sind, wenn sie den innern Respekt der Anwälte zu erzwingen wissen. Anwälte und Richter bilden daher durchaus eine Einheit. Sie sind gemeinsam die Vertreter des historisch gewordenen und täglich werdenden Rechtsbewußtseins, das aus dieser immer lebendigen Quelle mit unvergleichlicher Frische und Unmittelbarkeit in die Masse dringt.

In diesen breiten Schichten der Masse ist nun aber alles aufs gründlichste vorbereitet, ein lebendiges Rechtsbewußtsein zu entwickeln. Das ist die natürliche Mitgabe der individualistischen Weltanschauung; der Schutz der individuellen Rechte, die Unangreifbarkeit der Persönlichkeit mit allem, was ihr innerlich und äußerlich zugehört, das ist der Lebenskern dieser Menschen. Vielerlei Äußerlichkeiten des amerikanischen Lebens scheinen ja dem zu widersprechen.

Wer aber in die Tiefe dringt, findet überall, daß das Verlangen nach Gerechtigkeit das tiefste Wesen des Einzelnen und der Nation ausmacht, und das öffentliche Bewußtsein würde eher die gröbste Widersinnigkeit und die schlimmsten Mißstände im öffentlichen Leben dulden als die geringste bewußte Verletzung des Rechtsverfahrens. Immer wieder scheitern große Prozesse an winzigen Formfehlern, über die das streng juristische Bewußtsein des Amerikaners sich nicht hinwegzusetzen vermag. Immer wieder leidet die Gemeinde lieber, als daß sie eine Unlauterkeit im Rechtsleben erträgt.

Am schönsten Platz Bostons steht ein mächtiges palastähnliches Hotel, von großen Kapitalisten errichtet. Die Bauordnung verlangt, daß über eine gewisse Höhe an jenem Platz nur künstlerischer Schmuck, aber nicht Wohnräume sich erheben dürfen. Der neue Palast wollte die Vorschrift umgehen, überstieg die Höhe um zehn Fuß mit Wohnungen, aber umgab sie mit so reichem künstlerischen Schmuck, daß der ästhetische Charakter dieser Krönung überwog. Alle Welt war einig, daß dieser Rechtsbruch die Stadt verschönerte; aber so sehr auch das Kapital seine Anwaltshebel ansetzen wollte, das Rechtsbewußtsein bestand darauf, daß das oberste Stockwerk wieder zertrümmert werden müsse, und auf Grund richterlicher Entscheidung in letzter Instanz wurde mit großen Kosten der ganze oberste Teil abrasiert bis zur vorgeschriebenen Höhe. Das Gebäude erlangte dadurch eine geradezu ungeheuerliche Häßlichkeit. Der beste Platz der Stadt ist zerstört, aber jeder Bostonier geht doch mit erhobenem Haupte vorüber: mögen Karyatiden zertrümmert sein, das Rechtsbewußtsein hat gesiegt, und an diesem Rechtsbewußtsein hängt das Leben der Nation.

Es hat nicht das geringste damit zu tun, daß vieles, sicherlich viel zu vieles, was dem Deutschen eine Rechtsfrage ist, durch amerikanische Anschauung andern Interessenkreisen eingeordnet wird, etwa als politische Frage behandelt wird und somit den Schein erweckt, als wenn Rechtsbeugung vorliegt, wo lediglich politische Mißbräuche in Frage sind. Das gilt ja

für die wechselseitige Beurteilung aller Nationen. Auch in Deutschland glaubt der Amerikaner immer wieder Rechtsverletzungen zu sehen, wo der Deutsche nur historisch gewordene soziale oder politische Mißbräuche entdecken würde.

Das Recht des Amerikaners also, sagten wir, ruht in den Vorentscheidungen der vergangenen Rechtsprechung. Aber schließlich ist das doch nur eine von den drei Quellen. Auch diejenige Form der Rechtschaffung ist anerkannt, die auf dem europäischen Kontinent allein gültig ist, Rechtsetzung durch die Mehrheit der Volksvertreter. Wir sahen, daß der Kongreß jährlich Hunderte von Gesetzen macht. Freilich sind die meisten von ihnen nur Einzelanordnungen ohne allgemeine Kraft, aber nicht wenige sind umfassende Formulierungen, die eine unbegrenzte Zahl möglicher Einzelfälle in sich begreifen. Und wie der Kongreß der Vereinigten Staaten, so kann die Legislatur jedes Einzelstaates für das besondere Staatsgebiet allgemeine Vorschriften feststellen. Der technische Ausdruck solcher Legislaturgesetze ist „Statuten". Gesetze werden in das Statutenbuch des Staates eingetragen und beseitigen dadurch alle entgegenstehenden Vorentscheidungen. Der Richter der Bundesstaaten sowohl wie der Richter des Einzelstaates ist somit an die Vorentscheidungen nur insoweit gebunden, als diese nicht ausdrücklich durch Statuten für sein Gebiet aufgehoben sind.

Hier ergibt sich denn nun sofort eine der Hauptursachen für die außerordentlich große Mannigfaltigkeit des amerikanischen Rechts. Fünfundvierzig Legislaturen können den Einzelstaaten ihre Gesetze geben, und die Verschiedenheit der lokalen Bedürfnisse und der erreichten Kulturstufen wird in solcher Gesetzgebung zum Ausdruck kommen. Gleichzeitig wird nun aber auch hier wieder das Prinzip der Rechtsprechung auf Grund der Vorentscheidungen sich mit dem Prinzip der Statutenbücher verbinden. Sowohl für die Kongreßgesetze wie für die Gesetze der Einzelstaaten wird die eigentlich lebendige Kraft erst wieder durch die Auslegungen der einzelnen Richter in den einzelnen gegebenen Fällen gewonnen werden, und auch hier wird nun wieder die richter-

liche Auslegung im ersten Falle maßgebend für alle künftigen Fälle. Dabei kann nun sowohl im Staatenbunde, also in der Sphäre der Kongreßgesetze, als auch im Einzelstaat der Rechtshandel von der untersten Instanz bis zur obersten getragen werden, und die Entscheidung des höchsten Gerichtshofes wird dann bindendes Gesetz. Die fünfundvierzigfache Mannigfaltigkeit bezieht sich somit nicht nur auf die einzelstaatlichen Statuten, sondern auch auf die jene Statuten interpretierenden Auslegungen der einzelstaatlichen Obersten Gerichtshöfe.

Zu alledem kommt nun aber eine dritte Quelle des Rechts, eine Quelle, aus der nur absolut einförmiges Recht für das gesamte Reich fließt: die Verfassung der Vereinigten Staaten. Die Verfassung darf nicht als Produkt des Kongresses aufgefaßt werden: der Kongreß ist ein Produkt der Verfassung. Jede Verfassungsbestimmung ist somit höheres, unbedingt höheres Recht, als irgend ein Gesetz, das der Kongreß erläßt, gerade so wie das Gesetz des Kongresses höheres Recht ist als eine richterliche Vorentscheidung. Kein Kongreß kann eine Verfassungsbestimmung aufheben. Um die Verfassung zu revidieren, muß das gesamte Volk, wie es in den Einzelstaaten organisiert ist, selbst die Entscheidung treffen. Wohl kann der Kongreß die Initiative ergreifen, indem zwei Drittel des Senats und des Hauses ausreichen, um den Antrag einer Verfassungsänderung der Nation vorzulegen; die Entscheidung muß aber von den einzelstaatlichen Legislaturen getroffen werden und bedarf der Zustimmung von drei Vierteln der Staaten.

Auf den ersten Blick muß es scheinen, als wenn es sich damit um eine Rechtsmaschinerie handelt, die viel zu kompliziert ist, als daß sie glatt arbeiten könnte. Ja, es scheint, als wenn die Konflikte geradezu künstlich heraufbeschworen sind, und als wenn fortwährende Reibungen zwischen den verschiedenen Rechtsfaktoren und den verschiedenen Systemen unvermeidlich wären. Das gilt vor allem in zweifacher Richtung: Auf der einen Seite muß der Justizapparat, der die Gesetze des Bundes ausführt, mit dem Justizapparat der

Bundeseinzelstaaten kollidieren. Dann aber muß auf der andern Seite das komplizierte System der ein Jahrhundert alten Verfassungsvorschriften mit der vorwärtsdrängenden Gesetzgebung des Kongresses und der Einzellegislaturen Dissonanzen schaffen, die das Rechtsleben unsicher machen. Hier liegen die wirklichen Schwierigkeiten juristischer Art. Alles übrige, beispielsweise die buntschillernde Vielheit und Verschiedenheit der Gesetze in den Einzelstaaten, mag wohl Unbequemlichkeiten, aber keine prinzipiellen juristischen Konflikte bringen.

Weder das eine, noch das andre findet seinesgleichen im Deutschen Reich. In keiner preußischen Stadt steht ein deutscher Gerichtshof neben dem preußischen, ein Reichsrichter unterster Instanz neben dem Landrichter, und ebensowenig kann im Deutschen Reich ein Konflikt zwischen den Schöpfern der Reichsgesetze und den Gesetzgebern der Verfassungsbestimmungen entstehn. Diese Doppelheit der Richter und der richterlichen Beamten in jedem Teile der Union ist nun aber für das amerikanische System in der Tat charakteristisch und notwendig. Die wundervolle Ausgleichung zwischen zentripetalen und zentrifugalen Kräften, welche die ganze amerikanische Verfassung kennzeichnet, macht es von vornherein unmöglich, daß etwa der Bund die gesamte Justiz in die Hand nehmen würde, und ebenso unmöglich, daß die Rechtsprechung auf Grund der Bundesgesetze den Einzelstaaten überlassen bliebe. Selbstverständlich war eine klare Kompetenztrennung notwendig. Die Verfassung sagt alles Bezügliche. Im wesentlichen ergibt es sich aus der Idee der einheitlichen Aufgabe des Bundes. Heer- und Flottenrecht, Handelspolitik und politischer Verkehr mit dem Ausland, Maß- und Münzordnung, Post und wirtschaftlicher Verkehr zwischen den Einzelstaaten, Autoren- und Patentgesetzgebung, Konkursrecht, Naturalisationsrecht, Fluß- und Hafenrecht, Landesverrat und manches Ähnliche müssen dem Bunde als solchem zufallen. Ergeben sich alle diese Funktionen aus dem sachlichen Inhalt des Rechts, so sprechen selbstverständlich Gründe dafür, daß auch gewisse Personen-

kategorien der Gerichtsbarkeit der Bundesgerichte überlassen bleiben; einmal diplomatische Vertreter und Konsuln, dann aber wirkliche oder juristische Persönlichkeiten, die verschiedenen Staaten zugehören und in Rechtskonflikt geraten. Vor allem aber gehören hierhin die Einzelstaaten selbst als juristische Persönlichkeiten; wo ein Einzelstaat Partei ist, muß das Bundesgericht, und zwar die oberste Instanz, die Rechtsprechung übernehmen. Dagegen erklärt nun die Verfassung ausdrücklich, daß das Rechtswesen, soweit es nicht ausdrücklich dem Bunde übertragen ist, den Einzelstaaten zusteht. Der weitaus größte Teil des Strafrechts bleibt also einzelstaatlich, nicht minder das Erbrecht und Eherecht, das Wechsel- und Grundeigentumsrecht und vieles andre.

Für die Rechtspflege in seinem Kompetenzkreis hat der Bund das gesamte Reich in 27 Distrikte eingeteilt, deren Grenzen sich zum Teil mit den Staatsgrenzen decken und deren jeder ein Distriktsgericht als unterste Instanz besitzt. Gruppen solcher Distrikte bilden einen Kreis, und jeder dieser Kreise hat erstens ein Kreisgericht, dem die größern Prozesse, vor allem die Zivilstreitigkeiten mit beträchtlichem Streitobjekt, vorbehalten sind, und ein Appellationsgericht, das den niedern Gerichten übergeordnet ist. Diese Distrikte und Kreise decken sich nun durchaus mit den Gebieten, in denen die Gerichte der Einzelstaaten ihre Jurisdiktion treiben. In den Prozeßmethoden sind sie einander durchaus ähnlich. Vor allem stimmen die Grundzüge ihrer Strafprozeßordnung überein, weil die Verfassung selbst schon die Hauptpunkte festlegt. Staatsgericht und Bundesgericht sind gleichermaßen an die außerordentlich strengen Vorschriften gebunden, welche die Verfassung aufstellt, um den Unschuldigen gegen die Strenge des Gesetzes zu schützen.

Kein Verbrecher darf ohne Geschworenengericht verurteilt werden; ehe er aber vor die Geschworenen kommt, muß eine vorbereitende Jury die Anklage gegen ihn erheben. Ein Geschworenengericht muß also zur Überzeugung gekommen sein, daß Verdacht vorliegt, ehe ein zweites Geschworenengericht Urteil sprechen kann. Nie-

mand kann zweimal um desselben Verbrechens willen angeklagt werden; niemand kann genötigt werden, gegen sich selbst auszusagen; jedermann hat das Recht, vor eine „Jury" desjenigen Distrikts gebracht zu werden, in dem das Verbrechen begangen ist, den gegen ihn aussagenden Zeugen gegenübergestellt zu werden, einen Rechtsanwalt zu seiner Verteidigung zu haben und Zwangsmittel angewendet zu wissen, um die ihm günstigen Zeugen herbeizubringen. Grausame oder ungewöhnliche Strafen dürfen nicht verhängt werden. Eigentum oder Freiheit darf nicht beeinträchtigt werden ohne vorangegangenen ordentlichen Rechtsprozeß.

Alles dieses und manches andre schreibt die Verfassung vor und macht so das Gerichtswesen gleichförmig. Im andern aber bleiben doch wesentliche Verschiedenheiten. Auch innerliche Verschiedenheiten sind da, die in der äußern Gerichtsverhandlung nicht zu merken sind, etwa der Umstand, daß alle Bundesrichter auf Lebenszeit angestellt werden, während die Richter der Einzelstaaten für kurze Perioden gewählt sind, hier für vier, dort für sieben Jahre. Auch die Gerichte der Einzelstaaten haben ihre verschiedenen Instanzen, und so ist tatsächlich jedes Dorf und jeder Bürger unter zweifacher Gerichtsbarkeit, und hat der Bürger eines Staates Rechtshändel mit dem Bürger eines andern Staates, so bleibt ihm sogar die freie Wahl, ob er sich an das Staatengericht wenden will, dem der Angeklagte zugehört, oder ob er die Bundesgerichte anruft.

Noch komplizierter beinahe scheint das Wechselverhältnis zwischen Verfassungsgesetzen und Legislaturgesetzen. Auch hier ist gewissermaßen das gleiche Gebiet durch eine zweifache Gesetzgebung gedeckt: der tote Buchstabe der Verfassung und die lebendige Majoritätsentscheidung des Kongresses oder der Staatslegislatur stehen einander gegenüber. Daß keine Legislatur die Verfassung durchlöchern darf, steht fest. Ergibt die juristische Konstruktion einen Widerspruch zwischen den beiden Rechtssystemen, so muß ein Gegensatz entstehen, der das Rechtsleben prinzipiell unsicher macht.

Und wenn wir fragen, wie es möglich war, daß alle solche Konflikte sich von selber ohne den geringsten Schaden für

das Rechtsbewußtsein der Nation allezeit lösten, daß von all diesen möglichen Reibungen nirgends etwas zu spüren ist, ja daß in einem Lande, das von schweren politischen Kämpfen dauernd durchtobt war, das Rechtsleben trotz seiner Vielgestaltigkeit und trotz vieler offenkundiger Mängel doch der feste Pol im Leben der Nation gewesen ist, so darf die Antwort nur lauten: das Bundesobergericht hat dafür Sorge getragen. Das Bundesobergericht war der große ausgleichende Faktor in der Geschichte der Vereinigten Staaten, und in seinen Erinnerungen reiht sich ein Ehrenblatt an das andre. Sein erhabenster Führer aber war John Marshall, der von 1801 bis 1835 den Vorsitz führte, Amerikas größter Jurist, der vor allem dazu beitrug, das gesamte Reich mit dem Geiste seiner Verfassung zu durchdringen.

Wenn der Deutsche vom Bundesobergericht im Kapitol zu Washington hört, muß er nicht an das Reichsgericht in Leipzig denken. Der Höchste Gerichtshof ist durchaus nicht oberste Instanz für die einzelstaatliche Gerichtsbarkeit. Ein Prozeß, der in die Kompetenz der Einzelstaaten fällt, muß beim einzelstaatlichen obersten Appellgericht enden. Der Höchste Gerichtshof in Washington ist oberste Instanz lediglich für die Bundesgerichte. Um die Richter in Washington zu entlasten, können sogar große Gruppen von Rechtshändeln von den Bundesgerichten nur bis zu den Bundesappellgerichten der einzelnen Kreise vordringen. Wichtiger aber als die Fälle, in denen der Höchste Gerichtshof lediglich als oberste Instanz der Bundesgerichte auftritt, sind jene andern, in denen er erste und letzte Instanz zugleich ist, die Fälle, welche die Verfassung dem Obersten Gerichtshof von vornherein vorbehält. Es sind vor allem die Prozesse, bei denen ein Staat oder die Vereinigten Staaten selbst Partei sind, denn hier kann der Oberste Gerichtshof allein entscheiden, wie die Konflikte zwischen den einzelnen Staaten zu lösen sind und ob die Gesetzgebung des Bundes oder der Einzelstaaten mit der Verfassung in Konflikt geriet. In diesem Sinne steht der Oberste Gerichtshof über dem Präsidenten und dem Kongreß. Hat er entschieden, daß ein Vertrag,

den die Exekutive abgeschlossen, oder ein Gesetz, das die Legislative erlassen hat, der Verfassung widerstreitet, so sind die Handlungen des Kongresses und des Präsidenten damit aufgehoben. Und nur eine einzige Instanz könnte sich über die Entscheidung des Obersten Gerichtshofs nun wieder hinwegsetzen, nämlich die Dreiviertel-Mehrheit der gesamten Staaten, welche die Verfassung selbst in dem gewünschten Sinne amendieren könnte. Auch dafür ist die Geschichte der Vereinigten Staaten nicht ohne Beispiel. Im Grunde aber bleibt die Entscheidung jener neun Männer das höchste Recht.

Einundzwanzigmal hat der Oberste Gerichtshof Kongreßgesetze und über zweihundertmal einzelstaatliche Gesetze für ungültig erklärt, weil sie im Widerspruch zur Verfassung standen. Oft hat es sich dabei um die wichtigsten politischen Akte gehandelt, denen lange und erregte Diskussionen in den Legislaturen vorangingen, und deren Annahme die öffentliche Meinung erhitzte; oft war das ganze Land in der Beurteilung der juristischen Frage gespalten und oft die Entscheidung der neun Richter selbst nur mit kleiner Mehrheit gefällt: aber trotzdem hat jedesmal seit Jahrzehnten das Land sich rückhaltlos dem Wahrspruch des Obersten Gerichtshofs unterworfen und die ganze Frage als erledigt angesehn.

Das alles muß nicht mißverstanden werden, als ob der Oberste Gerichtshof sich damit befaßte, abstrakte Gesetze zu beurteilen und gewissermaßen sein Veto einzulegen, wenn der Kongreß oder irgend ein Landtag gegen die Verfassung verstößt. Daran ist nicht zu denken, denn theoretisch ist das Gericht dem Kongreß neben-, nicht untergeordnet. Vor allem ist er eben ein Gerichtshof und nicht eine Legislatur. Die Frage, was Recht ist, kommt deshalb für dieses Tribunal nicht früher in Frage, als bis ein konkreter Rechtsfall zur Entscheidung vorliegt. Der Gerichtshof hat daher jeden Versuch, eine theoretische Entscheidung im voraus zu provozieren, unbedingt abgelehnt, und schon im achtzehnten Jahrhundert gelang es Präsident Washington nicht, vom Obersten Gerichtshof eine Antwort auf eine hypothetische Frage zu gewinnen. Auch wenn der wirkliche Rechtsfall vorliegt, sagt

das Gericht nicht, daß ein bestimmtes Gesetz ungültig sei, sondern entscheidet lediglich den einzelnen Fall und gibt an, auf Grund welchen Rechtssatzes die Entscheidung erfolgt ist; liegt eine Kollision zweier Gesetze vor, so muß der Gerichtshof das eine oder das andre praktisch bevorzugen. Nun ist ja eigentlich dadurch zunächst nur der eine einzige Fall entschieden. Da aber setzt nun wieder das Recht des Common law ein: die eine Entscheidung ist nun selbst bestehendes Recht geworden, und der Gerichtshof und dementsprechend alle Gerichtshöfe unterer Instanz müssen in Zukunft in diesem Sinne entscheiden. Das zurückgeschobene Legislaturgesetz ist dadurch praktisch unwirksam gemacht und ausgeschaltet. Gerade beim Obersten Gerichtshof liegt die Sicherheit des Rechtslebens der Nation durchaus hier in der bindenden Kraft der Vorentscheidung.

Es genügt, auf zwei interessante Entscheidungen der letzten Jahre hinzuweisen, die das ganze Land beschäftigten. Im Jahre 1894 schuf der Kongreß neue Steuergesetze für das Reich. Ein Abschnitt des Gesetzes legte Steuern auf jedes Einkommen von bestimmter beträchtlicher Höhe: eine Besteuerung der reichen Leute. Soweit das Einkommen aus der Arbeit stammte, war die Besteuerung zweifellos rechtskräftig. Newyorker Rechtsanwälte bezweifelten aber die Rechtsmäßigkeit der Steuer, soweit sie auf Kapitalrente und auf Einkommen aus persönlichem Eigentum gelegt war. Die Verfassung schreibt nämlich vor, daß direkte Steuern durch das Reich nicht direkt, sondern durch die Einzelstaaten erhoben werden müssen, und zwar derart, daß die aufzubringende Gesamtsumme im Verhältnis der Einwohnerzahl der Staaten den einzelnen Staaten auferlegt werden. Die Anwälte der reichen Newyorker behaupten nun, daß diese Bestimmung hier in Kraft treten müsse. Der Unterschied mußte für jeden sehr reichen Mann in den dichtbevölkerten Staaten ein sehr erheblicher sein. Wurde die Steuer den Staaten der Bevölkerungsziffer gemäß zugewiesen, so hatten auch die ärmeren Staaten ihren Anteil zu tragen; wurde sie den Einzelnen direkt auferlegt, so fiel den Millionären, die in wenigen

Staaten zusammengeballt sind, der größte Teil der Last zu. Der Gerichtshof hatte kein Wort zu sprechen, solange die theoretische Diskussion anging. Schließlich kam es zum Probefall; als die Anwälte gerüstet waren, verweigerte ein einziger Bürger die Steuerzahlung und ließ es zum Prozeß kommen. Die größten Anwälte des Landes standen auf beiden Seiten. Der Oberste Gerichtshof war geteilter Ansicht. Die Majorität entschied zugunsten des die Zahlung Verweigernden, weil nach ihrer Ansicht die Steuer direkt sei und somit die Verfassungsbestimmung für direkte Steuern in Kraft zu treten hätte. Durch diese eine Entscheidung für den einen Fall war die Einkommensteuer beseitigt, und statt es zu zehntausend neuen Prozessen kommen zu lassen, deren Resultat von vornherein feststand, wurden die erhobenen Steuern überall zurückgezahlt. Im Grunde war es der Sieg eines einzigen genialen Anwalts, der heute Botschafter in England ist, über den Kongreß und den Präsidenten.

Noch wichtiger, weil von politischer Bedeutung für die gesamte Zukunft der Vereinigten Staaten, ist die Entscheidung der „Inselfälle". Porto Rico war durch die Verträge mit Spanien an die Vereinigten Staaten übergegangen. Porto Rico stand also unter der Gesetzgebung der Vereinigten Staaten. Nun legte der Kongreß auf gewisse Waren, die von der Insel nach dem amerikanischen Festlande importiert wurden, Zölle. Zwei Ansichten waren möglich. Man konnte darauf hinweisen, daß die Verfassung vorschreibt, es dürfe keine Zollschranken zwischen den Staaten, welche die Union bilden, in irgend welcher Form geben: auch Porto Rico sei ein Teil der Union, das übrige Amerika dürfe also keine Zölle auf die Einfuhr von der Insel legen. Die andre Seite erklärte, daß die Verfassung ausdrücklich dem Kongreß Vollmacht erteilt, die Verhältnisse derjenigen Territorien, die im Besitz der Vereinigten Staaten sind, nicht aber selbst zu gleichberechtigten Staaten erhoben sind, nach freiem Ermessen zu regulieren, so daß für diese Gebiete die Verfassung nicht ohne weiteres anwendbar ist. Die Frage war nie zuvor zur Entscheidung gekommen; die Indianerterritorien, die neumexi-

kanischen Gebiete, Alaska hatten niemals zu Streitigkeiten Anlaß gegeben; im wesentlichen hatte der Kongreß stillschweigend die Verfassung auf diese Territorien ausgedehnt. Die imperialistische Wendung der Politik hatte aber eine neue Situation geschaffen: die Frage mußte entschieden werden.

Wieder handelte es sich nicht darum, daß der Oberste Gerichtshof zusammentrat und die theoretische Frage, die das ganze Land erregte, theoretisch erörterte. Da kam die Klage „Downes versus Bidwell", eine einfache Klage, in welcher ein Kaufmannshaus gegen die Newyorker Zollbeamten Klage erhebt. Falls die Bestimmungen der Verfassung für das gesamte Gebiet der Vereinigten Staaten gelten, so war der vom Kongreß auferlegte Zoll verfassungswidrig; gilt die Verfassung nur für die Staaten, während der Kongreß in bezug auf die außerstaatlichen Besitze souverän ist, so ist die Steuer verfassungsmäßig. Mit fünf Stimmen gegen vier entschied der Oberste Gerichtshof im letztern Sinne; das Kaufhaus mußte den Zoll zahlen. Das Prinzip ist dadurch für alle Zeiten entschieden, und wenn morgen die Vereinigten Staaten ganz Afrika und Asien erobern, so steht es von vornherein fest, daß die neuen Gebiete nicht unter der Verfassung, sondern unter der Autokratie des Kongresses stehn, lediglich weil Downes seinen Prozeß gegen den Zollinspektor Bidwell verloren hat und 600 Dollars Zoll auf seine Apfelsinen bezahlen mußte.

Der letzte Fall zeigt bereits, daß die Entscheidungen durchaus nicht die Verfassung gegen die Legislaturen begünstigen wollen, und die Statistik beweist, daß den zweihundert Fällen gegenüber, in denen Legislaturen ins Unrecht gesetzt wurden, viel häufiger Fälle zugunsten der einzelstaatlichen Legislatur entschieden wurden. Die ganze Geschichte des Obergerichts zeigt, daß es durchweg im konservativen Geiste beiden Tendenzen, der zentralistischen und der partikularistischen, Gerechtigkeit widerfahren ließ. Diese versöhnende Wirkung bewährte es aber ganz besonders durch die sichere Autorität, mit der es Streitigkeiten, besonders die gefährlichen Grenzstreitigkeiten, zwischen den Einzelstaaten

entschieden und wirklich aus der Welt geschafft hat. Hier ist der Oberste Gerichtshof wirklich seit einem Jahrhundert ein glänzendes Vorbild eines überstaatlichen Schiedsgerichts geworden.

Diese vollkommene Beherrschung des nationalen Lebens wäre dem Gerichtshof nicht erreichbar gewesen, wenn er nicht hoch über dem Getriebe der politischen Parteien geblieben wäre. Das mag überraschend erscheinen, wenn man die Verhältnisse betrachtet, aus denen die Ernennungen hervorgehn. Der Präsident wählt den Richter aus, und der Senat bestätigt die Wahl, sobald durch Tod oder Rücktritt eine Vakanz unter den neun Richtern eintritt. Politische Parteifaktoren bestimmen also die Auswahl, und tatsächlich haben demokratische Präsidenten stets Richter gewählt, die der demokratischen Partei zugehörten, republikanische solche der andern Seite. Das Ergebnis ist, daß beide Parteien im Gerichtshof tatsächlich vertreten sind. Daß bei politischen Fragen, wie etwa dem erwähnten Porto Rico-Fall, die Parteianschauungen für die Scheidung der Geister mitverantwortlich sind, ist zweifellos, aber doch nur in dem Sinne, daß die Zugehörigkeit zu der einen oder der andern Partei gewisse Grundanschauungen bekundet, die sich auch in den richterlichen Entscheidungen geltend machen müssen. Dagegen wagt sich niemals auch nur der geringste Verdacht vor, daß die Richter Politik treiben wollen, daß sie durch ihre Entscheidung eine politische Partei begünstigen wollen. Das liegt daran, daß es Ehrensache jeder Partei ist, in diese höchsten Richterämter wirklich die größten Juristen zu bringen, die für alle Zeiten der Administration Ehre machen. Fast durchweg sind es Männer, die sich niemals viel um praktische Politik gekümmert, hervorragende Richterstellen bekleidet haben oder führende Anwälte gewesen sind, und die vom Tage ihrer Berufung an nur Juristen sind. Ihre Stellung gilt als die ehrenvollste, und kaum je würde ein Jurist die Berufung ausschlagen; dabei ist das Amt, wie alle amerikanischen Beamtenstellungen, ganz unzureichend mit zehntausend Dollars besoldet, während jeder hervorragende Rechtsanwalt ein Viel-

faches davon zu verdienen pflegt. Auch jetzt sitzt auf der obersten Richterbank eine Gruppe von Männern, deren jeder das beste Amerikanertum vertritt. Vielleicht ist der jüngste von ihnen, den Roosevelt erst kürzlich berufen, der geistreichste und feinsinnigste im Kreise; er ist der geniale Sohn des liebenswürdigsten amerikanischen Poeten: Oliver Wendell Holmes. Der Lärm, der im rechten und im linken Flügel des Kapitols herrscht, dringt nicht in die Halle, in der die neun Männer tagen: sie sind das Symbol der gewissenhaften Besonnenheit im amerikanischen Volksbewußtsein.

Wir werden im Verlauf der Betrachtungen das Rechtsleben der Nation noch unter den verschiedensten Gesichtspunkten erörtern müssen: manches wird da den Eindruck erneuern, den die geistige Physiognomie des Obergerichts erweckt; manches andre wird vielleicht weniger gewissenhaft und vor allem weniger besonnen erscheinen.

Sechstes Kapitel.

Staat und Stadt.

Die Verfassung, der Präsident, das Kabinett, der Senat, das Repräsentantenhaus, der Oberste Gerichtshof — kurz alle die Faktoren, die wir bisher skizziert haben, gehören den Vereinigten Staaten zu. Der Europäer, der sich das Leben des Amerikaners vorstellen will, denkt unwillkürlich, daß dieses nun auch die Faktoren sind, die das Leben des politischen Bürgers am meisten beeinflussen; aber so ist es nicht. Im täglichen Dasein ist der Amerikaner in erster Linie Bürger seines einzelnen Staates; die Organisation des Staatenbundes ist sehr viel mehr sichtbar als die des Einzelstaates, aber die letztere ist sehr viel mehr fühlbar.

Die Natur eines amerikanischen Staates kann der Deutsche sich viel leichter klar machen, als der Engländer oder der Franzose oder der Russe. Der Sachse und der Bayer

wissen, daß man einen zweifachen Patriotismus haben kann, für den Staat und zugleich für das Reich, daß man sowohl Pflichten wie Rechte um zwei Mittelpunkte gruppieren kann. Und dennoch ist das Wesen des amerikanischen Einzelstaates nicht verstanden, wenn man lediglich an die Beziehungen der deutschen Bundesstaaten zum Reich denkt. Kein Zweifel, daß bei solchem Vergleiche der amerikanische Staat zu kurz kommen würde. Er hat dem Bunde gegenüber noch größere Selbständigkeit, noch stärkere Souveränität. Daß er sein eignes Recht und seinen eignen höchsten Gerichtshof hat, haben wir soeben erst berührt; das ist nur eins von vielen Symptomen seiner prinzipiellen Unabhängigkeit. Die hervorragende konstitutionelle Bedeutung des Staates tritt aber nicht weniger deutlich hervor, wenn man statt von dem übergeordneten Reich von den untergeordneten Städten ausgeht. Während der deutsche Staat vom Reich mehr abhängig ist, als der amerikanische, ist die deutsche Stadt unabhängiger vom Staate als irgend eine Stadt der Neuen Welt. Die politische Existenz der Stadt ist vollkommen abhängig von der staatlichen Legislatur. Verfassungsrechtlich und verwaltungsrechtlich ist somit der gesamte Staatenbund und das gesamte Städtewesen abhängig von den einzelnen Staaten.

Das ist durchaus nicht nur ein historisches Überbleibsel jener Zeit, in der die dreizehn Staaten sich zum Bunde zusammenscharten und nur ungern irgend welche ihrer besondern Rechte an den Bund abtreten wollten, und in der anderseits überhaupt nur sechs Städte existierten, die mehr als 8000 Einwohner hatten. Nein, darin hat sich nichts geändert. Heute noch blickt, durchaus nicht nur in der demokratischen Partei, der Staat eifersüchtig auf die Wahrung seiner Sonderrechte, und heute noch tyrannisiert er gar zu gerne die Großstadt mit seiner Vormundschaft. Manches Anzeichen spricht dafür, daß die Betonung der Einzelstaatsrechte sogar im Zunehmen begriffen ist, vielleicht als Reaktion dagegen, daß trotz aller konstitutionellen Festlegungen die Zeit, die im Zeichen des Verkehrs steht, die Staaten praktisch doch mehr und mehr miteinander verschmilzt.

Wer die außerordentliche Energie wahrnimmt, mit der das Gesetz der Gesamtheit und der Lokalpatriotismus des Einzelnen zähe an der Selbständigkeit jedes der fünfundvierzig Staaten festhält, der muß unwillkürlich glauben, daß es sich da um außerordentlich tiefgreifende Unterschiede in den Volkssitten und Lebensanschauungen, in den Temperamenten und Interessen handelt; aber nichts von alledem trifft eigentlich zu. Gewiß sind die Staaten sehr ungleich; zunächst in ihrer Größe. Texas und Rhode Island verhalten sich wie Preußen und Reuß, und noch größer sind die Unterschiede in der Dichtigkeit der Bevölkerung. Gewiß haben auch verschiedene Teile des Reiches sehr verschiedenartige Physiognomien. Der Süden trägt den Charakter der Plantagenkultur, der Nordosten hat die verfeinerte Kultur der höhern geistigen Interessen, im Westen sondern sich die weiten Gebiete der Landwirtschaft von denen der Bergwerksdistrikte, aber bei alledem handelt es sich gar nicht um scharfe Staatsgrenzen, sondern um weite Gebiete, deren jedes eine Reihe von Staaten umspannt, und oft sind in den Grenzen eines einzigen Staates die Gegensätze verschiedener Teile viel größer als die zwischen benachbarten Staaten. Auch die Natur hat selten scharfe Grenzen geschaffen; die Scheidelinien sind ja oft mit dem Lineal auf dem Papier gezogen, und in einem Staate sind Abkömmlinge der verschiedensten Nationen durcheinander geschüttelt. Mit Recht hat man auch darauf hingewiesen, daß eigentlich durch das ganze letzte Jahrhundert der Pionierarbeit die Nation in steter Bewegung war; der Strom flutete westwärts; in vielen Staaten ist die Zahl derer, die in dem Staate geboren, weit geringer als die der Einwanderer aus andern Gebieten. Von einer Vorliebe für althergebrachte Lokalsitten konnte bei diesem hartnäckigen Festhalten an den Vorrechten des Einzelstaates also nicht die Rede sein. Zu alledem kommen nun die tausendfachen Faktoren, die im Zeitalter des Telegraphen die fünfundsiebzig Millionen einander nahe bringen. Ganz besonders die lebhafte Ausbildung des Wirtschaftsverkehrs und die gewaltige Wirtschaftsorganisation, die meist das ganze

Reich mit ihren Netzen umspannt, scheint aller Staatsgrenzen zu spotten.

Es wirkt die Einförmigkeit der Mode mit, die ungeheure Verbreitung der Zeitungen und Zeitschriften, vor allem die gemeinsame Parteipolitik und der intensive Unionspatriotismus, kurz alles das, was es bewirkt, daß von Maine bis Kalifornien der Amerikaner so durchaus überall genau der gleiche Amerikaner ist und sich so durchaus dem Ausland gegenüber nur als Amerikaner fühlt; und trotz alledem nun der steifnackige Anspruch auf die selbständigen Rechte des einzelnen Staates. Es bewährt sich da genau das gleiche Prinzip, das sich bei der Betrachtung der amerikanischen Einzelmenschen ergab. Je mehr die Individuen und die Staatengebilde einander inhaltlich ähnlich sind, desto lebhafter sind sie von der Forderung beherrscht, ihre Selbständigkeit zu wahren. Je mehr der Inhalt gleichförmig ist, desto mehr wird die formelle Sonderung betont.

Daß die Staaten inhaltlich voneinander kaum verschieden sind, zeigt sich schon daran, daß, während jeder einzige seine eigne Verfassung besitzt und in jedem einzigen das Staatenobergericht aufs ängstlichste die Sonderverfassung hütet, im Grunde die 45 Verfassungen alle nach derselben Mode zugeschnitten sind. Die Verfassung der Vereinigten Staaten würde das durchaus nicht notwendig machen; sie verlangt lediglich, daß die Staatsverfassung republikanisch sei; aber kein einziger Staat hat von dem freien Spielraum Gebrauch gemacht. Die Einzelkonstitutionen der ältern Staaten waren teils durch das Vorbild des englischen Mutterlandes, teils durch die Institutionen der Kolonialperiode beherrscht, und als sich alles das in der übergeordneten Verfassung des Bundes endgültig ausgeprägt hatte, wirkte diese nun rückwärts auf die Ausgestaltung der Staatsverfassungen zurück. Die neuen Staaten dagegen haben einfach die Grundzüge der ältern Staaten und der Bundesverfassung ohne viel selbständige staatsrechtliche Phantasie nachgeahmt und hie und da besondern Verhältnissen angepaßt. In Äußerlichkeiten fehlt es in der Tat nicht an seltsamen Verschiedenheiten, und da

im Gegensatz zur Bundesverfassung die Staatenverfassungen ziemlich häufig vom Volk umgemodelt wurden, so ist hie und da mancher ganz reaktionäre Gedanke, manche hastige Experimentalidee und manche radikale Schrulle in die Verfassungen aufgenommen.

Im Prinzip handelt es sich also eigentlich überall um dasselbe Schema. Es ist eine Storchschnabelverkleinerung der Bundesverfassung, und sofort mag hinzugefügt werden, daß dieses verkleinerte Bild der Unionsverfassung, das der Einzelstaat bietet, in nochmaliger Verkleinerung sich in der Verfassung der amerikanischen Städte wiederholt. Dabei ist freilich nicht zu vergessen, daß der Übergang von Staat zu Stadt im verfassungslogischen Sinne zwar ein Übergang vom Größern zum Kleinern ist, tatsächlich aber etwa die Stadt Newyork eine achtzigfach größere Bevölkerung hat als der ganze Staat Nevada mit seinen 42 000 Einwohnern, oder daß das Budget des Staates Massachusetts kaum den vierten Teil beträgt von dem Haushalt seiner Hauptstadt Boston.

Staat und Stadt besitzen also, wie die Union, eine Verfassung, eine Exekutive, eine zweigliedrige Legislatur und eine Justiz, und überall wiederholen sich im verkleinerten Maßstab auch die wesentlichen Einzelheiten der Bundesverfassung. Die Konstitution der Städte ist freilich von der der Staaten prinzipiell verschieden, insofern sie nicht von den Bürgern der Stadt geschaffen wird, sondern, wie schon gesagt, von der Legislatur des Staates verliehen werden muß. Die Spitze der Exekutive, gewissermaßen der kleine Präsident, ist im Staate der Gouverneur, durch direkte Volkswahl meistens für zwei Jahre gewählt. Dem entspricht in der Stadtverwaltung der Bürgermeister, ebenfalls vom Volke und in den wichtigsten Städten auf zwei Jahre erwählt. Sowohl den Gouverneur wie der Mayor umgibt dann der Stab von Exekutivbeamten.

In der Stadtverwaltung sind es die Chefs der verschiedenen Departements, die meistens vom Bürgermeister selbständig ernannt werden können. Newyork beispielsweise hat achtzehn solcher Abteilungen: Finanzen, Steuern, Gesetz,

Polizei, Gesundheit, Feuer, Hochbau, Straßen, Wasser, Brücken, Erziehung, Wohltätigkeit, Strafanstalten, Parkanlagen, öffentliche Gebäude usw. Die wichtigsten Beamten des Staates unter dem Gouverneur sind überall der Staatssekretär, der Generalstaatsanwalt und der Schatzmeister. Zur Seite steht ihm ein Vizegouverneur, der, nach dem Muster der Bundesverfassung, zugleich Präsident des obern Hauses der Legislatur ist. Der Gouverneur kann das Staatsparlament zusammenrufen, muß jedes Staatsgesetz unterzeichnen mit dem Recht, sein Veto einzulegen, hat das Gnadenrecht für Verbrecher, ernennt viele der niedern Beamten, freilich meist mit nötiger Bestätigung durch das Oberhaus der Legislatur, und ist überall oberster Kommandeur der Staatsmiliz.

Die Legislatur ist in den Staaten stets, in den Städten meistens, in zwei Häuser gespalten. Auch hier ist das Obere an Mitgliederzahl geringer und die Mitgliedschaft von strengern Bedingungen abhängig. Auch im Staate wiederholt es sich, daß die Legislatur nicht in den größten Plätzen des Gebietes tagt, sondern sich gewöhnlich ein politisches Eiland schafft. Die Sessionen der Staatslegislatur sind fast überall zweijährig, und überall ist nun wieder mit vollster Strenge jenes Prinzip durchgeführt, das der Gesetzgebungsmaschine in Washington den Stempel aufprägt: das Komiteesystem. Nur Mitglieder der Körperschaft können Gesetzesvorlagen einbringen, und jede Vorlage geht sofort an ein bestimmtes Komitee, in dem sie beraten und vielleicht begraben wird. Nur aus den Händen des Komitees kann sie ans Haus weitergehn. Auch die parlamentarischen Methoden sind durchaus Washington nachgemacht, manchmal in naivster Weise nachgeäfft. Der Spielraum, in dem sich die staatliche Legislatur bewegen kann, ist freilich meistens etwas enger als der, welchen die Bundesverfasusng dem Kongreß läßt.

Die Staatsverfasser kennen ihre Pappenheimer und sorgen dafür von vornherein, daß gewisse Dinge nicht Gegenstand gesetzgeberischen Egoismus werden können. Anderseits überträgt die Staatslegislatur viele ihrer Rechte wieder

an untergeordnete Körperschaften, Kreistage, Lokalvertretungen und Stadtverwaltungen, aber das Charakteristische ist, daß es sich in allen diesen Fällen wirklich um eine Übertragung von Rechten handelt, die dem Staat als solchem zukommen und von der Staatslegislatur daher auch den Ortschaften genommen werden können. Zur Kompetenz der Staatslegislatur gehört das gesamte Verwaltungsrecht des Staates, also die Vorschriften über Unterricht, Lokalregierung, öffentliche Arbeiten, Steuern, öffentliche Schuld, Strafanstalten, Aufsicht über Eisenbahnen, Korporationen, Fabriken, Handel usw.; dann das ganze bürgerliche Recht und Strafrecht mit Ausnahme jener engen Gebiete, welche die Bundesverfassung sich vorbehalten hat, und schließlich die Verleihung von Berechtigungen und Monopolen an Gemeinwesen und wirtschaftliche Korporationen. Gänzlich ausgeschlossen ist natürlich alles, was sich auf die Beziehung eines Staates zu andern Staaten oder zum Ausland erstreckt, desgleichen Zölle und alles übrige, was die Bundesverfassung einheitlich geregelt hat. Dagegen hat der Staat sogar das Recht, die Bedingungen festzustellen, unter denen ein Einwanderer naturalisierter Bürger werden kann. Der Ausländer wird Amerikaner dadurch, daß er unter den Bedingungen des Einzelstaates berechtigter Bürger in einem der 45 Staaten geworden ist. Der Wirkungskreis der Staatslegislaturen ist also tatsächlich ein außerordentlich großer, und es ist geradezu überraschend, daß trotzdem die Verschiedenheiten zwischen den einzelnen Staaten verschwindend klein sind neben den großen Ähnlichkeitszügen.

Die Stadtlegislatur, deren Mitgliederzahl außerordentlich verschieden ist, besteht, wenigstens in den größern Städten, ebenfalls aus zwei Häusern. Der Deutsche darf da aber nicht an das Nebeneinanderarbeiten von Magistrat und Stadtverordneten-Versammlung denken, denn bei der scharfen Trennung von Legislative und Exekutive haben die Abteilungsvorsteher der Verwaltung, also die Stadträte, keinen Platz in der gesetzgebenden Körperschaft. Das doppelte Haus ist also gewissermaßen eine obere und eine untere Stadtver-

ordneten-Versammlung, meistens in verschiedener Art gewählt und in ihren Funktionen auch wieder so ungleichartig wie die Häuser des Kongresses. So müssen auch hier beispielsweise die Anträge auf Geldbewilligung aus der Mitte des Untern Hauses ausgehn. Seltsamerweise ist meistens die Unterrichtsverwaltung von der städtischen Legislatur abgelöst und einer besondern städtischen Schulbehörde, die selbst aus direkter Volkswahl hervorgeht, vollkommen überantwortet.

Wer die geistige Atmosphäre der Durchschnittsstadtväter kennen lernt, findet diese Ablösung allerdings nicht mehr seltsam, sondern vernünftig und segensreich. Im allgemeinen wird man sagen können, daß in der Stadtverwaltung der Bürgermeister mit seinem Stab einflußreicher ist, als die Truppe der Stadtvertreter; ganz im Gegensatz zu den Verhältnissen des Staates, wo die Bedeutung des Gouverneurs entschieden verhältnismäßig gering ist gegenüber dem Einfluß der Staatslegislatur. Die wichtigste Funktion des Gouverneurs ist eigentlich die negative, von Zeit zu Zeit ein gar zu dreistes Gesetz durch sein Veto zu erdrosseln. Der Bürgermeister dagegen kann schöpferisch wirksam sein und der Stadt den Stempel seiner Persönlichkeit aufprägen. In Staat wie Stadt ist es übrigens durchaus nichts Seltenes, daß das Haupt der Exekutive und die Mehrheit der Legislative den entgegengesetzten politischen Parteien zugehören, und dies nicht etwa, weil die politische Parteirichtung bei den Provinzial- und Lokalwahlen nicht in Betracht kam, sondern weil die Wahl nach verschiedenen Systemen erfolgte. Neben der Verwaltung und der Gesetzgebung steht dann als dritter Faktor wieder die Justiz mit ihrem gesamten Instanzenzug. Die städtischen Gerichte sind im wesentlichen Polizeigerichte.

Die Teilung der öffentlichen Geschäfte in staatliche und städtische läßt natürlich noch weiten Spielraum für eine dritte Gruppe, nämlich die nichtstädtischen Lokalverwaltungen. Auch sie schöpfen ihre gesamte Autorität aus dem Willen der Staatslegislatur, aber alle Staaten lassen diesen kleineren politischen Einheiten weitgehendes Selbstbe-

stimmungsrecht. In dieser nichtstädtischen Lokalverwaltung spiegeln sich die historischen Verschiedenheiten der getrennten Gebiete viel deutlicher, als im Staats- oder Städteleben. Die großen Städte sind im wesentlichen überall nach derselben Schablone geschaffen worden; ähnliche Bedürfnisse haben zu ähnlichen Lebensformen geführt. Der Zusammenfluß großer Massen schuf überall dieselben wirtschaftlichen Bedingungen. Die zerstreute Bevölkerung dagegen mußte im Süden, im Norden, im Westen unter recht ungleichen Wirtschaftsformen ihre soziale Gliederung gewinnen, und diese Ungleichheit führte früh, als man die Probleme der großen Stadt noch gar nicht kannte, zu verschiedenen Typen, die sich historisch erhalten haben.

Als die englischen Kolonien sich entwickelten, waren die Gegensätze etwa zwischen den Neuenglandstaaten und Virginia in dieser Beziehung geradezu extrem. Die Kolonien an der Nordküste mit ihrem hügeligen Boden, ihren Buchten und Häfen, ihren großen Wäldern, erlaubten keine schnelle Ausdehnung der Bevölkerung und begünstigten die Entwicklung begrenzter Ortschaften; und das war wiederum begünstigt durch die puritanischen Anschauungen, die eine lebendige Anteilnahme der Bevölkerung am Kirchenleben verlangten. Da entwickelte sich dann naturgemäß eine Lokalselbstverwaltung durch Ortschaftsversammlungen, welche alten englischen Traditionen entsprach. Die Bürger kamen in der Ortschaftshalle zusammen, diskutierten die gemeinsamen Angelegenheiten und beschlossen, welche Steuern erhoben, welche Straßen gebaut werden sollten, und vor allem, was für die Kirche, die Schule und die Armen zu tun war. In Virginia dagegen, wo die weiten Plantagen sich entwickelten, konnten keine geschlossenen Ortschaften aufkommen. Die Bevölkerung war weithin über das ganze Land zerstreut, und die gemeinsamen Angelegenheiten mußten notwendigerweise besondern Vertretern überlassen bleiben, Vertretern, die teilweise von den kleinen Kirchengemeinden gewählt, teilweise vom Gouverneur eingesetzt wurden. Die Einheit war hier nun nicht die Ortschaft, sondern der Bezirk.

Der Unterschied dieser beiden Typen ist um so mehr der Beachtung wert, als er es erklärlich macht, wie Nord und Süd so ganz verschiedene und doch gleichmäßig wertvolle Faktoren für die großen Geschehnisse der amerikanischen Geschichte zur Verfügung stellten. Neuengland und Virginia waren die zwei Einflußzentren in den Zeiten der Revolution und der Unionsbildung, aber der Einfluß hatte ganz ungleiche Form. Neuengland beherrschte das Land durch die ungewöhnlich hohe politische Erziehung der Massen, die durch die lange Schulzeit der Ortschaftsvertretung hindurchgegangen waren; jeder Einzelne war da genötigt worden, die öffentlichen Verhältnisse zu überdenken. Virginia dagegen gab dem Lande die großen glänzenden Führer. Die Masse war stumpf geblieben, aber die Vertreter der Bezirke hatten sich gewöhnt und geübt in der Rolle leitender Staatsmänner. Zwischen diesen Extremen lagen an der atlantischen Küste die Mittelstaaten, in denen eine gemischte Form von Bezirksvertretung und Ortschaftsvertretung sich notwendig aus den sozialen Gliederungen ergab. Und dieser dreifache Typus — der nördliche, der südliche und der gemischte — drang nun im neunzehnten Jahrhundert langsam von der Ostküste nach dem Westen. Die Ansiedler der neuen Staaten trugen die Formen der ihnen vertrauten Lokalverwaltung in ihre neue Heimat, und so lassen sich denn heute noch die drei Formen im wesentlichen durch das ganze Land unterscheiden. Heute liegt diesen lokalen Gruppen in erster Linie Volksunterricht, Armenwesen, Straßenbau und ähnliches ob. Die Verwaltung der Kirche ist natürlich jetzt auch hier, wie in Stadt, Staat und Bund gänzlich von der politischen Organisation getrennt. Eigentümlicherweise ist die Polizeifunktion der Lokalverwaltung in den Bezirken und Ortschaften ganz rudimentär. Während die Polizei vielleicht das schwierigste Kapitel der amerikanischen Stadtverwaltung ist, hat das außerstädtische Land eigentlich von jeher sich nahezu ohne Polizei beholfen. Es spiegelt sich darin die sittliche Gesundheit der amerikanischen Landbevölkerung. Überall schläft man bei offnen Türen, überall setzt man wechselseitige Hilfsbereitschaft

voraus, und erst die Häufung der Massen in der Stadt hat die sozialen Übel geschaffen, von denen das zu ihrer Bekämpfung eingesetzte Polizeisystem sicherlich nicht das geringste ist.

Wer dieses ganze Getriebe öffentlicher Kräfte überblickt, empfindet, daß es sich bei alledem, in Bund und Staat, in Stadt und Bezirk, durchaus nicht um Energien handelt, die auf den vorgeschriebenen Kreis beschränkt bleiben, sondern daß sie die natürliche Tendenz haben, ihre Wirkungssphäre auszudehnen, vor allem den kleinern Kreis zu überdecken; und gerade das entspricht durchaus den natürlichen Bedürfnissen. Ebenso natürlich und gesund ist aber auch die entgegengerichtete Bewegung, den kleinen Kreis selbst zu erweitern. Ein paar Beispiele mögen genügen. So hat die Union den natürlichen Wunsch, diejenigen Funktionen der Gesetzgebung an sich zu reißen, bei denen die Mannigfaltigkeit der staatlichen Einzelideen der Gesamtheit gefährlich wird. So sind z. B. die Ehescheidungsgesetze Staatsangelegenheit, und die Vielfältigkeit der Vorschriften ist so groß, die Unterschiede so ungeheuerlich — wer in Dakota nach dortigem Recht sich scheiden läßt und wieder heiratet, mag in Newyork etwa als Bigamist strafbar sein —, daß die Nötigung einer einheitlichen Ehegesetzgebung immer lebhafter empfunden wird.

Ähnliches gilt für gewisse Gebiete des Handelsrechts, wo die Verschiedenheiten außerordentlich beschwerlich sind, und manche Gegner der Trusts verlangen sogar eine Änderung der Bundesverfassung, um das Treiben der wirtschaftlichen Riesengebilde der Gesetzgebung gewisser gar zu duldsamer Staaten entziehen zu können. Sehr viel leichter durchführbar ist die Tendenz der Staaten, sich in die Verwaltung der Städte einzumischen. Will der Bund den Staaten neue Vorschriften machen, so muß die Verfassung geändert werden; will der Staat die Zügel der Städteregierung strammer anziehn, so bedarf es gar keiner Änderung, denn wir betonten, daß überall die Staatsverfassung alle Stadtrechte aus dem Willen der Staatslegislatur ableitet. An dem Be-

mühen, diesen Willen mehr und mehr gegen die Stadt zu richten, fehlt es nun zweifellos nicht, und auch hier ist manches in dieser Bewegung durchaus gesund; das gilt vor allem dort, wo der Staatswille sich gegen offenkundige großstädtische Mißbräuche wendet. Im allgemeinen nimmt die Tendenz zu, dem Staat weitgehende Aufsichtsrechte über die lokale Fürsorge für die öffentlichen Gesundheitsverhältnisse, die Industrieverhältnisse, die Strafanstalten, die Wohltätigkeitsanstalten und ähnliches einzuräumen. Man weist besonders auf die Vorzüge der Gleichförmigkeit hin, die dadurch erzielt wird, und auf den Gewinn, der zweifellos vorhanden ist, wenn etwa hygienische, technische, pädagogische Fragen den tüchtigsten, mit Staatsmitteln angestellten Sachverständigen einheitlich übertragen werden, statt sie dem Dilettantismus kleiner Bezirke und Ortschaften zu überlassen. Kein Zweifel, daß in diesem Sinne die Staatsfunktionen sich langsam und stetig ausdehnen.

Nun kommen aber auch die Stadt und die Ortschaft ihrerseits wieder mit der Tendenz, die untergeordneten Kräfte mehr und mehr zu absorbieren und somit die munizipalen Funktionen zu erweitern. Die Grundsätze, die das wirtschaftliche Leben der Vereinigten Staaten beherrscht und stark gemacht haben, lassen der Privatinitiative möglichst weiten Spielraum. So erschien es denn bis vor nicht langer Zeit selbstverständlich, daß etwa die Wasserversorgung, die Straßenbeleuchtung, die Pferdebahnen und Hochbahnen durchaus in der Hand privater Gesellschaften sich befanden. Langsam aber tritt ein Wandel ein. Man ist sich klar, daß Industrien dieser Art von gewöhnlichen Geschäftsunternehmungen doch wesentlich verschieden sind, einmal, weil sie die öffentlichen Straßen benutzen müssen, dann aber, weil solche Anlagen notwendig zu Monopolen führen, bei denen eine Ausplünderung des Publikums schwer zu verbieten ist. So sind denn besonders die Anlagen für Wasserversorgung in den letzten Jahrzehnten immer mehr von der Stadtverwaltung übernommen worden, und die Tendenz ist entschieden vorhanden, den Wirkungskreis der übrigen

Unternehmungen dieser Art, wie etwa das Beleuchtungswesen, für die Privatgesellschaften einzuengen. Damit verbindet sich dann aber sofort die verwandte Tendenz, für Stadt und Ortschaft Aufgaben in Angriff zu nehmen, die nicht wirtschaftlichen Vorteil bringen und bisher der Initiative des großen Publikums überlassen blieben. Die Stadt als solche beginnt, öffentliche Badehäuser und Waschanstalten zu schaffen, Spielplätze und Turnhallen, vor allem öffentliche Bibliotheken und Museen, Konzerte und Festlichkeiten, Markthallen und Bureaus für Beschäftigungsnachweis, — kurz überall moderne Aufgaben mit öffentlichen Mitteln zu bewältigen.

Dieser allgemeinen Neigung, die Aufgaben des Kleinern durch den Größern, des Schwächern durch den Stärkern, des Publikums durch die Stadt, der Stadt durch den Staat, des Staats durch den Bund übernehmen zu lassen, wirkt nun aber mit nicht geringer Energie die umgekehrte Tendenz entgegen. Der Widerspruch beginnt in der Tat schon im kleinsten Kreise und setzt sich mit gleicher antizentralistischer Tendenz nach oben hin fort. Die Ortschaft oder die Stadt sind nicht berechtigt, so sagt man, das Geld der Steuerzahler für Zwecke zu verwenden, die nicht der Gesamtheit zugute kommen oder die im besten Falle für alle nur Luxus sind. Für Museen und Bibliotheken, Badeanstalten und Turnhallen mögen großherzige Stifter sorgen oder private Vereine, aber nicht die Stadt, die ihre Mittel aus den Taschen der Arbeiter nimmt. An städtische Subventionierung der Theater, die hier und da von Optimisten vorgeschlagen wird, ist sicherlich noch für lange Zeit nicht zu denken, und es ist charakteristisch, daß die großmütigen Angebote Carnegies, Volksbibliotheken zu errichten, immer häufiger von den Ortschaften abgewiesen werden, weil Carnegies Plan erhebliche Zuschüsse aus städtischen Mitteln voraussetzt. Wo es sich aber um notwendige Leistungen, wie Beleuchtung und Straßenbahn handelt, da sagt die Mehrheit meistens, daß es noch immer billiger sei, die Profitsucht einer Privatgesellschaft zu befriedigen, als großartige Geschäftsunternehmun-

gen auf öffentliche Kosten durchzuführen. Nach amerikanischer Ansicht sind Privatgesellschaften manchmal zu sparsam, öffentliche Betriebe aber stets zu verschwenderisch.

Die Stadt kauft zu teuer, zahlt zu hohe Löhne, kurz, wirtschaftet ohne den äußern Druck der Aktionäre, welche Dividenden wünschen. Vor allem aber wird die Unternehmung, die in die Hände der Stadt übergeht, dadurch den Politikern ausgeliefert. Statt der besten Fachleute werden jetzt vielleicht politische Schoßkinder der herrschenden Partei in die bestbezahlten Stellungen gebracht, und selbst wenn kein Cent bewußt veruntreut wird, stellt sich doch langsam ein geschäftlicher Schlendrian ein, der den Betrieb schlimmer gestaltet, als er je bei Privatgesellschaften sein würde, die stets mit der Möglichkeit der Konkurrenz zu rechnen haben. Deshalb sträubt sich ja der Amerikaner so unbedingt dagegen, etwa Eisenbahnen oder Telegraphen in die Hand des Staates übergehen zu lassen. Als die eine Telegraphengesellschaft sich nicht genügend den Wünschen des Publikums anpaßte, entstand mit ebenso dichtem Netz über das ganze Land die andre, und seit die „Western Union" und die „Postal Telegraph" sich Konkurrenz machen, ist den Bedürfnissen des Publikums vortrefflich Rechnung getragen: wer aber würde helfen, wenn der Telegraph Monopol des Reiches wäre und die Politiker berechtigte Wünsche nicht befriedigten? Der Wunsch, billig zu arbeiten, die Politik vom Geschäft fernzuhalten, die Möglichkeit der Konkurrenz aufrecht zu erhalten, alles wirkt dahin, daß die von mancher Seite sehnlichst gewünschte Ausdehnung der munizipalen Funktionen nur langsam vorwärtsschreitet. Weist man doch auch nicht mit Unrecht darauf hin, daß, wenn die Privatkorporationen Mißbräuche schaffen, es der Gemeinde sicher nicht an Mitteln fehlt, durch Überwachung und vor allem durch Gegenforderungen bei der Erteilung von Berechtigungen die öffentlichen Interessen energisch zu wahren. Wenn eine Privatgesellschaft die öffentlichen Straßen benutzen will, um etwa Gasröhren oder Pferdebahnschienen oder elektrische Drähte oder Wasserleitungen

zu legen, so soll die Gemeinde, sagt man, die Berechtigung nur auf begrenzte Zeit, etwa mit dem Vorbehalt des Ankaufsrechts, erteilen, eine erhebliche Entschädigung von vornherein und einen Anteil am Gewinn verlangen und auf öffentlicher Bewachung und regelmäßiger Veröffentlichung des Geschäftsberichts bestehn. Es scheint zweifellos, daß die Bewegungen heute vornehmlich in dieser Richtung erfolgen.

So wie das private Unternehmertum sich dagegen sträubt, von der Gemeinde aufgesogen zu werden, so sträubt sich nun wieder die Gemeinde, das gleiche Schicksal vom Staat zu erleiden. Soweit der Bezirk und die ländliche Ortschaft in Betracht kommt, bestreitet ja niemand, daß staatliche Fachbeamte sachlich bessere Fürsorge treffen könnten als die dilettantischen Lokalausschüsse. Aber zunächst empfindet man doch, daß schließlich jeder Platz am besten weiß, was seine besondern Bedürfnisse sind. Die genaueste Anpassung der Einrichtung an die lokalen Wünsche etwa in Fragen der Volksschule oder des Straßenbaues und hundert anderm war nun einmal das historisch notwendige Grundprinzip der Amerikaner. Ergeben hatte sich das Prinzip ja zunächst nur aus den besondern Verhältnissen der getrennten Kolonien und den Bedürfnissen der Pioniere, tatsächlich aber führte es zu so stetigem Fortschritt in der Geschichte des Landes, daß kein Amerikaner es aufgeben möchte, selbst wenn durch die größere Gleichförmigkeit und Nivellierung hier und da offenkundige Vorteile erkauft werden könnten. Dazu kommt aber ein wichtigeres. Nur diese Gelegenheit, im engern Kreise die eignen Angelegenheiten zu ordnen, gibt jeder Ortschaft, ja jedem Bauernhof die stetige Schulung für die öffentlichen Aufgaben des amerikanischen Bürgers; wird er der Fürsorge für den eignen Kreis beraubt, so kann sich jener Geist der Selbstbestimmung nicht entwickeln, von dessen Kraft der Erfolg des demokratischen Experimentes abhängt. Die politische Pädagogik verlangt, daß der Staat die Selbständigkeit der Gemeinde so weit wie nur irgend möglich begünstigt.

Ganz anders liegt das Verhältnis zwischen Staat und

Stadt. Niemand wird von den Parlamentariern der Staatslegislatur Zurückhaltung fordern, damit die Bevölkerung der Großstadt Gelegenheit findet, das politische Interesse und den Geist der Selbstbestimmung wach zu halten. Dort in den Straßen der Großstadt hat dieser Geist sein Heim; dort ist er nicht nur wach, sondern aufdringlich laut und herausfordernd. Wenn aber die Stadtbevölkerung bei ihrem Kampf gegen staatliche Bevormundung dennoch die Sympathien der Verständigen oft auf ihrer Seite hat, so entspringt das der einfachen Tatsache, daß die Stadt, in der sich alle Kulturinteressen verdichten, die Verhältnisse meistens von einem höhern Standpunkt überblicken wird als die Vertretung des ganzen Staates, in dem die schlichtere rückständige Landbevölkerung überwiegt. Wenn etwa die Hinterwäldler des Staates Newyork in Albany tagen und mit ihrer ländlichen Mehrheit Vorschriften für die Dreimillionenbevölkerung der Stadt Newyork erlassen, Vorschriften, die vielleicht patriarchalisch gut gemeint sind, vielleicht aber auch nur kleinlichen Ärger und Unwillen über das weltstädtische Sündenbabel bekunden, dann muß in jedem Falle die Wirkung grotesk sein. Und dennoch bieten die Gesetze dazu jede Handhabe.

Die Verfassungen spiegeln da noch einen Zustand, in dem die Stadt als solche noch keine Bedeutung erlangt hatte. Das neunzehnte Jahrhundert begann in Amerika mit sechs Städten von über achttausend Einwohnern und endete mit 545 solcher Stadtgemeinden; vor allem aber, jene sechs Plätze enthielten weniger als vier Prozent der Bevölkerung von 1800, die 545 Städte von 1900 enthalten dagegen mehr als dreiunddreißig Prozent. Als nur der fünfundzwanzigste Teil der Nation Stadtbevölkerung war, schien die Übermacht der zerstreuten Staatsmassen selbstverständlich; wenn aber ein Drittel dieses Los erwählt und überdies das intelligentere, regsamere, gebildetere und bemitteltere Drittel, so wird die Dürftigkeit der selbständigen Stadtrechte zu einem Kulturschaden.

Die Staaten aber wieder wehren sich ihrerseits gegen

die Vordringlichkeit des Bundes mit all jenen guten Gründen, die für die Selbständigkeit der Gemeinde gegenüber dem Staate sprechen, und mancher andre kommt hinzu. Es ist im Grunde das historische Gefühl, daß die Regsamkeit in den Teilen, mehr als die zentrale Gewalt, den Riesenfortschritt der Nation bedingt hat und daß diese Regsamkeit nicht nur durch Anrechte belohnt werden muß, sondern vor allem durch Pflichten geschürt werden soll. Je mehr der eine Staat dem andern ähnlich ist, desto energischer verbittet er es sich, daß der andre in seine Angelegenheiten hineinredet, und je mehr er dem Ganzen gleicht, desto lebhafter sträubt er sich dagegen, im Ganzen unterschiedslos aufzugehn. Zu den sittlichen Trieben des Staatsindividualismus gesellt sich aber ein kräftiger wirtschaftlicher Staatsegoismus, der für die Mehrheit der Staaten eine Prämie auf den Partikularismus setzen muß. Und hinter allem steckt die Furcht vor den rein politisichen Gefahren der übertriebenen Zentralisierung. Wir sahen hier die Grundtendenz der demokratischen Partei.

So stehen sich denn die zentrifugalen und die zentripetalen Kräfte auf jeder Staffel der politischen Organisation, im Bund, im Staat, im Bezirk, in der Stadt gegenüber, und die Diskussion des Für und Wider erfüllt das öffentliche Leben. Jeder Tag bringt da Fortschritte der Bewegungen in der einen oder der andern Richtung; Stillstand gibt es nirgends. Bei allen diesen Diskussionen handelt es sich um die Gegensätze berechtigter Prinzipien; es gibt aber noch einen andern Gegensatz: die Prinzipienlosigkeit. In Bund, Staat und Stadt kämpfen die Zentralisten und die Antizentralisten um Gesetzesbestimmungen; in jedem der Kreise gibt es Gruppen, die das Gesetz selbst bekämpfen, indem sie es umgehn. In allen jenen Diskussionen gibt es ein Wahr und Falsch; hier aber wird der Gegensatz sittlich und unsittlich, und statt des Argumentierens kann es nur ein Kämpfen geben. Wer die Augen nicht absichtlich schließt, kann nicht im Zweifel sein, daß das öffentliche Leben Amerikas Mißbräuche hat aufkommen lassen, die dem Geist der Ver-

fassung entgegengesetzt sind, und die hier und da ans Verbrechen streifen. Man kann freilich die Frage zufügen, ob Gewissenlosigkeit nicht in jeder Staatsform sich irgendwo, wenn auch in verschiedenster Gewandung, eindrängen kann und tatsächlich eindrängt, und ob die Notwendigkeit, die gesunde Volkskraft zum Kampfe gegen Mißbrauch zu erziehen, nicht selbst ein wichtiger Faktor für den Sieg des Selbstbestimmungsgeistes sein mag.

Wer die Geschichte der antisozialen Kräfte im amerikanischen öffentlichen Leben erzählen will, hat am wenigsten von der Politik des Bundes, sehr viel mehr von der des Einzelstaates, weitaus am meisten von der Politik der Städte zu berichten. Gewisse Faktoren der Versuchung wiederholen sich freilich auf jeder Stufe. In diesem Sinne wirkt zunächst das legislative Komiteesystem, das sich im Kongreß, in der Staatslegislatur und in der Stadtverordneten-Versammlung formal gleichartig darbietet. Überall ist die Entscheidung über die Vorlagen zunächst von ein paar Persönlichkeiten abhängig, die hinter den geschlossenen Türen des Komiteezimmers ihren Einfluß geltend machen. Daß sich da unlautere Beeinflussungen sehr viel leichter einstellen können als bei den Plenarverhandlungen, liegt auf der Hand. Hat ein städtisches Komitee eine Vorlage in Beratung, deren Annahme für die Straßenbahngesellschaft Hunderttausende an Gewinn oder Verlust bedeutet, so wird sicherlich weder das Präsidium noch der Aufrichtsrat der Gesellschaft irgend einen ungesetzlichen Schritt tun, aber irgendwie wird sich ein dunkler Ehrenmann einstellen, der mit sicherm Instinkt unter den Mitgliedern des betreffenden Stadtverordnetenkomitees einen Schankwirt oder einen Winkeladvokaten oder einen viertklassigen Berufspolitiker herausspürt, welcher klingenden Argumenten zugänglich scheint. Und ist diese Sorte nicht vertreten, so findet sich ein andrer, der zwar nicht Geld nimmt, aber dem daran liegt, daß sein Schwager bei der Straßenbahn eine Aufseherstellung erhält oder daß die neue Straßenbahnlinie an seinen Häusern vorbeigeführt wird.

Genau das Gleiche gilt natürlich, wenn etwa der Staatslegislatur eine Vorlage zugegangen ist, und dann die Stimme irgend eines kleinstädtischen Advokaten im Komitee für die Bahngesellschaft oder den Trust, das Bergwerk oder den Industriebezirk Schaden oder Nutzen von Millionen bedeutet. Die Lobby geht da an die Arbeit, und das Unzulängliche oder wenigstens das gesetzlich Unzugängliche, hier wird's Ereignis. Natürlich sind da die verschiedenen Staaten sehr ungleich schattiert; in Massachusetts würden die gröbern Formen der Bestechung nicht wirksam und äußerst gefährlich sein; in Montana ist man etwas weniger feinfühlig. Der Kongreß in Washington ist, wie schon früher berührt, von dieser Besudlung frei.

Eine andre Quelle der Versuchung, die ebenfalls für alle amerikanischen Gesetzgebungskörperschaften besteht, liegt darin, daß alle Vorlagen von Mitgliedern der Versammlung ausgehn müssen, die Fürsorge für jedes lokale Bedürfnis somit in erster Linie von der Anregung des Volksvertreters abhängt und daß die Zahl der Vorlagen daher selbstverständlich ins Ungeheure anschwillt. So wie der Kongreß in seiner letzten Session 17 000 Gesetzesvorlagen allein im Untern Hause entstehen sah, so kommen Hunderttausende von Gesetzesvorlagen in die Staatslegislatur und die Stadtvertretungen. An Motiven für die Einbringung überflüssiger Gesetze fehlt es nirgends. Da das geheime Komiteesystem dem einzelnen Vertreter es schwer macht, sich vor vollem Hause als Redner aufzuspielen, so ist die Einbringung von Gesetzesvorlagen fast die einzige Möglichkeit für den Politiker, seinen Wählern vor Augen zu führen, daß er nicht umsonst in die Legislatur geschickt ist und daß er dort die Interessen seines Wahlkreises energisch vertritt. Steht so das Einbringen von Vorlagen in üppigster Blüte, so versteht es sich von selbst, daß damit die Möglichkeit gegeben ist, den ärgsten Mißbrauch zu treiben. Mißbrauch in milder Form liegt vor, wenn Vorlagen eingereicht werden, die aus persönlicher Gefälligkeit inszeniert sind oder von persönlicher Gehässigkeit diktiert wurden. In schärferer Form aber

liegt dieselbe Erscheinung vor, wenn es sich nicht mehr um bloße Gefälligkeit, sondern um erkaufte Dienste, nicht um persönliche Gehässigkeit, sondern um einen systematischen Überfall zwecks verbrecherischer Erpressung handelt. In jener mildern Form, besonders in der Spielart der Gefälligkeitsanträge, geht das Unwesen vom kleinsten Bezirk bis hinauf ins Kapitol von Washington, und die berühmte senatorelle Höflichkeit verleiht dem Übel einen Heiligenschein.

Bestärkt wird das Unwesen und in gewissem Sinne überhaupt erst ermöglicht durch die stillschweigende Anerkennung des Prinzips, daß jeder Volksvertreter in erster Linie Lokalvertreter ist. Man erwartet von dem Senator gar nicht, daß er jede Frage unter dem Gesichtswinkel der Gesamtinteressen betrachtet, sondern verlangt in erster Linie, daß er den Standpunkt eines Einzelstaates vertritt. Man hat geradezu behauptet, daß der Senator in erster Linie bei der Union akkreditierter Botschafter des Einzelstaates sei. Daraus ergibt sich aber sofort, daß für die Sonderinteressen eines Staates kein Vertreter eines andern Staates volle Autorität hat, die Wünsche des von jenem Staat gesandten Senators also ein gewisses Vorrecht beanspruchen dürfen, und von da ist nur noch ein kleiner Schritt zu der bestehenden Gewohnheit, jedem Senator Freiheit für seine Anträge zu lassen, wenn er nur im Austausch nicht die Kreise des andern stört. Dadurch gewinnt jeder einzelne Vertreter die Möglichkeit, die Gesetzgebungsmaschine in den Dienst derer zu stellen, die seiner politischen Stellung in seinem Wahlgebiet irgendwie förderlich sind und bei seiner nächsten Wiederwahl Dienste leisten mögen. Vielerlei ist freilich nur für den Schein. Die Anträge werden eingebracht, gedruckt, in den Lokalzeitungen breitgetreten, und den Wählern wird ein prächtiges Feuerwerk dargebracht, ohne daß der Antragsteller auch nur für einen Augenblick selber daran glaubt, daß seine Vorlage je das Komitee passieren kann.

In genau gleicher Weise hält sich nun in der Staatslegislatur jedes Mitglied in erster Linie für einen Vertreter

des eignen Kreises, mit einem gewissen Anrecht darauf, daß kein andrer sich in die Probleme seines Kreises hineinmischt. Dadurch wird auch ihm weitgehende Freiheit gesichert, gesetzgeberische Gefälligkeiten zu erweisen, die sich politisch bezahlen sollen, oder gesetzgeberische Intrigen anzuzetteln zum Schaden der politischen Gegner. Und hier in der Staatslegislatur, ebenso wie in der Stadtvertretung, wo dieselben Grundsätze herrschen, ist der günstigste Platz, diese Freundlichkeit und die Schikane nach ihrem Marktwert zu verkaufen.

Sieht etwa eine Bahngesellschaft eine technisch unsinnige, übertriebene Sicherheitsforderung beantragt, die den Verkehr in dem Staat belästigen und die Ausgaben unerträglich erhöhen würde, so kann sie es natürlich darauf ankommen lassen, ob nicht in dem Komitee die Mehrheit der Mitglieder den Unverstand abweisen werde. Aber das ist Hazardspiel. Alle möglichen Vorurteile mögen zufälligerweise zusammenwirken, um die Vorlage durchzudrücken. Da die Gesellschaft sicher gehn will, probiert sie doch vielleicht lieber diejenigen Argumente, die ausschließlich Kapitalisten zur Verfügung stehen; und da hat sie nun den doppelten Weg, entweder den, das Komitee selbst, wie schon geschildert, zu „überzeugen", oder aber mit dem Antragsteller selbst ein nicht mehr zweideutiges Wort zu sprechen: der Antragsteller zieht seinen Antrag zurück. Ist diese Möglichkeit im Rahmen der Staats- und Stadtpolitik aber überhaupt erst einmal gegeben, so ist es nicht zu vermeiden, daß ehrlose Kreaturen diese Form des verbrecherischen Gelderwerbs aufsuchen, und zwar nicht etwa dadurch, daß sie dieser Versuchung unterliegen, sobald sie einmal in der Volksvertretung sind, sondern dadurch, daß sie in die Volksvertretung gehn, um Gelegenheit zu dieser Versuchung zu gewinnen.

Hier setzt nun derjenige Faktor ein, der in der Tat die Staatslegislatur, besonders in den Staaten mit weniger befestigten Traditionen, und mehr noch die Stadtvertretung so durchaus von der Bundesvertretung im Washingtoner

Kongreß unterscheidet. Die Gelegenheit, das Amt zu mißbrauchen, ist im Bund, Staat und Stadt die gleiche; aber Männer, die aus ehrenhaften Motiven in die politische Arena eingetreten sind, werden äußerst selten Opfer einer verbrecherischen Versuchung. Die gemeinen Mißbräuche gehen fast ausschließlich von Männern aus, die um der verbrecherischen Gelegenheit willen das politische Vertreteramt suchen, und diese Sorte von Pseudopolitikern kann in die Stadtvertretung leicht, in die Staatsvertretung nicht gerade unschwer, in den Kongreß sozusagen niemals hinein. Wäre es anziehend, ehrenvoll und interessant, in der Staatslegislatur zu wirken, oder im Kreise der Aldermen die öffentlichen Geschäfte zu führen, so würde ein Überfluß von tüchtigen Leuten zur Verfügung stehen, und jedes zweifelhafte Element würde verschlossene Türen finden. Das Gegenteil aber ist der Fall.

Ja, im Kongreß von Washington zu sitzen, im Hause oder gar als höchste Ehre im Senat, das ist des Ehrgeizes der Besten wert. Das ist weithin sichtbar und malerisch, und auf dem Hintergrunde des großpolitischen Lebens empfindet sich der Einzelne als Träger bedeutender Aufgaben; und mag auch mancher es scheuen, für Jahre hinaus seinen Wohnsitz nach der Bundeshauptstadt verlegen zu müssen, so bleibt es doch dabei, daß das Land niemals Mühe hat, genügende Vertreter zu finden, die vom Geist der Verfassung erfüllt sind. In den Einzelstaaten dagegen als Vertreter zu dienen, bedeutet für den bessern Menschenschlag, soweit es sich nicht um Berufspolitiker handelt, eine gewisse Selbstüberwindung. Die Legislatur tagt meist in einem weltverlassenen Neste, verlangt dort in jeder Session viele Monate fleißigster Komiteearbeit, und neun Zehntel dieser Arbeit sind doch nichts als ein Zanken und Feilschen um jene Tausende kleiner Vorlagen, bei denen von großen Gesichtspunkten überhaupt nicht die Rede sein kann. Es ist ein ödes, geistloses Getriebe, das wirklich anziehend nur für drei Gruppen sein kann: einmal für diejenigen, die im Dienst der Parteimaschine die Karriere des Berufspolitikers suchen,

und die Staatslegislatur nur als Vorstufe für Größeres hinnehmen; dann für diejenigen, welche von dem kleinen, überall durchaus kärglich bemessenen Diätengehalt der Volksvertreter angezogen werden; und schließlich für diejenigen, deren bescheidener Ehrgeiz sich schon befriedigt fühlt, wenn sie in irgend einer Form von ihren Mitbürgern delegiert werden. Das Durchschnittsniveau ist daher in der Staatslegislatur durchweg ein niedriges. Männer von hervorragender Stellung geben sich selten dazu her, und wenn bedeutende Persönlichkeiten sich in Staatspolitik werfen, so geschieht es eigentlich mit einem gewissen Mute der Selbstentsagung, nicht so sehr, um an den Geschäften der Legislatur mitzuarbeiten, sondern um die Legislatur selbst zu reformieren. Steht es aber so, dann kann es nicht wundernehmen, daß sich da unsaubere Elemente hineinmischen, Erpresser und käufliche Kreaturen, die sich darauf verlassen, daß bei solchen Ehrenhändeln die andre Seite stets das gleiche Interesse daran hat, unbedingtes Stillschweigen zu wahren.

Man darf auch das nicht vergessen, daß das amerikanische Prinzip der strengen Lokalvertretung ebenfalls dahin wirkt, das Niveau der niedern Legislaturen tiefzuhalten, denn wenn der Vertreter eines bestimmten Bezirks durchaus in dem Bezirk seinen Wohnsitz haben muß, so ist die Zahl der möglichen Kandidaten dadurch natürlich außerordentlich verringert. Alles dieses gilt nun in noch höherm Maße von der Stadtverwaltung, wo das Lokalisierungsprinzip verlangt, daß jeder Stadtteil, auch der ärmste und anrüchigste, nur Männer wählt, die in dem Stadtteil zu Hause sind. Gewiß liegt darin viel Nützliches, aber es bringt notwendig eine Sorte von Leuten zusammen, mit denen gemeinsam öffentliche Fragen im Komitee zu bearbeiten, nicht gerade nach jedermanns Geschmack ist. Und die Fragen, die hier zu erörtern sind, erscheinen noch kleinlicher, und vor allem erscheinen die Gründe, die unsaubere Gesellen anziehn, hier noch handgreiflicher, da die Großstadt mit ihrem schnellen Wachstum, mit der Vergebung von Gerechtsamen und Kontrakten noch mehr die versteckte Gewinnsucht anreizt. Je mehr sich aber

die bessern Kräfte fernhalten, desto leichteres Spiel haben die zweifelhaften Elemente.

Noch ungünstiger stellt sich aber das Verhältnis der Stadt zu Staat und Bund, wenn nicht die Legislative, sondern die Exekutive betrachtet wird. Während in Washington beispielsweise an der Spitze jeder Verwaltungsabteilung ein einziger Mann steht, der mit voller Verantwortlichkeit die Verwaltung leitet, hat man bis vor kurzem in der Stadtverwaltung meist Komitees an die Spitze gestellt, geleitet von dem alten amerikanischen Glauben, daß eine Mehrheitsentscheidung stets den Vorzug verdient. Wo aber einzelne Männer zur Leitung berufen wurden, da erfolgte die Auswahl meist durch ein Zusammenwirken von Bürgermeister und Legislative. Dabei konnte es sich in den obern Stellen niemals um eigentliche Fachmänner handeln, da die Verwaltung ja von den parteipolitischen Wahlen abhängt, mit der siegenden Partei also der obere Beamtenstab wechselt und somit für niemanden die Möglichkeit einer Lebenskarriere vorliegt.

Nun ergibt sich hier mehr als irgendwo die Gefährlichkeit der Verwaltung durch Komitees. Die Verantwortlichkeit einer Mehrheit bleibt ungreifbar, und auch da, wo der Bürgermeister und die Aldermen zusammenwirken, ist keine der beiden Parteien so recht verantwortlich für die Auswahl, die selbstverständlich mit der eng umgrenzten Beamtenwahl unter deutschen Verhältnissen gar nicht zu vergleichen ist. Für einen deutschen Stadtratsposten kommen ein paar, in ziemlich ähnlicher Weise vorbereitete Spezialisten in Frage; die Leitung etwa der Newyorker oder Chicagoer Straßenreinigung oder Polizei setzt dagegen keinerlei Spezialvorbereitung voraus, und die Zahl der möglichen Kandidaten ist somit unbeschränkt. Daß nun solche unverantwortlichen Komitees nicht über Korruption erhaben sind, und auch mancher für seine politischen Dienste mit wohlbesoldeter Verwaltungsstelle belohnte Parteimann sein Heu zur Scheune bringt, solange die Sonne scheint, das kann nicht wundernehmen. Eine große Reihe von Abteilungen wird dazu ja

freilich keine Versuchung bieten. Es ist beispielsweise einmütiges Urteil, daß die Feuerwehr in allen amerikanischen Städten vorzüglich verwaltet wird. Am bedenklichsten sieht es mit der Polizei aus, wo die Versuchung natürlich am größten ist. Dabei können die schlimmsten Mißbräuche auf der einen Seite sehr wohl mit vorzüglichen Leistungen auf der andern Seite verbunden werden. Der Sicherheitsdienst einer Großstadt mag vortrefflich organisiert sein, das Verbrechertum aufs energischste verfolgt werden, und trotzdem mag die ganze Polizei der Korruption verfallen sein. Bei den Totschlägern und Einbrechern wird pünktlich die Pflicht erfüllt; und doch vielleicht gleichzeitig von den Kneipen, welche die Sonntagsgesetze überschreiten, von den öffentlichen Häusern, welche die städtischen Vorschriften mißachten, von den Spieltempeln, welche die Polizeistunde nicht einhalten, ein Obolus erpreßt.

Immer wieder freilich muß auf zweierlei hingewiesen werden: Erstens, daß sicherlich neun Zehntel dieser Gerüchte auf Übertreibungen und Verleumdungen beruhen. Die Strafen sind so hoch, die Mittel der Untersuchung so energisch, der Verdacht so überall rege, und durch die gegnerischen Parteien und vor allem durch die Sensationspresse so lebhaft geschürt, daß es psychologisch kaum verständlich wäre, wenn das Verbrechertum in der Politik, auch in den untern Schichten in Staat und Stadt, wirklich mehr als die Ausnahme bilden würde. Die Aktenberge der häufigen, geradezu mit Fanatismus geführten Untersuchungen haben fast durchweg Mäuse geboren, und nur ganz selten gelingt es einem Staatsanwalt, wirkliche Bestechungen festzustellen. Übrigens weist der Angloamerikaner gern darauf hin, daß, wo Untersuchungen dahin führten, den Verdacht zu bestätigen und Zuchthausstrafen verhängt werden konnten, es sich meistens um Irländer und andre europäische Einwanderer handelt. Leider haben die Deutschen ihren erheblichen Anteil.

Überhaupt gilt die Ansammlung der europäischen Einwanderer in den großen Städten als ein wichtiger Faktor

für den niedrigen Stand der städtischen Politik. Zweitens aber muß immer wieder davor gewarnt werden, die bloße Verteilung der hochbesoldeten städtischen Beamtenstellen an Parteipolitiker selbst schon als einen Mißbrauch der Stellen anzusehn. Wenn etwa in einer Großstadt ein republikanischer Bürgermeister durch einen demokratischen abgelöst wird, so kann der ja wohl häufig ein paar Dutzend hochbesoldeter und ein paar hundert geringbesoldeter Stellen Männern zuschieben, die sich um den Sieg der Partei verdient gemacht haben. Er wird sich aber hüten, geradezu Unwürdige auszuwählen, da das nicht nur ihn selbst kompromittiert, sondern auch seine Partei schädigt und die Wiederwahl ausschließen würde. Gelingt es ihm dagegen, Männer einzusetzen, die dem Gehalt entsprechende Fähigkeiten und Arbeitskraft und Fleiß in den Dienst der Stadt zu stellen bereit sind, so ist es unsinnig, die Sicherung dieser Gehälter als Parteiprämie nun hämisch als eine Plünderung der Stadt darzustellen und den Schein zu erwecken, als sei die Vergebung der Stellen an Parteigenossen gewissermaßen eine andre Form der Korruption.

Die Schäden im öffentlichen Leben und die Möglichkeit des verbrecherischen Mißbrauchs sind nicht auf Legislative und Exekutive beschränkt. Zunächst hat auch die Justiz ihre Schattenseiten. Man muß ein Fanatiker im Glauben an das Volk sein, wenn man durchaus übersehen will, welche juristischen Ungeheuerlichkeiten zeitweilig aus der amerikanischen Vorherrschaft des Schwurgerichts stammen. Das Gesetz verlangt, daß die zwölf Männer des Volks auf der Geschworenenbank vollkommen einig sind; sie bleiben eingeschlossen und schreiten zu immer neuen Abstimmungen und Diskussionen, bis zwölf Stimmen auf Schuldig oder auf Nichtschuldig fallen. Einigen sie sich nicht, so liegt kein Urteil vor, und der ganze Prozeß kann von neuem beginnen. Ein einziger widerspenstiger Geschworener, der so seine eignen Ideen hat, kann somit den Urteilsspruch der elf andern vernichten, und dabei ist nicht zu vergessen, daß jedes einzelne Verbrechen vor das Schwurgericht gelangt. Bedenklicher

aber noch ist der andre Fall, daß alle zwölf einig sind, aber einig im Grunde doch nur in ihren Vorurteilen. Besonders im Süden, zuweilen aber auch im Westen, werden Schwurgerichtsentscheidungen gefällt, welche dem gesunden Sinn des ganzen Landes ins Gesicht schlagen; allerdings meist freilich in der Richtung der Freisprechung.

Bedenklich sind auch die Langsamkeit der Gerichtspflege und die außerordentliche Betonung des Reintechnischen, derzufolge niemand den Mut hat, im Dienste der Gerechtigkeit sich über den kleinsten Formfehler hinwegzusetzen, eine Tatsache, deren Lichtseite freilich niemand übersehen kann. Bedenklich ist aber vor allem, daß die Richterwahl in so hohem Maße von der Politik abhängig ist, und daß so viele Richteranstellungen aus Volkswahlen für beschränkte Zeit hervorgehn. Auch hier dürfen wir das Schlimme nicht darin sehn, daß ein Parteianhänger mit dem Richterposten belohnt wird; denn an und für sich werden unter den republikanischen Anwälten ebensoviel geeignete Kandidaten für die freie Richterstellung sein, wie unter den demokratischen. Das Bedenkliche liegt vielmehr darin, daß der Richter während seines Wahltermins unwillkürlich zur nächsten Wahl hinüberschielt oder auf eine höhere Richterstellung hofft. Dadurch wird Politik wirklich in sein Amt hineingetragen, und ein politisches Strebertum, das der Partei gefallen will, zu oft im niedrigen Richteramt großgezogen. Nur die Bundesgerichte und im Staat die obersten Richterstellungen sind dem gänzlich entrückt.

In gleicher Weise spielt unbedingt Politik zeitweilig in die Funktionen des Staatsanwalts hinein. Er steht unter der Exekutive des Staats oder des Bundes, also unter einer Parteimacht, die nach den verschiedensten Richtungen hin Verpflichtungen hat, und so kommt es, daß nicht selten der Verdacht entsteht, daß der Staatsanwalt bald hier, bald da nicht mit derjenigen Energie zugreift, die ein über den Parteien stehendes Recht verlangen würde. Besonders in den Streitigkeiten zwischen Kapital und Arbeit hört man zu häufig, daß die Staatsanwaltschaft das Großkapital mit übertriebener Schonung behandle. Mancher andre Schaden des Justiz-

wesens rührt von der ungleichwertigen wissenschaftlichen Vorbereitung der Juristen her. Es fehlt den richterlichen Entscheidungen daher zu oft an juristischer Logik und Prägnanz.

Und schließlich eine Quelle, aus der die Sünden gegen den öffentlichen Geist geradezu sprudeln: die Oberherrschaft der Parteimaschine. Wir haben ausführlich verfolgt, warum das öffentliche Leben der Vereinigten Staaten auf dem Kampf zweier Parteien beruhn muß, warum jede der beiden Parteien nur dann auf Sieg hoffen kann, wenn sie in einer ehernen Organisation zusammengehalten wird, und wie eine solche Organisation ein Heer von Politikern verlangt, für welche die Politik mehr oder weniger Beruf ist. Sie mögen in der Legislatur oder außerhalb derselben sein; ihre Stellung in der Parteiorganisation ist es, welche ihnen ungeheure Macht verleiht, eine Macht, die sich nicht auf Verfassungsgrundsätze und kaum auf Gesetze stützt, eine ungreifbare Macht, die eben deshalb zu leicht mißbraucht werden kann.

Richard Croker war niemals Bürgermeister von Newyork, und doch war er der Diktator der Riesenstadt, gleichviel, welcher demokratische Mayor einzog, und blieb es, auch wenn er auf seinem englischen Landsitz thronte. Er beherrschte die städtische Parteimaschine der Demokratie, und alle Bürgermeister und alle Beamten waren deshalb nur Ton in seinen Händen. Aus tausend unsichtbaren Quellen, die aber doch alle irgendwie mit den städtischen Geschäften zusammenhingen, flossen die Millionen ihm zu, und sein Gewissen war so weit wie seine Taschen. So sagen seine Gegner; seine Freunde stellen ihn als Ehrenmann dar, und niemals konnte das Geringste ihm nachgewiesen werden. Aber wenigstens das eine bleibt unbestreitbar, daß die Möglichkeit solcher unnachweisbaren Korruption mit dem System der Parteimaschine und des Parteibosses unmittelbar gegeben ist. Fast jede Staatslegislatur steht unter der Fuchtel solcher Parteipäpste, und auch Männer, die über den Verdacht der Geldbestechlichkeit weit erhaben sind, mißbrauchen die verführerische Macht, die sich in ihrer Hand konzentriert, im Dienste ihres persönlichen

Vorteils und Ruhms, ihrer Sympathien und Antipathien, und verwandeln die demokratische Herrschaft in Autokratie und Terrorismus. Im höhern Sinne ist jeder Sieg, den sie für ihre Partei erringen, ein Pyrrhus-Sieg, denn der sittliche Schaden ihres selbstischen Absolutismus ist größer als der Vorteil, den die Partei am Stimmkasten erficht. Aber schließlich scheinen sie doch nur allmächtig; in Wirklichkeit gibt es eine Macht im Lande, die stärker ist als sie, eine Macht, die stärker ist als Präsidenten und Legislaturen und die dafür Sorge trägt, daß alle die Schäden und Gefahren, die Mißbräuche und Sünden, die uns entgegentraten, doch schließlich vorübergehen und dem stetigen Fortschritt niemals wirkliche Hindernisse bereiten: diese Macht ist die Öffentliche Meinung.

Siebentes Kapitel.

Die Öffentliche Meinung.

Wir haben vom Präsidenten und dem Kongreß, von der Justiz und der Staatsverfassung, vor allem von den Parteien gesprochen, um die Formen kennen zu lernen, in denen der öffentliche Geist der amerikanischen Nation sich auslebt. Fast möchte es scheinen, als wenn es überflüssig wäre, daneben noch ein Sondergebilde, die Öffentliche Meinung, anzuerkennen, soweit von politischen Fragen die Rede ist. In ästhetischen und literarischen Problemen, in moralischen und sozialen Fragen, da mag es eine Öffentliche Meinung geben, die mit Parteien und Verfassungen nichts zu tun hat; aber wenn ein Volk sich mit einem Riesennetz von Wahlvorrichtungen umspannt, wenn es Hunderttausende von Vertretern und von Beamten fortwährend unterhält, wenn es Parteien ausgestaltet, die ganze Armeen von Politikern werben, wenn es Hunderttausende von Gesetzesvorlagen in den Legislaturen des Landes jedes Jahr erörtern läßt, dann muß auch, wenig-

stens für den Bereich der öffentlichen Fragen, das offizielle politische Leben ein vollständiger Ausdruck der Öffentlichen Meinung sein. Aber trotzdem ist es nicht so. Das offizielle Getriebe mit dem ganzen amtlichen Apparat, von der Wahl des Alderman bis zur Wahl des Präsidenten, bildet ein in sich geschlossenes System, das von der wirkenden Öffentlichen Meinung durchaus getrennt werden kann.

Gewiß läßt sich darüber streiten, unter welchen Bedingungen die Volksstimmung sich am reinsten im amtlich öffentlichen Leben ausdrücken könnte. Gibt es doch in Deutschland so manchen, der es als Dogma hinnimmt, daß volkstümlich und demokratisch nur eine Regierung ist, deren Minister von der Mehrheit des Parlaments abhängig sind. Sie hören meistens mit Erstaunen, daß in dem demokratischsten Lande, in Amerika, die Kongreßmehrheit keinerlei Einfluß auf die Auswahl der Minister hat, und der Präsident sich sehr wohl mit einem Kabinett umgeben kann, das der politischen Richtung des Kongresses widerspricht. Aber kein Amerikaner träumt davon, daß die Politik ein besserer Ausdruck der Öffentlichen Meinung wäre, wenn an dieser Unabhängigkeit des Kabinetts, an dieser Selbständigkeit der Exekutive irgend etwas nach englischem oder französischem Muster verändert würde. Was die wirkliche Trennung von Volksmeinung und offizieller Politik bedingt, liegt überhaupt nicht in der besondern, von der Verfassung vorgeschriebenen Form.

Die Verfassung kann ja nicht vorausbestimmen, mit welchen Hilfsmitteln die vorgeschriebenen Ziele tatsächlich erreicht werden. So steht ja auch in der englischen Verfassung kein Wort von der Existenz des Kabinetts, und doch ist das Kabinett eigentlich der Mittelpunkt der englischen Politik. An sich wäre es durchaus möglich, daß die amerikanische Politik dem Buchstaben der Verfassung gehorchte und doch treuestes Spiegelbild der Öffentlichen Meinung würde. Daß es nicht so ist, liegt lediglich an der Machtstellung der Parteien. Wie sich die Parteien entwickelten und entwickeln mußten, haben wir verfolgt. Heute sind sie da, und die

gesamte Politik wird von ihnen beherrscht. Ihre Gegensätzlichkeit fordert den Kampf; wer kämpft, will siegen; der Sieg und die Herrschaft der Partei werden zum Selbstzwecke; die Prinzipien treten zurück, und die persönlichen Erfolge, die persönlichen Vorteile der Parteiangehörigen drängen sich vor, und auch wo kein selbstisches Moment hinzutritt, wird die Parteitaktik wichtiger als das Parteiideal. Wo es sich aber um Taktik handelt, ist die Disziplin der Armee unerläßlich. Eine Partei, die siegen will, um Interessen zu verteidigen oder Interessen zu bekämpfen, kann nicht ein bloßer Debattierklub sein, sondern muß rücksichtslose Zucht und Ordnung verlangen. Die Entscheidung geht damit in die Hand einiger Weniger über, die an der Spitze der Parteiorganisation stehn, und diese wiederum müssen ihre Stellung dem Urteil und dem Einfluß von Berufspolitikern verdanken, von Männern also, deren große Masse unter dem Niveau des bessern Amerikanertums stehn muß.

Die Massenziffer der Stimmzettel überdeckt zu leicht das tatsächliche Verhältnis. Bei der Präsidentenwahl stimmen Millionen für den einen, Millionen für den andern Kandidaten. Sie sind sich nicht dessen bewußt, daß es vielleicht ein paar Monate vor der Nationalkonvention eine Zeit gibt, in der acht oder zehn Parteiführer es in der Hand haben, vielleicht bei einem gemeinsamen Luncheon festzustellen, wer der nächste republikanische Präsidentschaftskandidat sein wird. Noch weniger merkbar aber ist die Parteivorsehung, wenn es sich um Wahlen für den Gouverneurposten oder das Senatorenamt, den Staatsvertreter oder den Stadtrat handelt. Überall glaubt die Masse zu entscheiden, und sie entscheidet auch tatsächlich zwischen den zwei Parteimöglichkeiten oder innerhalb der Partei zwischen mehreren Parteikandidaten; aber sie empfindet nicht, daß die entscheidendere Wahl hinter den Kulissen vor sich geht, und diese den Kandidaten nach vorn schiebt.

Wie mit der Personenfrage, so liegt es mit der Sachfrage. Im Grunde entscheiden die Parteileiter, welche Probleme und welche öffentlichen Fragen zur Entscheidung kommen

sollen. Und doch hängt das Wesentlichste gerade von der Formulierung der Frage ab. Wir sahen ja, daß unabhängige Gruppen kaum hoffen können, bei irgend welchen Gelegenheiten die feste Organisation der Partei zu zersprengen. Was die Parteiführer nicht zur Diskussion gestellt haben, mag trotz alledem wohl diskutiert werden, aber es ist zunächst praktisch ausgeschaltet. So kommt es denn, daß der Wähler fortwährend vor Entscheidungen steht, die ihm selbst eigentlich nur Entscheidungen zwischen zwei Übeln dünken. Das, was ihm am wertvollsten erscheint, kann er weder von dem einen noch von dem andern Kandidaten erwarten, und nur sein Parteizugehörigkeitsgefühl treibt ihn zum Stimmkasten.

Im Grunde liegt es also doch so, daß das Volk nicht die Fragen stellt, über die es abstimmt, nicht die Kandidaten aufstellt, die es wählt, nicht die Führer einsetzen kann, die seine Partei beherrschen, und nicht die Partei abberufen kann, wenn es während der Legislaturperiode unzufrieden wird. In Deutschland kann die Regierung das Parlament auflösen, wenn neue Gegensätze entstehn. In England fällt das Kabinett mit einem Wechsel der Stimmung. In Amerika hat die herrschende Partei im Kongreß von keiner Seite eine Störung der Legislaturperiode zu fürchten. Kurz das gesamte politische Leben wird beherrscht durch die Kräfte, welche die Parteien als Parteien zusammenhalten, und nur genau so weit, als der Parteigeist das Volk beherrscht, ist die politische Hierarchie Ausdruck der Nation.

Im Wesen der Öffentlichen Meinung liegt es nun aber gar nicht, sich in scharf zugespitzten Gegensätzen auszuprägen. Die Öffentliche Meinung, soweit sie nicht von Parteieinpeitschern beherrscht wird, formuliert ihre Ansichten gar nicht als ein bloßes Ja oder Nein, sondern betrachtet unparteiisch die Gesamtlage, sieht Vorzüge und Nachteile auf beiden Seiten und schattiert ihre Urteile so, daß die grellen Lichter und die tiefen Schatten zurücktreten. Wer nur Parteien kennt, mag zu einem Kompromiß gelangen, der aber im Grunde doch jeder Partei unrecht tut und als Ganzes

unter den Parteien steht; wer aber von vornherein seinen Standpunkt über den Parteien nimmt, der sieht die Dinge gar nicht in Gegensätze gespalten, zwischen denen erst künstlich zu vermitteln ist, sondern er sieht das historische Werden in seiner natürlichen Einheit und gewinnt so eine Auffassung, die den innern Motiven der historischen Anforderung weit besser folgt. Historisches Verständnis beim Blick in die Vergangenheit und ernste Sittlichkeit beim Blick in die Zukunft genügen dann, die richtige Perspektive zu finden. Die praktischen Interessengegensätze, die viel mannigfaltiger sind als die Zweiheit der Parteischablone, ordnen sich dann schon von selbst in das Gesamtgebilde ein, und das Urteil von Sachverständigen zeigt dann auch bald den Weg, das Problem im historischen Geiste zu lösen. Die schließliche Handlungsweise mag dann ganz wohl mit dem Vorschlag der einen oder der andern Partei oder auch mit einem Kompromiß zwischen beiden zusammenfallen, und doch ist es ein ganz andres.

In solcher Entscheidung lebt noch die unmittelbare Wirklichkeit der geschichtlichen Aufgabe; noch ist sie nicht künstlich in eine Zweiheit gespalten, und deshalb genügt zur Lösung das natürliche Empfinden, das bei einem gesunden Volke ein sittliches sein wird, fernab von den taktischen Erwägungen der Politiker. Nirgends aber wirkt solch naivsittliches Empfinden stärker als in der Masse der Amerikaner: ist es möglich, daß ihr gesamtes Wollen, soweit es über den Parteien steht, für das öffentliche Leben machtlos verloren sein soll? Muß es nicht danach ringen, selbständigen Einfluß auf die Geschicke der Nation zu gewinnen? Der Inbegriff dieser Wirklichkeitspolitik ist das System der Öffentlichen Meinung.

Wir sahen, daß der Amerikaner überall zwei Häuser der Legislatur verlangt, ein Oberhaus und ein Unterhaus, daß beide stets das gesamte politische Gebiet umfassen, aber es doch in verschiedener Weise zur Vertretung bringen, auch nach verschiedenen Methoden arbeiten, verschiedene Geschäftsordnung und verschiedenen Einfluß besitzen. Man könnte sagen: das Parteileben mit allen seinen Wahlen und

Ämtern und Programmen ist im Grunde doch nur das Unterhaus der Nation, die Öffentliche Meinung ist das Oberhaus, und das wirkliche öffentliche Leben der Nation wird von beiden Häusern gemeinsam geleitet. Beide vertreten die gesamte Nation, aber sie vertreten sie in verschiedener Weise und mit verschiedener Geschäftsordnung. In gewissem Sinne könnte man sagen: das Parteileben bringt das Wollen der Nation zu quantitativem Ausdruck, die Öffentliche Meinung zu qualitativem. Wo eine quantitative Bekundung verlangt wird, muß jede Situation sich in scharfe Gegensätze spalten, damit eine numerische Feststellung der Anhänger und der Gegner möglich wird. Alle feinern Übergänge müssen da verloren gehn, der innere Reichtum der Frage wird zerstört zugunsten einer Abstraktion, die schematisch, wie es der Physiker tun muß, jede Bewegung als Diagonale in einem Parallelogramm verschieden gerichteter Kräfte auffaßt. Hier ist nun jedes Ja jedem andern Ja, jedes Nein jedem andern Nein gleichwertig, und die Intensität der Bewegung ist lediglich Ausdruck der vielfachen Wiederholung. Der Hauptvorzug solchen quantitativen Unterhauses ist, daß es, wie alle Unterhäuser, nicht unbegrenzte Diskussion verlangt, sondern von vornherein stets den Schluß der Debatte festsetzen kann: jede politische Wahl ist solch ein vorläufiges Ende.

Wie anders im Oberhaus, der Öffentlichen Meinung. Nicht abstrakte Programmschemata, sondern die mannigfaltige Wirklichkeit steht auf der Tagesordnung, und keine zahlenmäßige Abstimmung könnte da fördern, kein Schluß der Debatte könnte auch nur irgend etwas erledigen, keine Vervielfachung der gleichen Ansicht könnte ihr tiefern Wert verleihen: in der Welt der Qualitäten gibt es keine Gegensätze, sondern nur Abstufungen und Übergänge, keine Anhänger und Gegner, sondern nur Verschiedenheiten in der Weite des Blicks, in der Gründlichkeit der Sachkenntnis, und vor allem in der sittlichen Energie und sittlichen Reinheit.

Das Ziel ist hier nicht eigentlich, Politik zu treiben, sondern

in allen Fragen des politischen Lebens reformierend zu wirken und das öffentliche Schaffen den Idealen der Nation anzupassen. Da der schlechthin unsittliche Wille als verbrecherisch auszuschalten ist, gilt es, die unendlich vielfachen Willenstriebe nach ihrem innern Werte sich ordnen und ausbreiten zu lassen. Da sind dann niemals auch nur zwei Stimmen gleichwertig, und ein einziges Wort aus der Tiefe des Gewissens, aus dem Ernst der Erfahrung gesprochen, übertönt den Lärm der Tausende. Hier müssen nun die wahrhaft besten Männer der Nation in den Vordergrund treten, nicht mit Programmen und nicht mit Parteireden, und doch mit der stillen Kraft, der alle Parteien sich schließlich beugen müssen, und eine Öffentliche Meinung muß sich herausbilden und organisieren, die hier ein Präsidentenveto unter ein Kongreßgesetz schreibt, dort den Parteiführer plötzlich abberuft, hier eine ganze Kandidatenliste durchstreicht, dort eine Partei in der Legislatur zerspaltet und unablässig beide Parteien gleichzeitig zwingt, trotz allen Sträubens den Parteivorteil hinter der reifern sittlichen Forderung zurücktreten zu lassen.

Der Deutsche kann sich nicht leicht in diese Zweiteilung der Willensbekundung hineindenken; er würde es als wahrscheinlicher erachten, daß das Parteileben und die Öffentliche Meinung sich durchaus decken. Die Verhältnisse liegen aber für Deutschland ganz anders. Zunächst hat Deutschland ein Dutzend Parteien; die abschattierten Übergänge finden da eher ihren Ausdruck als in dem Zweiparteiensystem der Neuen Welt. Diese Zerspaltenheit der Parteien und Parteichen läßt denn aber auch sofort erkennen, daß von einer Ausbildung wirklichen Parteilebens in Deutschland überhaupt nicht die Rede ist. Große Parteien, welche die verantwortliche Führung der Nation zu übernehmen haben, gibt es nicht; am ehesten könnte der Gegensatz zwischen der Gesamtheit der bürgerlichen Parteien auf der einen Seite und den Sozialdemokraten auf der andern Seite eine Teilung im großen Stile andeuten. Die Entwicklung wirklich verantwortlicher Parteien ist aber überhaupt nicht zu erwarten,

weil ja die deutsche Partei überhaupt nur in geringem Maße befähigt ist, die Initiative zu ergreifen. Die Volksvertretung hat in erster Linie anzunehmen, abzulehnen oder zu verbessern, was die Regierung vorlegt: bei der Regierung liegt somit die Initiative und die Verantwortlichkeit. Sie aber steht über den Parteien, sie ist nicht vom Volke gewählt und nicht vom Volke unmittelbar abhängig, von ihr geht die legislative und die exekutive Arbeit aus, sie repräsentiert somit zunächst unmittelbar jene über den Parteien wirksame moralische Einheit der Nation, die wir in den Vereinigten Staaten der Öffentlichen Meinung zusprechen, während die amerikanische Regierung zunächst eine aus Parteiwahlen hervorgegangene Parteimacht ist.

Nun soll das alles durchaus nicht bedeuten, daß die Öffentliche Meinung Amerikas der kondensierte Extrakt der reinen Moral sei; auch der deutsche Regierungstisch ist ja keine Kanzel. Die Öffentliche Meinung der Vereinigten Staaten wäre kein wahrhafter Ausdruck der nationalen Energien, wenn sie nicht alle Wesenheiten des typischen Amerikaners enthielte; nur muß der Typus nicht so gesucht werden, daß man die Einwohner zählt und einen Durchschnitt herausrechnet. Solch numerischer Durchschnitt gehört wie alles Quantitative in die Parteipolitik: nach solchem Rezept kann man den typischen Wähler konstruieren, aber nicht den typischen Menschen. Wird der qualitative Typus gesucht, so wird die breite Masse der Eigenschaftslosen nicht in Betracht kommen, als typisch aber der uns gelten, der die auffälligsten Eigenschaften seiner Landsleute in harmonischer Weise, ohne Übertreibungen, in sich vereinigt. Die meisten kehren vielleicht den einen oder den andern Zug mit einseitiger Exzentrizität heraus, sind vielleicht patriotisch bis zur Ungerechtigkeit gegen andre, zu rigoros in ihrer Moral, oder so geduldig, daß es unwürdige Schwäche wird, so optimistisch, daß der Eifer rostet, so erwerbsfreudig, daß andre Interessen unterdrückt werden: jede einzige Übertreibung verkümmert das typische Gesamtbild.

Nicht selten aber findet man doch, wenn man sich viel

in amerikanischen Kreisen bewegt, nicht nur in Newyork und Boston und Washington, sondern auch im Westen und selbst in kleinern Städten einen Kreis gleichgestimmter Männer beisammen, die, wenn die Unterhaltung lebhafter wird, so etwa nach dem Diner bei der Zigarre am Kamin, unwillkürlich das Gefühl erwecken: da ist der typische Amerikaner. Seine Unterhaltung ist nicht gelehrt, und er predigt nicht Moral, und doch hat man sofort die Empfindung, daß das Geplauder nicht stocken wird, daß es der Mühe wert ist, zuzuhören, daß er etwas Eignes zu sagen hat, daß er die Dinge in Perspektive mit Vordergrund und Hintergrund sieht, und daß vor allem das Moralische sich immer von selbst versteht.

Die Parteipolitik interessiert ihn nicht besonders; er tut seine Bürgerpflichten, besucht wohl ein paar Versammlungen, zeichnet zum Parteifonds und wählt, wenn das Wetter nicht am Wahltag gar zu schlecht ist; im allgemeinen aber spricht er von der Parteipolitik mit einem leichten Lächeln auf den Lippen, und der Gedanke, daß er selbst etwa in die Staatslegislatur sich wählen lassen sollte, berührt ihn komisch. Er sieht die Fehler, die da ringsum gemacht werden, aber er vertraut, daß sich das alles ausgleichen werde: das Volk ist jung, hat grenzenlose Mittel, hat gesunde Kraft und eine lange Zukunft vor sich. Die Vorurteile der Masse durchschaut er natürlich: er weiß sehr wohl, daß bloße Schneidigkeit nicht genügt, sondern daß die Lösung eines Problems wirkliche Bemeisterung voraussetzt; er weiß auch, daß Reichtum, Technik, Luxus allein noch keine wahre Kultur ausmachen. Hier setzt denn auch sein bestes Bemühen ein, und mit vollen Händen gibt er für Bibliotheken und Universitäten und widmet seine Zeit den städtischen Schulfragen. Aber er leugnet es nicht, in ihm selbst steckt ein Zug zum Lebensgenuß und zur Oberflächlichkeit: hat er den Abend frei und links ist die Tragödie, rechts die Operette im Theater, dann biegt er ganz gerne nach rechts ab, und zum Knausern hat ihn nun einmal die Natur nicht geschaffen: alles Kleinliche ist ihm unästhetisch. Auf den ersten Blick verblüfft die

Leichtfertigkeit und der Optimismus, mit dem er alles entschuldigt; die Gutmütigkeit und Hilfsbereitschaft fühlt man beim ersten Anlaß; fast hält man es für unnatürlich, mit welcher Nachsicht er stets auch der andern Seite Gerechtigkeit widerfahren läßt und über Schwächen nicht schilt, sondern alles mit seinem unverwüstlichen Humor überdeckt. Das erinnert ihn an diese und das an jene Geschichte, und jede erzählt er mit solcher Laune und Schalkheit, daß man glauben möchte, ein ernsthafter Zorn kann in diesen Augen nicht aufblitzen.

Und doch ändert sich das sofort, wenn das Gespräch nicht nur von Schwächen und Fehlern, von Lächerlichkeiten und Torheiten der andern berichtet, sondern auf Niedrigkeit und Bestechlichkeit oder irgend welche Charaktergemeinheit übergeht. Da ist er plötzlich ein ganz andrer Mensch: die ganze Vornehmheit und Echtheit seiner Seele bäumt sich auf, und nicht mit lautem, polterndem Wort, aber mit der verhaltenen Stimme der Entrüstung bekämpft er das sittlich Verwerfliche. Man fühlt, daß hier doch eigentlich der Kern seines Wesens liegt, und mit Staunen verfolgt man, wie er nun keine politischen Grenzen und nur mit leichter Andeutung Klassengrenzen anerkennt: sein ätzender Tadel trifft die Auswüchse der eignen Partei und die Plünderungszüge der eignen Klassengenossen. Jetzt klingt es auch durch, wie aufrichtig religiös er ist, und wie der Sinn des Lebens ihm doch schließlich im Übersinnlichen liegt.

Solch ein Freund mit all seinen guten und schlechten Eigenschaften spricht die Sprache der Öffentlichen Meinung. Die Tausende der Bessern, die weiser und tiefer gebildet, weniger leichtsinnig, weniger verschwenderisch, weniger lebenslustig sein mögen, und die Millionen der Schlechtern, sie bringen bald die eine, bald die andre Regung des öffentlichen Bewußtseins zu stärkerer Geltung, aber der Gesamttypus verändert sich nicht. Er bleibt optimistisch und voll von Vertrauen in die Kraft und die Zukunft Amerikas; um Parteitaktik wenig ernsthaft bekümmert, aber begeistert patriotisch; durchaus nicht nur auf Wohlstand, sondern vor

allem auf Unterricht und sittliche Zucht bedacht, übergutmütig, wohltätig, hilfsbereit, dabei doch lebenslustig, fast leichtsinnig, konservativ, aber doch unruhig und leicht erregbar, wohl respektlos aber religiös, sanguinisch aber gerecht, immer bemüht, die andre Seite anzuhören und zu entschuldigen, was sich erklären läßt, jedoch unnachsichtig, wenn Niedrigkeit der Gesinnung sich bekundet. In der Tat, wenn es gelten würde, die charakteristischsten Merkmale der Öffentlichen Meinung hervorzuheben, so wäre es die Geduld und Nachsicht mit Fehlern und Schwächen, und die unnachsichtige Empörung und Verachtung für niedrige Gesinnung und Ehrlosigkeit. In beidem ist sie da so recht das Gegenstück zum Parteigeist, der gar zu gerne aus den kleinen Fehlern die großen Gesetzesvorlagen macht und dafür über die großen Sünden sich mit kleinen Phrasen hinwegsetzt.

Nur eines darf auch bei der flüchtigsten Charakterisierung der Öffentlichen Meinung niemals fehlen: der unversiegliche Humor. Der Humor ist das Antiseptikum der amerikanischen Politik; gewiß würde es vielleicht idealer sein, wenn die Arbeit von vornherein aseptisch durchgeführt würde, aber unsauberes Strebertum und schmutziger Eigennutz sind in der Demokratie vielleicht noch weniger leicht fernzuhalten als sonstwo. Auch der Humor der Öffentlichen Meinung steht in deutlichem Gegensatz zum Parteileben; wenn man genau zuschaut, so kann man den Unterschied nicht übersehn. Die Parteitaktik erheischt es, daß man in die Wählermasse den Glauben hineinhämmert, nur im Schoße der einen, der eignen Partei ruhen die heiligsten Güter der Nation, und auf der andern Seite ist rettungslose Verderbnis. Wer das zum Dogma erhebt, der muß ein bitterernstes Gesicht dazu machen, und wenn er statt dessen mit einem schelmischen Lächeln andeutet, daß es nun gar so arg doch wohl nicht wäre, dann ist die ganze Suggestion zerstört.

Der Wähler aber meint es selber ernst mit seiner Bürgerpflicht und verlangt somit von seinem Kandidaten gerade diese trockne Sachlichkeit mit humorloser Parteibegeisterung. Bespricht der Bürger dagegen dieselben

Fragen mit seinen Freunden, dann ist er nicht mehr Parteimann, sondern Glied der Öffentlichen Meinung, und sofort sieht er den Humor der Situation; mit sicherm Spott durchlöchert er die eigne Parteischanze. So kommt es, daß die politische Bevölkerung mehr als irgendwo in der Welt vom Humor beherrscht wird, die Parteiführer aber, wenigstens vor der Öffentlichkeit, philisterhaft humorlos erscheinen. So wie in einigen amerikanischen Staaten die Männer gern zu Hause ihren Wein trinken, aber bei öffentlichen offiziellen Banketten nur Mineralwasser sprudeln lassen, so berauscht man sich außerhalb der offiziellen Parteifunktionen am politischen Humor, aber in der Partei ist man Temperenzler. Es ist das offenbar das Gegenteil von den bekannten englischen Verhältnissen, wo die Massen ziemlich schwerfällig und stumpf, die Führer aber glänzende Geister mit zynischem Witz sind.

Das würde Amerika nicht dulden. Trifft man die führenden Politiker, besonders Kabinettsmitglieder, im sozialen Kreise, so ist man oft verwundert, wie glänzend ihr Witz ist, und man empfindet, daß sie auch ganz wohl das Zeug in sich hätten, nach dem Vorbild ihrer englischen Kollegen aufzutreten, aber das würde den Parteidiener zugrunde richten. Das Volk ist souverän; der Öffentlichen Meinung kommt es daher zu, spöttisch, vielleicht selbst zynisch über den Parteien zu stehn und ein Augurenlächeln um die Lippen spielen zu lassen; die Parteien und ihre Beamten haben aber schön bei der nüchternen Arbeit zu bleiben. In England ist das Kabinett, in Amerika die Öffentliche Meinung an die Rolle des witzigen Schöngeists gewöhnt; der Gegensatz von Aristokratie und Demokratie prägt sich kaum irgendwie deutlicher aus.

Fragt man, wer die Öffentliche Meinung macht, so muß hier zunächst das Mitgliedsrecht unbedingt denen eingeräumt werden, die das Stimmrecht jetzt und voraussichtlich für lange Zeit hinaus nicht besitzen: den Frauen. Um die eigentliche Parteipolitik kümmert sich die Frau herzlich wenig, und ihr Interesse ist nicht gering, weil sie keine Rechte hat, sondern sie hat keine Rechte, weil sie kein Interesse hat. Wenn aber

die Besten im Lande aufrichtig wünschen, daß sich daran nichts ändere, daß das routinemäßige Parteileben den Frauen auch fernerhin fremd bleiben möge, so ist damit nicht im geringsten gemeint, daß sie sich um die öffentlichen Probleme der Zeit nicht kümmern sollen. Im Gegenteil, schon heute ist ihr Einfluß auf die öffentliche Meinung ein sehr energischer; und auch da wiederum kommt durchaus nicht der Hauptwert den organisierten Kreuzzügen der Frauen zu, wie sie etwa im Interesse der Temperenzbewegung in Szene gesetzt sind, sondern vielmehr dem stillen Wirken, dem häuslichen Einfluß, der vorbildlichen Reinheit des Empfindens. Jede Reformbewegung, die an sittliche Gründe appelliert, ist durch die öffentliche Frauenmeinung gefördert und gestärkt worden, und manche unmoralische Parteipolitik ist an dem stillen Widerstand des weiblichen Einflusses gescheitert.

Wenn für das Wirken der Öffentlichen Meinung die Grenze zwischen den Geschlechtern wegfällt, so schwindet noch mehr die Grenze zwischen den verschiedenen Ständen. Die Öffentliche Meinung ist nicht durch Klassengegensätze zerspalten. Gewiß hat jede Berufsgruppe ihre hervorragenden Interessen, und so schattiert sich auch die Öffentliche Meinung etwa in verschiedenen Landesstrecken sehr verschieden. Die Landwirtschaftsstaaten haben andre Problemmittelpunkte als die Industriestaaten; der Süden andre als der Norden; der Osten andre als der Westen; die Bergwerksdistrikte andre als das übrige Land. Aber das sind im Grunde nicht Gegensätze innerhalb der Öffentlichen Meinung, sondern verschiedene Sektoren aus der gemeinsamen Kreisfläche.

Gewiß bringen ungleichartige wirtschaftliche Verhältnisse dabei auch wirkliche Gegensätze der Anschauung hervor, und weitverbreitete Vorurteile bringen neue Mannigfaltigkeit; aber im ganzen entwickelt die Öffentliche Meinung sich mit überraschender Einheitlichkeit. Es ist die Stimme der Einsicht gegenüber der Leichtfertigkeit; die Stimme der Gewissenhaftigkeit gegenüber der Selbstsucht, die Stimme des Gemeinwohls gegenüber dem Sonderinteresse, die Stimme

der Zukunft gegenüber der Gegenwart: aber es ist nicht etwa die Stimme des Kapitals gegenüber der Arbeit oder die Stimme der Universität gegenüber der Volksschule und nicht die Stimme der Stadt gegenüber dem Lande. Am allerwenigsten aber, und das ist nach dem Vorhergehenden ja selbstverständlich, ist es die Stimme der Politiker und Beamten. Nicht daß der einzelne Politiker tiefer steht als ein Durchschnittsträger der Öffentlichen Meinung, aber der Einfluß, den er ausübt, muß notwendig in die Parteikanäle fließen; dem freien Strome der Öffentlichen Meinung kommt er nicht zugute. Nur die Bedeutendsten in der Welt des Parteilebens, ein paar Senatoren und Gouverneure, vor allem der Präsident und hie und da ein Kabinettsmitglied, gewinnen selbst unmittelbaren Einfluß auf die Öffentliche Meinung.

Die Anregungen für die Öffentliche Meinung kommen aus dem Kreis der Gebildeten und Besitzenden, nicht selten zuerst mit rein persönlicher Färbung; aber von da aus dringen sie dann schnell unpersönlich in weitere und weitere Kreise. Der Mann auf der Straße trägt sie fort, und wenn sie der rechte Ausdruck des typischen Amerikanertums waren, so nimmt der Schlichteste sie mit derselben Frische auf wie der Gebildetste, der Fabrikarbeiter ebensogut wie der Fabrikbesitzer, der Bauer so gut wie der Bankier. Wer an die Gewissenhaftigkeit, an die Sittlichkeit, an den Patriotismus, an die Gemeinnützigkeit, an den Geist des Fortschritts und der Ordnung, des Edelmuts und der Menschenliebe beim Amerikaner appelliert, der findet keine Klassen, keine Gegensätze, sondern nur die eine Öffentliche Meinung, deren Träger sich nach der Intensität ihres sittlichen selbstlosen Wollens abstufen.

Aber auch solche Öffentliche Meinung verlangt ihre Organisation und ihre Hilfsmittel. So gewagt es auch klingen mag, es kann doch mit Bestimmtheit gesagt werden, nicht die offizielle Politik, nicht der Parteigeist, sondern die Öffentliche Meinung ist es, welche zu ihrem wichtigsten Hilfsmittel die amerikanische Zeitung geschaffen hat. Was die Zeitung als Literaturwerk bedeutet, wird uns in anderm Zusammenhang beschäftigen. Hier sprechen wir nur von ihrer öffentlichen

Wirksamkeit. Der Amerikaner, der über die Zeitungen philosophiert, betrachtet es gemeinhin als selbstverständlich, daß die Zeitung der Parteipolitik dient; und das ist natürlich in der Tat ohne weiteres zuzugeben, daß das Parteileben nicht denkbar wäre ohne das hochausgebildete Zeitungswesen. Der Deutsche, der ins Land kommt, ist leicht geneigt, noch einen andern Standpunkt einzunehmen. Er kennt von Hause her nur die Zeitung, die mit wichtigen Leitartikeln auf der ersten Seite beginnt und Tagesunwichtigkeiten in kurzer Form irgendwo hinten in der Anzeigengegend unterbringt. Er kommt in die Neue Welt und findet Zeitungen, die auf den ersten Seiten nirgends eine redaktionelle Betrachtung enthalten, überhaupt kaum ein ernsthaftes politisches Wort, dagegen einen unsäglichen Wust von aufgebauschten Tagesneuigkeiten, und da sein Auge unwillkürlich auf der Vorderseite derjenigen Blätter hängen bleibt, die ihre Überschriften mit sensationellem Riesendruck in die Welt schreien, so liest er zunächst nichts als Unglücksfälle und Verbrechen und sensationelle Vorfälle des Tages.

Er ist sich nicht klar, daß der unendliche Heißhunger der amerikanischen Bevölkerung für Tageszeitungen notwendig große Blätter entstehn lassen muß, die dem vulgären Instinkte der Millionen angepaßt sind, und deren Riesenüberschriften dem gebildeten Leser schon von weitem ankünden, daß dieses Blatt nicht für ihn geschrieben und gedruckt sei. Er weiß also nicht, daß er ein Unrecht tut, wenn er die politische Presse nach einem Mißgewächs beurteilt, das sich in Deutschland nicht entwickeln kann, nicht etwa, weil die Masse gebildeter ist und Besseres verlangt, sondern weil sie weniger lesebegierig ist. Vor allem aber geht dem Deutschen erst langsam die Einsicht auf, daß alles, was er außen vermißt, sich in den Mittelseiten des Blattes finden läßt, daß der Straßenverkauf es notwendig macht, die Sensation in den Vordergrund zu schieben und die bessern Beiträge des Blattes in die besser geschützte Mitte zu verlegen. Der Deutsche, der das zunächst nicht merkt, ist daher auf den ersten Blick geneigt, anzunehmen, daß die amerikanische Zeitung überhaupt

nicht Ansichten zum Ausdruck bringt, sondern nur Neuigkeiten verbreitet. Aber alle diese Auffassungen können nicht standhalten.

Die amerikanische Zeitung bessern Stils ist im letzten Grunde weder bloßes Parteiblatt noch bloßes Neuigkeitenblatt, sondern bewußter Träger und Förderer der Öffentlichen Meinung. Gewiß ist in den Spalten der Zeitung ermüdend viel von Parteipolitik die Rede. Es würde wahrlich nicht im Interesse der Öffentlichen Meinung liegen, wenn der Leser nicht gründlichst über alle Phasen des Parteilebens, der politischen Aktionen, der Kongreßverhandlungen, der Kandidatenreden, der Wahlkämpfe unterrichtet wäre. Und auch das ist nicht zu bestreiten, daß hie und da auch eine bessere Zeitung, allerdings nicht die allerbesten, sich ohne Rückhalt den Parteiführern verschreibt und zum gedankenlosen Gefäß der Parteimeinung gemacht wird. In ähnlicher Weise ist auch manche Zeitung in der Hand bestimmter wirtschaftlicher Interessengruppen, und die kapitalistischen Sonderwünsche stehen dann im Vordergrund. Aber alles das muß mit außerordentlicher Vorsicht geschehen, denn dazu ist der amerikanische Zeitungsleser viel zu mündig, als daß er sich Zeitungsnahrung täglich kaufen sollte, bei der er merken muß, daß sie verfälscht ist; und bei der außerordentlichen Konkurrenz, die selbst in Mittelstädten drei oder vier ganz große Zeitungen in Gang hält, ist er niemals genötigt, sich an ein Blatt zu binden.

Vor allem liegt solche übertriebene Einseitigkeit gar nicht im wirtschaftlichen Interesse der Zeitung, und die Zeitung ist in Amerika mehr als irgendwo ein großes Geschäftsunternehmen. Die wirtschaftliche Existenz der Zeitung hängt in erster Linie von den Anzeigen ab und in zweiter Linie von dem Straßenverkauf. Das anzeigende Geschäft ist wenig daran interessiert, ob die Kunden republikanisch oder demokratisch sind; es kann nur wünschen, daß die Zeitung in möglichst viele Hände gerät. Der Verkauf wird aber groß nur dann sein, wenn das Blatt durch seine innern Vorzüge all die vielen Konkurrenzblätter schlagen kann. Eine Zeitung, die, wie die deutschen Blätter, mit einem verhältnismäßig kleinen

aber dafür festen, wenigstens für einige Zeit durch Abonnement gesicherten Leserkreise rechnet, kann viel eher für den Leser die Vorsehung spielen und ihm eine bestimmte Parteiansicht aufnötigen.

Bei dem Überwiegen des freien Verkaufs der Blätter in der amerikanischen Großstadt werden aber die Zeitungen schließlich im Vorteil sein, von denen der Leser erwarten darf, daß sie die Situation in ihren Spalten vielseitig darstellen und ihre Urteile in direkter Würdigung aller Motive fällen. Daß dabei jedes Blatt seinen besondern Gesichtswinkel hat, in gewissem Sinne auch seine besondere Schreibweise, seine besondern politischen Freunde und Gegner, seine besondern Vorurteile und Steckenpferde, das versteht sich von selbst. Aber so oft auch in deutschen Büchern das Gegenteil zu lesen ist, die amerikanische Zeitung ist in öffentlichen Fragen doch in ungewöhnlichem Maße unparteiisch, und der Durchschnittsleser mag ein bestimmtes Blatt, wenn nicht gerade eine politische Wahl vor der Tür steht, wochenlang lesen, ohne sich eigentlich klar zu sein, ob die Zeitung republikanisch oder demokratisch ist. Bald werden die Maßregeln der einen, bald die der andern Partei empfohlen oder kritisiert, und auch wo die Zeitung lebhaft für die eine Seite eintritt, findet der Leser Auszüge aus den Leitartikeln gegnerischer Blätter, und stets steht ihm die gesamte Situation so vor Augen, daß er sich selber ein Urteil zu bilden imstande ist.

Während so die Zeitung sich in weitem Maße von der Parteischablone emanzipiert, dient sie nun anderseits unbedingt jenem Gesamtgefüge von Tendenzen, das wir der Parteipolitik gegenüberstellten und als Instinkte der Öffentlichen Meinung charakterisierten. Mit andern Worten, die Zeitung stellt sich über die Partei und hält sich von jeder schematischen Programmabstraktion fern, um die Dinge und die Menschen nach ihrem wahren Wert zu bemessen. Mit ätzender Kritik greift sie Männer der eignen Partei an, und edelmütig erhebt sie den Gegner. Überall appelliert sie an die bessern politischen Instinkte, will Fortschritt und Reform, und mag da auch oft unehrliches Spiel mit unterlaufen und als

sittliche Reform angepriesen werden, was in seinen letzten Konsequenzen unsittlich wirken würde, so bleibt es doch dabei, daß die Zeitung sich nicht zur Wortführerin der Parteitaktik macht, sondern immer zur Wortführerin des wirklichen oder des vermeintlichen sittlichen Empfindens. Die Zeitung spiegelt denn auch in ihrer Art alle jene Methoden, die der Öffentlichen Meinung eigen sind, teilt ihren Leichtsinn und ihre Unruhe, die oft fast hysterisch wird, und doch auch wieder ihren konservativen und nachsichtigen Zug, ihr optimistisches Vertrauen und ihre ernste Moral. Vor allem teilt sie nun auch mit ihr den Humor und den drastischen Spott.

Es ist bekannt, wie die amerikanische Zeitung die politische Karikatur zur Meisterschaft entwickelt hat. Das Spottbild der Tagesblätter ist natürlich sehr viel wirksamer als das der besondern Witzblätter, und auch da läßt es sich nicht verkennen, daß der Spott, so gern er auch den Pfeil auf den politischen Gegner abschießt, doch immer wieder sich bemüht, über den Parteien zu stehn. Dieses Schellengeklingel geht aber durch die ganze Zeitung; nirgends etwas Pedantisches, nirgends etwas gar zu Trockenes. Jene gute Laune und jener leichte Spott, der die ganze Öffentliche Meinung beherrscht, ist in jedem Winkel bemerkbar, von den kurzen Streiflichtern bis zu den knappen, packenden Leitartikeln. Diese Vorherrschaft launiger Subjektivität macht es nun aber auch möglich, den scheinbar nur sachlichen Mitteilungen, ja den gleichgültigsten Tagesneuigkeiten eine eigenartige Wendung zu geben, so daß sie weit über den bloßen Neuigkeitsgehalt hinaus Stimmung erwecken und die Öffentliche Meinung beeinflussen. Die amerikanische Zeitung hat da einen besondern Stil geschaffen, ein Mittelding zwischen photographischer Reportertreue und unabhängiger Feuilletonistenphantasie. So kommt es, daß die besten Zeitungen auch dann die Leser redaktionell leiten und so die Öffentliche Meinung, von aller Parteipolitik unabhängig, heranbilden und Stimmung für oder gegen Personen, Gesetze, Bewegungen machen, wenn sie scheinbar nur schlicht die Ereignisse der letzten zwölf Stunden berichten.

Dazu kommt noch eine andre, spezifisch amerikanische Erfindung: das „Interview". Gewiß ist das Interview zunächst als Nervenreizmittel für den Leser erfunden; es bringt den pikanten Reiz des Persönlichen, nicht selten selbst des Indiskreten in die unpersönlichen Zeitungsspalten, und in Europa, wo die Form des Interviews noch gänzlich unausgebildet ist, wirkt es in seinem vereinzelten Auftreten noch taktlos und geschmacklos. In Amerika ist es zur Kunstform erhoben und durch die Häufigkeit längst unauffällig geworden: dadurch hat es denn aber auch schon längst sein Ziel erreicht, in hohem Maße Ausdruck der Öffentlichen Meinung im Gegensatz zur Parteipolitik zu sein. Es ist die rein menschliche Autorität des Ausgefragten, die dem Interview Leser verschafft; seine vorbildliche Lebensweise, seine gründliche Sachkenntnis, seine Leistungen und Verdienste. In ähnlicher Weise wirken die sorgsam ausgelesenen Briefe an den Redakteur, die gerade in den ernstesten Zeitungen einen breiten Raum einnehmen.

Es gehört eigentlich nicht zum politischen, sondern zum technischen Können und dem geschäftlichen Leben der Amerikaner, wenn wir sofort hinzufügen, daß die äußere Gestaltung der Zeitung und vor allem der Nachrichtendienst bewundernswert, ja oft staunenerregend sind. Man kennt die waghalsigen und exzentrischen Geniestreiche, mit denen amerikanische Berichterstatter bei wichtigen Gelegenheiten allen voran für ihr Blatt die letzten Neuigkeiten eroberten. Aber solche verblüffenden Gewaltleistungen sind doch viel weniger wesentlich, als der vollendete Neuigkeiteneinfang im täglichen Leben und ihre Übermittlung zu jedem bessern Blatte im weiten Land.

Mit unfehlbarem Spürsinn ist die Reporterschar hinter der winzigsten Bewegung, die für die Öffentliche Meinung irgendwie von Bedeutung werden könnte. Gewiß ist da viel Klatsch und Skandal beigemischt und viel Triviales vor die Öffentlichkeit gezerrt, aber wenn es einmal feststeht, daß die Millionen der niedern Klassen den Wunsch haben und vom Standpunkt der amerikanischen Demokratie den Wunsch

haben sollen, armlange Zeitungsblätter mit nach Hause zu nehmen, so steht es auch fest, daß solch ein Heißhunger nach täglich frisch Gedrucktem nur durch Lesefutter befriedigt werden kann, das einem niedrigen Geschmack angepaßt ist: die Newyork Evening Post enthält derartiges sicherlich nicht, dem Bankier und dem Rechtsanwalt gefällt sie besser als die World, aber der Ladengehilfe denkt darüber anders. Es ist das genau wie mit den Theatern: ist in einer Bevölkerung auch die Masse wohlhabend genug, um sich häufig den Luxus des Theaterbesuchs gönnen zu können, so muß das Melodrama für den weinerlichen und die Posse für den spaßigen Pöbel sehr bald überhandnehmen.

Gewiß ist der hastige Nachrichtendienst auch oft oberflächlich, mit Mißverständnissen durchsetzt, und die Zutaten sind oft geschmacklos, aber eine gewisse Gefahr der Unzuverlässigkeit muß das Publikum notwendig in Kauf nehmen, wenn der viel größere Gewinn für die Öffentliche Meinung erzielt werden soll, daß die Blendlaterne sofort auf jeden Schleichweg fällt, und jedes Symptom einer drohenden Gefahr, jedes Anzeichen einer veränderten Situation, jeder Vorbote einer politischen oder sozialen Bewegung sofort signalisiert werden soll. Und wenn die Klage ertönt, daß der Reporter indiskret ist, so soll man doch erst prüfen, ob die Indiskretion nicht demjenigen auf Rechnung zu setzen ist, der seinen Namen gar zu gern in der Zeitung liest und doch gern den Schein erweckt, als geschähe es gegen seinen Willen, daß sich die Öffentlichkeit mit seiner Wenigkeit befaßt.

Wer das Zeitungsleben des Landes wirklich kennt, der weiß, daß er nicht nur jedem Redakteur, sondern auch sozusagen jedem Reporter die ganze Wahrheit erzählen kann und doch nie ein Wort in die Spalten kommt, wenn er hinzufügt, daß er die Veröffentlichung jetzt nicht wünsche: der amerikanische Zeitungsmann ist ein Gentleman, auf dessen Diskretion man sich verlassen kann. Die führenden Journalisten, die Leitartikler und Hauptredakteure der großen Blätter gehören oft zu den besten Kräften der Nation; nicht

selten gehen sie denn auch zu leitenden politischen Stellungen, selbst zu Minister- und Botschafterposten über.

Auch schon äußerlich bekundet sich die Großmachtstellung der amerikanischen Zeitungen durch die Größe der Paläste, in denen sie zu Hause sind. Während in Europa die Zeitungen meist in allzu bescheidenen Quartieren entstehn und die Redaktion einflußreicher Blätter in enge Hofstuben eingepfercht ist, treten die amerikanischen Zeitungsgebäude in selbstbewußte Konkurrenz mit den glänzendsten Modebazaren, und der gesamte Geschäftsbetrieb vollzieht sich in großem Stil. Verblüffend sind auch die Leistungen der Zeitungsillustrationen. Die vornehmsten Blätter freilich verzichten grundsätzlich auf diese der Sensationslust angepaßte Beigabe, so manches große Blatt aber, das der Illustrationswut frönt, hat den zeichnerischen Teil geradezu zur Virtuosität entwickelt und bringt wenige Stunden, nachdem ein Ereignis sich vollzogen, in mehreren Hunderttausenden von Exemplaren an Ort und Stelle aufgenommene photographische Bilder, deren eine europäische Wochenschrift sich nicht schämen würde.

Alles in allem entspricht so die amerikanische Presse der Größe, der Bedeutung, der Energie, dem Tätigkeitsdrang, dem politischen Interesse, dem Wohlstand, dem Aufschwung der amerikanischen Nation, zeigt aber deutlich zu gleicher Zeit die Züge des demokratischen Einflusses, mit seiner Hast, seiner Oberflächlichkeit, seinem Leichtsinn, seiner Vulgarität und seiner Hysterie mit der besondern Zutat des immer wachen Patriotismus und des unverwüstlichen Humors. Je höher das Blatt steht, desto mehr überwiegen die kritischen Zutaten, je weiter der Kreis, an den es sich wendet, desto fühlbarer die aufdringliche Selbstzufriedenheit und der Provinzialismus, der für Europa nur Mitleid und Lächeln übrig hat. Ziemlich stetig ist die Abstufung im Werte vom Osten zum Westen, obgleich einige Exemplare des Newyorker Journalismus es auch mit den widerwärtigsten Blättern des wilden Westens in der Roheit der Sensation aufnehmen können. Die besten Blätter erreichen eine Höhe, welche in vielem auch die hervorragend-

sten Zeitungen in der alten Welt überragt. Ein Blatt wie etwa der „Boston Transcript" findet schwerlich sein Gegenstück im deutschen Blätterwalde. Daneben seien „Sun", „Tribune", „Times" und „Post" in Newyork, „Star" in Washington, „Public Ledger" in Philadelphia, „Sun" in Baltimore, „Eagle" in Brooklyn, „Tribune" in Chicago, „Enquirer" in Cincinnati, „Evening Wisconsin" in Milwaukee genannt, und manche andre können zugefügt werden. Selbst Kleinstädte, wie etwa Springfield, Massachusetts, können hervorragende große Zeitungen wie den „Springfield Republican" produzieren. Und wer gerecht ist, muß gestehn, daß auch die schlechten Blätter sich meistens zu einer leidlich guten Zeitung mit dem Blaustift zusammenstreichen ließen; denn ihre Fehler liegen nicht in der Ärmlichkeit ihrer guten Beiträge, sondern in der Überfülle ihrer geschmacklosen Zutaten. Nicht selten findet man Zeitungen, deren erste Seiten mit den aufdringlichsten Sensationsnachrichten, Klatschgeschichten und Gerichtsverhandlungen, Karikaturen und barbarischen Romanfortsetzungen überwuchert sind und die dann auf der neunten und zehnten Seite eine Reihe von Leitartikeln von hervorragendem Wert darbieten.

Die Zeitung, die mit großen Ziffern rechnen muß, will jedem etwas bringen, und auch darin täuscht sie sich wohl kaum, wenn sie annimmt, daß auch der gebildete Leser, dessen erster Blick auf die politischen Depeschen, auf die Kurszettel und auf die Leitartikel gerichtet ist, doch in irgend einem Winkel seiner Seele noch genügend niedrige Instinkte aufbewahrt, um ganz gerne einen Seitenblick auf den letzten Klatsch und die neueste Sensation zu werfen. Erzieherisch wirkt solch ein Blatt dann freilich nicht; es begnügt sich eben damit, den Lesern, für die es berechnet ist, niemals langweilig zu werden und mit festem Zügel nicht die Parteipolitik, wohl aber die Öffentliche Meinung zu lenken.

Mit alledem soll nicht gesagt sein, daß nicht auch niedrigere Motive die Zeitungsschreiberei herabziehn. Eine der Hauptversuchungen liegt in der Verquickung von

Zeitungspolitik und Parteileben. Gerade die Zeitung, die im Dienst der Öffentlichen Meinung mit kritischem Auge über den Parteien steht, ermöglicht es dem Redakteur, die Freiheit seiner Stellungnahme zu mißbrauchen und seinen persönlichen Gewinn zu suchen. Er mag geflissentlich eine Partei unterstützen, um im Falle des Siegs eine einträgliche Beamtenstellung für sich zu gewinnen, und von da geht es in kleinen Schritten hinunter zu der Moral derjenigen, die eine politische Partei oder ein kapitalistisches Interesse angreifen, um rechtzeitig durch Wechsel von geeigneter Höhe von der Irrtümlichkeit der Position überzeugt werden zu können. Auch die Energie, mit der manche Zeitungen für gewisse Börseninteressen eintreten, spricht nicht für ihre völlige persönliche Unabhängigkeit von den betreffenden Finanzgruppen.

Trotzdem spielt direkte Bestechlichkeit wohl nur eine verschwindende Rolle im amerikanischen Zeitungswesen, und sicherlich ist niemals die Regierung oder gar ein auswärtiges Land der bestechende Teil. Viel bedenklicher ist die Großmannssucht mancher Zeitungsbesitzer, die aus den verschiedensten Motiven heraus die Öffentliche Meinung auf irgend einen Irrweg hetzen. Man kennt den jungen Millionärssohn aus San Francisco, dessen „Journal" eine Million Exemplare erreicht hat, um millionenfache hetzerische Angriffe seinem wahnwitzigen Ehrgeiz vorzuspannen; oder den Millionärsbesitzer des „Newyork Herald", eines der schlechtesten, aber zum Glück auch eines der einflußlosesten Blätter Newyorks, einen Sportsman, dessen Lieblingsziel es ist, die Vereinigten Staaten und Deutschland in einen Krieg zu peitschen. Im Grunde aber bleibt das schließlich alles doch wenig gefährlich, da der amerikanische Zeitungsleser viel zu viel liest und politisch zu reif ist, um auf eine Zeitung zu schwören. Die Stimmung, die das eine Blatt erweckt, wird durch das andre ergänzt, und während der Zeitungsschreiber gern bemüht ist, seine Schlauheit gerade dadurch zu beweisen, daß er eigentlich nur das schreiben will, was der Leser selbst denkt, um ihn nicht abspenstig zu machen, ist der Leser noch

schlauer und liest ganz gern Ansichten, mit denen er nicht übereinstimmt, um sich dadurch seiner kritischen Überlegenheit bewußt zu werden. Während die Zeitung schon über der Partei steht, stellt sich der Leser noch über die Zeitung, und gerade so wird der Journalismus zum mächtigsten Hilfsmittel der Öffentlichen Meinung.

Aber die Zeitung hat durchaus kein Monopol. Neben ihr wirken zunächst das Wochenblatt und die Monatsschrift. Auch hier soll uns der literarische Wert erst in anderm Zusammenhang beschäftigen. Die unvergleichliche Bedeutung dieser Erscheinungen liegt in ihrer Wirkung auf das öffentliche Bewußtsein. Die Wochenschrift arbeitet politisch meist mit indirekten Mitteln. Sie widmet sich besondern sachlichen Interessen, etwa religiösen Problemen oder sozialen Fragen oder literarischen, und die ungeheuerlichen Auflagen entsprechen der weiten Ausdehnung einer kirchlichen Sekte oder eines wirtschaftlichen Berufs; aber überall hebt sich die sachliche Diskussion von einem deutlich merkbaren politischen Hintergrunde ab, und die künstliche Färbung dieses Hintergrundes beeinflußt die gesamte Stimmung. Im größern Stil und mit direkterer Betrachtung wendet sich die Monatsschrift der Politik zu.

Hier ist der Platz, wo die ersten Männer der Nation und durchaus nicht etwa vornehmlich Berufspolitiker von den ernsten Nöten der Stadt und von den Aufgaben der Nation zu handeln pflegen. Von einseitigem Standpunkt ist kaum bei einer der wichtigern Monatsschriften die Rede. Ein Blatt wie die „North American Review" läßt mit Vorliebe Vertretern beider Parteien das Wort zur selben Frage, und eine ähnliche Mannigfaltigkeit spricht aus den Spalten des „Atlantic Monthly", des „Forum", der „Review of Reviews" und ähnlicher führender Blätter, deren Auflageziffern und deren Einfluß mit deutschen Erscheinungen schwer zu vergleichen ist. Der gemeinsame Standpunkt ist immer der der kritischen Öffentlichen Meinung, erhaben über bloße Parteipolitik und aufrichtig ergeben einem nationalen Bemühen für sittliche Reform und für den Einfluß der Besten, der

Erfahrensten und Reifsten. Das Programm verändert sich auch da nicht, wenn in den Blättern der Monatsschrift sich Politik und illustrierte Literatur berühren, wie im „Century", in „Harper's", in „Scribner's", in „McClure's" und vielen andern. Wenn etwa „McClure's Magazine" der halben Million seiner Leser durch eine lange Reihe von Fortsetzungen die illustrierte Geschichte des „Standard Oil Trust" erzählt, wo jede Seite ein Angriff gegen ungreifbare Gesetzwidrigkeiten sein will, so wird damit keiner Partei gedient, aber die Öffentliche Meinung wird die Lektion nicht vergessen.

Mit dem gedruckten Worte wetteifert das gesprochene. Die Fähigkeit des Amerikaners und noch mehr der Amerikanerin, Vorträge anzuhören, scheint grenzenlos. Die soziale und politische Propaganda findet so die breitesten Straßen. Wiederum würde sich außerhalb der Parteiversammlung die bloße Parteirede als wertlos erweisen. Der Witz und das Pathos des Redners erheben sich schnell über taktische Gegensätze und stehen da, wo das historische Empfinden der Öffentlichen Meinung steht. Der „Diner"-Redner sekundiert, da er ja nicht wie in Deutschland genötigt ist, seine Beredsamkeit zwischen Fisch und Braten einklemmen zu lassen und unter keinem Druck steht, seine Rede zu einer Vorbereitung auf ein dreifaches Hoch zu gestalten, sondern unbegrenzt nach Tisch seiner Laune und seinem Ernste nachgehn kann. Es entwickelt sich auch hier eine nicht unbeträchtliche Quelle der Öffentlichen Meinung.

Im gleichen Sinne schließlich wirken die zahllosen Vereine und Klubs, Versammlungen und lokale oder nationale Organisationen für bestimmte Zwecke. Jeder Amerikaner bessern Stils gehört einer Unzahl solcher Gruppierungen an, und wenn auch zwei Drittel darunter sich ihm nur dadurch bemerkbar machen, daß sie seinen Jahresbeitrag einfordern, so bleibt doch für jeden noch ein Drittel übrig, bei dem er ernsthaft mitarbeitet. Gewiß wird auch da viel Einseitiges, viel Egoistisches, viel Triviales und viel Wertloses gefördert, aber in den meisten Organisationen dieser Art steckt etwas Gesundes und Fördernswertes; und jede einzige bestärkt das

Bewußtsein, daß jedermann zum Träger der Öffentlichen Meinung berufen ist. Gewiß, so wie die Parteien klagen, daß viele Wähler ihre parteitaktische Pflicht vernachlässigen, so klagen die führenden Reformer im ganzen Land, daß auch das Heer, das hinter ihnen marschiert, noch viel Lücken aufweise. Die Hauptsache aber ist, daß es wirklich ein Heer ist, daß die Öffentliche Meinung wirklich so gründlich heute organisiert ist wie das offizielle Parteiwesen und daß sie sich täglich mehr bewußt wird, daß sie mit ihrer qualitativen Ordnung im Nationalleben der quantitativen Ordnung der Partei zum mindesten gleichgeordnet ist.

Jede einzelne Frage wird von beiden großen Organisationen, der Öffentlichen Meinung und der Partei, durchgearbeitet und behandelt. Kommt eine große Wahl heran, vor allem die Präsidentenwahl jedes vierte Jahr, so vermag die Parteiorganisation eine künstliche Erregung zu erzeugen, durch welche für ein paar Monate die Öffentliche Meinung zurückgescheucht wird, so daß die Parteitaktik das Feld beherrscht; aber die Organisation der Öffentlichen Meinung hat ebenfalls ihre großen Zeitpunkte. Vor allem arbeitet sie stetig, drängt unablässig vorwärts. Die Wahlerregung ist nur eine kurze Pause, die langen Jahre dazwischen lassen die Öffentliche Meinung erstarken und ihr gutes Werk verrichten. Vor allem die Öffentliche Meinung wirkt gleichermaßen auf beide Parteien ein, zwingt sie immer wieder, Gesetze zu beschließen, die den Politikern unbequem sind, Gesetze durchzustreichen, die ihnen willkommen sind, Probleme aufzunehmen, die man lieber unbeachtet ließe, und Probleme fallen zu lassen, in die sich die Parteien gern selbstsüchtig hineinmischen würden, Kandidaten zu wählen, welche dem Gewissen des Volks näher stehn als dem Geschmack der Politiker, und Führer zu entsetzen, die von der Öffentlichen Meinung gerichtet sind.

Achtes Kapitel.

Bevölkerungsprobleme.

Wir haben die Öffentliche Meinung und die Parteipolitik als zwei besondere Faktoren im amerikanischen Nationalbewußtsein betrachtet, als zwei Faktoren, die selten ganz übereinstimmen, häufig einander entgegengerichtet sind, aber wie ein Oberhaus und ein Unterhaus schließlich zusammenarbeiten müssen, um die Probleme der Zeit zu bewältigen. Von diesen Problemen selbst nun hier ausführlich zu sprechen geht nicht an. Es kann nicht unsre Aufgabe sein, die öffentlichen Fragen zu diskutieren, mit denen die Amerikaner sich heute beschäftigen. Die Politik des Tages liegt außerhalb des Kreises unsrer Betrachtung. Uns kam es darauf an, das Bleibende im Amerikanertum zu erkennen: die seelischen Kräfte, welche an der Arbeit sind und die Formen, in denen diese Kräfte sich ausleben müssen. Die einzelnen Fragen aber, an denen jene Kräfte sich zu betätigen haben, Fragen, die heute andre sind, als sie gestern waren, und morgen andre sein werden, als sie heute sind, müssen der Tagesliteratur überlassen bleiben. Nur das mag uns zukommen, kurz darzulegen, in welchen Richtungen die wesentlichsten dieser Probleme liegen. Jedes einzelne derselben würde die breiteste Behandlung erfordern, um auch nur im geringsten vollständig bearbeitet zu werden.

So manches Problem, das in europäischen Ländern im Vordergrund steht und im besondern die Seele des Deutschen bedrückt, ist dem Amerikaner fern geblieben. Zunächst ist ihm, politisch gesprochen, die Kirchenfrage heute unbekannt. Die Trennung von Staat und Kirche ist eine so vollständige, und die Ergebnisse dieser Trennung werden auf beiden Seiten mit solcher Befriedigung verfolgt, daß nirgends auch nur der schüchternste Versuch auftaucht, hier etwas Wesentliches zu ändern. Gerade in den streng kirchlichen Kreisen gilt die Bewegungsfreiheit der vom Staate unabhängigen Kirche

durchaus als Bedingung für das Wachstum des kirchlichen Einflusses. Selbst die Beziehungen zwischen Kirche und Parteipolitik sind durchaus lockere, und die politisch gefärbten Bestrebungen, der katholischen Kirche entgegenzutreten, sind bereits wieder im Schwinden. Es gibt keine Jesuitenfrage, und die einzige kirchliche Gruppe, die wirklich politische Stürme heraufbeschwor, war die Mormonengruppe, die kirchlich begünstigte, was die monogamischen Gesetze des Landes verurteilten. Auch hier ist Ruhe eingekehrt durch die Nachgiebigkeit der Kirche.

Selbstverständlich sind dem amerikanischen Volksbewußtsein auch alle Konflikte zwischen der Regierung und dem Volk erspart. Wenn die Regierung selbst immer aufs neue von Volkswahlen geschaffen wird, das Oberhaupt des Staates mit seinem Kabinett keinen Zutritt zur Legislatur hat und in seinen Exekutivhandlungen von der Majoritätspartei des Volkes im wesentlichen abhängig bleibt, so sind Konflikte von vornherein ausgeschlossen. Gewiß kann es hie und da Reibungen zwischen der Legislative und der Exekutive geben, gewiß kann auch der Präsident innerhalb seiner vierjährigen Regierung sich langsam von der Partei entfernen, die ihn wählte, und somit eine Entfremdung herbeiführen; aber auch das würde doch nur eine Entfremdung von den Berufspolitikern bedeuten, denn die Erfahrung zeigt, daß der Präsident — und im kleinern Maßstab wiederholt sich das beim Gouverneur des Einzelstaates — sich nur dann erfolgreich von der Partei trennt, wenn er, statt den Befehlen der Berufspolitiker zu gehorchen, den Weisungen der Öffentlichen Meinung folgt. Gerade dann aber hat er das Volk auf seiner Seite. Eher könnte man sagen, daß die Konflikte zwischen Regierung und Volk, welche ja praktisch in Europa Konflikte zwischen Regierung und parteipolitischer Volksvertretung sind, sich in Amerika in der Form wiederholen, daß ein scharfer Gegensatz zwischen der Öffentlichen Meinung auf der einen Seite und dem Gesamtkomplex von Regierung und Parlament auf der andern Seite einsetzt, denn die Regierung ist eben selbst nur ein Teil der Volksvertretung: die Öffentliche Meinung

aber steht mit angestammter Souveränität dem ganzen Majoritätsgetriebe gegenüber.

Noch eins ist dem amerikanischen Volke erspart: Es hat keine Polen, keine Elsaß-Lothringer, keine Dänen, d. h. es hat keine Volkselemente, die aus der politischen Nationaleinheit herausstreben und durch ihre Widerspenstigkeit Verwaltungsschwierigkeiten erwecken. Gewiß steht das Land vor schweren Bevölkerungsproblemen, aber nirgends wünscht ein Bevölkerungsteil sich von dem Ganzen zu trennen. Im Gegenteil, wenn solch ein Wunsch entstände, so würde manche Schwierigkeit verschwinden. Dem entspricht es, daß sich der Amerikaner auch nicht um die Sorgen des Auswanderungsproblems zu bekümmern hat. Vielleicht kann man aber schließlich auch sagen, daß die Sozialdemokratie und insbesondere ihre internationale Spielart in Amerika einen so geringen Boden gewonnen hat, daß von einem Problem nach deutschem Maßstab kaum die Rede sein kann. Nur muß man da natürlich nicht die Sozialdemokratie mit der allgemeinen Arbeiterfrage gleichsetzen. Die Arbeiterbewegungen als Teil der großen Wirtschaftskämpfe stehen sicherlich auch in der Neuen Welt im Vordergrund der wirtschaftlichen Probleme, aber die sozialdemokratische Lösung in ihrer überwiegend politischen Bedeutung liegt notwendigerweise dem amerikanischen Volksbewußtsein fern. Das alles wird uns in andern Zusammenhängen ausführlich beschäftigen.

Wenn somit dieses und jenes, das den Europäer quält, nur selten auf die amerikanische Tagesordnung gelangt, so bleibt nun doch eine fast unübersehbare Fülle von Problemen zurück, von denen viele dem Durchschnittseuropäer gnädiglichst erspart sind. Es liegt in den Übergangsverhältnissen unserer Zeit, daß aus dieser Fülle der Probleme diejenigen am meisten sich vordrängen, welche durchaus wirtschaftlicher Natur sind. Haben doch zweimal die erschütternden Kämpfe der jüngsten Präsidentenwahlen in erster Linie um die Währungsfrage getobt. Erst jetzt kann das Programm der Silberfreunde als vorläufig beseitigt betrachtet werden. Unmittelbar voran gingen die gewaltigen Kämpfe um Schutzzoll und

Freihandel, und alles deutet darauf hin, daß sich diese Parteien bald wieder in Kampfordnung einander gegenüberstellen werden.

Inzwischen ist das Problem der Trustbildung überraschend schnell in den Vordergrund getreten; es bekundet sich darin so recht die Herrschaft und das Recht der Öffentlichen Meinung gegenüber der Parteipolitik, die vermutlich auf jeder der beiden Seiten die Trusts lieber in Frieden gelassen hätte. Gleichzeitig haben dann die Riesenstreiks, vor allem vielleicht der pennsylvanische Kohlenstreik, dafür gesorgt, die Kämpfe zwischen Kapital und Arbeit der Nation so deutlich zum Bewußtsein zu bringen, daß die nationale Aufmerksamkeit mit schärfster Spannung auch auf diesen Punkt gerichtet ist. Wieder andre sagen, daß das weitaus wichtigste wirtschaftliche Problem der Vereinigten Staaten die Bewässerung der ewig dürren Landesteile ist; sind doch Gebiete größer als ganz Deutschland der landwirtschaftlichen Ausnutzung durch Wassermangel entzogen, und die Technik glaubt ihres Erfolges sicher zu sein, wenn die Mittel gewährt werden, künstliche Bewässerung einzuführen. Wieder andre erwarten alles Heil von der Reform des Steuerwesens; der Kreis der Bodenreformer ist in stetem Wachsen. Dabei ist man sich einig, daß das nationale Bankwesen bedeutende Umgestaltungen verlangt, daß der trostlosen Verwüstung der Wälder ein Halt geboten werden muß, daß der Wirtschaftsverkehr der Einzelstaaten untereinander weitergehende moderne gesetzliche Regelung erfahren muß. Hier hofft man auf neue Kanalbauten, dort fordert man Subventionen der amerikanischen Schiffe. Kurz, das öffentliche Bewußtsein ist so überfüllt mit bedeutenden Wirtschaftsproblemen, daß die rein politischen Fragen scheinbar im Hintergrunde stehn, und sicherlich sind politische Riesenfragen, wie einst die Lostrennung von England und die Gründung der Bundesorganisation oder später die Sklavenfrage und die Zersprengung des Bundes seit vier glücklichen Jahrzehnten nicht mehr vorhanden.

Dabei gesellt sich zu den wirtschaftlichen auch eine

Fülle sozialer Probleme, die in den organisierten Schichten der Öffentlichen Meinung entstehn und von dort aus sich in wachsendem Maße in das parteipolitische Leben hineindrängen. Dahin gehört die vielverzweigte Frauenfrage, die uns ausführlich später beschäftigen soll. Dahin gehört das halb wirtschaftliche, halb soziale Problem der extremen Gegensätze im materiellen Leben — Gegensätze, wie sie nicht nur in den amerikanischen Vorvätertagen, sondern noch vor kurzem in der Neuen Welt unbekannt waren. Das unsagbare Elend der Newyorker und der Chicagoer Slums, in denen die niedrigste osteuropäische Einwanderung sich zusammenpfercht und alle verlumpten Existenzen des Landes anzieht, das ist ein Ergebnis der letzten Jahre, und lebhaft spricht es zum Gewissen der Nation; und auf der andern Seite der wahnwitzige Überluxus der Milliardäre, deren Lebensweise in den Augen weiter Kreise das gesunde Volksempfinden zu vergiften droht.

Zum Kreis dieser sozialen Probleme gehören nun aber vor allem die unablässigen Bemühungen der Besten, amerikanische Kunst und amerikanische Wissenschaft mit dem ungeheuren Aufschwung des Landes in gleichem Maßstab wachsen zu lassen. Kein Zweifel, daß auch gerade hier der schöne Erfolg zum großen Teil Wirkung des außerordentlichen Ernstes war, mit dem die Öffentliche Meinung gerade diese Probleme zur Diskussion gestellt hat. Die große Entwicklung der Universitäten, die Entfaltung der Bibliotheken und wissenschaftlichen Institute, die Schaffung der Museen, der Einzug der Schönheit in die öffentlichen Gebäude und hundert anderes wären niemals bloß aus dem freien Spiel der Kräfte erfolgt: hier tat die Öffentliche Meinung gewissenhaft ihre Regierungspflicht. An der Peripherie aber arbeitet die Propaganda für manches andre soziale Problem. Die Hebung des Armenwesens, die Besserung der Strafinstitute beschäftigt weite Kreise. Die Temperenzbewegung nimmt von Tag zu Tag zu, und zwar desto energischer, je mehr sie sich von fanatischen Exzentrizitäten fernhält. Auch der Kampf gegen das, was der amerikanische Zeitungs-

leser als „das Laster“ kennt, beschäftigt immer weitere Kreise.

Neben alledem bleibt nun aber doch noch ein bedeutsamer Kreis rein politischer Probleme. An der Schwelle stehen die Bevölkerungsprobleme, unter denen die Einwandererfrage und die Negerfrage hervorragen. Dazu gesellen sich die innern Regierungsprobleme, unter denen die Zivildienstfrage und die Reform der Stadtverwaltungen die Öffentliche Meinung am meisten beschäftigen. Und schließlich die Probleme der äußern Politik, bei denen die Schlagworte des Imperialismus und der Monroe Doctrine am lautesten aus dem Stimmengewirr herausklingen. Wenigstens mit kurzem Wort müssen wir uns orientieren, warum es sich hier um Probleme handelt. Jede erschöpfende Behandlung würde über unser Ziel hinausführen.

Die Bevölkerungsfrage, sagten wir, ist für den Amerikaner zunächst eine Einwandererfrage, und diese zu überdenken, liegt der Öffentlichen Meinung heute besonders nah, nachdem das letzte Rechnungsjahr, das mit dem 1. Juli 1903 schließt, die höchste bisher bekannte Einwanderungsziffer erreichte und um ein Zehntel die nächst hohe Einwanderung des Jahres 1882 übertroffen hat. Die Tatsachen sind im Grunde diese: Die gesamte Einwanderung in die Vereinigten Staaten betrug etwa zwanzig Millionen Personen. Die Zahl derer, welche heute in den Vereinigten Staaten leben, aber in fremden Ländern geboren sind, ist mehr als zehn Millionen, und werden dazu diejenigen hinzugerechnet, die zwar in den Vereinigten Staaten geboren sind, aber ausländische Eltern hatten, so handelt es sich um sechsundzwanzig Millionen. Die Einwanderung des letzten Jahres betrug 857 000. Von den zehn Millionen der im Auslande geborenen Bevölkerung stammen 2 669 000 aus Deutschland und 1 619 000 aus Irland.

Die Schwankung der Einwanderung scheint in erster Linie dem Wechsel des Wohlstandes in Amerika zu entsprechen, in zweiter Linie den Schwankungen der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse Europas. Die jährliche Einwanderung bis 1810 wird auf etwa 6000 geschätzt: dann

war sie für mehrere Jahre durch die politische Spannung zwischen England und den Vereinigten Staaten fast ganz unterbrochen. Nachdem der Friede geschlossen, steigt sie 1817 sofort auf 20 000, im Jahre 1840 beträgt sie bereits 84 000. Jm Jahre 1842 wird zum ersten Male die Hunderttausendlinie überschritten, und nun steigt die Ziffer vollkommen stetig, bis 1854 eine Einwanderung von 427 000 erreicht ist. Von hier fällt die Zahl schnell und stetig. Es war die Zeit des geschäftlichen Niedergangs in den Vereinigten Staaten und zugleich die Zeit, in der die Sklavenfrage den Ausbruch eines Krieges wahrscheinlich machte. Die Einwanderung erreicht ihren Tiefstand 1861; sie sinkt da auf 91 000. 1863 beginnt eine neue Steigung; sie erreicht 1873 fast eine halbe Million. Wieder kommen ein paar Jahre geschäftlichen Niedergangs, die Einwanderung läßt nach. Aber kaum hebt sich die wirtschaftliche Kraft, sofort steigt sie schneller denn je und wächst 1882 auf über dreiviertel Millionen. Seit 1883 ist der Jahresdurchschnitt 450 000, aber auch hier treten lebhafte Schwankungen ein. Der geschäftliche Niedergang, der 1893 sich über das Land erstreckte, halbierte die Einwanderung. Seit 1897 ist die Flut wieder stetig im Steigen.

Die bloßen Ziffern lassen aber nun das Wesentlichste nicht erkennen, denn wichtiger für die Öffentliche Meinung als irgend ein andrer Umstand ist notwendigerweise die Qualität der Einwanderer, die von dem Kulturzustand ihres Heimatlandes abhängt. In dem Jahrzehnt von 1860 bis 1870 kamen 2 064 000 europäische Einwanderer zur amerikanischen Küste. Davon waren 787 000 Deutsche, 568 000 Engländer, 435 000 Irländer, 109 000 Norweger und Schweden, 38 000 Schotten und 35 000 Franzosen. Dem steht nun die folgende Verteilung für das Jahrzehnt 1890 bis 1900 gegenüber. Die Gesamtzahl war 3 844 000: Deutschland trug dazu 543 000 bei, Irland 403 000, Norwegen und Schweden 325 000, England 282 000, Schottland 60 000, Frankreich 36 000. Dagegen erscheinen nun mit einem Male drei Länder, die in den frühern Jahrzehnten keine wesentliche Rolle bei der Einwanderung

gespielt hatten: Italien, Rußland und Österreich-Ungarn. In dem Jahrzehnt, das 1870 endigte, schickte Italien nur 11 000, Österreich nur 7000 und Rußland nur 4000; in dem Jahrzehnt, das 1900 endete, schwillt die russische Einwanderung, bei der es sich zumeist um Polen und Juden handelt, auf 588 000, die österreichisch-ungarische auf 597 000 und die italienische gar auf 655 000, und dieses Verhältnis steigt stetig. In dem einen Jahr 1903 schickte Deutschland nur 40 000, Irland nur 35 000, England nur 26 000: dagegen Rußland 136 000, Österreich-Ungarn 206 000, Italien 230 000. Hier liegt das eigentliche Problem.

Aber zunächst mögen noch ein paar weitere Ziffern die Gesamtverhältnisse veranschaulichen. Es drängt sich beispielsweise die Frage auf, welchen Anteil die Einwanderung nach Amerika an der Gesamtauswanderung von Europa hatte. In runden Ziffern können wir sagen, daß seit 1870 Europa etwa 20 000 000 durch Auswanderung verloren hat, und daß davon etwa 14 000 000, also über zwei Drittel, schließlich dauernden Wohnsitz in den Vereinigten Staaten von Amerika nahmen. Von der deutschen Auswanderung zog es 85% bis 90% zu den Vereinigten Staaten, von den schwedischen sogar 97%, von der englischen nur 66%, von der italienischen nur 45%. Bemerkenswert ist es übrigens, daß trotz der außerordentlichen Zunahme der Einwanderung der Prozentsatz der im Ausland geborenen Bevölkerung nicht gewachsen ist, die Zunahme der eingeborenen Bevölkerung also bisher durchaus Schritt hielt. Im Ausland geboren waren 1850 wenig mehr als 2 Millionen, 1860 über 4 Millionen, 1870 5½ Millionen, 1880 6½ Millionen, 1890 9¼ Millionen und 1900 10⅓ Millionen. Diese Ausländer betrugen 1850 freilich nur 11%, aber bereits 1860 15% der gesamten Bevölkerung, sanken 1870 auf 14,4%, 1880 auf 13,3%, 1890 auf 14,8% und 1900 auf 13,6%.

Die stärkste ausländische Bevölkerung hat der Staat Newyork, und hier ist in den letzten 50 Jahren der im Ausland geborene Prozentsatz stetig gewachsen, von 21% auf 26%. Demnächst steht Pennsylvania, dann Illinois. Den

größten Prozentsatz ausländischer Bevölkerung haben dagegen die kleinen Staaten: North Dakota mit 35% und Rhode Island mit 31%. Am freiesten von Ausländern sind die südlichen Staaten. Diese Ziffern verändern sich natürlich außerordentlich, wenn nicht nur die im Auslande selbst Geborenen berücksichtigt werden, sondern auch die hinzugefügt werden, deren Väter oder Mütter in Europa geboren waren. In diesem Falle steigt die ausländische Bevölkerung in den sogenannten nordatlantischen Staaten auf 51% und für die gesamte Bevölkerung auf 34%. Bei einer solchen Definition des Ausländertums sind in der Stadt Newyork sowie in der Stadt Chicago 77% der Bevölkerung Ausländer.

Doch genug der bloßen Zahlen: Das, was die Gemüter erhitzt, ist ja nicht die wachsende Zahl, sondern die Verschlechterung der Qualität. Vor gerade fünfzig Jahren erhob die Partei der Knownothings den Fremdenhaß zum Mittelpunkt des Programms, aber der Unverstand der „reinen" Amerikaner wurde damals von der wachsenden Sklavenfrage ausgeschaltet und ist mit solcher Brutalität nicht wiedergekommen. Die Opposition gegen unleugbare Schäden der Einwanderung ist aber nie verstummt, und das Verlangen nach schärferer Beaufsichtigung und teilweiser Beschränkung hat immer neue gesetzgeberische Maßnahmen wachgerufen. Zum Teil war die Bewegung von wirtschaftlichem Egoismus inszeniert. Es war ein überschutzzöllnerischer Gedanke, als der Kongreß 1885 die Einwanderung der „Kontraktarbeiter" untersagte, niemand also landen darf, der einen Kontrakt für eine bestimmte Anstellung in der Tasche hat. Der amerikanische Arbeiter soll dadurch vor unliebsamer Konkurrenz geschützt sein. Aber gerade hier treten die Befürworter freier Bewegung energisch in die Schranken: gerade die Kontrakteinwanderung, sagt man, bringt neue Industrien und neue Entwicklung alter Industrien ins Land, und die frischen Triebe der Industrie verlangen dann wieder neue Arbeitskräfte, so daß gerade der eingeborene Arbeiter den Vorteil hat. Tatsächlich bestehen die Gesetze, aber die Praxis scheint sie in hohem Maße zu korrigieren, da es

über Erwarten leicht scheint, gerade diese Gesetze zu umgehn.

Die wichtigern Bestimmungen entsprangen aber nicht wirtschaftlichen, sondern sozialmoralischen Motiven. Man hat sich dabei gern auf Statistiken gestützt und immer wieder nachzuweisen gesucht, daß die Armenhäuser und Gefängnisse einen sehr viel größern Prozentsatz der im Ausland Gebornen beherbergen, als dem Zahlenverhältnis der Bevölkerung entspricht. An und für sich wäre das aus den ungünstigen Bedingungen, die der Ausländer, besonders der nicht englisch sprechende Ausländer, in der neuen Heimat für den Kampf ums Dasein finden muß, durchaus begreiflich. Vor allem aber hat sich gerade auf diesem Gebiet die Zauberkraft der Statistik bewährt, alles beweisen zu können, was verlangt wird: andre haben ziffernmäßig nachgewiesen, daß, wenn man nur die richtige Sorte von Verbrechen betrachtet, gerade die im Ausland gebornen Amerikaner die Musterkinder des Landes sind. In ähnlicher Weise disputierte man um Bildungsfragen; der Prozentsatz der Analphabeten unter den Einwanderern schien dem einen, der an die reife Kultur der nordöstlichen Staaten denkt, erschreckend hoch, und dem andern, der an die Verkommenheit der südlichen Neger denkt, erfreulich gering. Im allgemeinen wurde man sich aber doch immer mehr einig, daß das Land die Pflicht hat, Elemente von seinen Küsten fernzuhalten, die der Öffentlichkeit zur Last fallen müssen. Mit Idioten und Geisteskranken, Verbrechern und Verlumpten fing man an, und langsam hat man die Definition der Unliebsamen immer mehr erweitert, und da das Gesetz die Schiffahrtsgesellschaften zwingt, alle, die bei der Landung sich als unerwünscht erweisen, auf Kosten der Gesellschaft wieder zurückzubefördern, so ist die Auslese im wesentlichen schon in die europäischen Häfen verlegt. Die alte Anklage, daß die Agenten europäischer Schiffskompagnien die Verkommenen und Mißratenen der alten Welt aufhetzen, ihre letzten Groschen in einem Fahrschein zur Neuen Welt anzulegen, ist denn auch allmählich verstummt. Immerhin wurden noch im letzten

Jahre 5812 wegen Mittellosigkeit, 51 wegen Zuchthausvergangenheit und 1773 wegen ansteckender Krankheit zurückgeschickt.

Noch immer bleibt es dabei, daß die sozialen Sümpfe der Großstadt mit Ausländern überfüllt sind, daß in diesen Massen die schlimmsten Übel der städtischen Mißverwaltung begünstigt werden, daß die sporadischen Ausbrüche von Anarchismus auf Ausländer zurückgingen und daß die Armee der Stellenlosen sich aus diesen Kreisen am schnellsten rekrutiert. Diese Stimmungen wuchsen nun aber schnell, als jene Änderung in der nationalen Zusammensetzung eintrat, die wir zahlenmäßig verfolgten und die ein Gang durch die ärmern Gegenden der Großstädte schnell demonstriert. Überall Italiener, russische Juden, Galizier, Rumänen. Besorgt fragt sich auch der vorurteilslose Amerikaner, ob das Anhalten dieses Zustroms nicht die Konstitution des amerikanischen Volkes verderben wird. Die amerikanische Nation erfüllt ihre Mission, solange sie vom Geist der Selbstbestimmung erfüllt ist, und dieser Selbstbestimmungstrieb stammt aus dem pangermanischen Freiheitsdrange. Deshalb paßten sich die Deutschen, Schweden und Norweger immer sofort dem angelsächsischen Staatswesen an, während die Franzosen im wesentlichen Fremde blieben. Doch ihre Zahl war verschwindend gering: wo aber soll es enden, wenn die ungermanischen Millionen aus Italien, Rußland und der Türkei ungehindert einströmen dürfen? Sie werden, so sagt man, den hohen Selbstbestimmungsgeist der Nation mit kleinlicher, schmutziger Gesinnung besudeln. Schon möchte mancher von jedem Einwanderer die Kenntnis der englischen Sprache oder einen gewissen Wohlstand verlangen, um den üblen Folgen vorzubeugen, vielleicht gar für längere Zeit die Pforten gänzlich schließen oder zum mindesten die Bedingungen der Naturalisierung erschweren, damit der Osteuropäer, den nie ein Windhauch freier Politik berührt hat, nicht gar zu schnell zum politischen Wähler der freiesten Demokratie aufrücke. Unbedingt fordern die besten Kenner wenigstens den Ausschluß aller Analphabeten.

Dem allem stehen nun aber die Überzeugungen weiter Kreise gegenüber. Mit Stolz weisen sie zunächst auf die Riesenmühle der amerikanischen Volksschule, die all das Fremde sicher und schnell zermahlt, zerreibt, zerstäubt. Es ist in der Tat verblüffend, etwa in den Schulen von Ost-Newyork Klassen zu sehen, in denen auch nicht ein Kind von amerikanischen Eltern stammt, und von denen auch nicht ein einziges italienisch oder russisch, armenisch oder „dutch" sein will: alle sind mit Leidenschaft nur junge Amerikaner, mit amerikanischem Patriotismus und amerikanischem Stolz. Und jeder Tag zeigt, daß die Nation solche Schulen auch für die Erwachsenen in ihren gesamten Institutionen besitzt. Ergraute Männer und halbwüchsige Burschen, die in ihrer Heimat nie aus der dumpfen Sphäre eines unselbständigen Lebens herausgetreten wären, berühren kaum das Pflaster des Broadway und wandeln sich auch schon sofort in Zeitungsleser und Versammlungsbesucher und selbständige Unternehmer im kleinen Stil, bis sie ein paar Jahre später vielleicht im großen Stil ihre Kräfte regen. Ein plötzliches Erwachen kommt über sie, und mag auch jede Rasse da ihre eigne Färbung des Selbstbestimmungsgeistes bedingen, ein gewisser gemeinsamer Zug, der typische Amerikanerzug, kann sich unter günstigen Verhältnissen bei jedem Menschenschlag herausbilden.

Dann aber sagt man, daß Amerika diese Arbeitskräfte wirtschaftlich nötig habe. Wenn nicht Süd- und Osteuropa den niedersten Arbeiterstand zur Verfügung stellte, so würde sich Mangel z. B. für Landstraßenarbeit, Eisenbahnbau und ähnliches einstellen. In frühern Jahrzehnten wurde gerade diese niedrige Rolle zum Teil von Deutschen, Irländern und Schweden übernommen, und der Kampf gegen ihr Eindringen war ebenso lebhaft: die Entwicklung des Landes zeigte, daß es ein wirtschaftlicher Segen war. So wird es auch jetzt sich gestalten. Noch sind riesige Territorien fast unbevölkerten Landes zur Verfügung; ungezählte Millionen können da noch ihre Kraft zum Segen der ganzen Nation verwenden; es wäre ein Wahnwitz, den willigen friedlichen

Arbeiter abzuschütteln. Und eins vor allem: war es nicht der Stolz, der Ruhm, die heilige Mission Amerikas, das Land der Freiheit für jeden Bedrückten, das Asyl für jeden Gehetzten zu spielen? Soll es gerade in den Zeiten des glänzendsten Aufschwungs dieser edelsten Beschützerrolle untreu werden und denen, deren Menschenrechte von russischen oder türkischen Machthabern, von italienischen oder ungarischen Aussaugern vernichtet wurden, nun auch noch den Glauben zerstören, daß wenigstens in der Neuen Welt auch der Geringste das Anrecht hat, nach seinem eignen Werte gemessen zu werden? So tobt der Kampf der Meinungen; die Öffentliche Meinung hat noch nicht entschieden.

Ein seltsames Anhängsel an dem Einwanderungsproblem ist die Chinesenfrage, die an der pacifischen Küste immer neue Erregung geschaffen hat. Der Chinese kommt nicht, um den Fortschritt der amerikanischen Kultur zu genießen, sondern um sich schnell Mittel zu erwerben, mit denen er dann später in der asiatischen Heimat sorgenfrei leben kann. Er bringt keine Familie mit sich, macht auch nicht den schüchternsten Versuch, sich der neuen Umgebung anzupassen, behält seine Kleidung bei, hält sich von den Weißen fern und lebt, etwa im Chinesenviertel von San Franzisko, mit so erbärmlicher Nahrung und so kläglicher Behausung, daß er Ersparnisse von Löhnen machen kann, mit denen kein amerikanischer Arbeiter überhaupt existieren könnte. Ein Gang durch die Schlafstätten der Chinesen in Kalifornien gehört in der Tat zu den bedrückendsten Eindrücken, die der Reisende auf amerikanischem Boden finden kann; in großen, an allen Wänden bis zur Decke hinauflaufenden Regalen liegen sie übereinander, und in vierundzwanzig Stunden wechseln drei solcher Schläferschichten ab. Dabei nahm die Zahl der Eindringlinge stetig zu, da große Handelsgesellschaften den Kuliartikel immer reichlicher importierten. Zwischen 1870 und 1880 waren über 122 000 ins Land geströmt. Da setzte der Widerstand des Kongresses ein, und seit 1879 wird mit Gesetzen herumexperimentiert, die gegenwärtig die chinesische Arbeitereinwanderung fast ganz verbieten und den Gesell-

schaften das Handwerk legen. Nach der letzten Volkszählung gab es nur noch 81 000 Chinesen in den ganzen Vereinigten Staaten.

Anziehender als die gelben Eindringlinge sind die Farbigen, welche lange im Lande heimisch waren, ehe der Europäer den Fuß an die amerikanische Küste gesetzt hat: die Indianer. Gerade aber weil ihr Leben für die Phantasie fesselnd ist und in seiner malerischen Wildheit oft den Dichter reizte, ist die Welt zu leicht geneigt, das Schicksal der Indianer in falschem Licht zu sehn. Die Amerikaner selbst sind oft geneigt, die Geschichte des Indianertums als eine Anklage gegen die eigne Nation zu betrachten und zu glauben, daß es sich im wesentlichen um eine brutale Ausrottung der Eingeborenen durch die Eingewanderten handelte. Vor allem stützt sich das darauf, daß man voraussetzt, ungeheure Indianermassen hätten in frühern Jahrhunderten die gewaltigen Jagdgründe des Landes erfüllt. Die Wissenschaft hat diese Phantasieprodukte beseitigt. Wir wissen heute, daß die vielen Millionen niemals existiert haben. Die Vereinigten Staaten zählen heute 270 000 Rothäute, und es ist durchaus zweifelhaft, ob die Zahl jemals erheblich größer gewesen ist. Es ist ja richtig, daß zwischen Zentral-Amerika und dem Nördlichen Eismeer sicherlich hundert verschiedene Indianersprachen gesprochen wurden, und mancher dieser Sprachstämme wieder in 20 bis 30 verschiedene Dialekte zerfiel, aber die einzelne Gemeinschaft, in der sich solch ein Dialekt entwickelte, umfaßte nur ein paar hundert Personen, und weite Territorien lagen oft zwischen den nächst benachbarten Stämmen. Sie lebten da in Dörfern und wanderten nur zu gewissen Jahreszeiten in die weitere Umgebung aus, zu jagen, zu fischen und Früchte zu sammeln.

Als dann die europäischen Kolonien sich im Lande entwickelten, wurden die Indianer zunächst in die Kriegswirren hineingezogen; bei den feindlichen Bewegungen der Kolonien wurden die Indianer als Hilfstruppen mit Waffen versehn. Aber die Segnungen dieser für sie neuen Kriegsmethoden mußten schnell ihren eignen Frieden zerstören. Die neuen

Waffen wurden zu Kämpfen zwischen Indianerstämmen verwertet und schließlich zu Kämpfen der Indianer gegen die Weißen. Viel einflußreicher jedoch war die friedliche Berührung. Nur die Franzosen und Spanier erlaubten eine Rassenmischung; besonders in Kanada tritt die französisch-indianische Mischrasse auf, und die sogenannten Mexikaner sind zum Teil indianische Spanier. Die eigentliche amerikanische Bevölkerung aber suchte vor allem friedlichen Kultureinfluß auszuüben. Mancher Indianerstamm ging zum Ackerbau über und manche technische Kunstfertigkeit wurde gelernt.

Besonders seit die Vereinigten Staaten als solche die Herrschaft über den Kontinent übernahmen, wurde eine systematische Indianerpolitik durchgeführt, für die ja freilich in erster Linie die Bedürfnisse der Amerikaner maßgebend wurden, bei der daneben aber doch die natürlichen Neigungen der Jägerstämme mit vieler Geduld berücksichtigt wurden. In verschiedenen Staaten wurden ihnen Territorien eingeräumt, die sicherlich mehr als ausreichend waren, Unterhalt zu gewähren. Schulen wurden gegründet, selbst höhere Unterrichtsanstalten, und durch feierliche Verträge mit den Häuptlingen wurden den Stämmen weitgehende Rechte eingeräumt.

Der Grundgedanke freilich war stets, daß die Indianer wirklich zum landwirtschaftlichen Betriebe übergehen sollten. Sie bloß durch Jagd und Baumfrucht zu ernähren, ging nicht an in einer Zeit, in der die europäischen Millionen immer weiter westwärts drangen; und so wurden durch neue und neue Verträge die Reservationen immer kleiner. Die Indianer, die lieber ihr freies Jagdleben fortgesetzt hätten, empfanden und empfinden noch heute die Veränderung als ein Unrecht, und sicherlich haben manche Eigentümlichkeiten ihrer Stammesüberlieferung dahin gewirkt, daß es schwer wurde, die volle Wirksamkeit der auf amerikanische Rechtskultur zugeschnittenen Verträge zu sichern. Die Indianer kannten keinen Privatbesitz an Grund und Boden; alles gehörte dem gesamten Stamme, und vor allem kannten sie kein Erb-

recht im amerikanischen Sinne: die Kinder gehören zum Stamme der Mutter, die niemals dem Stamme des Vaters angehört.

Aber wenn nun auch all diese Reibungen dahin wirkten, in dem Indianer ein Gefühl der Kränkung zu erwecken, so bleibt es doch dabei, daß von einer objektiven Schädigung kaum die Rede sein kann. Gerade die Stämme, die am meisten von amerikanischer Kultur beeinflußt wurden, haben sich günstig entwickelt. Im letzten Jahre betrug die Zahl der Todesfälle 4728, die Zahl der Geburten 4742. Von einem Zugrundegehen ist also keine Rede. Die größte Ansammlung von etwa 86 000 findet sich in dem sogenannten Indianerterritorium — in Arizona sind 42 000; die Gesamtheit der zerstreuten Reservationen umfaßt 117 420 Quadratmeilen.

* * *

Von allen amerikanischen Bevölkerungsproblemen ist die Indianerfrage die harmloseste; die weitaus schwierigste aber ist die Negerfrage. Der Indianer lebt in engen Reservationen; der Neger lebt überall, wo der Amerikaner lebt. So ist auch die Indianersorge eingeengt auf eine enge Reservation im weiten Reiche amerikanischer Probleme, aber die Negerfrage drängt sich überall dazwischen, in jedem Gebiet der amerikanischen Interessen. Es gibt kaum einen größern Gegensatz als den Indianer und den Neger: Der Indianer ist stolz und selbstbewußt, eigensinnig und rachsüchtig, leidenschaftlich und mutig, scharfsinnig und erfinderisch; der Neger dagegen ist unterwürfig und nachgiebig, gutmütig, fast kindisch, faul und sinnlich, energielos und ziellos, äußerlich gelehrig aber ohne Erfindungsgeist und ohne geistige Selbständigkeit. Und doch, wer wollte die Millionen auf einen einheitlichen Typus zurückführen: da unten am mexikanischen Golf gibt es Gegenden, in denen die schwarze Bevölkerung fast ganz im Aberglauben ihrer afrikanischen Heimat versumpft ist, und in der Harvard-Universität studierte ein junger Neger, der scharf-

sinnige Abhandlungen über Kant und Hegel verfaßt hat. Und zwischen diesen entgegengesetzten Polen bewegt sich eine Bevölkerung von bald neun Millionen.

Die Negerbevölkerung in Amerika nimmt nicht ganz so schnell zu wie die weiße Bevölkerung, aber trotzdem hat sie sich in vier Jahrzehnten verdoppelt. Im Jahre 1860 vor der Sklavenbefreiung gab es 4 441 000 Schwarze, 1870: 4 880 000, bereits 1880: 6 580 000, 1890: 7 470 000, 1900: 8 803 000. Von einer Abstumpfung des Problems durch das etwas schnellere Wachstum der weißen Bevölkerung kann angesichts solcher Millionen-Zunahme kaum die Rede sein, und dabei muß sich der körperliche Rassengegensatz stetig verschärfen, da in den Tagen vor dem Krieg Rassenmischung nicht ungewöhnlich war, heute aber von Rassenmischung kaum mehr die Rede ist. Bald wird die Negerbevölkerung der Vereinigten Staaten das Doppelte der gesamten Einwohnermasse des heutigen Kanada betragen. Geographisch stellt sich die Verteilung auch heute noch so da, daß bei weitem der größte Teil in den Staaten lebt, die vor dem Kriege die Sklaverei anerkannten. Gewiß ist ein erheblicher Bruchteil nach den nördlichen Staaten gewandert, und besonders in den Großstädten sind die ärmern Stadtteile stark mit Schwarzen infiltriert; aber vier Fünftel sind in den heißeren Staaten geblieben. Klimatische Bedingungen standen dabei im Vordergrund. Sicherlich gedeiht die Negerrasse besser in warmen Gegenden, aber wirtschaftliche Gründe wirkten in derselben Richtung. Der Neger gehört dem Süden an und alles spricht dafür, daß er dort bleiben wird.

Das soll nicht heißen, daß die Negerfrage ausschließlich südliches Problem sei; der Norden hat seinen Anteil, und es wird immer deutlicher, daß die Lösung des Problems in hohem Maße von der Mitwirkung des Nordens abhängig sein wird. Es war der Norden, der den Neger im Süden zu dem machte, was er heute ist; und es wird der Norden sein, der entscheiden muß, ob die großen Gefahren, die heute zu drohen scheinen, abgewandt werden können. Europa hat sich im wesentlichen nur um eine einzige Negerfrage in Amerika ge-

kümmert: Soll die Sklaverei fortbestehn? Europa hat „Onkel Toms Hütte" gelesen und war fertig mit dem Problem, als die Sklavenketten gebrochen waren, als kein Aufseher mehr den Plantagensklaven zur Arbeit peitschen konnte, als der ärmste Neger das Menschenrecht der Freiheit sein eigen nannte. Europa wurde sich nicht bewußt, daß größere Probleme erst geschaffen wurden, daß unselige Quellen des Negerelends und des Negerunglücks erst damals zu fließen begannen. Europa ahnt nicht, daß niemals in der Geschichte Amerikas der Gegensatz zwischen Weißen und Schwarzen so scharf, so erbittert, so haßerfüllt war, wie er heute ist. Gerade in den letzten Jahren hat sich der Haß auf beiden Seiten derart zugespitzt, daß kein Freund Amerikas ohne Bedenken in die Zukunft blicken kann. „Das eben ist die Frucht der bösen Tat!"

Und doch wo beginnt das Übel? Fällt die Schuld auf jene Parlamente Englands, die den Handel mit Menschenfleisch nach den amerikanischen Kolonien duldeten und anspornten? Fällt die Schuld auf die südlichen Staaten, die den Sklaven in Unwissenheit hielten und den mit Strafe bedrohten, der ihm Unterricht erteilte? Fällt die Schuld auf die nördlichen Staaten, die in erheblichem Maße um der Parteipolitik willen dem befreiten Sklaven sofort alle Vorrechte des stimmfähigen Mitbürgers schenkten? Fällt die Schuld auf den Neger, der die Befreiung aus der Sklaverei als Übergang zur Trägheit und zum Nichtstun begrüßte? Ist es wahr, daß das Unrecht hier „fortzeugend Böses muß gebären"?

Generationen hindurch hatte der Weiße den Schwarzen als Ware betrachtet; aus der Wildheit des Afrikanertums war der Neger mit Gewalt herausgeholt, damit er auf den Baumwollen-, Reis- und Tabakfeldern des weißen Meisters die schwere Arbeit verrichte, ohne Rechte und ohne Unterricht. Da mit einem Schlage ward er ein freier, gleichberechtigter Bürger eines Reichs, das die Kulturarbeit zweier Jahrtausende in seinem Können, in seinem Wissen, in seinem Recht und in seiner Verfassung zur Voraussetzung hatte. Wie hat diese Emanzipation auf die Millionen gewirkt? Das erste Jahrzehnt

war eine Zeit der Unruhe, ein fast erschrockenes Bewußtwerden der physischen Freiheit mit allen Nachwirkungen des furchtbaren Krieges, mit den Schrecken der südlichen geheimen Gesellschaften, die auf Rache sannen, mit den Verwirrungen, die gewissenlose Politiker in den vom Krieg erschütterten Südstaaten schufen, um im Trüben zu fischen, mit tausend Widersprüchen in den Gefühlen der Öffentlichen Meinung: nirgends ein festes Ziel. Dann kam die Zeit, in der alle Hoffnung sich einheitlich auf die Ausnutzung der politischen Macht warf. Der Neger wollte und sollte mit dem Stimmzettel sein Glück erringen; immer lebhafter aber empfand er die Hoffnungslosigkeit. Ein besserer Weg war offen: die Schulbücher enthielten das Heil. Aber auch hier sah er bald grausame Sackgassen: nicht Wissen, sondern Können tat ihm not, nicht Bücher, sondern Handwerk.

So wechselten die Schlagworte. Niemals sank die Hoffnung der Schwarzen, und im gewissen Sinne muß, wer gerecht sein will, hinzufügen, niemals fehlte es am guten Willen der Weißen; und dennoch ist das Ergebnis nach vier Jahrzehnten der Freiheit entmutigend und kläglich. Äußerlich betrachtet scheint vieles freilich von großem, fast glänzendem Erfolg zu sprechen. Die Neger haben heute in den Vereinigten Staaten 450 Zeitungen und 4 Magazine; man zählt 350 Bücher, die von Negern verfaßt sind; die Hälfte der Negerkinder hatte regelmäßigen Schulunterricht; 30 000 schwarze Lehrer, 41 Lehrerseminare, Schulhäuser, die mehr als 10 000 000 Dollars wert sind, Kirchen im Wert von 25 000 000 Dollars, mehr als 1000 schwarze Ärzte und Hunderte von Rechtsanwälten, 4 große Banken, 130 000 Bauernwirtschaften und 150 000 eigne Häuser und Steuern auf 650 000 000 Dollars an Landbesitz und persönlichem Eigentum. Wer diese Zahlen sieht, kann unmöglich sagen, daß jene vier Jahrzehnte keinen Fortschritt gebracht haben und daß die befreiten Sklaven die Zeit unausgenutzt ließen. Und dennoch kann niemand die wirkliche Situation studieren, ohne freimütig zu sagen, daß diese Zahlen einen täuschenden Schein erwecken. Die Gesamtheit ist doch heute noch in einem Zustand der Armut

und des Elends, der Unbildung und der geistigen Dürftigkeit, daß neben der niedrigsten Negerklasse die dem amerikanischen Mittelstand vergleichbare Negergruppe doch winzig klein scheint. Jene Lehrer und Ärzte und Pastoren heben sich zum größten Teil nur dann vom niedrigsten Proletariat ab, wenn ein erschreckend kleiner Maßstab benutzt wird; und gibt's auch manchen bemittelten Schwarzen, so bleibt doch immer die andre Frage offen: kann er seiner Habe wirklich froh werden? ist der Dollar in seiner Hand wirklich das, was er in der Hand des Weißen ist?

Wer aufrichtig sein will, muß sagen, daß ein Teil der schwarzen Bevölkerung ehrliche Fortschritte gemacht hat; der größere Teil aber heute reinmenschlich tiefer steht, als vor der Sklavenbefreiung. Und wer gar utilitarisch alles nur nach bloßem Glücksgefühl bemessen will, kann daran nicht zweifeln, daß die große Negermasse glücklicher war, als sie die Sklavenketten trug: die Zeit von heute peitscht sie grausamer, als der Meister auf der Plantage es konnte. Der Neger, darüber dürfen wir uns nicht täuschen, ist zum großen Teil verwahrlost, und was er in vier Generationen der Sklaverei tatsächlich gelernt hatte, nämlich stramm arbeiten, das hat er in vier Jahrzehnten der Freiheit schon zum großen Teil wieder verlernt, wenn auch die gewaltige Baumwollernte der Südstaaten fast ausschließlich schwarzer Arbeit entstammt. Der Anthropologe muß fragen, ob die Negerrasse überhaupt befähigt ist, sich zu den Höhen zu entwickeln, zu denen die kaukasische Rasse in Jahrtausenden des stetigen Fortschritts und der stetigen Arbeit emporgedrungen ist. Der Sozialpolitiker aber kann solche Spekulation zunächst außer acht lassen; er steht vor der Tatsache, daß der afrikanische Neger diese Schulung von Jahrtausenden bisher nicht genossen hat und somit, auch wenn die Möglichkeiten theoretisch ihm zuzuerkennen wären, er praktisch doch eben heute für die Pflichten der höchsten Kultur innerlich unvorbereitet ist. Unter der scharfen Zucht der Sklaverei überwand er seinen Drang zur Trägheit, lernte nützliche Arbeit, Feldarbeit in erster Linie, aber daneben auch vielerlei Handwerk, wie es

die Dienste auf den Gütern der Großgrundbesitzer verlangten, war so ein nützliches Mitglied der wirtschaftlich organisierten Gesellschaft und war im übrigen aller Sorgen enthoben: sein Besitzer gab ihm Wohnung und Nahrung, sorgte für ihn in Krankheit und schützte ihn, wie man kostbares Eigentum schützt.

Doch nun veränderte sich alles das plötzlich, als die große Zeit der Freiheit kam. Niemand zwang ihn mehr zu arbeiten, widerstandslos konnte er jetzt seiner Sehnsucht nach dem Nichtstun folgen, niemand strafte ihn mehr, wenn er sich der Sinnlichkeit und Faulenzerei ergab; aber, auf der andern Seite, niemand sorgte für ihn jetzt, er war sein eigner Meister geworden und blieb doch nur sein eigner Sklave. Er wurde hinausgestoßen in den Kampf ums Dasein, und je weniger er gezwungen war, zu lernen, desto weniger war er für den Kampf vorbereitet. So bildete sich eine wachsende Masse verkommenen Negertums, in der die Unsittlichkeit und das Verbrechertum wuchern konnten. Und das schwere Gewicht dieser Masse zog oft auch die bessern herab. Vor allem aber verstärkte sie hundertfach den Widerwillen der Weißen, und die Besten unter den Negern mußten büßen für die Faulheit, die Unzucht und die Unehrlichkeit der breiten Masse.

Und doch die eigentliche Tragik liegt nicht im Leben dieser Elendesten; jene, die sich erheben wollen, die das Unrecht ihrer Rassengenossen und das Unrecht ihrer Rassengegner empfinden, die alles Hohe und Gute in der sie umgebenden Kultur nachahmen wollen und doch sich bewußt bleiben müssen, daß sie nicht wirklich innerlich dazu gehören, jene obern Schichten des Negertums, sie allein leiden unter der schrillen Dissonanz. Jene andern lassen sich in ihrer Stumpfheit treiben, vergeuden mit rohem, sinnlichem Genuß die Stunden, und ein paar Wassermelonen und Tanz und Gesang genügen für ihr Glück. Nur der Beschauer ist bedrückt; sie selber lachen wie die Kinder. In die Seele der andern aber fällt der Zwiespalt und die Sorge. Sie gehen durchs Leben mit dem Bewußtsein, daß ein unlösbarer Widerspruch in ihrer Existenz liegt. Sie empfinden, daß es ihnen

versagt ist, sich unmittelbar zu betätigen, daß sie sich stets durch die Augen der andern sehen müssen und so gewissermaßen eine Doppelexistenz führen, daß sie, wie einer ihrer Besten es kürzlich nannte, sich stets bewußt sind, ein Problem zu sein.

Sie selber haben sich ihr Los nicht gewählt; nicht aus freien Stücken haben die Neger Afrika verlassen, nicht aus freien Stücken sind sie in die Sklaverei gegangen und nicht durch ihr eignes Bemühen sind sie von der Sklaverei erlöst. Alle die Wendungen ihres Geschicks sind ohne ihr Zutun eingetreten, und nun wollen sie anfangen, ihr Eignes zu tun, ihr Bestes zu geben und können es doch nur in Wechselwirkung mit einer Umgebung, für die sie gänzlich unvorbereitet sind und die aus ganz verschiedenen Kulturdimensionen stammt. Nicht ihr eignes Volk hat diese Zivilisation erarbeitet und errungen, sie gehören nicht historisch in diesen Zusammenhang, sondern bleiben äußerlich Nachahmer; und je besser es ihnen gelingt, so zu sein, wie die andern, desto mehr werden sie ungleich dem, was sie selber sind.

Von diesem Gefühl der Zwiespältigkeit ist es nur ein kurzer Weg zu dem Gefühl der Erbitterung. In jenen breiten Schichten aber, da setzt sich notwendig das Gefühl der Unfähigkeit, den Kampf ums Dasein sieghaft zu führen, in einen glühenden Haß gegen den Weißen um. Je mehr die Zuchtlosigkeit und die Trägheit des Schwarzen den Weißen dahin führt, ihn zurückzustoßen, desto wilder lodert diese Flamme; aber alle Kenner des Südens sind darin einig, daß dieser Haß erst der Erfolg der Freiheit war. Mit Treue und Anhänglichkeit hing der Sklave an seinem Meister, der für ihn sorgte. Er haßte die Arbeit, aber nicht den Weißen; er nahm sein Sklavenschicksal als so selbstverständlich hin wie die Tatsache, daß er nicht fliegen kann. Ein patriarchalisches Verhältnis beherrschte den Süden vor dem Krieg, was auch immer politische Tendenzdichter daran verzerren mochten. Ja manchmal ist es schwer, die Frage zu unterdrücken, ob es wirklich notwendig war, das Problem der Sklaverei mit solchen plötzlichen Gewaltmitteln zu lösen, ob nicht viel edles

Gefühl erhalten geblieben wäre und unsäglich viel Haß und Verbitterung, Elend und Verwilderung erspart worden wären, wenn die Nordstaaten dem Süden Zeit gelassen hätten, die Negerfrage friedlich und langsam mit organischen Mitteln statt mit mechanischen zu lösen, die Sklaverei allmählich in ein patriarchalisches Abhängigkeitsverhältnis überzuführen.

Es ist zu spät, darüber zu philosophieren. Der Doktrinarismus hat es anders gewollt. Die Waffen der großen Kriegsjahre haben für die Auffassung des Nordens entschieden: es ist traurig, aber es muß gesagt werden, daß die Ereignisse der langen Friedensjahre für die Auffassung des Südens entschieden haben. Um das in seiner Tiefe zu begreifen, darf man freilich nicht nur, wie wir es bisher getan, fragen, was die Schwarzen empfinden, sondern vor allem, was heute der Amerikaner denkt.

Wie stellt sich also der Weiße zum Neger von heute? Man muß da zwischen dem Norden und dem Süden unterscheiden, aber für beide gilt das eine doch gemeinsam, daß für das Gefühl der Amerikaner die Kluft zwischen dem Weißen und dem Schwarzen heute größer ist, als sie jemals gewesen war. Was zunächst den Norden betrifft, so hat die parteipolitische Auffassung des Problems sich vielleicht wenig geändert. Besonders in den Neuenglandstaaten, deren sittliche Motive für den Sklavenkrieg über allen Zweifel erhaben waren, — was ja von den Mittelstaaten nicht ohne weiteres behauptet werden kann, — sympathisiert man auch heute noch mit dem Neger als Träger der Menschheitsrechte. Aber leider, während man an den abstrakten Neger glaubt, verabscheut man die Ausdünstung des konkreten Negers. Der persönliche Widerwille gegen den Schwarzen — fast könnte man sagen der ästhetische Widerwille — ist im Norden sehr viel verbreiteter und intensiver als im Süden. Südlich von Washington kann man sich eigentlich nur von Negern rasieren lassen; nördlich von Philadelphia würde der Weiße es ablehnen, einen Neger als Barbier zu benutzen. Der Südländer scheut sich selbst nicht, eine schwarze Amme ins Haus zu nehmen; in den Nord-

staaten wäre das schlechthin undenkbar. Überall da, wo das Prinzip gewahrt werden muß, wird der Neger im Norden willkommen geheißen. Man gibt ihm hie und da eine kleine Beamtenstellung, man läßt ihn Reden halten, man läßt ihn zu öffentlichen Vereinen zu; man läßt ihn bei den Paraden der Kriegsveteranen aufmarschieren und erlaubt ein paar Ausnahmenegern, in die Universitäten einzutreten; aber von sozialer Vermischung ist keine Rede. In keinem Klub, in keinem Privathaus, in keiner Gesellschaft trifft man einen Neger, und bei alledem muß der Europäer sich immer vergegenwärtigen, daß der Begriff des Negers hier Männer und Frauen umfaßt, deren Gesicht vielleicht so weiß ist wie das irgend eines Yankee, und die nur noch vielleicht an den Fingerspitzen die Abstammung von afrikanischer Rasse erkennen lassen.

Im besten Falle spielt der Nordländer dem Neger gegenüber den Philanthropen, sorgt für die Schulen und Kirchen, hilft ihm, sich zu entwickeln und sich wirtschaftliche Freiheit zu schaffen; aber selbst dabei schleicht sich gerade in den letzten Jahren mehr und mehr das Gefühl ein, daß da im Grunde doch irgend etwas falsch sein muß und daß der Norden übereilt und unvernünftig handelte, als er dem befreiten Neger volle Gleichberechtigung in den Schoß warf. Das Gefühl der Unbefriedigtheit nimmt im Norden stetig zu, und es ist kein Zufall, daß die Negerbevölkerung des Nordens so wenig wächst, obgleich der Neger immer wanderlustig ist und sofort in Scharen zum Norden drängen würde, wenn er hoffen dürfte, dort wirklich sein Geschick zu verbessern. Der Schwarze empfindet aber lebhaft, daß er im wirtschaftlichen Kampf dem energischeren Nordländer noch viel weniger gewachsen ist als dem Weißen des Südens und daß es manchmal vielleicht leichter ist, den Haß des Südländers als die theoretische Hochachtung des Nordländers zu ertragen, wenn sie mit so intensivem persönlichem Widerwillen gefärbt ist.

In der Tat ist es nun im Süden vollkommen anders. Wie sollte da auch ein ästhetischer Rassenabscheu sich entwickeln, wenn seit Generationen die Schwarzen und Weißen zu-

sammen lebten, sämtliche Dienstboten des Hauses stets Schwarze gewesen waren und die Kinder der Schwarzen auf der Plantage mit den Kindern der Weißen zusammen spielten. Vieles in dem gutmütigen Naturell der Schwarzen war dem Südländer stets sympathisch gewesen, und der Weiße hatte die treue Anhänglichkeit der Sklaven mit wirklicher Zuneigung beantwortet; und mag es auch oft nur eine Neigung gewesen sein, wie die für den treuen Hund und das willige Pferd, so war doch jedenfalls in alledem keine Spur von jenem Widerwillen des Nordländers. Im Grunde hat sich daran auch heute nichts geändert, und die theoretische Betonung des körperlichen Rassengefühls in den südländischen Deklamationen beruht entschieden zum Teil auf Heuchelei. Gewiß würde heute auch der elendeste Weiße sich viel zu edel dünken, um die beste schwarze Frau zu heiraten; aber dabei handelt es sich um rein soziale Prinzipien und nicht, wie die Politiker immer wieder glauben machen wollen, um instinktive Rassengefühle, denn so lange das Sklavenverhältnis unzweifelhaft bestand, haben die Weißen wahrhaftig sich nie gescheut, die Rassen zu vermischen.

Der große Gegensatz, der nun tatsächlich besteht, ist einerseits ein politischer, anderseits ein sozialer. Die politische Entwicklung des Südens in den letzten vierzig Jahren ist vollkommen von der Negerfrage beherrscht. Dabei heben sich deutlich verschiedene Perioden voneinander ab. Die erste Periode reicht vom Ende des Sklavenkrieges bis 1875: der Neger hat das Stimmrecht gewonnen und ist politische Macht geworden. Es war die traurigste Zeit, die der Süden durchzumachen hatte. Wirtschaftlich ruiniert, kam er unter das politische Schreckensregiment gewissenloser Politiker, welche die unwissenden Massen des Negertums zu niedrigsten politischen Zwecken ausnutzten. Die siegende Partei des Nordens schickte ihre Abgesandten, die das schwarze Stimmvieh organisierten und durch die bloße Zahl jede selbständige Regung der Weißen vernichten konnten.

Man kann wohl verstehn, wenn ein Historiker des Südens

sagt, daß die südlichen Staaten ohne Erbitterung an jene Kriegsjahre zurückdenken, in denen tapfre Männer tapfern Männern im Kampf gegenüberstanden; aber daß die Wut sie überkommt in der Erinnerung an jene Jahre, die da folgten, in denen die Sieger, teils aus mißverstandener Philanthropie, teils aus Gedankenlosigkeit und Gleichgültigkeit, teils mit bewußter Bosheit, einer Rasse, die kaum von afrikanischer Unkultur sich entfernt hatte, plötzlich erlaubte, die Zügel der Regierung in die eigne Hand zu nehmen und die Männer und Frauen zu demütigen, welche die herrliche Kultur der alten Südstaaten aufgebaut hatten. Vielleicht war keine Spanne der amerikanischen Geschichte so erfüllt von Poesie und romantischem Reiz, als das Leben des Südens in den letzten Jahrzehnten vor dem Krieg, und sicherlich war keine Periode so übervoll von Verirrungen, Fehlern und Verbrechen, wie das Jahrzehnt, das im Süden dem Kriege folgte. Die Reaktion mußte kommen. Sie erfüllt die zwanzig Jahre von 1875 bis 1895. Der Süden griff zum Betrug an der Wahlurne. Man wußte, daß es ein Übel sei, die Wahlen zu fälschen, aber man fühlte, daß es ein schlimmeres Übel sei, das südliche Vaterland der Roheit unwissender Neger auszuliefern. Die politische Macht der Neger war damit gebrochen. Immer wieder fälschte man, und die Öffentliche Meinung des Südens hieß es gut, und immer wieder wurden die Verbrecher am Wahlkasten der Wirkung des Gesetzes entzogen, weil die gesamte Öffentliche Meinung hinter ihnen stand.

Doch wichtiger war ein andres: Alle Parteigegensätze verschwanden zwischen den Weißen, und die Rassenfrage wurde zur einzigen politischen Scheidelinie. Gewiß gab es auch im Süden Schutzzöllner und Freihändler und alle andern politischen Parteigegensätze: das gesamte Parteileben aber stockte, alle innern Gegensätze verschwanden bei den Wahlen, und alle Weißen sammelten sich gegen die Schwarzen, die mit ihren republikanischen Befreiern gingen, so daß der gesamte weiße Süden einheitlich zur demokratischen Partei schwor. Durch diese politische Einigung wurde die Vorherrschaft der Schwarzen noch mehr geschwächt.

Aber man wurde sich langsam doch bewußt, daß das politische Leben zugrunde geht, wenn große Staaten nur wie hypnotisiert auf die eine Rassenfrage blicken. Das Bedürfnis nach einer Anteilnahme an all den großen Problemen, welche die Nation erfüllten und die Parteien spalteten, regte sich wieder. Wo war die große Zeit hin, als der Süden der Nation die glänzendsten Staatsmänner schenkte? Vor allem aber kam dazu ein andres. Man wurde sich bewußt, daß, wenn die Öffentliche Meinung den systematischen Betrug bei Wahlen unbestraft läßt, dann sehr bald jede Selbstsucht und jedes Verbrechen sich an der Wahlurne durchsetzen kann.

Wird die Wahl erst einmal gefälscht, um eine Negermajorität zu unterdrücken, so kann sie das nächste Mal gefälscht werden, um einen wirtschaftlichen Betrug durchzusetzen. Man fühlte, daß man dem Abgrunde zujagte. Da setzte die dritte Periode ein. Statt das Negerwahlrecht durch ungesetzliche Methoden auszuschalten, konstruierte man gesetzliche Mittel, es wenigstens einzuschränken und in seiner Macht zu schwächen. Die Verfassung schrieb ja nur vor, daß niemand um seiner Farbe willen vom Wahlrecht ausgeschlossen werden dürfe, aber dem einzelnen Staate blieb es überlassen, alle weitern Bedingungen für das Wahlrecht festzustellen. So ist es keinem Staate verwehrt, etwa einen bestimmten Besitz oder eine bestimmte Bildungsstufe als Bedingung zu stellen; nur muß es für alle Einwohner gleichmäßig gelten. So sind ja beispielsweise in vier Staaten die Frauen zum Stimmen berechtigt, während alle übrigen Staaten den Frauen das Stimmrecht versagen. Von dieser Freiheit der einzelstaatlichen Bestimmung machten die Südstaaten nun weitgehenden Gebrauch. Den Neger als Neger konnten sie nicht ausschließen, seit die Nordstaaten das fünfzehnte Amendement zur Verfassung durchgesetzt hatten, und auf eine Verfassungsänderung war nicht zu hoffen. Aber solange der Schulunterricht der Neger noch so weit hinter dem der Weißen zurücksteht, die Zahl derer, die nicht lesen können, unter der ehemaligen Sklavenbevölkerung noch immer groß ist, ist

es ein wichtiger Schlag gegen das politische Negertum, wenn ein Staat beschließt, daß nur diejenigen wählen dürfen, welche imstande sind, die Verfassung zu lesen und zu verstehn, zumal die dazu nötige Prüfung nun wieder der Willkür weit die Türe öffnet.

Die letzten Jahre haben nun in der Tat einen mächtigen Fortschritt dieser neuen Bewegung gesehn. Die politische Macht des Negers ist nunmehr dahin und die Ungesetzlichkeit der frühern Methode ist beseitigt. Ja, es kann nicht bestritten werden, daß in zweifacher Richtung diese Wendung unmittelbar kulturfördernd wirkt. Auf der einen Seite spornt sie die Negerbevölkerung an, für den Unterricht der schwarzen Jugend zu sorgen, damit der Neger die Bedingungen des Wahlrechts durch Schularbeit erringen kann; auf der andern Seite befreit sie die südliche Politik von dem Alp der Rassenfrage und erlaubt wieder wirkliche Parteiprobleme zwischen den Weißen selbst im Süden auszukämpfen. Der politische Gegensatz hat sich somit entschieden ein wenig gemildert, wenn auch die beiden Parteien es mehr wie einen Waffenstillstand empfinden; denn noch ist es durchaus nicht gewiß, ob nicht nördliche Politik in Washington diese Einschränkung des schwarzen Amerikanertums wieder beseitigen wird und ob nicht bei einer wirklichen Parteizersplitterung der Weißen die Schwarzen doch wieder zum ausschlaggebenden Faktor werden können. Sollte der nördliche Doktrinarismus wirklich noch einmal siegen und es erzwingen, daß diese gegen die Neger gerichteten Bildungsprüfungen bei der Wahl vom Gesetz als verfassungswidrig vernichtet werden, so würde damit die wichtigste Bewegung zum politischen Frieden gehemmt. Als die Doktrinäre nach dem Bürgerkrieg den Negern das Stimmrecht gaben, da konnten sie wenigstens den einen Grund geltend machen, daß die Südstaaten die Negersklaverei in neuer Form durchführen würden, falls die Schwarzen nicht entweder durch Militärgewalt oder durch den Stimmzettel geschützt würden, und da man die Armee zurückziehn wollte, gab man zum Schutz das Stimmrecht. Heute aber liegt solche Furcht nicht vor; die gesetzmäßige

Zurückdrängung des südlichen Negers vom Stimmkasten kann heute nur als Fortschritt gelten.

Wichtiger aber noch als die politische ist heute die soziale Frage. Und da ist nicht nur von keiner Milderung die Rede, sondern jeder Tag bringt neue Verschärfung. Wir sagten selbst schon, der Südländer hat keinen instinktiven Abscheu gegen die Rasse und das Verlangen nach anthropologischer Reinheit ist kein Instinkt, sondern eine Konstruktion, von der die Väter der Weißen von heute nichts wußten. Gewiß läßt sich die ganze Situation durchaus nicht auf eine einfache Formel bringen, aber doch wird der wohl der Wahrheit am nächsten kommen, der es offen ausspricht, daß der soziale Haß des Weißen im Süden im Grunde auf den ererbten Instinkt des Sklavenhalters zurückführt. Der Südländer ist in seinem ganzen sozialen Gefühlsleben beherrscht von der einst selbstverständlichen Empfindung, daß der Schwarze ihm willenlos untergeben ist. Da ist keine Spur von Grausamkeit dabei; er will ihm wohltun und ihn schützen, nur darf der andre keinen eignen Willen haben. Er hat sich an die sklavische Untertänigkeit des Negers gewöhnt, wie sich der Morphinist ans Morphium gewöhnt, und die Entziehung des zerrüttenden Giftes dünkt seinem Nervensystem unerträglich.

Der unaufhörlich erschallende Ruf, daß die Reinheit der Rasse in Gefahr sei, wenn eine soziale Gleichstellung versucht wird, ist nur eine Ausflucht. In Wahrheit ist es die soziale Gleichstellung selbst, welche die hysterische Aufregung hervorruft. Kein Weißer würde beispielsweise den Speisesaal eines Hotels betreten, in dem irgendwo im Winkel eine Negerin bei Tische sitzt; aber nicht etwa, weil das Beisammensein ihm unangenehm ist, wie es tatsächlich bei dem Nordländer der Fall wäre, sondern nur, weil das Symbol der Gleichberechtigung ihn verletzte. Sobald ein kleines weißes Kind daneben sitzt und die Negerin somit sich als Kinderfrau, als Dienstbote erweist und die sozial abhängige Stellung somit ausgedrückt ist, so stört ihre Gegenwart nicht mehr im mindesten.

In diesem Kampf gegen die soziale Gleichheit greift nun der Süden zu immer stärkern Mitteln, und während der Weiße sich durch die Energie dieses Kampfes in immer wildere Erregung hineinarbeitet, muß durch diese soziale Demütigung die Erbitterung des Schwarzen stetig wachsen. Daß kein Hotel für Weiße, kein Restaurant, kein Theater und kein Schlafwagen dem Schwarzen offen steht, ist selbstverständlich. Das gilt im wesentlichen sogar für den Norden. Daß nun aber auch die gewöhnlichen Eisenbahnwagen und Straßenbahnwagen die Farbenscheidung einführen, das hat doch viel noch zu neuer Verschärfung beigetragen.

Auf jede brüske Zurückstoßung des Schwarzen im sozialen Leben setzt der Süden seine Prämien. Das geringste soziale Zugeständnis bestraft er unnachsichtlich. Als in einem nordstaatlichen Hotel der Präsident eines Neger-College aufgenommen wurde und das Stubenmädchen sich weigerte, für ihn das Bett zu richten und vom Hotelwirt deshalb entlassen wurde, veranstaltete der Süden mit glänzendem Erfolg eine Geldsammlung für diese Heroine. Man muß die Dinge unter diesem Gesichtswinkel sehn, um die ungeheure Aufregung zu begreifen, die den ganzen Süden ergriff, als Präsident Roosevelt den Mut hatte, Booker Washington, den berühmtesten Neger des Landes, zu sich zu Tisch zu bitten. Professor Bassett, der Historiker, hat unter dem Wutgeheul des Südens erklärt, daß Booker Washington mit Ausnahme von General Lee der größte Mann sei, der seit hundert Jahren in den Südstaaten geboren sei. Aber wer fragt nach Größe des Einzelnen, wenn das Prinzip der sozialen Ungleichheit bedroht ist. Hätte der Präsident mit Booker Washington monatelang von früh bis spät in seinem Arbeitszimmer verhandelt, so hätte man das hingenommen; daß er ihn aber gastlich an seinem Frühstückstisch niedersitzen läßt, das ist schlechthin unverzeihlich. Und selbst besonnene Männer schüttelten das Haupt und erklärten, daß dieses Attentat auf die sozialen Vorrechte des Weißen die wechselseitige Erbitterung aufs traurigste verschärfen müßte.

Nun darf freilich nicht übersehn werden, daß diese Nach-

wirkung des Sklavenbesitzerinstinkts durch viele Nebenumstände verstärkt wird. Vor allem eins: die zügellose Sinnlichkeit des Negers, die ihn immer wieder zu unzüchtigen Überfällen auf weiße Frauen treibt, hat unendlich vieles zu dem Elend der Gesamtsituation beigetragen. Gewiß ist es übertrieben, wenn die südliche Demagogie immer wieder verkündet, daß kein Mann in den südlichen Staaten sein Weib, seine Schwester, seine Töchter gesichert weiß vor der Bestialität der Schwarzen; aber daß diese Verbrechen sich in erschreckender Weise gehäuft haben, kann niemand bestreiten; und sie sind um so bedeutungsvoller, als durch eine stetige Furcht vor dieser Gefahr die Entwicklung des Landlebens mit seinen einsamen Farmhäusern dauernd bedroht ist. Gerade hier hat ja nun die Barbarei des Lynchgerichts eingesetzt, und das schnelle Wachstum des Hasses bekundet sich in der Zunahme der Lynchgerichte in den letzten Jahren. Jedes einzelne Lynchgericht ist nun aber selbst wieder dazu angetan, die Wut und den Haß, die Zuchtlosigkeit und die Bestialität dem Volksorganismus einzupeitschen. Und so wirken der bestialische Trieb und die gesetzlose Verbrecherbestrafung gleichmäßig dahin, die Massen der Südstaaten zu verrohen.

Aber es handelt sich nicht nur um die Unzucht der Neger und die Lynchgerichte der Weißen, sondern weit darüber hinaus zeigt sich der Neger zum Verbrechen geneigt und der Weiße in Sympathie mit der Gesetzlosigkeit gegenüber dem Neger. Die Neger füllen die Gefängnisse zu einem unverhältnismäßig großen Bruchteil, aber auch darin liegt wohl viel Wahrheit, wenn die Schwarzen selbst demgegenüber einwenden, daß bei ihnen auch das kleine Vergehen schwer bestraft wird, während die Weißen nachsichtig behandelt werden. In der Tat fällt es schwer, im Süden ein Schwurgericht zu finden, das dem Weißen gegenüber dem Schwarzen Schuld zuspricht. Dieses Messen mit zweierlei Maß führt dann aber schnell zu einer allgemeinen Willkürherrschaft, und auch das entspricht ja nun wieder ganz dem launenhaften Instinkt des Sklavenhalters. Willkürliche Vorrechte an Stelle

des gleichmäßigen Rechts waren stets das Wesentliche ihrer Existenz, und so dringen denn auch da, wo Schwarze gar nicht in Frage kommen, oft südliche Schwurgerichtsentscheidungen in die Zeitungen, die das ganze Land zur Entrüstung treiben. Ja, selbst darüber darf kein Zweifel sein, daß, wenn auch schüchtern, doch der Versuch auftauchte, unter allerlei versteckenden Formen im Grunde die Sklaverei wieder einzuführen. Da werden Neger für ein kleines Vergehen vom Gericht zu einer hohen Geldstrafe verurteilt, und um die Strafe zu erlegen, müssen sie vielleicht bei irgend einem Weißen Feldarbeit unter Kontrakten verrichten, die tatsächlich wieder auf Sklaverei hinauslaufen. Auch da ist dann das ganze Land entsetzt, wenn zuweilen die Tatsachen an die Öffentlichkeit dringen. Aber noch ist kein Mittel ersonnen, die Schärfe des Gegensatzes abzustumpfen, und solange der soziale Gegensatz mit dieser Schärfe besteht, werden sich immer wieder Gesetzesumgehungen und Gesetzesdurchbrechungen ergeben, in denen der Haß und die Erbitterung sich entladen können.

Was soll geschehn, um diesen unheilvollen Entwicklungen ein Ziel zu setzen? Auch die Afrikaner haben ihre Zionisten gehabt, die sie zu den Wäldern des schwarzen Erdteils zurückführen wollten, und neuerdings phantasierten nicht wenige von einer Lösung des Problems durch zwangsweise Auswanderung nach den Philippinen. Aber solche Träume sind wertlos. Neun Millionen können nicht über den Ozean verladen werden, können nicht von ihren Heimstätten losgerissen werden und können am wenigsten mit der ganz andersartigen Bevölkerung der Philipinos vermischt werden. Vor allem aber dieses: Der Süden selbst würde sich mit Händen und Füßen dagegen sträuben, den schwarzen Arbeiter zu verlieren. Das Wirtschaftsleben des Südens, die großartige Ernte an Baumwolle und Tabak und alles, was den Süden ernährt, ist vollkommen abhängig von der Arbeit des Schwarzen; und der Süden wäre wirtschaftlich zerstört und stände zerrütteter da als nach dem furchtbaren Krieg, wenn wirklich heute ein Zauberschiff jeden Schwarzen nach der Negerrepublik Liberia

an der afrikanischen Küste hinübertragen könnte. Aus diesem Grunde könnte auch davon nicht die Rede sein, alle Neger in einem oder zwei südlichen Staaten zusammenzubringen und diese dann den Schwarzen ganz zu überlassen. Zunächst würde kein einziger Staat sich bereit finden, dieses schwarze Los zu ziehn. Vor allem aber würden die Weißen der andern Südstaaten darunter zu leiden haben. Der Sozialpolitiker aber kann darüber keinen Augenblick im Zweifel sein, daß das Negertum sich nur dort hebt, wo es in steter Berührung mit den Weißen ist und erschreckend schnell wieder zurücksinkt, wo es sich selbst überlassen bleibt.

Unter denjenigen Negern, die zu Führern ihres Volkes berufen sind und die selbständig denkend die Situation überblicken, kann man vielleicht zwei grundsätzlich verschiedene Auffassungen unterscheiden: eine Richtung, die gewissermaßen von oben nach unten reformieren will, eine andre, die von unten nach oben aufbauen will. Für die erstere typisch ist die Wirksamkeit von Dubois, für die letztere Booker Washington. Dubois und mit ihm viele der gebildetsten und eigenartigsten Schwarzen glauben an die besondere Mission des Negervolks. Die Neger wollen und sollen nicht bloß eine zweite Klasse Amerikaner sein, sondern das amerikanische Land ist von der Vorsehung bestimmt, zwei große, verschiedenartige, nebeneinander wirkende Völker — die Amerikaner und die Neger — zur Entwicklung zu bringen. Die Aufgabe des Afrikaners ist somit nicht einfach, dem Weißen die äußere Kultur nachzuahmen, sondern selbständig aus eignem Nationalitätsbewußtsein heraus eine besondre wertvolle Kultur zu schaffen. Sie fühlen instinktiv, daß ein paar große Männer von besondrer Physiognomie, ein paar Negergenies, der Ehre ihres Volkes und dem Glauben an seine Möglichkeiten mehr nützen würden, als die langsame Hebung der großen Masse. Immer wieder betonen sie, wie der Neger in seiner Musik, in seiner Religion, in seinem Humor ganz eigenartige nationale Züge entwickelt hat, und wie in dem Volk, das vor vierzig Jahren noch in der Sklaverei stand, in einem Menschenalter unter den ungünstigsten Bedingungen sich doch eine

Reihe glänzender Redner und Politiker und Schriftsteller entwickelt hat. Ihr Ziel wird dadurch vor allem, den Besten und Stärksten in ihrer Nation die Wege zu bahnen, sie zu dem Höchsten zu ermutigen, sie zu den größten Leistungen anzuspornen und so durch das Werk der begabtesten Führer eine neue Negerkultur der Welt zu schenken, durch die das selbständige Existenzrecht der gesamten schwarzen Nation in Amerika gesichert ist.

Die um Booker Washington gehen einen stillern Weg. Und mit ihnen wandelt die Sympathie der besten Weißen im ganzen Lande. Nicht von ein paar glänzenden Ausnahmenegern erwarten sie das Heil, sondern von der langsamen stetigen Hebung der Masse; und als wirkliche Führer gelten ihnen nicht die, welche individuelle Wunderleistungen verrichten, sondern die, welche ihrem Volk bei dem langsamen Aufrichtungswerk die besten Dienste leisten. Sie sind sich klar, daß von wirklich großen Leistungen und selbständigen Kulturtaten bei den Negern heute noch nichts zu spüren und wohl auch kaum in naher Zukunft zu erwarten ist.

Im besten Falle handelt es sich um stärkere Begabung für die Nachahmung der fremden Kultur. Aber wenn so von glänzenden Geistern an der Spitze kaum die Rede ist — und man darf sich darüber nicht täuschen, daß auch Booker Washington selbst durchaus nicht eine wirklich große selbständige Persönlichkeit ist — wäre es anderseits noch sehr viel verkehrter, die Neger nach ihrer allerniedrigsten Schicht, den in Faulheit Verkommenen, den Verbrechern und den Vertierten zu beurteilen. Die große Masse der Neger ist ungebildet und hat keinen Beruf gelernt, aber sie ist ehrliches, gesundes, brauchbares Material, das nur erzogen werden muß, um der Gesamtheit nützlich zu werden. Der Neger muß vor allem wieder lernen, was er in der Sklavenzeit gelernt hatte, technische Arbeit, muß sich zum Handwerker ausbilden und zum tüchtigen Landwirt, und muß so nicht etwa eine Sonderkultur schaffen, sondern in bescheidener Weise seine Nation durch wirkliche Dienste und

Arbeit, ehrlich, schlicht, treu und fleißig mit dem Geschick der weißen Nation verweben. Was not tut, sind nicht glänzende Schriftsteller, sondern gute Handwerker und Schullehrer, nicht Renommierleistungen von einzelnen, sondern weite Verbreitung technischen Unterrichts, Handwerksschulen und Institute für die Ausbildung technischer Lehrer.

Washingtons eignes Institut in Tuskegee ist das glänzendste Vorbild geworden, und die besonnensten Männer im Süden wie im Norden sind herzlichst bereit, alle diese Pläne zu fördern. Sie sagen sich und hoffen, daß, wenn die Negermasse erst mehr geeignet sein wird, als Handwerker, als geschulte Arbeiter, als Bauern sich in dem Gesamtbetriebe nützlich zu erweisen, daß dann die wechselseitige Erbitterung mehr und mehr nachlassen wird und der Kampf um die soziale Gleichheit langsam verschwinden wird. Denn darüber können die Besonnenern sich doch nicht täuschen, daß soziale Gleichheit eine Phrase ist, wenn sie auf das Verhältnis von Millionen zu Millionen angewandt wird. Unter den Weißen selbst träumt ja niemand von wirklicher sozialer Gleichheit. Der Plantagenbesitzer ladet seinen weißen Arbeiter ebensowenig zu Tisch ein wie den schwarzen, und wenn der südliche Weiße heute jedem, der seine Vorurteile bekämpfen will, sofort höhnisch das Schlagwort entgegenwirft: „Würdest du deine Schwester einem Schwarzen zur Frau geben?“ so vergißt er, daß der Gefragte seine Schwester vermutlich auch neun Zehnteln der Weißen nicht zur Frau geben würde. Soziale Gleichheit kann sich eben immer nur auf kleine Gruppen, im letzten Grunde auf rein persönliche Auswahl beziehn.

So könnte man denn vielleicht sagen, daß mit dem heute wachsenden Bemühen für die technische berufliche Ausbildung des schwarzen Arbeiters der Frieden näher gerückt ist, aber man darf doch nicht vergessen, daß die Neger selbst und mit ihnen die nordstaatlichen Philanthropen das Ganze erheblich anders auffassen als die südstaatlichen Befürworter. Die Südstaatler sind mit den neuen Änderungen zufrieden, weil auf politischem Gebiet das Negerstimmrecht eingeschränkt

ist, auf sozialem Gebiet die Zugehörigkeit des Negers zum Arbeiter- und Handwerkerstand betont wird. Der Schwarze dagegen kann das doch nur als ein Vorübergehendes betrachten, als ein Mittel, langsam eine bessere Zukunft herbeizuführen. Er ist zufrieden, daß man aufgehört hat, sein Wahlresultat zu fälschen und es an gesetzliche Bedingungen anknüpft, aber im Grunde muß er doch hoffen, daß er über diese Bedingungen hinauswachsen und dereinst wie jeder Weiße zur Abstimmung wieder zugelassen werden wird.

Ebenso auf sozialem Gebiet: er mag sich damit zufrieden geben, daß zunächst einmal die Handwerkerfrage und Bauernfrage in den Vordergrund geschoben wird, aber das soll doch nur dazu dienen, die Nation zu heben und sie von Stufe zu Stufe zu führen, bis sie sich aus dem Arbeiterstand zu voller sozialer Gleichheit entwickelt hat. Das, was der Neger vorübergehend gutheißen könnte, möchte der Weiße in den Südstaaten ihm als dauernden Zustand vorschreiben, und damit ist denn auch schon gesagt, daß eine wirkliche innere Lösung des Problems auch so nicht angebahnt ist, da alles das eben nur wie ein Waffenstillstand wirkt. Vor allem aber sind alle diese Bemühungen der Führer und der Philanthropen, diese Erwägungen der Besten im Norden und im Süden, unter den Schwarzen und unter den Weißen, doch noch viel zu weit von den Gefühlen der breiten Masse entfernt, und so schön auch die Anstöße zu solcher Besserung sein mögen, so bleibt es doch dabei, daß es im Großen tatsächlich heute schlimmer aussieht, als es je ausgesehen hat.

Wer sich von allem Doktrinarismus freimachen kann, wird kaum zweifeln, daß auch heute wieder die bessere Einsicht bei den führenden Weißen der Südstaaten liegt, die den Neger eben besser kennen als der Norden. Sie verlangen, daß diese Beschränkung des Schwarzen in seinen politischen Rechten und in seiner beruflichen Tätigkeit eine dauernde werden soll, und so sich ein organisches Verhältnis herausbilden solle, in dem der Neger, fern von der unverschuldeten Sklaverei, aber auch fern von dem Vollgenuß der Hochkultur, die seine Nation nicht erarbeitet hat, in ein politisch, wirtschaftlich und

sozial abhängiges Verhältnis gebracht wird. Wäre das von vornherein geschehn, so wäre niemals der Haß auf beiden Seiten so wild emporgeschossen. Und geht es dem Afrikaner dabei gut, so wird er die Differenzierung kaum empfinden, und der Weiße wird sein Gefühl der Überordnung befriedigen können.

Die Zustände auf der Insel Jamaica geben ein gutes Beispiel. Sie heben sich glänzend von der Verlotterung der Negerrepublik Haiti ab. Und doch wird man auch anderseits wiederum nicht vergessen dürfen, daß die Geschichte genugsam bewiesen hat, wie unmöglich es sei, ein Volk von Millionen mit beschränkten Rechten zwischen einem freien Volk wohnen zu haben; aus der Beschränkung wird stets Bedrückung und Unrecht, aus dem Bedrücktsein wächst immer der Aufstand und das Verbrechen empor, und die Stunde, in der das amerikanische Volk die zehn Millionen Schwarze in seinen Grenzen entrechtet, mag der Ausgangspunkt für furchtbare Kämpfe werden. So ist denn tatsächlich eine wirkliche Lösung nirgends in Sicht. Die Negerfrage ist die einzige wirklich schwarze Wolke am Horizont des öffentlichen Lebens der amerikanischen Nation.

Neuntes Kapitel.

Probleme der innern Politik.

Die Probleme der Bevölkerungspolitik — besonders der Einwanderer- und Negerfrage — haben uns lange aufgehalten. Schneller können wir die Probleme der innern Regierungspolitik überblicken, da uns die meisten dieser Fragen schon bei der Betrachtung der Regierungsform selbst beschäftigt haben. Die wahnwitzige Anschauung derer, die überhaupt keine Regierung wollen, der Anarchismus, gehört für den Amerikaner nur dann zu den politischen Problemen, wenn

das Attentat eines Ausländers ihn plötzlich aufschreckt. Dann überstürzen sich die Vorschläge, den Anarchismus mit Stumpf und Stil auszurotten, aber nach kurzer Zeit wird es wieder still. Man weiß, wie schwierig es ist, da Grenzlinien zu ziehn, und der Gedanke, das freie politische Wort zu unterdrücken, widerstrebt lebhaft dem Wesen der amerikanischen Demokratie. Vor allem aber haben die anarchistischen Grundgedanken oder richtiger Grundkonfusionen so wenig Aussicht, das konservative Ideensystem des Amerikaners zu beeinflussen, daß von einem Wuchern des Anarchismus im amerikanischen Volksbewußtsein doch niemals die Rede sein könnte. Die Anarchistenfrage ist im Grunde ein Anhängsel an die Einwandererfrage. So hat man sich denn bisher auch im wesentlichen darauf beschränkt, überzeugte Anarchisten von der Einwanderung auszuschließen, aber auch das führt zu so unamerikanischer Bevormundung der „Überzeugungen", daß sich die neue Vorschrift wohl kaum lange erhalten wird. Der wirkliche Amerikaner jedenfalls glaubt an staatliche Ordnung und liebt seine Regierungsmaschinerie.

Der Regierungsapparat selbst hat ebenfalls manchen umstrittenen Bestandteil. Einige Teile sind kürzlichst unter Präsident Roosevelt neu eingefügt worden. Vor allem geht auf sein Bemühen die Neuschaffung des Ministeriums für Handel und Arbeit zurück. Diese neue Abteilung der Regierung mit über zehntausend Angestellten umfaßt auch das Bureau der Korporationen, das Auskünfte über die Trusts sammeln und der Bekämpfung ihrer Schäden dienen soll; aber der Kampf verspricht zweiseitig zu werden. Der gegenwärtigen Administration gehört auch die Schaffung des Generalstabs der Armee zu, und es scheint nur eine Stimme im ganzen Land, daß dadurch die Heeresverhältnisse erheblich verbessert worden sind. Auch nach andern Richtungen hat die Verwaltung der Armee sich den großen europäischen Vorbildern angenähert. Neue Kriegsschulen sind geschaffen; vor allem sind große Manöver eingeführt. Die Schwäche des militärischen Systems liegt in der Beförderung nach Anciennität. Daß der Heeresdienst kein mechanisches Auf-

rücken der Offiziere verträgt, ist allen klar, und doch fürchtet man sich allerseits, daß, sobald das gleichförmige Prinzip aufgegeben wird und persönliche Beförderung eingeführt ist, dann all die unlautern Mittel des politischen und sozialen Einflusses ins Spiel kommen könnten. Weite Kreise sehen hier ein schwieriges Problem. Fehlt es doch heute dem jungen Offizier fast an jedem äußern Anreiz zu besonders tüchtiger Leistung.

Noch vielfältiger sind die Wünsche der Regierung bezüglich der Flotte. Auch da scheint ein dem Generalstab der Armee ähnliches Gebilde unerläßlich. Das stetige Wachstum der Flotte selbst ist durchaus gesichert; daß Amerika seine heutige Politik nicht durchführen kann, ohne eine starke Flotte zu besitzen, ist überall anerkannt. Die Flotte, die eigentlich erst 1882 entstand, hat durch ihre Siege bei Manila und Santiago das Herz der imperialistischen Masse gewonnen, und ihr Wachstum findet nirgends ernstlichen Widerstand. Auch für die Flotte sind nunmehr große Manöver eingeführt. Die eigentliche Schwierigkeit entsteht durch den Mangel an Mannschaft; es wird immer schwieriger, Offiziere und Matrosen für die Marine zu gewinnen, und auch bei der Frage der Schiffsbesatzung spielt die unvermeidliche Negerfrage störend hinein. So manche offne Frage bezieht sich auch auf den diplomatischen und den Konsulardienst. Die Vereinigten Staaten unterhalten eine ungewöhnlich große Zahl Konsuln, deren Rührigkeit von keiner Seite bestritten wird, deren Vorkenntnis, Takt und persönliche Würde aber zu oft zu wünschen übrig läßt. Ihre Besoldung durch Sporteln trägt dazu bei, nur zu oft unerquickliche Verhältnisse zu schaffen.

Noch ungleichmäßiger ist das Personal des diplomatischen Dienstes. Von jeher hatten die Vereinigten Staaten den richtigen Takt, einige ihrer vornehmsten Geister in bedeutsame Vertreterstellungen zu senden. In Zeiten, als die internationalen Beziehungen des Landes noch unbedeutend waren, bot man die Stellung nicht selten hervorragenden Schriftstellern und Dichtern an, die in schöngeistiger Weise ihr Vaterland

am fremden Hof vertraten und ihm zur Ehre gereichten. Das geht nun heute nicht mehr an, aber immer wieder hat Amerika das Glück gehabt, Persönlichkeiten von ungewöhnlicher Bedeutung, etwa Gelehrte wie Andrew D. White, Staatsmänner wie Hay, geniale Juristen wie Chaote in die führenden diplomatischen Stellungen zu senden. Daneben besteht dann aber wieder die Gefahr, daß Männer, die nur reich sind, durch politische Kleindienste sich Senatoren verpflichten, und diese sie zum Dank in diplomatische Stellungen hineinschieben, um den sozialen Ehrgeiz ihrer Freunde zu befriedigen. Immer lauter wird das Verlangen, daß die Diplomatie zur festen Karriere wird, in der der Einzelne von Stufe zu Stufe hinaufsteigt.

Im Postdienst steht jetzt im Vordergrund das Problem der freien Postsachenbeförderung in die Landdistrikte. Die ungeheure Ausdehnung des Landes und die dünne Besiedlung hatten es zuerst selbstverständlich gemacht, daß der Bauer sich seine Post von der nächsten kleinen Ortschaft abholt; der Landbriefträger war unbekannt, wie auch in kleinen Ortschaften das Briefträgertum noch unbekannt ist. Jedermann im Dorfe geht selbst zum Postamt, um sich seine Zeitungen und Briefe zu holen. Aber die Vereinigten Staaten arbeiten — wie jedes Land heute — an dem Problem, den dauernden Zustrom vom Lande zur Stadt aufzuhalten. Sie sehen klar, daß gerade bei dem geistigen Zuschnitt der Amerikaner das wichtigste Bemühen das sein muß, das Landleben weniger monoton und langweilig zu gestalten, und daß es dazu vor allem nötig ist, die geistigen Beziehungen zwischen dem vereinsamten Bauernhaus und der umgebenden Welt rege zu gestalten.

Je bequemer und häufiger der Landbewohner seine Zeitungen und Magazine und Briefe erhält, desto weniger wird er sich versucht fühlen, die Scholle zu verlassen. So ist denn die sehr kostspielige Landpostbestellung nunmehr im schnellen Wachsen. Das letzte Jahr hat wieder neuntausend neue Anstellungen für diesen Dienst geschaffen. Noch ein andres Postproblem beschäftigt weite Kreise. Die Post kommt

nicht auf ihre Kosten, weil sie Drucksachen zu ungewöhnlich billigen Preisen befördert und dadurch besonders das Aussenden von Katalogen und Anzeigebüchern einen Umfang angenommen hat, der das Postbudget unheimlich belastet. Wie weit das geht, kann man sich vorstellen, wenn man hört, daß kürzlich eine einzige Medizinfabrik zur Reklame für ihr Heilwasser ein Heftchen mit sogenannten Gutachten in so viel Exemplaren aussandte, daß ein Eisenbahnzug mit acht großen Frachtwagen nötig war, um sie zum nächsten Postamt zu befördern. Ein Teil der Schwierigkeiten des Postbudgets liegt freilich darin, daß die Eisenbahnen Privatgesellschaften gehören, deren Kontrakte mit der Regierung für die Postbeförderung sicherlich nicht zum Schaden der Aktionäre gemacht werden.

So hat jedes einzelne der großen Verwaltungsgebiete seine großen oder kleinen Probleme, und die wichtigsten können uns erst dann beschäftigen, wenn wir von den Wirtschaftsverhältnissen sprechen. Aber ein Problem ist allen Verwaltungszweigen gemeinsam: es ist das wichtigste der innern Regierungspolitik, und wenn die Diskussion auch vielleicht heute äußerlich weniger lebhaft ist als in frühern Jahren, so hat es doch nicht aufgehört, in immer neuen Formen die Parteien, die Regierung und vor allem die Öffentliche Meinung zu beschäftigen: „The Civil Service Reform".

Wir sind der Frage des Zivildienstes schon wiederholt begegnet, als wir von den Kämpfen der Parteien sprachen und von den Motiven, die den Einzelnen in den politischen Parteidienst hineinziehn. Dieses und jenes muß nun aber doch noch zur Ergänzung gesagt werden, um eins der wichtigsten Probleme des öffentlichen amerikanischen Lebens klarzustellen. Wenn wir zunächst vom einzelstaatlichen und vom städtischen Dienst ganz absehn — obgleich sich dort genau dieselben Fragen wiederholen — wenn wir also zunächst nur den Bundesdienst ins Auge fassen, so handelt es sich um mehrere Hunderttausende von Beamtenstellungen, und das Problem ist nun: sollen diese Stellungen mit ihren sichern Gehaltseinnahmen an Parteiangehörige von der herrschenden

Partei in erster Linie mit Rücksicht auf Parteiverdienste ausgehändigt werden, oder sollen sie, von allen Parteifragen abgelöst, den besten und tüchtigsten Bewerbern übergeben werden? Nun ist es klar, daß man das Problem leicht so darstellen kann, als wenn die Anstellung des Besten und Tüchtigsten ohne jede Parteirücksicht eine vollkommen selbstverständliche sittliche Forderung wäre, und als wenn auf der andern Seite nur die krasseste Selbstsucht das Wort führt. Aber so einfach liegen die Verhältnisse nicht.

Zunächst ist das jedem einleuchtend, daß die obersten Verwaltungsstellen durchaus Vertrauensstellungen sind, bei denen alles darauf ankommt, daß der Beamte in seinen Anschauungen mit dem obersten Leiter der Exekutive im wesentlichen übereinstimmt, und das gilt natürlich vor allem in einer Demokratie mit zwei Parteien. Wenn die Mehrheit des Volkes einen Präsidenten ernennt, um die Überzeugungen der einen Partei gegenüber denen der andern Partei politisch durchzuführen, so wäre der Wille des Volkes vereitelt, wenn nicht die obersten Spitzen der Regierungsbehörden sich ebenfalls in der vom Volke erwählten Parteirichtung bewegten. Ein republikanischer Präsident könnte nicht mit demokratischen Staatssekretären zusammenarbeiten, wenn nicht die ganze Verwaltung machtlos werden und von Kompromissen leben sollte, um derentwillen es nicht nötig gewesen wäre, das ganze Volk in zwei Parteien zu organisieren. Die republikanischen Staatssekretäre müssen aber, wenn keine Reibung eintreten soll, sich auf Unterstaatssekretäre verlassen können, mit denen sie politisch harmonieren, und so geht es weiter.

Beginnt man von unten statt von oben, so stellt es sich natürlich anders dar. Der Buchhalter im Ministerium, der kleine Postbeamte, der Kassenbote im Schatzamt, der hat keine persönliche Auffassung zur Geltung zu bringen, der hat nur seine technische Pflicht zu tun, und ob die Gesamtrichtung der Staatspolitik republikanisch oder demokratisch, schutzzöllnerisch oder freihändlerisch, imperialistisch oder antiimperialistisch ist, geht ihn überhaupt nichts an. Es fragt

sich also zunächst, wo ist die Grenze zwischen jenen obern Stellungen, in denen die eignen Anschauungen eine wichtige Voraussetzung der Beamtentätigkeit sind, und den untern Stellungen, wo Parteifragen keine Berechtigung haben?

Über diese Grenze kann man in der Tat sehr verschiedener Ansicht sein, und wer diese Grenze tief legt und behauptet, daß der Amerikaner durch seine ganze politische Schulung so durchaus Parteimann ist, daß wirklich harmonische Staatsämter nur dann entstehn können, wenn der Gesamtdienst von der Spitze bis hinab zu den niedrigsten Stellungen mit Anhängern der herrschenden Partei erfüllt wird, der hat somit eine Auffassung, die aus bessern Gründen widerlegt werden mag, aber er hat sicherlich keinen unsinnigen oder unehrlichen Standpunkt. Wenn sich die deutsche Bevölkerung heute tatsächlich in das bürgerliche und das sozialdemokratische Parteilager trennt, so erscheint es der bürgerlichen Mehrheitspartei durchaus nicht unnatürlich, Sozialdemokraten überall vom Regierungsdienst nach Kräften auszuschließen.

Dazu kommt ein anderes: Zunächst liegt kein Grund vor, anzunehmen, daß nicht jede Partei durchaus geeignete Kräfte für die führenden Stellungen zur Verfügung hat. Solange aber geeignete Männer sich finden und in der Stellung selbst ihren Dienst tun, liegt sicherlich kein Grund vor, von Selbstsucht und Bereicherung zu sprechen, als wenn das öffentliche Gehalt lediglich ein Geschenk wäre und es somit unwürdig sei, auf Amtsernennung in Anerkennung von Parteiverdiensten zu hoffen. Wir betonten schon früher, daß gerade hier die deutschen Anschauungen von den amerikanischen im wesentlichen abweichen und die übliche Nachsprechung der Verdammungsurteile amerikanischer Reformeiferer recht in die Irre führt. Bekanntlich hat Deutschland ja auch ein vollständig auf persönlichen Empfehlungen beruhendes System bei der Anstellung der Universitätsprofessoren, im scharfen Gegensatz etwa zu England, wo sich die Kandidaten um jede freiwerdende Professur

bewerben müssen und niemand berufen werden kann, der nicht aktiv in die Bewerbung eintritt, oder zu Frankreich, wo die Stellungen auf Grund eines Examens ausgefüllt werden.

Diese Betrachtungen sollen nun aber durchaus nicht den Eindruck erwecken, als wenn Partei gegen die Reformbestrebungen genommen wird. Sie sollen nur von vornherein darauf hinweisen, daß es sich da eben um ein verwickeltes Problem handelt, in dem es ein Für und Wider gibt. In der Tat sind nun die Gründe für eine möglichst weitgehende Ausdehnung der parteilosen Zivildienstanstellung sehr vielfache und bedeutsame. Zunächst verlangen es vor allem die Interessen des Dienstes. Die Parteianstellung bedeutet im wesentlichen Anstellung auf Grund von Empfehlungen und Wünschen der politischen Führer. Die Senatoren etwa eines bestimmten Staates schlagen dem Präsidenten vor, wer dort in die wichtigsten Postdirektorenstellungen befördert werden soll, und für die kleinern Stellungen der winzigen Posthalterei folgen sie wieder den Empfehlungen der kleinern Politiker ihres Staates.

Von einer wirklich sachmäßigen fachlichen Beurteilung der Tüchtigkeit und Vorbereitung ist da doch nur in beschränktem Maße die Rede. Gewiß hält die Öffentliche Meinung dauernd Wacht, und der Politiker weiß, daß er keine Ernennung aufzwingen darf, die von der Öffentlichen Meinung verurteilt wird oder die sich später bei der Amtsführung nicht bewährt, ohne daß er selbst an politischem Kredit verliert und seine eigne politische Zukunft erschüttert. Und gewiß ist es auch wahr, daß gerade die politischen Parteien es zu einer Virtuosität gebracht haben, das Menschenmaterial durchzusieben und die rechten Leute herauszufinden, und daß anderseits der Amerikaner mit seiner ungewöhnlichen Anpassungsfähigkeit und seinem Organisationstalent sich in jede Amtsstellung leicht hineinfindet und Tüchtiges leistet und alles Elend des Bureaukratismus dadurch vermieden wird: und dennoch muß es wahr bleiben, daß bei dieser Methode der beste Wille oft im Dunkeln tappt und ein strammes beruf-

liches Examen sehr viel sicherer zwischen den verschiedenen Kandidaten den geeignetsten herausheben würde.

Vor allem wird durch diese Methode der Ernennung auf Grund politischer Einflüsse, bei denen nun vor allem die Petitionen der lokalen Mitbürger, die Empfehlungsbriefe hervorragender Männer und die tausend Geheimdrahtziehereien eine wichtige Rolle spielen, das Gefühl der individuellen Verantwortlichkeit auf allen Seiten sehr geschwächt. Die Spitze der Exekutive muß sich auf die Lokalvertreter verlassen, die Politiker wiederum wissen, daß sie nicht selbst die Entscheidung zu treffen haben, und der Kandidat wird ohne eigne Anstrengung fast passiv in sein Amt gesetzt.

Daß nun auf diesem Wege so mancher hineindrang, der nicht würdig war; daß oft gerade die niedrigsten politischen Handlangerdienste mit den besten Stellungen belohnt wurden; daß politische Kandidaten vor der Wahl Versprechungen für Amtsempfehlungen eingehn mußten, die mit der Fähigkeit des Betreffenden nicht das geringste zu tun hatten, und daß dann solche Amtsinhaber den Dienst nicht nur vernachlässigten, sondern zuweilen verbrecherisch mißbraucht haben, zu Unterschleifen und betrügerischen Kontrakten, zu Regierungsankäufen, an denen sie selbst irgendwie Vorteil hatten, oder zur Einschmuggelung von Freunden und Verwandten in niedere Stellungen; ja, daß Politiker ihren Einfluß bei der Stellenvergebung verkauften und mit den Ämtern Schacher trieben, und anderseits jede Unehrlichkeit der von ihnen in die Ämter hinein Empfohlenen aus persönlichen und aus politischen Gründen zu vertuschen suchten; daß durch ihre Manipulationen immer wieder ganz unnütze Beamtenstellungen geschaffen wurden, um politische Freunde unterzubringen und aus dem Staatssäckel zu füttern, und daß der Kampf um diese persönlichen Ernennungen eine unsägliche Masse von Zeit und Kraft in den Legislaturen vergeudete: alles das darf niemand bestreiten, und niemand kann verkennen, daß solche Geschwüre sich immer wieder am politischen Organismus entwickeln werden, wenn das Prin-

zip der Amtsernennung auf parteipolitischer Basis grundsätzlich anerkannt wird.

Gewiß bleibt auch hier der verbrecherische Mißbrauch die Ausnahme, die ehrliche Bemühung, den besten Kandidaten zu finden und die ehrliche Arbeit im Amte durchaus die Regel; aber auch die Möglichkeit für eine Ausnahme muß jeder besonnene Freund des Landes auf das geringste Maß herabzudrücken suchen.

Zu alledem kommt auch noch die ungünstige Wirkung, die ein solches System auf das Parteileben selbst ausüben muß. Der von den Politikern ins Amt Gebrachte wird, wenn er schwach ist, den Dienst im Interesse seiner Wohltäter ausfüllen, Parteipolitik auch dort treiben, wo sie nicht hin gehört, und es sich gern gefallen lassen, daß die Partei ihn wiederum besteuert und, wie es in den schlimmsten Zeiten ganz üblich war, einen bestimmten Prozentsatz des Gehalts unmittelbar als Parteibeitrag für die Wahlkasse einziehn lassen. Absichtlich wurden die Gehälter vergrößert, damit ein erheblicher Bruchteil zur Parteikasse fließen konnte und so die Mittel gewonnen wurden, die eigne Partei bei der nächsten Wahl wieder zum Siege zu führen; so konnte wieder indirekt jeder Beamtete mithelfen, das gleiche oder ein besseres Amt sich auch für die Zukunft zu sichern. Alles dieses wiederholt sich nun in der Politik der Einzelstaaten und vielleicht am widerwärtigsten in der Stadtpolitik, wo die Besteuerung der Stadtbeamten erheblich zum Parteifonds, um nicht zu sagen zum Korruptionsfonds, der Partei beitrug. An Motiven fehlt es somit wahrlich nicht, daß die Öffentliche Meinung seit langem mit wachsender Energie eine Umgestaltung dieser ganzen Verhältnisse verlangte und neben den Vertrauensstellungen, in welche in der Tat nur Männer von bestimmter politischer Anschauung gestellt werden konnten, einen parteilosen Beamtenstand forderte für alle diejenigen Stellungen, in denen es sich lediglich um sachliche Amtsführung handelt.

Während der ersten vierzig Jahre des amerikanischen Verfassungslebens hat das Problem kaum existiert. Die Beamtenanstellungen erfolgten durchaus geschäftsmäßig. Wer im

Amte saß, blieb darin, solange er es gut ausfüllte, und der Wechsel der Partei in den obersten Stellen hatte nur geringen Einfluß auf die niedern Grade. Es galt als Tyrannei, einen tüchtigen Beamten zu entlassen, um einen Parteianhänger an die Stelle zu setzen. Die Statistik zeigt, daß in jener Zeit nicht mehr als durchschnittlich 42 Beamtenentsetzungen aus solchen politischen Gründen jährlich stattfanden. Der andre Geist ging von den Städten aus, und zwar speziell von der Stadt Newyork. Von da breitete er sich zunächst über den Staat aus, wo 1818 ein scharfes Parteiregiment in die Verwaltung des Staates Newyork durch Van Buren eingeführt wurde, und unter Präsident Jackson wuchs das Prinzip sich schließlich zur Methode der Bundesregierung aus. Etwa im Jahre 1830 machte man es zum inoffiziellen Grundsatz, daß die Beamtenstellungen der Siegespreis und die Beute der im Wahlkampf siegenden Partei seien. Man war sich bewußt, daß man die Lässigkeit der Parteiangehörigen nicht besser überkommen konnte, als daß man denen, die sich um die politischen Triumphe der Partei bemühen, einträgliche Stellungen versprach. Erst um die Mitte des Jahrhunderts begann die Reaktion, und zwar folgte man im wesentlichen dem Beispiel Englands.

Als die Macht des englischen Parlaments wuchs, verlangten die Volksvertreter ihren Anteil an der Verteilung der Beamtenstellungen, und ein geradezu vulgärer Handel mit Gehältern wurde üblich. Erst als die Auswüchse überhandnahmen, führte England noch vor der Mitte des vorigen Jahrhunderts eine Prüfung ein, um wenigstens die ungeeignetsten Kandidaten auszuschließen. Es handelte sich da zunächst nicht um einen Wettbewerb. Nach wie vor wurden die Kandidaten von den Politikern ausgewählt, aber ein Examen sicherte ein gewisses Minimum von Vorkenntnis.

In den fünfziger Jahren folgte der Kongreß in Washington diesem Beispiel. Gruppen von Unterbeamtenstellungen wurden festgesetzt, bei denen Anstellung nur nach bestandener Prüfung zulässig wurde. England schritt auf diesem Wege schnell weiter und Amerika folgte. Auf beiden Seiten des Ozeans

schritt man von der Einzelprüfung des empfohlenen Kandidaten zu einer gemeinsamen Prüfung aller Bewerber, so daß der Platz dem besten Kandidaten zufiel. Unter Präsident Grant wurde die Zivildienstkommission geschaffen, und seit dreißig Jahren ist der wohltätige Einfluß, der von diesem Zentrum ausgeht, im stetigen Wachsen. Es hat böse Rückfälle ins alte System gegeben. Die Routinepolitiker, die es nicht verschmerzen konnten, daß sie nicht mehr so freigiebig Stellungen im Austausch für politische Kampagnedienste versprechen konnten, haben wiederholt erfolgreich die Entwicklung gehemmt. 1875 lehnte der Kongreß alle Geldbewilligungen für die Arbeiten der Kommission ab; Wettbewerbsprüfungen mußten zunächst aufgegeben werden, und Einzelprüfungen für die politisch empfohlenen Kandidaten wurden wieder eingeführt.

Aber wenn irgendwo, so war hier die Öffentliche Meinung stärker als der Parteigeist. Schon unter Präsident Hayes, dann unter Garfield und Arthur gewann das System neue Kraft, und während die verwerfliche Besteuerung der Beamten für Parteizwecke endgültig unterdrückt wurde, erweiterte sich gleichzeitig stetig der Kreis derjenigen Stellungen, die nur auf Grund von öffentlichen Prüfungen vergeben wurden. Daß daneben ein engerer Kreis politisch gefärbter Stellungen bestehn bleibt, bei denen die Anschauungen und Parteiansichten des Kandidaten von Bedeutung sind und somit ein Wechsel bei neuem Parteisieg unvermeidlich ist, das steht damit nicht in Widerspruch. Es bilden sich somit zwei große Abteilungen des Beamtentums, die politischen Beamten, die der Präsident ernennt in Gemeinschaft mit dem Senat, und die sogenannten „klassifizierten", die auf Grund öffentlicher Prüfung angestellt werden. Die Öffentliche Meinung und die ehrlichen Anhänger der Zivildienstreform, an deren Spitze Präsident Roosevelt selbst steht, wirken unablässig für die Erweiterung der klassifizierten Abteilung und dementsprechend für die Verengerung des politischen Kreises.

Die offnen Feinde der Bewegung, deren es in beiden Partei-

lagern so manche gibt, bemühn sich in der entgegengesetzten Richtung und werden dabei nur zu oft von den lauen, halbehrlichen Freunden der Reform unterstützt, die zwar theoretisch die Vorzüge anerkennen, praktisch aber von der verurteilten Methode den größtmöglichen Nutzen ziehen möchten. Kein Zweifel, daß auch in den letzten zehn Jahren wieder mancher Rückschritt eintrat, und unter den verschiedensten Vorwänden manche wichtige Stellung wieder dem klassifizierten Dienst entzogen und dem Senatoreneinfluß wieder zugänglich gemacht wurde.

Insgesamt stellen sich die Verhältnisse so dar, daß der Bund 114 000 „nicht klassifizierte" Stellungen mit $ 45 000 000 Gehalt und 121 000 „klassifizierte" Stellungen mit $ 85 000 000 besetzt. Unter den 114 000, die keinem Wettbewerb unterliegen, sind über 77 000 Postmeisterstellungen; dann Konsular- und diplomatische Stellungen, die hohen Beamten, und anderseits eine große Zahl niederer Arbeiter. Im klassifizierten Dienst finden sich zunächst etwa 17 000 Stellungen in den Ministerien in Washington selbst, 5000 davon im Schatzamt. Im ganzen haben die der Kommission unterstehenden Behörden etwa 400 verschiedene Typen von Examina abzuhalten. Im letzten Jahre wurden 47 075 Personen zum Eintritt in den klassifizierten Dienst geprüft, und zwar 21 000 für den Regierungsdienst, 3000 für den Zollhausdienst und 21 000 für den Postdienst. Dazu kamen noch etwa 1000 Examina für Beförderung und Versetzung von einem Dienstgebiete in ein andres. 439 wurden für den Dienst in den Philippinen geprüft. Von allen diesen bestanden 33 739. Von denen, welche im Examen erfolgreich waren, fanden 11 764 endgültige Anstellung, und solche Anstellung bedeutet ein Amt für Lebenszeit, unabhängig von jedem Wechsel der herrschenden Partei. Daß gerade in der Sicherheit der Anstellung für Lebenszeit der stärkste Ansporn für ehrliche Hingebung an den Dienst und gewissenhafte, fleißige Arbeit liegt, ist selbstverständlich.

Der letzte große Skandal, der die Bundesregierungskreise aufs tiefste aufgewühlt hat, zeigte den Unterschied

wieder aufs deutlichste. Das Postministerium hatte eine Reihe von Kontrakten abgeschlossen für Lieferung von Utensilien, bei denen gewisse Beamte oder wenigstens ihre Familienangehörigen materielle Vorteile hatten. Alles war aufs geschickteste verschleiert, und es bedurfte monatelanger Untersuchung, um die Korruption zu entdecken. Aber als alles enthüllt war, stellte sich das klar heraus, daß die ernsthaft verwickelten Beamten dem nichtklassifizierten Dienst zugehörten, während der klassifizierte Dienst im Postamt das Bild gewissenhaftesten, ehrlichen Beamtentums darbot. So sicher es ist, daß solcher verbrecherische Mißbrauch auch im Kreise der Vertrauensstellungen nur eine seltene Ausnahme ist, so unzweifelhaft bleibt es doch, daß die Versuchung da außerordentlich viel größer ist. Wer ein Amt erhält, nicht weil er die Vorkenntnis für das Amt nachgewiesen, sondern weil er allgemeine politische Dienste erwiesen hat, während er gleichzeitig weiß, daß bei dem nächsten Wechsel der Partei die Amtsherrlichkeit vorüber ist, der wird im Amt gar zu leicht zunächst lieber für die Partei als für das Land, und schließlich gar noch lieber für seine eigne Tasche als für seine Partei arbeiten.

Soll die Zivildienstreform aber fortschreiten oder wenigstens keine Rückschritte machen, so muß die Öffentliche Meinung zu einem fortwährenden Kampf gegen die Parteipolitiker gerüstet bleiben. Es hieße das Land beleidigen, wenn man, wie es zu oft geschieht, den Schein erwecken wollte, als stände auf der Seite der Gegner die bewußte Korruption. Die Schwierigkeit des Problems liegt eben gerade darin, daß auf beiden Seiten die ehrlichsten Motive vorwalten können, und man darf das anerkennen, auch wenn man überzeugt ist, daß auf der Seite der Reformer die wichtigern Gründe herrschen. Daß die Besetzung der Stellungen durch Parteianhänger als Belohnung für Parteidienste eine außerordentliche Fülle von politischer Kraft in den Parteidienst führt, ist unzweifelhaft, und ebenso unzweifelhaft, daß Amerika das Parteisystem nötig hat und das Parteileben eine ungeheure Masse von Arbeit voraussetzt. Für die amerikanischen Partei-

politiker sind die unklassifizierten Stellungen in gewissem Sinne das, was für die europäischen Monarchen Orden und Titel sind, und der eingefleischte Parteiführer würde gar zu gern den ganzen „Humbug" der Zivildienstreform über Bord werfen, da ihm mehr daran liegt, seiner Partei zum Sieg zu verhelfen und seine Parteiprinzipien dadurch dem gesamten Regierungsdienste einzustempeln, als daran, daß dieser Regierungsdienst selbst so sachlich, gründlich, uneigennützig und musterhaft wie möglich geführt wird. Ja, der rechte Parteipolitiker hat sich geradezu daran gewöhnt, häufigen Wechsel im Amt als den idealen Zustand zu betrachten. So wie kein Präsident mehr als zweimal gewählt werden darf, so erscheint es ihm ungesund und unamerikanisch, einen Beamten gar zu lange in irgend einer Stellung zu lassen.

Die ganze Bedeutung des Problems tritt aber erst dann hervor, wenn man sich bewußt bleibt, daß alles dies sich nun in den Einzelstaaten und in der städtischen Sphäre wiederholt. Auch die Staaten und Städte haben ihren klassifizierten Dienst, bei dem die Anstellungen von der Parteirichtung des Gouverneurs im Staat oder des Bürgermeisters in der Stadt ganz unabhängig sind und daneben die Vertrauensstellungen, für die der Gouverneur mit der Staatslegislatur oder der Bürgermeister mit den Stadtverordneten verantwortlich ist. Besonders der Stadtdienst hat in den letzten Jahren im wachsenden Maße die Aufmerksamkeit der Öffentlichen Meinung auf die ungeheure Ausdehnung der möglichen Mißbräuche hingelenkt.

Unsaubere Kontrakte, Auslieferung von wichtigen Monopolen an Straßenbahngesellschaften, Gas- und Beleuchtungs-, Telephon- und Schiffs-Kompagnien, Ankauf von Territorien und Lieferung für öffentliche Bauten, Anlagen neuer Straßen — alles findet durch das ungeheuer schnelle Wachstum der amerikanischen Großstädte so reiche Gelegenheit und läßt sich so leicht vor dem Staatsanwalt verstecken, daß gerade hier der Zudrang gewissenloser Elemente erschreckend groß war. Und je mehr gerade die Stadtpolitik Parteidienste verlangt, die einem Menschen mit anständigem

Gehrock und Zylinder wenig erquicklich und wenig interessant sind, desto mehr drängten sich die andern in die Politik und gewannen die Macht über das großstädtische Stimmvieh, nicht um Prinzipien zu vertreten, sondern um von der siegenden Partei Stellungen zu gewinnen, deren Gehalt etwas wert ist und deren unlautere Ausnutzung vielleicht noch sehr viel mehr „wert" sein kann. Auch da ist durchaus noch nicht gesagt, daß der Dienst notwendig schlecht sein muß, und auch da wird das Sündenregister zweifellos von der skandallüsternen Presse der Gegenpartei arg übertrieben, und auch da sind die Mehrzahl sicherlich anständige Leute, die mit der kleinen sozialen Ehre und dem mäßigen Gehalt zufrieden sind; aber daß viel Unsauberes eingeschlüpft und der Dienst sachlich besser wäre, wenn er schärfer von der Parteimaschine losgelöst werden könnte, daran zweifelt die Öffentliche Meinung nicht.

Jede Partei ist natürlich überzeugt, daß die Hauptschuld auf der andern Seite liegt. Rein logisch kann man die eine Partei nicht mehr als die andre mit der Möglichkeit der Korruption verknüpfen. Die republikanische Partei stachelt ja in einem Sinne unzweifelhaft mehr als die demokratische die allgemeine Begehrlichkeit an und wird dadurch, wie die Gegner sie gerne nennen, „die Mutter der Korruption". Es gehört zum republikanischen Glaubensbekenntnis, und gerade darin bekundet sich ihr zentralistischer Geist, daß der Staat nicht alles dem freien Kampf überlassen soll, sondern seinerseits helfend beistehn müsse. Der Republikaner ist daher schutzzöllnerisch. Der Republikaner findet es daher ganz recht, daß eine Industrie, ein Gewerbe, ein Handel, dem es schlecht geht oder der sich einredet, daß es ihm schlecht geht, oder der aus irgend einem Grunde mehr haben möchte, sich an den Staat wendet, um auf Kosten der andern geschützt zu werden und Vorteile zu gewinnen. Damit ist aber das Prinzip der vollkommnen Gleichheit aufgegeben und der Geist der Bevorzugung, der Vorrechte Weniger vor den Vielen, die Ausnützung öffentlicher Mittel zum Besten der Begehrlichen, im Grunde anerkannt; und wenn dieser Geist weiter dringt

und das Parteileben überwuchert, so ist es kein weiter Weg bis zu einem Zustand, in dem jeder die öffentlichen Mittel zu seiner eignen Bereicherung verwendet sehn will, und die wirtschaftlich Stärksten sich mit allen Mitteln der Partei Monopole sichern und Legislaturen zu ihrem Vorteil beeinflussen.

Die Demokraten auf der andern Seite wollen gleiches Recht für alle, freies Spiel der wirtschaftlichen Kräfte, zentrifugale partikularistische Tendenzen. Wenn der Staat aber nicht regulierend eingreift, so werden gerade die unsittlichen Kräfte ihre Freiheit mißbrauchen. Die unsaubern Elemente werden die Freiheit stärker ausnutzen als die, welche sich selbst beherrschen, und der Geist der Zügellosigkeit, der Unsittlichkeit wird immer lauter werden, und die demokratische Partei wird genötigt sein, diesem Geist Konzessionen zu machen, wenn sie ihre Herrschaft über die Masse gesichert sehn will. Wer aber der individualistischen Unsittlichkeit erst Zugeständnisse macht, wird notwendig angesteckt. So kommt es, daß in der republikanischen Partei eine Tendenz liegt, die Bestechlichkeit von oben einzuführen, und in der demokratischen Partei, die Korruption von unten aus zu betreiben.

Herrscht etwa in einer Großstadt die republikanische Partei, so sind die Feinde der öffentlichen Ordnung die großen Aktiengesellschaften mit ihren ungeheuren Mitteln und ihrem verwässerten Gewissen; herrscht die demokratische Partei, so sind die Feinde die Kneipenwirte, die Zuhälter, die Spieler. Und dementsprechend unterliegt im ersten Falle vielleicht die Ehrlichkeit eines Stadtrats, der die Millionenkontrakte mit der großen Aktiengesellschaft abschließt, und im andern Falle die Gewissenhaftigkeit des Polizisten an der Straßenecke, der ein Trinkgeld einsteckt, wenn der Schankwirt die Polizeistunde überschreiten möchte; und da die Anlässe zu den Trinkgeldern zehntausendmal häufiger kommen als die zu großen Monopol-Verschleuderungen, so ist die Gesamtsumme der unehrlichen Gewinne und der Gesamtschaden für die öffentliche Sittlichkeit auf beiden Seiten ziemlich gleichmäßig

stark. Man muß nur immer wieder hinzufügen, daß es sich bei alledem doch schließlich nur um Ausnahmen handelt, die zum Glück in den meisten Fällen hinter Schloß und Riegel im Zuchthaus erledigt werden.

Vor allem aber muß betont werden, daß allen diesen Auswüchsen des Parteilebens und des Parteieinflusses auf den Beamtendienst die Öffentliche Meinung unnachsichtlich gegenübersteht, und daß diese Öffentliche Meinung mit vollkommener Sicherheit Jahr für Jahr sieghaft vorwärts dringt und die öffentliche Atmosphäre reinigt. Solche Verhältnisse verschieben sich ja schnell. Als Franklin nach England kam, war er erschrocken, zu sehn, welche entsetzliche Korruption das englische Beamtenleben beherrschte; zu seiner Zeit war derlei in Amerika unbekannt. England hat längst schon dieses Unwesen abgestreift und Amerika, das erst ein halbes Jahrhundert später in diesen Sumpf des Parteibeamtentums hineingeriet, wird sehr bald auch mit diesen Schäden fertig werden, wie es mit andern endgültig fertig geworden ist. Jedes einzige Jahr bringt da Fortschritt, und man darf sich dabei nur nicht durch mißverstandene Scheinzeichen täuschen lassen.

Auf der Oberfläche gesehn würde ja etwa die letzte Mayorswahl in Newyork, die das weiteste Aufsehn erregte, ein Anzeichen in der entgegengesetzten Richtung sein. Newyork hatte vor zwei Jahren das Schandregiment von Tammany Hall unter Van Wyck mit seinem brutalen, erpresserischen Polizeichef Devery durch das parteilose Massenvotum der „anständigen Leute" aufs Haupt geschlagen, hatte mit schöner Majorität Seth Low, den Präsidenten der Columbia-Universität, zum Bürgermeister erwählt und damit das Prinzip durchgeführt, daß die beste städtische Verwaltung sich von den politischen Parteien loslösen sollte und eine rein sachliche Verwaltung in das Stadtleben einführen muß. In glänzender Weise hatte Seth Low, von hervorragenden Reformern beider Parteien unterstützt, die gesamte Stadtverwaltung auf ein höheres Niveau gehoben. Das Schulwesen, die Hygiene, der Straßenbau, die Polizei, alles wurde aufs vortrefflichste von unsaubern

Elementen befreit und parteilos nach lautersten Verwaltungsgrundsätzen reformiert.

Und nun kam der Tag der neuen Wahl. Wieder hatten die Unabhängigen, zu denen die besten Männer beider Parteien gehörten, die geistigen Führer der Stadt, die sozial stärksten Kräfte, sich zusammengetan, um die Dreimillionenstadt den politischen Parteikämpfen zu entziehn und ihr die parteilose sachliche Verwaltung durch die Zusammenarbeit aller zu sichern; von neuem hatten sie Seth Low als Kandidaten aufgestellt. Ihm gegenüber stand McClellan, der Kandidat von Tammany Hall, der Kandidat der Partei, die laut erklärt, daß die Beute dem Sieger gehört, und daß die Tausende städtischer Stellungen der Siegespreis der Parteianhänger sein müssen; der Kandidat der Partei, die schamlos es duldete, daß sich an die Hoffnung ihres Sieges alle Hoffnungen des Proletariats, der Prostitution und des Vagabundentums knüpften; der Kandidat der Partei, die es mit lauter Stimme versprach, daß die roten Laternen überall wieder angezündet würden und daß die verhaßten Schankgesetze nicht durchgeführt werden würden, kurz, daß die Stadt „weit offen" stehen würde. Und als der Tag der Wahl dann kam, da stimmten 251 000 für Mayor Low, aber 313 000 für Colonel McClellan.

Aber ist damit wirklich gesagt, daß die Majorität von Newyork aus Spielern und Hehlern, Erpressern und Verkommenen besteht? Wer die republikanische Kampagneliteratur vor der Wahl las, mag solchen Irrwahn in sich gezüchtet haben, und wer an jeder Straßenecke, an jedem Zaun und auf den Riesenfahnen den Kampfruf las „Stimme für Low und halte die ‚Grafters' fern," der mag ja glauben, daß 300 000 Geldgrabscher sich verbündet haben, das ehrliche Regiment zu stürzen und Korruption triumphieren zu lassen. Wer aber die Situation etwas näher besah, der täuschte sich darüber nicht, daß davon keine Rede war. Seth Low hatte eine reine Verwaltung gegeben, aber nicht eine fehlerfreie, und seine Fehler hatten manchen so arg verstimmt, daß er selbst lieber eine Unreinheit in der Atmosphäre vertragen

wollte, als die Unbilden und Ärgernisse, die von seiner Seite drohten.

Typisch war die Beschränkung des deutschen Unterrichts in der Volksschule. Sie war von pädagogischem Standpunkt nicht ganz falsch, und führende Schulmänner, auch Deutschfreunde, hatten dazu geraten; aber jedenfalls hat sie die großen Massen deutscher Abstammung aufs ärgste verstimmt, und die gesamten Diskussionen im Schulrat hatten das Deutschtum genug geärgert, um es in seiner Begeisterung für die Reformpartei abzukühlen. Und dazu kam die Energie, mit der die neue Verwaltung die den deutschen Massen Newyorks verhaßte Sonntagsgesetzgebung durchführte. Auch da war der Mayor zweifellos im Recht. Er handelte dem Gesetze gemäß, aber als er zwei Jahre zuvor die deutschen Wähler für sich gewinnen wollte, hatte er doch so manche Versprechung einfließen lassen, die dann später nicht gehalten wurde. Jetzt kam die Zeit, da der deutsche Wähler Vergeltung üben und dem Mayor eine Lektion erteilen konnte.

Was so für die Deutschen galt, galt in ähnlicher Weise für andre Kreise. So hatte der Mayor, der auf den Schultern seiner parteilosen Vereinigung ins Rathaus getragen wurde, doch viel zu deutlich während seiner Verwaltung seiner persönlichen Sympathie mit der republikanischen Partei praktischen Ausdruck gegeben. So mancher Demokrat, der bereit war, für den parteilosen Kandidaten zu stimmen, wenn er wirklich parteilos ist, wollte nicht mehr mitspielen, wenn heimlich doch die republikanische Partei begünstigt wird. Vor allem aber war Seth Low der soziale Aristokrat, der mit den Massen keine rechte Fühlung hatte, und so oft er auch in großen Wählerversammlungen sprach, er elektrisierte sie nicht. Man fühlte zu deutlich, daß er sich zu ihnen herabließ, daß er aus einer andern Welt zu ihnen sprach.

Demgegenüber standen nun die Tammany-Leute, denen man das eine wenigstens unbedingt nachsagen muß: sie kennen die Masse und verstehn ihre Bedürfnisse; aus ihr sind sie heraufgewachsen, und im Gegensatz zu manchem republikanischen Streber, der nach europäischem Schema, nach oben servil

und nach unten brutal ist, sind diese Tammany-Leute nach oben vielleicht brutal, das heißt, sie verletzen die Nerven der feiner Gebildeten, aber sie sind servil nach unten, sie fügen sich den Wünschen der Masse. Vor allem sind sie dieser Masse wirklich gut Freund; sie sind ihr aufrichtig treu und verstehn ihr zu helfen. Und dazu kommt, daß gerade diese breite Masse auch unter der besten Verwaltung viel mehr zu leiden hat, als unter der unehrlichen Verwaltung, die jeden treiben läßt, was er will. Die Masse merkt nichts davon, daß die stramme hygienische Regierung den Prozentsatz der Todesfälle herabdrückt, die Unglücksfälle vermindert, die Schulen verbessert; sie merkt aber sehr deutlich, wenn sie genötigt ist, für alle die Verbesserungen neue Steuern zu zahlen oder neue Treppen im Hause anzulegen, neue Kanalisationsröhren zu bestreiten, neue Feuerausgänge zu schaffen, baufällige Häuser zu verlassen, nicht ohne Erlaubnisschein zu hausieren, keine Abfälle auf die Straße zu werfen. Kurz, sie merkt, daß ihr im kleinen durch neue Kosten und Verbote geschadet wird, und kümmert sich nicht darum, daß ihr im großen unendlich viel mehr Segen gebracht wird. Und wenn dann der Tag der Abrechnung kommt, wenn eine Wahlkampagne durchgeführt wird, in der die vornehmen Reformer akademische Reden über die Vorzüge sachlicher Verwaltung halten, während die Volksmänner die Massen zur Begeisterung treiben, indem sie ihnen versprechen, daß alle diese Belästigungen wegfallen sollen, dann ist es kein Wunder, daß in dem Rathaus für die nächsten zwei Jahre für Seth Low kein Platz mehr ist und McClellan, der übrigens selbst ein feingebildeter, eleganter Politiker ist, die Führung der Stadt übernimmt.

Ein Triumph des Lasters und der Unehrlichkeit ist damit in keiner Weise bezeichnet. In zwei Jahren werden voraussichtlich wieder die Reformer siegen, weil eben jede Verwaltung ihre Fehler macht und damit Feindschaft erweckt. Daß aber die Öffentliche Meinung trotzdem mit ihrem Reformeifer auch selbst in dieser Niederlage der offiziellen Reformfreunde triumphiert hat, darüber kann kein Zweifel

herrschen. Ein Mann wie der frühere Polizeikapitän Devery würde in Zukunft unmöglich sein. Die Öffentliche Meinung sorgt dafür, daß auch, wenn die zwei Parteien einander gegenüberstehn, trotzdem der Kampf auf immer höherm Niveau ausgefochten wird, und Tammany von heute, verglichen mit dem Tammany vergangner Jahre, ist der beste Zeuge für den Sieg der Zivildienstreform.

Zehntes Kapitel.

Probleme der äufsern Politik.

Das Verhalten des Amerikaners in der auswärtigen Politik läßt sich etwas schwer auf einen einheitlichen seelischen Zug zurückführen. Auch wer eine einfache Formel sucht, müßte in ihr eine gewisse Gegensätzlichkeit der Stimmung anerkennen, eine Gegensätzlichkeit, die uns im amerikanischen Volkscharakter auf den verschiedensten Stellen begegnet und wohl im Grunde darauf zurückgeht, daß es sich um ein Volk handelt, welches eine vollkommen neue Kultur geschaffen und doch die gesamte alte Kultur zur Voraussetzung nahm.

Wenn wir vom geistigen Leben sprechen werden, wird sich immer wieder uns die seltsame Mischung darbieten, daß das Volk frisch und doch reif ist; frischer, jugendlicher, unmittelbarer als andre reife Nationen, und reifer, abgeschlossener als andre frische Nationen. Und so muß auch hier gesagt werden: in ungewöhnlichem Maße verbindet sich im außenpolitischen Temperament des Amerikaners der Gegensatz von Friedensliebe und Kampfeslust. Die Friedensliebe der amerikanischen Nation ist tiefer und innerlicher und ehrlicher als vielleicht die irgend eines andern Volkes, und damit verbindet sich ein jugendliches Kraftbewußtsein, eine Kampfeslust, ja eine Angriffslaune, wie sie herausfordernder und energischer

kaum bei einem andern Volk gefunden wird. Daß da scheinbar ein Widerspruch vorliegt, soll nicht bestritten werden; aber dieser Widerspruch ist nun einmal die historisch bedingte Signatur des nationalen Temperaments der Amerikaner. Und der Widerspruch darf nicht etwa dadurch beseitigt werden, daß man annimmt, jene zwei Stimmungen seien auf verschiedene Gruppen verteilt, daß etwa die eine der beiden Parteien kriegerisch, die andre friedliebend sei, oder daß die Angriffslust in der leicht entzündbaren Masse, die Friedensfreude bei den besonnenen Führern des Volkes zu suchen sei, oder daß vielleicht umgekehrt die Masse gern ihrer friedlichen Arbeit nachgehn würde, ehrgeizige Führer aber zum Angriff spornen.

Von alledem ist nicht die Rede. Wenn etwa die eine Partei heute imperialistischer ist als die andre, so hat das im wesentlichen parteitaktische Gründe; die Politik, die von der einen Partei erfolgreich durchgeführt wird, muß sich im Wahlkampf zum Angriffsobjekt der Gegenpartei ausbilden. Auch von einem Gegensatz zwischen den Massen und den Spitzen kann keine Rede sein. Gewiß sind auch in diesen Fragen die Anschauungen persönlich verschieden. In einigen ist die kriegerische Stimmung lebhafter als in andern, und die Ausdehnungslust in ihrer neuesten Form findet sicherlich scharfe Gegner in allen Parteien und in allen Berufen; aber das Eigenartige bleibt doch, daß gerade diejenigen Gruppen, die am energischsten die Kampfeslust markieren, zugleich auch am ernsthaftesten um die Förderung des Friedens bemüht sind. Präsident Roosevelt ist das prägnanteste Beispiel für die tiefinnerliche Verschmelzung dieser beiden gegensätzlichen Stimmungen in einer Menschenbrust.

In der Tat hat jede Friedensbewegung, jedes internationale Bemühn, die Schrecken des Krieges aus der Welt zu schaffen, in der Neuen Welt stets die eifrigsten, ja begeistertsten Anhänger gefunden, und kam es doch irgendwo in der Welt zu einem Kampf zwischen zwei Nationen, so waren die Sympathien der Amerikaner stets auf der Seite des Schwächern. Gleichviel, wie die Rechtsfrage des Streites

lag, der bloße Umstand, daß man zu den Waffen griff, setzt in den Augen der Amerikaner die stärkere Macht stets ins Unrecht.

In friedlicher Arbeit war die Nation erstarkt, ihre stärkste Kraft lag im friedlichen Handel und Gewerbe, ihre beste Bevölkerung hatte zum Teil den Ozean gekreuzt, um dem Militarismus des kriegerischen Europa zu entfliehn, und die von der Tradition geheiligte Politik der Gründer der Republik war vor allem die gewesen, von Händeln mit dem streitsüchtigen Europa fernzubleiben. In der kurzen Zeit ihres Bestehens haben die Vereinigten Staaten neunundvierzigmal internationale Streitigkeiten durch friedliches Schiedsgericht erledigt, und nicht selten kamen dabei außerordentlich wichtige Streitpunkte zur Entscheidung. Mehr als die Hälfte aller internationalen Schiedsgerichte der neuern Zeit waren solche, bei denen Amerika Partei war. Amerika wurde denn auch zum treibenden Faktor in dem Haager Schiedsgericht. Als die Verhandlungen dort am Widerstand verschiedener europäischer Nationen zu scheitern drohten, sandte die amerikanische Regierung ihre Boten in das Zentrum des Widerstandes und erwirkte Gefolgschaft für ihre Friedensliebe.

Es scheint fast selbstverständlich, daß es das Millionengeschenk eines Amerikaners ist, das dort im Haag den Palast für das internationale Schiedsgericht aufbaut. Mögen die europäischen Nationen unter der Bürde ihrer stehenden Riesenheere seufzen und von ihren Kriegen um religiöse Fragen oder um Dynastie-Interessen weiter zerfleischt werden, Amerika, das glückliche, kennt von alledem nichts: sein Stolz ist die Freiheit des Bürgers, seine Kämpfe werden mit dem Stimmzettel ausgefochten. Dynastien und religiöse Kämpfe sind in der Neuen Welt unbekannt; die einzigen Nachbarn sind die Ozeane im Osten und im Westen und gute Freunde im Norden und im Süden. Unendliche Kulturarbeit bleibt noch zu tun, und so wirkt alles zusammen, um unter dem Schutz der amerikanischen Verfassung der Gesinnung des Friedens in der Neuen Welt eine einzige herrliche Stätte zu bereiten. Amerika ist die Friedensmacht der Welt, und nur

von dem Wachstum dieser von Gott zum Beispiel ausersehenen Nation wird es abhängen, ob der Friedensgedanke endlich auch in der übrigen Welt über die unsittliche Entscheidung von Streitigkeiten durch bloße äußere Machtmittel dereinst siegen wird.

Alles dieses ist nicht etwa ein Programm einer Partei oder einer Gruppe, sondern das Glaubensbekenntnis jedes einzigen Amerikaners. Darin ist für den Amerikaner nicht das geringste Problem enthalten, denn es gibt keinen, der das bestreitet. Alles das hat so völlig das amerikanische Volksbewußtsein durchdrungen, daß es der ganzen Nation ein Gefühl der moralischen Erhabenheit verleiht. Das ist nicht etwa nur das Pathos moralischer Festreden, sondern es ist die Überzeugung, in der jeder Schuljunge aufwächst, in der jeder Bauer am Pflug, jeder Arbeiter an der Maschine, jeder Kaufmann am Pult, jeder Präsident am Regierungstisch seine Pflicht tut. Und diese Überzeugung ist so ehrlich, daß sie jederzeit ansteckend gewirkt hat, und auch ganz Europa sich fast daran gewöhnt hatte, die Republik jenseits des großen Wassers als die treueste Hüterin der Friedensidee zu betrachten. Sie war es in der Tat, sie ist es noch heute, und sie wird es bleiben; und das Rätselhafte ist nur, daß sie es war und ist und bleiben wird, obgleich sie immer wieder Kriege geführt hat, aus Kriegen entstanden, durch Kriege ihre größten Probleme erledigt hat, durch Kriege gewachsen ist, mit Kriegen fortwährend gedroht hat, mit Kriegserklärungen beinahe gespielt hat, in Kriegen heute steht und aus Kriegen voraussichtlich niemals herauskommen wird.

Der spanische Krieg hat freilich auch den deutschen Zuschauern die andre Seite der Medaille deutlich gezeigt, und nicht wenige haben es sofort mißverstanden, als wenn die berühmte Friedensliebe von jeher nur Heuchelei gewesen wäre, oder als wenn wenigstens unter Mac Kinleys Regierung ein ganz neuer Geist plötzlich die neue Welt ergriffen hätte. Und doch hatte Mac Kinleys Vorgänger, Cleveland, als England und Venezuela in Grenzstreitigkeiten gerieten, so laut mit dem Säbel gerasselt, daß es durchaus nicht Amerikas

Friedensliebe, sondern viel eher Englands Voraussicht der kommenden Transvaalsorgen zu danken war, wenn durch die Botschaft des Präsidenten und die Angriffslust der Nation kein neuer Krieg entbrannte. Und längst ist nach Mac Kinley ein andrer ins Weiße Haus eingezogen, und doch ist der Krieg noch immer nicht beendigt, denn, gleichviel wie man den offiziellen Titel für die Kämpfe in den Philippinen wählen will: gewiß ist ein Krieg dort niemals erklärt worden, und dennoch ist es Krieg.

Da aber stehn wir nun wirklich inmitten eines politischen Problems. Daß Amerika dem Frieden dienen soll, sagten wir, ist kein Problem; jedermann stimmt da zu. Und daß Amerika der spanischen Mißwirtschaft auf Kuba ein Ende machen sollte, war wenigstens für die überwältigende Mehrheit des Volkes enthusiastische Überzeugung. Für die Kämpfe in den Philippinen gilt das alles aber nicht und gilt heute weniger als vor kurzem. Die Enthusiasten sind zusammengeschmolzen, die große Masse ist gleichgültig geworden, die Politiker aber sind im Kampfe, und da es sich um Motive handelt, die voraussichtlich nicht wieder zum Schweigen gebracht werden können und die jeden Augenblick wieder die ganze Nation so lebhaft erregen mögen, daß sie zum Mittelpunkt der gesamten politischen Kämpfe werden könnten, so lohnt es wohl, etwas voller in diese Gegensätze hineinzuleuchten.

Die Imperialisten sagen, was dort im Stillen Ozean in den Philippinen geschehn ist, entspricht genau der geschichtlichen Tradition des Landes. Expansion war von jeher der Grundtrieb der Vereinigten Staaten; die ganze Entwicklung zeigt, daß von dem Tage an, da der Bund sich gebildet hat, die Nation stetig ihr Gebiet erweiterte. Der ungeheuren Expansion, die sich durch den Ankauf des Louisiana-Gebiets vollzog, folgte bald die Angliederung von Florida und später die des Riesengebiets von Texas. Im Kriege mit Mexiko gewann man die weiten Lande von der Texasgrenze bis Kalifornien. Alaska wurde eingeheimst. Aus dem schmalen Landstrich der ursprünglichen dreizehn Staaten

war das Riesenreich in einem Jahrhundert entstanden. Bleibt die Nation somit nicht ihrer eignen Tradition treu, wenn sie den Ozean überbrückt und die Flagge der Sterne und Streifen hinüber nach Asien trägt?

Die Antiimperialisten erwidern: Im Gegenteil, die Nation verleugnet ihre ehrliche Geschichte und tritt mit Füßen alles, was durch ein Jahrhundert der Ehre ihr heilig war, denn wenn es irgend ein Grundprinzip gab, das die Vereinigten Staaten durch alle Wirrnisse leitete, so war es der treue Glaube an das Recht der Selbstbestimmung der Völker. Niemals haben die Vereinigten Staaten einen Fußbreit Landes eingetauscht oder erobert, ohne den nationalen Willen der Landesbewohner zu achten. Da, wo nur zerstreute Ansiedlungen vereinzelter Kolonisten zu finden waren, da gab es natürlich keinen nationalen Willen, da gab es kein Volk, und nationale Selbstbestimmung konnte da nicht in Frage kommen. Weder das Louisiana-Gebiet noch Kalifornien noch Alaska waren von einer Nation bewohnt, und Texas hatte sich mit freiem Entschluß von Mexiko losgerissen. Die Philippinen aber sind von einem Volk von zehn Millionen Einwohnern erfüllt, einem Volk mit ausgesprochen nationalem Charakter, mit eignem Willen, und zum ersten Male in der Weltgeschichte mißbrauchen die Vereinigten Staaten ihre Kräfte, um den Willen einer Nation zu zerschmettern und den eignen Willen dem zu Boden geworfenen Volke aufzuzwingen.

Die Imperialisten wehren sich: Nichts liegt uns ferner, als das Recht der Selbstbestimmung anzutasten, das Recht, aus dem alles Große in der Geschichte unsrer Nation erwachsen ist; aber es ist eine niedrige, unwürdige Auffassung des Selbstbestimmungsrechts, es wie ein äußerliches Zufallsgeschenk anzusehn, das auch der Unmündige und der Unfähige fertig vorfindet, um es beliebig zu mißbrauchen. Das Selbstbestimmungsrecht will verdient sein; es ist der vornehmste Besitz der Kulturnation, die es durch Arbeit und Selbstzucht errungen hat. Die Amerikaner leiten ihr Selbstbestimmungsrecht aus der Kultur von dreißig Generationen her; die

Filipinos müssen zu dieser Höhe erst erzogen werden. Die Antiimperialisten erwidern: Ist das Erziehung, daß ihr die Völkerstämme die ihre Freiheit wollen, wie Rebellen niederknallt? Ist das die Hilfe, die ihr bringt, daß ihr mit Soldaten Souveränität erzwingt?

Und wieder sagen die Imperialisten: Wir haben an Kubas Beispiel genügend gezeigt, wie ernst es mit unsern sittlichen Verpflichtungen gegen die schwächern Völker ist. Als wir durch Kriegsgewalt Spaniens amerikanische Macht vernichtet hatten und Kuba fest in unsrer Hand hielten, da war ganz Europa überzeugt, daß wir es niemals wieder freigeben würden und daß der Krieg mit einer gewöhnlichen Annexion der reichen Insel enden würde, kurz, daß wir Politik nach europäischer Schablone führen würden. Wir aber zeigten der Welt, daß Amerika nicht um des Gewinns willen seine Söhne ins Schlachtfeld führt, sondern nur um sittlicher Ideen willen. So wie wir von den besiegten Spaniern keinerlei Kriegsentschädigung forderten, so haben wir auch für Kuba nur selbstlos Opfer gebracht. Mit unermüdlichem Eifer haben wir das Gesundheitswesen und das Schulwesen des Landes gehoben, den Handel belebt, die in spanischer Mißwirtschaft verwüstete Insel zu neuem Leben erweckt, und als das Werk vollendet war, da gaben wir ihr die Freiheit wieder und ihr Selbstbestimmungsrecht. Gerade solche sittlichen Pflichten binden uns an die Philippinen. Wir haben sie nicht gesucht. Als der Krieg begann, hat kein Amerikaner vorausgesehn, daß das tropische Inselreich 10 000 Meilen von uns entfernt in unsre Hände fallen würde; aber nachdem einmal die Entwicklung des Krieges es dahin gebracht, sollten wir uns der Pflicht entziehn? Sollten wir die aufständische Philippinenbevölkerung noch einmal der spanischen Mißwirtschaft und Grausamkeit überlassen, oder sollten wir zwar die Spanier herausdrängen, aber die wilden Stämme der Inseln ihrer eignen Anarchie überlassen und damit Kämpfe heraufbeschwören, unter denen alle Ansätze zur Kultur wieder vernichtet würden? War es nicht unsre Pflicht, die, welche zu uns hielten, gegen die Rache ihrer Feinde zu schützen und

vor allem erst einmal Ordnung und Ruhe herzustellen? Die andern aber erwiderten: „Die Ruhe eines Kirchhofs!“ Wäre Amerikas Politik wirklich vollkommen selbstlos gewesen, so hätte man von vornherein alles daraufhin vorbereiten müssen, mit den Philippinen zu verfahren, wie man mit Kuba verfuhr. Statt die Filipinos zu bekämpfen, hätte man sofort mit Aguinaldo zusammenarbeiten müssen und hätte ein Zivilregiment statt eines Militärregiments eingeführt, denn darüber täuscht die Welt sich nicht, daß eure vielgerühmte Zivilverwaltung in den Philippinen ja doch nur ein Aushängeschild ist, um die Sentimentalisten in den Neuenglandstaaten leidlich zu befriedigen; daß aber im Grunde die Armee dort herrscht und daß die kleinen Erfolge der wohlmeinenden Zivilbeamten nur die Aufmerksamkeit ablenken von den fortwährenden kriegerischen Reibungen. Statt an die Philippinen habt ihr an die Vereinigten Staaten gedacht.

Die Imperialisten sagen: daß wir im patriotischen Geist an das eigne Vaterland denken, ist keine Schande. In der Tat die Ehre der Nation verlangte, daß wir in den Philippinen zunächst bleiben und daß wir nicht feige die Flagge wieder herunterholen, die wir feierlichst aufgehißt; wir durften nicht vor ein paar aufständischen Stämmen die Flucht ergreifen. Die andern aber erwidern: Nicht die Ehre der Nation habt ihr dort gehütet, sondern die Schande der Nation habt ihr gesucht. Amerikas Ehre war die sittliche Reinheit seiner Armee gewesen, Amerikas Ehre war, daß sein Heer niemals die Achtung vor dem Gegner verlor und jede unnötige Grausamkeit mit Entrüstung abwies. In den Philippinen aber hat Amerika eine neue Lektion gelernt, denn alles kam, wie es kommen mußte und wie die Verständigen es vorausgesehn. Wenn eine Nation, die an mäßiges Klima gewöhnt ist, in die Tropen geführt wird, zu Kriegen mit wilden Stämmen, die in Grausamkeit und Rachsucht aufgewachsen sind, dann müssen die Sitten verwildern, die Triebe zügellos werden und schließlich die niedrigste Natur im Menschen hervorbrechen. Amerikanische Heere haben dort zu ihrer Schande gelernt, auf Schleichpfaden zu siegen, rachsüchtig

und grausam zu werden und Torturen mit Torturen zu vergelten.

Da sagen die Imperialisten: Es handelt sich gar nicht nur um die Armee, die in den tropischen Inseln landet, es handelt sich um das ganze amerikanische Volk, das mit der Fürsorge für jene Inseln neue Pflichten übernommen hat und an neuen Aufgaben, nicht nur kriegerischen, sondern vor allem politischen, wirtschaftlichen und sozialen, seine Kräfte erproben soll. Auch ein Volk muß mit seinen höhern Zwecken wachsen. Das Jünglingsalter der amerikanischen Nation ist beendet, die Zeit der Mannheit ist gekommen, in der neue weite gefährliche Verantwortungen übernommen werden müssen. Die Antiimperialisten erwidern: das ist wahrlich kein sittliches Wachstum, wenn die Nation die Prinzipien preisgibt, die ihren moralischen Halt ausmachen. Wenn Amerika aufhört, an die Freiheit der Völker zu glauben, wenn es Eroberungskriege führt, dann hat es die Moral dem Gewinn geopfert, und statt innerlich zu wachsen beginnt es einen innerlichen Zersetzungsprozeß. Aber, so sagen wieder die Imperialisten, läßt es sich bestreiten, daß wir wenigstens äußerlich wachsen, daß unser Ansehn im Kreise der Völker durch unsre kriegerische Entfaltung stetig zunimmt, daß wir ein mächtiger Faktor in den Händeln der Welt geworden sind, und daß gerade unsre Philippinenpolitik zeigt, daß auch die fernsten Gegenden der Erde unsrer Flottenmacht zugänglich sind und Amerika in Zukunft überall ein Wort mitzusprechen hat? Gerade im Gegenteil, erwidern die andern: die Stellung unsrer Nation war stark, solange wir mit der Monroe-Doctrin den gesamten amerikanischen Erdteil von jeder europäischen Einwirkung fernhalten konnten, und diese Monroe-Doktrin hat ihre Basis darin, daß wir das Selbstbestimmungsrecht der Völker zum obersten Grundsatz der internationalen Politik erhoben; wenn wir aber selbst erst anfangen, Eroberungspolitik zu treiben, das Recht uns anmaßen, niedre Völker zu unterjochen, weil unsre Heere die stärkern sind, so wird unsre Monroe-Doktrin eine leere Phrase, ja eine dreiste Anmaßung. Wir treiben es wie die

andern, wir können den andern nicht wehren, es zu treiben wie wir es tun, und unsre ganze Stärke und Sicherheit ist dahin. Wir werden von Krieg zu Krieg geführt werden, und das Kriegsglück ist immer launisch.

Etwas kleinlauter fügen die Imperialisten dann hinzu: Die neuen Inseln werden auch unserm gesamten Handel zugute kommen; ihr Besitz bedeutet den Anfang einer Wirtschaftspolitik, die den ganzen Stillen Ozean der Großmacht des amerikanischen Kaufmanns ausliefert. Wer kann denn voraussehn, welche ungeheure Entwicklung aus solchen unausgenutzten Gebieten in wirtschaftlich günstiger Lage zu erwarten ist? Als 1803 der Kongreß die weiten Louisiana-Gebiete von Frankreich kaufen sollte, da fehlte es ja auch nicht an kleinlichen Protesten. Auch damals zeterten die Antiimperialisten und Doktrinäre: es sei herausgeworfenes Geld und niemals würde das Land bevölkert werden. Und heute nach hundert Jahren rüstet sich der ganze Erdkreis, um in festlicher Weltausstellung in St. Louis die Erinnerung an jenen Louisianakauf zu feiern, der für das Land so unvergleichlichen Fortschritt und Reichtum und Kulturgewinn bedeutet hat. Amerika ist bestimmt, die Herrin des Stillen Ozeans zu sein, und ist der Isthmuskanal erst gebaut, so wird die wirtschaftliche Bedeutung der Philippinen täglich deutlicher hervortreten. Die Antiimperialisten lehnen auch das ab: Das wirtschaftliche Konto dieses ganzen Streites mit Spanien, sagen sie, steht bis heute so, daß mehr als sechshundert Millionen Dollars für Kriegskosten vergeudet wurden, und daß zehntausend blühende Menschenleben von amerikanischer Seite geopfert wurden, ohne daß auch nur der geringste Gewinn bisher in Sicht ist. Und wieder nehmen die Imperialisten das Wort: Es gibt doch noch andre Gewinne; der Krieg ist eine Schulung. Das Beste, was die Nation gewinnen kann, ist nicht Reichtum, sondern Kraft. Im steten Frieden erschlafft und verweichlicht das Volk, und bei dem unvergleichlichen Wohlstand Amerikas ist die verweichlichende Wirkung des Luxus ganz besonders zu fürchten. In der Schulung des Krieges werden die Nerven der Nation gestählt und die

Muskeln gehärtet. Die Gegner aber sagen: Unsre Kultur verlangt tausendfach auf den verschiedensten Gebieten heroischere Taten als die des Schlachtfeldes, und um sittlichen Mut zu stärken und alle Kräfte zu höchster Energie anzuspornen, ist die amerikanische Friedenskultur in ihrer gesunden Kraft viel besser geeignet, als die moderne Kriegsführung, die schließlich doch nur eine Frage des Kostenpunktes und der Technik ist. Das, was uns not tut, ist ernste, sittliche Republikanertugend. Der Großmachtskitzel und die Kriegslaune zerstört dagegen den Geist unsrer Demokratie und züchtet unamerikanische autokratische Gelüste. Der Krieg stärkt den blinden Glauben an das Diktatorgefühl und vernichtet damit das Selbständigkeitsgefühl und das Verantwortlichkeitsbewußtsein des Einzelnen, und gerade damit geht die eigentliche Nervenkraft unsrer Nation verloren. Der wahre Patriotismus, den unsre Jugend lernen soll, bekundet sich nicht im lauten Jingolärm, sondern in stiller Treue zur Unabhängigkeitserklärung unsrer Väter.

So tobt der Kampf der Meinungen und wird weiter toben. Und nur immer wieder sei das betont, daß jene Mehrheit, die da heute auf der Seite der Imperialisten steht, gleichzeitig begeistert an den Fortschritt der internationalen Friedensbewegungen glaubt, und ohne jede unehrliche Berechnung die Idee des Schiedsgerichts nach Kräften fördert. Vor allem bleibt die Entwicklung von Kuba der ehrenvollste Beweis für die friedliche Tendenz der herrschenden Partei. Was dort in den Jahren von Woods Verwaltung für die Hygiene des vom gelben Fieber verseuchten Landes, für die Erziehung, Schulbildung und Gerichtspflege der verkommenen Bevölkerung getan wurde, ist bewundernswert. Und die schlichte Sicherheit, mit der dann die neue Republik anerkannt wurde und mit der schließlich in besondern Verträgen der auf den Handel mit den Amerikanern angewiesenen Bevölkerung weitgehende Zollermäßigungen gewährt wurden, steht auf einem Ehrenblatt der amerikanischen Geschichte. Und alles das geschah durch die Initiative derselben Männer, deren Philippinen-Politik im Senat als napoleonisch gebrandmarkt werden

konnte. So bleibt es dabei: im Wesen des Amerikaners gibt es eine fast unerklärliche Mischung von Gerechtigkeit und Übermut, von Gewissenhaftigkeit und Leichtsinn, von Friedensliebe und Angriffslust.

Die letzte Phase der Expansion war gen Süden gerichtet: Amerika übernahm die Kontrolle von Panama. Verfassungsrechtlich stellt es sich ja ein wenig anders dar. Panama gehörte zu der Republik Colombia, und als die Operettenregierung in Colombias Hauptstadt mehr in Washington zu erpressen hoffte, wenn sie den Vertrag, der den Vereinigten Staaten das Recht zum Kanalbau durch Panama gibt, zunächst einmal ablehnte, da brach in dem geschädigten Landesteil eine Revolution aus. Panama löste sich als selbständiger Staat ab, die Vereinigten Staaten erkannten die Regierung an, und statt mit dem Staat Colombia wurde nun der Vertrag für den Bau des Kanals mit der Regierung von Panama abgeschlossen. Tatsächlich aber muß alles das doch schließlich auch unter den Gesichtspunkt der imperialistischen Expansion gebracht werden. Es handelt sich nicht darum, ob die amerikanische Regierung selbst zum Abfall anstachelt. Sicherlich tat sie es offiziell nicht, aber das ist offenkundig, daß das Häuflein der Panamesen auch nicht die geringste Aussicht hatte, sich ungestraft von Colombia abzulösen, wenn ihnen nicht amerikanischer Schutz sicher gewesen wäre, ja wenn sie nicht im voraus sich darauf hätten verlassen können, daß die Vereinigten Staaten Colombia in Schach halten würden. So wurde denn tatsächlich die Baby-Republik mit telegraphischer Geschwindigkeit anerkannt und der Vertrag unterzeichnet, ehe Panama überhaupt recht zum Bewußtsein seiner staatlichen Existenz gekommen war, während gleichzeitig Colombias Versuch, den rebellischen Landesteil wieder zu unterjochen, mit allen Machtmitteln des Riesennachbars unterdrückt war.

Daß auch damit ganz neue Grundsätze der internationalen Politik verwirklicht wurden, sollte man nicht bestreiten; und man sollte sich nicht darauf berufen, daß man auch sonst neue Regierungen bereitwilligst anerkannt hat. Niemals

wurde von Amerika eine Rebellion sofort gutgeheißen, solange die alte Regierung noch in Kraft bestand und die neue nur durch die Einmischung der Vereinigten Staaten der alten überlegen wurde. Man sollte zugeben, daß hier ebenso ein imperialistisches Neues geschaffen wurde, wie bei der Unterjochung der Filipinos; aber man sollte nicht so doktrinaristisch sein, das Neue zu verdammen, nur weil es neu ist. Die Expansion des amerikanischen Einflusses ist eine historische Notwendigkeit; die Kräfte, welche einen Staat groß gemacht haben, wirken durch seine ganze Geschichte weiter. Amerika muß in seiner Ausdehnung fortschreiten, und wenn die Methoden, mit denen das heutige Weltreich sich ausdehnt, notwendig andre sind als die, mit denen der kleine Staatenbund von vor hundert Jahren sich in dem leeren Weltteil ausdehnen konnte, so muß die Expansion des zwanzigsten Jahrhunderts eben andre Formen annehmen als die des neunzehnten. Aber die Expansion selbst kann nicht stillstehn, und mit bloßen Berufungen auf die Unabhängigkeitserklärung und auf die Traditionen der kleinern provinzialen Zeit kann da nichts geändert werden. Der Kampf, den die Antiimperialisten führen, ist ein durchaus berechtigter als ein Kampf gegen mancherlei Auswüchse der Expansion, wie sie gerade in den Philippinen sich zeigten, und vor allem als ein Kampf dagegen, daß über der Expansion die sittlichen Grundsätze der Republik verloren gehn und daß in dem Rausch der Macht das tiefere Gefühl geschädigt werde; aber der Kampf wird aussichtslos, wenn er die Expansion selbst aufhalten will. Die Bahn der Vereinigten Staaten ist vorgezeichnet.

Es gehört denn auch nicht viel Prophetengabe dazu, um vorauszusehn, daß die nächste Expansion nach Norden erfolgen wird. So wie sich die Verhältnisse in Panama etwa ein halbes Jahr vor ihrem Eintritt ziemlich deutlich voraussehn ließen, so läßt sich schon jetzt die Vermutung nicht unterdrücken, daß in nicht gar zu ferner Zeit die Sterne und Streifen im Nordwesten von Kanada an der Fahnenstange flattern werden und die Vereinigten Staaten auch dort unwillig sein werden, die Fahne wieder herabzuholen.

In Boston erscheint eine Zeitung, die Tag aus Tag ein mit gesperrtem Druck an der Spitze verkündet, daß es die wichtigste Aufgabe für die Vereinigten Staaten sei, für die politische Angliederung von Kanada zu sorgen. Dagegen hört man von andrer Seite, daß den Vereinigten Staaten nichts Schlimmeres begegnen könnte, als wenn ihnen dieses ungeheure, dünnbevölkerte Territorium geschenkt werden würde. Jenseits der Grenze findet man dieselben Widersprüche: die einen behaupten, daß die Kanadier froh sind, von den amerikanischen Problemen, von amerikanischer Stadtpolitik, von amerikanischer Parteiboßwirtschaft, von amerikanischen Negersorgen und amerikanischen Philippinenhändeln verschont zu sein; und daß ihre Treue zur englischen Krone über alle Zweifel erhaben sei. Und immer wieder begegnet man andern, die es offen heraussagen, daß der Anschluß an die Vereinigten Staaten das einzige geschichtliche Ziel für Kanada sein müsse. Die absehbare Zukunft wird vermutlich einen Mittelweg einschlagen. Daß das östliche Kanada mit seinen alten englischen Traditionen dem Mutterlande untreu werden sollte, ist ganz unwahrscheinlich. Das westliche Kanada aber steht unter so erheblich andern wirtschaftlichen Bedingungen, hat so ganz andre Geschichte und weist so sehr viel mehr heute auf die Vereinigten Staaten als auf England hin, daß die politische Grenzscheide nicht lange mehr sich wird halten lassen. Die Hunderttausende, die von den Vereinigten Staaten aus die kanadische Grenze überschritten haben, um den unentwickelten Nordwesten zu besiedeln, werden in nicht ferner Zukunft das Signal geben, und die wirtschaftliche und politische Logik wird den Abfall des kanadischen Westens mit Ausnahme einiger Küstenstriche erzwingen. Amerikas Expansion würde damit ein neues Gebiet umschließen, das 250 Millionen Acker reichen Weizenlandes enthält, von denen kaum zwei Millionen heute bewirtschaftet werden.

Das Kanadaproblem stammt natürlich nicht von heute und gestern. Die erste dauernde Ansiedlung in Kanada war eine französische Kolonie im Jahre 1604. Franzosen gründeten

Quebec im Jahre 1608, und um den St. Lawrence-Strom wuchsen die französischen Ansiedlungen. Im Jahre 1759 eroberte General Wolfe Quebec für England, und im folgenden Jahre war ganz Kanada England untertänig. Englische und schottische Auswanderer besiedelten das obere Kanada mehr und mehr. 1791 wurde Kanada in zwei Provinzen geteilt, die später Ontario und Quebec hießen, und 1867 wurden durch Beschluß des britischen Parlaments Ontario und Quebec mit New Brunswick und Nova Scotia zu einer Einheit zusammengeschmolzen. Kurze Zeit darauf kaufte die Regierung des neugeeinten Landes die weiten Gebiete der Hudson-Bay-Gesellschaft. Bald wurde dann auch ein weites westliches Gebiet, Manitoba, als besondere Provinz organisiert. 1871 wurde Britisch-Kolumbia aufgenommen, und in den achtziger Jahren wurden die ungeheuren westlichen Gebiete in vier Provinzen eingeteilt. Bei alledem gab es vielerlei Aufstände, Indianerkriege und Grenzstreitigkeiten, aber zwischen den Vereinigten Staaten und Kanada gab es niemals offenen Kampf. Die vielen Kontroversen wurden durch Verträge geschlichtet, und kürzlich erst hat das Londoner Schiedsgericht wieder eine Streitfrage beseitigt, die Jahre hindurch die Gemüter erregt hatte. Sollte die Grenzlinie im Nordwesten so gezogen werden, daß die Kanadier den Weg zur Küste besitzen, oder so, daß sie amerikanisches Gebiet durchkreuzen müssen? Die Grenze sollte den Verträgen gemäß in bestimmter Entfernung von der Küste sich hinziehn. War die Küste des Festlandes gemeint, oder sollte die Entfernung von den dem Festland vorgelagerten Inselgruppen aus gerechnet werden? Für einen Teil Kanadas war es eine Frage von hoher wirtschaftlicher Bedeutung. Das Schiedsgericht hat für Amerika entschieden, aber zu den Ehrenblättern der amerikanischen Geschichte gehört jenes Schiedsgericht nicht. Man hatte sich geeinigt, hervorragende Juristen zu ernennen, die Vereinigten Staaten aber sandten als Richter voreingenommene Politiker. Das hat einen bittern Geschmack in Kanada hinterlassen, und die Stimmung ist heute nicht freundlich, aber die große wirtschaftliche Entwicklung, die auf Anschluß an Amerika hin-

drängt, wird durch die kleine Verstimmung nicht aufgehalten werden.

Sehr viel mehr spricht gegen die Verschmelzung die Freundlichkeit der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und England. Zu einer Zeit, als der Familienzwist zwischen Mutterland und Tochterland offenkundig und scharf war, da schien es manchmal unvermeidlich, daß Amerika die erste beste Gelegenheit wahrnehmen würde, England des kanadischen Besitzes zu berauben. Schon vor dem Abfall der Staaten hatte man sich bemüht, die nördlichen Provinzen auch zur Revolution zu drängen, und als der neue Bund gegründet war, schien es ein natürliches Verlangen, daß alle englischsprechenden Bewohner des amerikanischen Erdteils sich angliedern sollten. Wahrlich nicht Freundschaft für England war es, welche die Expansion des jungen Landes nach dem Süden statt nach dem Norden lenkte. Es war nur der Einfluß der Südstaaten im Bunde, welche die Ausdehnung nach dem Süden deshalb willkommen hießen und forderten, weil dadurch das Sklavereigebiet an Größe zunahm, die Zahl der im Kongreß vertretenen Sklavenstaaten somit wachsen konnte und die Institution der Sklaverei somit gegen nördliche Opposition geschützt war. England war der Erbfeind durch ein ganzes Jahrhundert, und jeder Schuljunge lernte aus seinen Geschichtsbüchern Ärger und Haß gegen England. Aber das hat sich nun in den letzten Jahren durch John Bulls Sympathie im spanischen Kriege und seine weitausschauende Nachgiebigkeit in hundert kleinen Streitfragen vollkommen geändert. Schon rüstet man sich, ein besonderes Schiedsgericht für englisch-amerikanische Zwischenfälle zu inszenieren, und die amerikanische Volksstimmung würde heute sicherlich gerne alles vermeiden, was England unnötig herausfordert; sicherlich würden daher die Politiker vor einem so gewagten Schritt zurückschrecken, wie es die Forderung der kanadischen Annexion sein müßte. Das Kanadaproblem steht daher in keinem Parteiprogramm, und ein klein wenig spielt dabei auch wohl der andre Umstand mit, daß keine Partei recht sicher weiß, welche Seite gewinnen würde, ob

unter den zehn Millionen der kanadischen Bevölkerung die Republikaner oder die Demokraten die Majorität haben würden. Öffentliches Parteiproblem ist Kanada also nicht. In der öffentlichen Meinung aber wächst das Problem dennoch stetig, und wie sehr auch der Kongreß bemüht wäre, Kampf mit England zu vermeiden und den Abfall Kanadas sicherlich niemals künstlich herbeiführen würde: wenn erst einmal die amerikanischen Bauern und Goldgräber im nordwestlichen Kanada die proamerikanische Lawine ins Rollen gebracht haben werden, dann wird die Stimmung sich überraschend schnell wandeln, und die englandfreundlichen Resolutionen der Senatoren in Washington werden sehr schwächlich klingen.

Das natürlichste Verlangen, das weitverbreitet scheint, ist das nach wechselseitiger Ermäßigung der Zollsätze. Beide Länder sind darauf angewiesen, ihre besten Kunden zu sein; aber beide erschweren sich die Einfuhr ihrer Produkte. Die amerikanische Industrie hat bereits für über $ 100 000 000 Zweigfabriken in Kanada eingerichtet, um die Zölle zu sparen, und Neuenglands Industrie würde unvergleichlich gewinnen, wenn Kanadas Kohle an der atlantischen Küste zollfrei eingeführt werden könnte. Im wesentlichen aber fällt der ganze Nachteil auf die kanadischen Schultern. Im Jahre 1854 wurde ein Vertrag geschlossen, der allen Naturprodukten Kanadas freien Zutritt zu den Märkten der Vereinigten Staaten sicherte, und während der zwölf Jahre, in denen der Vertrag bestand, vermehrte sich der kanadische Ausfuhrhandel um das Vierfache; dann aber setzte der amerikanische Schutzzoll ein, und während beispielsweise die landwirtschaftlichen Erzeugnisse, welche Kanada an die Vereinigten Staaten verkaufte, im Jahre 1866 noch über $ 25 000 000 betrugen, waren sie am Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts auf $ 7 367 000 herabgesunken, und der Gesamtexport mit Ausnahme von Münzen und Edelmetall war, trotz des ungeheuren Wachstums auf beiden Seiten, in der gleichen Zeit nur um 5% gestiegen. Kanada dagegen begnügte sich mit bescheidenen Einfuhrzöllen, und so hat der Handel der Vereinigten Staaten nach Kanada

stetig zugenommen, von $ 28 000 000 im Jahre 1866 auf $ 117 000 000 im Jahre 1900. Die notwendige Wirkung dieser Ausschließungspolitik seitens der Vereinigten Staaten war der nähere wirtschaftliche Anschluß Kanadas an das englische Mutterland. Die kanadische Ausfuhr nach Großbritannien hat stetig zugenommen, und die kühnen Pläne derer, die heute für den großen britischen Zollverein agitieren, würden naturgemäß den kanadischen Handel am meisten begünstigen.

Aber Amerika weiß das und geht nicht unbesonnen in die Zukunft. Die Agitation für neue Handelsverträge mit Kanada, eine Agitation, die durchaus kein freihändlerisches Banner entfaltet, sondern gerade von besonnenen Schutzzöllnern gefördert wird und sich mit Recht auf Mac Kinley und Dingley berufen kann, ist im stetigen Wachsen. Anderseits ist der Enthusiasmus für die großbritischen Pläne durchaus nicht gleichmäßig über Kanada verteilt. Die Industriegegenden von Ostkanada sehen die Dinge mit wesentlich andern Augen an als die Agrarier des kanadischen Westens. Die Ansichten sind in Kanada gerade so geteilt, wie sie in England sind. Die wirtschaftlichen Bedürfnisse des Ostens und Westens sind im Grunde verschiedene, und so kommt es denn auch, daß gerade dort im Westen, wo man für den Zollverein schwärmt, sich täglich mehr auch die andre Lösung vorbereitet, daß man im Anschluß an die Vereinigten Staaten suchen will, was England nicht geben möchte. Die Regierung Kanadas, die hervorragend tüchtige und verständige Männer umfaßt, sucht die westliche Abfallsstimmung vornehmlich durch ihre geschickte Eisenbahnpolitik zu paralysieren. Schienenstränge verbinden den Westen heute viel fester mit dem kanadischen Osten als mit dem amerikanischen Süden.

Die wirtschaftlichen Möglichkeiten des kanadischen Westens sind ungeheure. Sie reichen aus für eine Hundert-Millionen-Bevölkerung. Kanadas Holzreichtum übertrifft den der Vereinigten Staaten, seine Goldregionen sind ausgedehnter, seine Kohlen- und Eisengebiete unerschöpflich, seine Nickellager die reichsten der Welt, sein Fischreichtum übertrifft den der Vereinigten Staaten um das Doppelte,

sein Ackerland könnte die Bevölkerung von ganz Amerika und Europa versorgen. Alles kommt nur darauf an, die Möglichkeiten auszunutzen, und mit natürlichem Neide sieht der westliche Kanadier, mit welchen Riesenschritten die ganz ähnlichen Gebiete der Vereinigten Staaten vorwärts drängen, und wie alles das anders würde, wenn die Grenzschranken fielen.

Vor allem aber empfindet der Westen, daß zur Ausnutzung dieser ungeheuren Naturkräfte ein Unternehmergeist, eine wirtschaftliche Energie, eine selbständige Kraft nötig ist, wie sie der Bewohner abhängiger Kolonien niemals aus sich heraus entwickelt. Auch wenn eine Kolonie wie Kanada eine gewisse Selbständigkeit in der Regelung der eignen Angelegenheiten besitzt, es ist doch nur der Schein der Selbstbestimmung und nicht ihr bestes Wesen. Die Farblosigkeit und Mattigkeit des kanadischen Geisteslebens und seine tiefgehende Verschiedenheit von England auf der einen Seite, von den Vereinigten Staaten auf der andern Seite bekundet zu deutlich, wie der Kolonialgeist die Kräfte bindet und herabdrückt. Die Bevölkerung leidet darunter nicht, sie empfindet den Mangel an frischer Luft gar nicht, aber sie nimmt ein gedrücktes, unfreies Wesen an, das sich nach fremder Schablone richtet, nicht den Mut hat, laut zu sprechen und diese Gedrücktheit in allen ihren Handlungen bekundet. Das ist nicht der Geist, der den Aufgaben des westlichen Kanadas gewachsen ist. Die aber, welche dieses neue unendliche Land zur Pionierarbeit heranzieht, sind die frischen Kräfte von jenseits der kanadischen Grenze, von jenseits des Ozeans: Schotten und Deutsche und Schweden, und vor allem Amerikaner wandern in Scharen ein. Die Farmer des amerikanischen Westens verkaufen heut gern ihren kleinen landwirtschaftlichen Besitz für hohen Preis, um dafür auf dem frischen Boden Kanadas, wo noch kein Mangel an Ackerland herrscht, weite Gebiete zu erwerben. Sie werden die Führer in dieser neuen Entwicklung des Westens, aber während sie Arbeitslust, Energie und Unternehmungsgeist im Überfluß mitbringen, fehlt ihnen naturgemäß jede kanadische Tra-

dition, das Gefühl der Treue und Pietät für das Land, und ihre besten Überzeugungen knüpfen an die amerikanische Freiheit an. Ob Englands Zollpläne da noch etwas zurückerobern können, wird die Zukunft lehren. Wahrscheinlicher ist es, daß, während die Philippinen-Annexion Amerikas Einfluß bis zum tropischen Süden ausdehnte, das klimatische Gleichgewicht der Vereinigten Staaten sehr bald durch nördliche Expansion im kanadischen Westen festgehalten werden wird.

* * *

Die Beziehungen der Vereinigten Staaten zu Kuba und den Philippinen, zu Panama und Kanada, wurden durch die unmittelbaren Bedürfnisse des Landes geregelt, ohne daß dabei besondere Prinzipien in den Vordergrund geschoben wurden. Wirtschaftliches Interesse und allgemeine Moral reichten aus, und nur hie und da berief man sich auf die großen Doktrinen der Unabhängigkeitserklärung; meistens aber empfand man auch diese als ziemlich unbequem für die erwählte Politik. Anders liegen die Verhältnisse in Südamerika. Die südamerikanische Politik der Vereinigten Staaten wird heute weder von wirtschaftlichen Interessen, noch von moralischen Prinzipien diktiert. Ja, sie ist ein Hohn auf die Moral und der schlimmste Schaden für Amerikas Wirtschaft. Das einzige, was dieser Politik Existenz gibt, ist eine abstrakte politische Doktrin, die einstmals sehr wohl der Wirtschaft und der Moral gedient, heute aber jeden Wert eingebüßt hat: die Monroe-Doktrin. Das Festhalten an der berühmten Doktrin ist eins der interessantesten Beispiele der Andauer überlebter politischer Prinzipien und die Kritiklosigkeit, mit der dieses Vorurteil noch heute von der Masse geteilt wird, so daß auch die führenden Politiker zunächst nicht wagen dürften, Amerikas wahre Interessen zu verteidigen, zeigt deutlich, wie die Demokratie Schablonenurteile begünstigt, und wie das amerikanische Volk in seinem Denken konservativ bis zum Extrem ist. Die Doktrin hat Amerika Dienste geleistet, als sie dem Lande zum Vorteil und zur Ehre ge-

reichte. Man wagt nicht an ihr zu rütteln, auch wenn es klar ist, daß sie längst nur Schäden und Unehre bringt. Die Besten wissen das alles, aber wo das Volk König ist, da gilt es mehr als in Monarchien, daß es das Unglück der Könige sei, daß sie die Wahrheit nicht hören wollen.

Die Torheit der Amerikaner, die veraltete Monroe-Doktrin krampfhaft festzuhalten, kann nur überboten werden von der Torheit derjenigen Europäer, welche die Monroe-Doktrin mit Gewalt bekämpfen wollen. Alle Deklamationen der alten Welt, daß die Monroe-Doktrin eine unerhörte Anmaßung sei, daß die Amerikaner kein Recht hatten, sie aufzustellen, und daß es Zeit sei, sie auf die Probe zu stellen, sind unhistorisch und gefährlich. Sie sind unhistorisch, denn es gab eine Zeit, in der die Doktrin für Amerikas Existenz notwendig war, in der das Land deshalb das Recht hatte, die Doktrin zu verkünden, und nachdem sie ein Jahrhundert hindurch stillschweigend respektiert wurde, käme der Protest zu spät. Sie ist heute internationales Recht geworden, auch wenn keine europäische Nation sie ausdrücklich anerkannt hat und die amerikanische Legislative sie niemals formuliert hat. Der Widerstand wäre aber vor allem gefährlich, weil kein europäisches Land ein wirkliches Lebensinteresse daran hätte, die Monroe-Doktrin auf die Probe zu stellen, und in der Tat ein Lebenskampf in Frage wäre, wenn Europa die Monroe-Doktrin zu Boden treten wollte, solange die große Masse des amerikanischen Volks die Doktrin als Heiligtum verehrt. Die Monroe-Doktrin wird und muß fallen, aber sie muß fallen durch den Willen des amerikanischen Volks. Sie wird niemals dadurch fallen, daß eine europäische Nation mit dem Kopf gegen diese Wand rennt. Die Logik der Geschichte ist aber schließlich doch stärker als die bloße Trägheit geschichtlicher Doktrinen. Die Stunde scheint nahe, da das Unrecht und die Verkehrtheit der Monroe-Doktrin auch in weitern Kreisen geahnt wird. Schon findet die Gegenseite glänzende Vertretung, und setzt im amerikanischen Volk erst einmal eine Gegenbewegung ein, so pflegt sie mit überwältigender Schnelligkeit sich auszudehnen. Man sah, wie schnell der imperialistische Gedanke

die Masse ergriff. Die Zurückstoßung der Monroe-Lehre wird ebenso schnell erfolgen, denn eine Nation kann nicht einer Marotte zuliebe auf die Dauer ihre besten Interessen verleugnen. Die Widerstandskraft der Gewohnheit muß nur erst einmal überwunden sein.

Der Geist der Monroe-Doktrin war lange vor Monroe lebendig. Von den ersten Tagen der Bundesregierung an galt es als ausgemacht, daß die neue Nation sich von den politischen Wirrnissen Europas fernhalten solle, sich nicht in die Geschicke der europäischen Völker einmischen dürfe und dagegen erwarten könne, daß die europäischen Völker sich nicht über die Grenzen ihrer Besitztümer hinaus im amerikanischen Erdteil ausdehnen würden. Als Präsident Washington 1796 seine Abschiedsworte an die Nation richtete, da empfahl er zwar die Ausdehnung der wirtschaftlichen Beziehungen zu den europäischen Völkern, aber die weitestgehende Einschränkung der politischen Beziehungen. „Die europäischen Nationen," sagte er, „haben vorwiegend Interessen, die uns als ein freies Volk nichts angehn; die Ursachen ihrer häufigen Streitigkeiten liegen fern von unsern Aufgaben. Anderseits wird der Umstand, daß Amerika räumlich fern abliegt, die politische Trennung erleichtern, und die kriegführenden Völker werden kaum die neue Nation herausfordern, da es klar ist, daß sie dort keine Erwerbung machen dürften."

Diese Empfindung, daß Amerika nichts mit der europäischen Politik zu schaffen hat und daß die europäischen Nationen unter keinen Umständen ihre Machtsphäre auf dem amerikanischen Kontinent erweitern dürfen, wuchs stetig. Die Überzeugung der Nation stützte sich im wesentlichen auf zwei Motive. Amerika wollte erstens seiner nationalen Sicherheit gewiß sein. Es fühlte instinktiv, daß, wenn es sich in die europäischen Streitigkeiten hineinbegiebt, die großen europäischen Mächte sich auch in die Geschicke der schwachen, werdenden Nation einmischen dürfen, und daß vor allem die Gefahr solcher Verwicklungen unheimlich wachsen würde, wenn die großen Nationen in der Nachbarschaft der jungen

Republik auf der amerikanischen Seite des Ozeans Besitz erwerben wollten. Dazu gesellte sich aber zweitens ein Gefühl der sittlichen Mission. Die europäischen Länder seufzten unter Tyrannei; man hatte das englische Tyrannenjoch abgeschüttelt und wollte den neuen Erdteil nun als Schauplatz für das junge Experiment der modernen Demokratie rein erhalten. In dieser neuen Welt sollten nicht wieder absolute Monarchen Fuß fassen, die Selbstbestimmung der Völker sollte hier das letzte Wort sprechen, und jede Republik sollte sich hier frei ausleben können.

So forderten die selbstischen Interessen der Sicherheit und die sittlichen Interessen des Kampfes gegen den Absolutismus, daß der Gedanke der Nichteinmischung in europäische Verhältnisse und sein Korrelat, das Verlangen, daß Europa sich nicht im amerikanischen Weltteil ausdehne, zum Grundsatz der amerikanischen Politik wurden. Bald kam die Gelegenheit, diesen Standpunkt in weithin sichtbarer Weise in der internationalen Politik zum Ausdruck zu bringen. Die heilige Allianz zwischen Österreich, Rußland und Preußen war nach amerikanischem Urteil seit 1822 darauf bedacht, die spanischen Kolonien in Südamerika für Spanien wieder zu gewinnen. England wollte sich mit den Vereinigten Staaten verbinden; mit sicherm Takt aber steuerten diese allein ihren Weg. 1822 erkannten sie die Unabhängigkeit der spanisch-amerikanischen Republiken an und 1823 stellte Präsident Monroe in seiner wahrscheinlich von John Quincy Adams, dem Staatssekretär, geschriebenen Botschaft an den Kongreß den Standpunkt der Vereinigten Staaten fest. Vorher hatte Monroe den Expräsidenten Jefferson um seine Ansicht gefragt und Jefferson schrieb: „Unsre erste und grundlegende Maxime sollte sein, uns niemals in die europäischen Händel einzulassen; unsre zweite aber, niemals zu dulden, daß Europa sich in zisatlantische Angelegenheiten hineinmischt. Nord- und Südamerika haben ihre eignen Interessen, von denen Europas grundverschieden. Sie müssen deshalb auch ihr eignes System haben, von dem Europas abgesondert."

In der Botschaft des Präsidenten Monroe aber heißt es:

„Wir schulden es der Ehrlichkeit und den freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und den europäischen Mächten, es auszusprechen, daß wir jeden Versuch von ihrer Seite, ihr System auf irgend einen Teil dieser Hemisphäre auszudehnen, als gefahrdrohend für unsern Frieden und unsre Sicherheit betrachten würden." „Bezüglich der bestehenden Kolonien europäischer Mächte liegt jede Einmischung uns fern, aber was diejenigen Regierungen betrifft, welche ihre Unabhängigkeit erklärt und aufrecht erhalten haben, und deren Unabhängigkeit wir nach langer Erwägung und auf Grund gerechter Prinzipien anerkannt haben, so würden wir jede Geneigtheit europäischer Mächte, diese Regierungen zu unterdrücken, als eine Bekundung der Unfreundlichkeit gegen die Vereinigten Staaten betrachten. Es ist unmöglich, daß jene europäische Allianz ihr politisches System auf irgend einen Teil dieses Kontinents ausdehnt, ohne unsern Frieden und unser Glück zu bedrohen, und niemand kann glauben, daß unsre südlichen Brüder ein solches System aus eignem Antrieb annehmen würden." „Und schließlich die Motive, welche die europäischen Regierungen bestimmen könnten, in den gegenwärtigen Streit der Parteien in unsern Nachbarstaaten einzugreifen, könnten mit demselben Recht auf unsre eignen Streitigkeiten angewandt werden."

Damit war die bekannte Monroe-Doktrin in die Welt gesetzt und ein internationaler Faktor geschaffen, der stark genug war, selbst Napoleon von der Verwirklichung seiner mexikanischen Pläne abzuhalten und noch in unsern Tagen Venezuela vor den Konsequenzen seiner Missetaten zu schützen. Und wenn gerade in den Tagen der venezuelischen Wirren die alte Monroe-Doktrin scheinbar dadurch gemildert wurde, daß die Präsidentenbotschaft europäischen Mächten das Recht zugestand, auch mit Waffengewalt ihre Schuldforderungen einzutreiben, wenn sie nur nicht dauernd Land in Beschlag nehmen, so führten doch anderseits gerade die Diskussionen jener Zeit zu der extremen Forderung, daß die fremden Mächte zufrieden sein müßten, wenn ein süd-

amerikanischer Staat zu zahlen verspricht, ohne daß er selbst Sicherheit gewährt und ohne daß die Vereinigten Staaten die Zahlung gewährleisten. Im Grunde steht heute nach achtzig Jahren die Doktrin genau auf dem alten Fleck, obgleich die Verhältnisse sich in jeder einzelnen Beziehung vollkommen geändert haben. Es muß genügen, hier in Kürze wenigstens auf einige dieser Änderungen hinzudeuten.

Zunächst sind die beiden Kernmotive, die zur Doktrin hinführten und die sich in all den ehrwürdigen Dokumenten von der Zeit Washingtons bis zu der Monroes und darüber hinaus so deutlich bekunden, längst weggefallen. Der Gegensatz zwischen Europa als dem Land der Tyrannei und Amerika als dem Boden der demokratischen Freiheit existiert natürlich längst nicht mehr, und selbst für politische Zwecke läßt sich da nichts mehr aufputzen. Man weiß zunächst, daß die westeuropäischen Völker ihre Volksvertretungen haben, und man weiß vor allem, daß die lateinischen Republiken, wenn man von Mexiko, Chili und Argentinien absieht, der widerwärtigste Spott auf Freiheit und Demokratie sind. Man kennt jetzt so ziemlich die Verhältnisse etwa in Venezuela und Colombia. Man weiß, wie etwa ein Zehntel der Bevölkerung fein organisierte Spanier sind, die sich grundsätzlich nicht um Politik kümmern und unter der schamlosen Regierungswirtschaft leiden; wie weitere acht Zehntel ein harmloses, unwissendes Proletariat mit halb spanischem, halb indianischem Blut darstellen, eine Masse, die ebenfalls nicht das geringste Interesse an der Politik hat und sich vor den Machthabern fürchtet, und wie schließlich das letzte Zehntel, aus einer Mischung von Spaniern, Indianern und Negern hervorgegangen, die sogenannte republikanische Regierung in der Hand hält, sich mit allen Mitteln des Betrugs und der Erpressung an der Spitze hält und sich in Parteien spaltet, die das Land zum Zweck persönlicher Bereicherung der Parteiführer zerwühlen.

Daß mit diesem Menschenmaterial eine Republik im Geiste der Väter der Vereinigten Staaten geschaffen werden könnte, das glaubt heute auch in Amerika kein politischer

Hinterwäldler mehr, und wenn trotz alledem, ähnlich wie bei der Negerfrage, bei jeder Diskussion im entscheidenden Moment jemand aufstand und mit der Unabhängigkeitserklärung umherfuchtelte, so hat auch das seine Wirkung langsam eingebüßt. Seit die Amerikaner nach den Philippinen gegangen sind, kann es denn doch nicht mehr als ein Axiom gelten, daß jede Regierung in der Zustimmung der Regierten die Quelle ihres Rechts findet. Man lernt eben begreifen, daß das Recht der Selbstbestimmung verdient werden will und nur der Lohn für harte Arbeit sein darf; daß es für Nationen, die noch nicht zur Ordnung und Ruhe emporgewachsen sind, der Erziehung bedarf, wie für unmündige Kinder, die auch nicht selbst entscheiden dürfen, was ihnen gut tut. Zu sagen, daß die bemitleidenswerten Bürger der südamerikanischen Erpresserrepubliken freier seien als die Bewohner von England, Frankreich oder Deutschland, wäre Wahnwitz. Die Anarchie dieser Länder gegen das Eindringen des europäischen politischen Systems zu schützen, ist also sicherlich heute nicht mehr ein Teil der sittlichen Pflichten, zu denen die amerikanische Republik sich mit Recht berufen fühlte. Der demokratische Gedanke, der im amerikanischen Leben verwirklicht ist, hat unendlich mehr nach Europa hinüber gewirkt als nach Südamerika, wenn auch die schönen Verfassungen, nach denen sich niemand richtet, dort von der üppigsten moralphilosophischen Phraseologie erfüllt sind.

Aber auch das andre Motiv, die Sorge für die Sicherheit der Vereinigten Staaten und ihren Frieden, hat heute nicht mehr den geringsten Wert als Beweis für die Notwendigkeit der Monroe-Doktrin. Im Gegenteil, das abergläubische Festhalten an der Doktrin steht in erster Linie unter den Faktoren, welche den Frieden der Vereinigten Staaten gefährden können. Selbstverständlich soll dabei nur von Südamerika die Rede sein, nicht von Mittelamerika. Daß etwa Kuba aus spanischen Händen in den Besitz einer andern europäischen Nation hätte übergehn sollen, das wäre in der Tat für die Vereinigten Staaten unerträglich gewesen. Ja, kein Teil von

Mittelamerika könnte Schauplatz für neue europäische Kolonien werden, ohne notwendigerweise sehr bald zum Kampfplatz zu werden. Der Bau des Isthmuskanals vollendet die moralisch-politische Vorherrschaft der Vereinigten Staaten in den Antillen und Mittelamerika. Für Südamerika aber gelten vollkommen andre Verhältnisse. Man vergißt zu leicht, daß, wenn man von Newyork nach Argentinien fahren will, der schnellste Weg über Europa führt und die Vereinigten Staaten tatsächlich nicht einmal wirtschaftliche Fühlung mit den lateinischen Republiken besitzen. Eine europäische Macht grenzt an die Vereinigten Staaten vom Atlantischen bis zum Stillen Ozean, und es hat niemals den Frieden der Vereinigten Staaten bedroht, daß die ihr feindlichste Macht, England, die dreitausend Meilen lange Grenze teilte. Da soll es plötzlich den Frieden bedrohn, wenn etwa Italien oder England oder Holland tief unten in Südamerika beim Schuldeneintreiben oder bei der Beschützung vergewaltigter Landsleute einen Landflecken mit Beschlag belegt.

Solange die Vereinigten Staaten klein und schwach waren, war auch die übertriebene Furcht vor unbekannten Verwicklungen begreiflich; heute aber, da sie groß und stark sind, und der künstliche Gegensatz zwischen Alter Welt und Neuer Welt gar nicht mehr existiert, die Vereinigten Staaten den europäischen Ländern viel näher stehn als den südamerikanischen Republiken, da wäre jede Begründung der Monroe-Doktrin durch Furcht geradezu hysterisch. In unserm Zeitalter der Kabelgramme fallen ja die Raumunterschiede fort; der Amerikaner verhandelt über die Philippinen, als wenn sie vor seiner Tür lägen, und doch sind sie viel weiter von Washington entfernt, als irgend ein Land Südamerikas von Europa. Anlässe zu Streitigkeiten mit europäischen Ländern können sich anderseits jeden Augenblick darbieten, ohne die geringste Beziehung zu Südamerika; dazu genügt ein verletzendes Einfuhrverbot, ein diplomatischer Zwischenfall oder die winzigste Zollchikane.

Wenn dagegen die europäischen Länder in Südamerika Kolonien hätten, wie sie solche in Afrika be-

sitzen, so würden daraus so wenig Belästigungen und Störungen der Vereinigten Staaten entstehen, wie sie aus den Kolonien in Afrika entstehen können. Daß eine russische oder französische oder italienische Kolonie in Südamerika Ausgangspunkt eines Konflikts mit den Vereinigten Staaten wird, das könnte sich nie und nimmer aus einem wirklichen Widerstreit der Interessen erklären, sondern würde lediglich das Produkt der Tatsache sein, daß unter ganz andern Verhältnissen sich eine Doktrin entwickelt hat, die derlei verbietet, und daß diese Doktrin noch immer künstlich aufrecht erhalten wird. Wenn heute die Monroe-Doktrin auf Mittelamerika beschränkt und Südamerika ihrem Einfluß entzogen würde, so würden die Möglichkeiten eines Zusammenstoßes mit den europäischen Mächten für die Vereinigten Staaten erheblich vermindert werden. Was ursprünglich der Sicherung des Friedens dienen sollte, ist unter den ganz veränderten Verhältnissen zur schlimmsten Bedrohung des Friedens geworden.

Aber es handelt sich nicht nur darum, daß die Motive, die zur Monroe-Doktrin hinführten, heute hinfällig geworden sind: die höchsten Interessen der Vereinigten Staaten verlangen den Abbruch der morsch gewordenen Doktrin. Zunächst war es niemals bestritten, daß der Ausschluß der nichtamerikanischen Welt vom amerikanischen Kontinent nur der Nachsatz zu dem Vordersatz war, daß die Amerikaner sich auf ihren Kontinent mit ihren politischen Interessen beschränken wollten. Auch das war weise Politik zur Zeit Washingtons und zur Zeit Monroes. Aber gleichviel, ob es weise oder unweise zur Zeit Mac Kinleys war, in jedem Falle ist diese Politik längst preisgegeben. Die Amerikaner haben mit den europäischen Mächten in China mitgekämpft; die Amerikaner haben ihre eigne Herrschaft nach Asien ausgedehnt, amerikanische Kriegsschiffe sind mit politischer Mission nach Europa gesandt, kurz, die Amerikaner haben längst ihre Politik über das Erdenrund ausgedehnt, und bei dem europäischen Konzert der Mächte spielt Staatssekretär Hay seit langer Zeit aufs wirkungsvollste mit. Die Ver-

einigten Staaten haben zu oft ihre Monroe-Forderung mit ihrer eignen Enthaltsamkeit begründet, als daß sie sich wirklich berechtigt fühlen könnten, bei der Forderung bestehn zu bleiben, nachdem sie die Enthaltsamkeit aufgegeben.

Wichtiger aber ist ein andres: das eigne Interesse der Vereinigten Staaten verlangt mit Bezug auf Südamerika nur das eine, daß das Land sich glänzend entwickelt, daß seine ungeheuren Schätze gehoben werden, und daß sich so aus blühendem Wirtschaftsverkehr feste Handelsbeziehungen mit Nordamerika ergeben. Das alles ist aber nur dann möglich, wenn gesunde Ordnung einzieht und die Anarchie ein Ende findet. Solange die Monroe-Doktrin künstlich aufrecht erhalten wird, wird sich an der kläglichen, unwirtschaftlichen Ohnmacht des verwahrlosten Landes nichts ändern, denn alle Konsequenzen der Doktrin wirken gerade in dieser Richtung. Es steht genügend fest, daß der Fortschritt von dem Eindringen frischer, gesunder, unternehmungslustiger Kräfte zu erhoffen ist. Sobald sich aber Engländer oder Deutsche oder andre Europäer an die Arbeit begeben, so sind sie den schamlosen Erpressungen und Willkürlichkeiten der sogenannten Regierungen ausgesetzt; und wenn europäisches Kapital die Entwicklung fördern will, dann kann es sich gegen keine Treulosigkeit im Lande schützen. Und alles das nur deshalb, weil die Machthaber wissen, daß sie ihre Raubzüge ungestraft ausführen können, solange die heilige Monroe-Doktrin sich als schützende Wand zwischen sie und die Heimatstaaten ihrer Opfer hinstellt. Sie wissen zu gut, daß ihnen nichts Übles passieren kann, da die Männer in Washington genötigt sind, dem Vorurteil Opfer zu bringen und dafür zu sorgen, daß den verkommenen Staaten kein Haar gekrümmt wird. Alles das wiederum wirkt aber dahin, die Einwanderung gesunder Kräfte in jeder Weise zu unterdrücken und somit das Land der Schlaffheit seiner Bewohner viel zu viel zu überlassen. Fast überall würden die Verhältnisse gesunder und wirtschaftlich kräftiger sein, wenn die Einwanderung stärker wäre und wenn vor allem die Eingewanderten größern Anteil an der politischen Verwaltung hätten.

Etwas anderes wäre es natürlich, wenn die Vereinigten Staaten es als Folgerung der Monroe-Doktrin betrachteten, daß sie nun auch die volle Verantwortlichkeit für die öffentliche Verwaltung trügen, haftbar für die Schulden und für die Verbrechen wären, mit andern Worten, wenn sie im Prinzip Südamerika annektierten; aber davon ist ja keine Rede. Die Vereinigten Staaten haben noch zuletzt in der Venezuela-Frage aufs allerdeutlichste jede Verantwortlichkeit abgelehnt. Wenn sie trotzdem die Monroe-Doktrin festhalten, so können sie eben nicht den Vorwurf ablehnen, daß sie die Anarchie fördern, den Fortschritt eines der reichsten aber unentwickeltsten Teile der Welt künstlich zurückhalten und dadurch den eignen wirtschaftlichen Vorteil viel mehr bedrohn, als es irgend ein europäischer Hochschutzzoll vermöchte. Je mehr Europa in Südamerika einzieht, desto reicher wird sich der Handel und Verkehr entwickeln, und für diese Pionier-Arbeit ist, wie die Geschichte gezeigt hat, der geduldige Deutsche der beste Vorarbeiter. Fast alle wirtschaftlichen Beziehungen der Vereinigten Staaten zu den südamerikanischen Republiken werden durch europäische und besonders deutsche Handelshäuser vermittelt. Der Handel der Vereinigten Staaten nach Südamerika ist heute noch überraschend klein. Fällt endlich die Monroe-Schranke, so wird er sich gewaltig entwickeln.

Dabei hat Amerika von seiner bisherigen Politik nicht einmal den bescheidenen Vorteil, sich durch seine Unliebenswürdigkeit gegenüber den Europäern wenigstens bei den Südamerikanern beliebt zu machen. Im Gegenteil, gerade das Säbelrasseln der Monroe-Lehre klingt den Südamerikanern sehr unangenehm ins Ohr. Es erinnert sie zu lebhaft daran, daß die Vereinigten Staaten, obgleich ihr Gebiet doch schließlich nur einen bescheidenen Bruchteil des Weltteils ausmacht, sich doch unbedingt als Herren des gesamten Gebiets betrachten, und die natürliche Folge ist, daß sich all die Kleinen und Schwachen gegen den einen Großen verbünden und ein gewisses Mißtrauen in wachsendem Maße entwickeln. Die Versuche der Vereinigten Staaten, panameri-

kanische Sympathie-Politik zu treiben, haben keinerlei tiefere Wirkung hervorgerufen, da die Sympathie auf nordamerikanischer Seite durch Verachtung und auf südamerikanischer Seite durch Furcht angekränkelt war. Kurzum, der vorurteilslose Amerikaner muß immer wieder zu dem ceterum censeo kommen, daß die Monroe-Doktrin endlich fallen muß.

Nur muß das eine immer wieder betont werden, daß alle die beigebrachten Motive nur dann Nutzen schaffen können, wenn sie auf die Seele des amerikanischen Volks wirken und dort die wirtschaftlich selbstmörderische Monroe-Doktrin beiseite schaffen. Dagegen darf davon nicht die Rede sein, daß nun Europa anfangen sollte, das Monroe-Pergament zu durchlöchern. Kein südamerikanisches Interesse kann für irgend einen europäischen Staat schwerer wiegen, als die Feindschaft der Vereinigten Staaten, und solange die überwältigende Majorität der Amerikaner an dem Irrwahn festhält, würde die Feindschaft eine erbitterte sein. Ja, es gäbe keinen sicherern Weg, die allmähliche Beseitigung der Doktrin aufzuhalten, als wenn Europa anfinge, ihre Gültigkeit zu bezweifeln.

Der Zersetzungsprozeß muß auf amerikanischer Seite vor sich gehn; aber die natürlichen Interessen und Bedürfnisse des Landes verlangen diese Entwicklung so notwendig, daß das Zutrauen zu dem Wandel berechtigt ist. Eine neue Zeit ist gekommen; der Provinzialismus der Monroe-Doktrin taugt nicht mehr für die amerikanische Weltmacht von heute, und wenn die Verhältnisse sich logisch weiter entwickeln, so ist die Zeit nicht gar zu fern, da das Land der Sterne und Streifen sich über den Westen von Kanada bis Alaska hin ausdehnt und ganz Mittelamerika sich angegliedert hat, die lateinischen Republiken von Südamerika dagegen mit englischen, italienischen, französischen und deutschen Kolonien durchsetzt sind; vor allem aber jene Republiken selbst durch das Erlöschen der Monroe-Doktrin zu Zucht und Ordnung, zu Fortschritt und wirtschaftlicher Genesung geführt sind. Die Vereinigten Staaten sind zu

gesund und zu idealistisch, als daß sie sich auf die Dauer um eines Fetisches willen gegen die Forderungen des Fortschritts wehren könnten.

So werden die Grenzen des Weltreichs sich ausdehnen. Der Welteinfluß der Nation wird stetig wachsen, und notwendigerweise wird die Armee und vor allem die Flotte an diesem Wachstum teilnehmen, auch wenn nicht alle Hobson-Träume sich im Reich der Wirklichkeit wiederfinden werden. Gewiß werden damit auch die Gefahren wachsen; mit der großen Flotte wird der Wunsch kommen, sie zu benutzen. Aber bei alledem muß doch auch anderseits nicht übersehen werden, daß die ganze auswärtige Politik in Amerika schließlich sehr viel weniger als in Europa ein Faktor des öffentlichen Denkens ist. Für die Amerikaner kommt zunächst die innere Politik und dann nochmals die innere Politik, und dann zum drittenmal die innere Politik, und erst nach einer ganzen Weile melden sich die Probleme der auswärtigen Politik. Falls sich die gesamte Verteilung der öffentlichen Interessen nicht wesentlich verändert, so ist dadurch einem Überwuchern der Expansionsideen doch von vornherein Widerstand entgegengesetzt.

Dazu kommt aber nun vor allem ein weitgehendes Mißtrauen gegen allen Militarismus, eine instinktive Furcht, daß der Militarismus die Demokratie zerstört und den Despotismus begünstigt. Kein Zweifel, daß die zunehmenden Beziehungen des Landes zu auswärtigen Nationen sehr viel mehr Macht in die Hände des Präsidenten und der Senatoren-Oligarchie spielen, als es der breiten Masse des Volkes erwünscht ist. Jede bloße Geheimnistuerei des Präsidenten und seines Kabinetts geht gegen die Gefühle der Nation, und diese Gefühlsgruppe wird sich schwerlich ändern; sie stammt aus der tiefsten Tiefe des amerikanischen Wesens. Damit verbindet sich aber auch dann zugleich der positive Glaube an die sittliche Mission der Vereinigten Staaten, die doch eben nicht durch die Mittel der Macht, sondern durch die Kraft der vorbildlichen Vollkommenheit, der höchsten Freiheit, der sichersten Ordnung, der ernstesten Arbeit ihren Weltein-

fluß gewinnen sollen. Wer die Tiefe dieses Glaubens wahrnimmt, kann kaum den Eindruck überwinden, daß alle entgegengerichteten Gefühle in der Volksseele, alle Machtgelüste und imperialistischen Triebe doch nur wie ein flüchtiger Rausch in die Seele der Nation gedrungen sind. In seinem tiefsten Wesen ist Amerika eine Macht des Friedens und des sittlichen Ideals.

Zweiter Teil.

Das wirtschaftliche Leben.

Elftes Kapitel.

Der Geist der Selbstbetätigung.

Auf einmal seh ich Rat Und schreibe getrost: Im Anfang „war die Tat." Andre würden vielleicht schreiben: Im Anfang war der unerschöpfliche Reichtum des Bodens. Und noch andre, mit kürzerm Gedächtnis, wären vielleicht versucht, zu sagen: Im Anfang waren die Trusts. Aber wer die fast märchenhafte wirtschaftliche Entwicklung der Vereinigten Staaten begreifen will, darf es sich nicht so bequem machen, einfach auf die Erzlager und Goldstätten, den Kohlenreichtum und die Ölquellen, den Weizenboden und die Baumwollfelder, den Holzreichtum und die Wasserkräfte hinzuweisen. Auch die Südamerikaner leben auf reichem Boden und selbst die Chinesen. Südafrika bot ganz ähnliche Bedingungen wie der amerikanische Kontinent, und doch war die Entwicklung eine ganz andre. Und selbst der Hinweis auf die eigenartigen Formen der amerikanischen Wirtschaft, wie etwa das Trustwesen, kann doch nur äußere Symptome, nicht das Wesen der Sache sichtbar machen.

Die wirtschaftlichen Riesenerfolge, die sicherlich von großen Schäden und Gefahren begleitet sind, müssen aus der Natur des amerikanischen Menschen verstanden werden.

So wie wir das politische Leben des Amerikaners auf den einen großen Trieb zur Selbstbestimmung zurückführten, so müssen wir hier erkennen, daß es der Trieb zur Selbstbetätigung ist, der das gewaltige wirtschaftliche Schwungrad in Bewegung hält. Der Drang zur Tat hat den Boden ausgenützt, hat die Felder bewirtschaftet, hat die Industrie geschaffen, hat eine wirtschaftliche Kultur erzeugt, die heute schon von der Weltherrschaft träumen kann.

Auch wer da zugibt, daß das Wesentliche solcher Bewegungen nicht in zufälligen äußeren Bedingungen, sondern in den seelischen Kräften der Nationen liegen muß, ist in diesem Falle häufig geneigt, eine ganz andersartige Seelenkraft in den Mittelpunkt des Getriebes zu setzen. Der kultursatte Durchschnittseuropäer ist in der Tat überzeugt, daß diese Intensität der wirtschaftlichen Bewegung das einfache Ergebnis maßloser Habsucht sei. Die Sucht nach dem Golde, die Jagd nach dem Dollar, hat, so hören wir oft, in der Seele des Amerikaners jeden feinern Trieb zerstört, und da er kein höheres Kulturbedürfnis besitzt, so kann er mit nackter, schamloser Geldgier dem Mammon nachjagen; er mag daher mit seiner Barbarenseele manche Geschäftsvorteile über die andern gewinnen, die ein Herz und nicht nur einen Geldsack besitzen und deren Geist der wahren Kultur zugewandt ist.

Ob eine solche Schmähredе, wie sie aus hundert Zeitungen der alten Welt als Trost für den wirtschaftlich Schwächern ertönt, wirklich als Waffe im ökonomischen Streite brauchbar ist, mag dahingestellt bleiben. Wer die Vorgänge in dem neuen Weltreich in ihrer historischen Wirklichkeit erfassen will, kann in alledem nur ein lächerliches Zerrbild sehen, und mancher wird doch vielleicht meinen, daß Europa mit besserer Zuversicht der wirtschaftlichen Zukunft entgegenschreiten könnte, wenn es die Kräfte des großen Widersachers ruhig und gerecht einschätzt und sich ehrlich fragt, ob sich da nicht dieses und jenes lernen läßt.

Mit äußerlicher Nachahmung ist da nirgends gedient. Was aus seelischen Kräften stammt, kann wirkungsfähig von

andern nur dann übernommen werden, wenn die gleichen seelischen Kräfte ins Spiel treten. Fabriken oder Trusts nachmachen, hat keinen Wert, man muß, falls es not tut, den Menschen nachmachen; und ob es not tut, weiß nur derjenige, der den andern in seinem Besten versteht, nicht der, welcher sich begnügt, ihm das Schlechteste unterzuschieben. Ein Großartiges, wie das amerikanische Wirtschaftsleben, kann niemals aus sittlich schlechten Motiven entstehen. Nur ein ganz Naiver stellt sich wohl manchmal vor, daß ein großes Geschäft sich lediglich durch schwindelhafte Reklame entwickelt hat. Der Kaufmann weiß, daß auch die Reklame nur dem guten Geschäfte nützt, daß sie das schlechte Geschäft aber zugrunde richtet. Noch naiver aber ist es, zu glauben, daß die wirtschaftliche Macht Amerikas gewissermaßen in unlauterm Wettbewerb auf unsaubern Wegen mit unzuverlässigem Recht entwickelt und von kulturwidriger, genußsüchtiger Habgier geschaffen wäre. Eher könnte man glauben, daß die zwanzigstöckigen Riesengebäude am untern Broadway auf dem Lehmboden der Straße gebaut seien. Tatsächlich ahnt kein Vorübergehender, der nicht der Fundamentierung solcher Turmbauten zugeschaut, wie, oft hundert Fuß tief unter dem Boden, die Fundamente in den Felsen eingebaut sind. So können die Riesenbauten amerikanischer Wirtschaft nur deshalb sich erheben, weil ein felsenhartes Rechtsbewußtsein als Fundament dient und sittliche Kräfte die Quadern türmen.

Wie steht es denn zunächst mit der Geldsucht des Amerikaners? Eines fällt etwa dem Deutschen sofort auf: der Amerikaner schätzt den Geldgewinn nicht, wenn er nicht Ergebnis eigner Arbeit ist. Es ist leicht, die beweisenden Beispiele dafür zu häufen. Eines der interessantesten ist die Abwesenheit der Mitgift. In Deutschland oder Frankreich ist die Bereicherung auf dem Wege der Heirat ja eine der zuverlässigsten Einnahmequellen für weite Kreise der männlichen Bevölkerung. Ganze Berufe sind ja durch das Mißverhältnis zwischen Besoldung und sozialer Anforderung auf ererbtes oder erheiratetes Vermögen zugeschnitten, und die

Jagd nach Mitgiften, ja der ganze kommerzielle Charakter der Heirat in beträchtlichen Kreisen des europäischen Kontinents überrascht den Amerikaner immer wieder. In seiner Heimat kennt er derlei nicht. Daß ein junges Paar, auch wenn die Eltern der Frau vermögend sind, über die Verhältnisse des Mannes hinaus lebt, ist ganz ungewöhnlich. Überall sieht man, wie die Töchter aus reichen Häusern in den bescheidenen Haushalt des erwählten Gatten eintreten, und der Mann selbst würde es als eine Erniedrigung empfinden, aus der schwiegerväterlichen Tasche zu leben. Tatsächlich ist denn auch die eigentliche Mitgift bei Lebzeiten der Eltern nahezu unbekannt.

Um ein andres Beispiel anzuführen, das auch gerade durch den Gegensatz zum europäischen Kontinent wirksam ist, sei auf die Verachtung hingewiesen, mit der der Amerikaner auf alles Lotteriespiel blickt. Wäre er wirklich lediglich auf Geld erpicht, so würden Mitgift und Lotterie ja doch die bequemsten Hebel sein. Tatsächlich aber ist die Lotterie nicht nur gesetzlich verboten, und zwar in jeglicher Form, sondern das gesamte sittliche Empfinden sträubt sich gegen jedes Zufallsspiel. Erst kürzlich konnte der Präsident der Harvard-Universität in einer öffentlichen Rede, in der er über den Wechsel der sittlichen Anschauungen sprach, vor großer Versammlung als eines der drastischsten Beispiele für den Wandel der ethischen Ideen erzählen, daß noch vor zwei Generationen die Stadt Boston eine Lotterie veranstaltete, um die Mittel zum Aufbau eines abgebrannten Universitätsgebäudes zu gewinnen. Lebhaft wies er darauf hin, wie ein solches Verfahren uns heute geradezu undenkbar erscheine und wie sich unser Gefühl heute dagegen sträube, daß der sittliche Zweck, die Gelder für ein Lehrgebäude zu gewinnen, durch das schlechthin unsittliche Mittel einer öffentlichen Lotterie erreicht werden könnte. Das ganze Auditorium schien seinen Standpunkt als selbstverständlich zu betrachten, ohne die geringste Ahnung, wieviele Dreimarklose noch heute Dome bauen. Amüsant war es, zu verfolgen, wie Carnegies Schützling Schwab, der angestaunte Leiter der Stahlwerke,

in der öffentlichen Meinung sank, als von der Riviera die Nachricht kam, daß er in Monaco am Spieltisch zu sehen sei. Geld verdienen, ohne sich zu betätigen, erscheint dem Amerikaner verächtlich. Es kommt eben offenbar nicht auf das Geld, sondern auf die Betätigung an; diese allein sucht er, diese schätzt er und nur um dieser willen wertet er das Geld.

Auf den ersten Blick erscheint es, als sei dieser Widerwille gegen das Spiel nicht ernst zu nehmen. Nicht das kommt in Betracht, daß die Polizei hie und da hinter verbarrikadierten Türen eine Spielhölle entdeckt; Verbrecher gibt's überall. Wichtiger aber scheint das Spekulationsfieber weiter Kreise. So mancher Börsenmann sagt lächelnd: „Wir sind nun einmal eine Nation von Spielern", und von seinem Standpunkt aus hat er recht. Er sieht, wie die obersten und die mittlern und die untern Schichten immer wieder ihren Besitz in unsichern Börsenwerten anlegen, wie das Publikum sich um Werte reißt, die den größten Kursschwankungen unterliegen, wie der Droschkenkutscher und der Kellner sich am Kurszettel aufregen und die neuen Bergwerksaktien und die Industriepapiere vom Schullehrer und vom Handlungsgehilfen begierig gekauft werden. Der Börsenmann sieht da die Spielernatur des Volkes, weil er sich notwendig des ungeheuren Risikos bewußt ist und genau weiß, daß der Käufer kaum den kleinsten Teil der preisbildenden Faktoren übersehen kann.

Im Bewußtsein des Publikums aber spiegelt sich solch ein Erwerb ganz anders. Der kleine Mann, der seine paar Dollars in solchen unsichern Papieren anlegt, empfindet sich selbst durchaus nicht als Spieler; er glaubt, daß er gerade die Marktlage übersieht. Er kauft nicht auf gut Glück, er verfolgt lange Zeit täglich die Börsennachrichten, befragt seine Freunde und läßt sich Winke geben, so daß er überzeugt ist, der etwaige Gewinn sei nur Ergebnis seiner eigenen Schlauheit und Voraussicht. Würde er das Ergebnis als Zufallsprodukt betrachten, wie es dem Börsianer erscheint, so würde er sich nicht nur hüten, sein Geld dort

zu vergeuden, sondern der Vorgang würde ihn wirklich innerlich abstoßen; und mag er auch noch so oft verloren haben, immer wieder glaubt er, daß er nun die Marktlage wirklich im voraus berechnen kann.

Das gleiche gilt sogar von den Wetten, zu denen das Aufregungsbedürfnis der Angelsachsen immer wieder hindrängt: eine Wette ist keine rechte Wette für ihn, wenn es sich lediglich um Zufall handelt. Jede Seite macht ihre Berechnung und hat ihre besondern Erwägungen, empfindet den Gewinn also als Produkt der eignen geistigen Betätigung. Wirklicher Spielergewinn reizt den Amerikaner nicht; selbst in seinem grotesken Pokerspiel bekundet sich dieser Zug. In gewissem Sinne gehört hierhin auch der Widerwille des Amerikaners gegen alles Trinkgelderwesen. Die soziale Erniedrigung, welche der Selbstbehauptung des Individuums entgegenwirkt, steht bei der Trinkgelderfrage freilich im Vordergrund, aber daneben wirkt doch auch die Abneigung, Lohn zu empfangen, der nicht durch Selbstbetätigung erworben ist.

Den negativen Erscheinungen entsprechen die positiven, in erster Linie der Gebrauch, der von dem erworbenen, oft in der Tat eroberten Gelde gemacht wird. Wäre der Amerikaner wirklich geldsüchtig, so würde er nicht mit so freigebiger Hand seine Schätze verteilen. Geld zu erarbeiten, reizt ihn; Geld zu besitzen, lockt ihn wenig. Und immer wieder sehen wir, wie die reichsten Männer Sorge tragen, daß kein gar zu großer Bruchteil ihres Vermögens in die Hände ihrer Kinder gelangt; sie glauben nicht, daß der bloße Besitz, der nicht durch eigne Kraft erlangt ist, an sich ein Glück oder ein Segen sei. Aus diesen Motiven heraus erklärt sich zunächst die königliche Freigebigkeit für öffentliche Zwecke.

Wohltaten lassen sich schlecht von der Statistik bearbeiten. Gerade in Amerika wird das meiste im stillen verschenkt, und naturgemäß überwiegen bei weitem die kleinen Gaben, von denen die Öffentlichkeit nichts erfährt. Trotzdem bleibt noch genug zu berichten, wenn man nur

von einem Symptom amerikanischer Hilfsbereitschaft spricht, von den großen Gaben für öffentliche Zwecke. Wenn wir nur diejenigen Geldgeschenke berücksichtigen, die über $ 1000, also über M. 4000, hinausgehen, und die für öffentliche Institute bestimmt waren, so ergibt das Jahr 1903 die hübsche Gesamtsumme von $ 76 935 000. Kein Zweifel, daß, wer die kleinern Geschenke unter $ 1000 kennte, von gleich hoher Summe erzählen dürfte, und wer gar Privatwohltätigkeit hineinrechnen wollte, der würde noch weiter multiplizieren müssen.

Von jenen öffentlichen Wohltaten kamen allein $ 40 700 000 auf Unterrichtsinstitute. So wurden 1903 der Harvard-Universität in Boston insgesamt $ 5 000 000 geschenkt, der Columbia-Universität in Newyork $ 3 000 000 und der Chicago-Universität sogar über $ 10 000 000. Yale erhielt $ 600 000, und die gleiche Summe floß dem Negerinstitut in Tuskegee zu. Johns Hopkins und die Universität von Pennsylvania erhielten etwa eine halbe Million. Hospitäler und ähnliche Anstalten wurden mit $ 21 726 000 bedacht. Für öffentliche Bibliotheken wurden $ 7 583 000 gegeben, für religiöse Zwecke $ 3 996 000, für Museen und Kunstsammlungen $ 2 927 000. Wer aber im amerikanischen Leben steht, der weiß, daß diese Bereitwilligkeit, zu geben, von den Carnegies und Rockefellers bis zum geringsten Arbeiter hinunter geht, und daß es leicht ist, für jeden guten Zweck die nötigen Mittel aus Privattaschen herauszulocken. Eine Nation, welche so freigebig wegschenkt, mag zum Golde drängen, aber kann nicht am Golde hängen.

Daß der eigentliche Reiz des Gelderwerbs für den Amerikaner nicht im Besitz, sondern nur im Erarbeiten liegt, zeigt sich auch, in einer für den Europäer fast verblüffenden Weise, in der Gemütsruhe, mit der er Geldverluste hinnimmt. Gewiß hilft ihm dabei sein unverwüstlicher Optimismus; er läßt niemals die Hoffnung sinken und vertraut, daß das Verlorene bald wieder neu gewonnen sein wird. Aber das unmittelbarere Motiv für jenes seelische Gleichgewicht liegt doch wohl darin, daß ihm am Besitz selbst viel weniger

gelegen ist als an dem Ringen um den Besitz. Der Amerikaner jagt dem Golde nach, wie er auf dem Tennisplatz mit Anspannung aller Kräfte dem Tennisball nachjagt; aber es ist das Spiel, welches ihn erfreut, nicht der Kampfpreis. Und verliert er, so empfindet er es nicht so, als wenn mit seiner Habe ein Teil seiner Persönlichkeit gewissermaßen weggerissen wäre, sondern nur, als wenn er beim Sport die letzte Partie verloren hätte. Als kürzlich einmal an der Börse von Newyork ein furchtbarer Kurssturz einsetzte und Hunderte von Millionen verloren wurden, da schrieb eine führende Pariser Zeitung mit Recht: „Wenn eine solche Finanzkrisis sich bei uns in Frankreich ereignet hätte, so würden wir Paniken, Katastrophen, einen Krach in Staatsrenten, Selbstmörder, Straßenkrawalle, eine Ministerkrisis und Gewalttätigkeit gegen Ausländer — alles in einem Tage gehabt haben; Amerika dagegen ist ruhig, und die Opfer des Kampfes streben nur danach, wieder ihre Besinnung zu erlangen. Frankreich und die Vereinigten Staaten sind offenbar zwei ganz verschiedene Welten in ihrer Zivilisation und ihrer Denkungsart."

Für die Auffassung von Geld und Gelderwerb stellen in der Tat die Vereinigten Staaten und Frankreich gewissermaßen die beiden äußersten Extreme dar; Deutschland steht etwa in der Mitte. Dem Franzosen liegt am Gold als solchem. Kann er es durch Erbschaft oder Spiel oder Mitgift mühelos erringen, desto besser; verliert er es, so verliert er einen Teil seiner selbst, und hat er genug erworben, um seinen Lebensgenuß gesichert zu wissen, so zieht er sich so schnell wie möglich von der gelderwerbenden Arbeit zurück. Es ist bekannt, wie der Durchschnittsfranzose sein Ziel darin sieht, den Rentier zu spielen. Für den Amerikaner gilt in jeder Beziehung das Umgekehrte. Nicht nur, daß er den Verlust mit Gemütsruhe erträgt und den Gewinn verachtet, wenn er nicht erarbeitet ist: er würde vor allem um keinen Preis die Freude an der erwerbenden Arbeit aufgeben. Ob er viel oder wenig erworben, er wird geduldig bei seiner Arbeit bleiben, und so wie es keinem Gelehrten oder Künstler ein-

fallen würde, zu erklären, daß er nun genug gearbeitet habe und den wissenschaftlichen oder literarischen Rentier spielen wolle, so denkt kein Amerikaner daran, sich in voller Kraft vom Platz der Geschäftsarbeit zurückzuziehen. Der Beruf des Rentiers ist tatsächlich nahezu unbekannt. Und junge Männer, die keine Erwerbstätigkeit ergreifen, weil sie es „nicht nötig haben", können sich nur dann sozialen Respekt verschaffen, wenn sie ihre Arbeitskräfte in den Dienst des Gemeinwohls stellen. Wer nur besitzt und nicht arbeitet, wird sich durch keinen Prunk soziale Stellung erwerben.

Damit ist denn auch schon gesagt, daß der Amerikaner das Geld nicht in erster Linie als Mittel für den materiellen Genuß sucht. Solche Auffassung darf natürlich nicht übertrieben werden. Gewiß erlaubt der reiche Amerikaner sich und mehr noch seiner Frau und seinen Töchtern jeden denkbaren Luxus. Nirgends in der Welt umschließt das Privathaus reichere Kostbarkeiten, nirgends wird so viel für Toiletten und Juwelen, für Equipagen und Dienerschaft, für Landhäuser und Jachten, für Kunstwerke und Privatbibliotheken hingegeben, und gewiß muß so mancher sich beim Geschäfte abmühen, um den kostbaren Haushalt jahraus jahrein bestreiten zu können. Und gewiß wiederholt sich auch alles das auf bescheidenerem Niveau; nach europäischen Begriffen lebt auch der Arbeiter luxuriös. Trotz alledem wird kein wirklicher Kenner des Landes bestreiten, daß der materielle Genuß als solcher in der neuen Welt eine geringere Rolle spielt als in der alten. Den Europäern ist es immer wieder aufgefallen, wie sehr das amerikanische Leben auf Arbeit zugeschnitten ist und wie sehr das Vergnügen dabei zu kurz kommt. Man hat oft gesagt, daß der Amerikaner noch nicht gelernt habe, vom Leben Freude zu haben; daß er wohl wisse, das Geld zu erarbeiten, aber nicht, sich mit dem Gelde Genuß zu verschaffen. Und das ist vollkommen richtig. Nur bleibt die Hauptsache dabei unbeachtet, daß nämlich vermöge seiner seelischen Organisation gerade das Erarbeiten des Geldes dem Amerikaner die höchste Freude bringt und die Selbstbetätigung im Erwerb ihm mehr Genuß

schafft als das Ausgeben des Geldes ihm irgendwo in der Welt bringen könnte.

Es ist daher grundfalsch, den Amerikaner als Materialisten zu brandmarken und ihm Idealismus abzusprechen. Ein Volk soll durchaus als materialistisch gelten, wenn in seinem Interessenkreis Probleme aus der Welt der Materie im Vordergrund stehen, und dünkt sich gern als idealistisch, wenn es sich vorwiegend mit nichtmateriellen, nichtkörperlichen Objekten befaßt. Da liegt aber eine ganz willkürliche Konfusion der Begriffe vor. In der Philosophie kann man allenfalls den Gegensatz von materialistischer und idealistischer Weltanschauung auf den Gegensatz von materiellen und immateriellen Objekten zurückführen. Materialistisch ist dann jene pseudophilosophische Theorie, welche die gesamte Wirklichkeit aus der Existenz materieller Objekte ableitet, und idealistisch eine Weltanschauung, welche die Existenz körperlicher Dinge von der Wirklichkeit geistiger Tatsachen abhängig denkt. Wenn wir aber Nationen materialistisch oder idealistisch nennen, so ist es ein Spiel mit Worten, wenn wir da die metaphysischen Begriffe heranziehen, statt die Begriffe in ihrem sozialpsychologischen und ethischen Sinne zu benutzen. In der Welt des Ethischen bedeutet aber eine materialistische Gesinnung im wesentlichen eine auf den Genuß gerichtete Lebensauffassung, während idealistisch die Gesinnung ist, welche nicht die angenehmen Folgen der Tat, sondern den Wert der Tat selbst zum Motiv nimmt.

Wird der Begriff des Materialistischen und Idealistischen aber in diesem ethischen Sinne festgehalten, so ist es klar, daß es nun vollkommen gleichgültig ist, ob jene beiden entgegengerichteten Lebensauffassungen sich an materiellen oder an immateriellen Aufgaben betätigen. Wer materialistisch ans Leben herantritt, nicht die Werte, sondern die angenehmen Wirkungen der Dinge zum Motiv nimmt, der kann seine selbstische Lust genau so sehr an immateriellen wie an materiellen Objekten befriedigen. Gleichviel, ob wir uns an Tafelfreuden und Sinnesgenuß, an wirtschaftlichen Schätzen und Geldeswert, oder an Politik und Wissenschaft

und Kunst Genuß verschaffen, wir bleiben Materialisten, solange der Glaube fehlt, solange die Kunst uns nur Mittel zum Genuß, die wissenschaftliche Leistung nur Hebel zum Ruhm, die politische Tat nur Mittel zur Macht, die geistige Arbeit nur Werkzeug des Erfolgs ist. Wer aber als Idealist ans Leben herantritt, die Tat vollbringt, weil er an den Wert der Tat glaubt, für den kann es keinen Unterschied machen, ob er seine idealistische Gesinnung an körperlichen oder an geistigen Dingen betätigt, ob er redet und spricht, dichtet und malt, verwaltet und Recht spricht, oder ob er Brücken baut und Schienen legt, Sümpfe trocknet und Wüsten fruchtbar macht, die Schätze der Erde aus dem Boden holt und die Kräfte der Natur bemeistert. In diesem Sinne droht die Kultur der alten Welt an tausend Stellen materialistisch zu verflachen, und nicht am wenigsten da, wo sie am lautesten von geistigen Gütern redet und mit Verachtung auf alles Materielle herabschaut; und in diesem Sinne erhebt die Kultur der neuen Welt sich immer wieder zum lautersten Idealismus, und nicht am wenigsten da, wo sie sich mit den Problemen der materiellen Natur abquält und wirtschaftliche Güter schafft.

Hier liegt der Kernpunkt: Das wirtschaftliche Leben bedeutet für den Amerikaner eine Schaffung von Wirklichkeiten, die an sich wertvoll sind. Es ist nicht Mittel zum Zweck, sondern es ist Selbstzweck. Wenn zwei Halme wachsen, wo nur einer wuchs, zwei Schienenstränge gehen, wo nur einer ging, Produktion, Austausch, Verkehr wachsen, Unternehmungen gedeihen, so wird Leben geschaffen und damit ein an sich Wertvolles. Dem kontinentalen Europäer gilt der wirtschaftliche Beruf als ein durchaus ehrbarer, aber nicht als ein edler. Wirtschaftliche Tätigkeit erscheint ihm als ein Mittel, sich und die Seinen zu erhalten, und seine Aufgabe ist, wirtschaftliche Bedürfnisse, die nun einmal existieren, zu befriedigen.

Der Kaufmann fühlt sich dort nicht als freier Schöpfer, wie der Künstler und Gelehrte. Er ist kein Erfinder und kein Eroberer und kein Erzeuger, und die geistige Ener-

gie, die er aufwendet, scheint dadurch in den Dienst eines niedrigen Zweckes gestellt, dem man nur dient, weil die Notwendigkeit des Lebens es erzwingt. Daß wirtschaftliche Werte zu schaffen selbst im höchsten Sinne Kulturleistung ist, die an sich wertvoll ist, gleichviel, ob sie dem Schaffenden selber nützlich ist oder nicht, daß es ein an sich Großes ist, das Leben des nationalen wirtschaftlichen Organismus zu fördern und zu steigern, das hat wohl mancher königliche Kaufmann in Europas Vergangenheit gefühlt, und mancher Hanseate weiß es auch heute; aber dem Volksbewußtsein ist es fremd, während die ganze Atmosphäre Amerikas gerade mit diesem Gefühl erfüllt ist. So wie Hutten einst ausrief: „Jahrhundert, es ist eine Lust, in dir zu leben: die Wissenschaften und die Künste blühen", so möchte der Amerikaner ausrufen: „Es ist eine Lust, in unsrer Zeit zu leben: der Handel, der Verkehr, der Austausch, die Industrien blühen". Jeder einzelne fühlt sich gehoben dadurch, daß er Teil von diesem gewaltigen Ganzen sein kann, und die sozialen seelischen Wirkungen dieser Grundstimmung müssen sich nun im gesamten Nationalleben bekunden.

Eine Nation kann niemals ihr Bestes in einem Gebiete leisten, an dessen Selbstwert sie nicht aus tiefster Seele glaubt. Was nur als Notbehelf getan wird, wird niemals von den bedeutsamsten nationalen Kräften getan. Mit Männern zweiten Ranges kann aber nirgends das Größte geleistet werden. Wenn die besten Kräfte einer Nation auf das Wirtschaftsleben herabblicken, ja wenn der rechte Glaube an den Kulturwert der Wirtschaft fehlt und die schöpferischen Geister sich fernhalten, dann wird die Nation wirtschaftlich notwendig überflügelt werden von andern, in denen die genialsten Kräfte sich mit idealistischer Leidenschaft in den Dienst der wirtschaftlichen Nationalaufgaben stellen. Was sie dort leisten, wird als Kulturtat dankbar gepriesen, und der Ruhm gemeinsam mit der Liebe zum Werk spornt sie mehr als der Gewinn, den sie erzielen. Ja der Gewinn selbst ist ihnen in erster Linie nur der Maßstab für ihre Betätigung im Dienst des Kulturwerkes.

Der amerikanische Kaufmann schafft um des Geldes willen nicht anders, als wie der echte Maler um des Geldes willen malt. Der hohe Preis, den sein Bild erzielt, ist ihm willkommener Beweis für die weite Schätzung seiner Kunst; aber er wird die Schätzung nie finden, wenn er nur um des Geldes willen statt um des künstlerischen Ideals willen den Pinsel führt. Das Riesenland wirtschaftlich zu erschließen, die Wälder und Felder, die Berge und Flüsse in den Dienst der wirtschaftlichen Kultur zu zwingen, die Millionen der Bewohner zu immer neuen Bedürfnissen anzuregen und die Bedürfnisse aus Eignem zu befriedigen, den Reichtum der Nation zu heben und schließlich wirtschaftlich die Welt zu beherrschen und in der eignen Nation die wirtschaftliche Kraft des Individuums zu ungeahnter Potenz zu erheben, das hat die Amerikaner fasziniert, und durch den idealistischen Glauben an den Kulturwert solchen Zieles ist die Mitarbeit jedes einzelnen geadelt worden.

Im Dienst dieser Kulturaufgabe sich zu versuchen, reizt schon den kleinen Jungen. So wie ein Knabe vielleicht früh Verse macht oder Skizzen zeichnet, so strebt in Amerika schon der jüngste Bauernbursche oder Stadtjunge, in diesem nationalen Wirtschaftsgetriebe irgendwo und irgendwie mitzuhelfen, und gleichviel, ob er auf der Straße Zeitungen verkaufen oder auf der Nachbarfarm die Kühe melken hilft, er ist stolz auf die paar Cents, die er heimbringt, nicht weil er das Geld nun hat, sondern weil er es sich selber verdiente, und das Selberverdienen der einzig mögliche Beweis dafür ist, daß seine Tätigkeit dem Wirtschaftsleben nützlich war. Das allein spornt ihn und füllt ihn mit Ehrgeiz, und wenn aus dem kleinen Zeitungsjungen ein großer Eisenbahnpräsident, aus dem Bauernburschen ein mächtiger Fabrikbesitzer geworden ist, und beide in ihrem Millionenbesitz doch immer wieder von früh bis nachts nur von dem Gedanken verzehrt werden, wie sie das Wirtschaftsleben der Nation erweitern und vertiefen können und wie sie in immer neuen Unternehmungen sich schöpferisch betätigen können, so war von Anfang bis zu Ende nicht der Lohn, sondern die Arbeit

selbst, die wirtschaftliche Kulturarbeit, der Inhalt ihres Lebens.

Männer, die so empfanden, haben die Nation großgemacht, und kein Amerikaner würde zugeben, daß ein Mann, der sein Leben der Verwaltung oder der Rechtsprechung, der Kunst oder der Wissenschaft widmet, einen kulturell höhern oder an sich wertvollern Lebensinhalt schaffen könnte. Von einem Materialismus der Denkungsweise darf da nirgends die Rede sein. So kommt es denn, daß gerade die begabtesten Jungen, die sozial tüchtigsten Kräfte, sich dem Wirtschaftsleben zuwenden, und die Söhne der besten Häuser nach dem Universitätsbesuch mit Begeisterung ins Kontor eintreten. Wie sehr der Wert des Wirtschaftslebens sich der Volksseele einprägt, bekundet sich auch fortwährend in Gesprächen. Man plaudert in Amerika über wirtschaftliche Bewegungen mit einem öffentlichen Interesse, das man in Europa wohl für Politik und Kunst und Wissenschaft, aber selten für kaufmännische Fragen findet. Männer, die gar nicht daran denken, Börsenwerte zu kaufen oder zu verkaufen, unterhalten sich über das Steigen und Fallen der Kurse der verschiedenen Industriepapiere oder Eisenbahnwerte, wie man sich über Parlamentsdebatten unterhält. Und die neuen wirtschaftlichen Unternehmungen in einer Stadt etwa erfüllen die Bewohner mit einem Lokalstolz, der sich gern in Gesprächen bekundet.

Der Mittelpunkt dieses ganzen Getriebes liegt also nicht in der Habsucht, überhaupt nicht in dem Gedanken ans Geld, sondern durchaus in dem Geist der Selbstbetätigung. Daß er sich so lebhaft entwickelte, kann nicht wundernehmen. So wie der Geist der Selbstbestimmung das historische Produkt der Kolonialzeit war, so ist der Geist der Selbstbetätigung das notwendige Ergebnis der Pionierzeit. Die Männer, die zur neuen Welt hinüberkamen, hatten mit der Natur zu kämpfen. Selbst wo die Natur verschwenderisch reich ihnen gegenübertrat, mußte der Reichtum erobert werden. Die Wälder mußten gefällt, die Sümpfe getrocknet werden. Ja, wenn die wirtschaftliche Welt, zur Jahrhundertfeier des Loui-

sianaankaufs, zur Weltausstellung in St. Louis einkehrt, in einer Stadt, die heute 8000 Fabriken besitzt, so darf nicht vergessen werden, daß selbst dort vor drei Generationen noch Wildnis herrschte.

Von den Tagen, da die ersten Pioniere von der Küste aus ins Innere drangen, bis zu den Tagen, da mehr als zwei Jahrhunderte später die Schienenwege über die Felsengebirge vom Altantischen bis zum Stillen Ozean geführt wurden, war die Geschichte der Nation eine Geschichte des Kampfes gegen die Natur, eine Geschichte der trotzigen Eroberung. Und Jahrhunderte hindurch wurde dieser Kampf sozusagen von den einzelnen geführt, an hunderttausend Stellen gleichzeitig durch die Einzelarbeit von Pionieren. Wer sich nicht in beharrlicher Arbeit zu betätigen wußte, der war verloren. Aber die Gewalt der Aufgabe spornte die Kräfte und trieb den Geist der Selbstbetätigung zur energischsten Entfaltung. Dabei hatten die historischen Bedingungen der Einwanderung selbst schon als Auslese in diesem Sinne gewirkt: nur die Tatenlustigen hatten den Mut gefunden, sich von den heimischen Herden loszureißen; nur die Energischsten hatten in jenen vergangenen Zeiten die Fahrt über den Ozean gewagt. Und diese Schaffenslust fand nun wieder vollste Befriedigung in der Neuen Welt; denn wie Emerson sagt: „Amerika ist schließlich nur ein andrer Name für Gelegenheit".

Diese Erbschaft der Pionierzeit kann aber auch unter den veränderten Verhältnissen von heute nicht verschwinden. Dieser Drang, seiner selbst bewußt zu werden dadurch, daß man sich selber wirtschaftlich betätigt, muß dabei durch mancherlei Nebenumstände begünstigt werden. Sowohl das politische wie das soziale Leben der Demokratie verlangt Gleichheit und muß daher alles soziale Klassen- und Titelwesen und alles politische Ordensverleihen von vornherein ausschließen.

Nun wäre die Einförmigkeit einer wirklich unterschiedslosen Gesellschaft natürlich unerträglich, und so werden denn unvermeidlich die nicht ausschließbaren Fak-

toren der Verschiedenheit in stärkerem Maße zur Unterscheidung herangezogen. Die Differenzierung durch Geldbesitz kann in monarchischen Ländern durch Adel und Titel und Ordensunterscheidung sehr viel mehr verwischt oder wenigstens durchkreuzt werden, als in demokratischen Nationen, und so gestaltet es sich denn notwendigerweise so, daß in Ländern, in denen eine offizielle Abstempelung prinzipiell vermieden wird, der Reichtum an sich als Mittel zur Hervorhebung gesucht wird. Aber darüber kann kein Zweifel sein, daß der Reichtum diese hervorhebende Kraft in den Vereinigten Staaten doch schließlich nur deshalb besitzt, weil er eben als Maßstab der Selbstbetätigung gilt und die primitive Gleichung zwischen Wohlstand und Tüchtigkeit dem nationalen Bewußtsein doch noch näher liegt, als die objektiven Verhältnisse es rechtfertigen. So kommt es denn auch, daß der Amerikaner gern seinen „standard of life" hoch wählt. Er empfindet darin lediglich den Ausdruck der Tatsache, daß er dies Examen des Daseins gut bestanden hat, daß er sich selbst betätigt hat und als solch Selbstbetätiger von seiner Umgebung respektiert werden soll. Dieser aus dem intensiven Wirtschaftsleben sich ergebende Drang nach hohem Lebensstandard wird nun selbst wieder die reichste Quelle für die Förderung des wirtschaftlichen Lebens. Der unverhältnismäßige Reichtum an Lebensbedürfnissen im Hause des Arbeiters, des Handwerkers, des Bauern steigert die wirtschaftliche Aufnahmekraft der Nation am allermeisten.

Eine der ersten Wirkungen dieses Selbstbetätigungsgeistes ist naturgemäß die, daß jede Arbeit, die wirklich Arbeit ist, Respekt verlangt und niemals Erniedrigung mit sich bringt. Tatsächlich sieht man denn im Lande auch fortwährend, daß Männer von einer Art des Lebenserwerbs zu einer andern Art übergehen, die nach europäischem Maßstab als weniger angesehen gelten würde, während das amerikanische Gefühl nicht verletzt wird. Ganz besonders übernimmt der Amerikaner gerne Nebenarbeiten neben seinem Beruf, um seine Einnahmen zu steigern, und auch da ergeben

sich oft überraschende Kontraste. Selbstverständlich hat alles das seine Grenzen, und die soziale Etikette spielt tatsächlich hinein, auch wenn der Amerikaner es meist nicht wahrhaben will. Wenn ein Prediger etwa die Pfarre aufgibt, um Redakteur zu werden oder in die Leitung einer Fabrik einzutreten, so wundert sich niemand. Wird er Agent einer Versicherungsgesellschaft, so ist man überrascht. Wird er — es handelt sich dabei nicht um ein fiktives Beispiel — Vertreter einer Patentmedizin für Hautkrankheiten, so ist man erstaunt. Wird er Besitzer einer Bierkneipe, so ist man entsetzt.

In ähnlicher Weise ist es mit den Nebenberufen. Wenn etwa ein Universitätsstudent andern Studenten Nachhilfe erteilt, so gilt es als selbstverständlich; wenn er in den Universitätsferien als Portier in einem Sommerhotel oder während des Semesters als Kohlenschaufler bei der Zentralheizung sich die Mittel zum Studium verdient, so bedauert man vielleicht, daß er dazu genötigt ist, aber findet es sehr respektabel und korrekt. Wenn er dagegen in den Ferien sich als Barbier vermietet, oder während des Semesters in der Kunstschule als nacktes Modell steht, so lehnt man ihn ab, weil Modellstehen passiv ist und somit keine Selbstbetätigung einschließt, und Rasieren eine persönliche Dienstleistung ist, die mit der geistigen Würde der Studententätigkeit nicht in Einklang zu bringen ist. So korrigiert denn das soziale Empfinden tatsächlich auch in der neuen Welt durchaus die theoretische Maxime von der Gleichwertigkeit aller Arbeit; aber daß der Spielraum dieser Maxime da doch unendlich größer ist, als in der alten Welt, unterliegt keinem Zweifel; und das entscheidende Prinzip bleibt doch überall die Frage der Selbstbetätigung.

Die weitgehende Sozialgleichheit des Landes, mit der wir uns in anderm Zusammenhang später ausführlich beschäftigen werden, würde tatsächlich unmöglich werden, wenn nicht dieser Glaube an den Gleichwert aller Arbeit als Arbeit das nationale Bewußtsein beherrschte. Ob die Arbeit viel oder wenig einbringt, ob sie viel oder wenig Vorbildung

voraussetzt, das gilt als unwesentlich bei der Beurteilung des Nachbars. Entscheidend ist nur, ob er ein Leben der Selbstbetätigung führt oder nur passiv durchs Dasein getragen wird.

Ein Volk, das die wirtschaftliche Selbstbetätigung so hoch stellt, muß fleißig sein. In der Tat ist kein Eindruck so unmittelbar wie der, daß diese Bevölkerung fleißig bei der Arbeit ist, und daß alles Vergnügen und alles, was Müßiggang voraussetzt, nur dazu da ist, um bei der Arbeit frisch zu erhalten. Wer aber nicht nur hie und da, sondern dauernd fleißig sein will, muß die sicherste Ausnutzung seiner Kräfte lernen. Gerade darin hat das amerikanische Volk eine Höhe erreicht, die das Können jeder andern Nation überragt. Hierhin gehört zunächst schon die Nüchternheit. Man kann nicht dem Frühschoppen hold sein und doch das größtmögliche Arbeitsmaß erreichen. Der Amerikaner, der arbeitet, kennt alkoholische Getränke erst nach Schluß der Arbeitsstunden, und das gilt für den Millionär, der die Fabrik leitet, genau so wie für seinen Arbeiter und für den Bahnpräsidenten genau so wie für den Schaffner. Dagegen weiß der amerikanische Hand- und Kopfarbeiter, daß nur ein wohlernährter Körper kräftige Leistung zu vollbringen vermag. Was der Arbeiter an Bier und Branntwein erspart, legt er gewissenhaft in Roastbeef an. Oft hat man auch beobachtet, und gerade deutsche Sachkundige haben ihre Verwunderung ausgesprochen, daß der Amerikaner trotz der außerordentlichen Anspannung sich niemals überanstrengt. Der Arbeiter in den Fabriken beispielsweise arbeitet niemals im Schweiße. Auch da handelt es sich um diejenige Beherrschung der Kräfte, welche auf die Dauer den größten Erfolg verspricht.

Ganz besonders bekundet sich das in der geradezu virtuosenhaften Ausnützung der Zeit. Oberflächliche Betrachter haben das manchmal so mißdeutet, als wenn der Amerikaner stets in Eile sei; aber gerade das Gegenteil ist der Fall. Wer fortwährend eilen muß, hat über seine Zeit schlecht disponiert und hat somit für nichts die volle Zeit, die nötig

ist, um die Arbeit in vollendeter Weise zu erledigen. Der Amerikaner ist durchaus nicht in Eile. Dagegen trifft er die Verfügung über seine Zeit so, daß nirgends Vergeudung dieses kostbaren Materials entsteht. Er mag nicht warten oder müßig sein. Eines gliedert sich genau ans andre an und mit sachlicher Präzision wird eins nach dem andern glatt erledigt. Verabredungen werden auf die Minute genau angesetzt und eingehalten, und das Resultat ist, daß nicht nur nirgends Überhastung nötig wird, sondern daß er im Gegenteil für alles Zeit übrig hat. Es ist ganz erstaunlich, wie bekannte Männer des politischen oder wirtschaftlichen oder geistigen Lebens, die mit tausend Verantwortlichkeiten belastet und scheinbar unsinnig mit Arbeiten überbürdet sind, durch diese wundervolle Organisation ihrer Umgebung und ihrer eignen Tagesstunden tatsächlich noch für alles und jedes Zeit übrig haben.

Unter den vielen Dingen, für die der Amerikaner durch seine meisterhafte Zeiteinteilung Zeit übrig behält, sind auch so manche, die für einen beschäftigten Mann eigentlich überflüssig erscheinen. Er verwertet tatsächlich einen ganz überraschend großen Bruchteil seiner Zeit beispielsweise für Toilettenangelegenheiten oder für Sport oder für Zeitungslektüre, so daß die in Europa verbreitete Vorstellung, als wenn der Amerikaner nicht nur fortwährend in Eile sei, sondern überhaupt für nichts als seine Arbeit Zeit übrig habe, in jeder Beziehung verkehrt ist.

Dieser Ausnützung der Kräfte durch Zeiteinteilung entspricht denn auch vollständig die strenge Sachlichkeit bei jeglicher Arbeit. Das Geschäft wird geschäftsmäßig erledigt. Der Bankier, dessen Schloß mit den herrlichsten Kunstschätzen gefüllt ist, duldet nicht, daß in seinem Geschäftsbureau auch nur irgend etwas Unsachliches die Räume schmückt. Eine gewisse Strenge der Pflichterfüllung spricht aus jedem Arbeitsraum, und während der Ausländer das leicht als Nüchternheit empfindet, fühlt der Amerikaner jede Abweichung von diesem Prinzip als Mangel an Ernst und Sachlichkeit. Typisch ist auch die vollkommene Pünktlichkeit,

mit der der Amerikaner seine Korrespondenz erledigt. Die Statistik zeigt, daß in keinem Lande der Welt so viele Briefe auf den Kopf der Bevölkerung kommen, und jeder sachliche Brief wird sofort am selben Tage mit sachlicher Kürze beantwortet. Es ist wie ein gewaltiger Apparat, der das Maximum der Leistung mit einem Minimum von Reibung durch die genaueste Präzision in der Arbeit seiner Teile erreicht.

Ein Volk, das Selbstbetätigung sucht, muß den Geist der Initiative in jedem einzelnen Mitarbeiter erwecken. Nichts ist charakteristischer für das Wesen dieses Wirtschaftskörpers, als die Intensität, mit der jeder einzelne Arbeiter — das Wort im weitesten Sinne genommen — selbständig denkt und handelt. Auch hier mißdeuten Außenstehende oft den wahren Sachverhalt. Wir hören oft von Amerikapilgern, daß dieses Land durch seine Technik die Intelligenz der Arbeiter verkrüppeln müsse, da der Haupterfolg der amerikanischen Technik durch die ungeheuer weit getriebene Spezialisierung der Arbeit bedingt sei, und diese Spezialisierung es wiederum mit sich bringen müsse, daß der einzelne Arbeiter nur einen winzigen Teil des Gesamtbetriebs etwa in der Fabrik zu sehen bekomme und sozusagen sein Leben lang immer wieder denselben Handgriff auszuführen, immer wieder denselben Teil vom Teile des Teils zu bearbeiten habe. Nichts kann verkehrter sein. Wer so urteilt, ahnt nicht, daß gerade im Kleinsten die größte Mannigfaltigkeit herrscht, und daß somit von einer verkrüppelnden Einförmigkeit infolge der Spezialisierung gar nicht die Rede sein darf. Es ist die Spezialisierung, welche auf der einen Seite die höchste Meisterschaft bewirkt, auf der andern Seite aber vor allem denjenigen Einblick in die Mannigfaltigkeit der Vorgänge gewährt, welche den Arbeiter zur selbständigen Durchdringung und zur intelligenten Förderung des Problems anregt.

Wer sich mit dem Ganzen zu befassen hat, oder immerwährend abwechselnd andre und andre Dinge vorhat, kann nie zu jener Versenkung kommen, bei der die Aufmerksam-

keit die kleinsten Unterschiede wahrnimmt. Nur wer sich spezialisiert und dabei konzentriert, lernt seine Aufmerksamkeit auf die feinern Differenzen zu lenken. Nur dadurch wird er in seinem engsten Gebiet ein solcher Meister, daß ihm kein andrer hineinreden darf, ohne die Sache zu schädigen, und daß er auch von keinem andern lernen kann, sondern alles aus sich selbst heraus auf diesem Spezialgebiet fördern muß. Es ist das in der Technik genau so, wie etwa in der Wissenschaft. Demjenigen, der den Wissenschaften fernsteht, erscheint es unendlich einförmig, wenn jemand sich sein ganzes Leben lang nur etwa den Käfern oder assyrischen Inschriften widmet. Wer aber die Methode der Wissenschaft kennt, weiß, daß, je enger das Arbeitsgebiet ist, desto lebhafter das Bewußtsein von der Mannigfaltigkeit der Erscheinungen auftritt. Der Triumph der technischen Spezialisierung in Amerika liegt gerade darin, daß der einzelne in solchem engsten Gebiet auf eine Vielheit aufmerksam wird, die für den, der das Ganze überblickt, vollkommen unwahrnehmbar bleibt. Und nur wer diese Vielheit sieht, kann neue Wege zu ihrer Bemeisterung entdecken. So ist es denn gerade der Spezialarbeiter, der fortwährend an der Technik mithilft, Verbesserungen vorschlägt, sich intelligent betätigt und dadurch dann im Dienste vorrückt. So wie die Selbstbestimmung an der Peripherie die eigentliche Stärke des politischen Lebens in Amerika ist, so ist diese Selbstbetätigung an der Peripherie, dieses wirtschaftliche Streben des engsten Spezialarbeiters die eigentliche Stärke der gesamten amerikanischen Wirtschaft.

Der Geist der Selbstbetätigung kennt keine Kleinlichkeit. Wer das Wirtschaftsleben nur um des Verdienstes willen sucht, glaubt gar zu leicht, klug zu sein, wenn er kleinlich übervorteilt und knausert. Wer mit idealistischem Geist wirtschaftliche Kultur anstrebt und in ihr sich betätigen will, wird vom Interesse des Ganzen erfüllt, sieht wirtschaftliche Vorteile nur da, wo beide Teile, der Geber und der Nehmer, gewinnen, und bringt so einen großen Zug an das kleine Gewerbe. Immer wieder klagen die Amerikaner über die

wirtschaftliche Kleinlichkeit des europäischen Kontinents, und auch die besonnenen Führer der amerikanischen Wirtschaft behaupten gerne, daß der wirkliche Vorsprung der amerikanischen Wirtschaftskultur nicht in den Reichtümern des Landes, sondern vielmehr in dem freien, allem Kleinlichen abholden wirtschaftlichen Schwunge der amerikanischen Nation besteht. Die kontinentalen Europäer, heißt es immer wieder, verpfuschen sich ihre wirtschaftlichen Erfolge durch ihre kleinliche Fehlerfinderei, durch ihre Pfennigfuchserei, durch ihren Mangel an Mut, große Ausgaben zu wagen. Kein Zweifel, daß es die Großartigkeit der Natur war, die in erster Linie dem Selbstbetätigungsdrang diese Richtung ins Große gab. Die unendlichen Weiten, die gewaltigen Massen, die der Pionier vor sich sah, gaben der Seele eine Unternehmungskraft, die sich nicht durch Kleinigkeiten hindern läßt und nicht in Kleinigkeiten Erfolge sucht. Man hört von amerikanischen Industriellen oft, daß sie manche europäischen Beziehungen absichtlich vernachlässigen, weil ihnen diese pedantische kleinliche Abrechnung und Fehlersucherei zu unerquicklich ist und zu viel Zeit raubt.

Das wirkt auch überall in das nichtkaufmännische Leben hinein. Wenn der Amerikaner etwa auf Reisen ist, so liebt er es, runde Summen zu zahlen, anstatt eine peinliche Abrechnung vorzunehmen, auch wenn die Gesamtausgaben dadurch schließlich viel höher sind; und nichts verleidet ihm die Verrechnung mehr, als wenn, statt daß sofort hohe Preise angesetzt werden, mit kleinen Übervorteilungen Gewinst erzielt werden soll. Das große Wirtschaftsleben aber bekundet diese Verachtung kleinlicher Bedenken in einem Maße, das auf den Europäer geradezu verblüffend wirkt. Maschinen im Werte von Hunderttausenden, die gestern neu waren, werden heute fortgeworfen, weil inzwischen eine verbesserte Maschine geschaffen ist, und überall und immer nur das Beste gut genug ist, um dem großzügigen Wirtschaftsleben zu dienen. Bei einer Ausgabe, die den Erfolg verspricht, gibt es überhaupt kein Sparen.

Damit verkoppelt sich aber auch sofort notwendigerweise ein sehr charakteristisches Verhalten gegenüber dem Nächsten. Nur wer kleinlich ist, kennt den Neid. Neid ist das eine Wort, das niemals im Wörterbuch des Amerikaners gestanden hat. Wenn nicht der eigne Verdienst, sondern die wirtschaftliche Kultur als Ziel erfaßt wird, so muß nächst dem eignen Erfolg der Erfolg des andern die beste Freude sein. Es ist für den Amerikaner geradezu ein ästhetischer Genuß, dieses wirtschaftliche Vorwärtsdrängen an tausend Stellen zu beobachten und mitzuerleben; und je mehr die andern leisten, desto stärker erfüllt den einzelnen das Bewußtsein der großen Sache. Man bekämpft einander, das gehört zum Wesen der freien Konkurrenz, die für den wirtschaftlichen Fortschritt die erste und kräftigste Bedingung ist: man bekämpft sich mit allen Mitteln, aber wenn der andre siegt, so wird man nicht schmollen und noch weniger neidisch sein, sondern wird die Kräfte sammeln zum nächsten neuen Versuch. Auch dieser Wirtschaftskampf wird wie Spiel und Sport geführt; der Kampf selbst ist die Freude. Der Schachspieler, der in einem schönen Spiel matt gesetzt wird, bedauert nicht, gespielt zu haben, und beneidet nicht den Gegner.

Dieses sichere Bewußtsein, daß man nicht neidet und nicht beneidet wird, und daß somit aller Konkurrenzkampf doch im letzten Grunde ein gewisses Gefühl der Zusammengehörigkeit als Hintergrund hat, veredelt nun das gesamte wirtschaftliche Getriebe. Die unmittelbarste Wirkung ist ein Gefühl wechselseitigen Vertrauens. Das Maß wirtschaftlichen Vertrauens, das die Amerikaner einander entgegenbringen, ist auf dem europäischen Kontinent nahezu unbekannt. Man verläßt sich auf das wirtschaftliche Anstandsgefühl des andern in einer Weise, die nach europäischen Begriffen an frivolen Leichtsinn grenzt; und doch liegt gerade hierin die Stärke und Sicherheit des wirtschaftlichen Lebens der Union.

Es ist amüsant, in einer kürzlich erschienenen Kampfschrift gegen die Standard Oil Company zu lesen, welch

gewalttätige wirtschaftliche Napoleonenpolitik ein Rockefeller durchführen konnte und dann inmitten der wütenden Angriffe der Feststellung zu begegnen, daß solche Millionenvereinbarungen, die über das wirtschaftliche Geschick von Tausenden entschieden, oft nur mündlich gemacht wurden. Das Wort von Rockefeller galt allen genau soviel wie der geschriebene Kontrakt. Aber ob es sich um den Milliardär handelt, der Millionen auszahlen soll, oder um den Straßenjungen, der ein paar Cents wiedergeben soll, das wechselseitige Vertrauen ist in gleicher Weise selbstverständlich. So wie die öffentlichen Verkehrsmittel sich fast ohne jede Kontrolle begnügen, so wie jedermann sozusagen den Scheck von jedermann wie Bargeld annimmt, so wird das ganze wirtschaftliche Leben durch dieses wechselseitige Vertrauen getragen, und es ist kein Zweifel, daß in diesen seelischen Momenten die wichtigste Vorbedingung für die Entwicklung und den Erfolg aller wirtschaftlichen Großorganisationen lag.

Der Geist der Selbstbetätigung drängt noch in andre Richtung. Er muß optimistisch sein, er muß an den Erfolg glauben, und keine Schwankung des Geschicks darf ihn entmutigen können; und dieser Optimismus wird nun zur Voraussetzung der Unternehmungslust auf der einen Seite, des Erfindungsgeistes auf der andern. Es war ein Unternehmen, über den Ozean zu ziehen; es war ein Unternehmen, von der Küste in das unbesiedelte Innere zu dringen; es war ein Unternehmen, diese Natur zu unterjochen, aus diesem Boden eine Kultur zu stampfen, die Feinde ringsum zu überwinden, und doch alles und jedes gelang. Und mit der Expansion des Landes wuchs die Expansionslust des Individuums, die Freude, sich in neuen Unternehmungen zu betätigen, nicht zu erhalten nur, sondern neu zu schaffen, mit kühnem Wagnis Habe und Ehre und Persönlichkeit daranzusetzen, um ein Ungeahntes entstehen zu lassen. Der Gedanke eines neuen Unternehmens hat für jeden Yankee etwas Berauschendes. Schon auf der Schulbank denkt er an Unternehmungen, und je gewagter, desto faszinierender.

Nichts ist für den Unternehmungsgeist charakteristischer, als die Rolle, welche der Eisenbahnbau in amerikanischen Landen gespielt hat. In andern Ländern wurden Eisenbahnen gebaut, um bestehende Niederlassungen zu verbinden und fertigen Kultursiedelungen Dienste zu leisten. In Amerika war der Eisenbahnerbauer vor allem der Schöpfer neuer Kultur. Nicht dorthin legte er die Schienen nur, wo das Land ausgenutzt wurde, sondern überall dahin, wo sein vorahnender Geist die Möglichkeit einer zukünftigen Ausnützung sah. Erst kam die Eisenbahn und dann kamen die Menschen, die sie benutzten. Erst kam der Frachtwagen und dann wurden aus dem Boden die Schätze geholt, um der Eisenbahn die Fracht zu liefern. Erst kamen die Eisenbahnstationen, und dann entwickeln sich die Ortschaften herum. Gewiß war jede Eisenbahngesellschaft dabei auf ihren eignen Vorteil erpicht, aber das ganze Unternehmen führte zunächst wieder zur Schöpfung neuer Kultur.

Wer aber optimistisch daran glaubt, daß ein Problem, wenn es erst einmal als solches erfaßt ist, sich auch lösen lassen müsse, und daß man selbst berufen sei, es zu lösen, der wird vor allem die Seelenkraft entwickeln, die für den Amerikaner stets charakteristisch war, den Erfindungsgeist. In keinem Lande der Welt wird so viel erfunden. Dafür spricht nicht nur, daß in keinem andern Lande die Zahl der jährlich angemeldeten Patente so ungeheuerlich groß ist. Auch da, wo es nichts zu patentieren gibt, zeigt sich täglich der rastlose Erfindungsgeist des Yankee. Vom einfachsten Werkzeug bis zur kompliziertesten Maschine — überall hat amerikanischer Erfindungsgeist verbessert, vervollkommnet, das theoretisch Richtige praktisch wertvoll gemacht. Gewiß hatte die Kostbarkeit der menschlichen Arbeitskraft in dem dünn besiedelten Lande großen Einfluß auf diese Entwicklung, aber immer wieder bewährte sich auch ein ganz besonderes Talent, dieser Notlage zu genügen, ein genialer Instinkt für die erfinderische Lösung praktischer Probleme.

Es ist bekannt, was die Amerikaner zur Entwicklung von

Telegraph und Telephon, von Glühlicht und Phonograph, von Nähmaschine und Uhrmachermaschine, von Dampfboot und Eisenbahn, von Bergbau und Hochbau, von Druckmaschine und Schreibmaschine, von landwirtschaftlicher Maschinerie und industriellen Fabrikationsmaschinen erfinderisch beigetragen haben. Der Unternehmungssinn und der erfinderische Geist verbinden sich nun vor allem dahin, daß jede Maschine mit allen ihren Verbesserungen sofort in jeden Winkel des Landes dringt, jeder Farmer im fernsten Westen die neuen landwirtschaftlichen Maschinen will, jeder Handwerker die neuesten Verbesserungen einführt, in jedem Kontor die neuesten und raffiniertesten Methoden der Telegraphie und Phonographie zur Verwendung kommen, kurz, jeder sofort die neuesten und kühnsten Verbesserungen seinen eignen kleinen Unternehmungen zugute kommen lassen will. Dadurch wird nun natürlich wiederum der Absatz für jede Neuerung außerordentlich gesteigert und dadurch rückwärts wiederum der Erfindungsgeist in unerhörter Weise gestachelt. So werden denn für die Versuche zur Lösung eines Problems mit gutem wirtschaftlichem Gewissen Summen verwandt, an die kein Europäer denken würde. Hat eine Gesellschaft sich überzeugt, daß das Prinzip des Erfinders ein gesundes ist, so wagt sie getrost Millionen für immer neue Versuche, bis endlich die vollendete Maschine dasteht.

Der außerordentlichen Verbreitung jeder Erfindung entspricht nun aber auch, daß dieser Erfindungsgeist, dieses Bemühen, sich in der Verbesserung der menschlichen Hilfsmittel zu betätigen, durchaus nicht auf die Edisons und Bells und ihre Berufsgenossen beschränkt ist, sondern daß jeder Vorarbeiter in der Fabrik und jeder Handwerker an seinem Platz sich abmüht, kleine Verbesserungen zu erfinden, und so mancher nach der Arbeit in den öffentlichen Bibliotheken sitzt, um technische Bücher und Patentzeitschriften durchzuarbeiten. Es ist kein Wunder, daß ein amerikanischer Fabrikant, als er kürzlich von einer in Europa neu erfundenen Maschine hörte, zuversichtlich erklärte, daß er die Maschine

noch nicht kenne und von ihr nur das eine wisse, daß sie in Amerika verbessert werden würde.

Nur eine Konsequenz des Selbstbetätigungsgeistes sei noch hervorgehoben: das unbedingte Verlangen nach freier Konkurrenz. Wer sich betätigen will, muß freien Spielraum verlangen, und wer an den Selbstwert der wirtschaftlichen Kultur glaubt, muß überzeugt sein, daß freier Spielraum für die Entfaltung wirtschaftlicher Kräfte schlechthin wünschenswert sei. Das schließt nicht künstliche Förderung des wirtschaftlich Schwachen aus, oder schutzzöllnerische Begünstigung gewisser Gruppen, wenn nur in der Gruppe jeder sich als freier Mitbewerber betätigen kann. Das Monopol allein, welches die Mitbewerbung erdrosselt, widerstreitet dem wirtschaftlichen Instinkt des Amerikaners. Auch das amerikanische Gesetz geht da wohl weiter, als es der Europäer erwarten würde. Man sollte glauben, daß, wer sich frei betätigen will, zunächst das Recht in Anspruch nehmen würde, beliebige Vereinbarungen zu treffen. Kommen etwa mehrere parallele Bahnlinien, die durch mehrere Staaten führen und in gegenseitigen Wettbewerb treten, zu dem Entschluß, gemeinschaftliche Sache zu machen, so erscheint es zunächst selbstverständlich, daß sie damit ein gutes Recht ausüben.

Der Betrieb, der nicht mehr unter der Konkurrenz leidet, wird durch die Vereinheitlichung mit geringern Kosten arbeiten, und so werden die Gesellschaften selbst und das reisende Publikum gemeinsam Nutzen haben; aber das amerikanische Gesetz denkt anders. Selbst wenn der Staat oder die Gemeinde zum Träger des Monopols wird, schöpft der Durchschnittsamerikaner zunächst Verdacht. Er ist von vornherein überzeugt, daß die Leistung selbst nach irgend einer Richtung schlechter sein wird als bei freier Konkurrenz, und vor allem verletzt es sein Gefühl, daß da irgend ein wirtschaftliches Gebiet eingegittert werden soll, so daß nicht mehr jeder eintreten darf, um mitzuspielen. Die Annäherung an das Monopol ist denn auch eigentlich das, was den Ameri-

kaner in oft ganz übertriebener Weise gegen die Trusts aufhetzt.

Dieser Geist der Selbstbetätigung in freier Konkurrenz ist dabei natürlich nicht an die Individuen gebunden. Genau dieselbe Gemütslage wiederholt sich in den Gemeinden, in den Städten, in den Bezirken und in den ganzen Staaten. Der gleiche Optimismus, der gleiche Unternehmungsgeist, der gleiche Erfindungstrieb, der gleiche Pioniermut ergreift da den Gesamtwillen einer Stadt oder eines Staates. Besonders im Westen hat die Selbstbetätigungslust der Städte und der Distrikte geradezu sportsmäßigen Charakter. Es ist, als wenn eine Stadt gegen die andre, ein Staat gegen den andern Staat Fußball spielt und jede Gelegenheit ausnutzt, sich als Sieger zu erweisen. Und auch da, wie beim Individuum, gibt es keine Kleinlichkeit und keinen Neid. Aus solcher optimistischen Unternehmungsstimmung muß man es verstehen, wenn eine Stadt wie St. Louis plötzlich den Mut gewinnt, den ganzen Erdkreis zu Gast zu laden, und der ganze Staat Missouri sich mit wahrer Begeisterung anspornend hinter die Hauptstadt stellt. Da rechnet man nicht kleinlich, welche Summen solch kühnes Wagnis verschlingen wird, und fragt nicht ängstlich, ob man für solche Aufgabe innerlich vorbereitet sei, sondern man ist fasziniert von dem Gedanken, wie diese Konzentrierung wirtschaftlicher Kultur um die Kaskaden des Forest-Parks vor den Toren St. Louis' das gesamte wirtschaftliche Leben des Mississippi-Tals steigern muß, und schon sieht man im Geist Missouri ein Pennsylvania des Westens werden und seine reichen Bodenschätze in eine gewaltige Industrie umsetzen.

Nun darf nur bei alledem nicht davon die Rede sein, als wenn ein solcher Geist der Selbstbetätigung ohne Gefahren wäre, ja als wenn die Schäden nicht unmittelbar dem Gewinne folgen müßten. Es läßt sich unschwer voraussehen, daß der Geist der Selbstbetätigung gerade durch die Energie, die zu seinem eigensten Wesen gehört, über die Grenze des Harmonischen hinausgeführt wird. Die Selbstbetätigung wird dann zur Rücksichtslosigkeit — zur Rück-

sichtslosigkeit gegen die Natur, zur Rücksichtslosigkeit gegen den andern, zur Rücksichtslosigkeit gegen die eigne Person.

Rücksichtslosigkeit gegen die Natur hat in der Tat jederzeit zu den Wesenheiten des amerikanischen Pioniers gehört. Der Naturreichtum schien so unerschöpflich, daß man gewissermaßen das Recht in Anspruch nahm, vom Kapital der Natur statt von den Zinsen zu leben. Überall wurde nur das Beste verwertet, die herrlichsten Wälder wurden ausgerodet, um das Kernholz in den Sägemühlen zu verwerten. Der landwirtschaftliche Großbetrieb begnügte sich mit der oberflächlichsten Ausnützung des besten Landes. Ein Raubbau wurde betrieben, der dem ans Natursparen gewöhnten Europäer geradezu sündhaft dünkt. Gewiß sind die Zeiten dahin, da derlei straflos geschehen konnte. Guter Ackerboden ist nirgends mehr umsonst zu haben. Die Vernichtung riesiger Waldungen hat heute schon ungünstigen Einfluß auf die Regenverhältnisse und den Stromlauf, und tausend Bestrebungen sind heute schon bei der Arbeit, gutzumachen, was die Vergangenheit gesündigt hat, zu schützen und aufzuforsten, intensiv auszunutzen und zu verbessern. Aber die Arbeit der Verständigen hat doch noch immer schweren Stand gegen die Rücksichtslosigkeit der Masse, die, soweit Natur in Betracht kommt, noch immer zu wenig nach den Enkeln der Enkel fragt, um nur schnell sich in Erfolgen zu betätigen.

Wer von der Leidenschaft, sich wirtschaftlich zu betätigen, erfüllt ist, wird aber vor allem leicht rücksichtslos gegen die andern werden. Daß er ihnen keinen Neid entgegenbringt und kein Mißtrauen, daß er Offenheit darbietet und Offenheit erwartet, und dem andern freie Selbstbetätigung einräumt, das haben wir betont; aber ist er einmal im Spiel, dann muß er siegen um jeden Preis. Da gibt es, solange die Spielregeln eingehalten werden, kein Mitleid, und die wirtschaftliche Unternehmung darf nicht durch Sentimentalitäten gehemmt sein. Es ist kein Zweifel, daß die größten amerikanischen Wirtschaftsschöpfungen viele blühende Existenzen vernichtet haben, kein Zweifel, daß die Männer, die frei-

gebig Millionen für öffentliche Zwecke hingeben, auf ihren Eroberungszügen auch über wirtschaftliche Leichen hinweggeschritten sind. Der Amerikaner, der von Natur so unvergleichlich gutmütig, so liebenswürdig und gefällig, so hilfsbereit und so edelmütig ist, sagt selbst gern, daß er als Geschäftsmann scharf ist. Der amerikanische Wirtschaftsgeist verlangt da eine Art militärischer Disziplin, und Disziplin muß immer brutal sein. Mit nachsichtigem Geschäftsgeist könnte dieser wirtschaftliche Aufschwung nicht befriedigt werden, so wenig wie eine gemütliche Armee den Sieg erhoffen kann.

Der Selbstbetätigungsgeist ist aber gegen sich selbst noch rücksichtsloser als gegen andre. Daß der Amerikaner auch bei der Arbeit seine physischen Kräfte sicher beherrscht und sparsam ausnutzt, haben wir betont; aber seiner geistigen Anspannung, der Intensität seiner nervösen Funktionen, setzt er keine Grenze, und nur zu oft zerrüttet er seine Gesundheit durch eine Überanspannung der auf den Erfolg gerichteten Kräfte. Diese ungeheure wirtschaftliche Kulturarbeit verlangt als Kulturdünger die Vernichtung von Tausenden, die durch überspannten wirtschaftlichen Ehrgeiz ihre Kräfte früh vernichten. Es ist das eigentliche Geheimnis dieses Erfolgs, daß Amerika so überaus mehr als irgend ein andres Land der Welt mit jungen Männern arbeitet. Junge Männer stehen an den bedeutendsten Stellungen, wo die allerschärfste Anspannung jeder seelischen Kraft unerläßlich ist.

Aber nach andern Richtungen schlägt das Wertvolle im Selbstbetätigungsgeist nur gar zu leicht in Schwäche und Gefahr um. Das Vertrauen, das der Amerikaner den andern beim Wirtschaften entgegenbringt, wird nur zu oft zum unentschuldbaren Leichtsinn. Man muß etwa die Enthüllungen über die Gründung des Schiffbautrusts lesen, um zu sehen, wie ohne jede schlimme Absicht geradezu verbrecherische Vorgänge lediglich durch leichtfertiges Vertrauen entstehen konnten, wie jeder dieser großen Kapitalisten sich immer einfach auf den andern verließ, ohne irgendwo nachzuprüfen.

Noch offenkundiger ist eine andre üble Nachwirkung dieses Geistes, die freilich etwas mehr der Vergangenheit als der Gegenwart angehört: das protzige Zurschautragen des Vermögens. Wenn wirtschaftliche Selbstbetätigung das eigentliche Ziel wird und der Maßstab für den Erfolg dieser Betätigung notwendigerweise im Gelde liegt, so ist es naturgemäß, daß unter primitiven sozialen Verhältnissen jeder durch Zurschaustellung seines Besitzes seine Tüchtigkeit beweisen will. Die übergroßen Brillanten haben da dann gewissermaßen die gleiche Funktion, wie etwa Titel und Orden. Sie werden zu Symbolen der erfolgreichen Betätigung. In ihrer geschmacklosen Form ist die Protzerei wohl im wesentlichen heute nach den unentwickelten Teilen des Landes verscheucht. In den Landesteilen mit älterer Kultur, wo der Reichtum in zweiter und dritter Generation zu finden ist, weiß man in den bessern Kreisen zu wohl, daß ein Vermögen seine sittliche Aufgabe im Geldschrank besser als im Schmuckkasten erfüllen kann.

Trotzdem gibt auch heute noch die ganze Nation einen unverhältnismäßig großen Bruchteil ihrer Einnahmen für persönliche Zurschaustellung aus, für den Luxus der Toiletten, für den Prunk der Wagen, für den Reichtum der Villen. Vor allem will der Amerikaner überall vom Besten haben. Er fühlt sich gedemütigt, wenn er mit dem Zweitbesten vorlieb nehmen muß. Überall sind die teuersten Plätze am besten besetzt. Die große Oper ist nur dann leer, wenn sie zu ermäßigten Preisen gegeben wird. Gerade in den kostspieligsten Hotels muß man sein Zimmer lange voraus bestellen. Überall, wo die Ausgabe nach außen hin sichtbar ist, versagt der Amerikaner sich lieber den Genuß, als daß er sich mit dem zweiten Range begnügt. Er will sich überall als den wirtschaftlich Erfolgreichen zeigen und hat daher entschieden die Tendenz, sozial über seine Verhältnisse zu leben. Der ganze ökonomische Zuschnitt des Landes ist daher ein verschwenderischer.

Im kleinen wie im großen wird mit vollen Händen gewirtschaftet. In der Küche des kleinen Mannes wird

so manches weggeworfen, was dem sparsamen Europäer willkommene Nahrung wäre, und in der Küche der Regierung arbeiten hunderttausend Köche, als wenn es alle Tage Feiertagsschmaus geben müßte. Selbst wenn der Amerikaner spart, ist er im Grunde verschwenderisch. So ist das verbreitetste und bedeutsamste Sparmittel des Amerikaners die Lebensversicherung. Wer aber sieht, mit welchem Millionenaufwand die Versicherungsgesellschaften für sich werben und gegeneinander kämpfen, und welche Millioneneinkünfte den Gesellschaften zufließen, der kann nicht zweifeln, daß auch dieses nur die Sparsamkeit des reichen Mannes ist, dem es aufs Sparen nicht ankommt.

Wenn das gesamte äußere Leben von diesem Pioniergeist der Selbstbetätigung durchdrungen ist, so wird schließlich noch eine andre Nebenwirkung zunächst unvermeidlich sein: die Verkümmerung des Ästhetischen. Wer das Ästhetische sucht, verlangt die Verwirklichung seines Ideals in der Gegenwart, und die Gegenwart selbst wird ihm zum Ausdruck der Vergangenheit. Wer vom Betätigungsgeiste durchdrungen ist, sucht nur die Zukunft. Die Gegenwart ist ihm beinahe wertlos, sie ist das, was überwunden werden soll, sie ist das Material, aus dem ein andres vom unternehmenden Geiste geschaffen werden soll. Die Gegenwart als Überbleibsel der Vergangenheit kann den Pionier nicht fesseln. Sie zeigt nur, was noch zu tun bleibt, und erfüllt seine Seele mit der Vorahnung kommender Großtat. Wer etwa auf italienischem Boden weilt, fühlt sein Auge verletzt durch jeden Eindruck, der nicht in das Gesamtbild harmonisch einklingt. Das Gegenwärtige, in dem die Vergangenheit lebendig ist, erfüllt das Bewußtsein; die Ruhe des ästhetischen Genusses steht im Vordergrund. Wer aber von Unternehmen zu Unternehmen stürmt, der verlangt vom Gegenwärtigen gar keine Einheit, gar keinen Zusammenklang, seine Netzhaut ist unempfindlich für das Häßliche, das nicht hineingehört, weil sein Auge ganz auf das Zukünftige gerichtet ist. Und wäre das Gegenwärtige schon in sich vollendet, so würde der Betätigungsgeist es als Hemmung empfinden, es würde nur

Genuß, nicht Aufgabe sein. In diesem Sinne spricht der Amerikaner gern mit reinstem Idealismus von der „Glorie des Unvollendeten".

Man soll den Italiener nicht schelten, wenn er nicht Amerikaner ist, wenn sein Auge auf den schönen Linien ruht, ohne zu fragen, was sich da umgestalten ließe, um in neuen Unternehmungen die Wirklichkeit zum Ausdruck des Betätigungsgeistes zu erheben. Aber man soll den Amerikaner auch nicht schelten, wenn er nicht mit den Augen des Florentiners durch die Straßen geht, wenn ihn das häßliche Überbleibsel, die unästhetischen Reste einer harten Volksvergangenheit nicht beleidigen, sondern ihn mit Stolz darüber erfüllen, daß seine Nation so rastlos bei der Arbeit ist, aus der Vergangenheit eine Zukunft zu gestalten. In der Tat, man kann keinen Schritt in der Neuen Welt tun, ohne diesen schreienden Kontrast zwischen dem gewaltigen Werdenden und den lästigen Überbleibseln überall zu empfinden. Man schreitet etwa im Park von Newyork die gewaltige Freitreppe vom Museum herab, wo die Kunstschätze von unerhörtem Wert sich häufen, und sieht dicht davor einen elenden alten Bretterzaun um eine verwahrloste Baustätte mit einer schmutzigen Erfrischungsbude, die aus dem Jahrmarkt einer weltverlassenen Kleinstadt in die reichste Straße der Welt versetzt scheint.

Daß das abstoßend widerwärtig ist, ist selbstverständlich. Wen es aber wirklich stört, der sieht die Welt eben nicht mit den Augen des Amerikaners und kann deshalb die eigentliche amerikanische Kultur in ihrem schlechthin ethischen Gehalte, in ihrem nur auf die Zukunft gerichteten Betätigungsdrange gar nicht verstehen. Der Amerikaner will eben fühlen, wie das Vergangene überwunden wird. Wenn kein Vergangenes mehr in sein Bewußtsein träte mit seiner Ärmlichkeit und Häßlichkeit und Kleinheit, so würde die Springfeder seines Lebens gebrochen. Das Fertige ist ihm das Uninteressanteste; das, woran es zu arbeiten gilt, das reizt und fesselt ihn. Es gilt hier, was in jeder Beziehung vom amerikanischen Leben gilt, daß die äußere Glätte nur ein

Scheinerfolg wäre. Die Reibung, das ästhetisch Gefährliche, aber gerade deshalb ethisch Wertvolle, gibt seinem Leben den Sinn und gab seiner Wirtschaft den unvergleichlichen Aufschwung.

Zwölftes Kapitel.

Der wirtschaftliche Aufschwung.

Introite, nam et hic dii sunt — auch hier walten die Götter: das Bebauen des Bodens und das Ausnutzen der Bergwerke, die Fabrikarbeit und die Eisenbahnen, das Erwerben und Handeln und Tauschen sind hier nicht als bloße Mittel zum Lebensunterhalt in Frage, sondern als freie, schöpferische Kulturarbeit, die um ihrer selbst willen vollbracht wird. In diesem Glaubensbekenntnis sahen wir den Sinn des amerikanischen Wirtschaftslebens, im Geist der Selbstbetätigung seine vornehmste Kraft und hinter ihm in wesenlosem Scheine lagen der Geiz, der Neid und die Habsucht. Nur solche Menschen, die sich in der wirtschaftlichen Neuschöpfung betätigen wollen, die dem Nächsten mit rückhaltlosem Vertrauen und Offenheit begegnen, denen ihr Vertragswort heilig ist, kurz, die an den Selbstwert der Wirtschaft glauben, nur solche Menschen konnten den Wunderbau der neuweltlichen Wirtschaft errichten. Ein Menschenschlag, der Handel treibt, nur um leben zu können, dessen Idealismus aber die Wirtschaft nicht durchdringt, hätte auch in diesem Land des amerikanischen Reichtums niemals in so kurzer Zeit solche Werte erzeugt, solche Macht errungen.

Aber deshalb darf über den Menschen doch schließlich das Land nicht vergessen werden. Daß dieser Mensch so fleißig den Spaten in den Boden gestoßen hat, war sein Verdienst. Daß dieser Boden aber, wo der Spaten ihn berührte, Silber und Gold, Kohle und Erz so überreich darbot, und der Weizen und Mais so gewaltig emporwuchs; daß die Seen

und Flüsse, die Buchten und Berge das Land so vorteilhaft gliederten und überall dem Verkehr die Wege wiesen; daß die Wasserkräfte und die Ölquellen so unversieglich flossen; daß der Wild- und Fischreichtum, die Baumwollernte und die Tropenfrüchte reich genug waren, um eine Welt zu versorgen: das alles war doch schon sorglich von der Natur vorbereitet, noch ehe der erste Amerikaner an die Arbeit ging.

Zu alledem kommt doch nun noch vielerlei andres. Wohl war es zunächst der Reichtum der Natur, der den Bewohnern Wohlhabenheit brachte, aber diese Wohlhabenheit selbst wurde nun wieder zur fördernden Quelle für die wirtschaftliche Ausnutzung des Landes. Die Wohlhabenheit gab die Mittel zu immer neuen Unternehmungen; sie schuf aber auch zugleich das außerordentliche Wachstum der Bedürfnisse und machte den Bauer und den Arbeitsmann zum besten Kunden der blühenden Gewerbe, ein wirtschaftlicher Kreislauf, der immer lebhafter im nationalen Organismus pulsiert.

Zu den rein wirtschaftlichen Bedingungen gesellen sich aber die politischen und die verwaltungstechnischen. Zunächst die negativen. Die amerikanische Wirtschaft hat sich in einer Unbeengtheit entwickeln können, die in Ländern von alter Tradition nicht nachgeahmt werden könnte und auch in der Neuen Welt, wenigstens im Osten des Landes, von Tag zu Tag mehr verschwindet. Daß solche Ellbogenfreiheit nur Wohltat mit sich brächte, wird niemand behaupten. Sie fordert Opfer, aber die Opfer trafen den einzelnen; die Gesamtheit gewann von der freien wirtschaftlichen Entwicklung. Eisenbahnen, wie sie in den Pionierjahren der amerikanischen Kultur durch den ganzen Westen gebaut wurden, würden zunächst von keiner deutschen Regierung erlaubt worden sein. Solche leichten Brücken, solche hastigen Grundarbeiten, solche mangelhafte Aufsicht bei den Wegübergängen mußten Gefahren heraufbeschwören. Aber die, welche bei den Unglücksfällen verloren gingen, waren schnell vergessen; dagegen die wirtschaftlichen Segnungen der neuen Eisenbahnlinien, die Hunderttausende in unbesiedelte Gegenden brach-

ten und die Schätze des Bodens auszunutzen erlaubten, die blieben bestehen und wirkten weiter. Sie hätten nie gebaut werden können, hätte man warten wollen, bis eine kostspielige Mustereisenbahn durchgeführt werden konnte. Erst als die billigen Pionierbahnen ihre Mission erfüllt hatten, kam die Zeit, sie durch festgebaute, bessere Bahnen zu ersetzen und dem Verkehr die heutige Sicherheit zu bringen. Das gehört ja auch noch gewissermaßen in das Glaubensbekenntnis des Selbstbetätigungsgeistes, daß jedermann das Recht haben müsse, nicht nur seine Habe, sondern seine ganze Existenz zugunsten neuer Unternehmungen aufs Spiel zu setzen. Die Behörde darf sich nicht hineinmischen, wenn der Amerikaner zu nahe am Abgrund gehen will.

Diese Freiheitssorte, die Leib und Leben bedroht, verschwindet heute immer mehr; immer mehr Schlagbäume werden heruntergelassen, wo gefährliche Schienenstränge zu kreuzen sind, und die Behörden kümmern sich immer mehr um die Schutzvorrichtungen in den Fabriken und um die Bausicherheit in den Städten, ja die hygienischen Vorschriften in vielen östlichen Städten gehen heute schon viel weiter als in Deutschland: trotz alledem bleibt nun doch in denjenigen Sphären, in denen es sich nicht um Gefahr, sondern nur um Traditionen und Willkürlichkeiten handelt, auch heute noch ein sehr erhebliches Maß demokratischer Freiheit im neuweltlichen Leben übrig. Die behördlichen Tafeln, die in der Prärie vorschreiben, daß man nur rechts gehen darf und das Gras nicht betreten solle, die fehlen gänzlich. Der Amerikaner selbst sieht ja nicht nur in seinem eignen Lande das Land der unbegrenzten Möglichkeiten, sondern vor allem im europäischen Kontinent das Land der unmöglichen Begrenztheiten. Der Bureaukratismus erscheint ihm als der schlimmste Feind des Wirtschaftslebens, weil er der Wagelust, die den Blick ins Weite richtet und vorwärtsstürmen will, fortwährend kleine Hindernisse hinlegt, über die sie stolpert, bis sie zu Fall kommt. Entscheidend für diese Freiheit ist in erster Linie der Umstand, daß das ganze Wirtschaftsleben den einzelstaatlichen Legislaturen untersteht und unter den Volksvertretern

dieser engern Gebiete alle Schichten des Wirtschaftslebens in dem besondern Staat so stark vertreten sind, daß jeder Versuch künstlicher Beengung zurückgewiesen werden würde und die besondern wirtschaftlichen Bedürfnisse des einzelnen Staates vollste Berücksichtigung finden können.

Aber dem Negativen gesellt sich das Positive. Das weiß ja jedermann, daß der gewaltige Aufschwung der amerikanischen Industrie und des gesamten Wirtschaftslebens nicht denkbar gewesen wäre ohne die zielbewußte Schutzzollpolitik der letzten Jahre. Der Mac Kinley Tarif und der Dingley Tarif haben jene Aufwärtsbewegung zwar nicht erzeugt, aber aufs kräftigste gefördert. Gleichzeitig wurden ungeheure Summen in die staatlichen Verbesserungen der Wasserwege und der Häfen gesteckt. Mit Riesenmitteln wurde von staatlicher Seite die Ausdehnung der Landwirtschaft gefördert, mit gewaltigsten Anstrengungen wurde für die Berieselung der dürren Landesteile gesorgt: kurz, die wirtschaftlichen Interessen spielen eine Hauptrolle in Washington und in jedem einzelnen Staatskapitol. Und zu dieser großpolitischen Tätigkeit gesellt sich die kleinpolitische Unterstützung des Wirtschaftslebens. So findet die gesamte Landwirtschaft ganz außerordentliche Hilfe in der wissenschaftlichen Arbeit, die vom Agrikulturministerium geleitet wird, und unvergleichlich ist die Emsigkeit, mit der das Heer amerikanischer Konsuln nach günstigen Gelegenheiten für den amerikanischen Handel im Ausland ausspäht, und die Schnelligkeit, mit der diese Konsularberichte umsonst von Washington aus überallhin verschickt werden.

Der politische Geist der Nation wird aber noch in anderm Sinne zur günstigen Bedingung für das wirtschaftliche Gedeihen. Zunächst gibt er dem Lande eine einheitliche Geschlossenheit, welche alle wirtschaftliche Organisation erleichtert. Ein Reich, siebzehnmal größer als Deutschland, steht wirtschaftlich als vollkommene Einheit da, ohne innere Zollschranken, ohne inneres Mißtrauen, unter einem Recht; denn gerade überall da, wo der Wirtschaftsverkehr sich zwi-

schen zwei verschiedenen Einzelstaaten abspielt, tritt ja das gemeinsame Bundesrecht in Kraft.

Vielleicht noch wichtiger aber als diese nationale Einheit ist die demokratische Gleichheit dieser politischen Körperschaft. So verschieden diese achtzig Millionen sein mögen, als Kunden, als wirtschaftliche Abnehmer leben sie alle nach derselben Schablone. Jede neue Mode und jeder neue Geschmack wirkt ansteckend von Newyork bis San Francisco, und trotz aller Abstufungen vom Tagelöhner bis zum Milliardär verrät sich doch eine Gleichförmigkeit im Grundschema der Bedürfnisse, daß es dem Industriellen und dem Händler nicht schwer sein kann, zu schaffen und auf Lager zu haben, was die Ansprüche befriedigt. Statt der launenhaften Eigenwilligkeit, die das europäische Industrieleben so schwer macht, waltet hier überall der vorwiegende Wunsch, gerade das Muster zu haben, das der Nachbar hat, vielleicht noch reicher und schöner, aber doch dasselbe Muster; und damit ist schon gegeben, daß die Industrie auf Massenabsatz rechnen darf. Diese Massenfabrikation und die Energie, mit der sie auf den Markt geworfen wird, erzeugt nun aber selbst wieder eine gewisse Einförmigkeit und zieht indirekt die Freude an der gleichförmigen Nachahmung im ganzen Lande groß.

Aber statt von den Bedingungen zu reden, unter denen die Geschichte sich zutrug, müssen wir die Geschichte selbst erzählen. Der Deutsche kann sie mit frohem Herzen berichten und zuhören, denn es ist die Geschichte eines der allerbesten Kunden Deutschlands, der Deutschland desto mehr abkauft, je besser es ihm selbst geht, und dessen Schlechtergehen Gefahr für Deutschland brächte. Am kürzesten aber ist die Geschichte in Ziffern zu erzählen, nach beliebtem amerikanischem Vorbild, denn wenn es irgend eine amerikanische Spezialmanie gibt, so ist es die, sich statistisch zu gebärden.

Der Überblick über die Zahlenbewegungen in großen Zeiträumen macht auch am ehesten frei von den Schwankungen des Urteils, die durch zufällige Tageserscheinungen be-

wirkt sind. Als vor ein paar Jahren in Deutschland eine Industrie- und Börsenkrisis eingesetzt hatte und England vom Transvaalkrieg litt, in Amerika dagegen gigantische Trustunternehmungen Unerhörtes zu leisten versprachen, da galten die Vereinigten Staaten plötzlich als die wirtschaftlichen Meister der Welt, und Staunen mischte sich mit Furcht. Bald darauf begann die deutsche Industrie und der deutsche Handel sich wieder zu beleben, England erholte sich, während in Amerika industrielle Übertreibungen und finanzielle Verwässerungen notwendigerweise schlimme Folgen zeitigten. Sofort ging nun die öffentliche Meinung des Auslands zum andern Extreme, als wäre der gesamte Erfolg nur ein Scheinerfolg gewesen. Mit Frohlocken über die Schwächen des Gegners, fast mit Verachtung für seinen Übermut und mit Entrüstung über die Führer, glaubte man plötzlich, daß die Zeit des amerikanischen Glanzes vorüber sei. Gerade das Ausland hatte Männer wie Schwab, den Leiter des Stahltrusts, zu wirtschaftlicher Napoleonengröße erhoben, und als er sich nicht bewährte und zurücktreten mußte, spielten die europäischen Blätter sich auf, als wenn eine napoleonische Armee geschlagen und aufgerieben sei. Die Einzelerscheinung, die den Tag interessiert, verwirrt da das Urteil über die Hauptbewegung. Die kleinen malerischen Zwischenfälle drängen sich vor und erwecken den Schein, als wären sie Symbole für die großen Aktionen.

Der wirkliche Aufstieg im Wirtschaftsleben der Vereinigten Staaten war niemals ein so plötzlicher, himmelanstürmender, wie es zeitweilig der Verzagtheit Europas erschien, und niemals kam solch ein Absturz, wie er triumphierend verkündet wurde. Gewiß hat Amerika große Krisen durchgemacht, aber trotzdem handelt es sich um eine stetige, gleichmäßige, gesunde Aufwärtsbewegung im Wirtschaftsleben des ganzen Landes. Die Amerikaner selbst sind geneigt zu glauben, daß wirklich schwere Krisen für die Zukunft nicht mehr zu erwarten seien. Aber wie dem auch sein mag, heute ist jedenfalls die lange geweissagte Krisis nicht da und nicht nahe. Der allseitige Aufschwung dauert fort und die

Rückgänge von Börsenpapieren, die hie und da in der Fremde als Alarmsignale gedeutet wurden, gehören selbst zu der gesunden Entwicklung. Wer aber den Blick auf das Ganze richtet, empfindet doch, daß etwas Großes und Hohes in dieser Kraftentwicklung der jungen Nation liegt, einer Kraftentwicklung, die in der Kulturgeschichte nicht ihresgleichen kennt. Durch Adjektive läßt sich da nichts beschreiben; hier müssen Ziffern sprechen.

Was produzieren die Vereinigten Staaten? Der Weizen, der im Lande wuchs, betrug im Jahre 1850 nur 100 Mill. Bushels, 1870: 235 Mill., 1900: 522 Mill., 1903: 637 Mill. Die Maisernte war 1850: 592 Mill., 1870: 1094 Mill., 1900: 2105 Mill., 1903: 2244 Mill. Wolle gab es 1850: 52 Mill. Pfund, 1870: 162 Mill., 1900: 288 Mill., 1902: 316 Mill. König aber ist „Cotton". Die Baumwollenernte betrug 1850: 2,3 Mill. Ballen, 1870: 3,1 Mill., 1900: 9,4 Mill., 1903: 10,7 Millionen. Zucker: 110000 Tonnen 1850, 310000 Tonnen im vorigen Jahre. Das gefürchtete amerikanische Petroleum sprudelte 1850 überhaupt noch nicht. Erst 1859 quillt es in den statistischen Tabellen hervor in der bescheidenen Quantität von 8400 Gallonen. 1870 gibt es 220 Mill. Gallonen, 1900: 2661 Mill. und 1903: 3707 Mill. Die Kohlenproduktion des Landes, die erst 1820 mit 365 Tonnen einsetzt, betrug 1850: 3 Mill. Tonnen, 1870: 33 Mill. Tonnen, 1900: 240 Mill., 1902: 269 Mill. Roheisen ergibt in der Mitte des Jahrhunderts 563000 Tonnen, 1870: 1,6 Mill. Tonnen, 1900: 13,7 Mill., 1903: 18 Mill. Die Stahlfabrikation beginnt 1867 mit 19000 Tonnen, beträgt 1870: 68000 und erhebt sich 1900 auf 10,1 Mill., 1902 auf 14,9 Mill. Kupfer gab es 1850: 650 Tonnen, 1870: 12000 Tonnen, 1900: 270000 Tonnen, 1902: 294000 Tonnen. Die Silberproduktion wird für die Mitte des Jahrhunderts auf $ 50000 geschätzt, 1870 auf 16 Mill. Dollars, 1900 auf 74 Mill. Die letzten Jahre brachten einen Rückgang auf 71 Mill. Der Höhepunkt war 1892 erreicht mit 82 Mill. Dollars. Dagegen ist die Goldproduktion in den letzten zwanzig Jahren stetig gewachsen, nachdem sie ihren ersten Höhepunkt bereits in den fünfziger Jahren

erreicht hatte. Im Jahre 1853 wurden 65 Mill. Dollars Gold gefördert. Das sank stetig und allmählich herab bis zu 30 Mill. im Jahre 1883 und stieg seitdem mit kleinen Schwankungen, betrug 1900: 79 Mill. Dollars und 1903: 74 Mill. Dollars. Die Gesamtmineralproduktion hatte 1870 einen Wert von 218 Mill. Dollars und 1900 von 1063 Mill.

Dieses stetige Anwachsen der wirtschaftlichen Werte wiederholt sich in der Landwirtschaft und in der Industrie. Die Zahl der Bauerngüter wird in der Mitte des vorigen Jahrhunderts auf 1,4 Mill. angegeben mit einem Gesamtwert von 3967 Mill. Dollars; 1870 gibt es 2,6 Mill. mit einem Wert von 8944 Mill. Dollars und 1900: 5,7 Mill. mit einem Gesamtwert von 20 514 Mill. Dollars. Tätig waren in der Landwirtschaft 1870: 5,9 Mill. Leute, 1900: 10,4 Mill. Der Gesamtwert der landwirtschaftlichen Produkte betrug 1870: 1958 Mill. Dollars, 1900: 3764 Mill. Dollars. Der Wert des gesamten landwirtschaftlichen Tierbestandes — Rinder, Pferde, Maulesel, Schafe, Schweine — betrug 1850: 544 Mill. Dollars, 1870: 1822 Mill., 1900: 2228 Mill., 1903: 3102 Mill.

Das wichtigste Wachstum aber zeigt die Industrie. 1850 gab es 123 000 industrielle Anlagen mit 957 000 Angestellten. Die Löhne betrugen 236 Mill. Dollars und der Wert der Produkte 1019 Mill. Dollars. 1870 gab es 252 000 Anlagen, 2 Mill. Angestellte, 775 Mill. Dollars Lohn und 4232 Mill. Dollars Produkte. 1890: 355 000 Anlagen, 4,7 Mill. Angestellte, 2283 Mill. Dollars Lohn, 9372 Mill. Dollars Produkte. 1900: 512 000 Anlagen, 5,7 Mill. Angestellte, 2735 Mill. Dollars Lohn und 13039 Mill. Dollars Produkte. Die Statistik läßt sich hier nicht bis in die neueste Zeit verfolgen, da die genauen industriellen Erhebungen nur alle zehn Jahre durchgeführt werden. Aber dieser Überblick über die weiten Zeiträume läßt sofort erkennen, wie es sich auch hier um ein ganz stetiges Wachstum handelt und gar nicht davon die Rede sein kann, daß der industrielle Aufschwung erst mit den Schutzzolltarifen der letzten Jahre in die Neue Welt gelangt sei.

Um die Vorwärtsbewegung der Industrie wenigstens

in ein paar Einzelheiten zu verfolgen, mag es genügen, auf einige der wichtigeren Industrien hinzuweisen. Die Eisen- und Stahlindustrien zahlten 1870: 40 Mill. Dollars Lohn, 1890: 95 Mill., 1900: 134 Mill., und dementsprechend war der Wert der Produkte 1870: 207 Mill. Dollars, 1890: 478 Mill., 1900: 835 Mill. Bei der Baumwollenfabrikation wurden 1870: 39 Mill. Dollars, 1890: 69 Mill. Dollars, 1900: 94 Mill. Dollars Lohn gezahlt, und die fertigen Waren besaßen 1870 einen Wert von 177 Mill., 1890: 267 Mill., 1900: 339 Mill. Die Wollwarenfabrikation zahlte 1870: 35 Mill. Dollars Lohn, 1890: 58 Mill. Dollars, 1900: 64 Mill. Dollars. Ihre Waren wurden 1870 auf 199 Mill. Dollars bewertet, 1890 auf 270 Mill., 1900 auf 296 Mill. Bei der Herstellung von Seidenwaren schließlich wurden 1870 nur 1,9 Mill. Dollars Löhne gezahlt, 1880: 9,1 Mill., 1890: 17,7 Mill., 1900: 20,9 Mill., und der Wert der Waren betrug 1870: 12 Mill., 1880: 41 Mill., 1890: 87 Mill., 1900: 107 Mill.

Um wenigstens für einige andre Industrien das Wachstum der Leistung anzudeuten, seien noch ein paar weitere Zahlen aus den dickleibigen Statistiken herausgeholt, und, um nicht gar zu tabellarisch zu wirken, seien sie ohne starre Ordnung bunt nebeneinandergestellt. Landwirtschaftliche Geräte wurden 1880 für 68 Mill., 1900 für 101 Mill. Dollars fabriziert; Zelte und Segel 1880: 1,9 Mill. Dollars, 1900: 11,7 Mill.; Säcke 1880: 13 Mill. Dollars, 1900: 20 Mill.; Backpulver und Hefe stieg im gleichen Zeitraum von 4 Mill. Dollars auf 14 Mill.; Lederriemen von 6 Mill. auf 10 Mill. Die Bicycle-Industrie stieg sogar in dem einen Jahrzehnt von 1890 bis 1900 von 2,5 Mill. Dollars auf 31,9 Mill.; Pferdebeschlag und Wagenräder im gleichen Jahrzehnt von 54 Mill. auf 85 Mill.; Buchbinderei 1880: 12 Mill., 1900: 20,7 Mill. Die in Fabriken hergestellten Stiefel und Schuhe hatten 1880 einen Wert von 166 Mill. Dollars, 1900 von 261 Mill. Schachteln stiegen im gleichen Zeitraum von 7,6 Mill. Dollars auf 27,3 Mill.; Kisten von 12,6 Mill. Dollars auf 38,2 Mill.

Der Brückenbau stellte 1880 einen Wert von 8,9 Mill.

Dollars, 1900 einen Wert von 30,1 Mill. dar. Zimmermannsarbeit stieg von 94 Mill. im Jahre 1880 auf 316 Mill. im Jahre 1900. Die Teppichfabrikation wuchs im gleichen Zeitraum von 31 Mill. auf 48 Mill., die Wagenfabrikation von 64 Mill. auf 121 Mill. Die Herstellung von Eisenwaren stieg in dem einen Jahrzehnt von 1890 bis 1900 von 205 Mill. auf 325 Millionen. Der Wert der fabrizierten Butter und Käse betrug 1880 nur 25 Mill., 1900: 131 Mill. Dollars. Die Schokoladenfabrikation stieg im gleichen Zeitraum von 1,3 Mill. Dollars auf 9,6 Mill. Die Uhrenfabrikation und Uhrreparaturen von 14 Mill. auf 40 Mill. Der Wert der fabrizierten Herrenkleider stieg von 209 Mill. Dollars auf 415 Mill., der der Damenkleider von 32 Mill. auf 159 Mill.; es handelt sich dabei lediglich um Fabrikwaren. Zuckerwerk erklomm von 25 Mill. die Höhe von 81 Mill. Elektrische Apparate stellten 1880 nur einen Wert von 2,6 Mill. dar, aber stiegen 1890 auf 19 Mill., 1900 auf 91 Mill., wozu noch 15 Mill. für elektrische Konstruktionen kommen. Die Fabrikation von Explosivstoffen stieg von 5 Mill. auf 17 Mill., während die der Waffen etwas zurückgegangen ist, von 5,7 Mill. auf 5,4 Mill. Mühlenfabrikate stiegen von 505 Mill. auf 560 Mill. Metallgießereien und Maschinenfabriken erzeugten 1880 Produkte im Werte von 215 Mill., 1890: 413 Mill., 1900: 644 Mill. Die Möbelfabrikation wuchs von 85 Mill. auf 153 Mill.; die Glasfabrikation von 21 auf 56 Mill.; Handschuhe von 7 Mill. auf 16 Mill.; Eisenwaren von 22 Mill. auf 35 Mill.; Hüte von 25 Mill. auf 49 Mill.; Strumpfwaren von 29 Mill. auf 95 Mill.; ornamentale Eisendekoration von 3 Mill. auf 53 Mill.; Goldschmiedarbeit von 22 Mill. auf 46 Mill.; Bretter und Stämme von 233 Mill. auf 566 Mill.

Marmorarbeit stieg in den 20 Jahren von 31 Mill. auf 85 Mill. Der Stein- und Ziegelsteinbau stieg von 20 Mill. im Jahre 1880 auf 203 Mill. im Jahre 1900, eine Verzehnfachung, die deutlich zeigt, wie der Holzbau der vergangenen Zeit schnell zurückweicht und der Aufbau gewaltiger Steinpaläste zunimmt. Tatsächlich kam dieser Wandel bereits im Jahrzehnt von 1880 bis 1890, da der Jahreswert von 1890

ebenfalls bereits über 200 Mill. beträgt. Die Baumwollölfabrikation stieg von 7 Mill. im Jahre 1880 auf 19 Mill. in 1890 und auf 58 Mill. im Jahre 1900. Mineralwasserfabrikation stieg von 4 Mill. auf 23 Mill.; Klavierfabrikation von 12 Mill. auf 35 Mill. Putzmacherei stieg in dem letzten Jahrzehnt des Jahrhunderts von 54 Mill. auf 100 Mill. Farbwerke produzierten 1880 für 23 Mill., 1900 für 50 Mill. Papierfabriken steigerten ihre Produkte im gleichen Zeitraum von 57 Mill. auf 127 Mill. Parfümfabriken von 2 Mill. auf 7 Mill. Die Industrie des Photographen stieg von 5 Mill. auf 23 Mill. Die Druckereien erzeugten 1880 Werte für 90 Mill., 1890 für 275 Mill., 1900 für 347 Mill. Töpferwaren stiegen von 8 Mill. auf 44 Mill.; Gas- und Wasserleitungsanlagen für Häuser von 18 Mill. im Jahre 1880 auf 80 Mill. im Jahre 1890 und auf 131 Mill. im Jahre 1900. Sattel- und Wagengeschirr stieg von 38 Mill. auf 62 Mill.; Schiffbau von 36 Mill. auf 74 Mill.

Die Schlachthäuser und Fleischverpackungsfabriken produzierten im Jahre 1880: 303 Mill. Dollars, 1890: 564 Mill. Dollars, 1900: 790 Mill. Dollars. Die Seife wuchs von 26 Mill. auf 53 Millionen, der Absatz der Zuckerfabriken von 155 Mill. auf 240 Mill. Von Tabak und Zigarren wurden im Jahre 1880: 115 Mill. Dollars Wert produziert, 1890: 195 Mill. Dollars, 1900: 264 Mill. Die Kofferfabrikation wuchs von 7 Mill. auf 12 Mill., die Schirmfabrikation von 6 auf 13 Mill., Drahtseil und Kabel von 9 Mill. auf 19 Mill.

Bescheiden ist der Aufschwung nur für alkoholische Getränke. Von amerikanischem Weine wurden 1880: 23 Mill. Gallonen konsumiert, 1890: 23 Mill., 1900: 26 Mill. Freilich stieg der Verbrauch 1902 auf 44 Mill. Von Branntwein wurden im Lande 1880: 61 Mill. Gallonen fabriziert, 1890: 84 Mill., 1900: 94 Mill., 1902: 104 Mill. Schneller wuchs die Bierbrauerei: 1880 wurden 413 Mill. Gallonen heimisches Bier verbraucht, 1890: 853 Mill., 1900: 1218 Mill., 1902: 1378 Mill. Es mag sofort hinzugefügt werden, daß auch, wenn die importierten Getränke den heimischen zugerechnet werden, der Verbrauch an destillierten Spirituosen auf den

Kopf der Bevölkerung 1890: 1,4 Gallonen, 1900 nur 1,2 Gallonen, und für Wein 1890: 0,46 Gallonen, 1900: 0,4 Gallonen betrug — das einzige Gebiet, auf dem kein „Aufschwung" zu verzeichnen wäre.

Das Wachstum der Landesproduktion, der Naturprodukte und der Arbeitsprodukte verlangt in steter Wechselwirkung eine wachsende Intensität des innern wirtschaftlichen Lebens. Auch hier muß es genügen, ein paar Zahlen hervorzuheben, die als typisch gelten können. Im Jahre 1850 gab es Eisenbahnlinien in der Länge von 9000 Meilen, d. i. etwa 14 400 Kilometer. 1880 betrugen sie 93 000 Meilen, 1890: 166 000, 1902: 203 000 Meilen. Eine Statistik über den Passagierverkehr fehlt bis zum Jahre 1882. In jenem Jahre beträgt die Zahl der Reisenden 375 Mill. und wächst bis 1902 auf 655 Mill. Viel schneller aber steigert sich der Frachtverkehr: im Jahre 1882 wurden 39 302 Mill. Tonnen eine Meile weit getragen, 1902: 156 624 Mill. Tonnen. Straßenbahnen gab es 1901 insgesamt 1062 mit einer Länge von 23 000 Meilen mit 68 000 Wagen.

Die Zahl der öffentlichen Postanstalten betrug 1870: 28 000, 1903: 74 000. Die Einnahmen der Post, die ja bekanntlich in Amerika nicht Paketpost im deutschen Sinne umfaßt, waren 1870 nur 19 Mill. Dollars, 1903: 134 Mill. Dollars. Im gleichen Zeitraum hat sich die Zahl der Telegramme verzehnfacht, von 9 Mill. auf 90 Mill., und die Zahl der Zeitungen ist von 5000 auf 20 000 gestiegen. Dem allem entspricht die Intensität der Geldbewegung. Im Jahre 1870 waren im Umlauf 25 Mill. Dollars Gold und Silber, 314 Mill. Dollars Vereinigte Staaten-Noten (die sogenannten „Greenbacks"), 291 Mill. Dollars Nationalbank-Noten und 33 Mill. verschiedener andrer Werte, insgesamt ungefähr 675 Mill. Dollars, auf den Kopf der Bevölkerung 17,5 Dollars. 1903 zirkulierten dagegen 617 Mill. Dollars allein in Gold, 165 Mill. in Silber, 377 Mill. Goldzertifikate, 454 Mill. Silberzertifikate, 334 Mill. „Greenbacks", 399 Mill. Noten der Nationalbanken und 19 Mill. andre Werte, insgesamt 2367 Mill. Dollars, 29,4 Dollars auf den Kopf der Bevölkerung. Die Zahl der

Nationalbanken selbst ist von 1612 im Jahre 1870 auf 4939 im letzten Jahre gewachsen. Die Bankdepositen wuchsen in den Nationalbanken im gleichen Zeitraum von 574 Mill. auf 3200 Mill. Dollars, und in den Sparkassen — und vielleicht sind wenige Ziffern bezeichnender — von 549 Mill. Dollars auf 2815 Mill. Dollars. Dazu kommen im verflossenen Jahr in den Staatsbanken Depositen im Wert von 1814 Mill. Dollars, in den Darlehnsgesellschaften 1589 Mill. und in den Privatbanken 133 Mill. Die gesamten Bankdepositen betrugen somit im Jahre 1903: 9553 Mill. Dollars. Die wechselseitige Bankverrechnung durch Newyork betrug 1870: 27 000 Mill. und 1903: 70 833 Mill., für die gesamten Vereinigten Staaten 114 068 Mill. Dollars.

Die Gesamteinnahmen des Reiches, vornehmlich aus Zöllen und Innensteuern, waren 1850: 43 Mill., 1870: 395 Mill., mit 194 Mill. aus Zöllen und 184 Mill. aus Innensteuern. 1903 betrugen die Einnahmen 560 Mill., mit 284 Mill. aus Zöllen und 230 Mill. aus Innensteuern. Dem entsprachen 1870 Reichsausgaben im Betrag von 164 Mill. Dollars, wovon 57 Mill. auf die Armee, 21 Mill. auf die Flotte und 28 Mill. auf Pensionszahlung kamen; daneben noch 129 Mill. öffentliche Schuldzinszahlung. Die Reichsausgaben für 1903 betrugen 477 Mill. Dollars. Die Armee kostete 118 Mill., die Flotte 82 Mill., die Zinszahlung war auf 28 Mill. gesunken, die Pensionszahlung aber auf 138 Mill. gestiegen, da die Zahl der sogenannten Kriegspensionäre allmählich auf 996 545 gewachsen ist. Der wirkliche Betrag der Ausgaben für öffentliche Zwecke wird durch diese Ziffern freilich nur unzureichend charakterisiert, da ja die meisten Kulturausgaben Sache der Einzelstaaten sind. So gab Amerika im Jahre 1870: 63 Mill., im Jahre 1902: 235 Mill. allein für den öffentlichen Volksschulunterricht aus, eine einzelstaatliche Zahlung, mit der das Reichsbudget nichts zu tun hat.

Der Gesamtreichtum der Bevölkerung, der sich ja freilich nur schätzungsweise angeben läßt, wurde 1850 auf 7135 Mill. Dollars, 1860 auf 16 159 Mill., 1870 auf 36 068 Mill., 1880 auf 42 642 Mill., 1890 auf 65 037 Mill., 1900 auf 94 300 Mill.

berechnet. Dabei kämen auf den Kopf der Bevölkerung 1850: $ 307, 1860: $ 513, 1870: $ 779, 1880: 850, 1890: 1038, 1900: 1235. Dabei hat die Schuldenlast des Landes im wesentlichen seit Jahrzehnten stetig abgenommen. Ihre Gesamtbewegung war in erster Linie durch den Bürgerkrieg bestimmt. Sie erreichte daher ihren Höhepunkt im Jahre 1866 mit 2636 Mill., wobei $ 74 auf den Kopf der Bevölkerung kamen. Bereits 1880 ist sie auf 1919 Mill. gesunken, $ 38 auf den Kopf der Bevölkerung. Den niedrigsten Punkt erreicht sie dann 1893 mit 838 Mill., $ 12 auf den Kopf der Bevölkerung, steigt dann wieder ein wenig nach dem Krieg, aber sinkt in den letzten drei Jahren und beträgt für das Jahr 1903 nur noch 925 Mill. Dollars, $ 11 auf den Kopf der Bevölkerung, die niedrigste Ziffer seit 40 Jahren. Selbstverständlich ist bei dieser Berechnung der im Schatzamt liegende Barbestand von dem Betrag der Anleihen abgezogen.

* * *

Wir haben bisher nur von dem Innenleben der Vereinigten Staaten gesprochen und seine wirtschaftlichen Beziehungen zum Ausland unberücksichtigt gelassen. Aber gerade hier setzt ein wesentlicher Teil des ökonomischen Interesses ein, und gerade in den Ziffern, die sich auf den auswärtigen Handelsverkehr der Vereinigten Staaten beziehen, reflektiert sich das wirtschaftliche Aufwärtsstreben der Nation. Wenn wir von der Einführung und Ausführung der Edelmetalle absehen und nur die eigentlichen Waren berücksichtigen, so stellt sich die internationale Handelslage der Vereinigten Staaten so dar, daß der Gesamtimport im Jahre 1903: $ 1 025 719 237 betrug und der Gesamtexport $ 1 420 141 679. Wir müssen diese beiden Zahlen nach den verschiedensten Richtungen analysieren und mit den Ziffern der Vergangenheit vergleichen. Dem Politiker vielleicht am wichtigsten, uns aber hier am unwesentlichsten, sind die Schwankungen gegenüber der allerletzten Vergangenheit, die Veränderung, die 1903 gegenüber 1902 aufweist. In einem Sinne scheint ein Rückschritt vorzuliegen, denn wenn im

Jahre 1903 der Export um 394 Mill. größer ist als der Import, so ist diese Ziffer um 83 Mill. kleiner als die entsprechende Zahl des Vorjahres. Diese Verschiebung zuungunsten des Landes stammt aber nicht von einem Rückgang des Exports her, sondern nur von außerordentlicher Steigerung des Imports. Der Export ist gegen das Vorjahr um 38 Mill. noch gestiegen, der Import aber stieg um 122 Mill.

Wenn so der gesamte auswärtige Handelsumsatz der Vereinigten Staaten im Jahre 1903 eine Gesamtsumme von 2445 Mill. Dollars darstellt, so ist damit eine Höhe erreicht, die alles Vergangene überragt. War doch vor dem Jahre 1900 der gesamte Umsatz unter zwei Milliarden, die Höhe der ersten Milliarde aber war im Jahre 1872 erreicht. Export und Import zusammengenommen betrugen 1830: 134 Mill., 1850: 317 Mill., 1860: 687, 1870: 828, 1880: 1503, 1890: 1647, 1900: 2244. Dabei schwankt die Bilanz für Import und Export. 1800 z. B. wurde für 91 Mill. eingeführt, für 70 Mill. ausgeführt, desgleichen waren 1810, 1820 und 1830 Jahrzehnte stärkerer Einfuhr. In dem Jahrzehnt, das 1840 endete, betrug die Durchschnittseinfuhr dagegen nur 98 Mill., während die Ausfuhr 123 Mill. ergab. Im folgenden Jahrzehnt verschiebt es sich wieder; die Einfuhr beträgt 173 Mill., die Ausfuhr 144; auch 1860 die Einfuhr 353, die Ausfuhr 333. Noch größer wird der Unterschied 1870: die Einfuhr 435, die Ausfuhr 392. Dann aber steigt plötzlich die Ausfuhr gewaltig und behält in den letzten 25 Jahren durchaus die Führung. 1880 wird für 667 Mill. importiert, aber für 835 Mill. exportiert, 1890 ist die Einfuhr 789 Mill., Ausfuhr 857 Mill., 1900: Einfuhr 849 Mill., Ausfuhr 1394 Mill., 1901: Einfuhr 823, Ausfuhr 1487, 1902: Einfuhr 903, Ausfuhr 1381 und 1903, wie gesagt, Einfuhr 1025, Ausfuhr 1420.

Versuchen wir zunächst die amerikanische Einfuhr in ihre Bestandteile aufzulösen. Von der Einfuhr im Werte einer Milliarde im letzten Jahr kamen 212 Mill. auf Nahrungsmittel und lebendes Vieh, 383 Mill. auf Rohstoffe, 97 Mill. auf Halbfabrikate, 169 Mill. auf Fabrikprodukte, die zum Gebrauch fertig sind, und 145 Mill. auf Luxusartikel. Die

erste Gruppe, die Nahrungsmittel, die heute 21 % ausmachen, betrug 1880 noch 31 % der Einfuhr, und die notwendigen Gebrauchsartikel, die fertig fabriziert eingeführt wurden, hatten 1880 ebenfalls noch einen bedeutenderen Anteil; sie betrugen damals 20 %, heute nur 16 %. Dagegen sind die Rohstoffe, die damals 25 % ausmachten, heute 38 % der Einfuhr, und auch die Luxusartikel sind von 10 % stetig auf 14 % der Gesamteinfuhr gewachsen. Unter den Halbfabrikaten spielt dem Werte nach die erste Rolle die Einfuhr von Chemikalien im Wert von 38 Mill. Dann kommen Holzwaren mit 11 Mill., Öl mit 10 Mill., Eisenfabrikate mit 8 Mill., Pelze und Lederwaren mit je 5 Mill. Unter den Rohstoffen kommt dem Werte nach die erste Rolle den Häuten und Fellen zu, die im letzten Jahr im Wert von 58 Mill. eingeführt wurden. Dann folgt rohe Seide im Wert von 50 Mill., Pflanzenfasern wie Hanf 34 Mill., Gummi 32 Mill., Eisen und Stahl 30 Mill.; aber bei der letzten Zahl handelt es sich um eine abnorme Erscheinung des ungewöhnlichen Jahres, das eine Überanspannung der amerikanischen Stahlfabrikation verlangte. Im Jahre 1902 betrug die Eisen- und Stahleinfuhr nur 9 Mill., 1901 nur 3 Mill. Die Einfuhr roher Chemikalien betrug 23 Mill., die gleiche Summe ergibt Zinn. Für 21 Mill. wurde Wolle eingeführt und für 20 Mill. Kupfer; für 11 Mill. Holz und für andre 11 Mill. Baumwolle.

Der Export, nach den Quellen der Produktion eingeteilt, ergab für das letzte Jahr 873 Mill. für landwirtschaftliche Produkte, 407 Mill. für Fabrikationsprodukte, 57 Mill. für die Produkte des Waldes, 39 Mill. für die Produkte des Bergwerks, 7 Mill. aus der Fischerei. 6 Mill. im Export kamen von andern einheimischen Quellen, und 27 Mill. waren fremdländischen Ursprungs. Ihren Höhepunkt hatte die landwirtschaftliche Ausfuhr 1901 erreicht, als sie 943 Mill. betrug, und auch der Export von Fabrikprodukten ist von 1901 um 3,4 Mill., seit 1900 sogar um 26 Mill. heruntergegangen. Die Fabrikationsstatistik zeigt aber deutlich genug, daß es sich dabei nicht um einen Rückgang der Fabrikation, sondern

um eine schnelle Steigerung des Bedarfs auf dem heimischen Markte handelt. Von diesen fast zufälligen kleinen Schwankungen der letzten drei Jahre abgesehen, ist die Entwicklung des Exports in sicherer stetiger Steigerung begriffen. 1800 betrug die landwirtschaftliche Ausfuhr 25 Mill., die industrielle 2 Mill.; 1850 exportierte die Landwirtschaft 108 Mill., die Industrie 17 Mill.; 1880 die Landwirtschaft 685 Mill., die Industrie 102 Mill.; 1900 die Landwirtschaft 835 Mill., die Industrie 433 Mill.

Betrachten wir den auswärtigen Handel unter dem Gesichtspunkt der verschiedenen Ein- und Ausfuhrländer, so steht für Einfuhr und Ausfuhr Europa an der Spitze. Im Jahre 1903 war die Einfuhr von Europa nach den Vereinigten Staaten 547 Mill., die Ausfuhr nach Europa 1029 Mill. Die Einfuhr von den übrigen Ländern Amerikas, also von Kanada und Mexiko, 189 Mill., die Ausfuhr zu ihnen 215 Mill.; die Einfuhr von Südamerika 107 Mill., die Ausfuhr nach Südamerika 41 Mill., die Einfuhr von Asien 147 Mill., die Ausfuhr nach Asien 58 Mill., die Einfuhr von Australien 21 Mill., die Ausfuhr 37 Mill., die Einfuhr von Afrika 12 Mill., die Ausfuhr 38 Mill.

Mit den einzelnen europäischen Ländern gestaltet sich die Handelsbilanz folgendermaßen: England kaufte von den Vereinigten Staaten für 523 Mill. Dollars und verkaufte an sie für 180 Mill. Dollars. Dann kommt Deutschland, das für 174 Mill. kaufte, für 111 Mill. verkaufte. Frankreich kaufte nur für 70 Mill. und verkaufte für 87 Mill. Österreich kaufte für 6, verkaufte für 10. Rußland kaufte für 7 und verkaufte für 7. Der England und Deutschland nächste Kunde war Kanada; die Einfuhr von den Vereinigten Staaten nach Kanada betrug 123 Mill., die Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten 54 Mill. Kein Land liefert mehr Waren nach Deutschland als die Vereinigten Staaten. Erst in weiter Entfernung kommt an zweiter Stelle Rußland, an dritter Österreich, an vierter Großbritannien. Unter den Staaten, nach denen Deutschland exportiert, sind die Vereinigten Staaten aber erst an dritter Stelle. England hat die Führung und Österreich

kommt an zweiter Stelle. Unter den Waren, die Amerika von Deutschland kauft, stehen an der Spitze Drogerie- und Farbwaren; dann kommen Baumwollwaren; es folgen Seidenwaren, dann Eisenwaren, dann Bücher und Kunstgegenstände, dann Tonwaren, Zeugwaren und Tafelgeschirr, baumwollene Wirkwaren, Farbendruck, Bilder, Spielzeuge usw. Kein andrer Posten erhebt sich über 10 Mill. Mark. Fast in jedem Gebiet liegt eine stetige Steigerung vor, und die Gesamteinfuhr des letzten Jahres betrug 17 % mehr als die vorangehende, 71 % mehr als die von 1898, 138 % mehr als 1880, 198 % mehr als 1875, 343 % mehr als 1870.

In der Ausfuhr der Vereinigten Staaten nach Deutschland spielt Baumwolle die erste Rolle. Vor 10 Jahren betrug ihr Wert bereits 34 Mill. Dollars; 1901 erreichte sie einen Wert von 76 Mill. Dollars. Im folgenden Jahre sank der Wert zwar auf 70 Mill., aber 1903 stieg er auf 84 Mill. Dollars, mit einer Masse von 957 Mill. Pfund. Die Weizenausfuhr nach Deutschland betrug 1896 nur $ 608 000, stieg im folgenden Jahre auf 1,9 Mill. Dollars, im nächsten Jahre auf 3,1 Mill., 1899 auf 7,6 und 1902 auf 14,9 Mill., 1903 betrug sie nur 11,1 Mill. Es gesellt sich dazu noch die Ausfuhr von Mais, die erheblicheren Schwankungen unterlag. Im Jahre 1901 kaufte Deutschland für 17 Mill., 1903 nur für 6,6 Mill. Die Petroleumausfuhr erreichte den Höhepunkt ihres Wertes 1900 mit 8 Mill. Dollars und betrug 1903: 6,3 Mill.

Genug der dürren Zahlen. In noch vollere Beleuchtung würden sie dann treten, wenn sie mit der wirtschaftlichen Leistung andrer Länder verglichen würden. Auf amerikanischem Boden wächst mehr Weizen als in irgend einem Lande der Welt, und mehr Mais als in allen Ländern der Welt zusammengenommen. Mehr Rinder und mehr Schweine werden dort geschlachtet als in irgend einem Land, und von dem Hauptbekleidungsmittel der Welt — Baumwolle — wird ¾ der Welternte in den Vereinigten Staaten gewonnen. Kein Land der Welt schafft so viel Kohle aus dem Boden, und keines so viel Petroleum, Eisen und Stahl, Kupfer und Blei,

Leder und Kohlen — kurz, die wichtigsten Hilfsmittel der Fabrikation sind in keinem Lande der Welt in solchem Maße vorhanden und ausgenutzt. Aber selbst wer alle die Ziffern des Weltmarkts überschaut, kann von der Intensität des Wirtschaftslebens nicht jene eindrucksvolle Vorstellung gewinnen, die jeden überkommt, der mit eignen Augen als Fachmann oder als Laie die Räder dieser Maschine bei der Arbeit sieht. Man muß die Kraftstationen am Niagara oder die Stahlwerke in Pittsburg sehn, die Schlachthäuser in Chicago und die Textilfabriken in Neu-England, die Zeitungsdruckereien in Newyork und die Uhrenfabriken bei Boston, die Speicher in Buffalo und die Mühlen in St. Paul, die Lokomotivenfabriken in Philadelphia, die Schiffswerften in Pennsylvania, das Hafenleben in Newyork, um die Riesenkraft zu fühlen, die da schafft und schafft.

In einer einzigen Fabrik werden jährlich 1500 Lokomotiven hergestellt. Eine Chicagoer Fabrik von Erntemaschinen, die 140 Acker Landes bedeckt, beschäftigt 24 000 Menschen, und 2 Millionen ihrer Maschinen sind im Gebrauch. Fünfzig Schiffe tragen ihr Holz und Eisen herbei und täglich schickt sie 100 Frachtwagen mit ihren Produkten in die Welt hinaus.

Und dieser Zug ins Große tritt nicht nur da auf, wo die Stapelartikel in Frage sind, sondern trägt auch das Kleine und selbst das Winzige empor. Man weiß, wie langsam in Deutschland das große Warenhaus sich gegenüber dem kleinen Laden durchsetzen konnte; in Amerika entsprachen gerade diese Riesenläden sofort dem Volksempfinden. Und mit dem Schaufenster des Warenhauses konkurriert der Anzeigenteil der Zeitungen und Zeitschriften. Es ist gar nichts Außergewöhnliches mehr, daß etwa der Fabrikant einer Frühstücksspeise oder eines chemischen Präparates jährlich mehr als eine Million Dollars für amüsante Reklame ausgibt. Im „Ladies' Home Journal" kostet die sechsgespaltene Inseratenzeile M. 25 für eine Nummer; erst kürzlich nahm ein Seifengeschäft eine ganze Seite des Magazins längere Zeit für

seine Anzeige in Anspruch und hatte dafür M. 600 000 zu zahlen.

Eindrucksvoller aber als irgend etwas, das der Reisende heute sehen kann, ist überall da der Vergleich mit dem, was früher gewesen. Das haben ja unsre Zahlen deutlich erkennen lassen, daß auf jedem Gebiet der Rhythmus der Entwicklung ein unvergleichlich lebhafter war, ja daß oft ein ganz plötzliches Vorwärtsschnellen die Leistung vervielfachte. Die Landwirtschaftsmaschine gibt da ein typisches Beispiel. Die Bearbeitung des Bodens mit dem Pfluge erfuhr eine vollkommene Umwälzung, als 1870 die erste Pflugmaschine sich dem amerikanischen Landwirt darbot. Seitdem hat man rastlos an der Verbesserung gearbeitet. Überall sieht man den Bauer auf seiner Maschine reiten, und der heutige Dampfpflug, verbunden mit Säemaschine und Egge, hat die Arbeitszeit, die für Pflügen, Säen und Eggen des Weizens gebraucht wurde, auf den fünfzehnten Teil gegenüber der maschinenlosen Zeit vermindert und gleichzeitig die Kosten für jeden Scheffel Weizen auf den vierten Teil reduziert. Die heutigen Maschinen säen und düngen zu gleicher Zeit und sorgen, daß überall die Saat in gewünschter Tiefe unter den Boden gerät. Andre Maschinen, die das Enthülsen und Entkörnen des Maises besorgen und gleichzeitig die Maiskolben kleinschneiden, bearbeiten einen Scheffel Mais in einer Minute, während ein guter Handarbeiter früher zwei Stunden gebrauchte.

Selbstverständlich ist der Dreschflegel längst beseitigt. Den Höhepunkt bildet die kombinierte Mäh- und Dreschmaschine, welche die Ähren von den Halmen schneidet, die Ähren drischt, den Weizen reinigt und in Säcke füllt, und alles das so rasch besorgt, wie die vorgespannten Pferde nur laufen können. Die Maschinen zum Entsamen der Baumwolle sind aber geradezu die Voraussetzung geworden für die heutige Baumwolleernte mit ihren 10 Millionen Ballen. In früherer Zeit gebrauchte eine Person ungefähr 10 Stunden, um die Samen von anderthalb Pfund Baumwolle zu pflücken.

In der gleichen Zeit kann die Maschine jetzt bis zu 7000 Pfund bearbeiten.

In genau gleicher Weise hat der erfinderische Geist des Amerikaners in den Fabriken selbst die Leistung verzehnfacht und verhundertfacht; überall galt es, die Menschenkraft zu sparen, und somit Mittel und Wege zu ersinnen, damit sich automatisch vollziehen läßt, was mit mühsamer Handarbeit vollbracht ward, oder daß ein bloßer Handgriff leistete, was bisher mühselige Arbeit erforderte. Dies fortwährende Erfinden und Verbessern, und diese Schärfung des Erfindungsgeistes in jedem Betriebsleiter, ja in jedem Arbeiter, und diese Bereitschaft, auch die kleinste Verbesserung sofort überall einzuführen, und ohne Scheu vor den Kosten jeden Fortschritt des Tages mitzumachen, das hat die ungeheure Steigerung der Leistung mehr gefördert, als es irgend ein Schutzzoll vermochte, und mehr, als es der bloße Reichtum der Naturschätze bedingte.

Phantastische Jingos sehen auch in diesen Riesenleistungen nur den Anfang dessen, was kommen soll, und in ihren Träumen dämmert schon der Tag, an dem die ganze Welt dem amerikanischen Markte untertan ist. Solche Überpläne dürfen nicht verführen. Der besonnene Amerikaner weiß sehr wohl, daß auch der gewaltige Aufschwung des überseeischen Handels durchaus noch nicht die Schwierigkeiten aus dem Wege räumt, die der Ausfuhr amerikanischer Industrie nach Europa entgegenstehen. Er weiß, wie hoch der amerikanische Arbeitslohn und wie gerade der Aufschwung dahin wirkt, den Arbeitslohn zu steigern, weil der amerikanische Arbeiter mehr als der europäische die Macht besitzt, von dem Gewinne seinen Teil zu fordern. Auch auf den verlockenden Plan, den europäischen Markt durch Schleuderpreise zu gewinnen, geht der besonnene Amerikaner nicht ein. In der Verzweiflung schlechter Zeiten mag er vielleicht einmal zu solcher Aushilfe greifen, um die aufgespeicherten Waren, die der heimische Markt nicht will, schnell zu veräußern. In gewöhnlichen Zeiten will die Industrie davon nichts wissen, denn sie kennt die demoralisierende Wirkung,

die auf das Heimatsland ausgeübt wird, wenn erst einmal das Gefühl um sich greift, daß der Fabrikant nach dem Ausland billiger liefert; und nichts fürchtet der Amerikaner mehr, als die Demoralisierung des nationalen Marktes, denn bei der starken Neigung zur wirtschaftlichen Nachahmung greift gerade in den Vereinigten Staaten jede ökonomische Verstimmung aufs schnellste um sich, und aus der Verstimmung könnte gar zu schnell ein allgemeiner Sturz der Preise folgen. Selbst die raffinierte Sparsamkeit an Menschenkraft, die in der amerikanischen arbeitsparenden Maschine verwirklicht ist, wird noch zu oft ausgeglichen durch die leichtsinnige Verschwendung der Nebenprodukte und die allgemeine Üppigkeit in der industriellen Wirtschaftsführung.

Hat Amerika den ungeheuren Vorteil, daß die Kohlen leicht zu den Industriebezirken geführt werden können und daß die Waren billig im Lande verschifft werden, so steht dem wieder gegenüber, daß der größte Teil der Ladung, die zum Ausland geht, nicht Amerikanern, sondern Ausländern Schiffsfracht zahlen muß, da die amerikanische Handelsflotte weit hinter den Bedürfnissen des amerikanischen Handels zurückgeblieben ist. Ist Amerika stark durch seinen Schutzzoll, so steht selbst England schon im Begriff, das Tochterland daran zu erinnern, daß die amerikanische Staatskunst kein Patent und kein Monopol für wirtschaftliche Schutzzölle erhalten hat. Ist der Reichtum des Landes unerschöpflich an Naturprodukten, so weiß der Amerikaner doch sehr wohl, daß der größere Gewinn dem zufließt, der die Produkte bearbeitet. Ist der Amerikaner intelligent und energisch bei der Erringung des auswärtigen Marktes, so empfindet er doch deutlich, daß andre Nationen andre Tugenden in die Wagschale werfen, die er nicht gelernt hat und nicht lernen mag, vor allem Geduld und Anpassen an die fremden Bedürfnisse und Rücksicht im Kleinen.

Eines freilich sahen wir steht auf der Seite des Amerikaners mit unvergleichlicher Macht — sein Glaube an den Wert der wirtschaftlichen Kultur, sein ökonomischer Idealismus, sein Streben nach wirtschaftlicher Neuschöpfung als

reichstem Ausdruck des Selbstbetätigungsgeistes; und doch auch da ist der wirtschaftliche Nachteil nicht gar so fern, denn jener Geist der individualistischen Initiative weckt auch zugleich im Arbeiter das Verlangen nach gleichem Recht und gibt so den Kämpfen zwischen Kapital und Arbeit eine Intensität, die noch kein andres Land gespürt hat, und die der Industrie Fesseln auferlegt, mit denen die Mitbewerber im Weltmarkt sich kaum zu schleppen haben. Kurz, der besonnene Amerikaner weiß sehr wohl, daß der Markt der großen Kulturnationen für seine Industrie nur in langsamem Schritt wird gewonnen werden können, und daß er auch in den exotischen Ländern immer wieder auf gleichwertige Mitbewerber stoßen wird, daß es Schwierigkeiten über Schwierigkeiten geben wird, daß der heimische Markt auch wieder zeitweilig stärkere Einfuhr wird nötig machen und daß somit von einer Herabdrückung der gesamten europäischen Wirtschaft und einer Diktatur der neuweltlichen Industriekapitäne für lange hinaus nicht die Rede sein kann.

Das eine, das er erwartet, aber wird ihn nicht trügen: der Fortschritt der amerikanischen Leistung wird ein stetiger bleiben. Nicht immer wird die Ernte in allen Staaten der Union gedeihen, nicht immer werden die Spekulanten mit ihrer Börsenernte zufrieden sein, aber die Wirtschaft der Nation als ganze wird, wenn nicht alles trügt, keine gewaltigen Rückschläge, keine Panik zu befürchten haben.

Die Vereinigten Staaten haben sechsmal schwere Krisen durchgemacht — 1814, 1819, 1837, 1857, 1873 und 1893. Zu vieles spricht dafür, daß die fadenscheinige Lehre von der rhythmischen Wiederkehr der Krisen sich in der amerikanischen Zukunft nicht betätigen wird, und wenn gerade in unsern Tagen nach Jahren ungeheuren Aufschwungs eine Rückstauung eingetreten ist, so bleiben die Zeiten doch unvergleichbar mit denen, die den frühern Krisen, vor allem den Heimsuchungen von 1893, vorangingen. Vergegenwärtigen wir uns die Bewegung seit jener Zeit. Die grausamen Erfahrungen vom Anfang der neunziger Jahre waren

die natürliche Wirkung einer unnatürlichen Überspannung des Kredits. Fünf, sechs Jahre des Wohlstands waren vorangegangen, und sofort war alles, was der Steigerung des persönlichen Lebens diente, im Überflusse angeboten; eine unsinnige Bauwut ging durch das Land, die Bodenpreise stiegen unablässig. Aber die innere wirtschaftliche Entwicklung des Landes war damit nicht Schritt gegangen. Zu viel überflüssige Unternehmungen waren entstanden, und Haus- und Landbesitz war mit Hypotheken überlastet. Schon 1890 begann die Erschütterung. Drei Jahre später brach endlich dieser ungenügend fundamentierte Bau zusammen. Mehr als 15 000 Bankrotte folgten einander in dem einen Jahre mit Verpflichtungen von 350 Millionen Dollars, und in den zwei, drei folgenden Jahren sah es kaum besser aus. Alles lag danieder. Der Bauer war verschuldet, der Fabrikarbeiter war ohne Beschäftigung, der Bergarbeiter empfing Hungerlöhne, und da so die Kaufkraft von Millionen gebrochen war, fehlte es der Industrie und dem Handel an Kunden — ein wirtschaftlicher „Kollaps" mit allen bedrohlichen Zeichen. Aber nicht die Ärzte halfen dem Kranken; der Organismus half sich selbst. Und vor allem die Hilfe kam in solcher Weise, daß ein so trauriger Rückfall für alle Zukunft ausgeschlossen scheint.

Zunächst bereitete der Niedergang schon dadurch die Gesundung vor, daß hier wie immer nur die Stärksten sich halten konnten, und nur die kräftigsten Unternehmungen ruhig weiterschreiten konnten, während alle die schwachen, ungerechtfertigten Versuche der Übermutszeit hinweggerissen wurden. Aber das ist natürlich nichts von bleibendem Wert, denn gute Jahre werden immer wieder das Gleiche bringen, locken immer wieder zu wirtschaftlich überflüssiger Leistung. Das aber, was von dauerndem Werte war, das war die außerordentliche Energie, mit der die Industrie in diesen Jahren der Bedrängnis zum erstenmal die Lektion der Sparsamkeit lernte. Noch heute bleibt in dieser Beziehung viel zu lernen übrig, aber trotzdem wurde damals Ungeheures erreicht. Die Schlachthäuser von Chicago beispielsweise fanden in jenen

Jahren heraus, daß all die Tierteile, die bisher weggeworfen wurden, ausreichten, um in einem einzigen Schlachthaus in einem Jahre 6 Mill. Pfund Leim, 30 Mill. Pfund Fett und 105 Mill. Pfund Düngerstoffe herzustellen, so daß wenige Jahre später die gesamten Dividenden der Gesellschaft aus dem Verkauf der Nebenprodukte bestritten werden konnten, deren Material noch kurz zuvor einfach vergeudet war. Und ganz ähnlich ging es in den Bergwerken und bei den Ölquellen, auf den Gütern und in den Wäldern.

Entsprechend der besondern Begabung des Amerikaners erschuf diese Zeit nun vor allem eine Überfülle von Erfindungen im Dienst der Arbeitsersparnis und Arbeitsverbesserung. In den Eisenfabriken, in den Kohlengruben und an tausend Stellen, wo der Erwerbsfleiß rege war, galt es in der kümmerlichen Zeit Gewinn dadurch zu erzwingen, daß die Produktionskosten geschmälert wurden und der Ertrag an Produkten gesteigert werden konnte. Mehr denn je war die Erfinderphantasie gesteigert, um arbeitsparende Maschinen herzustellen, den Betrieb automatisch einzurichten und das Bohren und Schaufeln und Hämmern, das Spinnen und Weben und Knüpfen ganz der Maschine zu überlassen. Mit der außerordentlichen Anspannung des nationalen Erfindergeistes im Dienst der Arbeitsersparnis hat das amerikanische Gewerbe in der Tat einen Vorteil errungen, der nicht wieder weggeschwemmt werden kann.

Aber diese gesteigerte Sparsamkeit kann wohl über schlechte Zeiten hinweghelfen; sie konnte nicht selbst den großen Aufschwung bringen. Wo der und wie der einsetzte, ist vielleicht schwer zu sagen, da die verschiedensten Faktoren schnell in Wechselwirkung treten mußten; aber sicher hieße es äußere Symptome als das Wesen der Sache betrachten, wenn man in den großen Trustbildungen die eigentlichen Kräfte sehen wollte, welche den Aufschwung brachten. Der eigentliche Ausgangspunkt war denn doch wohl die gewaltige Ernte, die das Land segnete. Im Herbste 1897, als in Rußland und Indien und deshalb in der ganzen alten Welt Weizennot war, heimste Amerika die größte Ernte ein, die da seit

vielen Jahren beschieden war. Und trotz der ungeheuren Masse stieg durch die europäische Nachfrage der Preis von Woche zu Woche. Der Farmer, der 1894 nur 49 Cents für den Bushel Weizen erhalten hatte bei kleiner Ernte, erhielt jetzt 81 Cents bei vollen Scheuern. Die unmittelbaren Wirkungen waren notwendige. Der Bauer hatte sich jahrelang gequält und sich das nötigste fast abgespart. Jetzt ging es ihm gut und er gebrauchte tausenderlei, um das Entbehrte zu ersetzen — bessere Kleidung und bessere Nahrung, bessere Werkzeuge und bessere Wagen. Das bedeutet, in einem Lande mit so ungeheurer Landwirtschaft, ein Aufblühen aller Gewerbe.

Die Läden in der kleinen Stadt haben wieder zu tun. Das wirkt wieder auf die großen Industrien, und so kam das ganze Schwungrad wieder in Gang. Aber noch wichtiger ist die Wirkung auf die Eisenbahnen. Gerade hier, wo die freie Konkurrenz der amerikanischen Privatbahnen in guten Jahren eine für das Land segensreiche, für die Besitzer verderbliche Überfülle von Schienenwegen hatte entstehen lassen, da hatten die magern Jahre schlimme Verwüstung angerichtet. Eine Eisenbahn nach der andern war in die Hände von Konkursverwaltern übergegangen, der Dienst war verkrüppelt; überall wurde aufs äußerste gespart, Wagen- und Schienenmaterial aufs äußerste abgenutzt. Da setzten nun die ungeheuren Frachten der großen Ernte und der Transport im Dienste der neuerweckten Industrie ein. Die Eisenbahnen erholten sich schnell. Überall gab es Verdienst, und die Eisenbahnen wirkten nun wieder auf die Eisen- und Stahlindustrie. Neue Schienen und neue Züge wurden dringend notwendig, die Stahlindustrie begann ihren großartigen Vorwärtsmarsch, und sobald erst dieser Punkt erreicht war, so mußte nun alles in Wechselwirkung bleiben. Die neue Industrie belebte das Bahngeschäft und brachte Geld in die Tasche des Arbeiters; der Arbeiter wurde wieder zum Kunden für die Industrie, die Industrie und die Eisenbahnen verlangten Kohlen und in die Bergwerke zog wieder ein neues Leben.

Da setzte der spanische Krieg ein und brachte der Nation einen unerwarteten Zuwachs von Selbstvertrauen, das nun mit belebender Kraft auf diesen Wirtschaftsbetrieb zurückwirken mußte. So waren alle innern Bedingungen für das Wachstum gegeben, aber die äußern Bedingungen halfen mit. Der einen guten Ernte folgten andre. 1898 erntete Amerika 675 Mill. Bushels Weizen, und die Baumwollenernte erreichte die unerhörte Höhe von 11 Mill. Ballen. Der Zufall steigerte im gleichen Jahr die Goldgewinnung bis auf 64 Mill. Dollars, und die gewaltigen Summen, welche das Ausland für die amerikanische Ernte zahlte, ließen den zirkulierenden Geldvorrat gewaltig steigen. Nun war auch die Zeit gekommen, in der die Börse beim Aufschwung mitspielen konnte. Sie hatte sich erschreckt zurückgezogen, und gerade auf den Westen und Süden, der jetzt die großen Ernten zeitigte, hatte sie mit Mißtrauen geblickt. Alles schien dort verschuldet, und aus der Verzweiflung des westlichen Farmers waren die uferlosen Silberpläne entstanden, die den Osten das Schlimmste fürchten ließen. Aber nun hatte Mac Kinleys Präsidentenwahl den Sieg der Goldpartei gesichert und das Silbergespenst verscheucht, und in wenigen Jahren hatte die Verschuldung des Westens durch die glänzenden Ernten einer allgemeinen Gesundung der Erntestaaten Platz gemacht. Jetzt faßte die Börse wieder Vertrauen. An der Aktienbörse von Newyork wurden 1894 nur 49 Millionen Aktien gekauft und verkauft; 1897 begann sich die Börse zu erholen, der Umsatz betrug 77 Millionen Aktien, wuchs 1898 auf 112 Millionen Aktien und erreichte 1899 einen Umsatz von 175 Millionen Aktien.

Hier setzte im Winter 1898/99 mit voller Wucht die Trustbildung ein. Die Börse empfand es, daß glänzende Zeiten kamen. Große Kapitalien, die vorsichtig zurückgehalten waren, suchten Anlage, und da die Börsenwerte rascher wachsen können als die Industrien, so waren die Zeiten verlockend, durch Finanzoperationen Riesenverbindungen zu schaffen, deren Aktienkapital vertrauensvoll zum großen Teil auf Idealwerte bezahlt werden konnte. Im Staat

New Jersey allein, dessen Gesetzgebung ganz besonders einladend für solche Unternehmungen schien, bildeten sich Hunderte solcher Korporationen mit einem Kapitalwert von über 4000 Millionen Dollars. In diesem begrenzten Gebiet gab es freilich bald Rückschläge. Schon im Dezember 1899 platzte eine Masse dieser aufgeblasenen Werte, aber die Industrie selbst blieb davon unberührt. Ohne Unterbrechung kam die Börsentätigkeit, trotz aller Schwankungen der Börsenwerte, dem Industrieleben nur zugute.

Inzwischen stieg der Reichtum durch die Wechselwirkung aller Faktoren in jeder Großstadt und in jedem Dorf. In wenigen Jahren verdoppelte sich die Zahl der Sparkassenbücher. Die Eisenbahnen litten Not nur unter der einen Sorge, daß sie steten Wagenmangel hatten, weil sie trotz schnellster Vergrößerung ihres Wagenparks nicht genug Achsen hatten, um all den Mais und Weizen, Holz und Eisen, Baumwolle und Vieh, Kohle und Fabrikprodukte zu befördern. In zwei Jahren stieg die Zahl der Postanweisungen um 7 Millionen. In dem einen Jahr von 1898 bis 1899 wuchs die Zahl der Postsendungen um 361 Millionen. Jetzt kam auch die Zeit der gewaltigen Schenkungen. In einem Jahr wuchsen die Privatgaben für Unterricht und Kunst um über 50 Millionen Dollars.

Unmittelbar zu alledem gehört aber auch die Ausdehnung des auswärtigen Handels. Auch hier hatten die schlechten Zeiten vorgearbeitet. Als der heimische Markt daniederlag, hatte die Industrie mit zäher Energie versucht, auf fremdem Markte Fuß zu fassen. Durch niedrige Preise, durch emsiges Studium der ausländischen Verhältnisse und durch vorzügliche Leistung hatte sie langsam ein kleines Feld nach dem andern gewonnen, und als die guten Zeiten kamen, war die Grundlage für den auswärtigen Handel geschaffen. Die amerikanische Industrie verkaufte ihre Bicycles und Landwirtschaftsmaschinen, ihre Stiefel und Baumwollkleider, ihre Papierwaren und Uhren, und schließlich ihre Schienen und Brücken und Lokomotiven, wie es vor den Jahren der Panik undenkbar gewesen wäre. Vor allem aber wurde das Land

gleichzeitig immer mehr von der Industrie Europas unabhängig. 1890 kaufte Amerika fremde Industriewaren für 357 Mill. und verkaufte die eignen Industrieprodukte nur für 151 Mill. 1899 war die Einfuhr um 100 Mill. geringer geworden und die Ausfuhr um fast 200 Mill. gewachsen.

In der gleichen Zeit aber erreichte, dank der gewaltigen Ernte, der Gesamtverkauf heimischer Waren die Höhe von 1233 Mill., und damit hatten die Vereinigten Staaten zum erstenmal die erste Stelle in der Rangordnung der exportierenden Weltmächte eingenommen, eine Stellung, die bis dahin Großbritannien gebührte. Die Handelsbilanz der Vereinigten Staaten brachte bereits im ersten Jahr des Aufschwungs 1898: 615 Mill. Dollars zugunsten Amerikas. Das Jahr, in dem die amerikanische Flotte in schnellen Siegen die politische Weltmachtstellung der Nation errang, sicherte ihr so zugleich die wirtschaftliche Weltmachtposition. Und schon verwandte die transsibirische Eisenbahn amerikanische Schienen, schon bauten amerikanische Fabriken neue Riesenbrücken in Indien, schon schlugen amerikanische Baumwollwaren die englische Konkurrenz in China zurück, schon zogen amerikanische Lokomotiven die Züge aus dem Londoner Bahnhof, und alles das dauerte fort und fort. Eine gewaltige Ernte folgte der andern.

Die Weizenernte erreichte 1901 die nie zuvor erreichte Höhe von 736 Millionen Bushels und stieg 1902 auf 987 Millionen Bushels. Im selben Jahre gab es 670 Millionen Bushels Gerste, und Mais erreichte gar 2523 Mill. Bushels. Die ungeheure Maisernte ist aber so recht geschaffen, sicher in Reichtum sich umzusetzen. Mais verdirbt nicht schnell, und ohne Mühe kann er aufgestapelt bleiben, bis die rechte Zeit zum Absatz gekommen ist, und vor allem setzt der Bauer seine Maisschätze gern in Fleisch um, das stetig im Preise steigt. Mehr als irgend eine andre Ernte hat der Mais den Westen reich gemacht. Die Baumwollernte blieb auf ihrer 10-Millionen-Höhe. Jahr für Jahr flossen jetzt fast 70 Mill. Fässer Petroleum. Die Ansprüche an die Eisenbahnen stiegen von Monat zu Monat, so daß schließlich im vorigen Jahre

Wochen kamen, in denen keine Fracht mehr übernommen werden konnte, weil die unausgeladenen Frachtwagen meilenweit die Gleise bedeckten. Und allen voran marschierte die Eisen- und Stahlindustrie. Je größer die Ernten, je lebhafter die Fabriktätigkeit im Lande, je beschäftigter die Eisenbahnen, je reger der Betrieb in den Städten, desto mehr haben die Hochöfen der Eisenindustrie zu tun. Die Gewinnung von Eisen und Stahl nahm stetig zu. 1898 war sie auf 11,9 Mill. Metertonnen Roheisen, 9 Mill. Metertonnen Stahl gestiegen, 1900: 14 Mill. Roheisen, 10 Mill. Stahl, 1902: 18 Mill. Roheisen, 15 Mill. Stahl, während der Gewinn auf der ganzen Erde nur 44 Mill. Metertonnen Roheisen und 36 Mill. Metertonnen Stahl betrug.

Aber trotz dieses ungeheuren Anwachsens stiegen die Preise stetig. Eisenbahnen, die im Frühling Kontrakte für neue Schienen machten, konnten wenige Monate später zuweilen die alten Schienen zu Preisen verkaufen, die um ein Viertel höher waren als die Kontraktpreise für die neuen Schienen, weil inzwischen alle Stahlwerte so ungeheuer im Preise gestiegen waren, daß selbst die abgebrauchten Schienen, die wieder zum Hochofen zurückkehrten, jetzt wertvoller waren, als frische Schienen wenige Monate zuvor. Wenn wirklich die Eisenindustrie als Barometer nationalen Wohlstands zu dienen hat, so ließ sie nicht den geringsten Zweifel, daß ringsum schönes Wetter war. Keine Stadt im Lande sah ein solches Anwachsen ihres Bankverkehrs wie Pittsburg, das berühmte Zentrum der Stahlindustrie. 1899 erreichte der Bankumsatz von Pittsburg die Summe von 1½ Milliarden Dollars.

Kein Zweifel, dieses stürmische Vorwärtsdrängen von 1897 bis 1903 ist heute unterbrochen. Eine Rückbewegung hat eingesetzt. Wieder sind so viele Faktoren in Wechselwirkung, daß es schwer ist, zu sagen, wo die Gegenbewegung begann. Die großen Streiks im Baugewerbe trugen erhebliche Schuld. Die fieberhafte Bautätigkeit im Lande kam zum Stocken, und der Rückschlag vom Baugewerbe auf die Stahlindustrie war notwendig. Vielleicht war aber doch noch

wichtiger die Reaktion der Börse gegen die Finanzoperationen der Eisenbahnen. Die Eisenbahnen hatten in den fetten Jahren so willigen Kredit gefunden, daß der gesamte Zuschnitt der Bahnsysteme ein gar zu bequemer geworden war; vor allem aber wurden große Summen verwandt, um die Eisenbahnaktien in Obligationen zu verwandeln. Hier setzten nun plötzlich die Bedenken der Börse ein, die überraschend schnell ihre Mittel zurückzog. Die unmittelbare Wirkung war, daß nun die Eisenbahnen, die besten Kunden der Stahlindustrie, ihre Bestellungen rückgängig machen mußten und sich einzuschränken anfingen. Das drückte das Stahlgeschäft herab, und in schnellem Kreislauf zog die Abnahme der Industrietätigkeit nun auch wieder die Frachttätigkeit der Eisenbahnen herab. Hatten so die Bauindustrie und die Stahlindustrie zu leiden, so mußte das weiter wirken. Die Kaufkraft der Arbeiter nahm ein wenig ab. Die gesamte Industrie wurde eingeschüchtert. Das wirkte auf die Börse, und die Nervosität der Finanzkreise wurde durch die Mißerfolge und durch den Leichtsinn bekannter Führer gesteigert. Das wirkte rückwärts auf die verschiedenartigsten Bewegungen, und so war es selbstverständlich, daß die Schwarzseher im Lande und die guten Freunde im Ausland die Panik kommen sahen.

Aber sie wird nicht kommen. Zu vieles hat sich verändert, zu vieles hat das Land gelernt, zu vieles dauernd gewonnen. Als nach einer Zeit des Wohlstands und der Überanspannung aller Unternehmungslust der Zusammenbruch am Anfang der neunziger Jahre einsetzte, da lag die nationale Situation in jeder Beziehung anders; da waren wirklich innerliche Schäden eingewurzelt, und wirklich unnütze oder wenigstens übereilte Anlagen erfüllten das Land. Schon das ist heute anders. Der Kredit, den etwa die Eisenbahnen damals überspannt hatten, war benutzt worden, um viele Tausende von Meilen neuer Gleise zu legen und Bahnen dorthin zu führen, wo die wirtschaftliche Entwicklung noch nicht folgen konnte. In den letzten Jahren des Wohlstands dagegen haben sich die Gleislängen nur wenig erweitert; da-

gegen ist alles für die Verbesserung des Dienstes, für den innern Ausbau verwandt. Die Bahnen sind leistungsfähiger und solider geworden; ihre Schulden sind verkleinert und auch ein erheblicher Rückschlag der Eisenbahntätigkeit kann ihnen nicht ernstlich schaden. Ja manche glauben, daß in der Überanforderung an die Eisenbahnen, die der große „Boom" der letzten Jahre brachte, im letzten Grunde ein wirtschaftlicher Nachteil für sie liegt. Der übermäßige Dienst brachte Unregelmäßigkeiten aller Art; die Überanspannung zerrüttete das Eisenbahnwesen. Die Gefahren für die Züge nahmen dadurch stetig zu und die Ersatzansprüche für Schädigungen wuchsen bedenklich. Im Grunde zieht die Eisenbahnwelt die normale Verkehrsleistung der übernormalen vor.

Das Gleiche gilt aber auch von der Industrie. Solche riesenhafte Überanspannung, wie die paar ganz großen Jahre brachten, läßt sich auf die Dauer nicht ohne innere Schädigung ertragen. Tatsächlich waren die Fabriken bereits genötigt, ein Arbeitermaterial aufzunehmen, das unter dem Niveau ihrer Normalleistungen stand, und der kleine Rückgang des industriellen Bedarfs hat gerade dahin führen können, das mangelhaftere Menschenmaterial wieder abzustoßen und nur die leistungsfähigsten Kräfte zu behalten. Die Industrie selbst ist heute, ebenso wie die Eisenbahnen, durchaus gesund und kräftig, und die kleinen Schwankungen in ihrer Gesamtleistung dürfen nicht dadurch überschätzt werden, daß man auf den schnellen Niedergang der industriellen Börsenwerte blickt.

Die Finanzoperationen und die industrielle Arbeit sind in hohem Grade unabhängig voneinander. Die Produkte der Arbeit können ihren Preis ungestört behalten, auch wenn die Aktien an der Börse sich überstürzen im Niedergang. Die Aktien beziehen sich ja gar nicht auf den Realwert der Arbeitsanlagen, die in die Trustbildung etwa eingegangen sind, sondern beziehen sich auf die konstruierten Vorteile, die sich aus der Vereinheitlichung der Betriebe und dem guten Willen eines finanziellen

Generalstabs ergeben sollten. Das wirkliche wirtschaftliche Leben wird daher gar nicht geschädigt, wenn solche Aktien, die zumeist im Geldschrank der ganz Reichen geblieben waren, von ihrer eingebildeten Höhe herabgleiten. Solche Schwankungen sind immer vorgekommen und kommen auf der Höhe des Gedeihens vor, ohne daß die Industrie selbst davon wirklich berührt würde. So war z. B. 1898 eine ungeheure Überwertung der Kupferaktien eingetreten. Ihr Preis wurde künstlich immer höher getrieben, und im Sommer 1899 stürzte dieses Aktiengebäude mit donnerähnlichem Krach zusammen. Der Preis des Kupfers selbst wurde dadurch aber gar nicht berührt. Das Pfund Kupfer, das im Jahre 1897 nur einen Durchschnittspreis von 11 Cents hatte, behielt 1899 dauernd den Durchschnittspreis von 17 Cents, obgleich der Kupferaktienmarkt immer neue Opfer forderte. Die Industrie selbst ist aber nicht nur gesund in ihrer Leistungsfähigkeit, und die Verbesserungen, die sie in den harten Jahren der letzten Panik eingeführt, sind nicht nur weiter wirksam, sondern sie hat nun auch ein- für allemal die Befriedigung von Bedürfnissen übernommen, die früher nur vom Ausland befriedigt werden konnten, und hat gleichzeitig den Handel nach dem Ausland so energisch eingeführt, daß hier nun doch mehr wie früher ein Ersatz gefunden werden kann, wenn die heimische Kaufkraft nachläßt.

Dazu kommen nun aber sehr viel wichtigere Faktoren. In erster Linie die ganz neue, weitgehende Unabhängigkeit des Landes vom europäischen Kapital. Wenn Jahr für Jahr der Export der Vereinigten Staaten nach Europa den Import von dort um Hunderte von Millionen überstieg, so wurde der Gewinn in erster Linie dazu verwandt, die Kapitalschuld an Europa abzutragen. Das war die eigentliche Verschärfung der Krise im Anfang der neunziger Jahre, daß Europa seine Kapitalien zurückzog. 1892 schuldeten die Vereinigten Staaten 500 Millionen Dollars europäischen Kapitalisten. Davon ist heute wenig zurückgeblieben. 1893 exportierten die Vereinigten Staaten 108 Millionen Dollars Gold, während sie nur 22 Millionen einführten. Im Jahre 1898 betrug die Gold-

einfuhr nach den Vereinigten Staaten 105 Millionen Dollars mehr als die Ausfuhr. Auch im letzten Jahr war die Bilanz zugunsten der Vereinigten Staaten, und daß je eine Knappheit im Geldmarkt des Landes wieder durch Zurückziehung europäischer Kapitalien zur Panik führen könnte, ist ausgeschlossen.

Hierzu kommt ein andres: der Zeit der letzten Panik ging die politische Ungewißheit voran. Die Silberpläne des Westens beunruhigten das Land. Heute gibt es keine ernsten politischen Befürchtungen. Wie auch die Präsidentschaftswahl ausfallen mag — falls da vernünftigerweise von einem Zweifel überhaupt noch die Rede sein kann — man weiß, daß gewagte Experimente in keinem Fall bevorstehen. Und wenn auch beide Parteien schüchtern gegen die Trusts kämpfen, so weiß die Nation doch, daß gerade diese Trustbildung für die Stetigkeit und die Sicherheit des wirtschaftlichen Gedeihens segensreich war, daß sie unnütze Mitbewerber unterdrückte, die Produktion vereinheitlichte und organisierte, und daß, wenn somit auch die Käufer von Trustaktien durch die Verwässerung des Kapitals geschädigt werden mögen, die Käufer der Trustprodukte im Grunde doch ihren Vorteil finden.

Dazu treten nun noch zwei andre Faktoren, deren Bedeutung für die Stetigkeit und Sicherheit des wirtschaftlichen Fortschritts nicht hoch genug angeschlagen werden kann: einmal die wachsende Selbständigkeit des landwirtschaftlichen Westens und zweitens die Industrialisierung des Südens. Die Finanzoperationen der Newyorker Börse stellen heute nicht mehr wie vor zehn Jahren das Wirtschaftsleben der gesamten Nation dar. Der Westen, der vor jener Panik der neunziger Jahre dem Osten gänzlich verschuldet war, ist unter dem Einfluß von sechs Riesenernten zu selbständigem Wohlsein gediehen und seine Kaufkraft und seine Unternehmungslust ist heute emanzipiert von der Kursstürzung in Wall Street. Auch wenn die Aktien der New Jersey Trusts dort zusammenfallen, kann die Nation gedeihlich weiter

kaufen und verkaufen, produzieren und bearbeiten und transportieren, weil es den Millionen in den westlichen Ackerbaustaaten gut geht. Sie haben ihre Hypotheken abbezahlt, sie haben in die Sparkassen eingelegt, dann haben sie für ihre Töchter ein Klavier gekauft und die Söhne aufs College geschickt, und alle Kräfte eingesetzt, aus ihrem Westen ein wirtschaftliches Paradies zu machen. Schon strömt wieder die breite Flut der Einwanderung von den Oststaaten nach den Weststaaten, nachdem sie in schlechten Jahren lange ins Stocken geraten war, und schon setzt sich in wachsendem Maß die wirtschaftliche Großkraft ins Politische um. Die wirtschaftliche Unabhängigkeit des Westens ist heute vollendet, und wenn auch noch außerordentlich viel östliches Kapital im Westen arbeitet, die Erschütterung der Wirtschaft an der atlantischen Küste könnte heute nicht mehr wie vor zehn Jahren in jedem Farmhaus von Kansas und Nebraska gefühlt werden.

Und in nicht ganz ungleichem Maße gilt das vom Süden. In jenen Tagen der Vergangenheit, als jede Baumwollernte große Überschüsse brachte, kümmerte sich der Süden noch nicht darum, seine reichen Erwerbsquellen außer dem Plantagenbau auszunützen, seine Eisenerze und seine Kohlen zu verwerten, seine Wälder nutzbar zu machen, Weizen und Mais wachsen zu lassen und die Baumwolle in Fabriken zu bearbeiten oder den Baumwollsamen für Öl zu benutzen — das alles überließ man dem Norden. Dann aber, als die harten Zeiten kamen, hat auch der Süden seine Lektion gelernt, und um die Zeit des großen letzten Aufschwungs entwickelte der gesamte Süden bereits eine kaum geträumte wirtschaftliche Tätigkeit. Die Ausnützung der Wälder und der Kohlengruben und Eisenwerke machte gewaltigen Fortschritt, und seine Fabriken produzierten für 2000 Mill. Dollars Werte. Noch ist die Baumwolle der Hauptartikel des Südens, aber nicht mehr müssen die Ballen nach dem Norden versandt werden, um Baumwollwaren aus dem Rohstoff zu schaffen. Schon 1899 waren im Süden 5 Millionen Spindeln im Gang, und die industrielle Verarbeitung der Baumwolle

hat den Süden heute mehr unabhängig gemacht, als es die gewaltige Ausfuhr der Baumwollballen vermochte.

Diese wirtschaftliche Unabhängigkeit der großen Landesteile voneinander, gleichzeitig mit der Unabhängigkeit vom europäischen Kapital, gleichzeitig mit der gewaltigen Steigerung des Austausches mit der übrigen Welt, gleichzeitig mit der Vertiefung und Verbesserung der wirtschaftlichen Einrichtungen und gleichzeitig mit einem überraschend schnellen Wachstum der technischen Wissenschaft und des technischen Unterrichts, schafft eine nationale Wirtschaftslage, die mit der vom Anfang der neunziger Jahre so schlechthin unvergleichbar ist, daß eine schwarzseherische Panikfurcht sicherlich sich nicht auf Analogien stützen darf. Damals mußte es kommen, wie es kam. Die wirtschaftliche Armee erlitt wirklich eine Niederlage und mußte zunächst sich in ein festes Lager zurückziehen, um die Kräfte neu zu sammeln. Seitdem aber schreitet sie vorwärts, und wenn sie auch hie und da, um ein Hindernis zu vermeiden, nicht in gerader Linie voranmarschieren kann, sondern einen Umweg vorzieht, so ist sie doch auch heute, wie sie es seit sieben Jahren ist, in strammem, gewaltigem Vorwärtsmarsch nach dem kräftigen Rhythmus, den die Weltmachtspolitik der Nation dazu trommelt.

Dreizehntes Kapitel.

Die Silberfrage.

Wir wollten vom Amerikaner reden, wie er in der wirtschaftlichen Welt erscheint. Dem Menschen in seinem wirtschaftlichen Leben und Streben, nicht dem Austausch der toten Güter, war unser Interesse zugewandt. Unerläßlich war uns somit nur das eine: Wir mußten die seelischen Kräfte aufspüren, die den Neuweltler bei der wirtschaftlichen Arbeit treiben. Das haben wir versucht; und wenn wir trotzdem weiter gingen und den wirtschaftlichen Aufschwung der letzten

Jahrzehnte verfolgten, so sollte das doch in erster Linie auch nur die Wirkungen jener seelischen Kräfte dartun. Nicht die Wirtschaftsgeschichte der Amerikaner, sondern der Amerikaner, wie er sich in der Wirtschaftsgeschichte bekundet, konnte uns fesseln.

Von diesem Standpunkt gesehen, wird alles, was im wirtschaftspolitischen Streite im Vordergrund steht, für uns zur Nebensache. Die Probleme, die zu Parteizwistigkeiten führen, heute so, morgen anders gelöst werden, und die vor allem auf Gruppengegensätze in der Gesellschaft hinweisen, auf Verschiedenheiten der Berufsinteressen, der Landesteile, des Besitzes, der politischen Ideen, sie tragen wenig dazu bei, das zu kennzeichnen, was allen gemeinsam ist und was somit zum wesentlichen Charakter des Amerikaners als Typus gehört. Waren uns die politischen Tagesprobleme nur von geringer Wichtigkeit neben den großen bleibenden Grundsätzen der politischen Demokratie, so dürfen wir uns noch weniger um die Tageskämpfe in den Wirtschaftsfragen kümmern. Die Probleme des Schutzzolls und der Trustbildung, des Bimetallismus und der Arbeiterunionen, sind an sich nicht Probleme, deren Lösung hier versucht werden könnte oder versucht werden dürfte.

Und dennoch dürfen wir an dem Für und Wider in all diesen Fragen nicht stillschweigend vorübergehen. Als Probleme der amerikanischen Wirtschaft dürften wir sie beiseite lassen; rein technische Wirtschaftsfragen, wie die der notwendigen Bankreform oder der Irrigation sollen in der Tat unberührt bleiben. Als Probleme aber, in denen der amerikanische Nationalgeist sich abquält und seine Kräfte übt und seinen Amerikanismus entwickelt, verlangen Silber und Trusts, Gewerkvereine und Tarif nähere Ausführung. Das Leben und Streben der Amerikaner ist nicht klargelegt, wenn nicht ihr leidenschaftliches Interesse an solchen wirtschaftlichen Streitpunkten beachtet wird. Nicht als Probleme, die objektiv die Entwicklung der amerikanischen Nation beeinflussen, sondern als Probleme, die subjektiv den Geist der Amerikaner beschäftigen und erhitzen, sollen all die Gegen-

sätze für uns in Frage kommen. Eine erschöpfende Behandlung ist natürlich ausgeschlossen; sie würde die Perspektive verzerren, die durch diesen Standpunkt geboten ist. Ja, hätten wir nur die objektive Seite der Probleme zu erörtern, so würde sich vielleicht bald ein Zweifel herandrängen, ob es sich denn da überhaupt eigentlich um Probleme handelt und nicht um ganz eindeutige Vorgänge, die man bejubeln oder bedauern mag, deren Weiterentwicklung aber klar vorgezeichnet liegt.

Es sind Probleme, an denen gar nichts problematisch ist. Man wird die Silberwährung nicht wieder einführen, man wird die Trusts nicht wieder auflösen, man wird den Schutzzoll nicht abschaffen, man wird die Arbeiterunionen nicht wieder los werden. Das sind Naturvorgänge und keine Probleme. Aber dadurch, daß diese Vorgänge notwendig auf die Gemüter in verschiedener Weise wirken, hier mit Freude und dort mit Schrecken begrüßt werden, und nun Jubel und Schmerz im begleitenden Chorus gegeneinanderprallen, dadurch wird der Eindruck erweckt, als ob hier noch unentschiedene Fragen vorlägen. Und dieser Eindruck ergreift den Amerikaner selbst so tief, daß die seelische Reaktion selbst nun zum objektiven Faktor in der Geschichte wird; denn darüber kann kein Zweifel sein, daß die tatsächliche Entwicklung in diesen umstrittenen wirtschaftlichen Problemgebieten in nicht geringem Maße durch Vorurteile, Gefühle und Prinzipienreiterei beeinflußt ward.

Vielleicht hat die Macht der bloßen Ideen, der klaren und noch mehr der konfusen, bei keinem dieser sogenannten Probleme sich mehr bekundet, wie bei der Silberfrage. Ist irgend ein Problem objektiv gelöst, so ist es dieses; und dennoch hat keiner ein Recht zu sagen, daß die Frage subjektiv erledigt sei, auch wenn die Politiker sie aus taktischen Gründen ignorieren. Noch glimmen unter der Asche die Funken vom Brande zweier großer Präsidentschaftskämpfe. Die Silberideen hatten zu starke Leidenschaften entfesselt, als daß sie so schnell vergessen sein könnten. Jeder Tag kann sie neu erwecken. Gerade hier war die Möglichkeit von Vor-

urteilen, die von keiner Erfahrung etwas lernen wollen, ungewöhnlich groß, da das Währungsproblem sich auf so komplizierte Begriffe stützt, daß es schwer wird, Scheinargumente zu entkräften. Aber das ist ja gerade die Situation, in der der Streit der Meinungen am üppigsten zu gedeihen pflegt; und so hat denn die Silberfrage die Seele der Nation vielleicht mehr aufgeregt, als irgend ein andres wirtschaftliches Problem der letzten zehn Jahre. Und auch darüber ist kein Zweifel, daß auf der falschen Seite manches richtige Argument stand und auf der richtigen Seite so manche unhaltbare Behauptung.

Der Ausgangspunkt der großen amerikanischen Silberfrage liegt in der Gesetzgebung von 1873, welche die Silberwährung zum erstenmal offiziell aus dem Münzsystem der Vereinigten Staaten ausschaltet. Aber schon die Bewegungen bis zu diesem Punkte sehen vom Standpunkt der beiden Parteien sehr ungleich aus. Die Silberfreunde erzählen uns, daß die Vereinigten Staaten 1792 Silber und Gold zu unbeschränkter Prägung zuließen und das Silber als rechnerische Basis wählten. Und wenn auch, durch die Produktionsverhältnisse der Edelmetalle bedingt, das Wertverhältnis, das zuerst dem Weltpreis entsprechend auf 15 zu 1 festgesetzt war, späterhin in 16 zu 1 verwandelt wurde, so blieb die Gleichberechtigung beider Werte doch unangetastet, bis das große heimliche Verbrechen von 1873 erfolgte. Heimlich war es, denn das Gesetz wurde in einer Zeit beraten und an die Öffentlichkeit gebracht, als die Nation gar kein klares Bewußtsein von seiner Bedeutung besitzen konnte. Der Bürgerkrieg hatte das Bargeld aus dem Lande gedrängt. Alle Welt zahlte mit Papier, und das Volk kümmerte sich nicht darum, ob Silber oder Gold zur Einlösung verwandt werden würde. Man war entwöhnt, blankes Geld in Händen zu halten.

General Grant, der zu jener Zeit Präsident war, unterzeichnete das Gesetz, ohne eine Ahnung davon, daß es mehr als eine bloß technische Frage bedeutete, daß es ein verbrecherischer Überfall auf die Nation war zugunsten der Reichen. Und

ungeheuerlich war das Verbrechen, denn es mußte das Silber überall entwerten, Geldknappheit erzeugen, die Preise zum Sturz bringen, die Lebenshaltung der ganzen Nation herunterdrücken, den Farmer an den Bettelstab bringen.

Die Gegner des Bimetallismus erkennen in dieser Darstellung die Wirklichkeit kaum wieder. Das ist wahr, daß im ersten Drittel des neunzehnten Jahrhunderts der Silberdollar dem Golddollar gleichberechtigt war; da aber die Berechnung 15 zu 1 schon früh aufhörte, dem Weltmarktpreis zu entsprechen, und alles Gold dadurch naturgemäß nach Europa abfloß, so wurde bereits 1834 das Verhältnis 16 zu 1 eingeführt, welches das Gold überwertete und damit tatsächlich bereits damals den Goldstandard für die amerikanische Währung schuf. Der Besitzer von Silber vermied es, sein Silber im Lande prägen zu lassen, wenn es außerhalb des Landes in Barrenform höhere Preise erzielen konnte. So wurden denn tatsächlich in den Jahrzehnten, die folgten, nur acht Millionen Silberdollars geprägt, und langsam verschwand der Silberdollar vollkommen aus der Hand des Volks. Nur Silberkleingeld konnte künstlich im Lande festgehalten werden, dadurch, daß man es minderwertig gestaltete, zwei Halbdollarstücke leichter gemacht wurden als das gesetzlich vorgeschriebene Gewicht des ganzen Dollars.

Die Währung war dadurch praktisch eine Goldwährung geworden, und niemand schien damit unzufrieden, denn es war eine Zeit, in der beispielsweise von 1851 bis 1855 die durchschnittliche Silberproduktion der Vereinigten Staaten nur $ 375 000, die durchschnittliche Goldproduktion aber $ 62 000 000 betrug. Dann kamen die schweren Jahre der Rebellion. Die Regierung lieh bereits im Herbst 1861 100 Millionen Dollars in Gold von den Banken, und schon im folgenden Jahre wurden 150 Millionen ungesicherte Anweisungen, die „Greenbacks" ausgegeben; gemäß dem Grundgesetz des Austausches verschwand damit das vollwertige Geld ins Ausland. Bald folgten weitere 150 Millionen Dollars. Die Prämie auf Gold stieg immer höher und erreichte im Juli 1864 den höchsten Punkt mit 185 %. Nach der Beendigung

des Krieges kehrte das Vertrauen zurück. Der Papierdollar stieg von 43 Cents auf 80 Cents, aber die Masse des Papiers im Umlauf war noch so ungeheuer, daß Bargeld nirgends in Sicht kam, und erst Anfang der siebziger Jahre waren die Verhältnisse wieder so befestigt, daß das Schatzamt die Bareinlösung der Schuldscheine vorbereiten konnte.

Aber das war gerade die Zeit, in der die höchstzivilisierten Nationen den Übergang zur Goldwährung durchmachten. Es war die Zeit, in der die Goldgewinnung unerträumte Höhen erreicht hatte. Die zwei Jahrzehnte von 1850 bis 1870 hatten der Welt fünfmal mehr bares Gold gebracht, als die zwei vorangehenden Jahrzehnte, und die führenden Finanzgelehrten aller Länder wurden sich immer klarer, daß die Zeit gekommen sei, den Wirtschaftsaustausch der Welt durch Gold zu regulieren. Deutschland schritt voran und die Vereinigten Staaten folgten 1873 dieser allgemeinen Weltbewegung, die durch die Pariser Konferenz von 1867 eingeleitet war. Der Golddollar, der seit der Mitte des Jahrhunderts tatsächlich den Standard der amerikanischen Währung gebildet hatte, wurde zur offiziellen Münze erhoben und die Silberprägung eingestellt. Von einer Heimlichkeit und einem unbemerkten Überfall kann gar keine Rede sein, denn die Debatten zogen sich durch mehrere Kongreßsessionen.

Wenn das sogenannte Verbrechen trotzdem in der Tat fast unbemerkt blieb und so mancher Senator wirklich nicht wußte, was er tat, so lag es nicht an der Heimlichkeit des Vorgehens und auch nicht einmal daran, daß die Papiergeldbenutzung die Frage des Edelmetalls aus dem Gesichtskreis der Nation gedrängt hatte, sondern vor allem daran, daß zu jener Zeit niemand sich benachteiligt gefühlt hätte, selbst wenn jedermanns volle Aufmerksamkeit auf den Vorgang gelenkt worden wäre. Selbst der Silberminenbesitzer hatte gar kein Interesse daran, daß sein Metall in die Münze wanderte. Eine Ausschaltung des Silbers von der Währung konnte niemand beunruhigen. Die gesamten Schmerzen, mit aller zugehörigen Entrüstung über die Heimlichkeit des Vorgangs, entstanden erst, als mehrere Jahre später die Ver-

hältnisse aus ganz andersartigen Gründen sich wesentlich verändert hatten. Aber der Schritt war vollzogen und ist im Prinzip nie wieder rückgängig gemacht. Unbeschränkte Freiprägung von Silber existiert in den Vereinigten Staaten seit 1873 nicht mehr.

Trotzdem sollte Silber sehr bald wieder zu offizieller Münze werden. Dem Jahre 1873 folgten harte Zeiten. Die Preise für die Produkte der Arbeit sanken, der Wert des Silbers sank ebenfalls und die Doppelwährung hatte aufgehört. Die Bimetallisten verknüpften diese Tatsachen. Der Preis des Silbers, sagten sie, sank, weil die Kulturwelt die Silberprägung eingestellt hatte. Dadurch wurde das einzige übriggelassene Geld — das Gold — teuer, und das heißt natürlich, daß die für Geld zu verkaufenden Werte billig wurden, der Bauer für seine Ernte einen schlechten Preis erzielte und so in bekannter Wechselwirkung das Volk zur Panik getrieben war.

Das Heilmittel lag somit nahe. Wird Silber wieder zur Prägung zugelassen, so wird der Bedarf an Silber steigen, das Silber selbst wird im Preise wachsen, und der größere Geldumlauf wird die Münze billiger, die Arbeitsprodukte daher teurer werden lassen, und die Zeiten des Wohlstands werden wiederkehren. Dies ist das Grundargument, das ungefähr 1876 sich ausbildete, das mit wechselndem politischen Glück immer lauter gepredigt wurde und 20 Jahre später nicht nur gepredigt, sondern hysterisch durch alle Gassen geschrien wurde, selbst 1900 noch die demokratische Partei verführte, und heute zwar leiser, aber doch vernehmlich noch immer durch den Westen klingt. Dabei ist nun das Verlangen nach reichlichem Geld durchaus nicht an die Silbersehnsucht gebunden. Nach den Kriegsjahren hatte man ebenso immer neue „Greenbacks" gefordert. Auch da war das Volk überzeugt, daß, wenn nur viel Geld da ist, die wirtschaftlichen Werte wieder steigen werden, gleichviel, welchen Wert das Austauschmittel selbst besitzt.

Was aber jene großen, irrtümlich verknüpften Grundtatsachen betrifft, so war zunächst kein Zweifel, daß die

Entwertung des Silbers nur zu geringem Maße von den münzpolitischen Maßregeln abhängig war. Gewiß hat die Einstellung der Silberprägung in einigen der wichtigsten Kulturländer einen leichten Einfluß ausgeübt; aber tatsächlich blieben Indien und China und andre Länder für gewaltigen Silbermünzbedarf offen, und der Verbrauch an Silber nahm für lange Zeit tatsächlich zu. Das, was wirklich entscheidend wurde, war lediglich das gewaltige Anschwellen der Silberförderung mit gleichzeitiger Abnahme der Goldproduktion. Von 1851 bis 1875 wurden jährlich im Durchschnitt 127 Mill. Dollars in Gold gewonnen, von 1876 bis 1890 dagegen nur 108 Mill. Dollars. Auf der andern Seite betrug der durchschnittliche Silbergewinn in jenen ersten 25 Jahren nur 51 Mill. Dollars, in den folgenden 15 Jahren aber 116 Mill. Dollars. Die Goldförderung also sank um 15 %, die Silberförderung stieg um 127 %, und dadurch war die Entwertung notwendig gegeben. Die Zukunft sollte denn auch bald lehren, daß von einer wachsenden Zulassung des Silbers zur Prägung durchaus keine Steigerung des Silberpreises zu erhoffen war. Vor allem aber war es eine willkürliche Konstruktion, die Mißgunst der Zeiten auf den Mangel an zirkulierendem Geld zurückzuführen. Auch da hat gerade die Folgezeit deutlich erwiesen, daß unter den komplizierten Kreditverhältnissen der heutigen Wirtschaft die Preise durchaus nicht von der Masse des Bargelds abhängen, das einer wirtschaftlichen Gemeinschaft zur Verfügung steht. Die Schnelligkeit der Zirkulation ist ein nicht minder wesentlicher Faktor, und vor allem die Summe des Kredits, der nicht durch Barvorräte gemessen werden kann. Als mehr Geld zugefügt wurde, blieb es zunächst unverwertet, und erst als das wirtschaftliche Leben sich zu heben begann und die Depression wich, gebrauchte man mehr Geld.

Die schlechten Zeiten der siebziger Jahre waren somit von der Münzpolitik nahezu unabhängig; aber die Agitation hatte eingesetzt und schon 1878 konnte sie sich glänzenden Erfolgs rühmen. Im Jahre 1878 wurde, trotz Präsident Hayes Veto, die sogenannte „Bland"-Vorlage zum Gesetz gemacht,

derzufolge das Schatzamt der Vereinigten Staaten jeden Monat nicht weniger als zwei Millionen, nicht mehr als vier Millionen Dollars Wert an Silberbarren kaufen und in Silberdollars umprägen sollte. Weder die Silberleute noch die Goldleute konnten voll befriedigt sein. Auf der Silberseite hatte man vollkommen freie Prägung gewünscht, denn wenn die Goldwährung unbegrenzt ist, der Silberprägung aber eine bestimmte Grenze gesetzt ist, so mag sich der Silberpreis zwar erholen, aber das Gold behält die Führung. Auf der Goldseite aber sah man nur die eine Tatsache, daß das Münzsystem des Landes mit entwertetem Metall, also mit einem minderwertigen Währungsmittel, im letzten Grunde mit einem unehrlichen Geldwert, belastet werden sollte. Man wußte, daß der Silberdollar durch die Prägung höher bewertet wurde, als sein wirklicher Marktwert war, und schon sah man im Geiste alles ehrliche Gold ins Ausland abfließen und das minderwertige Silbergeld im Lande bleiben. Wußte man doch zu gut, daß unter den veränderten Produktionsverhältnissen die Silberförderung selbst künstlich gesteigert werden konnte, sobald es wirklich im Preise zu steigen beginnen würde.

In gewissem Sinne war das neue Gesetz somit ein schlechter Kompromiß zwischen zwei Parteien. Aber manchem erschien es doch gerade als der richtige Mittelweg zwischen zwei Gefahren. Sah doch so mancher, der in der unbeschränkten Silberprägung die Gefahr einer entwerteten Währung deutlich erkannte, eine nicht geringere Gefahr in der reinen Goldwährung, welche Geldknappheit bringen mag und dadurch die wirtschaftliche Welt einengt und bedrückt. Man sagte, daß unbeschränktes Silber den wirtschaftlichen sozialen Organismus vergifte und reine Goldwährung ihn erdrossele; begrenzte Silberwährung neben unbegrenzter Goldwährung würde somit das Rechte sein.

Aber bald zeigte sich schon, daß von einem Aufschwung des unbeliebten Silbers durch solche Gesetzesmaßnahme nicht die Rede sein konnte. Obgleich die Regierung den Versand des neugeschaffenen Silbergeldes in jeder Weise erleichterte, floß es immer wieder in das Schatzamt zurück; und mochten

noch so viele Silberdollars im Arbeitslohn verausgabt werden, der Lohn wurde rasch im nächsten Laden in Ware umgesetzt und der Kaufmann gab die Silbereinnahme zur nächsten Bank, die Bank aber schickte die lästige Silbermasse zurück nach Washington zum Schatzamt. Es scheint, daß die Nation nicht mehr als 60 bis 70 Mill. Dollars in Silber umsetzen kann. Mehr als 400 Mill. Dollars Silberwert liegt im Schatzamt, ohne zu zirkulieren. Zuerst wurde das Silber von den Banken geradezu boykottiert. Die Hauptsache aber war, daß der Silberpreis nicht stieg, sondern stetig fiel. Die Produktionsverhältnisse der Edelmetalle und nicht die Münzpolitik regulierten den Marktwert des Silbers. Im Jahre 1889 war das wirkliche Verhältnis von Silber zu Gold 22 zu 1 und der wahre Wert des Silberdollars, den die „Bland"-Bill geschaffen hatte, war nur noch 72 Cents. Jetzt wollte der Kongreß noch energischer vorgehen, um künstlich den Silberpreis wieder zu heben.

Im Juli 1890 wurde ein Gesetz geschaffen, demzufolge das Schatzamt jeden Monat 4½ Mill. Unzen Silber zum Marktpreis kaufen, und dafür Schatzamtsanweisungen ausgeben sollte, die gleichermaßen in Gold oder Silber bar eingelöst werden müßten, denn, wie jenes Gesetz erklärte, die Vereinigten Staaten halten die Gleichberechtigung der beiden Metalle aufrecht. Das neue Gesetz ließ die Zahl der auszugebenden Silberanweisungen offen, da nur das Gewicht, das angekauft werden mußte, feststand, und der Wert dieses Gewichts vom Marktpreis abhing. Schon nach wenigen Monaten stand es fest, daß auch dieser energischere Schritt den Silberwert nicht gewaltsam emportreiben konnte. Wirkliche Gleichheit im Werte des Silber- und Golddollars wäre erreicht worden, wenn die Silberunze einen Marktpreis von $ 1,29 erreichte. Im August 1890 stieg sie einmal auf $ 1,21, schon 1891 fiel sie auf $ 1, 1892 auf 85 Cents. Aber während der Silberpreis stetig fiel, strömte das Gold aus dem Lande.

Im April 1893 fiel zum erstenmal die Goldreserve des Schatzamts unter die traditionelle Grenze von 100 Millionen.

Es war eine Zeit tiefsten wirtschaftlichen Niedergangs. Die Silbergläubigen glaubten noch immer, daß der Aufschwung des Silberpreises nur deshalb nicht eingesetzt hätte, weil die Verwertung des Silbers als Münze in bestimmte monatliche Grenzen eingeengt war. Die einzige Rettung schien vollkommene Freigabe des Silberankaufs. Die Nation aber schritt mit Energie zur entgegengesetzten Politik. Präsident Cleveland berief eine Extrasession des Kongresses, und nach erbittertem Kampf im Senat wurde im November 1893 das Silberankaufsgesetz vollständig aufgehoben. In dem Kampf um jene Gesetzesvorlage zerspaltete sich die demokratische Partei, die erst ein Jahr zuvor bei der Präsidentenwahl den nationalen Sieg errungen hatte und jene Spaltung in Golddemokraten, die Cleveland folgten, und in Silberdemokraten, die ein paar Jahre später Bryan zu ihrem Führer erhoben, beherrschte die Entwicklung der demokratischen Partei durch das folgende Jahrzehnt.

Wer auf die amerikanische Wirtschaftsgeschichte vom Anfang der siebziger Jahre bis in die Mitte der neunziger Jahre ohne Voreingenommenheit hinblickt, kann nun kaum zweifeln, daß nicht nur alle diese münzpolitischen Vorgänge, wie wir sahen, den Preis von Silber und Gold sehr unerheblich beeinflußten, und daß der Silberpreis auch trotz ungeheurer Ankäufe stetig fiel, sondern daß auch die gesamte Wirtschaftslage, die Schwankung der Preise und die Intensität der nationalen Arbeit, nur in sehr geringem Maße von den Finanzgesetzen berührt wurden.

Der stärkste Einfluß, den die Münzpolitik hatte, war der moralische. Die Geschäfte belebten sich, und der internationale Handel befestigte sich, wenn das Vertrauen in die amerikanische Währung stieg. Dieser Faktor aber stand natürlich in schärfstem Gegensatz zu den Wünschen der Silberapostel. Das internationale Vertrauen mußte desto mehr sinken, je mehr ein Geld in die Währung hineingepumpt wurde, das geringern Metallwert besaß. Nicht die Silbermasse, sondern die internationale Furcht vor der Silbermasse schädigte den amerikanischen Handel in erster Linie, und in

der Stärkung des Vertrauens lag der Hauptwert der Clevelandschen Tat.

Im übrigen aber hingen die wirtschaftlichen Schwankungen von Bewegungen ab, die nur indirekte Beziehungen zum Geldvorrat hatten. Wuchs in gewissen Jahren die Zirkulation, so war es die Wirkung des regen Wirtschaftslebens, nicht die Ursache; und stürzte in andern Jahren überhastete Spekulation zusammen, so wurde wenig Geld gebraucht, und nicht die Knappheit des Geldes war schuld an dem Zusammenbruch. Dazu kam das Schwanken guter und schlechter Ernten, vor allem das Wachsen und Schrumpfen des internationalen Austausches, der in hohem Maße wieder von unabhängigen Bewegungen in Europa abhing. Und dazu kam vor allem die technische Erleichterung und Erweiterung der landwirtschaftlichen und industriellen Produktionen, die alle Preise schnell herunterziehen mußte und die doch wieder in einigen Jahren stärker wirkte als in andern.

Eine Zeit, in der eine Reihe solcher Faktoren zusammenwirkte, war nun 1893 erschienen. Den Überanspannungen im Eisenbahnbau und in der Eisenindustrie war die furchtbare Reaktion gefolgt. Internationale Überschwemmungen des Markts brachten einen Sturz der Preise, und das internationale Mißtrauen in die Silbergesetzgebung Amerikas verschärfte die Notlage. Europäisches Kapital, das alle Unternehmungen stützte, wurde schroff zurückgezogen, Tausende von Geschäften brachen zusammen, und der kleine Mann geriet immer tiefer in Schuld. Die eigentliche Panik dauerte nicht lange, und die Gesetzgebung des Kongresses hob das Vertrauen der großen Geschäftswelt. Aber die Notlage der Masse konnte nicht so plötzlich beseitigt werden. Dies war der sozialpsychologische Moment, in dem die Silberfrage, die bis dahin doch nur verhältnismäßig enge Kreise ernst beschäftigt hatte, plötzlich das ganze Volk ergriff, bis 1896 „Silberwährung oder Goldwährung" zum erstenmal der eigentliche Mittelpunkt der Präsidentenschlacht wurde. Am schnellsten verbreitete die Silbersehnsucht sich unter den Bauern. Der landwirtschaftliche Produzent hatte vom Niedergang der

Preise durch erweiterte Produktion mehr zu leiden gehabt, als sein industrieller Mitbewerber. Was der Gutsbesitzer und was der Fabrikant erzeugte, wurde gleichermaßen billiger, weil die Produktion zunahm, aber der Fabrikant sah die Preise fallen, weil er selbst durch bessere Methoden so viel mehr produzieren konnte; er verkaufte billiger, aber er verkaufte mehr. Der Fall im Preis von Weizen und Mais und andern landwirtschaftlichen Produkten dagegen war nur in geringem Maße Ergebnis intensiver Bebauung; er war in erster Linie Wirkung der ungeheuren Ausdehnung des bebauten Gebietes. Der Farmer in dem einen Staat hatte keinen Vorteil davon, daß in einem andern Staat große neue Gebiete dem Weizen- und Maisbau erschlossen wurden. Er sah den Preis fallen, ohne mehr produzieren zu können, und die Landwirtschaft litt daher viel intensiver als die Industrie. Konnte der Farmer für zwei Scheffel Weizen nur das erhalten, was ihm früher ein Scheffel eingebracht, so fühlte er das als Geldknappheit bei seinen Kunden und war schnell überzeugt, daß, wenn nur mehr Geld geprägt würde, alles sich wieder heben würde.

Dazu kam nun freilich eine ganz andre Argumentation, die das Ohr des Unwissenden noch leichter umschmeichelt und die sich nicht nur an den Bauer, sondern an alle ärmern und verschuldeten Klassen wandte. Silber war billiger als Gold. Dürften die Schulden in Silbergeld zurückgezahlt werden, so verlor der Gläubiger, aber der Schuldner gewann. Es war die Zeit, in der der Gegensatz der Interessen zwischen den großen Kapitalisten und der breiten Masse der Produzenten das Volksbewußtsein zu stacheln begann. In breiten Schichten setzte sich ein Mißtrauen und schließlich ein Haß gegen den Kapitalisten und Monopolisten fest und vor allem gegen die Börse.

In dem Wunsch nach Silber entlud sich dieser Haß. Würde der Kongreß unbeschränkte Silberwährung einführen mit einem Verhältnis 16:1, während der Marktwert bereits auf 33:1 gesunken war, der Silberdollar also tatsächlich kaum einen halben Dollar wert war, der Farmer also einen Silberdollar für Weizen oder Mais kaufen konnte, das nur einen

halben Dollar Marktwert hatte, so wäre endlich den Aussaugern an der Börse gründlich heimgeleuchtet. Tatsächlich widersprachen sich freilich jene beiden Argumente, denn durch mehr Geld kann dem Farmer ja nur dann geholfen werden, wenn der Marktwert des Silbers zum Wert des Goldes emporgetrieben wird. Zur Entlastung von Schulden kann es aber nur dann brauchbar sein, wenn auch das Gold zum Marktwert des Silbers herabgezogen wird. Ist aber einmal eine Zeit der Not da, und in irgend einer künstlichen Scheinbeleuchtung lockt ein Phantom als Hilfe, so handelt es sich nicht mehr um Logik. Ein neuer Glaube ist entstanden und seine Bedeutung liegt in der suggestiven Kraft. Der Ruf nach freier Silberprägung in dem alten Wertverhältnis von 16 zu 1 wurde für die ländlichen Massen und für breite Teile der niedern städtischen Bevölkerung einfach eine faszinierende Vision, so wie die Idee des sozialistischen Zukunftsstaats für die deutschen Arbeiterbataillone.

So wie man das deutsche Volksleben nicht verstehen kann, ohne die Wirkung der sozialistischen Grundillusion zu beachten, so kann man die amerikanischen Massen auch heute noch nicht verstehen, ohne die Wirkung der Silberidee zu verfolgen. Es war die organisierende Gewalt des Schlachtrufs, die ihm die historische Bedeutung gab und die in Amerika vielleicht zum erstenmal den Gegensatz gegen den Reichtum politisch zusammenfaßte und dadurch, genau wie die Sozialistenbewegung in Deutschland, weit über diejenigen Kreise hinausgriff, die an dem technischen Ausgangspunkt der Diskussion irgend welches Interesse hatten.

Nun hätte die Masse eine solche überwältigende Agitation trotzdem kaum ins Leben rufen können, wenn sie nur von solchen Scheinargumenten unwissender Fanatiker und von den materiellen Unterstützungen verschuldeter Farmer hätte leben müssen. Die Literatur über die Silberfrage schwoll in der Mitte der neunziger Jahre ins Ungeheure. Ein bloßer Appell an die Leidenschaft der Kapitalistenhasser hätte da nicht genügt, und das Argument, daß die Quantität des Goldes allein den Preis der Waren bestimmt, hätte sich

mit geringerm Aufwand definitiv widerlegen lassen. Sowohl geistige Hilfstruppen wie finanzielle waren zu solcher gewaltigen Agitation notwendig, aber an beiden fehlte es nicht. Hervorragende Nationalökonomen sahen deutlich gewisse Einseitigkeiten und gewisse Schäden der reinen Goldwährung und brachten so manches Argument für den Bimetallismus vor, dem die Massen zwar nicht folgen mochten, das aber die literarische Diskussion mit Material versorgte. Für die finanzielle Unterstützung der Silberagitation gab es aber eine stetig fließende Quelle: die Tasche der Silberminenbesitzer. Das freilich bedurfte keines Beweises, daß die Besitzer der Silberbergwerke gewaltigen Verdienst von jeder silberfreundlichen Gesetzgebung erhoffen konnten. In den Zeiten der „Bland"-Bill waren auch die unergiebigsten Silberminen lebhaft bearbeitet worden, und nun war alles im Rückgang begriffen. Die Diskussion, die das Recht des armen Mannes gegen den reichen als wirksamstes Motiv ausspielte, ließ freilich nicht viel darüber verlauten, daß die reichen Silberminenbesitzer das bedeutendste Interesse an der Bewegung hatten. Sie argumentierten nicht für sich selbst, sie bezahlten nur und spielten ihr Spiel meisterhaft.

Daß der Streitruf für Silber als Kampf für die Rechte des kleinen Mannes gegen das Kapital offiziell von der demokratischen Partei aufgenommen und von der republikanischen Partei bekämpft werden mußte, ergab sich aus dem Wesen und dem Gegensatz der beiden Parteien, den wir völlig erleuchtet haben. Zweimal hat die Nation den großen Kampf mit Leidenschaft durchgekämpft und 1896 sowohl wie 1900 zugunsten der Goldfreunde entschieden. Die Münzgesetzgebung des Kongresses hat unter republikanischer Kontrolle die konservative Tendenz beibehalten. Im März 1900 wurde das Schatzamt angewiesen, alle Noten der Vereinigten Staaten auf Verlangen in Gold einzulösen, so daß alles Geld, das der Staat in Zirkulation gebracht hat, von jeglichem Standpunkt aus gesehen, absolut gleichwertig ist. Die alten Silberzertifikate, die heute noch im Wert von 450 Mill. Dollars zirkulieren, können somit jederzeit gegen Gold eingetauscht

werden, und mit Recht darf wohl der Staatssekretär des Schatzamts in seinem letzten Jahresbericht darauf hinweisen, daß diese weise Maßregel es vor allem war, die bei dem plötzlichen Sturz aller Börsenwerte im Jahre 1903 jede Krisis unterdrückte.

Der Staatssekretär sagte: „Der ungewöhnliche Wohlstand ermutigte den natürlichen Optimismus unsres Volks in solchem Maße, daß Eigentum jeder Art bereitwillige und eifrige Käufer zu unerhörten Preisen fand, ein Zustand, der notwendigerweise nicht lange dauern konnte. Innerhalb eines einzigen Jahres fiel der Marktwert der Aktien um einen Betrag, der weit höher war, als die Gesamtkosten unsres vierjährigen Bürgerkriegs, aber trotz dieses fast unfaßbaren Sinkens sind die übrigen Arten des Eigentums davon kaum berührt worden, die Banken haben kein Zeichen von Schwäche gezeigt, nur wenige Geschäftshäuser brachen zusammen, die geschäftlichen Unternehmungen wurden nirgendwo eingeschränkt, nirgends war ein Notstand bemerkbar." Das Finanzsystem ruht somit sicher auf seiner Goldgrundlage.

Aber die objektive Währungssituation interessiert uns hier, wie von vornherein gesagt, durchaus nicht, und noch ferner liegt es uns daher, auch nur irgendwie in die höhere Bimetallismus-Diskussion einzutreten, die auch heute noch in wissenschaftlichen Kreisen weitergeführt wird. Die Bedeutung einer beschränkten Doppelwährung, insbesondere mit Rücksicht auf den Handelsverkehr mit dem Orient, und mit Rücksicht auf die wünschenswerte Verminderung des Kampfes der Völker um das Gold, wird in ernsten Kreisen viel erörtert, und eine amerikanische Kommission wandert noch heute in der Welt umher, um die Völker von der Notwendigkeit internationaler Abmachungen im Interesse des Silbers zu überzeugen.

Das alles beschäftigt uns nicht. Das eine, was für uns Bedeutung besaß, war der Silberkampf als Erlösungsidee der Massen. Keine andre Idee hat die Nation so innerlich erregt. Selbst die Expansionsfrage und Imperialismusfrage traten

milder auf. Ob nicht, wenn wieder einmal schlechtere Zeiten kommen, die Erinnerung an die alte Begeisterung sich wieder in neuen Fanatismus umsetzt, das läßt sich kaum bezweifeln. Vergessen ist der Silberrausch auch heute nicht, und der Westen des Landes ist nur im Augenblick zu sehr beschäftigt, die glänzende Ernte auf den Markt zu tragen und für gutes Gold zu verkaufen.

Vierzehntes Kapitel.

Die Schutzzollfrage.

Die Silberfrage, die bedeutsamste Wirtschaftsfrage von gestern, arbeitet mit verwickelten Begriffen, und nur die wenigsten, die sie diskutieren, übersehen die ganzen Schwierigkeiten. Gerade das Gegenteil gilt von der Schutzzollfrage, die möglicherweise die führende Frage von morgen ist. So wie die Diskussion über das Tarifproblem gewöhnlich geführt wurde, drehte sie sich in der Tat im wesentlichen um sehr einfache Begriffe.

Die Gegensätze entsprangen aus dem Widerspiel allgemeiner Prinzipien, aber selten aus einer Verschiedenheit der Ansichten über die Wirkung, welche die schutzzöllnerischen Maßregeln ausüben würden. Hie und da tauchte wohl die auch anderswo ja nicht unbekannte Behauptung auf, daß die Zölle vom Ausland getragen würden, und das gab dann zu scharfsinnigen und komplizierten Erörterungen Anlaß. Aber im wesentlichen hat es sich um keine Doktorfragen gehandelt, sondern um Verhältnisse, die allen vollkommen durchsichtig erschienen und in denen die Verschiedenheit der Berufsinteressen, der Landesteile und vor allem der politischen Ideen verschiedene Stellungnahme erforderten. Dabei sollte man den Streit aber nicht als einen Kampf zwischen Schutzzoll und Freihandel auffassen, sondern eigentlich nur als Kampf zwischen mehr oder weniger Schutzzoll; denn trotz

aller Schwankungen ist ein Zoll, der über das bloße Bedürfnis nach öffentlichen Einnahmen hinausging und die heimische Arbeit gegen ausländischen Mitbewerb schützen wollte, vom ersten Tag der Vereinigten Staaten bis heute erhalten geblieben.

Ja, in gewissem Sinne kann man sagen, daß der Schutzzoll bereits zur Vorgeschichte der Vereinigten Staaten gehört, und daß das Verlangen nach solchem Schutze nicht unerheblich mitgewirkt hat, die Vereinigten Staaten zu gründen. So lange als Amerika englische Kolonie war, sorgten die Engländer dafür, amerikanische Industrie zu unterdrücken; Landwirtschaft und Handel sollten allein den Kolonisten zukommen. Der Befreiungskrieg änderte auch darin die Lage des Landes; die heimische Industrie begann sich zu entwickeln. Als der Krieg beendigt war, hatten die Industrien in einzelnen Staaten kräftig eingesetzt. Aber als nun die Bande der englischen Abhängigkeit gelöst waren, standen die Einzelstaaten mit ungleichen Sonderwünschen einander gegenüber, und Zollbeschränkungen hemmten den Verkehr zwischen den Schwesterstaaten. Ein Zollkrieg auf amerikanischem Boden schien geradezu das nächste Ergebnis der Befreiung vom gemeinsamen Bedrücker. Es fehlte an einer zentralen Gewalt, um das gemeinsame Interesse zu vertreten, um zum Besten der Gesamtheit einheitlich Steuern zu erheben und einheitlich die Arbeit des Landes zu schützen. Und als dann ein Staat nach dem andern dafür gewonnen wurde, die Eigenrechte zugunsten eines einheitlichen Bundes aufzugeben, da war die Einsicht, daß ein solches Zollchaos die wirtschaftliche Entwicklung zerstöre und daß ein einheitlicher Wirtschaftsschutz notwendig sei, sicherlich eines der treibendsten Motive.

Im Vordergrund der Zollgesetzgebung von 1789 stand freilich alles das, was lediglich öffentliche Einnahmen erzielen sollte: Zoll auf Waren, bei deren Fabrikation die Amerikaner selbst nicht Mitbewerber sein konnten. Deutlich aber gesellen sich dazu andre Zölle, deren Aufgabe der Schutz der heimischen Industrie ist.

Damit war an der Schwelle das Prinzip des Schutzzolls als das offizielle politische Prinzip der Vereinigten Staaten festgelegt. Und wenn in einer so wechselreichen Geschichte von mehr als elf Jahrzehnten die Nation doch im wesentlichen instinktiv an dieser Politik festgehalten hat, so kann wohl kein Zweifel sein, daß die äußern und innern Bedingungen, unter denen dieses Staatswesen wuchs, nur mit solcher Politik im Einklang standen. Die ungeheuren Naturschätze, vor allem der Reichtum an Eisen und an Kupfer, an Baumwolle und an Fellen, an Holz und an Edelmetallen, an Wolle und anderm Rohstoff, und daneben die Überfülle an Kraftquellen durch die unerschöpflichen Kohlenfelder, durch Steinöl und Gas, durch Flüsse und Wasserfälle, boten die äußern Bedingungen, ohne die keine wirtschaftliche Unabhängigkeit möglich gewesen wäre. Und in dieser Welt des Überflusses stand der amerikanische Mensch mit seinem Optimismus, mit seiner Energie, mit seinem Erfindungstalent und mit seinem Geiste der Selbstbetätigung. Da war es von der Geschichte vorgezeichnet, daß die Nation sich nicht mit der Bebauung des Ackers, mit der Förderung des Rohstoffs und mit dem Handel begnügen durfte, sondern ihre ganze Kraft einsetzen mußte, vor allem die heimische Industrie zu entwickeln. So schien es nur naturgemäß, daß auch die Gesetzgebung in den Dienst dieser historischen Aufgabe gestellt wurde, selbst wenn dadurch die industrielosen Landesteile und die der Industrie entgegengerichteten Interessen andrer Berufskreise zeitweilig durch Preissteigerung gehindert wurden.

So schritt man denn auch schnell auf der Bahn des Schutzzolls weiter. 1804 wurden Zölle auf Eisen und Glaswaren mit unzweifelhaft schutzzöllnerischer Tendenz beschlossen. Im allgemeinen freilich waren die wesentlichsten Steigerungen im Anfang des Jahrhunderts nur zur Förderung der wachsenden Einnahmen geplant; vor allem die Kriegsausgaben des Jahres 1812 verlangten eine Verdoppelung aller Zölle. Aber gerade dieser Krieg entflammte den Patriotismus und dadurch den Glauben an die Leistungskraft der

Nation. Die heimische Industrie wurde jetzt von patriotischem Enthusiasmus getragen. 1816 wurden daher die Zölle auf Baumwolle und Wollwaren, auf Eisenwaren und ähnliches schutzzöllnerisch erhöht, und die Bewegung stieg, mit immer neuen Tarifsätzen und mit immer neuen Freunden, an deren selbstische Interessen sie appellieren konnte, bis zum Anfang der dreißiger Jahre. Die Reaktion kam vom Süden, der am wenigsten von den hohen Zöllen Nutzen zog. Man ging zu Kompromissen über und erniedrigte eine ganze Reihe der wichtigsten Zollsätze und im Anfang der vierziger Jahre war der Tiefstand erreicht; die Zölle waren insgesamt auf einen Satz von 20 % herabgedrückt.

In dieser Zeit begann der Kampf um Erhöhung und Erniedrigung des Zollsatzes in die große Politik einzutreten. Schutzzoll und Zollermäßigung wurden Schlachtrufe der Parteien. 1842 hatten die Schutzzöllner die Klinke der Gesetzgebung in der Hand. Hohe Zölle auf Eisen, Papier, Glas, Wollwaren, Baumwollwaren und andres waren die unmittelbare Folge. 1846 sah eine gewisse Erniedrigung des Tarifes. Das neue Gesetz trug demokratischen Stempel, aber der protektionistische Grundgedanke blieb bestehen. Daß es sich nicht bloß um Zoll zum Zweck öffentlicher Einnahmen handelte, zeigt sich schon daran, daß Kaffee und Tee, die im Lande nicht gebaut werden, unbesteuert blieben, die Industriewaren aber durchschnittlich 30 % Zoll trugen. Da die Herrschaft der Demokraten andauerte, wurden allmählich andre Posten beseitigt. So wurde 1857 Wolle frei eingelassen. Aber dann folgten schlechte Zeiten. Nach schwerer Handelskrise sank der Import und sank noch mehr die Zolleinnahme. Das Verlangen nach Schutzzoll wuchs; die Republikaner gewannen die Kontrolle des Kongresses. So entstand im Jahre 1861 der Morrill-Tarif mit stark schutzzöllnerischer Tendenz und mit noch stärkerer parteitaktischer Nuance: es galt die Industrien derjenigen Staaten künstlich zu schützen, die man für die republikanische Partei gewinnen wollte. Dann kam der Krieg, der um der ungeheuren Ausgaben willen alle Steuern und Zölle in die Höhe trieb.

Der Kriegstarif von 1864 war nicht um des Schutzes willen, sondern um der Einnahmen wegen Gesetz geworden; aber tatsächlich übte er im höchsten Maß schutzzöllnerische Funktion aus. Und als der Krieg vorüber war und die bloßen Einnahmezölle gelockert werden konnten, da hatte die Industrie sich so sehr an den künstlichen Schutz gewöhnt, daß niemand eine Erniedrigung der Zollsätze dulden wollte. Ja mehrere Zollsätze, wie die auf Wolle und Kupfer, wurden in den folgenden Jahren noch erheblich erhöht, während die bloßen Einnahmezölle, wie die auf Kaffee und Tee, vollkommen verschwanden.

Im allgemeinen war es eine Zeit der unsichern Tarifschwankungen, bis im Jahre 1883 eine grundsätzliche Revision der gesamten Tarifgesetzgebung vollzogen wurde. In gewissen Richtungen wurde der Schutzzoll ermäßigt; in andern gesteigert. Besonders die höhere Klasse der Industriewaren hatte größern Zoll zu tragen, während die billigen Waren zum Massengebrauch weniger besteuert wurden. Kurze Zeit darauf ging Präsident Cleveland als Führer der freihändlerischen Demokraten in einer berühmten Botschaft zum Angriff gegen den schutzzöllnerischen Tarif vor.

Das unerwartete Ergebnis aber war, daß, nachdem dadurch die Tariffrage wieder einmal in den Vordergrund gebracht war, die Republikaner einen vollständigen Sieg für die schutzzöllnerische Sache erfochten und einen Tarif durchsetzten, der mehr als je zuvor die Schutztendenz betonte, ja nicht nur bestehende Industrien schützen, sondern Neuindustrien hervorrufen wollte. Selbst Zucker wurde jetzt auf die Freiliste gesetzt, da es im wesentlichen sich beim Zucker damals nur um eine Einnahmequelle, nicht um Schutzzoll handelte. Dagegen wurden fast alle Industrieprodukte, die im Lande hergestellt wurden, durch hohe Zölle begünstigt. Besonders galt das von Wirkwaren und Samt und Seide, von Wollwaren und Metallwaren. Das war der bekannte Mac Kinley-Tarif.

Nicht um der Wirtschaftsgesetzgebung willen fiel der nächste Parteisieg den Demokraten zu; aber sobald sie

zur Macht gekommen waren, war ihre erste Tat, den Hochschutzzoll zu brechen. Ihr Wilson-Tarif von 1894, das Ergebnis langer Kämpfe, zeigte wenig innere Konsequenz. Zu viele Kompromisse mit unpolitischen Sonderinteressen waren nötig geworden, und um Stimmen zu gewinnen, hatte man zu viele Konzessionen einschieben müssen. Aber im großen und ganzen war doch eine erhebliche Herabsetzung der Zölle erreicht, und vor allem waren zum erstenmal seit langer Zeit Rohwaren wie rohe Wolle auf die Freiliste gesetzt. Die Herrlichkeit dauerte nicht lange. 1896 siegte Mac Kinley und 1897 wurden im Dingley-Tarif die republikanischen Schutzzollwünsche wieder verwirklicht, und dieser Dingley-Tarif ist heute noch in Kraft.

Die gesamten Zolleinnahmen, die im Jahre 1902 auf Grund dieses Tarifes erhoben wurden, betrugen 251 Mill. Dollars, die des Jahres 1903: 280 Mill. Analysieren wir die erstere Ziffer. Ihre Bedeutung für die gesamten Einnahmen des Reiches ergibt sich daraus, daß den 251 Mill. aus Zöllen 121 Mill. aus dem Postbudget und 271 Mill. aus Innenzöllen auf Spirituosen, Tabak etc. zur Seite standen. Die 251 Mill. von Einfuhrzöllen werden offiziell in fünf Klassen gruppiert. Die erste Klasse umfaßt die Nahrungsmittel und lebende Tiere. Hier steht obenan der Zucker mit 52 Mill. Noch im Jahre 1893 hatte der Zuckerzoll nicht existiert, aber der Wilson-Tarif wäre nie durchgesetzt worden, wenn die Zuckersenatoren von Louisiana nicht ihre Beute erhalten hätten. Schon 1895 beträgt er 15 Mill. und erreicht 1901 den Höhepunkt mit 62 Mill. Der Zoll auf Früchte und Nüsse betrug 5 Mill., auf Gemüse 3 Mill.; Reis, Fleisch, Fisch nur je 1 Mill. Die zweite Klasse umfaßt Rohstoffe. Den größten Beitrag liefert Wolle mit 10,9 Mill. Zoll, Felle mit 2,6 Mill., Kohle mit 1 Mill.; kein andrer Rohstoff erreicht eine Million. In der dritten Klasse sind die bearbeiteten Stoffe und Halbfabrikate. Die Führung haben Chemikalien mit einem Einfuhrzoll von 5,4 Mill., dann Zinnplatten mit 2,9 Mill., bearbeitetes Holz mit 1,8, Seide mit 1,1 und Pelze mit 1 Mill. Die vierte Klasse umfaßt Ganzfabrikate. Den höchsten Zoll-

satz tragen Leinenwaren mit 14 Mill., Wollwaren mit 13 Mill., Baumwollwaren mit 10 Mill., Metallwaren mit 6 Mill., Porzellan mit 5,6 Mill., Lederwaren mit 3,1 Mill., Holzwaren und Papierwaren mit je 1 Mill. Und in der letzten Klasse schließlich sind Luxusartikel und ähnliches zusammengefaßt. Den höchsten Zoll trägt da der Tabak mit 18,7 Mill., Seidenwaren mit 16 Mill., Spitzen mit 13 Mill., alkoholische Getränke mit 10 Mill., Juwelen 2,4 Mill., Federn 1,4, Spielwaren 1,3 Mill. usw. Die Gesamteinfuhr jenes Jahres stellte einen Wert von 903 Mill. Dollars dar; 396 Mill. kamen zollfrei hinein, aber davon waren nur 10% Halb- oder Ganzfabrikate, 90% Nahrungsmittel oder Rohstoffe; 503 Mill. Einfuhrwerte trugen den geschilderten Zollsatz und 64% davon waren Industrieprodukte. Der Dingley-Tarif brachte somit den Schutzzoll zum Sieg auf der ganzen Linie.

Die Zölle noch weiter zu erhöhen verlangt niemand. Sie wesentlich zu erniedrigen, ist die unablässige Forderung der demokratischen Partei. Der Kampf der Argumente bezieht sich also auf das Bestehenbleiben oder das Verringern der gegenwärtigen Zollsätze. Die Republikaner haben selbstverständlich ein glänzendes Argument, das jede Opposition aus dem Feld zu schlagen scheint: den Erfolg.

Die Geschichte des amerikanischen Schutzzolls, sagen sie, war die Geschichte des amerikanischen wirtschaftlichen Aufschwungs. Die Zeiten, in denen die Mitbewerber der heimischen Arbeit durch energische Zölle ferngehalten wurden, waren die Zeiten der großartigen Entwicklung; und wenn freihändlerische Doktrinäre die Zölle herabdrückten, so folgten regelmäßig Jahre des Niedergangs, der Krisen, der Panik. Niemals waren die Zollsätze höher, als im Mac Kinley-Tarif und im Dingley-Tarif, und niemals war der wirtschaftliche Aufschwung schneller und gewaltiger. Welchen Wert, sagen sie, hat es, dem Arbeiter vorzuspiegeln, daß, wenn nur die Zölle auf Wollwaren wegfielen, er seinen Anzug so viel billiger kaufen könnte. In Wahrheit würde, wenn die Zölle gestrichen würden und die Freihändler triumphierten, der Arbeiter beschäftigungslos umherirren, mit Frau und Kindern

auf die Straße geworfen werden und unfähig sein, sich selbst den billigsten Anzug zu kaufen, während sein hoher Lohn es ihm heute ermöglicht, den teuren Anzug zu erstehen. Der Phantasiereichtum, mit dem gerade diese Sorte von Argumenten immer wieder variiert wird und in Wort und Bild für alle Geschmackslagen passend ausgemalt wird, ist geradezu überwältigend. Die Alternative zwischen dem hohen Arbeitslohn, der den teuren Anzug bezahlen kann, und dem billigen Anzug bei niedrigem Lohne wird dann freilich noch drastischer, wenn die ganz fanatischen Schutzzöllner den exakten Nachweis führen, daß beim Schutzzoll der Lohn zwar in der Tat steigt, der Anzug aber gar nicht teurer wird, und die extremen Freihändler mit derselben Sicherheit nachweisen, daß beim Freihandel der Anzug in der Tat viel billiger wird, der Lohn aber schließlich beim endgültigen Ausgleich trotzdem höher werden würde.

Daß eine Reihe von Industrien den heutigen Höhepunkt nicht erreicht hätte, wenn nicht ein Jahrhundert des Schutzzolls ihnen zur Seite gestanden hätte, das unterliegt keinem Zweifel. Auch kein Demokrat bestreitet das; er bezweifelt nur, ob das Treibhauswachstum solcher Industrien der Gesamtheit wirklich ein Segen war und ob die künstliche Förderung der großen Industrieringe, die vermöge der Schutzzölle die Lebensmittel und notwendigsten Gebrauchsgegenstände der Masse willkürlich in die Höhe treiben konnten, nicht unendlich mehr Gefahren als Vorteile brachte.

Sicherlich, manche Industrien wurden von den Schutztarifen nicht nur gefördert, sondern geradezu aus dem Nichts geschaffen. Das bekannteste Beispiel vielleicht bietet die Zinnplattenindustrie. Amerika bezog seine Zinnplatten, die besonders für den Schiffsbau nötig sind, aus Wales, und Wales exportierte nach Amerika zu unverhältnismäßig hohen Preisen. Zweimal versuchten Amerikaner schüchtern die Industrie im Lande einzuführen; sofort wurden sie von den Engländern unterboten, und beide Male wurden die Anfänge der Industrie vollkommen zerstört. Da legte der Mac Kinley-Tarif einen Zoll auf Zinnplatten, der etwa 70% ihres Wertes

betrug. Jetzt konnte amerikanische Industrie sich entfalten. Im Jahre 1891 wurden 1036 Mill. Pfund Zinnplatten importiert und gar keine im Lande produziert. Zwei Jahre später wurden bereits nur noch 628 Mill. Pfund importiert und 100 Mill. Pfund im Lande produziert. Und 10 Jahre später wurden nur noch 117 Mill. Pfund eingeführt, aber 894 Mill. Pfund im Lande fabriziert. Nicht wesentlich anders war es etwa mit der Uhrenfabrikation. Es ist noch nicht lange her, daß die Vereinigten Staaten alle Taschenuhren importierten. Da sie Luxusware darstellten, wurde, nicht als Schutzzoll, sondern als Einnahmequelle ein Zoll von 10% ihnen auferlegt, und solange er bestand, blieb die amerikanische Uhrenindustrie ohnmächtig. Dann steigerte der Kongreß diesen Zoll auf 25 %. Damit war die Möglichkeit selbständiger Entwicklung im Lande gegeben. Zuerst wurden Uhren nach europäischer Art hergestellt. Dann warf sich der amerikanische Erfindergeist auf dieses Gebiet. Immer bessere Maschinen zur Herstellung der Uhrteile wurden ersonnen, und eine gewaltige Uhrenindustrie versorgt heute jeden Jungen in Amerika mit Uhren, die besser und billiger sind, als die vergleichbaren Produkte Europas. Selbst die Seidenindustrie darf wohl in erster Linie als Kind der Zölle betrachtet werden.

Die Freihändler antworten, daß alles das für eine Übergangszeit ganz schön gewesen sein mag, die Wandlung vom Agrikulturstaat zum Industriestaat sich nun aber vollzogen habe, und die lästigen Zölle, welche die Preise in die Höhe treiben, nunmehr fallen könnten, da die Industrien ja schon stark genug seien, um erheblich mit dem Ausland außerhalb der eignen Grenzen zu konkurrieren.

Hier legt aber gerade der Republikaner gern diesem Optimismus Zügel an. Gewiß, sagt er, hat sich die amerikanische Industrie märchenhaft schnell entwickelt und der industrielle Export des Landes, der nunmehr schon 30% des gesamten Exports beträgt, ist sicherlich ein stolzer Triumph; aber als Symptom soll man das nicht überschätzen. Als die Preise in der übrigen Welt stiegen und England zeitweilig

gelähmt war, der heimische Bedarf aber noch lange nicht bis zu seiner vollen Höhe gesteigert war, da kombinierten sich zufällig die Bedingungen günstig, um den industriellen Export Amerikas schnell wachsen zu lassen; aber das hat in sich nicht den Charakter der Stetigkeit. Die Industrie ist noch lange nicht befähigt, die Bedürfnisse des eignen Marktes zu befriedigen. Im Gegenteil, obgleich die amerikanische Eisen- und Stahlindustrie im besten Begriff schien, das Ausland zu erobern, zeigte sich plötzlich, daß eine kräftigere Steigerung der heimischen Bedürfnisse sofort eine gewaltige Einfuhr nötig machte. Während der Eisen- und Stahlexport von 1900 auf 1903 um 25 Mill. Dollars gesunken ist, ist der Import in der gleichen Zeit um 31 Mill. Dollars gestiegen; und dabei handelt es sich hauptsächlich um Halbfabrikate.

Selbst die stärksten und gewaltigsten Industrien verlangen also noch aufs dringendste die Möglichkeit innerer Kräftigung durch einen Schutz gegen die außenstehenden Mitbewerber. Es ist, wie Thomas Reed sagte, überhaupt irrig, Schutzzoll wie eine Art Medizin zu betrachten, die sobald wie möglich weggelassen werden sollte. Schutzzoll ist nicht Medizin, sondern Nahrungsmittel; Schutzzoll hat nicht nur die Kinderindustrien großzupäppeln, sondern soll eine dauernde Lebensbedingung amerikanischer Industrie sein, denn Schutzzoll ist nicht eine Begünstigung, sondern ein System, das sich durch seine Resultate rechtfertigt, und dessen Grundgedanke der ist, daß der amerikanische Markt dem amerikanischen Volk gehört. Der Schutzzoll hat als ein Wall zu dienen, hinter dem die amerikanische Nation die für sie nötige Arbeit selbst verrichten kann, und so verrichten kann, daß der Arbeitslohn den aller europäischen Länder nicht nur absolut, sondern relativ weit übersteigt.

Mit Pathos verkündet die republikanische Staatskonvention von Ohio 1903: „Die Schutzzollpolitik der republikanischen Partei hat die Vereinigten Staaten zur größten Industrienation gemacht, hat die Welt durch die ungeheure Entwicklung ihrer grenzenlosen Hilfsmittel in Erstaunen gesetzt, hat den

auswärtigen Handel des Landes mächtig unterstützt, hat den Wohlstand des Landwirts gewaltig gesteigert und hat amerikanische Arbeit zur höchsten Stufe der Lebensführung erhoben, die je irgendwo erreicht worden ist; und deshalb protestieren wir gegen alle Angriffe auf diese Politik, was auch ihr Vorwand sein mag, da sie uns zurückbringen würden zu den verhängnisvollen Tagen demokratischer Tarifrevision und demokratischen Freihandels." Und die Staatskonvention von Rhode Island sekundierte: „Die Republikaner von Rhode Island glauben an die Wirksamkeit und Weisheit einer Schutzzollpolitik für die Industrien und die Arbeit der Vereinigten Staaten zum Schutz gegen den zerstörenden Mitbewerb von Ländern, in denen die Arbeitsbedingungen und Löhne so gänzlich von den unsern verschieden sind." Und Nebraska erklärte: „Wir stehen treu zur amerikanischen Schutzzollpolitik der republikanischen Partei, welche die Einnahmen erhöht und den Handel energisch entwickelt hat, welche die Tore der Fabriken und Mühlen für Millionen amerikanischer Arbeiter geöffnet hat, und ihnen die hohen Löhne sichert, welche die gerechte Entschädigung für ihre Mühe sind."

In einer Zeit, in der es allen so glänzend ging, wie in den letzten Aufschwungsjahren, da ist es schwer, gegen das sprechende Argument des glänzenden Erfolgs anzukämpfen. Jedermann fürchtet sich, daß eine Änderung im Tarif die Aufwärtsbewegung unterbrechen könnte, und wenn es im letzten Jahre hie und da Rückschläge gab, so trafen sie ja in erster Linie die reichen Börsenleute, die Trustmagnaten, die zu allerletzt die Hand bieten würden, die Schutzzölle abzutragen.

So war es denn für die nicht kleine Freihandelspartei eine recht ungünstige Zeit, und der Kampf der Demokraten gegen den Dingley-Tarif klang stets etwas kleinlaut. Die Erfahrung mit dem Wilson-Tarif war ihnen keine ungemischte Freude, und wenn die demokratische Partei auch mit Recht behaupten konnte, daß das schließliche Gesetz eigentlich gar nicht ihre demokratische Vorlage war, da im Senat 640 Amendements

hineingeflickt wurden, so empfand sie doch zu lebhaft, daß dieses gesetzgeberische Ergebnis der letzten demokratischen Herrschaft niemanden so recht befriedigt hatte und nicht unwesentlich zum nächsten Sieg der Republikaner beigetragen hatte.

Dennoch empfinden die Demokraten deutlich, daß jene republikanischen Argumente trügerisch sind. Nicht der Schutzzoll, sagen sie, hat den gewaltigen amerikanischen Aufschwung gebracht. Die natürlichen Reichtümer des Landes gemeinsam mit der intelligenten Energie der Nation, das hohe Niveau der Volksbildung und die freie Regierungsform, der Pioniergeist des Volkes und die unvergleichlichen Hilfsmittel schnellen und billigen Verkehrs — sie haben Amerika groß und reich gemacht. Ja, wenn gesetzgeberische Maßnahmen dabei überhaupt entscheidend waren, so waren es vielmehr die freihändlerischen Ideen, welche die Entwicklung begünstigten, denn die Republikaner übersehen ganz, daß die allerwichtigste und folgenreichste Bedingung des Aufschwungs der vollständige Freihandel zwischen den 45 Staaten der Union ist. Was wäre aus amerikanischer Industrie geworden, wenn die amerikanischen Staaten gegeneinander, ebenso wie gegen die andern Weltteile, zwischenstaatliche Schutzzollwälle aufgerichtet hätten, so wie die Staaten des europäischen Kontinents es gegeneinander taten? Die vollkommen freihändlerische Einheit des ungeheuren Handelsgebietes von Maine bis Kalifornien, von Kanada bis Mexiko, die vollkommene Abwesenheit aller gesetzgeberischen Einschränkung, die Möglichkeit im freien wechselseitigen Austausch die Naturschätze und Arbeitsprodukte aller 45 Staaten an jedem Punkt des Erdteils ohne Zölle auszunutzen — das hat amerikanische Industrie groß und stark gemacht, und gerade das wäre das Ideal, diese Freiheit über den ganzen Erdkreis auszudehnen und für Amerika die weitern Vorteile zu gewinnen, die England aus seinem Freihandel gewonnen hat.

Alle die wohlbekannten freihändlerischen Argumente — die moralischen, die politischen, die ökonomischen — treten

ins Feld, und immer wieder wird der Nachweis gebracht, daß jede Nation im Grunde schließlich dann am besten gedeihen muß, wenn sie sich im wesentlichen auf diejenige Arbeit beschränkt, die sie ohne künstliche Zollschranke im freien Wettbewerb des Weltmarkts noch nutzbringend ausführen kann. Gewiß, sagt man, würden, wenn heute die Zölle fielen, eine Masse Fabriken zunächst geschlossen werden und ihre Arbeiter im Augenblick brotlos sein. Aber genau diese traurige Veränderung setzt auch jedesmal dann ein, wenn in der Industrie etwa neue Maschinen erfunden werden oder neue Transportmittel. Jedesmal werden zunächst viele Hände der Arbeit beraubt, aber nach kurzer Zeit setzt eine neue Anpassung ein und durch automatische Regulierung gibt der neue Zustand einer sehr viel größern Zahl von Arbeitern auskömmliche Beschäftigung. Amerika würde einen Teil des heimischen Marktes verlieren, aber würde in einer Welt des Freihandels sehr viel mehr auswärtige Türen öffnen können. Sein Gesamtabsatz würde schließlich noch größer werden und alle Lebensmittel und Bedarfsartikel würden billiger sein, so daß der Arbeiter die gleiche Ware mit geringerm Lohne kaufen könnte, und diese neue Regulierung der Lohnskala würde den Amerikaner viel besser befähigen, mit dem Arbeiter andrer Länder zu konkurrieren.

Aber, kein Zweifel, die Zeit für solche Logik ist ungünstig. Der Amerikaner glaubt zu gern an Harrisons Wort, daß der Mann, der einen billigern Rock trägt, ein billigerer Mann sei; und gar zu leicht können die Schutzzöllner auf alle die Argumente, daß man die fremden Waren nicht ausschließen dürfe, mit der zutreffenden Behauptung antworten, daß trotz der hohen Zölle die Einfuhr vom Ausland ja in stetem Wachstum begriffen sei. Die eingeführten Waren wuchsen unter dem Dingley-Tarif im Jahre 1903 sowohl in den Rohstoffen, wie in den Halbfabrikaten, wie in den Ganzfabrikaten, wie in den Luxusartikeln zu einer Höhe, die niemals in den Jahren des Wilson-Tarifs erreicht war. Die Rohstoffe beispielsweise hatten unter dem demokratischen Tarif 1897 den Höhepunkt des Imports mit 207 Mill. erreicht.

Mit der Einführung des Dingley-Tarifs fielen sie auf 188 Mill., dann aber stiegen sie schnell, betrugen 1902 bereits 328 Mill. und 1903 gar 383 Mill. Ganzfabrikate fielen bei der Einführung des Dingley-Tarifs von 165 Mill. auf 94 Mill., aber 1903 erreichten sie bereits wieder 169 Mill. Luxuswaren sanken von 92 Mill. auf 74 Mill., aber erreichten in stetiger Steigerung im Jahre 1903 die nie zuvor erreichte Höhe von 145 Mill.

Trotz alledem sind heute die Aussichten der Freihändlerpartei im Steigen. Nicht als wenn jemand an Freihandel dächte. Aber daß die Zölle von heute doch bald wieder revidiert werden müssen, und daß einige Hauptzölle erniedrigt, andre im Austausch für einzelne Länder aufgegeben werden müssen, das ist denn doch eine Überzeugung, die stetig wächst. Man weiß zu gut, daß in der auswärtigen Handelsbilanz der letzten Jahre sich eine Bewegung bekundet, die nicht anhalten kann.

Amerika kann auf die Dauer nicht verkaufen, wo es nicht kaufen will. Es kann kein Interesse daran haben, bloß Gläubiger andrer Nationen zu werden. Amerika fühlt instinktiv, daß es die weisere Politik ist, Handelsverträge mit andern Nationen zu schließen, durch die beiden Teilen gedient ist. Daß dieses Verlangen nach Reziprozität nicht nur demokratische Parteiforderung ist, sondern, von besondern Interessentengruppen abgesehen, wirklich zum unterbewußten Verlangen der ganzen Nation geworden ist, bekundete sich am besten darin, daß Mac Kinleys letzte große Rede die neue Forderung freimütig aussprach.

Er hatte wie kein andrer das Feingefühl für die herannahenden Bewegungen. Seine Größe hat stets darin gelegen, schon heute auszusprechen, was das Volk morgen wollen muß. Auf der Ausstellung von Buffalo hielt er am 5. September 1901 eine denkwürdige Rede, in der es hieß: „Durch verständige Handelsbestimmungen, die unsre heimische Produktion nicht unterbrechen, müssen wir Kanäle für unsre wachsende Überproduktion finden — ein System, welches wechselseitigen Austausch der Lebensmittel schafft, ist sicher-

lich notwendig für das gesunde Wachstum unsres auswärtigen Handels. Wir dürfen uns nicht mit eingebildeter Sicherheit dabei beruhigen, daß wir für immer alles verkaufen und wenig oder nichts kaufen können. Selbst wenn das möglich wäre, wäre es nicht das beste für uns oder für die, mit denen wir verkehren. Wir sollten unsern Kunden gerne die Arbeitsprodukte abnehmen, die wir nur irgend, ohne Schaden für unsre Industrie und Arbeit, benutzen können. Reziprozität ist das natürliche Ergebnis unsrer wunderbaren industriellen Entwicklung. Was wir über unsern heimischen Bedarf hinaus produzieren, muß Abzug ins Ausland finden. Wir sollten verkaufen, wo wir nur können, aber auch kaufen, überall wo Kauf unsern Verkauf erweitern kann. Die Periode der Abgeschlossenheit ist vorüber. Die Ausdehnung unsres Handels und Verkehrs ist das dringendste Problem. Handelskriege nützen niemandem. Eine Politik des guten Willens und der freundschaftlichen Handelsbeziehungen schützt uns am besten. Handelsverträge sind in Harmonie mit dem Geist unsrer Zeiten. Zollkriege sind es nicht. Sollten einige unsrer Tarifsätze nicht mehr nötig sein, um die heimische Industrie zu ermutigen und zu schützen, warum könnten sie nicht benutzt werden, um unsre auswärtigen Märkte auszudehnen und zu fördern?"

Das war derselbe Mac Kinley, dessen Name zehn Jahre zuvor ein Schrecken für Europa geworden war und der in der Tat wie kein andrer für die hochschutzzöllnerische Entwicklung der Vereinigten Staaten die moralische Verantwortlichkeit trug. Die einzigartige Stellung, die seine schutzzöllnerischen Verdienste ihm in der Partei einräumten, hätte nun vielleicht in der Tat diesen einen Mann befähigt, die republikanische Partei kraft seiner unvergleichlichen Autorität vom Schutzzoll hinab in die Gefilde der Reziprozität zu führen. Da traf ihn wenige Tage später die Kugel des Anarchisten, und keiner war da, diese Rolle Mac Kinleys zu übernehmen.

Seinem Nachfolger fehlte zunächst das eindringende Interesse an den Handelsfragen; vor allem aber fehlte ihm

notwendigerweise die Autorität inmitten der eignen Partei, die auch den widerstrebenden Interessentengruppen die veränderte Politik aufzwingen konnte. Der junge Präsident stand schon zu sehr im Verdacht, den großen Industriegesellschaften gegenüber Mißtrauen zu empfinden. Hätte er sich an die Spitze der neuen Antischutzzollpolitik gestellt, so hätte man ihn als Freihändler gebrandmarkt und ihm nicht zugegeben, was bei Mac Kinley nicht erst des Beweises bedurfte, daß er wirklich warmes Gefühl für den Schutz der heimischen Industrie besitzt. Vor allem aber schreckte man ihn und schreckte alle, die in Mac Kinleys Fußstapfen wandeln wollten — und vielleicht hätte man so auch Mac Kinley selbst geschreckt — mit dem Gespenst der schlechten Zeiten, die sich immer dann einstellen sollen, wenn ein Gefühl der Unsicherheit die Handelswelt beschleicht.

Man wußte, daß, wenn die Tariffrage überhaupt erst einmal wieder angerührt wird, daß dann unabsehbare Kämpfe heraufbeschworen werden. Jede Industrie setzt dann die Hebel an, ihre eignen Interessen zu vertreten, und welch ein weiter Weg von der ersten Gesetzesvorlage bis zum schließlichen Gesetz führt, das hatten die tragikomischen Kämpfe um den Wilson-Tarif genugsam gelehrt. Soll man, so hieß es überall, das Land noch einmal mit dieser Unruhe erfüllen, damit für Jahre hinaus keine Industrie weiß, wo sie in ein paar Jahren stehen wird, und ob nicht das Würfelspiel des Kongresses sie plötzlich ihres Schutzes berauben wird? Für Jahre hinaus würden alle neuen Unternehmungen gelähmt sein, und gleichviel, was das schließliche Ergebnis des Gesetzes selbst wäre, die bloße Furcht vor der Umgestaltung, das Gefühl der Unsicherheit, würde eine Krisis nahe bringen und die Zeiten des Wohlstands zertrümmern. Alles Gerede von Reziprozität bedeute für Amerika ja doch nur Philanthropie. Die Reziprozitätserfahrung, die das Land etwa mit Kanada oder mit Hawaii machte, zeige genugsam, daß es im Grunde nur auf amerikanische Geschenke hinausläuft.

Will Amerika sich wohltätig erweisen, so gibt es genug

andre Wege. Wenn aber Amerika seine Handelsinteressen das Gedeihen seiner Industrien im Auge behalten will, so kommt alles nur darauf an, das, was in Ruhe ist, nicht aufzuregen, das Land nicht noch einmal in Tarifkämpfe zu stürzen, die Industrie nicht noch einmal der quälenden Unsicherheit auszusetzen. Und dieses Gespenst hat gewirkt; Mac Kinleys Wort hat nur leises Echo in der Partei gefunden. Das Bedürfnis aber, das er instinktiv empfand, ist bestehen geblieben und die Öffentliche Meinung kennt es; es fragt sich nur, wann die Öffentliche Meinung wieder stärker als die Partei sein wird.

Aber ein andres kommt dazu, das den Antischutzzöllnern sehr viel bessere Waffen in die Hände liefert. Die Schutzzollpolitik, sagen die Demokraten, war die Mutter der Trusts. Das mag wahr oder falsch sein. Man kann den statistischen Nachweis für beide Seiten führen. Aber jedenfalls ist damit ein Schlagwort gegeben, das ein tiefes Gefühl erregt. Die Trusts sind beim Volk verhaßt. Auch das mag berechtigt oder unberechtigt sein. Der Beweis für beide Seiten läßt sich hier noch leichter führen. Die Tatsache bleibt bestehen, und die verführerische Idee, daß eine Vernichtung des Hochschutzzolls den tödlichen Streich gegen die verhaßten erpresserischen, das Volk demoralisierenden und tyrannisierenden Trusts liefern würde, hat von Tag zu Tag eindringlicher die Massen ergriffen. Vergebens sagen die Schutzzöllner, daß es ja im Lande nirgends ein wirkliches Monopol gäbe, jede erpresserische Preistreibung somit sofort die Konkurrenz wecken und die Trusts vernichten müßte, daß der Schutzzoll die kleinen und schwachen Gesellschaften genau so viel schütze wie die Großen, ja, daß, wenn man die Großen durch Freihandel treffen wolle, alle die Kleinen und Schwachen zuerst vernichtet würden und daß man Politik nicht mit dem Gefühl des Hasses treiben solle.

Aber die Erbitterung besteht nun einmal und Argumente helfen hier wenig. Es kann in der Tat nicht bestritten werden, daß von all den Motiven, die heute gegen den Schutzzoll ins Feld geführt werden, in der breiten Masse am wirk-

samsten doch eigentlich der Appell an den Haß gegen die Trusts ist. Damit geht aber die Tariffrage nun von selber in die Trustfrage über.

Fünfzehntes Kapitel.

Die Trustfrage.

„Von der Parteien Haß und Gunst verwirrt" schwankt das Charakterbild der Trusts in der zeitgenössischen amerikanischen Geschichte, aber das Seltsame ist, daß dieser Haß und diese Gunst der Parteien sich nicht in der üblichen Weise verteilt, nicht der einen Partei die Gunst und der andern Partei der Haß überlassen bleibt, sondern daß beide großen Parteien gleichmäßig äußerlich ihren Haß bekunden und innerlich wenigstens durch ihre Zurückhaltung von kräftiger Aktion ihre Gunst bezeugen. Und dieses Widerspiel ist durchaus nicht bewußte Unehrlichkeit.

Gewiß liegt hier ein tüchtig Stück Parteipolitik vor. Die Schäden und Gefahren mancher Trustbildungen sind so offenbar, daß keine Partei öffentlich ihr Lob verkünden mag und keine sich den billigen Ruhm entgehen lassen will, für die Rechte des freien Wettbewerbs gegen alle Monopole einzutreten. Auf der andern Seite aber ist die Macht der Trusts so ungeheuer, daß keine Partei es mit ihnen verderben will, und jede der beiden Parteien hat ihre besondern Trustfreundschaften, die schon um der Kampagnebeiträge willen nicht gestört werden dürfen. Der tiefere Grund liegt indessen nicht in den taktischen Verhältnissen, sondern in der Tatsache, daß noch von keiner Seite ein Abhilfsmittel vorgeschlagen ist, das wirkliche Befriedigung verspricht. Die einen wollen das Übel mit kleinen Quacksalbereien behandeln, die im besten Falle ein paar Symptome beseitigen, und die andern wollen, wie Präsident Roosevelt sagte, die Krankheit überwinden, in-

dem sie den Patienten totschlagen. Daß aber diese erfinderische Nation für ihr größtes Wirtschaftsproblem noch keine Lösung gefunden hat, liegt doch wohl darin, daß es sich um eine Bewegung handelt, die mit innerer Notwendigkeit aus den organischen Bedingungen des amerikanischen Wirtschaftslebens hervorging und weiter fortschreiten würde, selbst wenn die Gesetzgeber kräftigere Hemmnisse in den Weg legen wollten.

Als die Königin Elisabeth von England, in scharfem Gegensatz zu dem Geist des angelsächsichen Rechtes, im Laufe der Jahre nahezu 50 Wirtschaftsmonopole vergeben hatte und die Lebensmittel dadurch in ihrem Preis auf das Doppelte gestiegen waren, da legten die Commons 1601 Protest ein, und die Königin erklärte feierlichst, daß sie durch Proklamation jedes die Freiheit gefährdende Vorzugsrecht zurücknehmen würde; und von der Zeit an wurden die Monopole beseitigt. Das amerikanische Volk ist selber Souverän und die Wirkung der Monopole ist ähnlich der in England vor 300 Jahren. Aber der neuweltliche Souverän kann durch keine Proklamation die Monopole, die er vergeben hat, zurücknehmen, oder wenigstens er weiß, daß, was er dem einen nimmt, der andre an sich reißen würde.

Gewiß könnte man die eine Form der Trustbildung zerstören und für die Zukunft unmöglich machen, aber sofort würden sich andre Formen ersinnen lassen, in denen dieselben Zwecke erreicht werden; und wenn gewisse Wirtschaftsgebiete vielleicht durch freihändlerische Tarifrevision den Trusts entrissen würden, so würden sich die Kräfte sofort auf andern Gebieten sammeln. Man muß nur das Wesen der Sache erkennen und nicht die äußere Form zu sehr betonen.

Das Wesen liegt nun unbedingt nicht darin, wie die Gegner der Trusts es gerne darstellen, daß einige wenige auf Kosten der vielen bereichert werden, daß die Massen geplündert werden, um den Reichtum von ein paar Cliquen künstlich ins Ungeheure zu steigern. Das Wesen der Be-

wegung liegt überhaupt nicht in der Verteilung des Besitzes, sondern in der Verteilung der Macht.

Die große Bewegung hat ihren Sinn darin, daß die neue Zeit eine stärkere Konzentration der Kontrolle über die wirtschaftlichen Kräfte notwendig macht. Daß die großen Finanziers bei den Trustgründungen unverhältnismäßig große Gewinne einheimsen, und daß die führenden Trustmagnaten zu den reichsten Männern des Landes gehören, ist etwas im Prinzip Nebensächliches. Die eigentliche Bedeutung ihrer Stellung liegt in dem Vertrauen, das ihnen entgegengebracht wird. Das, was im letzten Grunde wirtschaftlich angestrebt wird, ist einheitliche Leitung größerer und größter wirtschaftlicher Unternehmungen. Daß diese notwendige Vereinigung der kleinern Teile zu neuen großen Gebilden sich am natürlichsten durch den Einfluß von Männern erzielen läßt, die selbst reich genug sind, um einen entscheidenden Anteil am Gesellschaftsbesitz in der Hand zu halten, ist ein ganz nebensächlicher Faktor. Genau dasselbe Ziel könnte erreicht werden, wenn mittellose Beamte durch das Vertrauen der Besitzer in die kontrollierenden Stellungen gebracht würden.

Fast dieselbe Bewegung spielt sich denn auch außerhalb der Industrie in allen übrigen wirtschaftlichen Sphären ab. Immer neue Eisenbahngesellschaften etwa werden vereinigt und die Gruppen gelangen immer mehr wieder unter den Einfluß engerer Gruppen, bis schließlich in ein paar Männern — wie Morgan, Vanderbilt, Rockefeller, Harriman, Gould, Hill, Cassatt — die Kontrolle über die gewaltigsten Eisenbahnnetze konzentriert ist. Aber diese wirtschaftliche Bewegung in der Eisenbahnwelt würde ihre Richtung nicht verändern, wenn schließlich der Staat alle Eisenbahnen übernehmen und ein mangelhaft bezahlter Eisenbahnminister ohne Vermögen an die Stelle der Gruppe von Multimillionären treten würde. Das, worauf es ankommt, ist, daß die wirtschaftlichen Unternehmungen der Nation, in denen die Arbeitsersparnis des ganzen Volkes niedergelegt ist, den größtmöglichen Nutzen bringen sollen, und daß dieser größt-

mögliche Nutzen nur dann erzielt werden kann, wenn die Leitung einheitlich ist, wenn die Kontrolle der wirtschaftlichen Mächte also konzentriert wird.

Der weithin sichtbare Reichtum der Führer stachelt ja naturgemäß die Kritik zuerst, aber man hat oft gezeigt, daß der Reichtum der Reichen zwar absolut zugenommen habe, aber im Verhältnis zum Gesamtwohlstand der Nation sich nicht mehr gesteigert habe, als der Wohlstand der andern Schichten; und gerade die großen Korporationen ermöglichen es, den wachsenden Gewinn der konzentrierten Unternehmungen in weite Kreise zu tragen. Die berüchtigte Stahlgesellschaft hatte im vorigen Jahr 69 000 Aktionäre. Die Aktien der amerikanischen Eisenbahnen sind in der Hand von über einer Million Besitzer. So hat die Pennsylvania-Eisenbahn allein 34 000 Eigentümer, aber jene 34 000 Aktionäre vertrauen ihr Eigentum der Leitung von ein paar Kapitalisten. Ja jene gesamten Eisenbahnen, die einer Million Aktionäre gehören, sind unter der Kontrolle von vielleicht einem Dutzend Männern, und jene Stahlkorporation mit ihren 69 000 Besitzern ist von 24 Direktoren beherrscht, die ihrerseits wieder von den Präsidenten der Verwaltungs- und Finanzkomitees geleitet werden. Nicht die Konzentrierung des Besitzes also, sondern die Konzentrierung der Macht ist das Entscheidende.

Genau dieselbe Konzentrationsbewegung findet daher auch im Bankwesen statt. Auch hier handelt es sich gar nicht darum, daß ein Mann oder ein paar Männer den Hauptteil der Banken besitzen, sondern nur darum, daß einige wenige Männer gleichzeitig in einer ganzen Gruppe von Finanzinstituten als leitende Geister wirksam sind und somit eine Personalunion hergestellt wird, durch die eine wechselseitige Unterstützung der verschiedensten Institute und dadurch eine vollkommene Einheitlichkeit des Vorgehens gesichert ist.

Unter den Direktoren der „Bank of Commerce" sind beispielsweise Direktoren von zwei Lebensversicherungsgesellschaften mit einem Besitz von ¾ Milliarden Dollars, und von 8 Trust-Finanzgesellschaften; und die Direktoren dieser verschiedenen Trust-Kompagnien sind wieder gleichzeitig in

der Leitung andrer Banken, so daß sich eine vollkommene Kette von Finanzinstituten herstellt, die alle unter Morganischem Einfluß stehen. In gleicher Weise gibt es eine Rockefellerkette von Bankinstituten, mit der National City Bank an der Spitze. Und wiederum durch persönlichen Zusammenhang verbinden sich diese Bankketten mit Ketten von Industrieinstituten, und diese mit Eisenbahngesellschaften. Der Rockefellersche Einfluß beispielsweise beherrscht nicht nur Banken und Trust-Kompagnien mit einer Einlage von über 400 Mill. Dollars und die berüchtigte Standard Oil Company im Wert von fast 100 Mill. und die Lackawanna Steel mit 60 Mill. und die Gasgesellschaften von Newyork mit 147 Mill., sondern auch die St. Paul-Eisenbahn mit 230 Mill. und die Missouri-, Kansas- und Texas-Eisenbahn mit 148 Mill. und die Missouri Pacific mit 212 Mill.

Daß ein solch beherrschender Einfluß unter den bestehenden Verhältnissen nur durch den wirklichen Besitzer von Riesenkapitalien erobert werden kann, ist sicherlich richtig; aber das wirtschaftlich Entscheidende ist doch die Vereinheitlichung des Einflusses, auf welchen die wirtschaftlichen Bedürfnisse in jedem Gebiet hindrängen und dem gegenüber die Besitzfrage verschwindend ist. Man hat ausgerechnet, daß die 24 Direktoren der United States Steel Corporation einen entscheidenden Einfluß auf 200 andre Korporationen besitzen und daß hinter ihnen die größten Banken des ganzen Landes, fast die Hälfte der gesamten Eisenbahnen, die größten Kohlengesellschaften, Ölgesellschaften, elektrische Gesellschaften, die führenden Telegraphen- und Paketgesellschaften, Lebensversicherungsgesellschaften, Verlagsgesellschaften usw., stehen. Sie kontrollieren Korporationen, deren Kapital 9 Milliarden Dollars beträgt, und damit ist eine Vereinheitlichung erzielt, die nicht durch künstliche Mittel rückgängig gemacht werden kann.

Verlangt das Wirtschaftsleben durch die Dimensionen, die es in den letzten Jahrzehnten angenommen hat, diese Zusammenschweißung der Interessen für das Gesamtgebiet, so

wird die Bildung von Syndikaten und Kartells und Trusts nur ein besonderer Fall in der notwendigen Entwicklung, und die Behinderung der Trustbildung wird sich immer nur auf die zufällige Form und nicht auf die Sache selbst erstrecken können. Die Form hat ja in der Tat schon wiederholt gewechselt werden müssen. Zuerst wurden die Trusts so gebildet, daß eine Reihe von Aktiengesellschaften als solche sich zusammentaten und ihr Geschäft einer neuen Gesellschaft, eben dem Trust, anvertrauten. Das hat man zu unterdrücken vermocht. Die Trustgesellschaft selbst schien unangreifbar, aber der Staat konnte den Aktiengesellschaften Existenzrecht entziehen, weil sie nach dem Recht der meisten Einzelstaaten nur bestehen konnten, solange sie die Funktionen erfüllen, um deren willen sie gegründet wurden, nämlich selbst ihr Geschäft zu besorgen. Das Recht des Individuums, den Besitz einem andern anzuvertrauen, hat die Aktiengesellschaft nicht. Zerstörte man aber die Gesellschaften, welche im Trust zusammentraten, so war dadurch der Trust selbst aufgegeben. In dieser Weise konnte der Staat Newyork gegen den Zuckertrust, der Staat Ohio gegen die Standardölgesellschaft, Illinois gegen den Chicago Gas Trust vorgehen.

Aber die Entwicklung hat schnell gelehrt, daß damit nichts gewonnen war. Die Korporationen können nicht im Trust zusammentreten — das wurde nun als gesetzlicher Grundsatz anerkannt; aber die Aktionäre, welche die Aktien aller der einzelnen Gesellschaften besitzen, können als Personen zusammentreten und ihren Aktienbesitz als ihr persönliches Eigentum in die neue Trustgesellschaft einlegen; in dieser Form sind dann schnell die zertrümmerten Trusts wieder aufgebaut worden. Überdies können natürlich eine beliebige Anzahl Aktiengesellschaften sich einfach auflösen und eine neue große Gesellschaft bilden, oder die Gesellschaften können in weithin reichende gemeinsame Abmachungen eintreten und so die Zwecke des Trusts indirekt erreichen. Kurz, die Möglichkeit, konkurrierende Industriegesellschaften unter einheitlichen Willen zu bringen und dadurch für eine

bestimmte Industrie praktisch ein Monopol zu erringen, bleibt immer eine vielfache.

Die Entwicklung zu beschleunigen, war nur eines nötig: anfänglicher Erfolg. Waren die ersten Trusts gewinnbringend, so mußte die Form nachgeahmt werden, solange nur die geringste Aussicht auf Gewinn vorhanden war. Und die Nachahmung mußte schließlich in eine Manie ausarten, die noch da wirksam blieb, wo bei richtiger Berechnung kein Gewinn zu erhoffen war. So folgte denn schnell ein Trust dem andern, und die Liste vom Jahre 1903 weist allein 233 rein industrielle Trusts auf, von denen 31 mit über 50 Mill. Dollars kapitalisiert sind und deren Gesamtkapital auf 9 Milliarden angegeben wird.

Auf den ersten Blick mag es scheinen, als wenn diese Entwicklung eigentlich der amerikanischen Nation durchaus sympathisch sein müßte. Die Liebe für das Große, die ihr von der umgebenden Natur anerzogen wurde, müßte diese Vereinigung von Interessen willkommen heißen und der starke Selbstbetätigungsgeist, der das Recht beansprucht, in individueller Freiheit Vereinbarungen zu treffen und mit andern nach Belieben zusammenzuarbeiten, müßte sicherlich Freiheit fordern, wenn es gilt, sich mit Mitbewerbern freundlich zu vereinigen. Tatsächlich aber wirkt nun hier eine Gegentendenz, die im letzten Grunde ebenfalls aus dem Selbstbetätigungsgeist entspringt. Wer sich selbst betätigen will, muß verlangen können, daß nicht eine Übergewalt ihn daran hindert, seine eigne Kraft zu gebrauchen. Alles, was den freien Wettbewerb ausschaltet und den einzelnen zu wirtschaftlicher Ohnmacht erniedrigt, das scheint dem Amerikaner unmoralisch. Das ist altes, angelsächsisches Recht.

Das gemeine Recht von England hat jederzeit Abmachungen, die darauf auslaufen, ein Monopol zu schaffen, grundsätzlich verurteilt, und diese Rechtsanschauung durchdringt das amerikanische Volksbewußtsein mit einer Kraft, die dem vor allem an Staatsmonopole gewöhnten Europäer fremdartig dünkt. Die Gesetzgebung fast aller Einzelstaaten betrachtet Ab-

machungen, welche Monopole schaffen, als ungesetzlich, und die Reichsgesetzgebung mit ihren Antitrustgesetzen von 1887 und 1890 hat da sekundiert, ohne mehr zu tun als das zu formulieren, was dem allgemeinen sittlichen Bewußtsein des Landes entspricht. Das Gesetz des Landes verbietet beispielsweise heute jede Abmachung, deren Zweck es ist, Handel und Gewerbe zwischen verschiedenen Staaten des Landes oder mit fremden Nationen einzuschränken. Es erregte schon öffentlichen Unwillen, als Senator Foraker im Februar 1904 eine Gesetzesvorlage einbrachte, derzufolge solche auf Einschränkung des Handels gerichteten Abmachungen nicht strafbar sein sollen, wenn die Einschränkung „vernünftig" ist. Man fürchtete sofort, daß es dann der Interpretation der Gerichte möglich würde, jegliche Unterdrückung zu entschuldigen, und doch unterliegt es keinem Zweifel, daß es bisher nicht minder willkürliche Interpretation war, festzustellen, wann eine Einschränkung des Handels begann. Schließt doch sogar die wirtschaftliche Vereinigung konkurrierender Anstalten durchaus nicht die der Allgemeinheit förderliche Konkurrenz aus. Als beispielsweise die Northern Securities Company verschiedene Parallel-Eisenbahnen unter einen Hut brachte, konnte sie mit Recht behaupten, daß die von ganz getrennten Beamtenkorps geleiteten Bahnen auch weiterhin in technischem Wettbewerb bleiben werden; aber das Gericht und das Publikum wollten es anders. In diesem Mißtrauen gegen jede künstliche Unterdrückung schrankenloser Konkurrenz lag das einzig ernsthafte Hindernis für die Entwicklung der Trusts.

Das ist ja einleuchtend; vielerlei begünstigte ihr Zustandekommen. Zunächst kann der Trust billiger arbeiten als die Summe der Gesellschaften, die ihn bilden; einmal weil die Verwaltung vereinfacht wird, dann aber, weil alle Ausgaben für die Bekämpfung der Konkurrenz nunmehr wegfallen. Dann aber kann er einträglicher arbeiten, da, wenn die Konkurrenz wegfällt, die Feststellung des Preises im Belieben der Trusts liegt. Das findet natürlich da seine Grenze, wo das Ausland konkurrieren kann; hier aber setzte nun der

Hochschutzzoll ein, der es erlaubte, die Trustpreise so hinaufzuschrauben, bis sie dem Auslandpreis samt Zoll entsprechen.

Die guten Zeiten, deren Amerika sich seit sieben Jahren erfreute, wirkten dabei begünstigend; wenn die Ernte reich ist und die Fabriken zu tun haben, dann lassen sich die hohen Preise leicht ertragen. Die Trusts werden aber auch Besseres leisten als die Einzelgesellschaften; schon deshalb, weil sie unproduktive oder unzweckmäßige Anlagen sofort ausschalten können, Fabriken schließen können und die einzelnen Teile zu wirtschaftlicher Wechselwirkung ausbilden können; dann aber auch, weil ihre Riesenmittel es ihnen erlauben, die stärksten wirtschaftlichen Begabungen in ihren Dienst zu ziehen. Zu alledem kam nun eine Reihe äußerer günstiger Bedingungen; zunächst das schnelle Wachstum des amerikanischen Kapitals, das Anlage suchte. In den siebziger Jahren mußten die besten Eisenbahngesellschaften 7% Zinsen zahlen; heute zahlen sie 3,5%. Kapital ist im Überfluß vorhanden und ist stetig schneller gewachsen, als es Anlage finden konnte. Das setzte notwendig eine Prämie auf jede neue Trustgründung. Dazu kommt die für Amerika charakteristische Einheitlichkeit und Einförmigkeit des Marktes. Die Nachahmungssucht auf der einen Seite, die Geduld und Gutmütigkeit auf der andern Seite geben dem ungeheuren Absatzgebiet vom Atlantischen bis zum Stillen Ozean eine Gleichmäßigkeit, die zur Massenfabrikation geradezu einladet, in scharfem Gegensatz zu der europäischen Vielfarbigkeit.

Auch das dürfte von Bedeutung sein, daß der Amerikaner verhältnismäßig wenig an seinem besondern Geschäfte hängt. So wie er sein Vaterland im wesentlichen als Begriff, als System liebt, aber sich nicht an die Scholle gebunden fühlt und der Bauer gern seine eigne Farm aufgibt und westwärts zieht, um besseres Land zu suchen, so liebt auch der Amerikaner leidenschaftlich das Geschäft als Methode, aber nicht seine Privatgeschäftsfirma. Bietet sich eine günstige Gelegenheit, so gibt er ein Geschäft gerne auf, um in ein andres einzutreten, so wie er eine altmodische Maschine schnell beseitigt, um die neueste anzuschaffen.

Gerade diese Sinnesart ist so verschieden von der deutschen, daß hier vermutlich in Deutschland das stärkste Hindernis gegen die amerikanische Trustbildung liegen würde. Der Deutsche fühlt sich mit seinem besondern, vielleicht ererbten Geschäft verwachsen, so wie der Bauer seine Scholle liebt, und mag nicht zum bloßen Beamten eines großen Trusts werden. Ein andrer seelischer Faktor, der hineinspielte, ist das neidlose Vertrauen, das der amerikanische Geschäftsmann in seinen Nachbarn setzt. Der Name besteht hier zu Recht: die Trusts sind in der Tat im höchsten Maße auf Vertrauen aufgebaut, und wo wechselseitiges Mißtrauen oder gar Neid in der Geschäftswelt herrscht, könnte sich das amerikanische Trustwesen niemals entwickeln. Begünstigend waren schließlich auch die Gesetze, welche z. B. die Ausgabe von Vorzugsaktien in einer Form gestatteten, die der Trustbildung sehr förderlich war, aber in einigen europäischen Ländern zunächst unstatthaft wäre. Und ganz besonders war es die Verschiedenheit in der Gesetzgebung der Einzelstaaten, die sich die Trusts in hohem Maße zu Nutzen machten.

Natürlich hat es auch nicht an retardierenden Faktoren gefehlt. Von allen den wichtigsten haben wir schon erwähnt: die rechtliche Ablehnung aller geschäftlichen Abmachungen, die ein Monopol schaffen wollen oder den Handel einschränken. Aber dazu kam manches andre. Der Trust will dadurch verdienen, daß er die Preise in die Höhe schraubt. Die Lebensmittel werden verteuert. Es ist das Volk, das die hohen Preise zu zahlen hat, und dasselbe Volk wählt den Kongreß, bestimmt die Zölle und macht die Gesetze. Jeder Trust arbeitet also unter dem Druck des Bewußtseins, daß die Emportreibung des Preises ganz unmittelbar die Tendenz hat, das gesamte Anlagekapital durch Tarifrevision und Antitrustgesetze zu entwerten.

Des weitern, das, was dem Trust weitgehenden Gewinn verhieß, war die Möglichkeit, die Industrie zu begrenzen. Überall da konnte also Mehrgewinn erwartet werden, wo es sich um Naturprodukte handelte, deren Ausbeute beschränkt ist, wie Öl, Tabak, Zucker, oder aber wenn es sich um die

Ausnutzung technischer Patente handelte. Wo dagegen keine solche Beschränkung vorliegt, wird auch die gewaltigste Korporation es nicht verhindern können, daß Konkurrenz entsteht, und will sie sich der Konkurrenz dadurch entledigen, daß sie die neuen Fabriken ankauft und dem Trust einverleibt, so werden bald wieder neue geschaffen werden, die gar keinen andern Zweck haben, als hohe Entschädigung vom Trust zu erzwingen. Und wenn dieses Erpresserspiel erst einsetzt, so muß es schnell zum Ruin führen. Auf andern Gebieten wiederum wird die Vereinigung gar keine erhebliche Verbilligung bedeuten. Gerade daran soll ja der Morgansche Schiffstrust gescheitert sein. Kurz, vielerlei Industrien werden für die Trustbildung ungünstig liegen und die blendenden Profite der Paradetruste mußten zu viele bei der Jagd nach dem Glück verführen, den Unterschied zwischen den verschiedenen Gruppen zu übersehen und Trusts auch da zu schaffen, wo man am Rande des Abgrunds baute. Vielleicht würde man richtiger sagen, daß die wirklichen Trustgründer den Unterschied nicht übersahen, daß sie aber darauf rechneten, das profitsüchtige große Publikum würde die Verschiedenheit nicht herausfinden, bis die Anteile mit großem Vorteil abgesetzt seien.

Tatsächlich hat aber auch gerade der Widerstand des großen Käuferpublikums als hemmender Faktor eingewirkt. Die Börsenwerte wurden geschaffen, aber sie verdarben, ehe der Markt sie absorbiert hatte. Immer wieder wurde über die „unverdauten Sekuritäten" geklagt. Das Publikum witterte früh, daß der Gewinn nicht aus den Erträgnissen der Trustindustrie, sondern aus der Gründung gewonnen werden sollte, daß unerhörte Überkapitalisierung geschaffen wurde, und daß die Trustgründer mit gewaltigem Aktienbesitz belohnt wurden.

Noch ein andres wirkte ungünstig auf die Stimmung. Der Hauptgewinn des durch Schutzzoll begünstigten Trusts liegt ja darin, daß er teurer verkauft als das Ausland, dessen Konkurrenz er nicht zu fürchten hat. Will die Trustindustrie nun aber selbst ins Ausland verkaufen, so muß sie sich auf

das Preisniveau des Weltmarkts herabbegeben. Sie muß daher ins Ausland zu Preisen verkaufen, die tief unter dem Inlandpreis liegen, und das erregt lebhafte Verstimmung. Der Amerikaner ist an und für sich gern geneigt, hohe Preise zu zahlen. Wenn er aber den hohen Preis einer Fabrik zahlen muß, welche dieselben Waren nach Europa zu halbem Preise absetzt, so tritt ihm denn doch das Unnatürliche des ganzen Systems zu fühlbar nahe, und er wird bei der nächsten Wahl dagegen protestieren. So hat es sicherlich denn an Faktoren nicht gefehlt, die den begünstigenden Bedingungen entgegenwirken, und die Geschichte der Trusts war sicherlich nicht nur eine Geschichte leicht eingeheimster Gewinne.

Fragen wir nicht, was die Trusts begünstigte oder hemmte, und nicht, was sie einträglich oder gefährlich für die Begründer machte, sondern sehen wir uns um, wie sie auf die Nation wirkten und wirken müssen, so lassen sich auch da zunächst die guten Momente nicht verkennen. Mag auch noch so viel Geld verloren gehen, oder richtiger, mögen auch noch so viel fiktive Werte im Börsenkampf ums Dasein vernichtet werden, die gewaltigen Unternehmungen steigern doch schließlich die Leistungskraft der Nation und ihre Wettbewerbskraft im Kampf der Völker. Sie geben dem wirtschaftlichen Leben einen Zug ins Große und schaffen Verbindungen und Ineinanderfügungen, die bei dem bloßen chaotischen Kampf der Kleinen nie entstehen können. Sie stellen aber auch gleichzeitig durch die Konzentration der wirtschaftlichen Kontrolle einen innern Zusammenhang her, der den einen Teil jederzeit für den andern Teil eintreten läßt, wenn irgendwo im wirtschaftlichen Organismus Hemmungen und Schäden entstehen, und das wird zweifellos ein ungeheurer Gewinn für die Gemeinwirtschaft. Eine Schädigung, die unter den frühern Verhältnissen vernichtend gewirkt haben würde, kann nun durch die wechselseitige Unterstützung der Teile überstanden werden. So kann es kaum zweifelhaft sein, daß gerade dieses modernste Zusammenspiel der Banken im Jahre 1903, als die Kurse sanken, eine Panik verhinderte.

Die wirtschaftlichen Werte können aber auch für die

Nation jetzt zweckentsprechender geschaffen werden. Die Vermeidung der Konkurrenzausgaben ist eine wirkliche Ersparnis für die Gesamtheit, und immer wieder haben die Trusts behauptet, daß sie die Preise tatsächlich gar nicht steigern, sondern daß sie genügend Profit schon dadurch erzielen, daß sie alles das ersparen, was an der Konkurrenz vergeudet wird. Zweifellos machen auch erst die Trusts es möglich, unnütze Fabriken und zwecklos gewordene Anlagen auszusondern, ohne daß dem Besitzer ein Verlust erwächst, und dadurch wird die Nationalwirtschaft so sicher den wechselnden Verhältnissen angepaßt, daß der Gewinn allen zugute kommt. Der Unternehmungsgeist wird in ungeahnter Weise ermutigt, auf die individuelle Leistung werden die höchsten Prämien gesetzt. Sind doch etwa in den führenden Stellungen der gigantischen Werke des Stahltrusts fast durchweg Männer, die, ebenso wie Carnegie selbst, aus niedersten Stellungen sich im Dienste emporgearbeitet haben, und die zu den Millionärseinnahmen nur dadurch kamen, daß sie ihre Arbeit irgendwie besser machten als die andern.

Das alles läßt nun aber doch die tiefen Schäden nicht übersehen. Das, was dem Amerikaner am störendsten erscheint, ist nun aber nicht etwa die Höhe der Preise, sondern durchaus das moralische Moment. In erster Linie ist ihm die unvergleichliche Konzentration von Macht und Kapital verdächtig. Das liegt auf dem Weg zur Aristokratie, zur Oligarchie, zur Tyrannei. Auf der andern Seite wird die Masse demoralisiert; die individuelle Initiative wird ertötet. Es gibt sozusagen nur noch Beamte, die Befehle erhalten, keine Männer, die auf eigne Verantwortlichkeit sinnen und wagen; und damit wird die Freude an der Arbeit gelähmt. Alles wird schablonenhaft. Der Trust beseitigt den freien Kaufmann und Fabrikanten genau so wie einst die Maschine den freien Handwerker beseitigte.

Und noch in manchem andern Sinne wirkt die Trustbildung demoralisierend. Die ungeheuren Mittel machen den Widerstand auf die Dauer unmöglich. Der freie Mann, der zuerst gegen den großen Gegner ankämpfen will, kann gar

zu leicht in eine Lage hineingezwungen werden, in der er zwischen dem Bettelstab und der würdelosen Verleugnung seiner Prinzipien zu wählen hat. Man kennt die schmachvolle Geschichte der Standard Oil Company, die nicht so sehr die kleinen Vermögen, als vielmehr die starken Gewissen erwürgte. Und unmoralisch ist das ganze System des Überkapitalisierens, das fast notwendig zur Trustbildung gehört, dieses Ankaufen von geringwertigem Besitz für phantastische Preise und die Schaffung von Aktien als Gründergewinn. Ja, dieses ganze System der Interessengemeinschaft, das Tausende von Korporationen in die Hand einiger weniger Männer gibt, so daß überall da unter Freunden gearbeitet wird, bringt notwendig einen solchen Leichtsinn und ein solch wechselseitiges Übersehen von Unregelmäßigkeiten mit sich, wie es den alten Gepflogenheiten amerikanischen Geschäftslebens arg widerstreitet. Das ganze Land war erschreckt und entrüstet, als etwa der Skandal des Schiffsbautrusts offenkundig machte, mit wie sträflichem Leichtsinn solche Gründung unter Freunden von statten ging und wie da die Methoden des Pokerspiels auf die Millionenwerte übertragen wurden. Das ceterum censeo aber bleibt doch immer, daß es unmoralisch sei, durch Abmachungen ein Monopol zu schaffen und die Konkurrenz zu töten.

Was kann geschehen, um den Übeln abzuhelfen? Das scheinbar nächstliegende Heilmittel ist natürlich Tarifrevision. Aber auch die Trustgegner müssen zugeben, daß der Zusammenhang zwischen Schutzzoll und Trust nur ein indirekter ist. Das ist ja sicher, daß die Schutzzölle die großen Industrien geschaffen haben, die sich in den Trusts zusammenfanden, und wenn die Industrien vernichtet würden, so wäre niemand mehr da, Trusts zu bilden. Daß aber gerade die Trustbildung Wirkung der Zölle sei, ist sicherlich nicht richtig, und je mehr eine Tarifrevision die ausländische Konkurrenz heraufbeschwören und den Gewinn der heimischen Industrie verkleinern würde, desto mehr würde eine einheitliche Leitung und somit ein Trustzusammenschluß der nationalen Fabriken notwendig werden. Alle geschäftlichen Vor-

teile und alle moralischen Schäden der Trusts blieben bestehen, auch wenn die Dividenden sinken würden, und nur da würde der Trust aus dem Feld geschlagen, wo die Industrie überhaupt weder in geeinter noch in zersplitterter Form dem ausländischen Gegner gewachsen wäre.

Vor allem aber sagt man sich, daß eine Verschlechterung der Produktions- und Absatzbedingungen zunächst vor allem gerade die schwachen Konkurrenten der Trusts treffen würde. Ein absolutes Monopol gibt es ja in keiner einzigen amerikanischen Industrie. Selbst der außerordentlich konzentrierten Zuckerraffinerie steht eine kleine Minderheit unabhängiger Fabriken gegenüber, und neben dem gewaltigen Stahltrust existiert eine Legion außenstehender Anlagen, die zum Teil wieder selbst zu Gruppen vereinigt sind. In vielen Industrien umfassen die Trusts bei weitem nicht die Hälfte der Fabriken. Würde nun der Schutzzollwall eingerissen und die Flut billiger ausländischer Fabrikate könnte hineinstürzen, so würden sicherlich die schwachen Einzelgesellschaften zuerst fortgeschwemmt werden und die starken Trusts könnten am längsten den Anprall überdauern. Ja, die Zerstörung der schwachen einheimischen Konkurrenz würde an sich schon für die Trusts ein großer Gewinn sein. Einige der stärksten würden überhaupt durch Zollerniedrigung kaum zu erreichen sein; der mächtigste, der Petroleumtrust, hat gar keinen Zollschutz. Und blühen denn die Trusts nicht ebenso sehr im Freihandelsgebiet von England? Ist einmal erst das Wasser aus den Aktien herausgepreßt — und dafür hat die jüngste Vergangenheit gründlich gesorgt —, so würde den Trusts großer Gewinn auch nach Beseitigung der Schutzzölle bleiben, und während die dabei notwendige Erniedrigung der Löhne das ganze Erwerbsleben des Landes gefährden könnte, würden die sozialmoralischen Schäden der Trusts fortbestehen. Die heute im Lande herrschende Partei will daher von dieser Lösung durchaus nichts wissen.

Viel lieber denken die republikanischen Trustgegner an eine Besserung durch Gesetze, und zwar durch Bundesgesetze.

Präsident Roosevelt hat in einer Reihe großgedachter Reden, die zu den bedeutendsten Beiträgen in der Trustdiskussion gehören, diesen Weg immer wieder vorgezeichnet. Die Situation ist kompliziert und hat sich im Laufe der Zeit vielfach verschoben.

Die eigentliche Schwierigkeit liegt in dem Doppelsystem der gesetzlichen Macht, das wir ausführlich besprochen haben. Wir wissen, daß alle gesetzliche Macht, die nicht ausdrücklich dem Bunde übertragen ist, den Einzelstaaten zugehört. Die Gesetzgebung über die Handelsgesellschaften, welche in Einzelstaaten ansässig sind, kommt durchaus dem Einzelstaat zu. Ist die Tätigkeit der Gesellschaft aber eine zwischenstaatliche, wie etwa der Transport von einem Staat zum andern, so muß bundesrechtliches Gesetz in Kraft treten.

Nun hat bereits im Jahre 1890 der Kongreß durch das sogenannte „Sherman Law" geradezu drakonische Bestimmungen gegen die zwischenstaatlichen Trusts erlassen. Das Gesetz bedrohte mit Geldstrafe und Gefängnis jeden Kontrakt, der auf Einschränkung des zwischenstaatlichen Handels ausgeht. Man kann sagen, daß dieses Gesetz die Trusts in ihrer ursprünglichen Form, in der wirklich die Gesellschaften selbst sich im Trust zusammenfanden, vollkommen verdrängte; zumal da die Tätigkeit der Bundesanwälte dabei durch das gerichtliche Vorgehen der Einzelstaaten, wie schon früher geschildert, kräftigst ergänzt wurde. Aber die Wirkung war doch nur, daß die Industrie neue Formen schuf, und zwar Formen, die der bundesgesetzlichen Regelung entzogen waren und völlig in den Kreis der einzelstaatlichen Gesetzgebung fielen. Es wurden Korporationen gegründet, die sich in einem einzigen Staate niederließen und durch die Rieseneinlagen der persönlichen Mitglieder die im Lande zerstreuten Fabriken kaufen konnten. Eigentlich handelt es sich seit jener Zeit überhaupt gar nicht mehr um Trusts, und nur weil sie die Erben der Trusts waren und tatsächlich genau deren Funktionen erfüllten, hat man sich

daran gewöhnt, diese neuen Einzelkorporationen auch Trusts zu nennen.

Selbstverständlich wäre durch diese Wandlung nichts für die Gesellschaften gewonnen gewesen, wenn der strenge Geist der Kongreßgesetzgebung sich in jeder einzelstaatlichen Gesetzgebung wiederholt hätte, wenn also jeder Einzelstaat auch alles verboten hätte, was der Bund verbietet. Solange aber von den 45 Staaten auch nur ein einziger dem Handel größere Beweglichkeit läßt, so werden die neugebildeten Gesellschaften mit sicherm Instinkt den einen bequemen Staat aufsuchen und dort sich niederlassen und dort die Steuern bezahlen. Solange aber die Steuereinnahmen von so gewaltigen Unternehmungen in den Säckel eines bestimmten Staats fließen, wird der Staat schwerlich geneigt sein, die Gesetze schärfer auszugestalten.

Nun handelt es sich durchaus nicht um den Gegensatz zwischen einem Staat und 44 andern; vielmehr handelt es sich um eine 45fache Mannigfaltigkeit. Fast jeder Staat hat seine eignen Bestimmungen, und wenn die Sondergesetze den Trusts günstig sind, so sagt sich jeder einzelne Staat, daß, wenn er plötzlich anfangen wollte, den Übermoralischen zu spielen, er sich nur selber schädigen würde, aber der Gesamtsache nichts nützen könnte, da die einträglichen Trusts dann zwar aus seinen eignen Grenzen verscheucht, aber in irgend einem andern Staat sicher Unterschlupf finden würden. Vor allem würden sich immer noch schwache, wirtschaftlich unentwickelte westliche Staaten finden, die gern den großen Gesellschaften eine Heimstätte bieten möchten und die Gesetze gern ihnen anpassen würden, um dadurch das Wirtschaftsleben ihres engern Gebiets zu kräftigen. So ist es denn vollkommen ausgeschlossen, eine Unterdrückung der Trusts von der einzelstaatlichen Gesetzgebung zu erwarten. Wenn alle 45 Staaten die Gesetze hätten, unter denen etwa die Aktiengesellschaften von Massachusetts stehen, so würde überhaupt kein Verlangen nach gesetzlicher Veränderung vorliegen. Es ist natürlich auch kein Zufall, daß es sehr wenige Trusts im Staate Newyork gibt. Alle

die Riesentrusts, deren Träger tatsächlich in der Metropole wohnen, haben offiziell ihren Wohnsitz jenseits des Hudson River im Staat New Jersey, der den Gesellschaften weit entgegenkommt.

Soll das Gesetz die Gesellschaften dennoch erreichen, so scheint mithin der sicherste Weg eine grundsätzliche Änderung in dem Sinne, daß die Aufsicht über die großen Aktiengesellschaften den Einzelstaaten entzogen und dem Bunde überantwortet wird. Das ist der Weg, den Präsident Roosevelt wiederholt andeutete. Nun haben wir in unsern politischen Betrachtungen ausführlich dargelegt, warum eine solche Änderung niemals durch bloßen Kongreßbeschluß erzielt werden könnte. Es wäre eine Verfassungsänderung, die nicht vom Kongreß ausgehen kann, da der Kongreß selbst Produkt der Verfassung ist. Der Kongreß könnte nur die Anregung geben, und zwar müßten zwei Drittel beider Häuser den Antrag auf Verfassungsänderung unterstützen. Angenommen aber kann die Verfassungsänderung nur durch die Legislaturen der Staaten selbst werden, und zwar müssen die Legislaturen von drei Viertel der 45 Staaten dafür sein. Nun würde es schwer sein, eine trustgegnerische Zweidrittel-Majorität in beiden Häusern zu gewinnen; drei Viertel der Staaten aber dazu zu bewegen, daß sie ihre Einzelstaatsrechte in einer so wichtigen Angelegenheit wie dem Aktiengesellschaftsgesetz verkrüppeln lassen, ist geradezu ausgeschlossen. Gerade in Wirtschaftsfragen ist der Partikularismus die notwendige Bedingung für den lokalen Optimismus, und vor allem die wirtschaftlich schwächern Staaten würden sich nie dazu herablassen, ein solches Recht preiszugeben, da sie unbedingt geschwächt würden, wenn sie ihre wirtschaftlichen Gesetze nach den Bedürfnissen der höchststehenden Staaten schablonenmäßig umgeformt sehen würden. Führte der Präsident somit wirklich einen donquichotischen Kampf gegen Windmühlenflügel? Oder hatten gar seine Gegner recht, die ihn verdächtigten, daß er absichtlich unmögliche Lösungen vorschlage, um die Aufmerksamkeit von den möglichen Lösungen, wie etwa der Zollerniedrigung, abzulenken, und

so für das große Publikum sich in Deklamationen gegen die Trusts ergehe, sachlich aber den kapitalkräftigen Parteifreunden weiterhelfe?

Vielleicht läßt sich aber ein andrer Standpunkt finden. Sollte es nicht vielleicht so gewesen sein, daß Präsident Roosevelt den Gedanken der Verfassungsänderung nur deshalb in die Masse warf, um dadurch die Diskussion in gewünschte Wege zu lenken, um dadurch vor allem Gelegenheit zu haben, aufs eindrücklichste darzulegen, wie notwendig bundesgesetzliche Kontrolle dieser übergroßen Wirtschaftsunternehmungen sei und wie gefährlich die einzelstaatliche Aufsicht. Es sieht zwar aus, als wenn solche Diskussion höchst überflüssig, ja fast demagogisch sei, wenn es von vornherein feststeht, daß die einzige Möglichkeit der Besserung in einer Verfassungsänderung liegt, die praktisch ausgeschlossen ist.

Aber tatsächlich ist es nicht so. Es gibt noch einen ganz andern Weg, der genau dasselbe Ziel ohne die Umständlichkeit der Verfassungsänderung erreichte; nur kann der Präsident diesen andern Weg nicht diskutieren. Ja, er kann ihn nicht einmal bei Namen nennen. Dieser andre Weg, so dünkt uns, wäre, daß der Oberste Gerichtshof seine frühern Entscheidungen umstößt und seine Definition des zwischenstaatlichen Handels der neuesten Entwicklung der Trusts mehr anpaßt. Für den zwischenstaatlichen Handel, so sahen wir, existieren kräftigste Gesetze, die alle frühern Trustformationen zerstörten. Eine etwa in New Jersey ansässige Korporation, die Fabriken in den verschiedenen Staaten besitzt und deren Produktion von dem Zusammenarbeiten verschiedener Faktoren in mehreren Einzelstaaten abhängig ist, wird heute im Einvernehmen mit dem Obersten Gerichtshof als einzelstaatliches Unternehmen behandelt. Wenn heute der Oberste Gerichtshof entscheiden würde, daß eine solche Korporation zwischenstaatlichen Handel betreibt, so würde die ganze Strenge der bestehenden Bundesgesetze auf sie anwendbar sein, und alles, was eine Verfassungsänderung erreichen könnte, würde tatsächlich durch eine solche Ent-

scheidung erreicht sein. Der Präsident kann das natürlich nicht sagen, da der Oberste Gerichtshof der Exekutive nebengeordnet ist. Aber wenn das Nationalbewußtsein durch solche Diskussion erweckt ist, so werden auch die höchsten Richter in Washington nicht dauernd Widerstand leisten können.

Freilich würde das gleichzeitig erheischen, daß der Oberste Gerichtshof auf der andern Seite dazu übergeht, seine Interpretation der Antitrustgesetze weniger scharf zu fassen, da sonst, wenn die Trusts den Bundesgesetzen untergeordnet werden, die Gesetze den neuen Trusts gerade so das Lebenslicht ausblasen könnten wie den alten. Scheint doch im Lichte der kürzlich veröffentlichten Memoiren des Senators Hoar kein Zweifel darüber möglich, daß der Oberste Gerichtshof den Bestimmungen über verbotene Beschränkung des Handels eine Auslegung gab, die über den Sinn des ursprünglichen, von Hoar entworfenen, Gesetzes weit hinausging. Der Kongreß hatte von Vereinbarungen zum Zwecke von Einengung des Handels in engem technischem Sinne sprechen wollen, das Gericht aber gab dem eine Auslegung, als wenn jede Abmachung getroffen werden sollte, welche die Produktion oder den Verkauf an gewissen Stellen einschränkt, um ihn zu regulieren. Aber diese unnötige Verschärfung des Kongreßgesetzes durch unbeabsichtigte Gerichtsentscheidung läßt sich natürlich durch Kongreßgesetz selbst beseitigen, und bietet somit keine Schwierigkeit.

Noch nach andrer Richtung konnte die Administration erfolgreich vorgehen. Man verlangte weitergehende Öffentlichkeit. Und hier sind nun tatsächlich in den letzten Jahren unter dem Einfluß des Präsidenten energische Maßregeln ergriffen. Man wußte, daß zu viele der Übel bei der Trustgründung durch die Verschleierung der Verhältnisse gegen Verfolgung gedeckt waren. Das neue Handelsministerium hat nunmehr die Autorität, amtliche Erhebungen über alle in Betracht kommenden Einzelheiten einzuziehen und eidliche Aussagen zu verlangen. Ob damit wirklich etwas endgültig gebessert werden kann, wird freilich von mancher Seite be-

zweifelt. Sachkenner behaupten, daß die Geheimnisse der modernen Buchführung es unmöglich machen, die wirklichen Gesamtverhältnisse einer großen Industriegesellschaft zu durchforschen, wenn die Leiter die Wahrheit verhüllen wollen. Oder aber man müßte bis zu einem Punkt der Klarlegung gehen, wo die gesamten Geschäftsgeheimnisse an die Öffentlichkeit gezogen werden und damit das Geschäftsleben selbst zerstört wird. Vor allem aber hat diese neue Bestimmung noch keine gerichtliche Sanktion. Schon hat ein mächtiger Trust sich geweigert, die verlangten Aufschlüsse einzureichen, weil seine Anwälte das Kongreßverlangen für verfassungswidrig halten. Auch da wird also erst wieder alles von der Entscheidung des Obersten Gerichtshofs abhängen.

Langsam aber scheint denn doch unter den Besonnensten die Überzeugung zu wachsen, daß weder Tarifrevision, noch Gesetzesmaßnahmen notwendig sind, daß vielmehr gerade diese Verhältnisse sich durchaus selber regulieren. Der gewaltige Kurssturz der Trustwerte hat da vielen die Augen geöffnet, und in derselben Richtung wirkt natürlich das langsame Sinken der Preise für zahlreiche Trustprodukte. Man sieht mehr und mehr ein, daß die offenkundigen Schäden eigentlich nur die Kinderkrankheiten der Trusts gewesen sind. Auch die Eisenbahnen des Landes waren zuerst ungeheuer überkapitalisiert, aber durch eine notwendige innere Entwicklung glich sich das langsam aus. Die Überschüsse wurden für innere Verbesserung angelegt und heute entsprechen die Eisenbahnaktien durchaus dem wirklichen Werte. Tatsächlich hat diese Veränderung auch für die Trusts schon eingesetzt. Patronisierende Regulierung, die von oben herab vorschreibt, wie sich das Wirtschaftsleben entfalten soll, bleibt dem Amerikaner doch im Grunde unsympathisch. Er weiß, daß sich die Grenzen nicht obrigkeitlich vorher bestimmen lassen. Glaubte doch selbst Adam Smith, daß beispielsweise die Form der Aktiengesellschaft sich nur für einige wenige Gebiete eignen würde.

Der Amerikaner will, daß solche Fragen durch das Experiment beantwortet werden. Die Erfahrung wird dann

schon die neuen Versuchsbildungen durchsieben und wird alles Ungesunde und Überflüssige ausschalten. Gewiß werden viele dabei ihr Vermögen verlieren, aber dagegen hilft doch nur eine Warnung vor dem sträflichen Leichtsinn und vor der überhasteten Sucht, zu glauben, daß alles, was auf einem Gebiet Gewinn bringt, auf jedem andern Gebiete nun auch vorteilhaft sei. Und gewiß wird dieser und jener zunächst einmal gar zu leicht große Reichtümer einheimsen. Aber auch darin hat Roosevelt ja wohl recht, wenn er sagt, daß es besser ist, daß ein paar Leute zu reich werden, als daß es keinem gut geht.

Die Entwicklung zeigt vor allem, daß die Preise wohl für eine kurze Zeit aufgeblasen werden können, aber daß sie doch langsam auf ein vernünftiges Maß zusammenschrumpfen, weil sich ein wirkliches Monopol doch nicht festhalten läßt. Das Entscheidende, so lehrt die Erfahrung der letzten zehn Jahre, ist dabei in Amerika gewiß nicht die Gewinnsucht, sondern der Selbständigkeitsdrang der Kapitalisten, die eben doch auf die Dauer sich nicht einfach einer Trustleitung willenlos unterordnen mögen und von ihrem Selbstbetätigungsgeist immer wieder verlockt werden, sich abzulösen und in selbständigen Wettbewerb zu treten.

Wer die Verhältnisse von 1904 mit denen von 1900 vergleicht, erkennt deutlich, daß trotz des scheinbaren Wachstums der Trustidee die Trusts selbst solider geworden sind, indem mehr Scheinwerte herausgedrängt wurden, daß die Trusts bescheidener geworden sind, indem sie sich mit geringerm Gewinn begnügen, und daß die Trusts vor allem sehr viel weniger gefährlich geworden sind, weil ihnen überall eine wachsende Konkurrenz entstanden ist. Trusts, die ursprünglich den ganzen Industriezweig des Landes beherrschten, sind heute zufrieden, wenn sie zwei Drittel leiten. Der eine grundlegende Gedanke, daß die Entwicklung der Wirtschaft eine Zentralisation der Kontrolle verlangt, bleibt bestehen; er arbeitet sich mehr und mehr aus und würde sich durchsetzen, auch wenn künstliche Hemmungen erfunden würden. Aber die Gegentendenzen sind zu tief in der mensch-

lichen Natur begründet und entsprechen vor allem so sehr der angelsächsichen Rechtsanschauung und dem individuellen Selbstbetätigungsgeist, daß die Entwicklung der Zentralisation doch immer mehr in gesunde Grenzen gedrängt wird.

Diejenigen aber, die nicht glauben wollen, daß die Zügelung der Trusts mit ihren ungeheuren Besitzansammlungen auf diese Weise vollendet werden kann, können sich schließlich dabei beruhigen, daß, wie die Erfahrung der letzten Jahre zeigt, es einen Faktor gibt, der energischer mitspricht, als der Kongreß es vermöchte: das Interesse der Arbeiter. Die Kapitalistenfrage reguliert sich in der amerikanischen Industrie im letzten Grunde durch die Arbeiterfrage.

Sechzehntes Kapitel.

Die Arbeiterfrage.

So wie die Negerfrage das bedeutsamste Problem der innern Politik ist, so ist die Arbeiterfrage das bedeutsamste Problem des amerikanischen Wirtschaftslebens; und wer die ungeheuren Streikbewegungen der letzten Jahre verfolgt, die gigantischen Verluste betrachtet, die bei den Kämpfen zwischen Kapital und Arbeit entstanden, der ist geneigt zu glauben, daß, wie die Negerfrage, auch die Arbeiterfrage in Amerika von der Lösung weiter entfernt ist denn je. Aber so liegt es denn doch wohl nicht. Bei dem Negerproblem ist der Pessimismus berechtigt; noch scheinen die Schwierigkeiten da nicht nur ungelöst, sondern unlösbar. Die Arbeiterfrage aber ist in ein Stadium getreten, in dem eine wirklich organische Lösung nicht mehr undenkbar scheint. Prophezeiungen sind hier gefährlich. Aber mancherlei spricht doch dafür, daß die Vereinigten Staaten heute trotz aller scharfen Worte einem Zustand, bei dem Kapitalisten und Arbeiter

gemeinsam größtmögliche Befriedigung finden, ein wenig näher sind, als irgend eine andre große Industrienation. Vielleicht aber wäre es richtiger zu sagen, daß die Amerikaner mehr als eine andre Nation sich demjenigen Zustand nähern, der für den amerikanischen Kapitalisten und den amerikanischen Arbeiter das Ideal sein würde. Ob die wirtschaftlichen Kräfte andrer Nationen nicht ganz andre Lösungsversuche vorziehen würden, ist damit noch nicht entschieden.

In der Tat läßt sich das amerikanische Problem nicht überschauen, wenn nicht die nationale Färbung der Faktoren sehr genau beachtet wird. Gerade weil einige Grundtatsachen der Industriewelt sich notwendig in allen Ländern wiederholen, Kapital, Maschine, Bodenwert, Arbeit, Markt, Lohn in gleicher Weise überall wiederkehren, ist der Sozialpolitiker zu leicht geneigt, die Unterschiede des Problems in den verschiedenen Kulturländern unbeachtet zu lassen. Diese Unterschiede aber sind nun vor allem Unterschiede der menschlichen Natur, der Lebensform und Anschauungen.

Es ist das psychologische Moment, das die amerikanische Arbeiterfrage beispielsweise weit von der deutschen trennt, ein Moment, das von deutschen Theoretikern und Praktikern immer wieder in der Diskussion vernachlässigt wird. So gehört es zu den fast regelmäßig wiederkehrenden Betrachtungen auf deutscher Seite, daß in Amerika der Staat so gar nichts getan habe, um eine Alters-, Unfall- und Invalidenversicherung der Arbeiter einzuführen und wie daher auf diesem Gebiet Amerika noch weit hinter Deutschland zurück sei. Man sieht schon voraus, wie die amerikanischen Fabrikanten auf dem Weltmarkt geschwächt werden müssen, sobald der Fortschritt der Kultur sie erst einmal zwingen wird, dieser Forderung der Arbeiter nachzugeben.

Tatsächlich bekundet sich in solchem Vorwurf nur der Mangel an Verständnis für das Wesen des amerikanischen Menschen. Die deutsche Zufriedenheit mit den Arbeiterversicherungsgesetzen ist innerhalb der deutschen Grenzen

sicherlich berechtigt, denn sie stellen zweifellos einen erheblichen Fortschritt für deutsche Verhältnisse dar. Auf den Amerikaner, d. h. auf den Durchschnittsamerikaner und auf den amerikanischen Durchschnittsarbeiter machen sie aber durchaus nicht diesen gewaltigen Eindruck. Er nimmt sie als ein interessantes wirtschaftliches Experiment hin, von dem er im voraus weiß, daß seine Einführung wohl für den schlechtbezahlten und unselbständigen deutschen Arbeiter paßt, für den amerikanischen aber unerwünscht wäre. Der Vorwurf, daß der amerikanische Staat sich nicht seiner Pflicht bewußt sei, für diejenigen zu sorgen, die der Gesamtheit gedient haben, ist um so ungerechter, als Amerika etwa eine Million Kriegsinvaliden und Invalidenwitwen mit einer Pension von durchschnittlich 140 Millionen Dollars jährlich unterstützt und mit der gleichen Freigebigkeit überall eintritt, wo nach amerikanischen Grundideen ein öffentliches Interesse vorliegt.

Darüber kann in der Tat kein Zweifel walten, daß der amerikanische Arbeiter ein andres soziales Wesen ist, als der des europäischen Kontinents. Er steht schon zunächst auf andrer materieller Grundlage: seine Lebensführung, sein Haushalt, seine Wohnung, seine Kleidung, seine Nahrung, seine geistige Kost, seine Vergnügungen würden dem europäischen Arbeiter als wirtschaftlicher Luxus erscheinen. Die Zahl der Industriearbeiter betrug 1880: 2,7 Mill. mit 947 Mill. Dollars Lohn, 1890 wuchs sie auf 4,2 Mill. mit 1891 Mill. Dollars Lohn, und 1900 arbeiteten 5,3 Mill. für 2320 Mill. Dollars Lohn. Der Durchschnitt wäre somit nach der letzten Zensusstatistik $ 437. Diese Durchschnittszahl bezieht sich aber auf Männer und Frauen, Erwachsene und Jugendliche. Werden dagegen nur die Löhne der erwachsenen Männer berücksichtigt, so steigt der Durchschnittslohn auf $ 500, also etwa M. 2100. Diese Ziffer gibt aber keine genügend klare Vorstellung von der wirtschaftlichen Lebenshaltung, solange ein bestimmtes Zahlenverhältnis für die deutschen und die amerikanischen Preise zugrunde gelegt wird.

Man liest häufig, daß in Amerika alles doppelt so teuer sei wie in Deutschland; andre behaupten kühn, daß der Dollar in den Vereinigten Staaten nicht mehr wert sei, als eine Mark in Deutschland, die Preise also das Vierfache betragen; und wieder andre machen die Entdeckung, daß die Preise in Deutschland gar nicht niedriger seien als die in Amerika. Tatsächlich kann sich jede dieser Behauptungen auf gute Beispiele stützen. Wenn die großen deutsch-amerikanischen Schiffe sich verproviantieren, so kaufen sie ihren gesamten ungeheuren Fleischvorrat für die Hin- und Rückreise in Newyork ein, nicht in Hamburg oder Bremen; sie kaufen ihn, wo die Preise für die gleiche Ware billiger sind. Wer dagegen etwa in Newyork den Arzt und den Rechtsanwalt aufsucht, oder auch nur den Barbier oder sonst irgend jemanden, der persönliche Dienstleistungen zu liefern hat, wird vielleicht in der Tat finden, daß die Preise das Vierfache von dem betragen, was er in Deutschland zu zahlen gewöhnt ist. Das Gleiche wird von allen Luxusgegenständen gelten; wer Blumenbuketts und Konzertbillets kauft, mag getrost den Dollar in Amerika für die Mark in Deutschland ansetzen. Mit den Dienstboten ist es nicht wesentlich anders; in der Großstadt erhält die Köchin, die bescheidenen Ansprüchen genügt, M. 21 Lohn die Woche, und wachsen die Ansprüche, so wächst der Lohn quadratisch. Daraus ergibt sich nun aber sofort, daß ein festes Preisverhältnis zwischen den Vereinigten Staaten und dem europäischen Kontinent überhaupt nicht anzusetzen ist. Der Dollar kauft Roastbeef für fünf Mark und Rosen für eine Mark.

Im allgemeinen wird man sagen können, daß der Vergleich den Amerikaner in um so günstigerer Lage zeigt, je mehr seine Bedürfnisse durch Massenprodukte befriedigt werden können, und um so ungünstiger, je mehr die Luxusausgaben und die persönlichen Dienstleistungen in seinem Budget eine Rolle spielen. Der in der Fabrik hergestellte Anzug ist in Amerika nicht teurer als in Deutschland, vielleicht für den gleichen Preis sogar besser; dagegen der vom ersten Schneider erdachte Frack kostet etwa das Vier-

fache von dem, was für die gleiche Kunstleistung in Deutschland aufgewendet werden würde.

Alles in allem könnten wir vielleicht sagen, daß derjenige, der in Amerika $ 50 000 pro Jahr ausgibt, sich also Wagen und Dienerschaft hält, sich nicht mehr materielle Genüsse verschaffen kann, als derjenige, der in Deutschland vielleicht eine Jahresausgabe von M. 70 000, also genau ein Drittel hat. Wer dagegen für seinen Haushalt jährlich $ 5000 rechnet, also ein bürgerlicher Haushalt zwar mit Dienstboten, aber ohne Luxus, der kann damit so leben, wie er in Deutschland mit M. 10 000 leben würde, also etwa mit der Hälfte. Wer aber schließlich, wie der Durchschnittsarbeiter, $ 500 in Amerika zu verzehren hat, der kann rechnen, daß er sich damit im wesentlichen ebenso gut steht wie mit der gleichen Summe, also 2100 M., in Deutschland.

Nun hat der höhere Industriearbeiter aber viel größere Einnahmen, $ 800 oder $ 900, durchschnittlich fast das Dreifache vom deutschen. Mit den Einnahmen der höher besoldeten Stände verglichen, sind die Löhne des Arbeiters daher sehr viel reichlicher als die in Europa. Der Durchschnittsarbeiter lebt auf dem Wirtschaftsniveau des deutschen Handwerksmeisters, und wenn er mit der Einrichtung seiner Wohnung unzufrieden ist, so ist er es nicht, weil Tisch und Stuhl mangelhaft sind, sondern weil der Teppich am Boden und die Wanne in der Badestube ihm nicht gut genug sind. Nur muß bei alledem selbstverständlich immer an den wirklichen Amerikaner gedacht werden, nicht an die zugewanderten Proletarier aus Süd- und Osteuropa, die in den übelsten Stadtteilen der Großstädte zusammengepfercht sind und ihre niedrige Arbeit für Kulilöhne anbieten. Der eingeborene amerikanische Arbeiter und die bessere Klasse der zugewanderten Deutschen und Irländer gehen sauber gekleidet, lesen ihre großen Zeitungen und nähren sich mit kräftiger Fleischkost. Nur ein winziger Teil ihres Lohnes fließt in die Schenke.

Wichtiger aber als die wirtschaftliche Behäbigkeit des amerikanischen Arbeiters, und doch nicht ganz unabhängig

davon, ist das soziale Selbstbewußtsein, das ihn erfüllt. Der amerikanische Arbeiter fühlt sich als gleichberechtigt mit jedem andern ehrenhaften Bürger der Staaten, und zwar nicht nur in dem farblosen juristischen Sinne. Das liegt in hohem Maße an dem intensiven politischen Leben des Landes, an der Demokratie, die keine Vorrechte kennt und jedem die gleiche Macht verleiht. Es liegt des weitern an der Abwesenheit sozialer Standesgrenzen. Gewiß fehlen die Standesbegriffe nicht, aber es gibt keine künstlichen Grenzen, die es verhindern, daß jedermann in jede Stellung einrücken kann. Auch der Bescheidenste weiß, daß es nur von ihm abhängt, ob er zu hervorragender Stellung im sozialen Gefüge der Nation vordringen wird oder nicht.

Aber das wichtigste von allem ist doch wohl die unmittelbare hohe Bewertung der wirtschaftlichen Arbeit als solcher. Wir sprachen davon schon, als wir den Geist der Selbstbetätigung schilderten. In der Tat muß der Hintergrund nationaler Anschauungen über den Wert der Arbeit der wichtigste Faktor für die soziale Stellung des Arbeiters sein. Wenn eine Nation sich etwa in eine Denkart einlebt, derzufolge die Schaffung geistiger Werte allein Kultur ist, das Wirtschaftsleben dagegen nur darin seine Aufgabe hat, das äußere Leben und Behagen der nach Kultur ringenden Nation zu sichern, so müssen die wirtschaftlichen Stände sich mit einer untergeordneten Stellung begnügen und innerhalb der Erwerbskreise müssen die, welche körperliche Arbeit verrichten, sich mit dem geringsten Bruchteil persönlicher Achtung zufrieden geben. Wenn in einer Nation dagegen der Glaube an den Selbstwert wirtschaftlicher Kultur zu voller Entwicklung gelangt ist, dann wird die den Mann erhaltende wirtschaftliche Arbeit zu einem Maßstab des sittlichen Wertes, und auch die geistige Arbeit findet ihre nächste sittliche Berechtigung dann darin, daß sie die Bedürfnisse des komplizierten Gesellschaftslebens befriedigt und somit wirtschaftlichen Wert besitzt.

Gerade das aber ist die Auffassung des Amerikaners. Ob jemand Gesetze oder Entdeckungen oder Gedichte macht,

oder ob er Eisenbahnschienen oder Stiefel oder Stecknadeln macht: das, was seinem Lebensinhalt zunächst moralischen Wert leiht, ist, daß er sich nützlich betätigt. Trotz aller intellektuellen und ästhetischen Unterschiede ist dieses Wesentlichste allen gemeinsam, und der Handarbeiter, wofern er nur tüchtig ist, dem Kopfarbeiter somit gleichberechtigt. Der gesellschaftliche Parasit aber, der vielleicht ererbten Reichtum ausnützt, um nur zu genießen, steht dann für das unmittelbare Gefühl niedriger, als der Fabrikarbeiter, der seine Pflicht tut. Das ist für den Amerikaner keine künstliche Konstruktion, sondern ein instinktives Bewußtsein, das alle die tausend Unterschiede sozialer Stellung deshalb durchaus nicht ganz auslöscht, ihnen aber doch erst zweiten Rang anweist. Man mag eine solche Gesellschaftsanschauung ablehnen. Gewiß ruht sehr viel mehr Reiz in gewissem Sinne beispielsweise in der ästhetischen Lebensauffassung des Japaners, der den Jüngling übt, Blumen schön zu ordnen, und das kaufmännische Gewerbe verachtet. Aber das ist klar, daß, wo jene andre Anschauung das nationale Bewußtsein beherrscht, der Arbeiter mit sehr viel größerm Selbstbewußtsein und unabhängigem Gefühl seiner Umgebung zuschaut, da nun auch der Milliardär nur sein Mitarbeiter ist.

Darüber herrscht nirgends ein Zweifel, daß gerade dieses Selbstbewußtsein den amerikanischen Arbeiter zu einer wirtschaftlich stärkern Kraft macht. Der amerikanische Fabrikant zahlt höhere Löhne als irgend ein Mitbewerber auf dem Weltmarkt, und fürchtet sich doch vor dieser Belastung nicht, weil er weiß, daß der selbstbewußte Arbeiter durch intensivere und selbständigere Leistung den Unterschied der Preise völlig ausgleicht. Gewiß trägt die größere Ausbildung der arbeitsparenden Maschinen einen erheblichen Teil dazu bei. Im letzten Grunde ist es aber doch der persönliche Typus des Arbeiters, der es auf so vielen Gebieten dahin bringt, daß 10 amerikanische Arbeiter mehr schaffen, als 15 oder, wie wir oft aus Fachkreisen zu hören bekommen, mehr als 20 deutsche Arbeiter. Der amerikanische Fabrikant zieht es immer vor, mit hundert Köpfen statt mit tausend Händen

zu arbeiten, wenn auch die Kosten gleich sein mögen. Und auch der profitsüchtigste Arbeitgeber zieht den Arbeiter, der bei ihm $ 30 die Woche verdienen kann, dem andern vor, dessen Arbeit nur $ 20 wert ist. Je mehr der Arbeiter sich als freier Mitschöpfer empfindet, desto mehr kommt sein Witz dem Gesamtunternehmen zugute. Fortwährend hören wir, wie der Arbeiter Verbesserungen im Betrieb ersinnt; und diese selbständige Regsamkeit schließt nun auf der andern Seite nicht im geringsten die Disziplin aus. Amerikanische Disziplin ist eben nicht Unterwürfigkeit, die das eigne Urteil preisgibt, sondern selbständige Bereitschaft, die Führung beim Zusammenwirken vorübergehend dem andern zu überlassen. Der andre wird gewissermaßen durch eignen Willen in das Vertrauensamt des Führers erhoben, so daß der Untergebene eigentlich empfindet, daß er seinen eignen Willen ausführt, wenn er dem Vorgesetzten gehorcht.

Gerade deshalb muß nun alles, was irgendwie den Beigeschmack des Mitleids hat, für ihn vollkommen ausgeschlossen sein. Ja, das freundliche Wohlwollen, das gnädiglichst bekundet, daß der Arbeiter immerhin auch ein Mensch sei, das ihm freundliche Häuschen anweist und von Staats wegen für die Seinen sorgt, als wenn er nicht, wie jeder andre gute Hausvater, fürsorglich gewirtschaftet hätte, muß ihm unwillkommen sein. Was not tut, wird er sich erringen und erzwingen. Er kauft sich wie jeder andre in privaten Versicherungsgesellschaften ein. Vor allem, so wie jeder andre auf seinen Vorteil bedacht ist, so wird auch er in seinen Vereinbarungen mit dem Arbeitgeber, in seinem Zusammenwirken mit den Gewerbsgenossen, in seinem Einfluß auf die Politik, seine Lage stetig zu verbessern suchen. Aber was er auch durchsetzt, ist für ihn wertvoll gerade dadurch, daß er es im freien Erwerb der Kräfte gegenüber den gegnerischen Interessen gewinnt. Eine objektive Besserung, die er dadurch erkaufen muß, daß er patronisierende Gefühle beim Arbeitgeber oder beim Gesetzmacher dulden muß, wäre für ihn eine subjektive Verschlechterung.

So kommt es denn auch vor allem, daß die eigentliche

Sozialdemokratie unter den anglo-amerikanischen Arbeitern keinen Fortschritt macht. Der amerikanische Arbeiter empfindet sein Los nicht als schlechter. Er weiß genau, daß er mit jedem gleiches Anrecht hat, und das Ideal der Gleichheit kann ihn daher nicht reizen, ja, würde den ihm wertvollsten Lebensinhalt zerstören, nämlich die Selbstbetätigung, die nach den höchsten Prämien der Gesellschaft als höchster Anerkennung der individuellen Leistung strebt. Die amerikanische Gesellschaft kennt kein ungeschriebenes Gesetz, demzufolge der Arbeiter von heute auch morgen nur Arbeiter sein kann, und das gibt gerade der gesamten Arbeiterfrage in Amerika die eigenartige Färbung, durch die sie von der Arbeiterfrage der europäischen Klassenstaaten so gänzlich verschieden ist. In den meisten Fällen hat er Vorgesetzte, die selbst einst Arbeiter gewesen sind. Die Millionäre, die über das Geschick von Tausenden von Arbeitern heute verfügen, haben oft genug mit der Schaufel oder der Hacke angefangen. Die großen Ziele des Ehrgeizes, weiß der Arbeiter, kann er auch erreichen, und eine Gleichheit der Gelegenheit für eine Gleichheit der Arbeitserfolge austauschen hieße für ihn, in jenen sozialen Zustand zurücksinken, in dem die wirtschaftliche Arbeit nur als Hilfsmittel für bessere Dinge und nicht als an sich wertvolle Betätigung gilt. Und mag auch Bellamy schon vom gemeinsamen Regenschirm träumen, sein Heimatland ist von der Sozialdemokratie vielleicht weiter entfernt als irgend ein Land Europas, weil der Geist der individuellen Selbstbetätigung nirgends stärker ist, und weil das Bewußtsein herrscht, daß keine Klassengrenze die breite Masse von den höchsten Gewinnen trennt, ja, daß alles nur von Fleiß, Energie und Fähigkeit abhängt.

Das hindert nicht, daß die Arbeiter in ihrem Kampf um bessere Arbeitsbedingungen manchen sozialistischen Grundsatz aufnehmen. Der Amerikaner nennt es ja schon Sozialismus, wenn man verlangt, daß der Staat die Eisenbahnen, die Telegraphen, die Paketbeförderung und vielleicht die Kohlengewinnung übernimmt, oder daß die Straßen-

bahnen und Gas und elektrisches Licht von der Stadt verwaltet werden. Der Sozialismus dieser Art schreitet zweifellos vorwärts, wenn auch die extravaganteren Ideen noch immer mehr glänzende Prediger als gläubige Hörer finden. Sehr charakteristisch ist denn auch, daß die Arbeiterführer durchaus nicht die Arbeitersache zu ihrem Lebensberuf ausdehnen, sondern sehr häufig nach ein paar Jahren zu einer andern bürgerlichen Berufssphäre übergehen. Die Grenze zwischen den Arbeitern und dem Arbeitgeber ist eben immer nur für eine vorübergehende Situation zu ziehen. Wer gestern auf der einen Seite der Grenze war, ist heute auf der andern Seite. Es ist keine Grenze zwischen festen Menschengruppen; es ist nur wie eine vorübergehende Verteilung, und das sondert die amerikanischen Gewerkvereine selbst von den englischen, mit denen sie manche Ähnlichkeit haben.

Manche andern Bedingungen, durch die amerikanisches Arbeiterleben etwa vom englischen sich unterscheidet, ist wirtschaftlicher Art. So ist es bekannt, welchen glänzenden Erfolg die englischen Arbeitervereine mit ihren gemeinsamen Warenhäusern hatten; in Amerika erwiesen sie sich als Fehlschlag. Die großstädtischen Versandmagazine vermochten billiger und besser zu liefern und waren dem amerikanischen Wirtschaftsgeist anziehender. Doch genug der Vergleiche mit der alten Welt. Wenden wir uns den tatsächlichen Verhältnissen in der neuen zu.

Die Arbeiterbewegung setzt in den Vereinigten Staaten ernsthaft in den zwanziger Jahren des vorigen Jahrhunderts ein. Selbstverständlich handelt es sich dabei zunächst um den Norden. Die Sklaverei des Südens schloß alle Vereinigungen und alle selbständigen Bewegungen für die Verbesserung der Lage der Handarbeiter vollkommen aus. Diminutivstreiks hatte es schon im achtzehnten Jahrhundert gegeben, aber erst mit den Fabriken des neunzehnten wuchs die eigentliche Arbeiterbewegung.

Von Anfang an stand dabei die Forderung für kürzere Arbeitszeit und für höhere Löhne im Vordergrund. Zu gleicher Zeit war die Welt der amerikanischen Ideen mit

mehr oder weniger phantastischen Kooperationsplänen erfüllt, und auch diese beeinflußten die Entwicklung. Boston und Newyork waren die Zentren der neuen Bewegung. 1825 erschien bereits in Newyork die erste selbständige Arbeiterzeitung, der „Arbeiteradvokat", der Anfang einer Literatur, die bald lawinenmäßig anschwellen sollte. 1830 begannen die Arbeiter als solche in die Politik einzutreten; sie wollten ihren eignen Gouverneurskandidaten. Alle politischen Versuche der Arbeiter blieben aber Episoden; die wichtigsten Arbeiterbewegungen des ganzen Jahrhunderts haben sich außerhalb der Politik abgespielt, und die führenden Vereinigungen haben stets ihre Stärke in der politischen Enthaltsamkeit gesucht. Nur wenn gesetzgeberische Maßnahmen für oder gegen die Arbeiterinteressen in Frage standen, wurde Fühlung mit den politischen Faktoren angestrebt; eine politische Partei sind die amerikanischen Arbeiter aber niemals geworden.

Im Anfang der dreißiger Jahre vereinigten sich zum erstenmal auch Arbeiter aus verschiedenen Industrien, eine Verschmelzung von Gewerkvereinen, die später die Regel wurde. Sofort an der Schwelle setzte aber auch das Gegenspiel der Arbeitgeber ein. So beschlossen 1832 die Kaufleute und Schiffseigentümer von Boston in feierlicher Versammlung, daß es ihre Pflicht sei, die gegen das Gesetz verstoßende Verbindung der Arbeiter zu unterdrücken, da sie gebildet sei, um die einzelnen in ihrer freien Entscheidung über die Zeitdauer der Arbeit zu beschränken, und denen Verlegenheit zu bereiten, die ihnen reichlichen Lohn gewährten.

Die Organisierung der Arbeiter und die Organisation der Arbeitgeber ist seitdem mit vollkommener Stetigkeit vorangeschritten, und die Nation hat im wesentlichen die Rolle des interessierten, aber neutralen Zuschauers gespielt. Im Falle eines direkten Konfliktes war die Sympathie der Nation fast regelmäßig auf der Seite der Arbeiter, da im konkreten Fall nicht der Gegensatz von Arbeitermasse und Kapital, sondern vielmehr der persönliche Gegensatz von notleidendem Tagelöhner und reichem Besitzer ins Bewußtsein tritt,

und die Sentimentalität des Amerikaners stets auf der Seite des Schwächern ist. In gleichem Maße aber neigte die Nation zur Sympathie mit dem Kapital, wenn es sich nicht um einen einzelnen Fall, sondern um die allgemeine Gesetzgebung handelte, das Problem also eine nicht persönliche, sondern eine begriffliche Form annahm. Da erschien denn der Arbeitgeber als der Pionier der amerikanischen Nation, der seinen Wagemut in neue und wieder neue Unternehmungen wirft, sein Kapital und seine Intelligenz dem Wirtschaftsleben zur Verfügung stellt, der somit in höherem Maße des Nationalschutzes bedürftig ist, als der Arbeiter, für den es immer billigen Ersatz gibt.

Zieht man so den Durchschnitt, so bleibt es dabei, daß die Nation wohlwollende Neutralität bekundete und im wesentlichen beide Parteien allein ließ. Erst in der allerneuesten Zeit begann eine Änderung. Man sieht von Tag zu Tag mehr ein, oder vielmehr die neuen Verhältnisse des Kampfes machen es täglich deutlicher, daß es bei diesem Kampf nicht nur zwei, sondern drei Parteien gibt, daß nicht nur Arbeiter und Arbeitgeber, sondern auch das Publikum, das auf die Arbeitsprodukte angewiesen ist, ganz unmittelbar an der Schlichtung der Gegensätze beteiligt ist und somit berechtigt sein muß, auch im Einzelfall ein energisches Wort mitzusprechen. Die Krisis kam vielleicht im Kohlenstreik des Winters 1902/3, als der Präsident des Landes selbst zum Anwalt der dritten Partei wurde. Aber wir müssen die Entwicklung im einzelnen verfolgen, von den heutigen Arbeiterorganisationen, von den Erfolgen der Gesetzgebung, von den Arbeiterkampfmitteln, von den Gegenkampfmitteln des Kapitals, von den Schäden und Vorteilen und von den Lösungsversuchen der heutigen Zeit ausführlich sprechen.

Heute lassen sich drei Formen der Arbeitervereinigung unterscheiden: die Ritter der Arbeit, die unabhängigen Gewerkvereine und die föderierten Gewerkvereine.

Die Ritter der Arbeit unterscheiden sich von den beiden andern Gruppen prinzipiell. Ihr Einfluß ist heute im Schwinden, aber war einst stark. Ihre Grundidee ist eine sittliche,

während die ihrer Rivalen eine praktische ist. Das soll nicht heißen, daß die Gewerkvereine unsittliche Ziele verfolgen, oder die Ritter unpraktisch zu Werke gehen, aber der Schwerpunkt liegt an verschiedener Stelle. Die Ritter der Arbeit begannen 1869 in engstem Kreise. Es war ein geheimer Bund, nach Art der Freimaurerorden, mit feierlichen Eiden bei der Aufnahme und seltsamen Gebräuchen. Ihre Grunderklärung begann: „Arbeit ist edel und heilig", und ihr Bemühen galt in erster Linie der innern Erhebung des Arbeiters und dem Widerstand gegen alles, was die Arbeit erniedrigt und unwürdig macht. Der Orden wuchs stetig, aber dadurch traten die sachlichen Arbeiterinteressen notwendigerweise mehr in den Vordergrund. In der Mitte der achtziger Jahre, als der geheime Charakter aufgegeben war, hatte der über das Land verbreitete Verein ungefähr eine Million Mitglieder, und immer noch trug ihr Banner nur das eine Verlangen, daß Fleiß und sittlicher Wert, nicht Reichtum, das wahre Maß individueller und nationaler Größe sein solle. Ihre Mitglieder, so verlangten sie, sollten an den Gütern, die sie schaffen, größern Anteil haben, damit sie mehr Muße für die intellektuelle, moralische und soziale Entwicklung fänden. Im Geiste solcher moralischen Tendenz war ihr Bemühen energisch dahin gerichtet, Streiks zu unterdrücken und friedliches Übereinkommen herbeizuführen.

Ihre Schwäche lag wohl vornehmlich darin, daß sie erstens, als ihre Mitgliederzahl so stark angeschwollen war, sich mit Politik zu befassen anfingen. Sie forderten eine Reform der Steuergesetzgebung, der Währungsverhältnisse, des Kreditsystems und mancherlei andres im Geiste des Staatssozialismus. In noch höherm Maße aber war ein Element der Schwäche, daß sie auch in der kleinsten Teilvereinigung stets Arbeiter aller Art zusammenfaßten. Das entsprach natürlich vollständig der ethischen Idee. Kommt der Arbeiter mit seinen besondern sittlichen Problemen in Frage, so hat der Bäcker und Schneider und Maurer und Klempner und Elektriker und Walzwerkarbeiter weitgehende Einheit der Bedürfnisse. Handelt es sich aber um prak-

tische Fragen, so steht der eine ziemlich interesselos dem andern gegenüber und nicht selten werden geradezu Gegensätze hineinspielen. Sobald sich einmal Gewerkvereine bilden, die den Schlosser mit dem Schlosser und den Bäcker mit dem Bäcker zusammenbringen, so werden die gemischten Vereine schnell in eine bedrängte Lage geraten. Tatsächlich ist denn auch mit dem neueren Wachstum der Gewerkvereine ein starker Rückschlag für die Ritter der Arbeit eingetreten. Ihre Organisation soll heute nur noch 200 000 Mann umfassen und ihre Bedeutung ist zusammengeschrumpft. Aber darüber ist kein Zweifel, daß gerade die idealistische Formulierung, in der sie die Interessen der Arbeiterschaft vor die Nation gebracht haben, viel dazu beigetragen hat, das nationale Gewissen in der Arbeiterfrage zu wecken.

Die typische Form der Gegenwart ist also der Gewerkverein und der Unterschied zwischen den unabhängigen und den vereinigten „Trades Unions" ist kein grundsätzlicher. Die Gesamtheit der Arbeiter, die heute in Gewerkvereinen in Amerika organisiert ist, beträgt über 2 Millionen. Die Zahl wächst täglich, und entscheidend ist, daß auch heute schon diese Ziffer, die ja nur $^2/_5$ der gesamten Lohnarbeiter darstellt, nicht deshalb so klein ist, weil durchschnittlich nur $^2/_5$ jedes Gewerks sich zusammenfinden, sondern vielmehr deshalb, weil viele Gewerke sich zur Organisation schlecht eignen. In den wichtigsten Gebieten umschließen die Gewerkvereine fast die Gesamtheit der beschäftigten Arbeiter. Je höher die Arbeit steht, je mehr Voraussetzungen sie macht, desto einheitlicher sind die Vertreter organisiert. Die Drucker etwa sind fast vollständig in den Gewerkvereinen. Im Baugewerbe, unter den Zigarrenarbeitern, gibt es nur wenige Außenstehende. Der Gewerkverein der Bergwerkarbeiter umfaßt etwa 200 000 Mann, was einer Bevölkerung von etwa einer Million entspricht. Dagegen ist es unzweckmäßig und nutzlos, strenge Organisation da durchzuführen, wo es ein unbegrenztes Angebot von Kräften jeden Tag geben kann, wo jeder ungeschulte Einwanderer sofort einspringen kann; die eigentlichen Tagelöhner vor allem stehen daher außer-

halb der Gewerkvereine. Die Zahl der zwei Millionen steht somit durchaus für die wichtigsten Gewerbe und umfaßt die besten Arbeitskräfte.

Der älteste Gewerkverein Amerikas ist der Internationale Schriftsetzerverein, der 1850 entstand. Sofort sei dabei bemerkt, daß die Scheidung in internationale und nationale Gewerkvereine eine ganz oberflächliche ist, da bei den Hunderten internationaler Vereinigungen niemals eine Ausdehnung über den Ozean beabsichtigt wird. International meint nur, daß Kanada und in einigen Fällen auch Mexiko neben den Vereinigten Staaten zugelassen wird. Daß das Druckgewerbe in der Organisation voranging, entspricht ja nur den Erfahrungen aller übrigen Länder. 1854 folgten die Hutmacher, 1859 die Eisengießer, und in den sechziger und siebziger Jahren wuchs die Zahl der organisierten Gewerbe schnell. Die nachdrückliche Vertretung der Interessen verlangte nun aber auch bald auf der einen Seite Differenzierung der großen Vereine in Lokalverbände und auf der andern Seite Zusammenschluß der verschiedenen Vereine zu Verbänden benachbarter Interessen. Das Resultat war auf der einen Seite, daß jede Ortschaft ihre Lokalvereine ausbildete, diese sich wiederum zu Staatsverbänden zusammenschlossen, um auf die Staatslegislaturen einzuwirken, und in nationalen oder internationalen Gewerkvereinen ihre umfassendste Zusammenschließung fanden. Auf der andern Seite aber vereinigten sich sowohl im engern Lokalgebiet wie im weitesten Bundesgebiet die verschiedenen Unionen zur wechselseitigen Unterstützung. Da handelte es sich nun nicht mehr, wie bei den Rittern der Arbeit, um Durcheinandermischung ungleicher Interessen, sondern um eine systematische wechselseitige Förderung zwecks praktischer Maßnahmen.

Der großartigste Verband dieser Art ist die „American Federation of Labor", die 1881 in Pittsburg ins Leben trat und eine wirkliche Republik der Arbeit organisierte. Von Anfang an erklärte die Federation, die durch das üble Geschick vorangehender Vereinigungsversuche gewarnt war, daß sie sich in keiner Weise um Politik kümmern würde und

sich lediglich industriellen Fragen widmen wollte. Sie erkannte die industrielle Autonomie und den besondern Charakter jedes eintretenden Gewerkvereins an und erwartete dennoch, eine nachdrücklichere Wirksamkeit durch die Zusammenarbeit zu gewinnen. Die Forderungen, mit denen sie vortrat, waren zunächst achtstündiger Arbeitstag, Verbot der Anstellung von Kindern unter 14 Jahren, Verbot der Konkurrenz von Gefängnisarbeit, Einschränkung der Einwanderung von Kontraktarbeitern, Umwandlung der Gesetze bezüglich der Verbindlichkeiten der Fabrikbesitzer und bezüglich der unerlaubten Vereinsbildungen, Einrichtung staatlicher Bureaus für Arbeiterstatistik und vieles ähnliche. In der ersten Zeit des Bestehens gab es bittere Kämpfe mit den Rittern der Arbeit und vielleicht noch schärfere in den eignen Reihen mit sozialistischen Utopisten. Aber bald war eine gesunde, feste Grundlage geschaffen, und da die Federation in jeder Weise die Bildung von Lokalverbänden, Provinz- und Staatsverbänden förderte, so wuchsen die Teile durch die Stärkung des Ganzen, und das Ganze durch die Zunahme der Teile. Heute umfaßt die Federation 111 internationale Gewerkvereine mit 29 Staatsverbänden, 542 Stadtzentralvereinen und überdies 1850 Lokalverbänden, die nicht zu nationalen oder internationalen Organisationen gehören. 250 Wochenschriften und Monatsschriften vertreten die Interessen dieser Verbindung. Ihr Zentralsitz ist natürlich in Washington, am Platz der Bundesregierung. Gompers ist der unermüdliche Präsident. Außerhalb der Federation stehen vor allem diejenigen Gewerkvereine, welche Eisenbahnarbeiter umfassen, aber auch mehrere Maurer- und Steinarbeiter-Verbände. Die Eisenbahnarbeiter hatten sich im wesentlichen immer abseits gehalten. Ihr Gewerkverein datiert seit 1893 und soll etwa 200 000 Mann umfassen.

Die Gewerkvereine stehen durchaus nicht jedem offen. Jedes Mitglied hat seine Aufnahmegebühren und seine Beiträge sowohl zum Lokalverband wie durch den Lokalverband zu dem Verein höherer Ordnung zu zahlen. Nicht wenige der Gewerkvereine verlangen aber auch ein strenges Examen

bei der Aufnahme. Beim Gewerkverein der Elektrizitätsarbeiter sind beispielsweise die Aufnahmebedingungen so schwierig, daß die Mitgliedschaft in dem Arbeiterverein von den Arbeitgebern selbst als sicherstes Zeugnis für die Leistungsfähigkeit des Mannes anerkannt wird. Jedes Mitglied ist des weitern verpflichtet, den regelmäßigen Versammlungen des Lokalverbandes beizuwohnen. Um diese Lokalorganisationen nicht gar zu ungelenkig zu gestalten, sind sie wieder meist nach Stadtteilen gruppiert, wenn die Mitgliederzahl zu groß wird, um gemeinsame Zusammenkünfte zu ermöglichen. Die Zigarrenarbeiter der Stadt Newyork beispielsweise haben einen Gewerkverein von 6000 Mitgliedern, der sich in 10 Untervereine teilt. Jeder einzige Verband im Land hat seine eignen Beamten. Wenn die Arbeit des Beamten seine ganze Zeit in Anspruch nimmt, so empfängt er ein Gehalt, das den Arbeitereinnahmen in dem betreffenden Gewerke gleichkommt. In den beschließenden Versammlungen der größern Verbände sind dann wieder alle Untervereine durch Delegierte vertreten, und wo die Provinzial- oder Bundesverbände die verschiedenen Gewerke vereinigen, hat jedes Hauptgewerk seinen eignen Vertreter, und alle Bestimmungen und Beschlüsse werden mit jener rigorosen Technik durchgeführt, die der Amerikaner in so unvergleichlicher Weise bemeistert. Der Strenge dieser parlamentarischen Formen entspricht nun aber auch für alle durch Delegierte vertretenen Mitglieder die absolute Gebundenheit, sich den Beschlüssen widerspruchslos unterzuordnen. Wer einem Streikbeschluß etwa nicht gehorcht, geht damit aller seiner Rechte verlustig.

Die Rechte, die den Mitgliedern der Gewerkvereine offen stehen, sind in der Tat bedeutende. Zunächst ist die Lokalunion ein Klub und ein Arbeitsnachweisebureau, und besonders in den Großstädten sind beide Funktionen für den amerikanischen Arbeiter von großem Wert. Dazu kommen die Versicherungs- und Wohltätigkeitseinrichtungen der Vereine. Beispielsweise der Gewerkverein der Zigarrenarbeiter des Landes, der 414 Lokalvereine mit einer Mitgliedschaft

von 34 000 Mann umfaßt, gab in den letzten zwei Jahrzehnten $ 838 000 für Streikunterstützung, $ 1 453 000 für Krankheitsunterstützung, $ 794 000 für die Hinterbliebenen von Verstorbenen, $ 735 000 für Reisekosten und $ 917 000 für Arbeitslose; und ähnliches gilt für die meisten großen Verbände. Und doch sind alle diese Sondervorteile der unwichtigere Teil. Das wirklich Entscheidende sind die Errungenschaften im wirtschaftlichen Kampf — Errungenschaften, die für den isolierten Arbeiter unerreichbar wären, wenn auch freilich nicht wenige sich den Pflichten des Beitritts zum Gewerkverein und seinen materiellen Anforderungen gerade deshalb entziehen, weil sie wissen, daß alles, was organisierte Arbeit erringen kann, im wesentlichen auch ihnen, den Außenstehenden, zugute kommen muß.

Die wichtigsten Gebiete dieser Gewerkvereinskämpfe sind die der Gesetzgebung und der Löhnung. Ein nicht unerheblicher Teil ihrer Arbeit gilt daneben freilich dem Kampf um die eigne Existenz, also dem Kampf um die Anerkennung der Gewerkvereinsarbeiter gegenüber der nichtorganisierten Arbeiterschaft. Kein Zweifel, daß diese Frage in wachsendem Maß ein Faktor in den wirtschaftlichen Streitigkeiten geworden ist. So mancher Streik hat nichts mit hohem Lohn oder kürzerer Arbeitszeit und ähnlichen Arbeiterforderungen zu tun, sondern lediglich mit der Grundforderung, daß die Arbeitgeber offiziell den Gewerkverein anerkennen, mit den Delegierten des Vereins statt mit den Einzelarbeitern die Kontrakte beraten und Nichtvereinsarbeiter von dem Betrieb ausschließen.

In dieselbe Klasse von Bemühungen gehört der neuerdings mit Fanatismus geführte Kampf um die Gewerkvereinsetiketten. Sie kamen zuerst in San Francisco auf, wo es galt, die Konkurrenz der chinesischen Arbeiter aus dem Feld zu schlagen. Nunmehr sind sie über das ganze Land verbreitet. Jedes Zigarrenkistchen, jeder Ziegelstein, jeder Hut und jedes Klavier, das von Fabriken mit Gewerkvereinsarbeitern hergestellt ist, trägt das Schild, das gesetzlich gegen Nachahmung geschützt ist, und das dem großen kaufenden

Publikum verbürgt, daß die Ware unter sozialpolitisch gesunden Bedingungen hergestellt ist. Die Abwesenheit des Etiketts kann also zunächst wie eine Warnung gelten. Für die Bevölkerung von 10 Millionen, die in den Gewerkvereinen vertreten ist, wird es aber mehr als eine Warnung, wird es ein Aufruf zum Boykott, und dadurch wird zweifellos ein sehr wirksamer Druck auf die Fabrikanten ausgeübt. Je mehr die Fabriken so genötigt werden, den Gewerkvereinen entgegenzukommen, desto größer wird die Anziehungskraft der Vereine für die Arbeiterschaft, und je größer die Zahl der Arbeitskräfte, die sich zu den Vereinen hingezogen fühlen, desto leichter wird ihr Spiel. So ist das Etikett heute eine der schärfsten Waffen geworden.

Alles das ist aber nur Mittel zum Zweck. Vergegenwärtigen wir uns die Zwecke, in erster Linie die Arbeitergesetzgebung. Am auffallendsten und doch historisch notwendig ist die außerordentliche Verschiedenheit zwischen den Einzelstaaten, die sich jetzt langsam auszugleichen anfängt, noch vor kurzem aber die schärfsten Gegensätze darbot. Die Neuenglandstaaten, vor allem Massachusetts, gingen voran. Auch sie schritten nicht so rasch vorwärts, wie die öffentliche Meinung es oft verlangte. So wurde schon in den dreißiger Jahren lebhaft für eine gesetzliche Regelung der Arbeitszeit in den Fabriken agitiert, aber erst viel später wird der zehnstündige Arbeitstag für Frauen gesetzlich festgelegt. Dagegen setzte in der Tat in den dreißiger Jahren eine Regelung der Fabrikarbeit für Jugendliche ein, und auf diesem Wege schritt man schnell weiter.

Ein wesentlicher Schritt vorwärts war getan, als 1869 Massachusetts von Staats wegen ein Bureau für Arbeiterstatistik — das erste in der Welt — errichtete, ein Bureau, das jährliche Berichte über die Arbeiterfrage in allen ihren Beziehungen, wirtschaftlich und industriell, sozial und hygienisch, erzieherisch und politisch, auszuarbeiten hatte. Ein Staat nach dem andern ahmte dieses statistische Bureau nach, vor allem führte es zu der Einrichtung der Arbeitsabteilung in Washington, und der Einfluß dieser vorbild-

lichen Bureaus machte sich in allen Kulturländern geltend. In den siebziger Jahren folgten dann strenge Gesetze für die Beaufsichtigung der Fabriken, für die Sicherheitsvorrichtungen und hygienische Verbesserungen. Die meisten andern Staaten hinkten mit alledem nach, aber keiner entzog sich dem vorbildlichen Einfluß der Nachbarn. Massachusetts war auch der Staat, der mit der Einrichtung kürzerer und kürzerer Arbeitszeiten voranging. Hier half vor allem das Vorbild der Bundesregierung. Sicherlich sollte die Reduzierung des Arbeitstages in den öffentlichen Bundesbetrieben zunächst ein politischer Köder für die Arbeiterschaft sein, aber der Bund hielt an der Bestimmung fest und die Einzelstaaten folgten. 29 Staaten schreiben heute acht Stunden als Arbeitstag für die öffentlichen Arbeiten vor, und das Gleiche gilt für alle Arbeiter, die von den Vereinigten Staaten angestellt sind.

Von ganz besonderer Bedeutung für die Gewerkvereine wurden die gesetzgeberischen Wandlungen auf juristischem Gebiet. Nach dem alten englischen Recht galt es noch am Anfang des neunzehnten Jahrhunderts als strafbare Verschwörung, wenn Arbeiter sich für Zwecke einigten, wie sie heute überall von den Gewerkvereinen angestrebt werden. Diese Verschwörungsdoktrin, die freilich von Anfang an in hohem Maß von der willkürlichen Auslegung der Richter abhing, ist durch das Jahrhundert hindurch stetig mehr und mehr gelockert worden und ist langsam öffentlichen rechtlichen Anschauungen gewichen, die der friedlichen Vereinigung von Arbeitern zwecks Erkämpfung besserer Arbeitsbedingungen kein Hindernis in den Weg legen, und die vor allem den Streik als völlig erlaubt betrachten, solange Gewalttätigkeit ferngehalten wird. Fast alle Staaten haben heute Gesetze, welche den alten Begriff der strafbaren Verschwörung so einengen, daß er den Gewerkvereinsbeschlüssen nirgends mehr im Wege steht. Andre gesetzliche Maßnahmen beziehen sich auf das Verbot der Fabrikläden. Noch heute sind sie in einigen Bergwerksgegenden, die weit von öffentlichen Verkaufsläden abliegen, nicht ganz ausgerottet. Im

wesentlichen aber hat fast jeder Staat die Fabrikläden, in denen die Fabrik für eigne Rechnung die Lebensmittel dem Arbeiter verkaufte und ihm zu hohen Preisen aufnötigte, durch Gesetze beseitigt. Das war eine der frühesten Forderungen der Arbeiterverbände gewesen.

Von ganz besonderer Wichtigkeit ist auch der Fortschritt in allen Gesetzen, die sich auf die Verbindlichkeit des Arbeitgebers beziehen. Das angelsächsiche Recht macht den Arbeitgeber verantwortlich für den Schaden oder Unfall, der dem Arbeiter aus seiner eignen Arbeit erwächst. Dagegen macht es den Arbeitgeber nicht verantwortlich, wenn der Arbeiter durch die Nachlässigkeit eines Mitarbeiters Schaden erleidet. Der Schadenanspruch traf dann denjenigen, der seine Pflicht versäumt hatte. Man sagte, daß der Arbeiter, als er in den Dienst eintrat, sich hätte bewußt sein müssen, welche Gefahren damit verknüpft sind. Je umfangreicher das moderne Arbeitswesen wurde, je mehr die Sicherheit des einzelnen im Betrieb von der Tätigkeit einer großen Zahl unbekannter Mitarbeiter abhängig wurde, desto widersinniger wurde das alte Gesetz, und auf diesem Gebiet hat unter dem Druck der Gewerkvereine das letzte Halbjahrhundert stetig gebessert und das Recht umgemodelt. Im wesentlichen erkennt das einzelstaatliche amerikanische Recht heute die Verbindlichkeit des Arbeitgebers für jeden Unfall an, der durch die Handlungen eines andern Arbeiters herbeigeführt wird.

Im ganzen war somit ein Fortschritt auf der ganzen Linie sichtbar. Gewiß haben einige Staaten noch einen weiten Weg zu gehen, bis sie es den vorgeschrittensten Staaten gleich tun, und die Gewerkvereine haben noch manche Forderung im Programm, die von keinem Staat heute ganz erfüllt wird, so etwa die Einführung des Schweizer Referendums und ähnliches. Staatliche Versicherung steht aber in diesem Programm nicht. Der amerikanische Arbeiter bleibt in diesem Punkte Individualist, und will jede Sicherstellung der Zukunft und der Hinterbliebenen, jeden Schutz gegen Unfall und Krankheit durch selbständige Abmachung, durch Be-

teiligung an Gewerkvereinen, durch Prämienzahlung in Versicherungsgesellschaften — kurz, auf Wegen, die jedem offen stehen, erreichen. Tatsächlich ist mehr als die Hälfte der Arbeiter versichert. Vor allem wächst die Zahl der industriellen Unternehmungen, die ihren Angestellten aus eigenen Mitteln Altersversicherung und Invalidenversicherung gewähren. Die Eisenbahngesellschaften gingen voran, und die größten Betriebe sehen immer deutlicher, daß es in ihrem eigenen Interesse liegt, die Stetigkeit der Arbeit dadurch zu sichern, daß Pensionsverpflichtungen in den Kontrakt aufgenommen werden. Sucht der Arbeiter sich Betriebe aus, die solche Vergünstigungen gewähren, so empfindet er es als eine freie gewerbliche Vereinbarung, während die staatliche Versicherung sein Selbständigkeitsgefühl beeinträchtigen würde.

Noch in anderer Richtung hat der Staat zur Arbeiterfrage Stellung nehmen müssen; im Falle der Streiks und der Aussperrungen, der Boykotts und der schwarzen Listen. Während der letzten zwei Jahrzehnte des neunzehnten Jahrhunderts sah das Land 22 793 Streiks, bei denen 117 509 Betriebe beteiligt waren. Der Verlust an Löhnen für die Arbeiter betrug dabei 257 Mill. Dollars, der Verlust für die Arbeitgeber 122 Mill. Dollars. Außerdem wurden 16 Mill. Dollars für Streikunterstützung gezahlt. Der materielle Gesamtverlust betrug also nahezu 400 Mill. Dollars. Die großen Probleme, die dadurch zum Ausdruck kommen, reichen natürlich weit über den finanziellen Verlust hinaus. Dabei waren etwa 51% dieser Streiks für die Arbeiter erfolgreich, in 13% der Fälle setzten sie ihre Forderungen teilweise durch, in 36% siegten die Arbeitgeber.

Seit 1741 die Bäcker in der Stadt Newyork die Arbeit einstellten und dann auch sofort wegen Verschwörung verurteilt wurden, hat es im Lande nie an Streikbewegungen gefehlt. Der erste umfangreiche Streik ging von den Matrosen 1803 aus, aber wirklich häufig trat die Erscheinung doch erst in den dreißiger Jahren auf. Der erste große Streik von historischer Bedeutung ergriff die Eisenbahnen

im Jahre 1877. Gewaltige Zerstörungen und Straßenkämpfe begleiteten die Einstellung der Arbeit. Die Staatsmiliz mußte ausrücken, um den Pöbel in Cincinnati und St. Louis, in Chicago und Pittsburg zurückzuschlagen. Die Verluste waren ungeheuer; mit Pulver und Feuer hatte man gewirtschaftet. Das ganze Land litt unter den Tumulten, und die Arbeiter hatten am Ende nichts gewonnen. Auch als im Jahre 1883 die gesamten Telegraphenarbeiter des Landes die Arbeit einstellten, weil sie Lohnzuschuß für die Sonntagsarbeit verlangten, war die gesamte Nation naturgemäß in Mitleidenschaft gezogen. Auch da blieben die Arbeitgeber nach Millionenverlusten erfolgreich. Wieder kamen die Eisenbahnen in den Mittelpunkt, als gewaltige Streiks 1886 in dem südwestlichen Eisenbahnsystem ausbrachen.

Die Erbitterung aber erreichte ihren Höhepunkt, als 1892 in Homestead die Carnegiestahlwerke zum Kriegsschauplatz wurden. Lohnkämpfe hatten den Ausgangspunkt gebildet. Die Gesellschaft, die sich mit dem Gewerkverein nicht einigen konnte, wollte die organisierten Arbeiter ausschließen und Nichtvereinsarbeiter anstellen. Die Union versuchte, mit Gewalt die fremden Eindringlinge von der Arbeit abzuhalten. Die Gesellschaft rief Staatsbeamte zu Hilfe, die Union stellte sich ihnen entgegen, es kam zu wirklichen Kämpfen, und nur die Erklärung des Kriegsrechts durch den Gouverneur stellte nach zahlreichem Menschenverlust die Ruhe wieder her.

Noch weiterreichend war der Chicagoer Streik von 1894. Mit einem Streik in der Fabrik der Pullmanwagen bei Chicago fing er an; mit einer Unterbindung des gesamten Eisenbahnverkehrs auf einem Viertel aller amerikanischen Linien erreichte er seinen Höhepunkt. Der Gewerkverein mit 150 000 Mitgliedern erklärte, bei keiner Eisenbahngesellschaft zu arbeiten, bei der Pullmanwagen benutzt würden. Die Einstellung des Eisenbahnverkehrs trug Verluste in jedes Gemeinwesen des Landes, Verluste, die auf 80 Mill. Dollars geschätzt sind. Bald setzten die schlimmsten Begleiterscheinungen der Riesenstreiks ein — Aufstände, Einschüchte-

rungen, Überfälle, Mord — und wieder bedurfte es eines gewaltigen Truppenaufgebots, um die Ruhe herzustellen. Bald folgten gewaltige Lohnkämpfe in den Eisen- und Stahlwerken; aber an innerer Bedeutung wurden alle diese Riesenkämpfe zwischen Kapital und Arbeit von dem Kohlenstreik der jüngsten Vergangenheit überragt.

Die Arbeitsverhältnisse in den Anthrazitkohlengebieten von Pennsylvania lagen für die Arbeiter nicht günstig. Durch einen Streik im Jahre 1900 hatten sie die Lohnverhältnisse ein wenig gebessert, aber der scheinbar nicht ungünstige Tageslohn gab doch nur unverhältnismäßig kleinen Jahreslohn, da die Arbeit zu ungleich über das Jahr verteilt war. Die Arbeiter empfanden, daß die Weigerungen der Kohlentrusts, den Lohn zu erhöhen, auf Spiegelfechterei beruhten. Die Kapitalisten wollten ihnen stets nachweisen, daß die geringen Gewinne an den Kohlen keine höhern Löhne erlaubten. Die Arbeiter aber wußten zu gut, daß die scheinbar niedrigen Gewinne nur dadurch zustande kamen, daß die Trusts das Kapital verwässert hatten und nun Dividenden für ein zu großes Kapital verlangten, und daß vor allem die Kohlenbergwerke mit den Eisenbahnen unter einer Decke steckten, im wesentlichen in gemeinsamem Besitz waren und die Berechnungen es ermöglichten, den ganzen Vorteil den Eisenbahnen der Bergwerksdistrikte statt den Kohlenbergwerken zuzuschieben. Die Gewerkvereine hielten die Zeit für gekommen, achtstündigen Arbeitstag, zehnprozentige Lohnerhöhung und neben technischen Einzelheiten vor allem grundsätzliche Anerkennung der Gewerkvereine zu fordern. Die organisierten Bergwerksarbeiter, unter ihrem Führer Mitchell, boten an, einen Monat zu warten, damit die Streitpunkte durch Diskussion zwischen beiden Parteien erledigt werden könnten. Senator Hanna, dessen kürzlich erfolgter Tod einen der wärmsten Arbeiterfreunde von der Politik abrief, bot seine guten Vermittlerdienste an und ließ keinen Zweifel, daß die Arbeiter auch mit einem Kompromiß einverstanden sein würden.

Trotz dieser gemäßigten Haltung der Arbeiter weigerten

sich die Vertreter der Bergwerksbesitzer, auch nur irgendwie in Verhandlung zu treten. Ihr Standpunkt war der, daß, wenn sie den Gewerkverein auch nur entfernt durch Verhandlungen anerkennten, sie sich auf eine schiefe Ebene begäben. Werden heute acht Stunden verlangt, so kann der Gewerkverein mit denselben Mitteln im nächsten Jahr sechsstündige Arbeitszeit fordern. Sie hielten die Zeit für gekommen, die Vormacht des Gewerkvereins ein- für allemal zu brechen. Präsident Bär erklärte, daß die Gewerkvereine eine Bedrohung der gesamten amerikanischen Industrie seien. Der Streik brach aus. Nun produzieren die Anthrazitwerke jeden Monat etwa fünf Millionen Tonnen, die im wesentlichen für den Haushaltsgebrauch des gesamten Ostens dienen. Ein kalter Winter setzte ein, und die Kohlennot im Lande schuf Zustände, die an das Elend von Belagerungszeiten gemahnten. Bald handelte es sich an vielen Orten nicht nur um bloße Geldopfer — der Preis der Kohlen war ums Vierfache gestiegen —, sondern der Vorrat war zu Ende. An manchen Plätzen mußten Schulen und Kirchen geschlossen werden. Man wußte so recht deutlich eigentlich zum erstenmal, daß die Macht der Gewerkvereine, wenn sie ihre ganze Kraft einsetzen wollten, eine Tyrannei werden konnte, der ein ganzes Land machtlos unterworfen ist. Die Erbitterung aber wandte sich denn doch in stärkerem Maße gegen die Arbeitgeber, die noch immer erklärten, daß es nichts zu verhandeln gäbe, daß die Arbeiter sich einfach unterwerfen müßten.

Bald freilich setzte auch auf der andern Seite das Unrecht ein. Man begann Ersatzmannschaften mit Gewalt zurückzuhalten. Ja, man schritt zu der Barbarei, die Ingenieure zum Rückzug zu zwingen, welche die Bergwerke von eindringendem Wasser freihalten sollten. Wieder mußten die Truppen eingreifen. Aber nun rief der Präsident beide Parteien nach Washington. Es war der erste Schritt zur Lösung. Eine bedeutende Kommission, in der beide Parteien zugleich mit hervorragenden Unparteiischen zusammenwirkten, wurde endlich eingesetzt, und, nachdem Pierpont Morgan das Signal gegeben, auf der Kapitalistenseite in die

Verhandlungen einzuwilligen, wurde die Arbeit sofort wieder aufgenommen. Im Jahre 1903 entschied die Kommission in ungefähr der Hälfte der Streitpunkte zugunsten der Arbeiter, in der andern Hälfte gegen sie. Auch das war durchaus nicht der letzte Streik. Große Arbeitseinstellungen, für die Newyork das Zenturm des Sturms war, entwickelten sich 1903 im Baugewerbe; 5000 Mann streikten gegen die Brückenbaugesellschaft, und bald dehnte sich die Bewegung weit über das Land aus. Daneben gab es Unruhe in östlichen Textilfabriken und in südlichen Bergwerksgegenden, und jeder Tag bringt neue kleine Streiks noch heute, und irgend ein großer Streik mag morgen erklärt werden. Aber dennoch war es der große Kohlenstreik, der die Nation wie nie zuvor zum Nachdenken anregte und das Problem mit allen seinen Gefahren in voller Beleuchtung zeigte.

Den Freunden der Gewerkvereine hatte der Ausgang deutlicher denn je gezeigt, daß die Einigkeit stark macht, und Erfolge erzielt werden können, die der vereinzelte Arbeiter nie erreichen könnte. Und mit Befriedigung hatten sie gesehen, daß gerade die Gewerkvereine die konservative Rolle gespielt hatten, daß sie den Riesenstreik aufzuschieben versucht hatten, solange es nur immer möglich war, und daß der Trotz der Arbeitgeber jedes Schiedsgericht zuerst ausschloß. Die Entwicklung aber hatte nicht nur einen Teil der Arbeiterforderungen als berechtigt anerkannt, sondern vor allem die Politik der Gewerkvereine ins günstigste Licht gestellt. Ein ganzes Land hatte zu leiden, Menschenleben wurden geopfert, Millionen wurden vergeudet, und zum Schlusse wurde genau das getan, was die Gewerkvereine von Anfang an empfohlen hatten. Hätten die Grubenbesitzer im Herbst freiwillig getan, was sie im Winter tun mußten, so wäre unsägliches Elend erspart geblieben. Die Gewerkvereine aber konnten mit Recht behaupten, daß sie nur ihrer Politik treu geblieben waren, daß sie tatsächlich immer den friedlichen Weg dem kriegerischen vorgezogen. Die entscheidenden Stimmen in der Gewerkvereinspolitik waren jederzeit gegen leichtsinniges Streikführen. Nicht früher soll-

ten Streiks erklärt werden, als bis alle Mittel erschöpft wären. Man wurde sich deutlicher denn je zuvor bewußt, daß die Interessen der Nation, die Interessen der neutralen Partei, durch die besonnenen Gewerkvereinsführer besser gehütet wurden, als durch die Kapitalisten vom Schlag der Pennsylvanischen Kohlenmagnaten.

Auf der andern Seite aber sah man, daß auch der besonnenste Streik die Ausbrüche der Leidenschaft und der Erbitterung nicht lange unterdrücken kann, und daß jeder Streik, wenn nicht Gewalttätigkeiten, so doch tyrannische Bedrückung gegen die Nichtvereinsarbeiter notwendig mit sich bringt. Da aber setzt das individuelle Freiheitsbewußtsein des Amerikaners ein. Jedermann muß das Recht haben, selber zu entscheiden, unter welchen Bedingungen er arbeiten will. Der Streikbrecher wurde wieder einmal mit Heroenglanz verklärt, und die Trusts taten ihr äußerstes, die Welt zu überzeugen, daß der Eingriff der Gewerkvereine in die Freientscheidung der außenstehenden Arbeiter ein Hohn auf amerikanische Demokratie sei. Die Gewerkvereinler bestreiten freilich, daß es sich da einfach um ungesetzliche Gewalt handle. Sie nehmen ein sittliches Recht in Anspruch. Sie sagen, daß jeder Arbeiter ein über den bloßen Wochenlohn hinausgehendes Anrecht an der Fabrik habe, zu deren Erfolg er beigetragen. Er hat gewissermaßen einen moralischen Anteil, der ihm keine Einnahme bringt, der ihm aber die Arbeitsstelle sichern sollte, und wenn nun beim Ausbruch der Streitigkeiten ein Außenstehender in seine Stelle eindringt, so ist es wie ein Überfall, wie eine Beraubung seines Eigentums, und er hat das Recht, sich mit allen Mitteln der Notwehr dagegen aufzulehnen.

Mit noch tieferer Entrüstung freilich wendeten sich die Kapitalisten gegen die Gewerkvereine deshalb, weil sie nicht nur die außenstehenden Arbeiter, sondern vor allem, weil sie die arbeitgebenden Gesellschaften in eine Zwangslage versetzten. Mit Pathos verkündeten sie überall, daß das freie Verfügungsrecht über das Eigentum aufgehoben sei, sobald

der Kapitalist nicht mehr Herr in seiner Fabrik sei, sobald er nicht mehr mit dem einzelnen Arbeiter verhandeln könne, sondern genötigt sei, sich den Vertretern der Gewerkvereine zu unterwerfen; und leicht war es, auszuführen, daß, während auf der Unternehmerseite das gesamte Risiko zu tragen sei und Energie und Fleiß sich paarten, auf der Arbeiterseite nur Selbstsucht und Faulheit sprächen, die immer kürzern Arbeitstag wünschten und doch nie befriedigt seien. Man behauptete, daß gerade die tüchtigen Arbeiter nur unwillig mitmachen, sich viel lieber um ihre Arbeit als um die Gewerkvereinspolitik kümmern, und es den Schwätzern überlassen, die Demagogenrolle des Arbeiterführers zu spielen. Jedermann, der einen Spargroschen zurückgelegt habe, müsse mit dem angestammten Recht der Kapitalisten sympathisieren.

Aber das Publikum traute diesen Reden nicht. Der Kohlenstreik hatte die Kapitalistengruppe in zu unerfreulichem Lichte gezeigt, und als ihre Vertreter sich nicht entblödeten, auch den Präsidenten der Vereinigten Staaten in brüsker Weise über die Rechte des Eigentums aufzuklären, da begann man die geläufigen Anschauungen mehr und mehr zu revidieren. Die öffentliche Meinung wurde sich in wachsendem Maße klar, daß jene ganz großen Gesellschaften denn doch nicht mehr Privatgesellschaften im gewöhnlichen Sinne des Wortes seien, daß ein Stahltrust oder ein Kohlentrust im Gefüge des Staatslebens nicht diejenige Freiheit beanspruchen kann, die der Besitzer eines Krämerladens für seinen winzigen Betrieb erwarten darf. Man empfand, daß das Riesenwachstum dieser Betriebe das Produkt öffentlicher Kräfte war, von öffentlichen Berechtigungen abhängig sei, und somit die Betriebe selbst, wenn auch noch Privatbesitz, doch einen halböffentlichen Charakter angenommen hätten, so daß ein Recht, in die Leitung einzugreifen, dem Publikum nicht abgesprochen werden dürfe. Gewiß hat in jenen Tagen der Glaube an den Staatssozialismus, die Überzeugung, daß Eisenbahnen und Bergwerke in den Staatsbesitz übergehen sollten, gewaltige Fortschritte gemacht. Stärker aber wuchs die Überzeugung, daß dem Arbeiter das moralische Recht

zusteht, bei der Leitung des Betriebs ein entscheidendes Wort mitzusprechen.

Und so hat sich denn langsam in der öffentlichen Meinung die Ansicht durchgerungen, daß Gewaltsamkeit von seiten der Arbeiter, und Weigerung der Arbeitgeber, mit den Gewerkvereinen zu verhandeln, in gleichem Maße verdammenswert sind. Das Publikum wünscht nicht mehr und wird es nicht dulden, daß Kapital und Arbeit ihre Kämpfe öffentlich gewaltsam auskämpfen und daß die Nation dadurch zu leiden hat. Die öffentliche Meinung verlangt, daß, nachdem nun einmal sich historisch die Organisation in Gewerkvereinen vollzogen hat, eine Verhandlung zwischen den Delegierten beider Seiten alle Streitpunkte zu beseitigen anstrebt, und daß, wo eine Einigung nicht erfolgt, ein Schiedsgericht in Kraft tritt, dem beide Seiten sich unbedingt unterordnen.

Daß solche Streitigkeiten immer wieder entstehen müssen, ist selbstverständlich. Da die Marktlage fortwährend schwankt, so wird bei jedem Niedergang eines Gewerbes der Arbeitgeber den Lohn zu verkürzen suchen, und bei jedem Aufschwung des Gewerbes der Arbeiter höhern Lohn verlangen. Aber alles läßt glauben, daß gerade die Führer der Gewerkvereine in der Lage sind, die in Betracht kommenden Faktoren nüchtern zu überblicken und die Hoffnungen und Befürchtungen der Arbeitermassen in besonnener Weise zu leiten. Wenn die Arbeitgeber immer wieder behaupten, daß, sobald die Unternehmer den Gewerkvereinen ausgeliefert sind, der Unternehmungsgeist erdrosselt würde und das Kapital sich zurückziehen müßte, weil jeder Profit der Selbstsucht der tyrannischen Arbeitermassen geopfert werden wird, so spricht die Erfahrung zu deutlich im entgegengesetzten Sinne. Die Gewerkvereine sind überzeugt, daß dem Arbeiter im Maschinenzeitalter kein gebührender Anteil am Gewinne zufällt, aber sie wissen noch besser, daß es ihnen selbst nur dann gut gehen kann, wenn die Industrie blüht, und daß sie nicht blühen kann, wenn sie mit übermäßigen Arbeitslöhnen belastet ist. Die Gewerkvereine

wissen auch, daß sie im letzten Grunde nur so lange siegen können und von Schiedsgerichten nur so lange begünstigt werden können, als die Sympathie des Publikums auf ihrer Seite ist, und daß jedes unbesonnene Zertrümmern des Kapitalgewinns und jedes Einschüchtern des Unternehmungsgeistes ihnen schnell die Sympathie der amerikanischen Nation verwirken würde. Man will ihnen wohl, solange sie sich verteidigen. Werden sie wirklich zu Angreifern, so schlägt die Stimmung um. Das wissen sie, und deshalb ist die Zuversicht gerechtfertigt, daß ihre Forderungen im letzten Grunde niemals den wahren Interessen des Kapitals gefährlich werden dürften.

Die Unternehmer aber wissen heute, daß sie die Gewerkvereine niemals wieder los werden können, und daß sie somit klüger tun, sich der neuen Lage anzupassen. Ja, besonnene Industriekapitäne lassen darüber keinen Zweifel, daß die Disziplin der Gewerkvereine schon viel Vortreffliches bewirkt hat, und daß ihre Vorschläge, beispielsweise die von den Gewerkvereinen eingeführte gleitende Lohnskala, schon viel zur Hebung der Industrie beigetragen haben.

Beide Parteien sind somit im Begriff, einander grundsätzlich anzuerkennen. Sie fühlen instinktiv, daß sich eigentlich auf beiden Seiten genau dieselben Verhältnisse herausgebildet haben, auf der einen Seite das kombinierte Kapital in der Form der Trusts, auf der andern Seite die organisierte Arbeit in der Form der Gewerkvereine. Die Trusts unterdrücken die kapitalistische Konkurrenz; die Gewerkvereine kämpfen gegen die nichtorganisierten Arbeiter. Die einen kämpfen mit hohen Dividenden, mit billigen Frachtraten, mit Beherrschung der Rohproduktquellen; die andern mit Versicherungseinrichtungen, Wohltätigkeiten, Unionsetiketten, Streiks und Boykotts. Und auf beiden Seiten stärkt man die Position durch eine Vereinigung getrennter Interessen. So wie die Stahlwerke sich mit den großen Banken, den Eisenbahnen, den Schiffsgesellschaften, den Kupferwerken und der Ölkompagnie verbinden, so sorgen die Vertreter der Gewerkvereine dafür, daß der Kampf in

einer Industrie sofort auf Nachbarindustrien übergelenkt wird.

Beide Parteien kämpfen auch — und das ist vielleicht der gefährlichste Faktor — in gleicher Weise mit einer künstlichen Beschränkung des Markts. So wie die Trusts fortwährend Fabriken eingehen lassen oder vorübergehend zum Stillstand zwingen, um die Produktion zu beherrschen, so zwingt der Gewerkverein dem Angebot von Arbeitskräften enge Grenzen auf. Durchaus nicht jeder, der ein Gewerbe lernen will, wird als Lehrling zugelassen. Der Gewerkverein erlaubt nicht, daß neue junge Kräfte eindringen, wenn alte geschulte arbeitslos sind. Die Regelung des Zuflusses zu den Gewerben, die Schulung voraussetzen, und die Weigerung der Unionarbeiter, mit Nichtunionarbeitern im selben Betrieb zusammenzuwirken, sind sicherlich die tyrannischsten Züge dieser neuen Situation. Aber die Gewerkvereine sind nicht darum verlegen, für alles das genau so wohlklingende Argumente darzubieten, wie die Trusts sie für ihre eigne genau entsprechende Handlungsweise erfunden haben.

Auf beiden Seiten wird die Entwicklung zweifellos in dieser Richtung fortschreiten, und die Nation kann damit zufrieden sein, weil durch diese Konzentration und diese stramme Disziplin auf beiden Seiten der Austrag der Streitigkeiten erheblich vereinfacht wird. Solange die Kapitalisteninteressen zersplittert sind und die Arbeitermassen chaotisch bleiben, sind Verhandlungen schwer und die Ergebnisse nicht bindend. Stehen sich aber zwei fest organisierte Parteien gegenüber, die einander sachlich anerkennen und, nach einiger Gewöhnung, sogar sittlich achten und einander als gleichwertige und gleichgestellte Gegner würdigen, so ist alles vorbereitet, um das Verfahren kurz, sachlich und wirkungsvoll zu gestalten.

Was fürder not tut, ist dann nur noch, eine möglichst einfach wirkende Vorrichtung, um unparteiische Schiedsgerichte einzusetzen, sobald die Parteien selbst sich nicht einigen können. Gerade in dieser Richtung ist die öffentliche Meinung energisch vorgegangen. Schon im Dezember

1901 tagte auf Anregung der Nationalen Bürgerlichen Vereinigung eine Konferenz der führenden Kapitals- und Arbeitsvertreter, und diese setzte eine ständige Behörde ein, um Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Gewerkvereinen auszugleichen. Hier waren endlich alle drei Parteien vertreten: das Kapital durch die Präsidenten der größten Trusts, Eisenbahnen, Banken und Industrien, die Gewerkvereine durch die Führer der Arbeiterorganisationen, und die dritte Partei, die Nation, durch Männer wie Grover Cleveland und Charles Francis Adams, Erzbischof Ireland und den Präsidenten der Harvard-Universität, Eliot, und ein Dutzend andre, die Ehrenplätze im Vertrauen der gesamten Nation einnehmen.

Man hat zuweilen getadelt, daß die Millionen nichtorganisierter Arbeiter da nicht vertreten seien. Aber tatsächlich sind jene neutralen Führer der Nation zugleich die wahren Vertreter der nichtorganisierten Arbeiterschaft. Hätte man ihre Beteiligung in andrer Weise herbeiführen wollen, so hätte man verlangen müssen, daß jene Millionen Delegierte senden, und das hätte ihnen ja gerade eine Organisation aufgenötigt. Man hätte sie damit in die Reihe der organisierten Arbeiter hineingedrängt, und gerade diesen Schein wollte man vermeiden. Alles spricht dafür, daß diese festgefügte Behörde, die vom Vertrauen der Nation getragen wird und doch durchaus in freier Gestaltung entstand, wesentlich dazu beitragen wird, den Ausbruch wirklicher Lohnkämpfe zu verhindern. Daran aber kann kein Zweifel sein, daß die Nation in einer Stimmung ist, in der sie bereit ist, noch weiter zu gehen. Sollte es sich herausstellen, daß trotz der nunmehr erreichten festen Organisation auf beiden Seiten und trotz der Organisation beiderseits anerkannter Vertrauensleute, es doch künftig wieder zu keiner Einigung und auch nicht zur Einsetzung eines Schiedsgerichts kommt, dann wird die Nation die Zwangseinrichtung von Schiedsgerichten fordern.

Das Beispiel von Neuseeland winkt verlockend. Wohl weiß man, daß die Erfahrungen des kleinen Gebiets nicht

ohne weiteres auf das Riesenreich übertragen werden können. Aber der Wunsch, das Beispiel nachzuahmen, ist weit verbreitet; schon schreckt heute nicht mehr die Empörung derjenigen Kapitalisten, die das als Halbsozialismus denunzieren und die entrüstet prophezeien, daß die amerikanische Industrie zusammenbrechen würde, wenn Schiedsrichter dem Kapitalisten vorschreiben können, welche Löhne er zu zahlen hat und wie bei ihm gearbeitet werden soll. Die Nation hat in den letzten zwei, drei Jahren viel gelernt.

Die friedliche Lösung hat sich aber gleichzeitig noch auf ganz andre Weise vorbereitet. Die dramatischen Kämpfe bezogen sich meist auf die gewaltigen Gesellschaften mit ihren vielen Tausenden von Angestellten. In den kleinen Betrieben wiederholte sich aber alles das in bescheidenerer Form, und hier standen den Tausenden von Arbeitern nicht gewaltige Trusts, sondern Hunderte von kleinen Arbeitgebern gegenüber, die auch sozial von den Arbeitern durch keine Kluft getrennt waren. In gewissem Sinne waren hier die Kämpfe für die Arbeitgeber oft viel vernichtender und ihre Ohnmacht gegenüber den Gewerkvereinen klar. Da war es denn natürlich, daß sie langsam dazu übergingen, das Beispiel der Arbeiter selbst nachzuahmen, auch Vereine zu gründen und damit Organisationen zu schaffen, durch welche eine Regelung der Verhältnisse möglich wurde.

Die erste Arbeitgeberunion bildete sich 1890; es waren die Zeitungsbesitzer, für die plötzliche Arbeitseinstellungen ja ganz besonders gefährlich sein müssen. Ein Jahrzehnt lang folgten nur wenige Gewerke auf diesem Weg. In den letzten zwei, drei Jahren haben sich dagegen, vom Publikum noch sehr wenig beachtet, in der Stille solche Gewerkvereine von Arbeitgebern auf fast allen Gebieten gebildet, und hier waren nun die Verhältnisse sehr viel günstiger, von vornherein die Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu wechselseitigem Einverständnis zu führen. Solange sie vereinzelt waren, ließen sich solche Abmachungen nicht durchführen; sobald auf beiden Seiten feste Organisation gegeben war, ließen sich Kontrakte abschließen, die beiden Teilen zum Nutzen gereichen mußten.

Und regelmäßig war einer der wichtigsten Kontraktteile, daß Streitigkeiten einem Schiedsgericht überantwortet werden sollten.

Ob diese Lösung sich als eine Quelle der Freude für das große Publikum erweisen wird, scheint zweifelhaft, denn sobald sich erst einmal die lokalen Arbeitgeber und Arbeitnehmer vollkommen organisiert haben und ein Trutz- und Schutzbündnis geschlossen haben, so ist das sogenannte Publikum verraten und verkauft. Es liegt dann ein absolutes Monopol vor. Wenn etwa in einer Großstadt alle Besitzer von elektrotechnischen Betrieben sich verpflichtet haben, nur Arbeiter aus dem Gewerkverein anzustellen und alle elektrotechnischen Arbeiter der Stadt sich verpflichtet haben, nur bei denen zu arbeiten, die dem Gewerkverein der Arbeitgeber angehören, so ist es kaum möglich, daß ein neuer Unternehmer auf dem Gebiet sich als Konkurrent einstellt und die Preise unterbietet; er würde keine Arbeiter finden. Die Folge ist, daß jeder Hausbesitzer in der ganzen Stadt, wenn er eine elektrische Klingel angelegt haben will, die Preise zu zahlen hat, welche die beiderseitigen Gewerkvereine nach Gutdünken festgesetzt haben. Freier Wettbewerb ist damit ertötet.

Überhaupt rückt das Problem der sogenannten wirtschaftlichen Freiheit durch alle diese Vorgänge in eine neue eigenartige Beleuchtung. Diese Gewerkvereine sind gewiß das Produkt freiester Abmachung. Eine ihrer wichtigsten Leistungen ist aber, daß sie sich verpflichten, dem Gewerkverein der Arbeitgeber jederzeit eine gewünschte Zahl von Arbeitern zu liefern, so daß der Arbeitgeber niemals in Verlegenheit kommen kann. Das ist eines ihrer Hauptangebote, um im Tausch vom Arbeitgeber die Verpflichtung zu erhalten, daß nur Vereinsmitglieder angestellt werden. Die Folge ist dann aber, daß der Arbeiter eigentlich nach chinesischer Art zu vollkommen unfreier Ware herabsinkt und wie ein Kuli geliefert wird. Man darf sich also darüber nicht täuschen, daß manches seltsam verschoben wird.

Das ist sicher, daß diese modernsten Gewerkvereine der

Arbeitgeber in unmerkbaren Stufen zu den Trusts der großen Kapitalisten übergehen und außerordentlich viel dazu beitragen können und schon beigetragen haben, daß der Geist der Versöhnung oder wenigstens die Einsicht in die Gemeinschaftlichkeit der Interessen von Kapital und Arbeit schnell vorwärts schreitet. Mehr und mehr gewährt man den Arbeitervereinigungen das Recht, auf die Disziplin und die Arbeitseinrichtungen im Betrieb Einfluß auszuüben, dem einzelnen Arbeiter seßhafte dauernde Anstellung und damit die Bedingung für Familienleben und innere Befriedigung zu gewähren, und den Streitfall als eine Meinungsverschiedenheit zwischen gleichberechtigten Partnern anzusehen.

Sicherlich muß auf beiden Seiten noch vielerlei gebessert werden. Vor allem müssen die Gewerkvereine es sehr viel ernster mit ihrer Disziplinarpflicht nehmen. Sie müssen die Verantwortlichkeit dafür übernehmen können, daß ihre Mitglieder sich jeder Gewaltsamkeit bei den Lohnkämpfen enthalten, und daß jede Gesetzesüberschreitung, vor allem im Verhalten gegen Streikbrecher, vermieden wird. Gewiß haben die Gewerkvereine stets Besonnenheit gepredigt, aber nicht immer haben sie es ungern gesehen, wenn Vereinzelte sich in der Erbitterung zu Verbrechen fortreißen ließen. Da muß ein Wandel geschaffen werden. Gerade aus diesem Grunde haben sich die Gewerkvereine bisher auch meistens dagegen gesträubt, sich als wirtschaftliche Gesellschaften inkorporieren zu lassen. Sie wollten nicht juristisch haftbar werden für die Ausschreitungen ihrer Mitglieder. Gerade diese juristische Haftbarkeit wird aber durchaus notwendig, wenn die Kontrakte zwischen den Unionen der Arbeiter und den Unionen der Arbeitgeber wachsende Bedeutung gewinnen sollen. Noch wichtiger aber ist vielleicht ein andres: Arbeitgeber und Arbeiter müssen gleichermaßen lernen, was selbst die Öffentliche Meinung Amerikas verlernt zu haben scheint, nämlich, daß ein Schiedsgericht wirklich ein Schiedsgericht sein muß und nicht bloß eine Kompromißmaschine.

Die Arbeiterfrage ist auch in Amerika heute noch nicht gelöst, aber man muß die Augen verschließen und die Be-

wegungen der letzten Jahre absichtlich nicht sehen, wenn man noch behaupten will, daß sie unlösbar oder auch nur von der Lösung weit entfernt sei. Die Periode des Kampfes scheint dem Abschluß nahe; die Arbeiterpartei und die Kapitalspartei haben Wege gefunden, um beiderseits ihre Kräfte ohne Vergeudung in den Dienst des nationalen wirtschaftlichen Aufschwungs zu stellen. Die Nation aber weiß, daß dieser Aufschwung sich desto mehr in gerader Linie bewegen wird, je fester jene beiden Parteien sich das Gleichgewicht halten, und so das Wirtschaftsleben zu gleicher Zeit vor der Monopoltyrannei der Trusts und der Monopoltyrannei der Gewerkvereine geschützt wird.

E. S. Mittler & Sohn, Berlin SW, Kochstraſse 68—71.

Gleichzeitig wird in unserm Verlage erscheinen:

Besteht für Deutschland eine amerikanische Gefahr?

Von **Hugo von Knebel Doeberitz.**

Preis etwa Mark 2,50.

In das rege Interesse, das die Vereinigten Staaten von Nordamerika und ihre gewaltigen kulturellen Fortschritte neuerdings in Deutschland finden, mischt sich ein Gefühl der Unbehaglichkeit, die Furcht vor der „amerikanischen Gefahr". Mit Staunen beobachtet man, wie das mit unerhörter Schnelligkeit aufwärtsstrebende große Land unter den Völkern des Erdballs eine immer lautere Sprache führt, wie seine politische Macht steigt, wie seine wirtschaftliche Entwicklung mit Riesenschritten zunimmt. In seiner vorstehend angekündigten Schrift erörtert der Geheime Ober-Regierungsrat und vortragende Rat im Ministerium des Innern H. von Knebel Doeberitz die Frage, wie weit eine Besorgnis vor der amerikanischen Gefahr begründet erscheint, und welche Abwehrmittel anzuwenden sind.

Inhaltsverzeichnis:

I. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika. Natur des Landes — Erzeugnisse — Bewohner — Landwirtschaft — Getreidehandel — Viehzucht — Industrie — Verkehrswesen — Wasserstraßen — Panamá-Kanal — Eisenbahnen — Trusts, ihre Entstehung und gegenwärtige Entwicklung — Deutsch-amerikanische Handelsbilanz — Amerikanische Handelsmarine — Schiffahrtstrust — Arbeiterverhältnisse usw.

II. Deutschland. Ungünstige wirtschaftliche Lage — Kritik der deutsch-amerikanischen Handelsbilanz — Schutzzoll und Freihandel — Verringerung der Produktionskosten im deutschen Wirtschaftsbetriebe — Maschinen — Assoziation der Betriebe, Kartelle — Reformen im Eisenbahnwesen — Ausbau der Wasserstraßen usw.

III. Schlußergebnis.

Berlin SW12.

E. S. Mittler & Sohn,
Königliche Hofbuchhandlung.

Meereskunde in gemeinverständlichen Vorträgen und Aufsätzen

herausgegeben vom

Institut für Meereskunde an der Universität Berlin.

Heft 1

Organisation und Verbandsbildung in der Handelsschiffahrt

von

Dr. Karl Thiefs.

Preis 1 Mark.

Der Verfässer knüpft an den Morgan-Trust an und ist der Ansicht, dafs für die modernen Reedereien die Verbandsbildung eine unerläfsliche Lebensbedingung sei. Besonders eingehende Darlegung erfahren die Verträge, welche die Hamburg-Amerika-Linie und der Norddeutsche Lloyd mit der International Mercantile Marine Co. zur Einigung über die wechselseitigen Arbeitsgebiete usw. geschlossen haben.

Heft 2

Das Linienschiff einst und jetzt

von

Tjard Schwarz,

Marine-Oberbaurat.

Mit 32 Abbildungen.

Preis 1,75 Mark.

Diese empfehlenswerte Schrift gibt nicht nur ein übersichtliches Bild der Entwicklung des Linienschiffs, sondern erklärt auch dem Laien die dafür mafsgebenden militärischen und hieraus wieder resultierenden schiffbaulichen Gesichtspunkte. 32 ganz ausgezeichnete Abbildungen von Linienschiffen aus deren ältester und neuester Zeit ergänzen den Text in sehr erwünschter Weise.

Veröffentlichungen des Instituts für Meereskunde und des Geographischen Instituts.

Die nordwesteuropäischen Welthäfen

London — Liverpool — Hamburg — Bremen — Amsterdam
Rotterdam — Antwerpen — Havre

in ihrer Verkehrs- und Handelsbedeutung

von

Dr. Kurt Wiedenfeld.

Mit 6 Tafeln in Steindruck.

12 Mark, in Originalband 14,50 Mark.

Literarisches Centralblatt: „Weder ist der Hafenbetrieb in allen seinen Erscheinungen, noch ist die Organisation der Seeschiffahrt und des Handels, noch sind die Beziehungen zum Hinterland jemals auch nur für einen Hafen derartig erschöpfend dargestellt worden wie hier. Nur für Asien und Australien hat London jetzt noch das Übergewicht, im übrigen rückt ihm Hamburg sehr nahe, und in Beziehungen zu Amerika übertrifft diese deutsche Stadt es bereits. Möchten sich im Binnenlande mehr und mehr einsichtsvolle Leute finden, welche diese Handelsbestrebungen unterstützen. Das Wiedenfeldsche Werk wird ihnen helfend zur Seite stehen und in seinen vortrefflichen Ausführungen da einspringen, wo ihnen die Kenntnisse mangeln. Die beigegebenen Steindrucktafeln geben vortreffliche Bilder der Hafenanlagen, der Tiefenverhältnisse in den Flufsmündungen usw. Möge der »Wiedenfeld« ein weitbekanntes und -benutztes Buch, ein Standwerk jeder kaufmännischen Bibliothek werden, er verdient es."

UNIVERSITY OF CALIFORNIA LIBRARY
BERKELEY

Return to desk from which borrowed.
This book is DUE on the last date stamped below.

MAY 18 194c

Oct 15'48MW

24Sep52PJ

SEP 10 1952 LU

Apr'53VW

MAY 8 1953 LU

MAY 01 1991

AUTO DISC MAY 01 '91

AUG 01 1992

AUTO DISC CIRC JUL 01 '92

LD 21-100m-9,'47(A5702s16)476

YD 12226

M516078

E168
M959
v.1

U.C. BERKELEY LIBRARIES
C031830960